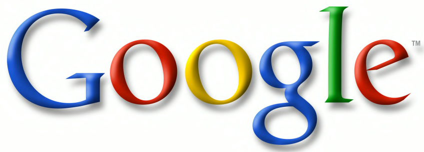
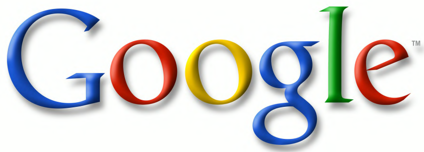








HARVARD COLLEGE LIBRARY
VE RI TAS
HOHENZOLLERN COLLECTION
IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR
PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

Quellen und Untersuchungen
zur
Geschichte des Hauses Hohenzollern.

Herausgegeben
unter Mitwirkung namhafter Gelehrter
von
Ernst Berner.

Band V.

Dritte Reihe: Einzelschriften. III.

Konrad von Burgsdorff.

Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1903.

Konrad von Burgsdorff.

Ein brandenburgischer Kriegs- und Staatsmann aus der Zeit der Kurfürsten Georg Wilhelm und Friedrich Wilhelm.

Von

Dr. Karl Spannagel

Professor an der Universität Münster i. W.



Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1903.

Druck von Hugo Wilisch, Chemnitz.

Vorwort.

Schon vor mehr als hundert Jahren hat König in seinem „Versuch einer historischen Schilderung der Residenzstadt Berlin“ betont, wie wichtig es sei, eine Lebensbeschreibung Konrad von Burgsdorffs zu besitzen. Die Forderung ist seitdem mehrfach erhoben worden. Aus einem doppelten Grunde schien es mir erwünscht, sie endlich zu erfüllen. Einmal zählt es zu den vornehmsten Aufgaben der dem Großen Kurfürsten zugewandten Forschung, über der gewaltigen Persönlichkeit des Herrschers die Männer nicht zu vergessen, die mit ihm an seinem Lebenswerke, der Begründung des brandenburgisch-preußischen Staates, gearbeitet haben. Erdmannsdörffer hat in der klassischen Vorrede zu seiner Biographie des Grafen Georg Friedrich von Waldeck die preußische Geschichtschreibung zuerst auf diesen Weg hingewiesen, als dessen Ziel er eine „Decentralisirung“, eine „Auseinanderhaltung der Arbeits- und Verdienstesanteile“ der Mitarbeiter Friedrich Wilhelms hinstellt. In der Biographie Waldecks selbst hat er dann, früh den Meister verratend, ein unübertreffliches Vorbild für die Art und Weise gegeben, wie ein solches Thema zu behandeln ist. Andere Forscher sind ihm gefolgt und haben Otto von Schwerin, Paul von Fuchs, dem Prinzen Friedrich von Homburg, Derfflinger, dem Grafen Adam von Schwarzenberg mehr oder weniger ausführliche Monographien gewidmet. Wenn einer von den Mitarbeitern des Großen Kurfürsten es verdient, an diese Reihe zunächst angeschlossen zu werden, so ist es m. E. Konrad von Burgsdorff.

Hat er doch fast zehn Jahre lang dem Herrscher an erster Stelle mit Rat und That zur Seite gestanden und zwar in dem wichtigen ersten Jahrzehnt der Regierung, das den 20-jährigen, noch unfertigen jungen Fürsten vor eine Reihe der allerschwierigsten Aufgaben stellte.

Würde dieser Grund schon genügen, um Burgsdorff ein biographisches Denkmal zu setzen, so wird das Bedürfnis nach einem solchen noch erheblich durch den Umstand verstärkt, daß die Forschung bisher noch zu keinem gesicherten Urteil über ihn gelangt ist. Daß er eine sehr wichtige Rolle in der Geschichte des Großen Kurfürsten gespielt hat, wird allgemein zugegeben; über seine Persönlichkeit und seine Bedeutung als Kriegs- und Staatsmann, vor allem als Kabinettsminister Friedrich Wilhelms sind die Ansichten aber noch nicht geklärt.

Es hängt das in erster Linie mit der eigentümlichen Beschaffenheit des für seine Beurteilung maßgebenden Quellenmaterials zusammen. Unter diesem überwogen nämlich lange Zeit Zeugnisse, die von seinen erbittertsten Gegnern herrühren. Noch zu seinen Lebzeiten war 1649 eine äußerst giftige Schmähschrift über ihn erschienen, die Cosmar 1828 wieder ausgrub und seinem „Schwarzenberg" einverleibte. Sie stellte ihn geradezu als einen Ausbund von Lastern und einen vollendeten Stümper dar, an dem weder als Mensch noch als Staatsmann auch nur ein gutes Haar gelassen wurde. Dieses außerordentlich ungünstige Urteil fand eine scheinbar einwandfreie Bestätigung durch die 1861 von Mörner in seinen „Märkischen Kriegsobersten" herausgegebenen Briefe Schwarzenbergs aus dem Jahre 1638. Hier variiert der Schreiber das Thema Burgsdorff in den verschiedensten Tonarten, immer aber nach der Melodie: „es sei nimmermehr zu glauben, daß so eine Falschheit und Bosheit, ja so ein giftiges und undankbares Herz in einem Manne sollte gefunden sein als in dem von Borgstorff."

Es ist hier nicht der Ort, auf die Beschuldigungen des anonymen Schmähschriftstellers von 1649 oder Schwarzenbergs

von 1638 näher einzugehen. Ich verweise dafür auf die betreffenden Partien meiner Arbeit. Unbedingten Glauben hat besonders der erstere bei keinem Forscher gefunden; dafür lag der tendenziös-gehässige Charakter seiner Schrift zu offen am Tage. Aber der allgemeine Eindruck war doch der: wo an zwei verschiedenen Stellen so schwerer, dunkler Rauch aufsteigt, da müssen auch Feuerherde, und zwar recht umfangreiche vorhanden gewesen sein. Es kam hinzu, daß das erste Jahrzehnt der Regierung Friedrich Wilhelms neben vielen Erfolgen zahlreiche Fehlschläge aufweist. Burgsdorff wurde allein oder hauptsächlich für sie verantwortlich gemacht, und so behielt sein Name einen im wesentlichen übeln Klang in der brandenburgisch-preußischen Geschichte.

Die Veröffentlichung der „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg" brachte zuerst einen frischeren Luftzug in diese stickige Atmosphäre. Besonders im 1. und 4., daneben im 5. und 6. Bande wurde eine Reihe von Originalakten über die Thätigkeit Burgsdorffs als Militär, Diplomat und Staatsmann abgedruckt, die frei von jeder Tendenz waren. Auf Grund dieses Materials kam Erdmannsdörffer, der es zum größten Teile selbst bearbeitet und herausgegeben hatte, allmählich zu einer etwas günstigeren Auffassung über Burgsdorff. „Ohne gerade eine persönliche Vorliebe für den Mann zu besitzen", schreibt er in seinem „Waldeck", „möchten wir doch auch Instanzen dieser Art — nämlich jene einwandfreien, günstigeren Zeugnisse — gegenüber dem Zerrbild jenes Pamphletisten geltend machen, wodurch doch einigermaßen verständlich wird, wie Burgsdorff seine einflußreiche Stellung in der nächsten Umgebung des Kurfürsten so lange zu behaupten vermochte." Allerdings fügt er hinzu: „dennoch ist sein Name von sehr üblem Klang in der Geschichte dieser Zeit. Wir zweifeln nicht, im ganzen mit Recht."

Die „Protokolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rates aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm" förderten dann ein ebenso reichhaltiges wie wertvolles neues

Material zur Geschichte Burgsdorffs zu Tage. Ihr Herausgeber, Meinardus, beschäftigte sich in den Einleitungen zum 1., 2. und 4. Bande mehrfach mit ihm und brach besonders im 1. Bande eine kräftige Lanze für ihn als den während der letzten Regierungsjahre Georg Wilhelms „den ungerechtfertigtsten Verfolgungen, Nachstellungen und Verleumdungen seines Vorgesetzten (Schwarzenberg) ausgesetzten Kommandanten von Küstrin". Im weiteren Verlauf seiner Forschungen hat Meinardus dieses günstige Urteil wieder etwas eingeschränkt, aber anderseits der politischen Haltung Burgsdorffs in den Jahren 1643 ff. hohes Lob gespendet und seine Teilnahme an der kriegerischen Politik von 1651 näher zu bestimmen versucht. Ein zusammenfassendes Bild seiner Persönlichkeit und seiner Thätigkeit zu entwerfen, lag seinen Zwecken fern. Will man aber vom neusten Stand der Forschung bezüglich Burgsdorffs reden, so wird man sich in erster Linie an die Beiträge von Meinardus zu seiner Biographie halten müssen.

Und da ergreife ich an dieser Stelle gern die Gelegenheit zu bekennen, wie viel ich dem verehrten Autor zu danken habe, und zwar nicht nur für die mustergiltig publizierten Protokolle und Relationen nebst den eingestreuten Schriftstücken, sondern auch für seine scharfsinnigen, kritischen Ausführungen, die so viel neues Licht auf die von mir zu behandelnde Zeit werfen. Ich habe mich auf Grund sorgfältiger Nachprüfung seiner Beweisführung nicht in allen Punkten anschließen können. Der Leser meines Buches, der mit dem Stoffe nicht genau vertraut ist, erhält vielleicht sogar den Eindruck, als ob ich Meinardus öfter widersprochen als zugestimmt hätte. Die Begründung abweichender Ansichten erheischt eben mehr Raum als die Zustimmung zu zutreffenden, die sich häufig besser in das knappe Gewand beredten Schweigens als in den flatternden Mantel weitschweifiger Wiederholungen hüllt. Dem kundigen Leser wird dies alles ja nicht entgehen, und vor allen Dingen hoffe ich, daß Meinardus selbst sich von meiner dankbaren Achtung vor seiner Forschung überzeugt und über unseren sachlichen

Meinungsverschiedenheiten die alte Berliner Freundschaft nicht vergißt.

Es liegt im Wesen der biographischen Form historischer Darstellung begründet, daß ein Verfasser leicht Gefahr läuft, seinen Helden zu überschätzen oder seinem Andenken in zweifelhaften Fällen eine unverdiente Ehrenrettung zu teil werden zu lassen. Ganz frei von dieser Tendenz ist wohl keine einzige Biographie, auch z. B. die des Grafen Waldeck nicht, so sehr gerade Erdmannsdörffers Streben nach Objektivität sonst über jeden Zweifel erhaben ist. Vor keiner der aus jenem Kreise in Betracht kommenden Personen ragt diese Klippe drohender auf als vor Konrad von Burgsdorff. Daß er besser war als sein Ruf, war nicht schwer zu ermitteln. Besonders genügten ein paar kritische Spatenstiche in jene Schmähschrift von 1649, um zu erkennen, wie wenig wirkliche Glut hinter ihrem verpestenden Qualm steckt.

Aber nun positiv genau anzugeben, was der Geschmähte als Staatsmann wirklich geleistet hat, das war eine Aufgabe, die sich um so schwieriger erwies, je mehr ich in den Stoff eindrang. Nicht nur, daß das Quellenmaterial sehr ungleich floß, daß auf Wegstrecken, über die wir sehr gut und reichlich unterrichtet sind, andere, und zwar sehr wichtige folgen, über die kaum eine brauchbare Nachricht vorliegt. Nein, auch das Thema selbst erwies sich stellenweise äußerst spröde und erschwerte es, bis zu seinem Kern vorzudringen. Zu seinen wichtigsten Problemen gehört es, das Verhältnis Burgsdorffs zu Kurfürst Friedrich Wilhelm und den Grad ihrer gegenseitigen Beeinflussung möglichst genau festzustellen, um danach die „Arbeits- und Verdiensteanteile beider auseinander zu halten." Das ist aber bei ihm viel schwerer als beispielsweise beim Grafen Waldeck. Die Gründe dafür brauche ich hier nicht zu erörtern; ich habe sie in der Arbeit oft genug berührt und in dem „Rückblick" gegen Schluß noch einmal kurz zusammengefaßt. Nur soviel sei hier bemerkt: Der Einfluß Burgsdorffs

auf die Leitung der brandenburgischen Politik in den Jahren 1642—1651 scheint mir von meinen früheren Vorgängern in der Forschung im allgemeinen eher zu hoch als zu niedrig angeschlagen zu sein. Ihn als leitenden Staatsmann für alle Schritte in dieser Zeit verantwortlich zu machen im guten wie im bösen und in diesem Sinne das erste Jahrzehnt der Regierung des Großen Kurfürsten etwa die Ära Burgsdorff zu taufen, halte ich für unzulässig.

Deshalb habe ich meine Arbeit auch nicht zu einer übersichtlichen Darstellung der gesamten brandenburgischen Politik jener Jahre erweitert, was mir bei ihrer Inangriffnahme als höchst wahrscheinlich erforderlich vorschwebte. Bei einer solchen Erweiterung würde die Persönlichkeit Burgsdorffs zu oft unsern Augen völlig entschwunden sein. Soll auch der Biograph den Hintergrund, vor den er seinen Helden stellt, nicht zu ängstlich abgrenzen, so darf er doch ein gewisses Augenmaß für die Perspektive nicht außer acht lassen, wenn er, um mit Treitschke zu sprechen, seinen Stil rein und strenge innehalten will. Ich habe mich deshalb im wesentlichen darauf beschränkt, die Dinge zu behandeln, an denen Burgsdorff nachweisbar mehr oder weniger intensiv beteiligt war. Daß ich dabei nicht jede Kleinigkeit, z. B. jedes Referat von ihm über irgend eine in einer Geheimratssitzung vorgebrachte, belanglose Sache unterzubringen versucht habe, wird mir hoffentlich nicht als Mangel angerechnet werden. Der meist auf dürftiges Quellenmaterial angewiesene Historiker des Mittelalters mag, der Not und manchmal auch dem eigenen Triebe gehorchend, jeden Satz seiner Quellen und jeden Fetzen einer Urkunde bis aufs Blut pressen, um ihnen Leben zu entlocken. Exakt, aber konzentriert zu arbeiten, scheint mir um so notwendiger zu sein, je weiter man in die neuere Geschichte mit ihren immer unübersehbarer werdenden Quellenmassen vordringt. Ich hoffe, daß man den folgenden Ausführungen wenigstens das Bestreben anmerkt, dieser doppelten Forderung gerecht zu werden, ebenso wie das Bemühen, ihren Helden nicht einseitig übertreibend zu verherrlichen. Die Not-

wendigkeit, so oft zwischen einem Zuviel und Zuwenig hin- und herzulavieren, trug nicht gerade dazu bei, die Annehmlichkeit der Arbeit zu erhöhen. Ein breiter, flotter Pinselstrich wäre mir oft lieber gewesen als ein sorgsames Aufsetzen der einzelnen Tupfen auf die Leinwand. Möge das Ganze trotzdem einen einigermaßen einheitlichen Eindruck machen und über den Einzelheiten die großen Grundlinien in der Entwicklung des Charakters und der Thätigkeit Burgsdorffs nicht allzusehr vermissen lassen.

Als ich daran ging, das Quellenmaterial für eine Biographie Konrad von Burgsdorffs zu sammeln, wurde ich bald inne, daß die Herausgeber der „Urkunden und Aktenstücke" und der „Protokolle und Relationen" mir sehr gründlich vorgearbeitet hatten. Für die Zeit der Regierung Friedrich Wilhelms blieb mir nur eine verhältnismäßig bescheidene Nachlese im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin und im Kgl. Hausarchiv zu Charlottenburg über. Dagegen enthielt das erstgenannte Archiv ein sehr reichhaltiges und zum größten Teil noch gar nicht benutztes Material zur Geschichte Burgsdorffs unter der Regierung des Kurfürsten Georg Wilhelm. Von seiner Thätigkeit in dieser Zeit war bisher, abgesehen von seinem Konflikt mit Schwarzenberg von 1638—1640, fast nichts genauer bekannt. Auch jetzt klaffen hier noch viele Lücken, aber es läßt sich doch, um nur dies eine hier hervorzuheben, deutlich erkennen, daß Burgsdorff vor 1640 keineswegs, wie bisher von fast allen Forschern angenommen wurde, nur Soldat war, sondern daneben vielfach als Diplomat verwendet wurde, so daß er unter Georg Wilhelm eine tüchtige Vorschule zu seiner späteren staatsmännischen Laufbahn durchmachte.

Außer den beiden genannten Archiven hat die Handschriftenabteilung der Kgl. Bibliothek zu Berlin einiges Material zu der Arbeit beigesteuert. Den Herren Leitern der erwähnten Institute und ihren Herren Beamten, die mich bei meinen Forschungen auf das zuvorkommendste unterstützt haben, spreche

ich hiermit meinen besten Dank aus. Mit Vergnügen entledige ich mich derselben angenehmen Pflicht gegenüber dem Bibliothekar des Vereins „Herold“ in Berlin, Herrn Professor A. M. Hildebrandt für die gütige Erlaubnis zur Benutzung der autographierten „Stammtafeln des uradeligen Geschlechts der Herren von Burgsdorff, zusammengestellt von Alexander von Burgsdorff“ und gegenüber meinem Freunde, Herrn Oberleutnant Jany für die rege Teilnahme, mit der er meiner Arbeit gefolgt ist, sowie für manchen schätzenswerten Wink, den er mir aus dem reichen Born seines gediegenen Wissens auf dem Gebiete der preußischen Armeegeschichte freundlichst gespendet hat.

Karl Spannagel.

Inhalt.

I. Unter Georg Wilhelm.

II. Unter Friedrich Wilhelm 1640—1652.

Beilagen.

I.

Unter Georg Wilhelm.

1. Herkunft und Jugend (1595—1620).[1]

Konrad von Burgsdorff gehört einem alten märkischen Adelsgeschlechte an, das im 16. Jahrhundert in mehrere Linien gespalten, zahlreiche Güter in den verschiedenen Teilen des Landes, besonders in der Mittelmark und in der Neumark, besaß. Letztere war seine engere Heimat. Als seine Ur-Urgroßeltern werden Johann von Burgsdorff und Elisabeth von

[1]) Quellen: „Hoch-Adeliches Ehrengedächtnis des weiland hochwürdigen, hochedelgeborenen und hochbenahmten Herrn, Herrn Conrad von Burgdorff, Sr. Churfürstl. Durchl. zu Brandenburg Ober Cammerern und Geheimten fürnehmsten Raths, auch Obristen zu Roß und zu Fuß 2c. 2c., nunmehr in Christo seligen: aus unterschiedenen beglaubten Zeugen und Zeugnüssen zusammengetragen und .... an das Tages Licht geleget durch Wolfgangum Crellium, d. H. Schrift Doctorem, der reformirten Gemeine Christi zu Cölln an der Spree Pastorem und Churfürstl. Brandenburg. Kirchen Rath". Berlin, gedruckt bei Christoph Runge, 1652, 68 S. Ein „Gedenkbüchlein", das Crell auf Bitten der Hinterbliebenen verfaßte und der einzigen Tochter Burgsdorffs überreichte. Es schildert den Verstorbenen im Stil einer Leichenpredigt als ein Muster aller Tugenden und das Vorbild eines frommen Christen, der sich „in zunehmenden Jahren eifrig von den Sünden der Jugend zu Gott bekehrt habe". Für eine Charakteristik ist es natürlich kaum oder nur mit der allergrößten Vorsicht zu gebrauchen. Die biographischen Notizen beruhen dagegen, soweit sie sich kontrollieren lassen, im allgemeinen auf guter Grundlage. Wir dürfen daher auch wohl den Daten über die Geburt und die Ereignisse der Kindheit, die sonst nicht überliefert sind, Glauben schenken. Das einzige Exemplar des Ehrengedächtnisses, das mir bekannt geworden ist, befindet sich im 17. Band der Königschen Genealogischen Sammlung auf der Kgl. Bibliothek zu Berlin. Einen Auszug des biographischen Materials aus ihm hat Hendreich seinem Manuscriptum genealogicum auf dem

Göllnitz genannt.[1]) Deren Sohn, Konrad von Burgsdorff bekleidete unter der Regierung des Markgrafen Johann von Küstrin die Stelle eines Landvogts in der Neumark. Er war Erbherr auf Mellenthin und auf Dertzow, das er 1535 erwarb, und starb 1551 als angehender Sechsziger. Aus seiner Ehe mit Anna von Pfuel aus dem Hause Gielsdorf entstammte ein Sohn Christoph, der außer Mellenthin und Dertzow auch Hohen-Ziethen im Soldiner Kreise besaß und 1590 das Zeitliche segnete. Christoph von Burgsdorff hatte Anna von Sydow, die Tochter Hans von Sydows auf Schönfeld und Gossow als Gattin heimgeführt und hinterließ von ihr einen Sohn Alexander Magnus. Dieser, geboren 1567, wurde unter Johann Sigismund Amtshauptmann zu Zehden, nachdem er sich 1592 mit Katharina von Röbel aus dem Hause Friedland vermählt hatte. Der Ehe entsprossen neun Kinder, von denen vier, zwei Söhne und zwei Töchter, in früher Jugend starben. Eine dritte Tochter erreichte ein Alter von 22 Jahren und starb als Braut Werner von der Schulenburgs. Ein dritter Sohn fand — wir wissen nicht wann — in Venetianischen Diensten seinen Tod, so daß nur drei Brüder von der großen Geschwisterschar übrig blieben. Dem ältesten von ihnen war es beschieden, der berühmteste Träger seines Namens zu werden. Es war Konrad von Burgsdorff, der in der Morgenfrühe des 11. De-

---

Geheimen Staatsarchiv einverleibt. Auch Cosmar hat es für die Beilage IX seines „Schwarzenberg" benutzt. Weiteres Material zur Genealogie und zum Grundbesitz des Burgsdorffschen Geschlechts enthalten: 1. Die erwähnte Königsche Sammlung, 2. L. Frh. v. Ledebur: „Gallerie bemerkenswerter Personen des von Burgsdorffschen Geschlechts aus dem 16. und 17. Jahrhundert" (Märkische Forschungen Bd. 14, 1878), 3. H. v. Redern: „Genealogische Nachrichten aus den Kirchenbüchern von Spandau, Oranienburg, Seegefeld und Cladow". (Märk. Forschungen Bd. 15, 1880, S. 65.) 4. Stammtafeln des uradeligen Geschlechts der Herren von Burgsdorff, zusammengestellt von Alexander von Burgsdorff, Spandau 1892, autographiert und nicht im Handel.

[1]) Über Vorfahren und Geschwister Konrad von Burgsdorffs vgl. Beilage I.

zember 1595, vermutlich als der zweite Sprößling aus der elterlichen Ehe, das Licht der Welt erblickte.

Über die Jahre seiner Kindheit verlautet nur, daß er frühzeitig durch einen Pädagogum in pietate, litteris et artibus humanioribus unterrichtet wurde. Noch bevor seine Bildung abgeschlossen war, trat eine Wendung in seinem Leben ein, die entscheidend für dessen weiteren Verlauf wurde. Im Jahre 1609 wurde er nämlich als Edelknabe an den kurfürstlichen Hof gebracht und zum Gefährten des gleichalterigen Kurprinzen Georg Wilhelm bestimmt. Bald verknüpfte beide eine innige Freundschaft. Sie legte den Grund zu dem schnellen Aufsteigen Burgsdorffs auf der Staffel des Staatsdienstes, nachdem sein prinzlicher Jugendgenosse den Kurhut erlangt hatte. Sie sicherte als der festeste Anker sein gefährdetes Lebensschifflein gegen den stürmischen Anprall der Wogen, die es in der Ära Schwarzenberg zu verschlingen drohten. Sie drückte seinem Thun und Lassen den Stempel unbedingter Treue und Ergebenheit gegen das angestammte Herrscherhaus auf. Ein treuer märkischer Vasall zu sein war das Ziel seines Ehrgeizes bis zu seinem letzten Atemzuge. Das ist ein Ruhmestitel, der durch keine seiner mancherlei Schwächen und Schattenseiten verdunkelt werden kann.

Die gemeinsame Erziehung mit dem Kurerben brachte es mit sich, daß Konrad von Burgsdorff beim Übertritt der Hohenzollern zum Kalvinismus auch sein lutherisches Glaubensbekenntnis mit dem reformierten vertauschte. Dieser Wechsel scheint das erste Opfer gewesen zu sein, das der Fürstendienst von ihm erheischte. Die „rechte, reformierte, christliche Religion“,[1] deren überzeugter Anhänger er bis zu seinem Tode blieb, kettete ihn mit einem neuen, starken Bande an die Dynastie. Daß seine Standesgenossen später hieran Anstoß genommen hätten, wird zwar nirgends ausdrücklich bezeugt, als Empfehlung wird sein reformiertes Bekenntnis in ihren Augen aber sicher nicht gegolten haben.

---

[1]) Diese Worte sind seinem Testament entnommen.

Im Jahre 1612 begleitete Burgsdorff seinen jungen kurprinzlichen Herrn auf die Universität nach Frankfurt a. O., 1613 nach Kleve. Als hier infolge der Jülichschen Erbschaftsstreitigkeiten kriegerische Verwickelungen drohten und Georg Wilhelm eine kleine Truppenmacht zum Schutz der Lande gegen die Spanier warb, trat Burgsdorff im Sommer 1614 als Fähnrich in das Regiment zu Fuß des Obersten Johann von Kettler ein. Der Vertrag von Xanten (November 1614) schnitt indessen diesem „schönsten und tapfersten Kriegsvolk der Erde" die Aussicht auf Siegeslorbeeren jäh ab.[1])

Um den Krieg kennen zu lernen, nahm Burgsdorff im folgenden Jahre Dienste in dem Regiment zu Pferde, das Graf Bernhard von Wittgenstein im Solde der Krone Frankreich warb, um gegen die frondierenden Großen und die Hugenotten zu kämpfen. Auch dieses kriegerische Unternehmen gehört zu den ereignislosesten der Geschichte und gab eine schlechte Schule des Waffenhandwerkes für den thatendurstigen jungen Märker ab, der hier zum ersten und einzigen Male in seinem Leben sein Schwert für fremde Interessen zog. Er soll zwar in einem Gefecht große Tapferkeit entfaltet haben, schwer verwundet worden und durch ein halbes Wunder dem Tode entronnen sein, allein die Überlieferung über diesen Zwischenfall ist so sagenhaft ausgeschmückt, daß ich keine Gewähr für sie übernehmen möchte.[2])

---

[1]) Vgl. Jany, Die Anfänge der alten Armee (Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte des Preußischen Heeres, herausgegeben vom Großen Generalstabe) 1. Heft, 1. Teil S. 38.

[2]) Das „Ehrengedächtnis" berichtet darüber: Als Graf Bernhard von Wittgenstein anno 1615 für die Krone Frankreich ein Regiment zu Pferde geworben, ist Konrad von Burgsdorff mit dem Rittmeister Moritz von Issenstein dort eingetreten, weil er dabei zugleich das Königreich Frankreich „durchsehen" und desselbigen Sprache, welcher er albereits nicht wenig kundig gewesen, excoliren konnte. Bei dieser Occasion ist er in ein hartes Treffen geraten, welches gemelbeter Graf mit dem Marquis de Rinell gehalten, auch darüber, daß er dem Feinde das Angesicht und nicht den Rücken kehren wollte, am Arm, Knie-

Bald darauf lernte er Frankreich auf eine andere Weise kennen. Im Mai 1617 bewilligte ihm der Kurfürst Johann Sigismund 600 Thaler auf zwei Jahre zu einer Reise nach dort. Es handelte sich dabei zweifelsohne um die sogenannte Kavaliertour, die damals in der Regel den Abschluß der Erziehung der jungen Edelleute bildete. Wann Burgsdorff sie angetreten und wohin sie ihn geführt hat, läßt sich allerdings mit Sicherheit nicht nachweisen. Wir hören nur, daß im April 1620 ein Befehl Georg Wilhelms an Alexander Magnus von Burgsdorff erging, seinem Sohne diese Summe aus den Zehdener Amtsgefällen auszuzahlen, da er bisher noch nichts davon erhalten habe und das Geld jetzt zur Reise nach England dringend bedürfe.[1]) Danach ist anzunehmen, daß sich die Kavaliertour auf Frankreich und England erstreckte und etwa im Sommer 1620 ihr Ende fand.

So dürftig diese Nachrichten über den Bildungsgang unseres Helden sind, und so wenig sie einen Einblick in seine

scheibe und Schenkel so hart verwundet worden, daß er auf der Wahlstatt liegen geblieben und sich heftig verblutet. Als jedoch des anderen Tages etliche zur Wahlstatt kamen, die Toten zu besehen oder die Halbtoten zu untersuchen, trägt's sich zu, daß auch einer zu ihm kommt und, da er siehet, daß er noch lebe, ihn fragt, wer er sei, worauf er antwortet, er sei ein Marchicus oder Marchiacus. Der Franzose versteht unrecht, meint, Marchicus und Marquis sei ein Ding, bildet sich deshalb eine große Hoffnung großer Ranzion ein, läßt ihn von der Erde aufheben, in einen Wagen legen, mit allem Fleiß verbinden und so lange unterhalten und verpflegen, bis er wieder zur vollständigen Gesundheit hat kommen können. Weil dieser sein Erhalter eine große Ranzion von ihm hart begehrte, hat er sich fast ein ganzes Jahr in Frankreich, teils gefangen, teils sonst aufgehalten, doch ist er endlich durch einen gesandten Trompeter ranzioniert und erlöset worden. — Hier werden offenbar die französischen Kriegsdienste Burgsdorffs mit seiner Studienreise nach Frankreich zusammengeworfen. Für seine Teilnahme an einem Gefecht, seine Verwundung, Gefangennahme und Loskaufung liegt sonst kein Zeugnis, nicht einmal die geringste Anspielung vor. Ich kann mich daher dem Urteile Cosmars, der dieses „Anekdoton“ ohne weiteres für glaubwürdig hält, nicht anschließen.

[1]) G. St.-A. Rep. 22, 13 d, auch schon von Ledebur a. a. O. erwähnt.

geistige Entwickelung gestatten, das eine lassen sie wenigstens erkennen: eine bessere Erziehung als an der Seite des Thronerben hätte ihm nirgends geboten werden können. So völlig unwissend und ungebildet, wie ihn seine Widersacher später schilderten, kann er unmöglich gewesen sein, eine Thatsache, die sich aus anderen Zeugnissen freilich noch viel sicherer ergeben wird.

Inzwischen war Burgsdorff vom Edelknaben zum Kammerjunker aufgerückt, und als Georg Wilhelm im November 1619 zur Regierung gelangte, war es eine seiner ersten Handlungen, ihm zur Belohnung für seine treuen Dienste, an denen er „jederzeit ein gnädigstes Gefallen getragen", die Anwartschaft auf eine jährliche, lebenslängliche Pension von 1800 Thalern zuzusichern. Er sollte sie aus den Einkünften des Amtes Rögenhagen beziehen, sobald diese nach dem Tode der Kurfürstin Mutter Anna, der das Amt verschrieben war, frei werden würden. Bald darauf (1621) wurde die Summe sogar auf 2000 Thaler erhöht und an Stelle des Amtes Rögenhagen ihm Haus und Amt Goldbeck in der Priegnitz verschrieben, dessen Besitz er nach dem Tode des damaligen Lehnsinhabers Georg von Blankenburg im Oktober 1622 antrat.[1]) Es war das erste Gut, das ihm im Fürstendienste zu teil wurde. Eine Reihe anderer sollte ihm noch folgen, und es mag gleich hier bemerkt werden, daß er mit den idealen Gründen seiner Vasallentreue seine realen Interessen stets auf das beste zu verbinden wußte.

[1]) G. St.-A. Rep. 9 DD 1 und Rep. 78. Näheres über den Grundbesitz Burgsdorffs in der davon handelnden Beilage.

2. Militärische und diplomatische Thätigkeit von 1620 bis Oktober 1632.

Kurfürst Georg Wilhelm war bald nach dem Tode seines Vaters nach Königsberg geeilt, um die Huldigung der preußischen Stände und die Belehnung mit dem Herzogtum von Seiten der Krone Polen entgegenzunehmen. Die Schwierigkeiten, die sich beiden Plänen in den Weg stellten, ließen es ihm wünschenswert erscheinen, eine kleine, sichere Truppenmacht zur Hand zu haben. Er schickte deshalb Burgsdorff mit dem Auftrag nach der Mark, „eine gewisse Anzahl“ von dem dort geworbenen Volke nach Preußen zu senden. Burgsdorff kam im September 1620 nach Berlin, stieß hier aber auf Schwierigkeiten, den Auftrag auszuführen. Die märkischen Landstände trugen Bedenken, die zur Landesverteidigung bestimmten Truppen „bei jetziger noch immer zunehmender Gefährlichkeit“ fortzugeben und baten, „das geringe Häuflein beisammen im Lande zu lassen“. Bei der Berliner Regierung bemühte sich Burgsdorff vergeblich um Unterstützung des kurfürstlichen Wunsches. „Es ist von den Herren Räten“, schreibt er am 26. Oktober, „Niemand mehr hier als der Herr Kanzler [Pruckmann], welcher sich der Sache nicht unterfangen will, und gehet dieses Orts so zu, daß es wohl besser zu wünschen“. In dieser Verlegenheit schlug ihm der Oberst von Kracht vor, die kurfürstliche Leibgarde zu Fuß, die in der Stärke von 79 Köpfen, einschließ-

lich der Offiziere, in der Festung Peitz lag, auf 200 Mann zu verstärken und nach Preußen zu schicken. Der Kurfürst erklärte sich damit einverstanden und befahl Burgsdorff, den er schon am 20. September 1620 an Stelle des in pfälzische Dienste übergetretenen Wilhelm von Kalkum gen. Lohausen zum Kapitän der Leibgarde ernannt hatte, die Truppe nach ihrer Komplettierung schleunigst nach Preußen zu führen, was auch geschah.[1])

Über 2½ Jahre blieb Burgsdorff in dieser Stellung an der Spitze der kurfürstlichen Leibgarde, mit seinen Kapitänspflichten vermutlich seine Kammerjunker-Dienste verbindend. Dann brachten ihm die vorübergehenden Werbungen des Jahres 1623 eine neue Beförderung. Erschreckt über das Umsichgreifen der böhmischen Kriegsflamme und die Fortschritte der kaiserlich-bayrisch-spanischen Waffen im Reich beschlossen die Fürsten des obersächsischen Kreises im Frühjahr 1623, ein Sicherheitskorps von 8000 Mann mobil zu machen. Brandenburg hatte dazu ein Kontingent von rund 1400 Mann zu Fuß und 450 Reitern zu stellen. Als die Werbebriefe hierfür im Mai 1623 ausgegeben wurden, erhielt Konrad von Burgsdorff, unter Beibehaltung seiner Leibgarde-Kompagnie zu Fuß, einen solchen für eine Kompagnie zu Roß von 100 Köpfen, als deren Inhaber er den Titel Rittmeister führte. Bald darauf ernannte ihn der Kurfürst zum Oberstleutnant und übertrug ihm das Kommando über die gesamte, neugeworbene brandenburgische Reiterei. Sie bestand aus vier Kompagnien: seiner eigenen, der kurfürstlichen Leibgarde zu Roß, kommandiert vom Kapitänleutnant Jakob von Burgsdorff und den beiden Kompagnien

[1]) Der Briefwechsel über die Sendung Burgsdorffs nach der Mark liegt G. St.-A. Rep. 24 V, sein Patent als Kapitän über die kurfürstliche Leibgarde Rep. 24 P 1. Einzelheiten über die Ausführung des Befehls, die Komplettierung der Mannschaften, ihre Uniformen 2c. bei Jany a. a. O. S. 46 und noch ausführlicher bei Roessel, Geschichte des Grenadier-Regiments König Friedrich II. (3. Ostpreußischen) Nr. 4, I, 11 (1901). Die Verstärkung der Leibgarde auf 200 Mann erfolgte hiernach erst in Preußen, wo sie im Februar 1621 eintraf.

der Rittmeister Adam Valentin von Redern und Christoph von Klitzing.[1])

Die Fanfaren haben diesen brandenburgischen Reitern und ihrem Führer aber niemals zur Attacke geblasen. Das kriegerische Feuer der obersächsischen Kreisstände erlosch sehr bald. Noch vor Ablauf des Jahres wurden die brandenburgischen Truppen abgedankt, und der jugendliche Oberstleutnant sah sich wieder auf seine, obenein stark verringerte Leibgarde-Kompagnie zu Fuß beschränkt.[2])

Obwohl der Krieg nun bald nach Norddeutschland übergriff, verfiel die brandenburgische Politik einer völligen Passivität. Neutralität wurde ihre Losung; damit hoffte man am besten über die Stürme der Zeit hinwegzukommen. Statt mit den Waffen in der Hand die Feinde am Betreten des märkischen Bodens zu hindern, sah man sich auf diplomatische Verhandlungen angewiesen, um die Unbilden der Kriegführung von ihm fern zu halten. Hierbei fand Konrad von Burgsdorff

---

[1]) Patent Burgsdorffs als „Oberstlieutnant über Unsere Kavallerie", „nachdem bisher kein Obriste über Unsere geworbene Reiterei bestallt, solches auch wohl noch sobald nicht geschehen möchte und Wir gleichwohl für nötig gefunden, Jemanden anzuordnen, der über die Reuterei das Kommando hätte", d. Berlin 28. Juni (8. Juli) 1623, G. St.-A. Rep. 24 V. Befehl an Redern und Klitzing, sich seinem Kommando unterzuordnen, von demselben Tage Rep. 24 P 6. Im G. St.-A. Rep. 24 M a 3 liegen eine Reihe von Quittungen Burgsdorffs über empfangene Sold- und Werbegelder. Es geht aus ihnen hervor, daß seine Leibgarde-Kompagnie zu Fuß vom Juni bis zum Dezember 1623, also bis zu ihrer Reduktion, ihren Sold monatlich pünktlich erhalten hat, seine Reiter-Kompagnie vermutlich auch, da von Rückständen nicht die Rede ist. Als Oberstleutnants-Traktement waren ihm vom 1. Mai bis 31. Oktober 1623 1200 Thaler zugesichert worden. An Werbegeldern für 100 Reiter hat er 1000 Thaler erhalten. Der erste oder Mustermonatsold der Reiter verschlang 1180 Thaler, dazu noch 130 Thaler Vorteilgeld. Ein Monat Servisgeld für eine Kompagnie zu Roß wird mit 250 Thalern berechnet, ein Monatssold für die Leibgarde-Kompagnie zu Fuß einschl. des Vorteilgeldes mit 1123 Thalern. Zur Sache vgl. Jany a. a. O. S. 47 und Roessel a. a. O. S. 31 ff.

[2]) Roessel, a. a. O. S. 43.

Gelegenheit, sich seine Sporen als Diplomat zu verdienen. Zweimal, Anfang November und Anfang Dezember 1625 wurde er nach Halberstadt zu Wallenstein entsandt. Er sollte bei ihm Beschwerde darüber führen, daß seine Truppen, entgegen der kaiserlichen und seiner eigenen Zusage, Quartiere in der Altmark genommen hätten und Kontributionen aus ihr erhöben. Außerdem habe sich ein Wallensteinscher Werbeoffizier ungebührlich in der Stadt Brandenburg benommen. Wallenstein erwiderte beschwichtigend, er werde sein möglichstes thun, um den Kurfürsten zufrieden zu stellen, „soweit der kaiserliche Dienst, des gemeinen Wesens Wohlfahrt und Unsere Reputation nicht darunter leiden würden". Die altmärkischen Garnisonen — in Erxleben und Derneburg — wurden aber nicht zurückgezogen.[1])

Eine schwierigere und unangenehmere Aufgabe wurde Burgsdorff im nächsten Sommer zu teil, als er nebst mehreren anderen märkischen Edelleuten zum kurfürstlichen Kommissar für den Durchmarsch der Wallensteinschen Armee durch die Mark ernannt wurde. Er trat in Verbindung mit dem gefürchteten Feldherrn, um wegen der Quartiere, des Proviants u. s. w. das Nötige zu vereinbaren, sah aber dem Durchmarsch sehr besorgt entgegen. Dennoch verlief er über Erwarten glimpflich. Die Kommissare rühmen in ihrem Schlußbericht aus Kottbus vom 15. August 1626 den guten Willen und die Anordnungen Wallensteins, Mannszucht unter seinen Truppen zu halten und berichten u. a., daß noch in Kottbus einige Tumultuanten vor den Thoren der Stadt an die Bäume geknüpft worden seien. Ihr eigener Eifer und die Proviantlieferungen wurden dagegen von Wallenstein dankbar anerkannt, während er bei seinem Weitermarsch durch die

[1]) Instruktion Burgsdorffs für seine zweite Sendung zu Wallenstein nach Halberstadt d. Köln a. d. Sp. 22. Nov. (2. Dez.) 1625. Orig. G. St.-A. Rep. 24b 4 Fasc. 1. Berichte Burgsdorffs über diese Sendungen liegen nicht vor. Vgl. Rössel a. a. O. S. 49.

Lausitz die sächsischen Kommissare auf das Schnödeste behandelte.[1])

Noch in demselben Jahre lernte Burgsdorff auch den zweiten großen Feldherrn der katholischen Partei kennen. Als Tilly im Oktober 1626 ankündigte, daß er Winterquartiere in der Altmark beziehen werde, um das Land nicht in die Hände der Dänen fallen zu lassen, wurde Burgsdorff zu ihm gesandt, um wegen der Einquartierung mit ihm zu verhandeln und ihn dabei der Ergebenheit des Kurfürsten gegen den Kaiser zu versichern. Er suchte ihn Anfang November in Helmstädt auf, alle Bitten um Abwendung oder wenigstens Erleichterung der Einquartierungslast waren aber umsonst.[2])

Der Einbruch der Tillyschen Scharen eröffnete eine Leidenszeit für die Mark, die sich von Jahr zu Jahr steigerte. Zwar nahm Georg Wilhelm 1626 aufs neue zu Werbungen seine Zuflucht, und selbst die märkischen Stände griffen ihrer Anschauung nach tief in den Beutel, als sie im April jenes Jahres die Werbegelder für 15 Kompagnien = 3000 Mann zu Fuß und ein Regiment von 500 Reitern bewilligten. Aber auch diese Truppen genügten bei weitem nicht, um das Land vor den Launen der Sieger zu schützen. Einem ernstlichen Angriff gegenüber waren sie machtlos. Zur Not hielten sie die Festungen und wichtigsten Pässe besetzt und wehrten kleinen Streifpartien des Feindes. Im Oktober 1626 wurden sie zwar noch um weitere 13 Kompagnien Fußvolk vermehrt. Als aber der Kurfürst im Januar 1627 die Mehrzahl, nämlich 19 Kompagnien zu Fuß und das Reiterregiment, mit nach Preußen

[1]) Mehrere Instruktionen und Berichte hierüber G. St.-A. Rep. 24 b 4 Fasc. 1 und Rep. 24 b 5 b Fasc. 8. Vgl. v. Raumer, Wallensteins Auftreten in der Mark Brandenburg im „Berliner Kalender“ 1844, S. 272, Gindely, Waldstein während seines ersten Generalats, I, 105 und Roessel a. a. O. S. 115.

[2]) Näheres bei Gebauer, Kurbrandenburg in der Krisis des Jahres 1627, S. 5 und bei Rössel a. a. O. S. 126. Auch über diese Mission ist kein Bericht Burgsdorffs vorhanden.

nahm, zerbröckelte die Defensionsverfassung der Mark in den nächsten Jahren so bedenklich, daß schließlich 1630 kaum noch 8—900 Mann in ihr vorhanden waren.[1])

Burgsdorff fand bei diesen Neubildungen wieder eine seinem Dienstgrade entsprechende Verwendung. Zunächst wurde im Dezember 1625 und Januar 1626 seine Leibgarde-Kompagnie wieder auf 200 Köpfe verstärkt. Dann wurde er im Mai 1626 als Oberstleutnant beim Stabe des dem Obersten Hildebrand von Kracht untergebenen neuen Regiments zu Fuß angestellt und mit der Führung von 5 von dessen 15 Kompagnien betraut. Diesen Posten vertauschte er nach der zweiten Werbung im Dezember 1626 mit dem Kommando über das damals in der Stärke von 10 Kompagnien neu formierte Leibregiment zu Fuß.[2])

An der Spitze von 7 Kompagnien dieses seines Regiments folgte er im Januar 1627 dem Kurfürsten nach Preußen.[3]) Hier bot sich ihm bald Gelegenheit, das Kriegsglück zum erstenmal im Felde zu erproben. Im Mai 1627 landete Gustav Adolf von Schweden in Pillau, um sich dieses wichtigen Hafens zu versichern und den Krieg gegen Polen von Preußen aus energisch zu betreiben. Kurfürst Georg Wilhelm versuchte, ihm entgegenzutreten und zog seine Regimenter und Wybranzen bei Königsberg zusammen. Einige ernsthafte Drohungen Gustav Adolfs genügten indes, ihn einzuschüchtern und eine allerdings zeitlich und räumlich beschränkte Neutralitätserklärung von ihm zu erpressen. Darob erhob sich großer Lärm in Warschau, wo man ein thätiges Eingreifen des preußischen Vasallenherzogs in den Krieg gegen Schweden erwartete. Willig gab die politische Wetterfahne in Königsberg diesem neuen Luftzuge

[1]) Vgl. Jany a. a. O. S. 50 ff. und Roessel a. a. O. S. 67 ff.

[2]) Patent als „Obristleutenant über Unser Leibregiment zu Fuß" vom 1. (11.) Dezember 1626. G. St.-A. Rep. 9 A 4. Vgl. Jany und Roessel a. a. O.

[3]) Sehr ausführliche Nachrichten über diesen Marsch bei Roessel S. 163 ff.

nach, und erschreckt ordnete Georg Wilhelm, einem Rate des Grafen Adam von Schwarzenberg folgend, die Entsendung eines preußischen Hilfskorps zu dem polnischen Heere an. Diese Hilfeleistung verstieß nicht geradezu gegen den Wortlaut des soeben erst mit Gustav Adolf getroffenen Abkommens, aber dem Sinn nach war sie natürlich ein Abfall von dem jenem Abkommen zu Grunde liegenden Neutralitätsprinzip, zumal, da die Stärke des Korps die vertragsmäßige Ziffer des von Preußen zu stellenden Kontingents erheblich überstieg.

Konrad von Burgsdorff erhielt den Befehl, zusammen mit dem Oberstleutnant Albrecht von Kalckstein das Hilfskorps dem polnischen General Koniecpolski zuzuführen, der damals bei Mewe an der Weichsel, in der Nähe von Marienwerder stand.[1]) So leicht die Aufgabe schien, so war sie doch thatsächlich eine der schwersten, die ihm in seinem ganzen Leben zu teil geworden sind. Denn die Truppen, 1200 Mann zu Fuß und 200 zu Roß nebst 3 Geschützen, waren über ihre Bestimmung, den Polen zugeführt zu werden, aufs äußerste erbittert. Im Herzen standen sie alle auf seiten der Schweden, in denen sie ihre Glaubensgenossen erblickten, während die Polen die Unterdrücker ihres Vaterlandes waren. Schon als der Marschbefehl bekannt wurde, kam es zu schlimmen Auftritten unter ihnen, die hart an Aufruhr streiften. Besonders aufsässig zeigten sich die preußischen Kompagnien, die die Hälfte des Korps ausmachten, während die andere Hälfte aus Brandenburgern bestand. Verschiedene Offiziere baten um ihre Entlassung, um nicht unter den Fahnen des verhaßten Erbfeindes dienen zu müssen, und zogen sich die scharfe Zurechtweisung des Kurfürsten zu, daß sie, die sein Brot gegessen und sein Geld genommen, nun auch seinen Befehlen zu gehorchen hätten. Die Mannschaften verlangten vor dem Aufbruch laut nach ihrem rückständigen Solde und konnten mit Mühe beschwichtigt werden. Die Geschütze waren, wie sich unterwegs herausstellte,

[1]) Vgl. zum folgenden Roessel a. a. O. S. 195 ff.

schon vor dem Aufbruch in Königsberg heimlich vernagelt worden!

Der Kurfürst sah sich infolgedessen veranlaßt, dem Hilfskorps einen besonderen „Convoy“ mitzugeben. Er bestand aus 3 Kompagnien zu Fuß vom Leibregiment und 3 zu Roß. Diese Begleittruppen sollten das Korps auf dem Marsche gegen einen etwaigen Angriff der Schweden schützen, resp. verstärken. Als man sich aber in Bewegung setzen wollte, mußte Burgsdorff den Convoy gegen die eigenen Truppen unter das Gewehr treten und die Geschütze auf sie richten lassen, um sie überhaupt zum Abmarsch zu bewegen. Für einen Zusammenstoß mit den Schweden waren die Begleitmannschaften ein mehr als zweifelhafter Schutz, denn ihrer Gesinnung nach waren sie ebenso schwedenfreundlich wie ihre Schutzbefohlenen.

Geringere Widerstandskraft gegen den Feind hat von vornherein wohl selten eine Truppe in der Weltgeschichte gehabt. Jeder Zusammenstoß mit ihm mußte sie aufs äußerste gefährden, selbst wenn, wie es hier der Fall war, dieser Feind nicht so ganz Nerv und Thatkraft gewesen wäre und an seiner Spitze einen der größten Feldherren aller Zeiten gehabt hätte.

Die Katastrophe ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Am 20. Juli war man von Preußisch-Eylau aufgebrochen und am 24. bei Mohrungen eingetroffen, wo man sich zwei Ruhetage gönnte. Aus welchem Grunde ist unbekannt, der Marschinstruktion entsprach es jedenfalls nicht, denn sie wies die Führer an, „sich auf dem Wege nicht lange aufzuhalten, sondern so schleunig wie möglich zu marschieren.“ Das Abweichen von dieser sehr verständigen Vorschrift führte ins Verderben. Gustav Adolf hatte von dem Vorhaben Kunde erlangt und rückte mit einer starken Abteilung seines Heeres, dem Vernehmen nach 40 Kompagnien zu Roß, 36 zu Fuß und 16 Geschützen, heran, um die Brandenburger abzufangen. Auf die Meldung davon beschloß Burgsdorff am Nachmittag des 26. Juli, sich nach Preußisch-Holland zu werfen, wo er sich besser als in Mohrungen verteidigen zu können

hoffte. Kaum aber hatte er seine Truppen bei einem Dorfe „zur Wiese“, eine Meile nördlich von Mohrungen, gesammelt, als der schwedische Vortrab unter der Führung des Grafen Matthias von Thurn heraneilte und die Brandenburger stellte. Eine preußische Reiterkompagnie, die sich auf dem Wege zum Sammelpunkt verspätet hatte, wird umzingelt und gefangen genommen. Das gleiche Schicksal trifft den Oberstleutnant von Kalckstein. Burgsdorff stellt seine Truppen vor dem Dorfe in Schlachtordnung auf. Da aber ereignet sich das Schmachvolle, daß diese angesichts des Feindes meutern. „Schweden, Schweden, Schweden“, riefen sie laut und weigerten sich zu fechten. Ihrem Führer blieb nichts übrig, als mit dem inzwischen persönlich auf dem Schauplatz erschienenen Gustav Adolf zu verhandeln. Es kam zu einer Kapitulation, laut welcher sämtliche brandenburgisch-preußischen Truppen in schwedische Dienste übertraten, während den Offizieren der Übertritt freigestellt wurde. Sie erklärten ohne Ausnahme, beim Kurfürsten bleiben zu wollen und wurden alsbald entlassen. Auch zwei Kompagnien des Leibregiments, diejenige Konrads und die seines Bruders Alexander Magnus von Burgsdorff weigerten sich, schwedische Dienste zu nehmen und durften mit den Geschützen zurückmarschieren. Die gefangenen Reiter wurden unter schwedische Schwadronen untergesteckt, aus dem Fußvolk errichtete Gustav Adolf ein neues Regiment. Seinem Schwager ließ er spöttisch sagen, er möge sein Volk und Geschütz ein andermal besser in acht nehmen.

So endete der militärische Spaziergang nach Mohrungen, die tiefste Erniedrigung der Macht Georg Wilhelms, wie Ranke ihn bezeichnet hat. Die preußische Armee war um ihr ruhmlosestes Blatt reicher. Ein kläglicheres Debüt auf dem Felde der Ehre war für Konrad von Burgsdorff nicht denkbar.

In seiner sachverständigen Kritik des Ereignisses hat General Roessel darauf hingewiesen, daß Burgsdorff von einer Schuld an der Katastrophe nicht ganz frei zu sprechen ist. Sie liegt vor allem in dem, wie schon erwähnt, instruktions-

widrigen zweitägigen Aufenthalt in Mohrungen und würde sich noch genauer bestimmen lassen, wenn wir die Gründe für diese Verzögerung des Marsches kennten. Ebenso scheint das Verhalten Burgsdorffs nach Empfang der Nachricht vom schwedischen Anmarsch nicht einwandfrei gewesen zu sein. Roessel meint, er habe das Seen-Defilee bei Maldeuten besetzen müssen, um sich vor einer Überraschung zu sichern und würde dadurch Zeit gefunden haben, rechtzeitig nach Preußisch-Holland zu entkommen. Auch das mag vom taktischen Standpunkt aus zutreffen, obwohl ich den Verteidigern des Seen-Defilees ebensowenig wie denen von Preußisch-Holland eine größere Widerstandskraft zutraue, als sie die bei Mohrungen in ungünstiger Lage Umstellten bewiesen. Bei den Kapitulationsverhandlungen scheint Burgsdorff dagegen sein möglichstes gethan zu haben, um günstige Bedingungen zu erzielen. Er hat, dem zuverlässigsten Bericht zufolge, „lange und viele Diskurse" mit Gustav Adolf geführt und es „danach so weit gemildert", daß der König den gefangenen Offizieren die Entscheidung über ihr Los anheimstellte, wahrscheinlich auch die genannten beiden Kompagnien und die Geschütze ohne Lösegeld zurückschickte.[1])

Die Hauptschuld an dem beklagenswerten Ereignis fällt, wie auch Roessel hervorhebt, natürlich anderen Faktoren zu. Nach dem Geist, der die Truppen beseelte, war ihr Schicksal besiegelt, sobald sie ein paar entschlossener schwedischer Schwadronen ansichtig wurden. Es war deshalb ein verhängnis-

[1]) Außer den von Roessel mitgeteilten Relationen über das Ereignis, jetzt den zuverlässigsten Quellen für dasselbe, besitzen wir noch einen kurzen dramatisch gehaltenen Bericht darüber in Israel Hoppes Geschichte des ersten schwedisch-polnischen Krieges in Preußen (hrsg. von Toeppen, Leipzig 1887, S. 188) den neuerdings Prutz fast wörtlich in seine Preußische Geschichte I, 343 aufgenommen hat. Er läßt die Überraschung der Brandenburger durch die Schweden größer erscheinen, als sie thatsächlich war und legt Burgsdorff eine Antwort auf die Kapitulationsaufforderung Gustav Adolfs in den Mund, die in Wirklichkeit auch wohl etwas weniger naiv geklungen haben wird.

voller Fehler, sie auf dem geraden Wege von Preußisch-Eylau nach Mewe in Marsch zu setzen, der von der schwedischen Stellung bei Dirschau aus so leicht flankiert werden konnte. Wer für diesen Fehler verantwortlich ist, steht dahin. Georg Wilhelm entschuldigte bald darauf den Vorfall bei dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen damit, daß Gustav Adolf versprochen habe, vor Michaelis das preußische Gebiet nicht zu berühren und gegen dieses Versprechen doch nach Mohrungen geeilt sei. War das wirklich sein Ernst und keine schwächliche Ausrede, so läßt seine Naivität allerdings wenig zu wünschen übrig. Zuzutrauen wäre sie ihm schon, denn anders als naiv können wir das unmittelbar nach der Katastrophe an Gustav Adolf gestellte Ansinnen nicht nennen, Preußen zu räumen und ihm die Gefangenen zurückzuschicken. Der schwedische König leuchtete ihm daraufhin auch gründlich heim, und Georg Wilhelm mußte schließlich zufrieden sein, mit nichts Schlimmerem als einem solchen Denkzettel für den Bruch seiner Neutralität davonzukommen.

War der traurige Zwischenfall auch alles andere eher als ein Ruhmesblatt für Burgsdorff, so hat er seinem militärischen Rufe in den Augen des berufensten Beurteilers, nämlich Gustav Adolfs selber, doch nicht geschadet, sonst würde ihm dieser fünf Jahre später, wie wir sehen werden, keinen so verantwortungsvollen, militärischen Posten angeboten haben. Ebensowenig warf Georg Wilhelm, der das Verhalten der Truppen bei Mohrungen als eine „schändliche, bei den Deutschen unerhörte Verräterei" brandmarkte, deswegen einen Stein auf ihren Führer. Die Akten und das Urteil einer über den Vorfall angeordneten kriegsgerichtlichen Untersuchung sind leider nicht mehr vorhanden. Burgsdorff scheint jedoch völlig gerechtfertigt aus ihr hervorgegangen zu sein, denn die Sonne kurfürstlicher Gnade leuchtete nach wie vor unverhüllt über seinem Haupte.[1])

[1]) Das „Ehrengedächtnis" Burgsdorffs bringt es sogar fertig, seine „fürsichtige Haltung in dem Kriege zwischen Polen und Preußen 1627" rühmend hervorzuheben!

Um eine trübe Erfahrung reicher kehrte er bald darauf in die Mark zurück. Er war schon früher in den Johanniterorden aufgenommen und zum Komtur von Lagow designiert worden, dessen Besitz er, wie es scheint, am 1. Mai 1628 wirklich antrat.[1]) Wahrscheinlich hat die Ordensgemeinschaft dazu beigetragen, ihn in nähere Verbindung mit dem Herrenmeister des Ordens, dem Grafen Adam von Schwarzenberg, zu bringen. Wir besitzen noch zwei Briefe von ihm aus dem März 1628, in denen er Schwarzenberg, anknüpfend an die Schilderung Lagower Verhältnisse, allerlei mitteilt, was ihm über Zustände in der Mark und im Reich zu Ohren gekommen ist.[2]) Leider sind diese ersten von ihm erhaltenen politischen Äußerungen zu fragmentarisch, um einen Schluß auf seine allgemeinen Ansichten und seine Parteistellung zu gestatten. Wir können ihnen nur entnehmen, daß ihm die traurige Lage seiner Heimat sehr zu Herzen ging und er sehnlichst die Rückkehr des Kurfürsten aus Preußen herbeiwünschte, von der er sich eine Besserung der Verhältnisse versprach. In der Zeit, die bis zur Erfüllung dieses Wunsches verging, reiste er noch mehrere Male zwischen der Mark und Preußen hin und her, wahrscheinlich teils in persönlichen Angelegenheiten, teils in dienstlichen Aufträgen. So wissen wir z. B., daß er im März 1629 auf einer solchen Reise die Absichten der schwedischen Heerführer über den Fortgang des Krieges erkunden sollte und wenig Tröstliches darüber nach Königsberg berichtete. So dürftig

[1]) Der genaue Zeitpunkt der Aufnahme und der Designation zum Komtur läßt sich nicht bestimmen. Er spricht davon, daß am 1. Mai 1628 das Gnadenjahr — wahrscheinlich der Erben seines Vorgängers auf Lagow — abgelaufen sei, daher die oben ausgesprochene Vermutung. Sie wird auch dadurch gestützt, daß er vor 1628 stets „designirter Komtur“ genannt wird. Näheres über Lagow in der Beilage über den Grundbesitz Burgsdorffs.

[2]) d. Berlin 17. (27.) März und 25. März (4. April) 1627, G. St.-A. Rep. 31, 11 a. Ein anderer Brief von ihm an einen nicht näher bezeichneten „Herrn Schwager und Freund“ vom 4./14. Dezember 1627 G. St.-A. Rep. 22, 13 d.

die Nachrichten über ihn in dieser Zeit sind, soviel steht doch fest, daß seine Dienste überwiegend, wenn nicht ausschließlich höfischer und diplomatischer Natur waren. Sein Regiment lag, in Kompagnien aufgelöst, weit zerstreut über das Herzogtum Preußen und gab ihm nur als Inhaber, nicht als Kommandeur etwas zu thun.[1])

Im September 1629 wurde der sechsjährige Waffenstillstand zwischen Schweden und Polen abgeschlossen, der Preußen aus der gefährlichen Lage zwischen den beiden Mächten befreite und die Anwesenheit des Kurfürsten im Osten nicht mehr notwendig erscheinen ließ. Da zudem verlautete, daß der Kaiser einen Kurfürstentag berufen werde, an dem Georg Wilhelm teilnehmen wollte, so entschloß er sich, nach der Mark zurückzukehren. Allein hier war für den Landesherrn kaum noch ein sicheres Plätzchen zu finden. Wallenstein und Tilly hatten das ganze Land mit starker Einquartierung belegt und begründeten ihr Vorgehen mit der Furcht vor Angriffsplänen Gustav Adolfs von Schweden, dem sie hier entgegentreten wollten.

Um in seiner eigenen Residenz durch die kaiserliche Armee nicht „gleichsam blockiert“ zu werden und wegen seines Unterhalts besorgt sein zu müssen, versuchte der Kurfürst vor seinem Aufbruch aus Preußen, Wallenstein zum Zurückziehen seiner Truppen zu bewegen. Er entsandte zu dem Zweck keinen Geringeren als den Statthalter der märkischen Lande, den Markgrafen Sigismund an Wallenstein und gab ihm als Begleiter Konrad von Burgsdorff mit. Dieser war eben erst aus der Mark in Preußen eingetroffen und hatte sich hier von den Hoffnungen des Kurfürsten persönlich überzeugen können. Sehr hochgespannt waren sie nicht. Das erhellt schon aus der Instruktion, die den beiden Unterhändlern mitgegeben wurde. Sie geht von den großen Beschwerden aus, welche die kurfürstlichen Lande nun schon drei Jahre lang durch kaiser-

[1]) Vgl. Roessel a. a. O. S. 212.

liche Völker zu tragen gehabt hätten und denen sie ihren fast gänzlichen Ruin verdankten. Sei die Befreiung des ganzen Landes nicht zu erreichen, so sollten wenigstens Mittel- und Neumark geräumt werden; sei auch das nicht durchzusetzen, so wünscht Georg Wilhelm zum mindesten die Residenzen, die Festungen und die Kreise rings um Berlin vom Feinde frei zu sehen. „Sollte aber Unser Gesandter gar nichts erhalten, hat er anzudeuten, daß Wir dergleichen Bezeigung, indem man Uns in Unserige Lande zu kommen in effectu verweigert, sehr fremd empfinden würden, und würde es ein schlechter Dank sein für die großen Dienste, die Wir mit äußerstem Verderb Unserer Lande Ihrer Majestät erwiesen, darüber Wir auch anderer höchste Offension auf Uns geladen, welche Uns dieses alles wohl gönnen würden; andere aber würden durch Unser Exempel nicht wenig abgeschreckt werden und auf so stattliche Zusagen, darauf Wir Uns verlassen, nicht bauen.“ Ein schwedischer Einfall sei wenigstens in diesem Winter kaum zu befürchten, da die schwedische Reiterei in den Winterquartieren bis Littauen und Liefland zerstreut liege. Vielmehr sei zu besorgen, daß die starke Anhäufung kaiserlicher Truppen in der Nähe der See dem Könige von Schweden „große Ombrage machen und daß eben um dieser Ursachen willen dasjenige, was man besorget, wohl am ehesten geschehen möchte“.

Mit dieser nicht sehr aussichtsvollen Instruktion in der Tasche machten sich Markgraf Sigismund und Burgsdorff am 17. Dezember 1629 von Berlin auf den Weg und trafen vier Tage später in Halberstadt bei Wallenstein ein. Wir sind dieses Mal über den Verlauf der Audienzen sehr gut unterrichtet.[1]) Der Markgraf gab nur das vornehme Haupt der

[1]) Die Akten über diese Sendung G. St.-A. Rep. 24 b 5 a Fasc. 3. Die Instruktion für den Markgrafen Sigismund ist datiert Königsberg 14./24. November 1629. Den Bericht des Markgrafen vom 20. (30.) Dezember 1629 gebe ich wörtlich in Beilage II. Er ist erwähnt bei Gindely, Waldstein II, 202 und im Auszug benutzt von Raumer a. a. O. S. 291.

Gesandtschaft ab. Die Last der eigentlichen Verhandlungen lag allein Burgsdorff ob, und dieser hatte Wallenstein gegenüber einen schweren Stand. Kaum hatte er sein Begehren angebracht, als der Friedländer aufbrauste: er müßte ein Narr, ein Hundsfott und des Kaisers Verräter sein, wenn er seine Truppen jetzt bei der drohenden Schwedengefahr aus dem Brandenburgischen abführte. Als Burgsdorff darauf die Besorgnis vor Gustav Adolf als unbegründet hinzustellen versuchte, fiel ihm Wallenstein wieder ins Wort und bedeutete ihn kurzweg, dafür solle er ihn nur sorgen lassen, er wäre General und nicht Burgsdorff, der Teufel solle ihn holen, wenn er das Volk ausquartieren könnte. In dieser angenehmen Tonart ging es weiter. Auch Burgsdorff erhitzte sich, so daß sich Wallenstein über sein „vieles Schreien" beklagte. Im ganzen hielt er auf seinem mißlichen Posten wacker stand, aber alle Gründe, die er vorbrachte, vermochten den großen Gegner nicht zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Unfreundlich, ohne Dank für den Gruß des Kurfürsten und ohne Gegengruß an ihn, wurden die beiden Unterhändler nach dreitägigem Hin- und

Interessant ist ein formelles Bedenken. Der Kurfürst gestand Wallenstein den Titel „Herzog von Mecklenburg" nicht zu, da er, wie er in der Instruktion für Sigismund schreibt, zur Zeit noch seine wichtigen Bedenken dagegen habe. Die Anrede in dem Kreditiv für Burgsdorff lautet demnach: „Hochgeborener Fürst, freundlicher, vielgeliebter Herr Oheim" und die Adresse: „A Monsieur mon cousin le général de Sa Majesté Imperiale Duc de Friedland". Falls Wallenstein dies monieren würde, sollte Burgsdorff sich damit entschuldigen, daß der Kurfütst nicht wisse, wie seine Mitkurfürsten es mit der Titelfrage hielten, denen er nicht gerne vorgriffe. Außerdem hätte ihm Wallenstein seine Belehnung mit Mecklenburg nie notifiziert. Letzteres wurde gewissermaßen nachgeholt durch ein kaiserliches Reskript an Georg Wilhelm vom 27. November 1629, worin ihm mitgeteilt wurde, daß der Kaiser die beiden Herzöge Adolf Friedrich und Johann Albrecht von Mecklenburg „wegen ihres begangenen abscheulichen Lasters beleidigter Majestät" ihrer Länder entsetzt uud Wallenstein damit belehnt habe. Der Kurfürst möge deshalb seine Kanzlei anweisen, „daß besagtem Unserm Generalfeldhauptmann hinfüro der gebührende Titel des Herzogen zu Mecklenburg gegeben und geschrieben werde".

Herreden entlassen. Auch mit Tilly, der damals in Halberstadt weilte, knüpften sie Verhandlungen wegen Räumung der Altmark an. Sie verliefen äußerlich in höflicheren Formen, sachlich aber ebenso ergebnislos.

Die einzigen Zugeständnisse, die Wallenstein bewilligte, bestanden in folgenden Erleichterungen der Einquartierungslast: 1. Vorspann soll nur gegen Vorzeigung eines Passes des kaiserlichen Feldmarschalls Torquato Conti oder des Grafen Hatzfeld geleistet zu werden brauchen. — 2. Für abwesende Knechte ist kein Servis zu fordern. — 3. Der Stadt Brandenburg werden 3700 Thaler Quartierschulden erlassen. — 4. Von den Kaiserlichen in der Mark soll der Reichsthaler zu $1^1/_2$ Gulden angenommen werden. — 5. Die Mitglieder der Universität Frankfurt a. O. sollen von Einquartierungen befreit sein. — 6. Die Kompagnien sind nur nach ihrem effektiven Mannschaftsstand zu verpflegen. — 7. Offiziere und Gemeine sollen sich genau an die vor einem Jahr erlassene Verpflegungsordonnanz halten und nichts darüber hinaus fordern. — 8. Der Uckermark werden 50000 Thaler Kontribution für die Artillerie erlassen, sie dafür aber mit anderer Einquartierung von Fußvolk belegt. — 9. Die Güter Hans Georg von Arnims sollen von allen Kontributionen und Durchzügen befreit werden. — Das waren Tropfen auf den heißen Stein, obenein nur Worte, deren Erfüllung zweifelhaft war. Der Verlauf der Mission bestätigte, was die Instruktion schon ahnen ließ, daß Brandenburg ein Spielball in der Hand Wallensteins war und lediglich von der Gnade und Ungnade des Kaisers abhing.

Die Aussicht auf die Landung Gustav Adolfs in Deutschland verschlimmerte seine Lage noch. Trotz allem, was für den Anschluß an Schweden sprach, hielt Georg Wilhelm offiziell am Kaiser fest, und seines Herzens geheimes Sehnen ging wiederum, ungeachtet aller damit gemachten bitteren Erfahrungen, auf Neutralität hinaus. Bezeichnend für diese Stimmung ist ein Reskript, das Burgsdorff bald nach der Landung der Schweden in Pommern erhielt. Er war inzwischen Kommandant

von Spandau geworden; das kurfürstliche Reskript schrieb ihm sein Verhalten zu den beiden feindlichen Parteien vor.[1]) Falls kaiserliches Volk, heißt es in ihm, beim Anmarsch oder bei der Retraite den Spandauer Paß zu gebrauchen begehrt, soll er es wie bisher zulassen, „denn es siehet S. Churfürstl. Durchlaucht nicht, wie es ihr gegen die Römische Kaiserliche Majestät und das Heilige Reich verantwortlich oder auch ihrem Lande zuträglich sein wollte, einen solchen Paß und Repaß den Kaiserlichen zu verweigern oder sie daran aufzuhalten." Desgleichen soll Proviant und Munition für die Kaiserlichen bereit gehalten werden; kaiserliche Truppen sollen aber nicht durch die Festung selbst, sondern nur „bei und um dieselbe her" durchgelassen werden und auch nur so gering an Zahl, daß davon keine Gefahr zur Beeinträchtigung der Feste zu besorgen ist. Schwedischen Truppen soll dagegen kein Paß und Repaß gegeben werden und ihr Durchzug ist nach Möglichkeit zu verhindern. Kommen sie mit Übermacht, so soll er sich der Zeit und Möglichkeit nach akkomodieren und sie truppweise um die Festung passieren lassen. In die Werke selbst sollen Truppen keiner Partei eingelassen, viel weniger als Garnison aufgenommen werden. „Solches ist mit aller Macht zu hindern und das Äußerste dabei aufzusetzen."

Die Energie dieser Worte wurde vor der Wucht der Thatsachen bald zu nichte. Im Mai 1631 mußte Spandau seine Thore den Schweden öffnen, und Georg Wilhelm machte sich, wenn auch widerstrebend und immer wieder in sein altes Schwanken und Zaudern zurückfallend, allmählich mit dem Gedanken vertraut, seine bisherige Politik zu verlassen und thätig in den großen Kampf einzugreifen. Schon auf dem Leipziger Konvent im April 1631 hatte er dem Plan einer bewaffneten Neutralität zugestimmt. Diese halbe Maßregel,

[1]) G. St.-A. Rep. 21, 138, 1; datiert 14. (24.) August 1630. Ein entsprechendes Reskript erging an demselben Tage an den Obersten von Kracht, den Kommandanten von Küstrin. Vgl. G. Droysen, Gustav Adolf II, 231.

die obenein für Brandenburg auf dem Papier stehen blieb, ging in den Flammen des unglücklichen Magdeburg unter. Gustav Adolf verlangte ganze Arbeit, und so kam unter dem Druck der schwedischen Waffen der Berliner Vertrag vom 21. Juni 1631 zu stande, der Georg Wilhelm endgültig auf die Seite seines königlichen Schwagers hinüberführte.

Die kriegerische Wendung der brandenburgischen Politik wurde auch für Burgsdorff bedeutungsvoll. Zunächst wurde er in den Kriegsrat berufen. Schon seit dem Jahre 1626 ging man in Berlin mit dem Gedanken um, eine besondere Behörde zur Bearbeitung der militärischen Sachen einzurichten, da ihre Behandlung durch den Geheimen Rat leicht zu Konfusion und Unordnung führte. Erst 1630 wurde dieser Gedanke zur That und ein Kollegium eingesetzt, dem „alles dasjenige, so in Kriegssachen einkommt oder in dieselben hineinläuft“, zur Bearbeitung und, soweit es sich nicht um Sachen von besonderer Wichtigkeit handelte, zur selbständigen Erledigung überwiesen wurde.[1] Dieser neu geschaffene Kriegsrat setzte sich in seinen ordentlichen Mitgliedern aus Beamten der Civilverwaltung zusammen. Für militärisch technische Fragen sollten indessen auch die höheren Offiziere der brandenburgischen Armee herangezogen werden, und Burgsdorff erhielt speziell im Juni 1631 den Befehl, an seinen Sitzungen teilzunehmen, so oft er sich in Berlin befände.[2])

Acht Tage später ging ihm eine noch wichtigere Ordre zu. Gemäß dem Vertrage mit Gustav Adolf begann Kurfürst

[1]) Vgl. Isaacsohn, Geschichte des preußischen Beamtentums II, 37. Die angeführten Worte über die Aufgabe des Kriegsrates sind einer kurfürstlichen Instruktion für ihn vom 14. (24.) Juni 1631 entnommen. G. St.-A. Rep. 24 c 2 Fasc. 15.

[2]) Kurfürstliche Verordnung vom 15. (25.) Juni 1631. G. St.-A. a. a. O. Die etatsmäßigen Mitglieder des Kriegrates waren damals nach der Instruktion vom 24 Juni Kurt Bertram von Pfuel, Balthasar von Brunn, Gerhard Romilian von Kaltum gen. Leuchtmar, Andreas Koch und der Sekretär Jobst Weiler. Der früher ernannte Balthasar Veit von Einbeck war „auf sein unterthänigstes Bitten in Gnaden aus diesem Amte entlassen worden“.

Georg Wilhelm zu rüsten, und hierbei wurde Burgsdorff in erster Linie berücksichtigt. Das Leibregiment zu Fuß, das er zuletzt kommandiert hatte, war inzwischen aufgelöst, bezw. auf zwei Kompagnien reduziert worden. Anfang 1631 hatte er eine dritte dazu angeworben, und bald darauf wurde eine neugeworbene Kompagnie seines Bruders Alexander Magnus seinem Kommando unterstellt, so daß er zu Beginn des Sommers 1631 über 4 Kompagnien = 800 Mann verfügte. Am 2. Juli 1631 erhielt er nun den Auftrag, zu diesen 4 Kompagnien noch 6 neue zu 200 Mann und eine Dragonerkompagnie von derselben Stärke zu werben und wurde als Oberst an die Spitze dieses, des später, wenn auch irrtümlich, so doch meistens sogenannten Alt-Burgsdorffschen Regiments zu Fuß gestellt.[1]) Zu ihm gesellte sich noch am Ende desselben Jahres ein neugeworbenes Reiter-Regiment von zunächst 10 Kompagnien zu 100 Mann, zu dessen Chef er ebenfalls ernannt wurde.[2]) Als Inhaber zweier Regimenter nahm er mithin in der brandenburgischen Armee die erste Stelle ein. Die große Begünstigung, die hierin lag, erhielt allerdings durch die Kapitulation vom

---

[1]) S. Jany S. 64, Anmerkung 1.

[2]) Vgl. über diese Um- und Neuformationen die ebenso scharfsinnigen wie klaren Erörterungen von Jany S. 58 ff. Kapitulation mit Konrad von Burgsdorff über die Werbung bezw. Vervollständigung seines Regiments zu Fuß und Ernennung zum Oberst d. Köln a. d. Spree 22. Juni (2. Juli) 1631. G. St.-A. Rep. 24 K Fasc. 12. Vereidigung als Oberst vor dem Markgrafen Sigismund und dem Geheimen Rat Striepe am 12. (22.) August in Berlin G. St.-A. Rep. 9 O 2 B 4. Kapitulation über die Errichtung des Regiments zu Pferde vom 25. November 1631. In den Dienst trat es am 1. Januar 1632. Eine Musterrolle seines Stabes vom 9. (19.) Februar 1632 (actum Neu-Ruppin) zählt auf: Oberst: Konrad von Burgsdorff, Oberstleutnant: Georg Ehrenreich von Burgsdorff, Oberstwachtmeister: Ernst Konrad von Lampe, Regimentsquartiermeister: Joachim von Platow, Regimentsschultheiß: Joachim Krause, Regimentsprediger: M. Johannes Meusius, Regimentssekretär: Johann Stellmacher, ferner einen Feldscheer, einen Proviantmeister, einen Trompeter, einen Paucker, einen Plattenschläger, einen Regimentsprofoß, einen Profoßleutnant, einen Stockmeister und zwei Stockknechte. G. St.-A. Rep. 24 O 4 Fasc. 2.

2. Juli einen etwas bittern Beigeschmack, indem sie ihn anwies, das Lauf- und Antrittsgeld für 1200 Mann im Betrage von 4200 Thalern aus dem seinigen vorzuschießen, da der Kurfürst „in der Eil füglich nicht dazu gelangen könne."

Wie übel es überhaupt damals um die Finanzierung der brandenburgischen Werbungen bestellt war, erhellt u. a. aus einem Befehl des Kurfürsten an Burgsdorff, vom 7. Juli 1631, die silbernen „Bilder" und anderen Silbersachen, die bei Einführung der Reformation aus dem Berliner Dom entfernt worden waren, vermünzen zu lassen, „was bei vorfallenden, unumgänglichen Ausgaben für eine Notdurft befunden werde." So fielen diese stummen Zeugen des Abfalls von der alten Kirche jetzt vollends dem Kampfe gegen sie zum Opfer.[1])

Bei den Verhandlungen über die Werbungen hat Burgsdorff offenbar eine größere Rolle gespielt, als sich an der Hand der vorhandenen Akten im einzelnen nachweisen läßt. Wir stoßen hier zum erstenmal auf nahe Beziehungen zwischen ihm und Hans Georg von Arnim. Woher die Bekanntschaft der beiden stammt, war nicht zu ermitteln. Wahrscheinlich bestand sie schon längere Zeit, da ja beide dem Kreise des märkischen Adels angehörten. Arnim war bekanntlich damals die hauptsächlich treibende Kraft, um die thatenscheue brandenburgische Politik aus ihrem Schlummer aufzurütteln. Er spielte den Vermittler zwischen Gustav Adolf und Georg Wilhelm. Er blieb auch nach dem Berliner Vertrag der Vertraute des letzteren, und Burgsdorff wanderte fleißig zwischen ihm und dem kurfürstlichen Hoflager hin und her, um ihm die Schwierigkeiten der Rüstungen vorzustellen und seinen Rat zu erbitten.[2])

---

[1]) G. St.-A. Rep. 9 D 2.

[2]) Vgl. Irmer, Hans Georg von Arnim, S. 135 ff. Die einzige schriftliche Spur eines Verkehrs zwischen Burgsdorff und Arnim, die ich habe finden können, besteht in einer Instruktion für den ersteren bei Gelegenheit einer Sendung an Arnim d. Köln a. d. Sp. 2. (12.) Oktober 1631, G. St.-A. Rep. 41, 12 c. Es heißt in ihr: es wäre besser gewesen, wenn der Kurfürst sich vorlängst in gewisse Kriegsverfassung gesetzt hätte, jetzt

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß er sich schon damals mit den Ansichten seines großen Landsmannes durchtränkte und in ihm seinen politischen Lehrmeister erblickte. Jedenfalls war er jetzt gut schwedisch gesinnt und mit dem Anschluß seines Herrn an Gustav Adolf durchaus einverstanden. Als ihm das Gerücht zu Ohren kam, daß er beim schwedischen Könige verleumdet worden sei und dieser „bedenkliche Worte gegen ihn gebraucht haben solle," verwahrt er sich eifrig gegen diese Unterstellung und wünscht nichts sehnlicher, als sich persönlich bei Gustav Adolf von diesem Verdacht reinigen zu können.[1])

Ehe dieser Wunsch sich erfüllte, war ihm eine andere Gelegenheit geboten, seine antikaiserliche Gesinnung zu bekräftigen, und zwar durch kriegerische Thaten. Die Unterhaltung der neu geworbenen Truppen lastete schwer auf dem erschöpften Lande, das außerdem noch beträchtliche Kontributionen für die schwedische Armee aufbringen mußte.[2]) Was lag näher als der Versuch, die eigenen Regimenter durch den Krieg ernähren zu lassen oder sie wenigstens zunächst in fremdes Gebiet auszuquartieren, wo sie ihren Unterhalt in derselben Weise suchen mochten, wie ihn so viele Freunde und Feinde in den letzten Jahren in der Mark Brandenburg gefunden hatten. Als Ziel der brandenburgischen Operationen war von vorn-

---

erfordere die Notdurft, eine Armee von etlichen 1000 Mann auf die Beine zu bringen, was aber mit großen Schwierigkeiten verknüpft sei. Von der eigenhändigen Antwort Arnims liegen nur die beiden ersten Seiten vor. — Ein Zusammentreffen Burgsdorffs mit Arnim in Dresden im Januar 1632 wird bezeugt bei Irmer, Verhandlungen Schwedens und seiner Verbündeten mit Wallenstein und dem Kaiser I, 81.

[1]) Burgsdorff an Sigismund von Götze und Romilian von Kalkum gen. Leuchtmar d. Berlin 13. (23.) März 1632. G. St.-A. Rep. 22, 13d.

[2]) Die brandenburgischen Subsidien für den Unterhalt der schwedischen Armee betrugen nach dem Berliner Vertrag vom 21. Juni 1631 monatlich 30000 Thaler. Für August, September und Oktober 1631 wurden sie sogar auf 40250 Thaler erhöht. Vgl. v. Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700, S. 107, 108.

herein Schlesien ins Auge gefaßt worden. Da ein Zusammenwirken mit den Sachsen nach dieser Richtung hin nicht zu erreichen war, entschloß sich Georg Wilhelm, auf eigene Faust vorzugehen und beauftragte Burgsdorff mit der Führung des Unternehmens. Dieser plante zunächst eine Überrumpelung Glogaus. Die hierüber gepflogene Korrespondenz gewährt uns zum erstenmal einen wenn auch nur flüchtigen und theoretischen Einblick in die militärischen Fähigkeiten des jungen Obersten. Er enthüllt sich keineswegs als ein Stratege von großem Selbstvertrauen und entschlossener Initiative oder gar als ein waghalsiger Drauflosgänger. Seine Ausführungen atmen vielmehr Vorsicht und Umständlichkeit. Für alle möglichen Fälle will er Instruktionen haben, die sich im voraus gar nicht feststellen lassen. Lebhaft schildert er die drohenden Gefahren, um ihnen dann mit großen Worten die Spitze zu bieten. So betont er z. B., daß Glogau sich schwer gegen einen starken feindlichen Angriff halten lassen werde, fährt dann aber fort: „Ich meines Teils bin resolvieret, zweifle auch an meiner Offiziere und Soldaten Courage im wenigsten nicht, daß, wenn Se. Churfürstliche Durchlaucht mir den Ort mit meinem Blut und bis aufs letzte zu defendiren commandieren werden, sie nebst mir ihr Leben williglich anwagen werden." Die Unterschrift unter diesen heroischen Worten lautet dementsprechend: „Sr. Churfürstl. Durchlaucht unterthänigst gehorsamster treuer Diener bis in den Tod Konrad von Burgsdorff, Oberster." [1])

Wenige Tage später bedrohte der Tod wirklich sein Haupt und zwar unerwarteter Weise durch eine Kugel aus einer brandenburgischen Muskete. Mitte Mai war das Expeditionskorps, 2200 Mann zu Fuß und 800 Reiter stark, von Frankfurt a. O. aufgebrochen und zunächst nach Krossen marschiert. Um die Wachsamkeit der dortigen Besatzung zu prüfen, alarmierte sie Burgsdorff, indem er mit ein paar Schwadronen einen

[1]) Bitte Burgsdorffs um Instruktion o. D.; Instruktion d. Köln a. d. Sp. 29. April (9. Mai) 1632. G. St.-A. Rep. 24 c 4 Fasc. 14.

feindlichen Überfall markierte. Die Verteidiger waren aber auf dem Posten und begrüßten die vermeintlichen Feinde mit einigen wohlgezielten Schüssen, deren einer ihrem Führer die Feder vom Hute riß.[1])

Von Krossen ging es am 17. Mai weiter nach Grünberg in Schlesien, das nach kurzem Gefecht mit den Kroaten besetzt wurde. Hier hörte Burgsdorff, daß die feindliche Besatzung in Glogau stärker sei, als er angenommen. Er gab deshalb den Anschlag auf die Festung auf und stieß gegen Freistadt vor. Dort geriet aber das ganze Unternehmen schon ins Stocken. Es machte sich Mangel an Proviant, Munition, Artillerie und besonders an Vorspannpferden für die Geschütze und Munitionswagen bemerkbar. Sechshundert schwedische Dragoner, die ihm Oberst Duwall zur Unterstützung sandte, erwiesen sich mehr von Schaden als von Nutzen, da sie ungemustert, unbezahlt und indisziplinert waren. Vor allem aber drängte der Feind, der sich schnell von seiner Überraschung erholt hatte, mit Übermacht gegen das schwache brandenburgische Häuflein heran. Die kaiserlichen Obersten Götz und Ilow sollten mit 10000 Mann im Anmarsch sein. Vor dieser Übermacht getraute sich Burgsdorff nicht, wie zuerst beabsichtigt, eine defensive Stellung bei Sagan oder zwischen Bober und Neiße einzunehmen. Er zog sich vielmehr auf Krossen zurück, wo die „Impresa auf Glogau" an ihrem Ausgangspunkt ein schnelles und wenig rühmliches Ende fand.

Man fürchtete in Berlin ein Nachdrängen des Feindes und sah im Geiste schon die kaiserlichen Scharen sich über die Marken ergießen. In dieser Not rief man die schwedische Waffenhilfe an, die Gustav Adolf schon vor Beginn der Unternehmung in Aussicht gestellt, aber wegen des Vordringens

[1]) Chemnitz, Kgl. schwedischer in Teutschland geführter Krieg I, 409. Vgl. den Bericht Transehes über die schlesische Expedition, abgedruckt im Arkiv till upplysning om Svenska Krigens historia II, 464 und bei Droysen, „Über die Feldzüge der Sachsen im Bunde mit Schweden" im Archiv für sächsische Geschichte XII, 140.

Pappenheims nicht hatte leisten können. Mitte Juni erhielt Burgsdorff den Befehl, sich zum schwedischen Generalmajor von Boëthius zu begeben und ihn dringend um Unterstützung zu bitten.[1]) Er traf ihn in Leipzig und bot seine ganze Beredsamkeit auf, um ihn von dem Nutzen der geplanten „Occasion" zu überzeugen. Von Pappenheim sei nichts mehr zu befürchten, da er den niedersächsischen Kreis verlassen habe. Ein Festsetzen der Kaiserlichen in der Mark, „sonderlich an ihren Strömen," laufe aber dem schwedischen Interesse schnurstracks zuwider, während „durch eine Inversion in der in Schlesien der Feind confundirt und in seinen gefaßten consiliis irre gemacht werden könnte". Der Kurfürst sei bereit, Boëthius den Oberbefehl über die brandurgischen Völker zu übertragen, nur möge er schleunigst persönlich mit mindestens 1500 Reitern heranrücken und den Krieg in Feindes Land „plantiren", da die kurfürstlichen Truppen im eigenen erschöpften Lande unmöglich länger

[1]) Die folgende Darstellung der Sendung Burgsdorffs zu Boëthius und Gustav Adolf gründet sich auf die Akten, in erster Linie die Berichte Burgsdorffs im G. St.-A. Rep. 24 c 5 Fasc. 1. Seine interessante geheime Schlußrelation, die nur für den Kurfürsten bestimmt war, habe ich in Beilage III abgedruckt. Die erste Nummer des Aktenkonvoluts besteht aus einem eigenhändigen Memorial Georg Wilhelms: „Memorial dessen, was Unser Obrister à part bei der Kgl. Majestät in Schweden Unserethalben zu verrichten", ohne Ort und Datum, jedenfalls aber aus dem Juni 1632. Hiernach soll Burgsdorff Gustav Adolf bitten, Landsberg und Spandau dem Kurfürsten wieder einzuräumen, da er ja seiner Person genugsam versichert sei und nichts Böses von ihm zu befürchten habe. Auf Begehren würde er ihm die Plätze alle Zeit, wenn nötig, wieder übergeben. In den Konferenzen zwischen Gustav Adolf und Burgsdorff ist dieser Punkt gar nicht berührt worden. Es wird sich also nur um einen frommen Wunsch handeln, der dem Kurfürsten am Herzen lag, den er sich aber offiziell auszusprechen nicht getraute. Es wäre allerdings auch sonderbar gewesen, wenn er, der Bittende, mit einer Gegenforderung statt mit einer Gegenleistung aufgewartet hätte. Soviel ich weiß, sind eigenhändige und besonders offenbar die eigensten Gedanken enthüllende Schriftstücke Georg Wilhelms sehr selten. Man dürfte deshalb aus diesem kurzen, formlosen Memorial schließen, daß sich der Kurfürst persönlich noch immer nicht ohne jeden Hintergedanken der schwedischen Freundschaft zuneigte.

ernährt werden könnten. Dieser letztere Punkt stellte sich immer mehr als die Haupttriebfeder des brandenburgischen Kriegseifers heraus. Boëthius lehnte indessen den ganzen Plan ab, sei es, daß er ihn nicht für richtig oder daß er sich selbst nicht für ermächtigt hielt, ihn auszuführen. So zog denn Burgsdorff, wie in seiner Instruktion vorgesehen war, weiter, um Gustav Adolf selber für das schlesische Unternehmen günstig zu stimmen.

Der schwedische König befand sich damals im Lager vor Nürnberg und hatte Befehl gegeben, seine Truppen dort zu vereinigen. Burgsdorff erfuhr von diesem Plan, als er am 8. Juli in Grimmitsch den Herzog Wilhelm von Weimar traf, der seine Regimenter zunächst zum allgemeinen Sammelpunkt nach Koburg führte. „Als ist die Sache also abgekartet", schrieb er dem Markgrafen Sigismund, „daß man dem Wallenstein platt uf'n Hals gehe, um das Glück zu suchen, ihn zu ruiniren und die Sache zu facilitiren." Es war unschwer vorauszusehen, daß dieser Kriegsplan den brandenburgischen Wünschen nicht eben sehr förderlich sein werde. In dem Kriegsrat, zu dem Burgsdorff hinzugezogen wurde, äußerten sich der Herzog und seine Kriegsräte demgemäß auch ziemlich geringschätzig über die Wichtigkeit des märkischen, lausitzischen und schlesischen Kriegsschauplatzes. Sie meinten, die feindlichen Truppen in Schlesien würden auch am besten thun, sich mit Wallenstein zu vereinigen; schlimmsten Falls dürften die brandenburgischen Regimenter im Verein mit Duwall und dem märkischen Landesaufgebot genügen, das Kurfürstentum zu schützen.

In demselben Sinne sprach sich der schwedische Reichskanzler Axel Oxenstierna aus, den Burgsdorff Ende Juli in Würzburg traf. Auch er betonte, daß es jetzt vor allem auf die Hauptsache, die Niederwerfung Wallensteins, ankomme, alle Particuliersachen müßten zurückgestellt werden; das, was inzwischen in der Kurmark Brandenburg oder anderen Landen, an den Grenzen oder sonstwo von den herumschweifenden

Haufen und Parteien für Schade geschehen möchte, sei hiergegen für nichts zu schätzen. Aus verschiedenen Äußerungen Oxenstiernas entnahm Burgsdorff, daß man auf schwedischer Seite mit den bisherigen Leistungen seines Kurfürsten nicht sonderlich zufrieden war. Man hielt seine militärischen Rüstungen für ungenügend und ließ verlauten, daß es wohl noch dazu kommen werde, in der Mark eine besondere Armee zu errichten und die Lehnpferde der Ritterschaft samt den Unterthanen aufzubieten. Burgsdorff witterte hinter solchen Redensarten den Verdacht, seiner Heimat noch mehr Musterplätze zuweisen zu wollen, und da das seinem Auftrag stracks entgegenlief, verfehlte er nicht, die Erschöpfung und den drohenden Totalruin des Landes in lebhaften Farben zu schildern. Oxenstierna gab zu, daß die Mark viel ausgestanden habe, meinte aber, „es wären nunmehr diejenigen Zeiten gegenwärtig, in welchen auch die Extrema verbraucht werden müßten, denn es wäre viel besser, sich auf solche Weise anzugreifen, zuförderst die Gewissensfreiheit, dann Land, Leute und Reputation, dadurch man wieder zu Beinen kommen und das Verlorene recuperiren könnte, zu erhalten, denn alles zu verlieren und durch die so unzeitige Sparsamkeit mit dem Handstecken davonzugehen." In Betreff Schlesiens war er der Ansicht, „daß man, so es nicht mit guter Manier geschehen könnte, dorthin zu gehen, den Feind selbigen Ortes nicht reizen und dabei etwas hasardiren, sondern nur alles solange in jetzigen Terminis lassen sollte, bis, wie dieses Hauptwerk abgelaufen, man gesehen haben würde, denn es wollte nicht thunlich sein, irgend in Schlesien bei einer gestifteten, vermeintlichen Diversion etwas zu verlieren und Ihre Kgl. Majestät in Dero guten Intension und fürhabender Hauptsache irre zu machen".

Die Hoffnung auf eine glückliche Durchführung seines Auftrags wurde bei Burgsdorff durch derartige Äußerungen des schwedischen Reichskanzlers natürlich erheblich herabgestimmt. Dennoch beschloß er, den Weg zu Gustav Adolf fortzusetzen, der allein die entscheidende Antwort geben konnte. Daß er nicht

schon längst im Lager bei Nürnberg war, lag an der Sperrung der dorthin führenden Straßen durch den Feind, welcher sogar die schriftliche Verbindung Gustav Adolfs mit seinem Kanzler in Würzburg stark gefährdete und zeitweise ganz unmöglich machte. Es blieb ihm nichts übrig, als sich der Succursarmee anzuschließen;[1]) mit ihrer von Baner geführten Avantgarde traf er am Abend des 23. August im Kloster Frauenurach ein, wo er dem schwedischen Könige „zum erstenmal die Hände küssen durfte". Am folgenden Tag wohnte er der Vereinigung der beiden schwedischen Armeen bei und ritt dann nach Nürnberg herüber, wo er für die nächsten Wochen Quartier nahm.

Am 27. August hatte er seine erste Audienz beim König im Lager. Er wurde freundlich empfangen und durfte sein Anliegen ausführlich vortragen. Einige geringfügige Beschwerden, die er neben seinem Hauptantrag vorzubringen hatte, — sie betrafen ungerechtfertigte Einquartierungsansprüche der Schweden in einigen märkischen Städten sowie Belästigungen der Elbschiffahrt und des Handels — befahl Gustav Adolf sofort in einem für Brandenburg günstigen Sinne zu erledigen. Als sich Burgsdorff dabei über das Benehmen der schwedischen Offiziere im Kurfürstentum beklagte, brach der König unwillig in die Worte aus: „Hat denn mein Schwager keine Galgen in seinem Lande oder mangelt's ihm am Holze? Er soll weghenken lassen, es sei großer oder kleiner Hans und nichts dadurch pecciren." Auf den Einwurf, es handele sich nicht um gemeine Soldaten, sondern um hohe Offiziere, wiederholte er: „Es sei wer es sei, der Kurfürst soll nichts dadurch pecciren", eine Erlaubnis, für die sich Burgsdorff unterthänigst bedankte.

Die Hauptfrage, der Einfall in Schlesien, hatte inzwischen insofern ein anderes Aussehen angenommen, als die Sachsen ihn unterdessen selbständig gewagt und unter Arnims Führung mit Glück eingeleitet hatten. Diese Thatsache hatte Burgsdorff schon unterwegs erfahren, auch Gustav Adolf war sie nicht

[1]) Burgsdorff schätzte ihre effektive Stärke auf etwa 22000 Mann.

unbekannt. Dagegen wußten beide damals noch nichts darüber, ob die Brandenburger sich den sächsischen Truppen angeschlossen hatten oder nicht. Offenbar betrachtete Gustav Adolf das ganze Unternehmen aus denselben Gesichtspunkten und ebenso ungünstig wie Wilhelm von Weimar und Oxenstierna. Er hatte ursprünglich beabsichtigt, alle seine in der Mark und in Pommern stehenden Truppen samt den brandenburgischen Regimentern im Magdeburgischen zusammenzuziehen, um sie hier im Notfall näher zur Hand zu haben. Auf seine Frage, ob Kurfürst Georg Wilhelm wohl gesonnen sei, sein Kriegsvolk eventuell völlig unter schwedischen Oberbefehl zu stellen, antwortete Burgsdorff unbedenklich mit Ja, vorausgesetzt, daß die Marken dabei nicht Gefahr liefen und die Truppen nicht mehr zu unterhalten brauchten. Zur Ausführung dieses Planes war es freilich jetzt zu spät. Vom Einfall der Sachsen in Schlesien besorgte der König, „daß daraus wieder ein böhmisches Wesen entstehen und das Volk ruiniert werden möchte, was ihm jetzt zu merklichen Unstatten kommen würde". Wohl nicht mit Unrecht vermutete Burgsdorff, daß die lange Verzögerung seiner endgültigen Abfertigung — sie erfolgte erst am 13. September —, für die Oxenstierna Überhäufung mit anderen Geschäften vorschützte, ihren wahren Grund in der Ungewißheit hatte, ob die Brandenburger mit den Sachsen auf eigene Verantwortung hin gemeinsame Sache gemacht hatten oder nicht. Er trifft auch wohl das richtige, wenn er meint, daß, „dafern die Conjunction nicht bereits geschehen und noch res integra gewesen wäre, Ihre Majestät selbe nicht würde zugelassen, sondern es auf andere Wege gerichtet haben, es wäre denn die äußerste Not dafür vorhanden gewesen".

Diese Auffassung der allgemeinen Kriegslage war vom strategischen Standpunkt aus die einzig richtige. Die goldenen Tage waren vorüber, in denen die schwedischen Eroberer, von keinem ebenbürtigen Gegner bedroht, das Ziel ihrer Kriegführung in der Besetzung möglichst weiter Landstriche durch starke Garnisonen und detachierte Korps erblicken durften. In

Wallenstein hatte Gustav Adolf seinen Meister gefunden, der ihm das stolze Vorrecht der Initiative entriß. Die Vereinigung der beiden feindlichen Armeen erheischte dringend einen möglichst engen Zusammenschluß der stark geschwächten schwedischen Heeresteile mit den Kontingenten ihrer Verbündeten. Vernichtungsstrategie, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen, war die Parole. Eine Zersplitterung der Kräfte, wie sie in der schlesischen Expedition zum Ausdruck kam, war um so eher zu vermeiden, als es sich bei ihr in erster Linie um partikulare und territoriale Interessen handelte und eine Aggressive großen Stils von ihr nicht erwartet werden durfte.

Allein diese Erwägungen waren inzwischen von den Thatsachen überholt worden. Sachsen und Brandenburg, bis dahin die Vertreter des Zauderns und der Unselbständigkeit, rafften sich plötzlich zu kühnem Vorgehen auf. Beim Kurfürsten Johann Georg von Sachsen drang Arnim mit seinem Plan der Eroberung Schlesiens endlich durch, und der glückliche Erfolg, der seine ersten Schritte krönte, weckte in Berlin Eifersucht und Begierde, die hier die Fittiche zu großen Thaten werden sollten. Ohne den Bescheid Burgsdorffs abzuwarten, entschloß sich Markgraf Sigismund von Brandenburg, im Einverständnis mit dem schwedischen General Duwall, zur Teilnahme an dem schlesischen Unternehmen, und schon am 28. August vereinigten sich die schwedisch-brandenburgischen Truppen mit den sächsischen in der Nähe des von den Sachsen eroberten Glogau.[1])

Gustav Adolf und Burgsdorff sahen sich infolgedessen in Nürnberg einer neuen Lage gegenüber. Der letztere hatte an dem Umschwung der Dinge in Berlin keinen Anteil, begrüßte ihn aber als Soldat und Politiker aufs freudigste. Der Hauptzweck seiner Sendung war damit hinfällig geworden, da er auf einem anderen Wege erreicht war. Immerhin war es aber für ihn und seine Auftraggeber von Vorteil, daß er sich persön-

---

[1]) Vgl. Irmer, Arnim S. 187 und Droysen im Archiv für sächs. Gesch. XII, 142.

lich mit Gustav Adolf über die Operationen auf dem neuen Kriegsschauplatz verständigen konnte. Der König fand sich mit der vollzogenen Thatsache leidlich ab, wenigstens berichtet Burgsdorff mit keiner Silbe, daß er sich darüber verstimmt oder unwillig gezeigt hätte. Im Gegenteil rühmt er das fortdauernde, gnädige Wohlwollen des Königs gegen ihn und seinen kurfürstlichen Herrn und er erfuhr vor seiner Abreise noch einen Beweis davon, den er in Würzburg oder bei seiner Ankunft in Nürnberg kaum für möglich gehalten haben würde.

Als die Rede eines Tages auf den Feldzug in Schlesien kam, nachdem Gustav Adolf seine Einwilligung zur Mitwirkung der schwedischen Truppen gegeben, erörterten beide die Frage, welcher General am besten an ihre Spitze zu stellen sei. Boëthius, der dafür zunächst in Betracht gekommen wäre, war beim Sturm auf das Wallensteinsche Lager tötlich verwundet worden; Gustav Adolf schien ihn außerdem nicht für den rechten Mann dafür gehalten zu haben. Burgsdorff schlug Knyphausen vor, den aber der König wegen der Verwundung Baners nicht fortlassen wollte. Da überraschte Gustav Adolf den brandenburgischen Unterhändler mit den Worten: „Herr Oberster, ich will's Euch auftragen, daß Ihr meine Truppen kommandieren und die Inspektion darüber haben sollt". „Dieses, gnädigster Kurfürst", fährt Burgsdorff in seinem Bericht fort, „war mir nun ein gefunden Fressen, meine Verordnung bei Ihrer Majestät anzubringen, daß etliche meiner Widerwärtigen Ihrer Majestät eingebildet, ich wollte einen General agiren und hätte zu diesem Ende Euerer Kurfürstlichen Durchlaucht geraten, Volk zu werben, welches aber, daß es meine Intention noch nie gewesen, Ew. Kurfürstliche Durchlaucht mir das beste Zeugnis geben werden". Kräftig weist er solche Verdächtigungen zurück. „Diejenigen, so selbiges Ihrer Majestät berichtet, hätten gelogen wie leichtfertige Schelme. Denn Ew. Kurfürstliche Durchlaucht hätten mich niemals für einen Rat bestellt, so hätte ich auch dazu die Capacité nicht, hätten Ew. Kurfürstliche Durchlaucht zu Zeiten mich gefragt, so hätte ich Derselben mein weniges Bedenken

eröffnet, Ew. Kurfürstliche Durchlaucht hätten aber dennoch darauf gethan, was sie gewollt hätten". Gustav Adolf interessierte diese Rechtfertigung offenbar wenig, er erwiderte nur, man müsse sich an aller Leute Reden nicht kehren. Hingegen kam er wiederholt darauf zurück, Burgsdorff das Kommando anzuvertrauen. Er habe seine Ursachen dazu, meinte er, Burgsdorff kenne des Landes Art, könne am besten für sein Volk sorgen und neue Rekruten machen, er möge es ihm zu Gefallen thun, er könne es genugsam, wenn er nur wolle u. s. w. Der Oberst lehnte aber die Ehre ab. Er schützte sein Unvermögen vor, hoffte, „höchstens mit der Zeit dermaleins eine Generalität bedienen zu können" und sträubte sich vor allem dagegen, was er Gustav Adolf allerdings nicht ins Gesicht sagte, Ihrer Majestät sich mit Pflichten verwandt zu machen, „welches ich dann keinem Herrn, er sei wer da wolle, so lange Ew. Kurfürstliche Durchlaucht und ich im Leben sein werden, zu thun keineswegs gedenke". Der König begnügte sich denn schließlich mit der Bitte, Burgsdorff möge sich der schwedischen Truppen wenigstens annehmen, dafür sorgen, daß sie nicht schlechter als die anderen behandelt würden und daß auch sonst kein böhmisches Wesen daraus entstehen möchte, was der Oberst nach Kräften zu erfüllen versprach.

Ein besonderes Relief erhielt das ganze Anerbieten durch das offen durchschimmernde Mißtrauen gegen Arnim, von dem der König beseelt war. „Von Arnims Person", berichtete Burgsdorff, „sind bei diesen Gesprächen viele Sachen vorgegangen". Leider hat er sie seinem Bericht nicht anvertraut, sondern mündlicher Mitteilung vorbehalten. Gustav Adolf ging nicht so weit, Arnim den Oberbefehl über die vereinigten sächsisch-schwedisch-brandenburgischen Truppen bestreiten zu wollen. Die Aufstellung zweier völlig selbständigen Armeen in Schlesien hätte ein energisches, gemeinsames Zusammenwirken stark gefährdet, außerdem fehlte es dazu an der nötigen Kavallerie. Offenbar lag ihm aber daran, einen angesehenen Vertreter seiner Interessen bei den verbündeten Heeren zu

haben, der Arnim in gewisser Beziehung das Gegengewicht hielt, und hierzu erschien ihm Burgsdorff, wenn nicht als Kommandeur, so doch als halb offizieller schwedischer Kommissar, die geeignete Persönlichkeit zu sein. Mag bei diesem schmeichelhaften Anerbieten auch ein Stück seiner Diplomatie mit untergelaufen sein, nämlich das Bestreben, Burgsdorff durch das ihm entgegengebrachte Vertrauen umsomehr für die schwedischen Interessen zu erwärmen, so dürfen wir doch den Schluß nicht zurückweisen, daß Gustav Adolf einen günstigen Eindruck von seiner Person und seinen Fähigkeiten erhalten haben muß.

Nachdem die Verhandlungen so weit gediehen waren, wurde ihr Ergebnis in einer königlichen Resolution niedergelegt, mit der Burgsdorff am 14. September Nürnberg verließ. Sie besagt in den wichtigsten Punkten folgendes: „Demnach Ihre Königl. Majestät verstanden, daß des Kurfürsten zu Sachsen Durchlaucht durch den Feldmarschall Arnim begehren lassen, daß Ihrer Königl. Majestät Truppen nebenst den Kurbrandenburgischen sich nach der Schlesien begeben und mit Ihrer Kurfürstl. Durchlaucht Volk alda conjungieren möchten, welches auch in Abwesen Ihrer Kurfürstl. Durchlaucht von Brandenburg von Dero Statthalter dem Markgrafen Sigismund also ins Werk gestellet, und die Conjunction auf gewisse Condition und Maß gewilligt worden, als lassen Ihre Majestät ihr diese Anstalt nicht mißfallen und halten dafür, daß solches ohnzweiflich aus erheblichen und notdringlichen Ursachen geschehen. Auf diesen Fall aber und da die Truppen allbereit mit den kursächsischen conjungiret oder in der marche dahin sich befänden, haben Ihre Majestät den Obristen Burgsdorff vermocht, daß er die Aufsicht und Inspection über Ihrer Majestät Truppen auf sich nehme und darauf Acht haben wolle, daß dieselben gleich anderen nach Notdurft versehen und verpfleget werden, welches dann der Obriste also zu thun auf sich genommen und Ihre Majestät sich dessen gnädigst zu ihm versehen. Da aber die Conjunction noch nicht geschehen, das Volk nicht aufgebrochen, sondern sich in den Quartieren noch befinden sollte, sehen Ihre

Majestät für ratsam an, weil Sie von der eigentlichen Intention dieser Conjunctur noch nicht allerdings informiert, auch es den Truppen an einem Caput dieser Zeit ermangelt, der sie nach Schlesien führen und unterweges commandiren könnte, daß selbige nicht ausrücken, sondern bis zu Ihrer Majestät und Dero Reichskanzlers Ankunft, welcher nötige Anstellung auf allen Fall machen wird, in den Quartieren verbleiben. Sollten aber inmittels des Kurfürsten zu Sachsen Durchlaucht vom Feinde angegriffen und derhalben Ihrer Majestät Truppen von Ihrer Kurfürstl. Durchlaucht zu Dero Lande Defension begehret werden, befinden Ihre Majestät für ratsam und nötig, daß Ihre Kurfürstl. Durchlaucht nicht allein gelassen werde, sondern daß die Truppen auf Dero Begehren zum Succurs aufziehen und zu Derselben Diensten in Meißen, nach Zwickau oder wo es die Not erfordern wird, employirt werden".

Diese Bestimmungen lassen deutlich erkennen, daß Gustav Adolf auch jetzt noch keineswegs begeistert von der schlesischen Expedition war. Es war mithin der seltene Fall eingetreten, daß die Initiative einmal von Brandenburg ausging und Schweden sich in das Schlepptau der brandenburgisch-sächsischen Politik nehmen ließ.

Burgsdorff ließ die drei Wochen, die er zum Stillliegen in Nürnberg verurteilt war, nicht nutzlos verstreichen, sondern hielt Augen und Ohren offen. Er ritt täglich ins Lager heraus, um dem König aufzuwarten. Er wohnte dem Sturm auf die Wallensteinschen Schanzen bei, dessen mörderischer Charakter einen tiefen Eindruck auf ihn machte. „Es sind dabei", schreibt er, „solche continuirlichen Salven von Mousquetaden geschehen, daß Ihre Majestät selber und mit derselben die vornehmsten, ältesten Cavalliere selber bekennen müssen, sie hätten dergleichen continuirliche Salven von Mousquetaden noch nie gehöret", während die Artillerie, durch den Wald gehindert, weniger zur Geltung kam. „Ich kann Ew. Kurfürstl. Durchlaucht wohl versichern, daß dieser Bartholomäitag ein rechter heißer Tag gewesen, an welchem mancher gute, rechtschaffene Kerl die

Schuld der Natur bezahlen müssen."[1]) Der Sinn der streng defensiven Taktik Wallensteins blieb ihm freilich verborgen. Er meinte, wenn der Feind nicht „den Hasen im Busen gehabt hätte", würde er leicht einen Erfolg über die Schweden haben davon tragen können. Denn mit deren Regimentern sah es sehr schlimm aus. Durch Gefechte, Strapazen und Desertion hatten sie ungeheuere Verluste erlitten, am meisten die Kontingente der deutschen Verbündeten und vor allem die Kavallerie, deren Gesamtstärke Burgsdorff nach den Angaben ihres eigenen Generals auf kaum 3000 Pferde schätzte.

Wichtiger als diese militärischen Beobachtungen waren die politischen, die er zu machen Gelegenheit hatte. Es kam ihm zu gute, daß er in Nürnberg mit dem württembergischen Kanzler Löffler in einem Wirtshause wohnte. Dieser war ein Vertrauensmann Gustav Adolfs und konnte ihm allerlei von dessen geheimen Plänen und Absichten mitteilen. So erfuhr er z. B., was der König über die beabsichtigte Heirat seiner Tochter Christine mit dem brandenburgischen Kurprinzen Friedrich Wilhelm dachte. Auch von den Bedingungen, unter denen Schweden damals zum Friedensschluß bereit war, war oft die Rede. Löffler machte ihn darauf aufmerksam, daß Gustav Adolf jedenfalls Pommern behalten würde. Burgsdorff stellte sich ungläubig, da Brandenburg ja unbestreitbare Rechte auf Pommern besäße, erfuhr aber aus des Königs eigenem Munde die Bestätigung dieser Absicht. Bei der Abschiedsaudienz sagte

---

[1]) Burgsdorff bestätigt, daß Herzog Bernhard von Weimar beim Sturm mit dem rechten Flügel der Schweden die der alten Veste gegenüberliegende Höhe nahm. Vgl. Droysen, Gustav Adolf II, 621 Anm. 4. Baner wurde nicht bei einem eigentlichen Rencontre verwundet, sondern als er vorritt, um das Terrain für den Batteriebau zu erkunden. Hierbei fiel auf feindlicher Seite ein einziger Schuß „aus einer Pürschbüchsen, wie man's dafür hält", der dem General schwer den rechten Arm verletzte, „also daß die meisten Chirurgi dafür halten, daß er wohl lahm darauf bleiben dürfte". — Weitere Nachrichten über den Zustand der schwedischen Armee, über die Stimmung der deutschen Verbündeten Gustav Adolfs, über Friedensprojekte 2c. in Burgsdorffs Schlußbericht in Beilage III.

ihm nämlich Gustav Adolf unverblümt: „Herr Obrister, mein Schwager glaube nur nicht, daß ich Pommern werde wieder geben, und sollte ich gleich noch hundert Jahre Krieg drum führen.“ Bestürzt entwickelte Burgsdorff, so gut er vermochte, alle Gegengründe, die gegen dies Verlangen sprachen, und bemerkte schließlich, Seine Majestät scherzten wohl nur mit ihm als seinem unterthänigsten Knechte, worauf der König aber erwiderte: „Nein, es ist nicht Scherz, sondern mein rechter Ernst.“ Die pommersche Frage hatte seit der Landung Gustav Adolfs in Deutschland gedroht, der Zankapfel zwischen Schweden und Brandenburg zu werden. Gustav Adolf hatte schon verschiedentlich, besonders seit dem Sommer 1632, von seinen Absichten auf Pommern kein Hehl gemacht. Hier war es jedoch, soviel ich sehe, das erstemal, daß er sie unverhüllt und schroff einem Vertreter Brandenburgs gegenüber aussprach.

Wer weiß, wie stark die pommersche Frage die gesamte brandenburgische Politik in den nächsten Jahren bis zum Westfälischen Frieden beeinflußt hat, wird zugeben, daß die Erkenntnis von dem „rechten Ernst“ der schwedischen Gelüste auf Pommern vielleicht das Wichtigste war, was Burgsdorff von seiner Reise überhaupt mit nach Hause brachte. Allerdings versuchte Oxenstierna, den Burgsdorff nach diesem Gespräch aufsuchte, diplomatischer als sein königlicher Herr, die Bedeutung von dessen Worten abzuschwächen, indem er hinwarf, der König sei in Discursen bisweilen sehr wunderlich, rede öfters etwas dahin, was er nicht so böse meinte und woran man sich nicht zu kehren brauche; der Kurfürst dürfe versichert sein, daß er, der Kanzler, es mit ihm und seinem Hause alle Zeit unterthänigst treu meinte. Es gehörte jedoch nicht viel Menschenkenntnis dazu, um zu merken, daß diese glatten, treuherzigen Worte viel unaufrichtiger waren, als die wunderlichen Discurse, die sie entkräften sollten. Vorläufig war aber die pommersche Frage noch nicht akut. Wir haben unsere Blicke vielmehr einem andern Lande zuzuwenden.

---

3. Die Feldzüge der Brandenburger im Bunde mit den Schweden und Sachsen.

Herbst 1632 bis Herbst 1634.

Als Burgsdorff Anfang Oktober 1632 von Nürnberg nach der Mark zurückkehrte, war der Krieg in Schlesien in vollem Gange.[1]) Der Sieg der verbündeten Schweden-Sachsen-Brandenburger bei Steinau hatte ihn aufs glücklichste eröffnet. Weitere Erfolge bei Breslau und Ohlau führten zu einer fast völligen Auflösung des kaiserlichen Heeres. In wenigen Wochen

---

[1]) An Spezialliteratur kommen für die Feldzüge in Schlesien 1632/33 in Betracht: G. Droysen, Über die Feldzüge der Sachsen im Bunde mit Schweden, Archiv für die Sächsische Geschichte Bd. 12, 1874; F. Taeglichsbeck, Die Gefechte bei Steinau an der Oder vom 29. August bis 4. September 1632 und am 11. Oktober 1633, Berlin 1889; Irmer, Hans Georg von Arnim, S. 184 ff. Aus der großen Zahl der Quellen und Darstellungen welche die politische Lage jener Jahre, insbesondere das Verhältnis Brandenburgs zu Schweden und Sachsen behandeln, nenne ich hier nur: G. Droysen, Die evangelischen Kurfürsten und der Reichskanzler Oxenstierna nach Gustav Adolfs Tod, Ztschr. f. Preuß. Gesch. und Landeskde. Bd. 16, 1879; Irmer, Die Verhandlungen Schwedens und seiner Verbündeten mit Wallenstein und dem Kaiser, 3 Bde.; Spannagel, Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg und der schwedische Reichskanzler Axel Oxenstierna im Jahre 1633, Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte Bd. 11, 1898; Struck, Johann Georg und Oxenstierna von dem Tode Gustav Adolfs bis zum Schluß des ersten Frankfurter Konvents, Stralsund 1899. Eine Reihe ungedruckter Korrespondenzen und Akten aus dem Berliner Archiv gebe ich auszugsweise in Beilage IV. Hier berücksichtige ich die militärischen und politischen Verhältnisse jener Jahre nur so weit, wie Burgsdorff an ihnen Anteil genommen hat.

war alles Land bis tief nach Oberschlesien hinein im Besitz der Verbündeten. Es war eine joyeuse entrée, noch glänzender als der Einmarsch Friedrichs des Großen ein Jahrhundert später, weil ein stärkerer feindlicher Widerstand zu überwinden war.

Der über alles Erwarten erfolgreiche Beginn der schlesischen Operationen bestärkte Burgsdorff in einer Ansicht, die von Arnim angeregt und von Löffler genährt, nunmehr zum Grundstein seiner politischen Anschauungen für die nächste Zeit wird. Möglichste Stärkung der brandenburgischen Wehrkraft hieß diese Parole. Ein gut gerüsteter Bundesgenosse ist den Schweden im Glück wie im Unglück am willkommensten. Mit dem Degen in der Hand, an der Spitze einer zahlreichen Armee kann der Kurfürst aber auch am besten die Interessen des „gemeinen Wesens" und seiner eigenen Lande vertreten. Das wird er nicht müde, in den nächsten Wochen immer aufs neue zu predigen. Man sieht, es ist ein Standpunkt, der Schwedenfreundlichkeit und Selbständigkeit oder vielmehr Anschluß an die sog. dritte d. h. evangelisch-deutsche Fürstenpartei vorläufig wenigstens noch nicht in Gegensatz bringt, sondern die Wege zu beiden Zielen offen läßt. Wie die Dinge damals, kurz vor der Schlacht bei Lützen lagen, war er für die brandenburgische Politik sicherlich der angemessenste.

Noch vor seinem Aufbruch nach Schlesien entwarf Burgsdorff deshalb den Plan einer ansehnlichen Verstärkung der brandenburgischen Armee.[1]) Das Fußvolk sollte von 25 auf 49, die Reiterei von 10 auf 25 Kompagnien gebracht und dazu noch 6 Dragonerkompagnien neu formiert werden. Das bedeutete eine Vermehrung um 4800 Mann Fußvolk, 1500 Reiter und 600 Dragoner und ergab eine Gesamtstärke von 9800 Mann zu Fuß, 2500 zu Roß, 600 Dragonern, zusammen 12900 Kombattanten, denen die erforderliche Artillerie beizugeben sei.

[1]) „Unvorgreiflicher Aufsatz, wie auf Chur-Brandenburgischer Seiten mehrere Werbungen anzustellen" vom September 1632 s. Beilage IV, kurz erwähnt bei Jany S. 63.

Die Kosten für die Neuformationen werden veranschlagt an Werbegeldern auf 37300 Thaler, für einen Mustermonat auf etwa 72000 Thaler. Sie könnten, meinte Burgsdorff, zum größten Teil auf Schlesien abgewälzt werden, wo die nötigen Musterplätze anzuweisen wären; die Mark werde freilich auch ihren Teil dazu beisteuern müssen, zumal da man schwedischerseits ein Auge auf sie der Musterplätze und Kontributionen halber geworfen habe.

„Ich bin der sicherlichen Meinung", mit diesen Worten legte Burgsdorff seinen Plan dem Kurfürsten ans Herz, „daß diejenigen, so dergleichen nicht approbieren werden, sich ganz sehr irren und es künftig noch wohl bereuen dürften." Trotz der dringenden Befürwortung erfüllte Georg Wilhelm die Wünsche seines Obersten aber nur zum Teil. Die Höhe der Kosten erschreckte ihn; in Schlesien würden sie schwerlich aufgebracht werden können, und aus der erschöpften Mark sei nicht auf einen Heller zu rechen. Er verstand sich deshalb nur zu folgender beschränkter Heeresverstärkung:[1]) Die sechs Kompagnien des Burgsdorffschen Regiments zu Fuß, die in Schlesien mitfochten — die anderen fünf waren in Preußen, vier von ihnen stießen im Februar 1633 zur schlesischen Armee — sollten um weitere sechs zu 200 Mann vermehrt werden. Desgleichen sollten die Obersten von Kracht und von Kötteritz ihre Infanterieregimenter von sechs resp. acht Kompagnien auf je zwölf bringen. Vom Reiterregiment Burgsdorffs befand sich damals eine Kompagnie beim Kurfürsten in Preußen, während neun den Feldzug in Schlesien mitmachten. Zu diesen letzteren sollte noch eine Kompagnie hinzugeworben werden. Außerdem hatte der Kurfürst dem Oberstleutnant Schwarzholz ein Werbepatent für 500 Reiter versprochen. Falls dieser darauf verzichtet, ist er damit einverstanden, daß Georg Ehrenreich von Burgsdorff, der jüngere Bruder Konrads, damals Oberstleutnant und Führer von dessen Reiterregiment, die 500 Reiter anwirbt,

[1]) Kurfürstliches Reskript an Burgsdorff, d. Ortelsburg i. Pr. 29. Oktober (8. November) 1632, G. St.-A. Rep. 24c 5 Fasc. 1.

jedoch auch dies lediglich aus schlesischen Mitteln, ohne jeden Zuschuß aus der Mark Brandenburg. Statt der verlangten 45 neuen Kompagnien bewilligte der Kurfürst also nur 22 (16 zu Fuß und 6 zu Roß). Dafür wies er Burgsdorff an, vor allen Dingen für die Komplettierung der schon vorhandenen zu sorgen, da eine kleinere Zahl vollzähliger Regimenter besser sei, als eine große von schwachem Effektivbestand, ein Satz, der im Interesse der kurfürstlichen Kassen durchaus richtig und auch militärisch einwandfrei war.

Die Ereignisse bewiesen bald, daß in der Theorie Burgsdorff, in der Praxis aber der Kurfürst bezüglich der Heeresverstärkung Recht behielt. Schon hier sei indes auf einen Punkt hingewiesen, auf den wir später noch mehrfach zurückkommen müssen. Wenn man das Verweigern oder nur zögernde Bewilligen der Landesmittel für militärische Zwecke für ein Spezifikum ständischer Auffassung hält — und im großen und ganzen trifft das ja zu — so geht aus der Behandlung der Militärfrage im Herbst 1632 hervor, daß der Kurfürst ständischer gesinnt oder mindestens ständischer beraten war als Burgsdorff, der selbst ein Mitglied der märkischen Landstände war. Allerdings war er in dieser Sache Partei, da die Vermehrung des Heeres seinem Regiment und damit auch seinem Geldbeutel voraussichtlich zu gute kam. Wir dürfen aber doch wohl seinen Beteuerungen Glauben schenken, daß nicht persönliches, sondern allgemein politisches Interesse den Ausschlag für seine Haltung gab. Die dabei etwa erhofften finanziellen Vorteile schlugen in Wirklichkeit auch ins Gegenteil um, ohne daß er deswegen seine Ansichten geändert hätte.

Unter der glänzenden Hülle ihrer äußeren Erfolge barg die alliierte Armee in Schlesien manche schwere, innere Gebrechen. Zwar blieb ihr der gefährlichste Feind aller verbündeten Heere, Uneinigkeit der Feldherren über die militärischen Operationen vorläufig erspart. Der gemeinsam erfochtene Sieg riß sie sozusagen mit sich fort, und Arnim, ihr Führer nutzte diese günstigen Verhältnisse geschickt aus. All-

zufest war der Kitt ihres inneren Zusammenhangs aber nicht. Jeder der drei Bundesgenossen hatte seine Spezialwünsche, seine Spezialbefürchtungen und seine Spezialbeschwerden.

Da war zunächst das Ziel des ganzen Krieges, nachdem sein nächster Zweck, die Zertrümmerung der feindlichen Armee, erreicht war. Im geheimen trug sich jeder Verbündete mit Annexionsgelüsten auf Schlesien oder wenigstens einen Teil des Landes. Am deutlichsten hat sich Gustav Adolf darüber ausgesprochen.[1]) Er hätte ganz Schlesien am liebsten in seine Gewalt bekommen. Nebenher lag den Schweden daran, feste

---

[1]) Instruktion Gustav Adolfs für seinen Obersten Kochtitzky in Schlesien d. Biberach 27. September 1632, Svenska Kriges Arkiv I, 666, auch angeführt von Droysen im Archiv f. sächsische Geschichte 12, 182. Darin heißt es: Kochtitzky soll Duwall, solange er in Schlesien bleibt, consilio et opera assistiren, Unser Bestes wahrnehmen und besonders dafür sorgen, daß Unsere Truppen einen bequemen Platz in Schlesien occupieren, befestigen und zu Unserm Besten innehalten. Deshalb soll sich Duwall so stark als möglich machen, die eingenommenen Plätze als Musterplätze behalten, solche Necessität Arnim vorstellen, gegen die Kapitulation mit letzterem aber nichts vornehmen. Duwall soll gute Justiz und Ordnung halten und „also die Gemüter der Einwohner mit guter Tractation nnd aliis allicendi modis gewinnen".

Besonders soll Kochtizky sich bemühen, „Fürsten und Stände in Schlesien Uns zu gewinnen, diesfalls sowohl allerhand qualificierte Subjecta anstrengen und ihnen Unsertwegen königliche Recompense versprechen als selbst Fürsten und Stände dahin disponieren, daß sie mit Uns in näher Verständnis treten und sich zu ihrer eigenen Wohlfahrt selbst in Verfassung stellen, remonstrierend, wie gar schlüpfrig es mit der Neutralität sei, daß ihnen auch viel reputierlicher und nützlicher, daß sie ihre Freiheit selbst manutenieren als jedes, der sie überzeucht, arbitrio leben".

Findet Kochtizky die schlesischen Fürsten und Stände dahin geneigt, kann er weiter mit ihnen verhandeln, „die Sachen aber hauptsächlich dahin richten, daß sie von keinem andern als Uns dependieren und sich pur an uns halten, darüber sich in eine Verfassung stellen und unter Unserm Directorio sich selbst defendieren, maßen Wir ihnen Mittel hierzu genug zeigen" und ihnen eventuell ein qualificirtes Haupt stellen wollen. „Was Kur-Sachsen betrifft, könnte man wohl Mittel finden, J. Lbd. ihres Interesses halber mit Geld oder anderem zu contentieren und hätten Fürsten und Stände sich deshalb nicht aufzuhalten". (Von Brandenburg und

Stützpunkte an der Oder und Warthe zu erwerben, um einem etwaigen Vorstoß der Kaiserlichen gegen Pommern hier einen Riegel vorzuschieben. Aus diesem Grunde widersetzte sich z. B. der schwedische Oberst Duwall dem Vorhaben Arnims, die Befestigungen bei Steinau zu schleifen. Brandenburg gelüstete es dagegen vor allem nach Groß-Glogau und Sagan, „die dergestalt nahe an seinen Grenzen liegen, daß sie dieselben gleichsam recht gegen die Schlesie verschließen." Auch schien die Gelegenheit günstig, die Ansprüche auf das Herzogtum Jägerndorf zu verwirklichen. Georg Wilhelm wünschte, daß es ihm allein überwiesen würde, es könnte dann mit einigen Kompagnien besetzt, verteidigt und vor seinem „Totalruin" behütet werden. Daß Sachsen endlich ebenfalls nicht nur um des „gemeinen Wesens" oder des evangelischen Glaubens der Schlesier willen das Blut seiner Truppen aufs Spiel setzte, geht schon aus den Verhandlungen hervor, die zu seinem Bündnis mit Schweden und Brandenburg führten. Die Eile, mit der Markgraf Sigismund von Brandenburg den Anschluß an Sachsen betrieb, erklärt sich aus dem Wunsch, Sachsen nicht allein festen Fuß in Schlesien fassen zu lassen, wodurch Brandenburg und Schweden „der Zugang und die Thüre gleichsam verriegelt würde, um an den Feind zu kommen."[1])

seinen Ansprüchen ist in diesem Zusammenhang bezeichnenderweise gar nicht die Rede!)

„Im Fall aber Fürsten und Stände so weit gehen, daß sie Uns für ihren Fürsten erkennen und annehmen wollten, wird der Obrist Kochtizky die Gelegenheit nicht aus der Acht lassen, sondern zu Unserm Vorteil und Reputation mit ihnen schließen und ihnen ihre Privilegia aufs kräftigste versichern". Falls nicht alle darauf eingehen, „soll er zum wenigsten die Stadt Breslau und den Herzog von Brieg in Unsere Devotion zu bringen suchen und diesfalls mit ihnen à part handeln, damit Wir einen festen Fuß in Schlesien bekommen mögen, sie zur Einnehmung Unserer Garnison zu bewegen".

Im Sinne dieser Instruktion war Kochtizky dann auch eifrig in Schlesien thätig, wie aus seiner Relation aus Liegnitz vom 14./24. November 1632 hervorgeht. Svenska Kriges Arkiv II, 654.

[1]) Chemnitz, Kgl. schwedischer in Teutschland geführter Krieg I, 409.

Es liegt auf der Hand, daß diese Sonderabsichten jedes Alliierten, die dem anderen nicht verborgen bleiben konnten, das Band der Einigkeit nicht gerade fester knüpften. „Es sind drei Armeen", so berichtet Kochtitzky,[1] „tragen dreierlei Sinn, die schwedische unter Duwall sucht Aufnehmen des Königs vor dem bonum publicum, die Sächsischen unter Arnim arbeiten consilio et opera dem stark zuwider, die Brandenburger binden sich laut Ordre an Schweden, aber ad Arnhemii consilia. Hinc aemulationes, hinc dissidia!" Auch Burgsdorff erwähnt schon in seinem ersten Bericht vom Kriegsschauplatz, daß bereits mehr denn zu viel große Jalousien unter den Verbündeten herrschten. Um sie zu verdecken, war abgemacht worden, daß alle eroberten festen Plätze mit Garnisonen aus den drei Kontingenten belegt werden sollten. Das war natürlich in militärischer Hinsicht durchaus kein Vorteil. Direkt schädigend trat die gegenseitige Eifersucht besonders bei der Einnahme Breslaus zu Tage. Rat und Bürgerschaft dieser Stadt hätten beim Erscheinen der Verbündeten vor ihren Thoren leicht überredet oder gezwungen werden können, eine Besatzung aufzunehmen. „Weil aber die Stadt gemerket, daß die draußen nicht allerdings einig und jede Partei das Wasser auf ihre Mühle allein zu leiten vermeinet, hat sie desto mehr Difficultäten gemachet, einer Braut, um welche von vielen gebuhlet wird, Gewohnheit behalten und keinem bejahen wollen."[2] So kam es erst nach langen, unerquicklichen Verhandlungen im Oktober zur Besetzung Breslaus und zwar nur der rechten Oderseite. Charakteristisch für die Peinlichkeit, mit der man auf unbedingte Gleichstellung hielt, ist ein Monitum, das Burgsdorff bei dieser Gelegenheit zu teil wurde. Markgraf Sigismund erklärte sich mit den Breslauer Traktaten im allgemeinen einverstanden, nur fand er „verkleinerlich und nachteilig", daß den Sachsen allein das Kommando in der Stadt und die Thorschlüssel anvertraut seien;

[1]) In der eben erwähnten Relation, Arkiv II, 654.

[2]) Chemnitz I, 452, bestätigt durch die Berichte Kochtitzkys und Burgsdorffs.

die Brandenburger hätten mindestens darin mit ihnen abwechseln müssen. Dieser kleine Zug ist typisch für den Geist des Vertrauens unter den Verbündeten.

Chemnitz, der über diese mißlichen Verhältnisse ausführlich berichtet, schiebt die Schuld an ihnen fast ausschließlich Arnim zu. Mit Recht hat Irmer seinen Helden gegen diese gehässige Darstellung in Schutz genommen. Nach den mir vorliegenden Berichten verdient der Schwede Duwall weit eher eine scharfe Beurteilung. Brandenburger und Sachsen schildern ihn einmütig als anmaßend, rücksichtslos, unfähig und trunksüchtig. Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg entwirft folgendes schmeichelhafte Bild von ihm: „Der Duwall hat nichts als lauter Offiziere, er thut nichts als Tag und Nacht voll sein. Seine Leute thun, was sie wollen, stehlen, brennen und plündern das ganze Land aus, bin seiner nicht ein Haar gebessert, ich caressiere ihn soviel als möglich, er thäte gern das seinige, hat aber keinen Respect, zudem kann er vor Saufen nicht dazu kommen.“ Die brandenburgischen Offiziere empfanden es als eine schimpfliche Zumutung, einem Menschen zu gehorchen, „der sich selbsten nicht zwei oder drei Stunden kommandieren kann.“ Macht man ihm Vorstellungen über sein unqualifizierbares Benehmen, schreibt der brandenburgische Oberst von Kötteritz, so ists ebensoviel, als ließe mans einem Stock sagen; bekommt man Antwort, so ist sie entweder schimpflich oder ein Versprechen, das er nicht hält, „ich bitte Gott, daß er mir von dem bösen Menschen abhelfen wolle.“

Und doch wäre für die Brandenburger ein gutes Einvernehmen mit Duwall noch wichtiger gewesen als mit Arnim. Denn sie waren, obwohl Arnim den Oberbefehl über die vereinigten Armeen führte, in erster Linie jenem unterstellt. Noch vor der Vereinigung mit den Sachsen war Duwall „aus gebührlichem Respect gegen Ihre Königliche Majestät“ das Oberkommando auch über die brandenburgischen Regimenter übertragen worden. Dabei blieb es trotz aller Mißhelligkeiten. Im November 1632 erging eine Ordre des Markgrafen Sigis-

mund, die in den schärfsten Worten jeden Gedanken an eine Trennung der Brandenburger von den Schweden zurückweist, „sie werde auch begehrt, von wem sie wolle und durch was Prätext und Schein sie immer gesuchet werden möge." Beide Truppen sollen vielmehr „in allen und jedweden Occasionen mit Vorliebnehm- und Wagung Böses und Gutens zu Sr. Kgl. Majestät und Unserm Nutzen fest und ungetrennt beieinander halten".

So lagen die Verhältnisse in Schlesien, als Burgsdorff am 30. Oktober 1632 im Feldlager Arnims in Strehlen eintraf. Er erschien nicht eigentlich als der Kommandeur der brandenburgischen Truppen, obwohl ihm das „Aufsehen" über dieselben, das der Oberst von Kötteritz bis dahin geführt hatte, ausdrücklich übertragen war. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die brandenburgischen Interessen bei den gemeinsamen militärischen und politischen Maßregeln zu vertreten. Er sollte darauf achten, daß sein kurfürstlicher Herr von keinerlei Traktaten ausgeschlossen und geringer als seine beiden Verbündeten behandelt werde. Ferner war ihm die Sorge für eine angemessene Behandlung der brandenburgischen Regimenter, besonders in Bezug auf Verpflegung, Quartiere, Anweisung von Musterplätzen etc. aufgebürdet. Seine Stellung war also etwa die eines Militärinspekteurs und politischen Kommissars. Frontdienst hat er, soviel ich sehe, niemals gethan und seine beiden Regimenter nicht persönlich kommandiert, auch war er nicht, wie Kötteritz, Duwall unterstellt, sondern ihm nebengeordnet. Wie oben erwähnt, hatte ihm außerdem auch Gustav Adolf die Inspektion über die schwedische Armee in Schlesien übertragen. Dieses Amt blieb jedoch thatsächlich auf dem Papier stehen. Es sollte nach der Ansicht des Königs lediglich dazu dienen, „seine Truppen bei Kursachsen und Brandenburg in desto besseren Recommendat zu bringen." [1]) Mit der Vertretung der spezifisch schwedischen Interessen in Schlesien beauftragte

[1]) Archiv f. sächs. Gesch. 12, 181.

Gustav Adolf seinen Obersten Andreas Kochtitzky Freiherrn von Kochtitz, dessen Instruktion wir schon kennen gelernt haben.

Die eben charakterisierte Stellung Burgdorffs brachte es mit sich, daß er sich nicht dauernd bei der Armee in Schlesien aufhielt. Er führte vielmehr ein ziemlich unstetes Wanderleben, reiste zwischen den verschiedenen Quartieren der Brandenburger in Schlesien, dann zwischen Duwall, Arnim, dem Markgrafen Sigismund resp. dem Kurfürsten Georg Wilhelm nach seiner Rückkehr aus Preußen in die Mark, dem sächsischen Hof und Wallenstein hin und her. Mehrfach zwang ihn Krankheit zum Stilliegen. Seine Gesundheit scheint schon damals nicht die beste gewesen zu sein. Die Aufgaben, die auf seinen Schultern lasteten, waren ebenso vielseitig wie schwierig. In allen politischen Fragen schloß er sich aufs engste an Arnim an. In ihm erblickte er — und wohl nicht mit Unrecht — die Seele der ganzen Kriegführung in Schlesien, in erster Linie den Hauptvertreter einer energischen Aktionspolitik, die auch ihm nach dem Herzen war. Gegenüber den schwedischen und polnischen Verdächtigungen, die über Arnim ausgestreut wurden, war er von der Aufrichtigkeit seiner Gesinnung und speziell seiner Freundschaft für Brandenburg fest überzeugt. Seine Intimität mit dem sächsischen Feldmarschall ging so weit, daß er bei den Verhandlungen desselben mit Wallenstein im Sommer 1633 mehrfach schlechtweg als sein Unterhändler benutzt wurde. Graf Thurn bezeichnet ihn deshalb auch einmal als den Courtisan und die Kreatur Arnims.[1])

Mit Duwall stand Burgsdorff dafür um so schlechter. Das hatte außer den persönlichen Gründen auch sachliche. Duwall behandelte die ihm untergebenen brandenburgischen Truppen äußerst rücksichtslos. Er sorgte schlecht für ihre Quartiere und Musterplätze, hielt seinerseits die ihm angewiesenen Quartiergrenzen nicht inne und verwandte die Gelder, die zur Löhnung seiner Truppen dienen sollten, zu Neuwerbungen. Da für

[1]) Irmer, Verhandlungen II, 123.

diese neugeworbenen Truppen keine Quartiere vorgesehen waren, so ritten sie im Lande umher, plünderten, brandschatzten und ruinierten die Quartiere der anderen Obersten, worüber natürlich eine große Erbitterung entstand. Als Burgsdorff ihm deswegen Vorstellungen machte, erhielt er aber die höhnische, kurze Antwort, was er würde, bekäme kein anderer. Die Mahnung des Markgrafen Sigismund, „ihn mit gutem Glimpf und Bescheidenheit durch dienliche Motive auf andere Wege zu disponieren“, war unter solchen Umständen sehr schwer durchführbar. Für die Bitte Burgsdorffs, bei Gustav Adolf um „ein anderes capables, friedliebendes, verträgliches Capo“ des schwedischen Kontingents anzuhalten, war Sigismund aber taub, und so mußte Duwall bis zu seinem Tode am 8. Mai 1634, so gut es ging, ertragen werden.

Mit den größten Hoffnungen waren die Brandenburger nach Schlesien gezogen. Sie träumten, dort ein wahres Eldorado für Musterplätze und Werbungen zu finden, oder genauer ausgedrückt: sie beabsichtigten, das Land und seine finanziellen Hilfskräfte gründlich für sich auszubeuten. Das geschah auch, zunächst aber nicht in der erwünschten Weise. Kaum sind die Truppen in Schlesien eingerückt, so beginnen die Klagen über ihre Excesse, und zwar hören wir sie aus dem Munde ihrer eigenen Offiziere, die sicherlich nicht übertrieben haben werden. „Unser Volk“, klagt Kötteritz, „sonderlich Reuterei und Dragoner handeln unchristlich und dermaßen übel, daß es kein Türk ärger machen kann; die Unordnung ist eingerissen und nicht zu remedieren. Das ganze herrliche Land Schlesien wird in Grund verderbet. Es kommt auch dahin, daß hohe Häupter, denen vielleicht an der Conservation teutschen Landes nicht viel gelegen, ohne Scheu und mit großem Trutz nicht allein das Land ausspoliiren, sondern auch durch ihre expreßlich hierzu kommandierten Kirchen spoliiren lassen und solches zu sich nehmen. Gott erbarme es, unter der Autorität und Tutel eines Mächtigen soll alles, was die seinigen Übels thun, wohlgethan heißen“. Ähnlich äußert sich Herzog Franz

Albrecht von Sachsen-Lauenburg, der Nachfolger Arnims im Oberkommando in Schlesien: „Die große Disordre und Insolentien machen mich ganz grau, die die Duwallschen, zum Teil auch die unsrigen thun, habe heute noch zwei henken lassen, hilfet doch nichts, die Hand voll Duwallschen sind unserer Armada Ruin". Die Begeisterung der Schlesier für ihre Befreier vom papistischen Joch kühlte sich begreiflicherweise unter solchen Umständen schnell ab, und die Affektion für Gustav Adolf machte vielfach einer Desperation Platz.

Burgsdorff hatte Befehl, für Abstellung dieser Beschwerden zu sorgen und vor allem die evangelischen Schlesier vor unbilligen Forderungen zu schützen. Von einem Erfolg seiner Bemühungen verlautet nichts. Der Gedanke liegt nahe, ob man in ihm nicht etwa den Bock zum Gärtner gemacht hatte. Unter den Vorwürfen, die ihm später gemacht worden sind, spielen Erpressung und Bereicherungssucht ja eine große Rolle. Nun ist zunächst zu betonen, daß eine durchgreifende Heilung jener Übelstände die Kräfte selbst des besten und thatkräftigsten Mannes überstieg. Aus dem Umstand, daß sie ihm nicht gelang, dürfen wir also nicht zu viel schließen. Direkte Klagen über ihn habe ich in den Akten nicht gefunden, abgesehen davon, daß er in Bunzlau einmal ein Essen im Wirtshaus einnahm, das der Rat der Stadt später bezahlen mußte und daß einer seiner Diener dort ein Pferd weggenommen haben soll. Natürlich ist hier aber der Satz nicht anwendbar: quod non est in actis, non est in factis, und ich möchte nicht zu bestimmt behaupten, daß er mit völlig reinen Händen aus Schlesien zurückkehrte. Dagegen ist aktenmäßig nachweisbar, daß er mit leeren Händen zurückkam. Er hatte für seine Regimenter aus seinen eigenen Mitteln soviel zugesetzt, daß er im Juli 1633 „nicht mehr 50 Thaler in seiner Gewalt wußte" und sein Silberzeug versetzen mußte. Daraus läßt sich wahrlich kein Anklagematerial gegen ihn schmieden.

Wie stand es nun aber mit den Werbungen, auf die man so große Hoffnungen gesetzt hatte? Hier erlebte man die

größte von allen Enttäuschungen während des schlesischen Feldzugs. Statt daß er die Grundlage für die Errichtung einer starken brandenburgischen Armee abgab, zehrte er unaufhörlich an ihrem Marke. Schon gleich zu Beginn der Operationen hören wir laute Klagen über starke Abgänge der Regimenter durch die Strapazen, besonders der schnellen Verfolgung und über Schwächung der Frontstärke durch zahlreiche Abkommandierungen und Festungsbesatzungen. Kötteritz hatte von seinen acht Kompagnien schon vor Breslau nur noch 400 Mann unter den Waffen, eine Kompagnie Kracht, die 350 Mann stark zu ihm gestoßen war, war auf 160 Mann zusammengeschmolzen. Die Mühsalen des Winterfeldzugs in Oberschlesien rissen weitere, große Lücken in die Bestände und machten alle Komplettierungsanstrengungen wieder zu nichte. „Mein Regiment“, schreibt Kötteritz am 24. Dezember 1632, „nimmt zu und ab wie der Mond, die letzten fünf Wochen haben mir von sechs Kompagnien nahe an 200 Mann gekostet“. Im Januar 1633 verfügten die meisten Reiterregimenter, auch das Burgsdorffsche, nur noch über 20 felddienstfähige Leute pro Standarte, und diese drohten obenein wegen ihrer starken Soldrückstände mit Meuterei. Das Jahr 1633 brachte keine Besserung. Bei der Konzentrierung der Armee in der Nähe von Dresden im Oktober 1633 zählte Burgsdorffs Regiment zu Fuß, 12 Kompagnien, kaum 800 Mann mehr, drei Kompagnien hatten einen Bestand von weniger als je 40 Mann, sein Reiterregiment war auf 250 Mann zusammengeschmolzen, einige seiner Kompagnien waren so schwach, daß sie ihre Standarte nicht mehr bewachen konnten, sodaß drei Standarten auf Wagen mitgeführt werden mußten! „Die Regimenter gehen nicht nur zu Grunde, sondern das Volk wird auch ganz schwierig, und ob es gleich zur Occasion kommen sollte, so sehe ich nicht, daß man des Volks versichert. Unter 100 Reitern sind nicht 20, die fertige Pistolen haben, seit $^5/_4$ Jahren haben die Regimenter nicht eine Löhnung bekommen“.

Diese militärische Schwächung, die einer Vernichtung fast gleich kam, war das übelste Ergebnis des Feldzuges von

1632/33. Burgsdorff hatte sich nach Kräften bemüht, sie abzuwenden.[1]) Immer wieder, bis in den Sommer 1633 hinein, kam er „als treuer Patriot“ auf seine Lieblingsidee zurück, sich durch starke Werbungen in gute Verfassung zu setzen. Auch Preußen und die Mark, meinte er, müßten herangezogen werden, da Schlesien sich immer offenkundiger als unzulänglich erwies, den Jungbrunnen für die brandenburgische Wehrkraft abzugeben. Der Kurfürst zeigte sich seinen Wünschen allmählich willfähriger. Die Rekrutierungsordre vom 8. November 1632 war nicht oder nur höchst unvollständig zur Ausführung gekommen, obwohl Markgraf Sigismund die entsprechenden Werbepatente im Dezember ausgefertigt hatte. Statt ihrer ordnete Georg Wilhelm im Februar 1633 noch umfassendere Werbungen an, zu denen die märkischen Stände 200 000 Thaler bewilligten. Das Fußvolk wurde um 18 Kompagnien, — darunter 4 Alt-Burgsdorff —, die Reiterei um 20, — darunter 2 Alt-Burgsdorff zu Roß und 6 Jung-Burgsdorff (Georg Ehrenreich, der jetzt ein selbständiges Reiterregiment erhielt) —, vermehrt, denen Musterplätze in der Mark und Schlesien angewiesen wurden. Die brandenburgische Armee auf dem schlesischen Kriegsschauplatz umfaßte nach Vollzug dieser Werbungen 4 Regimenter zu Fuß (Alt-Burgsdorff, Kracht, Kötteritz, Volckmann) und 3 zu Roß (Alt-Burgsdorff, Jung-Burgsdorff und Sachsen-Lauenburg), für die damaligen Verhältnisse des Kurfürstentums eine stattliche Zahl, zumal da einzelne Regimenter bis zu 15 bezw. 12 Kompagnien stark waren.[2]) Aber soviel auch geworben werden mochte, der unersättliche Schlund des schlesischen Krieges verschlang alles; die joyeuse entrée endete mit einem traurigen Kehraus.

[1]) Graf Thurn stellt ihm in einem Brief an den Kurfürsten Georg Wilhelm vom 23. August 1633 das Zeugnis aus: „E. C. D. haben die Armee unter eine gute Protektion gegeben, Herr Oberst Burgsdorff giebt mit Sorgen, Fleiß und Arbeit keinem nichts bevor“. G. St.-A. Rep. 24 c 7 Fasc. 3.

[2]) Näheres bei Jany, S. 64.

Mit steigender Besorgnis berichtete Burgsdorff über den Verlauf dieser Dinge, die er anfangs entschieden zu optimistisch beurteilt hatte. Dabei trat immer fühlbarer ein Mangel anderer Art zu Tage. Im Juni 1632 hatte sich der Kurfürst aus der Mark nach Preußen zurückbegeben. Die ereignisvolle Zeit erheischte aber dringend seine Anwesenheit in der Nähe des Kriegsschauplatzes. Der märkische Statthalter Markgraf Sigismund scheint zwar über ziemlich weitgehende Vollmachten verfügt zu haben. Alle wichtigen Entscheidungen, besonders in politischen Angelegenheiten, mußten aber dem Kurfürsten selbst vorgelegt werden. Das kostete bei der weiten Entfernung Preußens viel wertvolle Zeit und erschwerte eine schnelle, mündliche Verständigung, wie sie z. B. Arnim mit Johann Georg von Sachsen jeden Augenblick zu Gebote stand. Immer flehentlicher werden daher die Bitten Burgsdorffs, der Kurfürst möge doch nach Berlin zurückkehren. Unbedingt notwendig erschien es ihm nach dem Tode Gustav Adolfs. Wir besitzen noch den Brief, in dem er seinem Herrn den Tod des Königs meldet, und können aus seinen Zeilen herauslesen, wie tief ihn der schwere Schlag erschütterte.[1])

„Anitzo gegenwärtiglich", schreibt er, „muß Ew. Churfürstl. Durchlaucht ich eine solche Zeitung, darüber ich gleichsam selber erzittere und, so oft ich daran gedenke, mir alle Haare zu Berge stehen, advertiren. Denn dem Allerhöchsten hat's gefallen, Ihre Kgl. Majestät zu Schweden nunmehr höchstlöblichster Gedächtnis als einen recht theuern, tapfern Halt und Defensorn der christlichen Kirchen und teutscher Libertät, als dieselbe in jüngstem, zwei Meil von Leipzig geschehenen, blutigen Treffen bald zu Anfang durch den Kopf, Rücken und Arm geschossen, von dieser Welt am allerfrühzeitigsten abzufordern und zu sich in die ewige und höchste Freude zu nehmen. Darüber wir nicht allein dieses Orts insgesamt hohe und niedere Offiziere, gemeine Soldaten, sondern auch sonst alle anderen

[1]) d. Liegnitz 17./27. November 1632. G. St.-A. Rep. 24 c 5 Fasc. 11.

evangelischen Herzen von Herzen erschrocken, perplex und betrübet worden. Ich hab ein solches, wie E. C. D. sich verhoffentlich noch wohl erinnern werden, vorlängst heftig gefürchtet. Denn J. K. M. haben ihr heroisch tapferes Gemüt allewege fast zu sehr spüren lassen und sich der allergrößesten Gefahr und zwar öfters ohne große Not unterworfen". Trotz der Bestürzung über den Tod herrscht aber doch große Freude über den von Gott gnädig verliehenen Sieg, „wodurch die bedrängte Kirche errettet und befreiet worden, uns zur Erinnerung und Exempel, daß wir uns mehr auf Ihn als einigen Menschen verlassen sollen".

An diese Worte schließt sich dann unmittelbar unter dem frischen Eindruck des welthistorischen Ereignisses folgende dringende Apostrophe: „An meinem wenigen Orte bitte E. C. D. ich unterthänigst, so hoch ich immer kann, ja um Gottes willen, Sie versäume keine Zeit, sondern, so lieb als derselben die Ehre Gottes, das gemeine Wesen und Ihr selbsteigene Land und Leute sein, eilen Sie auf der Post, so viel als immer möglich, anhero in diese E. C. D. Lande. Denn nunmehr will das ganze Werk auf Niemand anders als nächst Gott E. C. D. und Chursachsen beruhen". Zum Schluß heißt es in demselben Briefe: der Kurfürst werde dringend gebeten, nach der Mark zu kommen, „den Degen, welches ich so oft und vielfältig gewünschet, selber in die Hand zu nehmen und Ihrer Kgl. Majestät zu Schweden-christliche Intention zu E. C. D. und Dero hochlöblichsten Hauses unsterblichem Ruhm verführen und zu einem gewünschten Zweck hinausbringen zu helfen".

So dringenden Vorstellungen, mit denen Burgsdorff nicht allein geblieben sein wird, gab Georg Wilhelm endlich nach. Er brach Ende Dezember 1632 von Königsberg auf und traf im Januar 1633 wieder in der Mark ein. Schleunigst citierte er Burgsdorff, um die Lage mit ihm zu besprechen, bevor er den schwedischen Reichskanzler Axel Oxenstierna empfing. Sein Handbillet ist noch vorhanden. Da es das einzige vertraute Schreiben aus seiner Feder an seinen Günstling ist, das ich kenne, und da seine Form einen bezeichnenden Schluß auf das

intime Verhältnis beider zuläßt, sei es hier im Wortlaut und in orthographischer Genauigkeit eingerückt:[1])

„Lieber Borgsdorf meine wiederkunft wolte ich dier gerne zuschreiben, es ist aber andeme das die Elbe so gros das man auch zu Wittenberg da alle demme weg genommen sein nicht vberkommen kan. Vnd sol die elbe so gros sein das Sie über die weiden gehen soll, vndt ist gestern ein secretarius Vom fürsten von Anhalt von Deso hieher kommen welcher berichtet das er morgens frü vmb acht Vr dar agefaren, vndt erst abents vm 4 mit lebesgefar sei herüberkommen, habe auch noch diese stunde keine nachrichtung von Jme als wollestu morgen oder über morgen gewis alhier bei mier sein vndt verbleibe Dein gnedichster Churfürst Allezeit

Geben Lenin den 20. January 1633.

Georg Willhelm kom ia vndt bleib nicht aus."

Die Kriegführung in Schlesien hatte sich inzwischen immer schwieriger gestaltet, und der kühne Anlauf der Verbündeten war ganz ins Stocken geraten. Der Tod Gustav Adolfs war ein schwerer Verlust auch für die Einigkeit der Heere auf dem schlesischen Kriegsschauplatz. Er allein hätte die unbedingte Vorherrschaft Schwedens aufrecht halten können; kaum hatte er die Augen geschlossen, da begannen schon die sophistischen Überlegungen, ob man das Bündnis mit ihm persönlich oder mit der Krone Schweden geschlossen habe und nicht mehr an die letztere gebunden sei. Im Februar 1633 nahm Arnim noch Brieg ein, ein Entschluß, der, wie Georg Ehrenreich von Burgsdorff meint, ihm „von einem heiligen Engel" eingegeben wurde, da Schaffgotsch schon in Unterhandlungen mit dem Herzog von Brieg wegen Einnahme einer kaiserlichen Besatzung stand.

Im April zogen sich die verbündeten Armeen bei Schweidnitz zusammen. Statt einer entscheidenden Feldschlacht „erlebte

[1]) G. St.-A. Rep. 22, 13d.

die Welt jedoch das eigenartige Schauspiel, die Kriegslager zweier großen Feldherren Wallensteins und Arnims fast in Diplomatenstuben umgewandelt zu sehen".[1])

Auch Burgsdorff war wieder zur Armee geeilt und sah die Lage bei Schweidnitz „ziemlich periculös und gefährlich", schlimmer als diejenige Gustav Adolfs bei Nürnberg an. Als Rettungsmittel wußte er nur folgende drei Wege: entweder einen Marsch mit den Sachsen und Brandenburgern nach Böhmen oder Mähren, um dort bessere Unterkunft zu finden, oder die Diversion mit einer andern Armee nach dort, um den Feind von den Verbündeten abzuziehen, oder endlich „durch einen Frieden diesem nunmehr lang genug gewährten, höchstschädlichen Unwesen aus dem Grunde abzuhelfen". Soweit hatte sich sein Kriegseifer also schon abgekühlt.

Der Friedensvorschlag enthält wahrscheinlich eine Anspielung auf die Unterhandlungen, die damals zwischen Arnim und Wallenstein schwebten. Wie wir schon gehört haben, hat Burgsdorff bei ihnen eine Rolle als Unterhändler gespielt.[2]) Das Quellenmaterial, das uns für seine Thätigkeit im schlesischen Feldzug bis dahin verhältnismäßig reichlich floß, wird aber nun plötzlich dürftiger. Etwas genauer sind wir nur über seine Anteilnahme an den Waffenstillstandsverhandlungen in Strehlen Anfang Juni 1633 unterrichtet. Bei ihnen vertrat er die brandenburgischen Interessen und geriet wieder einmal in einen lebhaften Disput mit Wallenstein, der folgenden Verlauf nahm[3]): Als Wallenstein eine Reihe von Friedens-

---

[1]) Irmer, Arnim S. 216.

[2]) Vgl. dazu außer der oben angeführten Litteratur (besonders Irmer, Verhandlungen II) noch Hallwich, Wallensteins Ende, Register unter Burgsdorff.

[3]) „Bericht auf 4 Wochen abgehandelten Friedens zwischen der Kron Schweden, Kur-Sachsen und brandenburg. Armee 6. Juni 1633." (Hallwich II, 274.) Seine Glaubwürdigkeit ist angezweifelt worden, indes nach Ranke, Wallenstein S. 380, dem sich neuerdings Struck (a. a. O. S. 218) angeschlossen hat, mit Unrecht.

bedingungen nannte, erwiderte ihm Burgsdorff, es wäre zwar nichts Gewünschteres, als daß ein guter, beständiger Friede getroffen werden könnte, das einzige Fundament dergleichen Contractus bestände aber auf Treu und Glauben, wohingegen notorisch und weltkundig sei, daß es von katholischer Seite für keine Sünde erachtet würde, wenn die Evangelischen einem zugesagten Versprechen zuwider retraktiert würden und sie sich also von den Katholischen keiner Versicherung zu getrösten hätten. Wallenstein warf ein: „Will denn der Herr die Katholischen sogar von den Evangelischen ausschließen?" Burgsdorff antwortete, er meine nicht die Katholischen, mit denen man wohl friedlich leben könne, sondern nur die Jesuiten, welche öffentlich statuierten, daß den Ketzern kein Glauben zu halten sei. Da brach Wallenstein los: „Gott schänd! weiß der Herr nicht, daß ich den Jesuiten, den Hundsföttern, so gram bin? Ich wollte, daß der Teufel die Hundsfötter schon längst geholt hätte. Ich will die Hundsfötter all aus dem Reich und zum Teufel jagen".

Diese Harmonie der beiden Kriegsmänner über den Charakter der Jesuiten genügte aber nicht, um die Brücke zu einer Verständigung der Parteien zu schlagen, und so erfolgte nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Arnim und Wallenstein aufs neue der Appell an die Waffen.[1]) Nach Ab-

[1]) Das „Ehrengedächtnis" rühmt Burgsdorff nach, daß er sich in der „Besatzung von Schweidnitz 1633 klüglich und tapfer gehalten habe". Das legt die Vermutung nahe, daß er beim Angriff Wallensteins auf Schweidnitz am 4. Juli 1633 in der Stadt anwesend war oder wohl gar das Kommando dort führte, mithin sich das Verdienst zuschreiben dürfte, dem größten zeitgenössischen Feldherrn eine Schlappe beigebracht zu haben. Diese Vermutung wird anscheinend durch die Thatsache bestärkt, daß ein Burgsdorffsches Regiment zur Besatzung von Schweidnitz gehörte (vgl. Irmer, Verhandlungen II, 249). Trotzdem möchte ich ihre Richtigkeit bezweifeln. Burgsdorff war nachweisbar am 1. und 2. Juli nicht bei seinem Regiment in Schweidnitz, sondern in Strehlen, wo er einen Geleitsbrief Wallensteins erwartete und erhielt, um im Auftrage Arnims mit ihm zu verhandeln (Hallwich I, 417, 419). Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zerschlugen sich aber noch am 2. Juli abends, worauf

lauf des zweiten schlesischen Waffenstillstands trennten sich die verbündeten Heere. Die Sachsen und Brandenburger marschierten nach Dresden, wo sie in sehr reduziertem Zustand eintrafen. Die Schweden unter Thurn und Duwall sollten die Oderpässe in Niederschlesien halten, wurden aber am 11. Oktober bei Steinau von Wallenstein unvermutet angegriffen und aufs Haupt geschlagen. Landsberg und Frankfurt a. O. fielen darauf in die Gewalt der Kaiserlichen. Ganz Schlesien bis auf einige feste Plätze ging verloren, die Marken lagen, von Truppen entblößt, dem Sieger offen, in wenigen Wochen war ein völliger Umschwung der Lage eingetreten.

Burgsdorff war noch von Schweidnitz aus nach der Mark geeilt, um dem Kurfürsten Bericht zu erstatten und für Geld, Proviant und Rekruten für die Armee zu sorgen. Mit leerer Hand, schreibt er am 8. September aus Küstrin in einem verzweifelten Bittschreiben, getraue er sich ohne zu besorgendes großes Unheil nicht wieder zu den Truppen zurück. Georg Wilhelm erließ darauf ein paar scharfe Befehle an die neumärkische Regierung, die Priegnitzsche Ritterschaft und die Priegnitzschen Städte, die Kontributionsrestanten für die Burgsdorffschen Regimenter unverzüglich aufzubringen und entweder in bar oder in Getreide und Wolle an ihren Chef abzuführen. Ich bezweifle aber, daß sie trotz der beigefügten Exekutionsdrohungen Erfolg hatten.

In Sachsen, wohin er sich im Oktober 1633 begab, fand Burgsdorff, wie oben erwähnt, die brandenburgischen Regimenter

Wallenstein am folgenden Tage unvermutet gegen Schweidnitz heranzog und die Stadt am 4. Juli zu überrumpeln versuchte (Hallwich II, 287). Nun ist es an sich schon am wahrscheinlichsten, daß Burgsdorff nach der Kündigung des Waffenstillstandes zu Arnim zurückkehrte, zumal da ihm der direkte Weg nach Schweidnitz durch Wallenstein versperrt war, dessen Hauptquartier sich am 2. Juli in Heidersdorf, mitten zwischen Strehlen und Schweidnitz, befand. Außerdem wird Burgsdorffs Anwesenheit in Schweidnitz am 4. Juli in keinem gleichzeitigen Bericht erwähnt (vgl. bes. Irmer, Verhandlungen II, 253). Ich nehme daher an, daß er erst mit dem Entsatzheer Arnims in das Lager bei Schweidnitz gelangte.

in einem kläglichen Zustand und die Kriegslage äußerst gefährdet. Unter dem Eindruck der Niederlage von Steinau[1]) riet er seinem kurfürstlichen Herrn, mit dem Hofstaat und allem, was ihm lieb sei, schleunigst Zuflucht in Küstrin zu nehmen, bis man sehe, wohin sich der Feind wende. Mit dem Kurfürsten von Sachsen verhandelte er über die weiteren gemeinsamen Operationen und erhielt die Zusicherung, daß die Sachsen bei einem Vorstoß der Kaiserlichen in die Mark ihrem bedrohten Bundesgenossen mit aller Kraft zu Hilfe kommen würden. Die Einnahme von Landsberg und Frankfurt bestätigte die schlimmsten Ahnungen. Sie erzeugte eine solche Nervosität am Berliner Hofe, daß Georg Wilhelm seine Regimenter sofort aus Sachsen zum Schutz der Heimat abberief. Aber die Bundestreue der Sachsen bewährte sich. Arnim folgte den Brandenburgern mit 2000 Mann zu Fuß und 3—4000 Reitern, zog nach Frankfurt und schlug dann sein Hauptquartier in Berlin auf. Er hatte gehofft, bei dieser Gelegenheit drei feindliche Regimenter, die einen Vorstoß gegen Berlin unternahmen, abzuschneiden. Da die Brücke bei Köpenick aber nicht abgebrochen war, wie er vermutete, gelang es diesen, zu entkommen. Nur ihre Nachhut und ihre Bagage fielen am 25. November Burgsdorff bei Köpenick in die Hände.[2])

[1]) Nach Taeglichsbeck S. 36 f. hat der brandenburgische Oberst Burgsdorff dem Treffen bei Steinau am 11. Oktober „in der That" resp. „mit einiger Wahrscheinlichkeit" beigewohnt. Das ist falsch, wenn damit Konrad von Burgsdorff gemeint sein soll. Dieser befand sich damals in Dresden und erhielt hier die Nachricht von der Steinauer Niederlage. (Vgl. seinen Brief an den Kurfürsten Georg Wilhelm vom 17. Oktober in Beilage IV.) Schicker nennt den bei Steinau anwesenden auch ausdrücklich Jakob von Burgsdorff (Taeglichsbeck S. 82). Da mir ein brandenburgischer Oberst dieses Namens nicht bekannt ist, dürfte es sich, wenn sonst kein Irrtum vorliegt, wohl um einen Offizier in schwedischen Diensten handeln, wodurch sich auch die von Taeglichsbeck hervorgehobenen Schwierigkeiten wegen der 360 schwedischen Dragoner unter seinem Kommando am leichtesten heben.

[2]) Vgl. Irmer, Verhandlungen III, 45—47 und den Brief Burgsdorffs vom 26. November 1633 in Beilage IV.

Damit war die drohende Gefahr für Berlin vorläufig abgewendet. Die Zurückberufung Wallensteins nach Bayern gab dem ganzen Krieg eine andere Richtung, und erleichtert atmete Georg Wilhelm auf. —

Wir benutzen die Pause, die in den kriegerischen Ereignissen auf dem schlesisch-märkischen Kriegsschauplatze im Winter 1633/34 eintrat, um uns mit den allgemeinen politischen Anschauungen Burgsdorffs vertraut zu machen. Wir haben ihn bisher als den getreuen Schildknappen Arnims und als den Vertreter einer energischen, selbständigen Aktionspolitik Brandenburgs kennen gelernt. Alle Bemühungen, die letztere wirklich durchzuführen, waren aber gescheitert. Nicht nur militärisch, sondern auch politisch befand sich Brandenburg in einer üblen Lage. Eingeklemmt zwischen Schweden und Sachsen drohte es durch die Verschärfung des Gegensatzes zwischen diesen seinen beiden Verbündeten immer mehr bloßgestellt, seines vermittelnden Einflusses beraubt und endlich willenlos in das Schlepptau einer der beiden Mächte genommen zu werden. Unbedingtes Vertrauen hegte man in Berlin zu keiner Seite. Die Begeisterung für die Schweden war nie sehr groß gewesen, mehrfach, noch jetzt zuletzt in Schlesien war man schlecht von ihnen behandelt worden, und hinter allen unangenehmen Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart richtete sich als drohendes Gespenst für die Zukunft der Anspruch Schwedens auf Pommern auf. Die Zuverlässigkeit auf die Bundesgenossenschaft Sachsens wurde aber schon damals durch den Verdacht erschüttert, daß Johann Georg Neigung zu einem Sonderfrieden mit dem Kaiser habe und imstande sei, seinen evangelischen Mitkurfürsten unbedenklich im Stich zu lassen.[1]) Dazu kamen nun noch die Anerbietungen Wallensteins, die ganz andere, unabsehbare Aussichten eröffneten. Man ließ sich durch Arnim und den Herzog Franz Albert von Sachsen-Lauenburg verleiten, auch mit ihnen zu spielen, obwohl das Mißtrauen

[1]) Vgl. Irmer, Verhandlungen III, 227.

gegen den unergründlichen Charakter des Friedländers noch größer war, als das gegen die Schweden und Sachsen zusammen.

Kein Wunder, daß die Ansichten der brandenburgischen Geheimen Räte über das, was zu thun und zu lassen sei, vielfach schwankten und weit auseinander gingen.[1]) Georg Wilhelm suchte die guten Beziehungen zu Sachsen möglichst aufrecht zu halten, schloß sich aber viel enger als dieses an Schweden an. Als Oxenstierna bald nach dem Tode Gustav Adolfs die beiden verbündeten Kurfürsten aufsuchte, um die Lage mit ihnen zu besprechen und gemeinsame Pläne für die nächste Zukunft zu vereinbaren, fand er in Berlin ein viel größeres Entgegenkommen als in Dresden. Je mehr dort das Vertrauen auf die eigene Kraft erschüttert wurde, desto eifriger suchte der Kurfürst Anlehnung an Schweden. Diese Politik fand aber keineswegs den Beifall aller seiner berufenen und unberufenen Ratgeber. Zu ihren heftigsten Gegnern gehörte Burgsdorff. Aus dem Kriegskommissarius Gustav Adolfs war einer der Führer der antischwedischen Partei am Berliner Hofe geworden. Er erging sich in starken Ausdrücken über das Benehmen der Schweden in Schlesien, bezeichnete es offen als Verräterei und suchte seinen kurfürstlichen Herrn auf alle Weise gegen den nordischen Bundesgenossen einzu-

---

[1]) Für unsere Zwecke genügt es, die Zeit vom Tode Gustav Adolfs bis zur Ermordung Wallensteins einheitlich zusammenzufassen, obwohl eine eingehendere Darstellung verschiedene leise Wandelungen in der brandenburgischen Politik dieser Jahre nachweisen könnte. Einen vortrefflichen Einblick in die Stimmung der brandenburgischen Geheimen Räte gewährt das ausführliche Protokoll der wichtigen Geheimratssitzungen vom 7. und 8. Februar 1634 bei Irmer, Verhandlungen III, 219—239. Sehr lehrreich sind auch die Briefe des französischen Gesandten Rorté an Feuquières, besonders vom 4. (14.) November und 10. (20.) Dezember 1633. (Lettres et négociations du marquis de Feuquières en 1633 et 1634. Tome II.) Einiges für die Schwedenfreundlichkeit des Berliner Kabinetts im Jahre 1633 bezeichnende Material habe ich im 11. Band (1898) der Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte veröffentlicht.

nehmen.[1]) Der Anschluß an Schweden erschien ihm nicht als „Verbindung", sondern als „Unterwerfung" Brandenburgs.[2]) Er hielt also an dem Ideal einer möglichst selbständigen Politik seines Vaterlandes fest. Der Feldzug in Schlesien hatte ihn nicht davon abzubringen vermocht.

Wir werden unschwer hinter alle diesem den Einfluß Arnims erkennen können. Immer inniger hatte er sich dessen Ideen zu eigen gemacht, so daß der oben erwähnte Ausspruch

[1]) Am 14. November 1633 berichtet Norté aus Tangermünde, Franz Albert von Sachsen-Lauenburg, der schlimmste Feind Schwedens, führe seltsame Reden, bezichtige die Schweden der Schuld an den Mißerfolgen in Schlesien, werfe ihnen Feigheit und Verräterei vor. „Voilà, Monsieur, les discours, dont les dits François Albert et Borstroff usent envers les Suédois les appellant traîtres et beaucoup d'autres injures.... tous ces discours ne sont que pour intimider ce prince (Georg Wilhelm) et pour lui donner du dégoût contre les étrangers et tâcher à le séparer de toutes ses associations, mais c'est à quoi jusqu'à present ils n'ont pu parvenir. In dem Brief vom 20. Dezember aus Berlin heißt es: er habe auf Befehl Feuquières alles gethan, um die trügerischen Friedensverhandlungen Brandenburgs mit dem Kaiser zu hintertreiben und hoffe, mit Erfolg, „car tout cela est rompu et on est plus avant dans la guerre que jamais et l'Electeur plus engagé et porté contre la maison d'Autriche". Hierüber ist nichts mehr zu befürchten „vous assurant, que d'autant que Borxtorf avait porté l'Electeur à écouter des traités, d'autant que Schwartzenberg a été contraint et ses pensées ne démentent point ses actions; il faut bien espérer de lui et aussi les Suédois commencent à en prendre bonne opinion. Il traite de grande confidence avec moi et m'avertit de ce qui se passe de secret plus franchement que qui que ce soit des autres Conseillers".

Schwarzenberg hat den französischen Diplomaten gründlich hinters Licht geführt, worauf schon Droysen in seiner Preußischen Politik (III, 1 S. 129) hingewiesen hat. Seine Rede in der Geheimratssitzung vom 8. Februar 1634 (Irmer, Verhandlungen III, 229) klingt ganz anders, wie nach diesen Worten Nortés zu erwarten ist. Sie atmet tiefes Mißtrauen gegen Schweden und Frankreich und bekundet offene Hinneigung zum Kaiser. In der Feindschaft gegen Schweden stimmten die beiden später so erbitterten Gegner Schwarzenberg und Burgsdorff damals also völlig überein.

[2]) Burgsdorff an Arnim, d. Berlin 28. Februar (10. März) 1634, aus Gaedecke, Wallensteins Verhandlungen mit den Schweden und Sachsen 1631—1634, S. 296, abgedruckt in Beilage IV.

des Grafen Thurn über ihn ganz zutreffend erscheint.[1]) Er wechselt die vertrautesten Briefe mit seinem politischen Lehrmeister, vertritt seine Ansichten in Berlin, läßt sich von ihm Botschaften an seinen Kurfürsten auftragen, die einen ziemlich gewagten Charakter tragen, und berichtet ihm treulich alles, was er über die geheimen Pläne seiner Gegner erfährt.[2]) Es mußte für Arnim natürlich sehr angenehm sein, einen so begeisterten Anhänger seiner Ideen unter den nächsten Vertrauten Georg Wilhelms zu besitzen, wenngleich seine Stimme vorläufig noch nicht durchdrang. Irmer hat den Standpunkt, den Arnim damals vertrat, wenn auch vielleicht etwas idealisierend, so doch nicht mit Unrecht den deutsch-nationalen genannt. Ob sein Ziel, die Befreiung Deutschlands von der drohenden Fremdherrschaft, sich erreichen ließ, hing in erster Linie vom Verhalten Wallensteins ab. Das unerwartete Ende dieses erhofften Führers der deutsch-nationalen Sache machte deshalb einen starken Strich durch seine Berechnungen. Es entspricht völlig dieser Auffassung der Lage, daß Burgsdorff sich über die Mordthat von Eger sehr „alterierte" und in ihr einen schweren Schlag erblickte, den Gott über seine Kirche verhängte.[3])

Der Tod Wallensteins schaltete den wichtigsten Faktor aus den Kombinationen der „deutsch-nationalen" Politiker aus, ohne ihre Hoffnungen freilich ganz zu Grabe zu tragen. Vorläufig kam er den Schweden und Schwedenfreunden in Deutschland zu gute, die ihn auch in Berlin eifrig ausnutzten. Als Bundesgenossen Schwedens erschienen die Brandenburger im Frühjahr 1634 wieder auf dem Kriegsschauplatze. Noch bevor die Kunde von der Ermordung Wallensteins die Lage geklärt hatte,

[1]) Vgl. S. 53.

[2]) Vgl. den eben erwähnten Brief, der durch einen glücklichen Zufall dem ihm vom Verfasser zugedachten Feuertode entgangen ist. Als wertvollstes Zeugnis für die Intimität der Beziehungen zwischen Arnim und Burgsdorff habe ich ihn in der Beilage abgedruckt. Vgl. ferner Gaedecke S. 258, Irmer, Verhandlungen III, 335 Anm. 1 und dazu die Darstellung bei Irmer, Arnim S. 271.

[3]) Vgl. auch hierfür den in der Beilage abgedruckten Brief.

war Georg Wilhelm mit Oxenstierna in Stendal zusammengetroffen, um die politischen und militärischen Maßnahmen für die nächsten Monate zu besprechen. Es war vereinbart worden, daß der Kurfürst ein Heer von 4000 Mann zu Fuß und 1600 zu Roß ausrüstete und dem Oberbefehl Baners unterstellte, der dann mit seinen schwedischen und diesen brandenburgischen Truppen zunächst die noch im Besitz der Kaiserlichen befindlichen märkischen festen Plätze erobern sollte. Das Besatzungsrecht in ihnen ebenso wie in dem noch von den Schweden besetzten Spandau sicherte Oxenstierna dem Kurfürsten zu. Diese Zusicherung erfüllte einen lange gehegten und vollkommen berechtigten Lieblingswunsch Georg Wilhelms, nämlich den, militärisch freier Herr in seinem eigenen Lande zu sein. Sie bestimmte ihn auch in erster Linie dazu, auf die übrigen Wünsche der Schweden einzugehen, und tröstete ihn darüber, daß die Lösung des „härtesten Knotens", mit dem man sich in Stendal beschäftigte, der pommerschen Frage, nicht nach Wunsch gelang. Das Ableben Herzog Bogislaws war täglich zu erwarten, und Georg Wilhelm verlangte für diesen Fall sofortige Übernahme der Regierung in Pommern, indem er sich bereit erklärte, die militärische Besetzung des Landes vorläufig den Schweden noch zu lassen. Oxenstierna ließ sich aber auf nichts ein und verhüllte die schwedischen Annexionsgelüste nur mangelhaft hinter einer dilatorischen Behandlung der Frage, die nur im Zusammenhang mit den allgemeinen Entschädigungsforderungen zu lösen sei. Das klang sehr wenig verheißungsvoll für Brandenburg. Georg Wilhelm klammerte sich zwar an die Hoffnung, Pommern als Bundesgenosse Schwedens leichter erhalten zu können als durch den Versuch, es ihm abzutrotzen, aber auch diese Hoffnung war nicht sehr aussichtsvoll, und so kehrte er von Stendal zurück mit dem Ausblick nach der Taube auf dem Dach, aber ohne den Sperling in der Hand.[1])

[1]) Näheres über die Stendaler Verhandlungen und Abmachungen bei Chemnitz II, 307. Über die Gründe, die ihn zu einem so engen An-

Der in Stendal verabredete Kriegsplan kam bald zur Ausführung.[1] Noch bevor Baner seine Regimenter aus den Winterquartieren zusammengezogen hatte, unternahm der schwedische Generalmajor Leslie von Pommern aus einen kühnen Vorstoß auf Landsberg und bemächtigte sich Anfang April nach kurzer Belagerung der Stadt. Im Mai eröffnete dann Baner mit dem Hauptheer die Feindseligkeiten, zwang am 2. Juni Frankfurt a. O. zur Übergabe und wandte sich der Belagerung Krossens zu, das am 15. Juni ebenfalls kapitulierte. Georg Wilhelm war über diese Säuberung seines Landes von den feindlichen Garnisonen höchst erfreut, mußte es aber in den Kauf nehmen, daß Baner gegen die Stendaler Zusicherung Oxenstiernas in Frankfurt und Krossen kleine schwedische Garnisonen zurückließ.[2] Sie hätten ihm einen

---

schluß an Schweden bewogen, spricht sich Georg Wilhelm in einem Brief an Arnim vom 27. Juni (7. Juli) 1634 näher aus (G. St.-A. Rep. 24 c 8 a Fasc. 6). Hier heißt es bezüglich Pommerns, durch ein Bündnis mit Schweden hoffe der Kurfürst diesem den Prätext zu nehmen, sich selbst Pommerns zu versichern. Wenn er seine Truppen mit den Schweden wirklich konjungiere, würde er auch die übrigen Stände und die konföderierte Krone Frankreich obligieren, auf allen Fall sich seiner als ihres Mitkonföderierten hierunter anzunehmen und der Krone Schweden desto mehr zuzusprechen, welches sie ungezweifelt weniger thun würden, wenn die Krone Schweden zwar hart mit ihnen verbunden, er aber außer aller Konjunktion mit ihnen bliebe.

[1]) Für das folgende ist zu verweisen auf Chemnitz II, 402 ff., 490 ff., 555 ff., Irmer, Arnim S. 289 ff. und den Briefwechsel Baners mit Oxenstierna, abgedruckt in Rikskansleren Axel Oxenstiernas skrifter och brefvexling II, 6 S. 114 ff. Auf den Frankfurter Konvent und den Heilbronner Bund gehe ich nicht ein, da Burgsdorff in keinem nachweisbaren Zusammenhang damit steht.

[2]) Als Georg Wilhelm Einsprache erhob und um Ersatz der schwedischen Garnisonen durch brandenburgische bat, lehnte Baner Protest und Bitte unter fadenscheinigen Vorwänden ab. Erst von Leitmeritz aus befahl er Anfangs August die Räumung. Baner an Georg Wilhelm, d. Neusalz 19. (29.) Juni 1634; Georg Wilhelm an Baner, d. Berlin 24. Juni (4. Juli); Baner an Georg Wilhelm, d. Leitmeritz 31. Juli (10. August). G. St.-A. Rep. 24 c 8 a Fasc. 6.

Fingerzeig über die wahren Gründe der Schweden für den Belagerungskrieg in der Mark Brandenburg geben können. Es war keineswegs lediglich brandenburgisches Interesse, das sie veranlaßte, das Blut ihrer Truppen vor den Wällen von Landsberg, Frankfurt und Krossen aufs Spiel zu setzen. Die Plätze waren ihnen wichtig, weil sie, solange sie im Besitz der Kaiserlichen waren, diesen den Weg von Schlesien nach Pommern offen hielten. Ihre Eroberung befreite Pommern von der Gefahr eines plötzlichen feindlichen Einbruchs und gewährte andererseits den Schweden selbst die Möglichkeit, von einer gesicherten strategischen Grundlage aus nach Schlesien vorzustoßen. Um sich für den Fall eines Mißlingens dieses Unternehmens die Oder- und Warthepässe im Rücken unter allen Umständen zu sichern, ließ Baner auch jene kleinen schwedischen Besatzungen in Frankfurt und Krossen zurück. Seine Kompagnien erschienen ihm eine zuverlässigere Bürgschaft als die inbrünstigen Freundschaftsversicherungen des Kurfürsten. Von seinem Standpunkt aus war das eine durchaus gerechtfertigte Auffassung; sie zeigt allerdings, daß bei dem schwedisch-brandenburgischen Bündnis die Machtfrage die entscheidende Rolle spielte und daß Burgsdorff nicht unrecht hatte, wenn er von einer Submission statt einer Konjunktion sprach.

Immerhin war der Anfang des Feldzugs von 1634 der Teil, der sich am glattesten und für Brandenburg am günstigsten abwickelte. Die Schwierigkeiten begannen erst, als der zweite Akt auf schlesischem Boden anhub. Hier kam es zu einer Neuauflage des Koalitionskrieges von 1632, nur daß jetzt die Spannung zwischen Schweden und Sachsen von vornherein viel schärfer und infolgedessen die Stellung Brandenburgs noch schwieriger war. Georg Wilhelm entwickelte wiederum die vortrefflichsten Grundsätze. Getrennt marschieren — vereint schlagen gab er als Losung für Baner und Arnim aus.[1])

[1]) Georg Wilhelm an Johann Georg von Sachsen, d. Küstrin 8. (18.) Mai 1634, in demselben Sinne an Baner, d. Berlin 3. (13.) Juni, G. St.-A. a. a. O.

Leider mangelte es ihm aber völlig an der nötigen Autorität beiden gegenüber, um diese schöne Theorie in thatkräftige Wirklichkeit umzusetzen. Baner war von tiefem Mißtrauen gegen Arnim beseelt. Dieser hatte inzwischen die Operationen der sächsischen Armee in Schlesien durch den Sieg bei Liegnitz am 14. Mai 1634, „den glänzendsten Waffenerfolg aus seinem thatenreichen Leben", aufs glücklichste eröffnet. Vor Glogau traf er sodann mit der Vorhut Baners unter Generalmajor Stalhandske zusammen, aber dieses Zusammentreffen glich einem feindseligen Zusammenstoß viel mehr als einem freundschaftlichen Zusammenwirken. Baner, dessen Hauptmacht noch vor Krossen festgehalten wurde, zeigte sich sehr verstimmt darüber, daß die Überrumpelung Glogaus durch Stalhandske mißlang und die Stadt erst Arnim nach einer achttägigen Belagerung die Thore öffnete. Ihm wurde dadurch nicht nur der festeste Stützpunkt in Niederschlesien gewissermaßen vor der Nase weggenommen, sondern er fürchtete auch, daß Arnim den Besitz Glogaus benutzen würde, um ihn als Zankapfel zwischen Brandenburg und Schweden zu verwerten. Ebenso wie im Jahre 1632 hatte nämlich auch jetzt Kurfürst Georg Wilhelm den dringenden Wunsch ausgesprochen, Glogau in seine Hände zu bekommen. Vielleicht mochte er im stillen hoffen, es dann für immer zu behalten, vorläufig sollte es ihm dazu dienen, die Mark von den Kriegskosten zu entlasten. Baner besorgte also nicht ohne Grund, daß Arnim mit Glogau den Preis in der Hand hielt, um Brandenburg auf sächsische Seite herüberzuziehen. Oxenstierna hatte freilich Georg Wilhelm das Besatzungsrecht in Glogau ebenfalls in Aussicht gestellt; wie wenig Baner aber gesonnen war, auch diese Zusicherung zu halten, erhellt deutlich aus seinem Briefwechsel mit dem schwedischen Reichskanzler.

Unter so mißlichen Umständen sehen wir Burgsdorff im Juni 1634 auf dem Kriegsschauplatz erscheinen. Es wurde ihm von seinem Herrn wiederum die undankbare Aufgabe gestellt, den beiden Nebenbuhlern in Schlesien nebst dem Kur-

fürsten von Sachsen Vernunft und Eintracht zu predigen und nebenher Glogau in brandenburgischen Besitz zu bringen.

Eine erste Sendung führte ihn Anfang Juni zunächst zu Arnim.[1]) Hierbei widerfuhr ihm in der Nähe von Glogau das Mißgeschick, von Kroaten aufgegriffen und gefangen genommen zu werden, doch wurde er, als er nach Liegnitz ins feindliche Hauptquartier gebracht werden sollte, von einer sächsischen Streifpartie unterwegs wieder befreit.[2]) Wie vorauszusehen war, scheiterte seine Mission bei Arnim vollständig. Auf dem Rück-

[1]) Kurfürstliches Memorial für Burgsdorff zu seiner Verrichtung bei H. G. von Arnim, d. Küstrin 19. (29.) Mai 1634, G. St.-A. a. a. O. Soll ihm Glückwunsch und Dank für seinen Sieg bei Liegnitz überbringen und ihn fragen, wohin er seine Expedition diesmal richten werde, damit Baner im Einverständnis mit ihm operieren könne. Dieses Einverständnis zwischen beiden Armeen ist jetzt das wichtigste, der Hauptzweck der Operationen scheint nun zu sein, zuerst Schlesien ganz vom Feinde zu befreien und dann weiter nach Böhmen oder Mähren zu gehen und sedem belli in Feindesland zu verpflanzen. Arnim möge Zittau, Neiße, Görlitz, Glatz besetzen, Baner würde zunächst an der Oder operieren, beide könnten sich dann unterstützen und nötigenfalls zu Hilfe kommen. Bei weiteren Fortschritten ist es nötig, sich der festen Plätze an der Oder zu versichern, Burgsdorff möge Arnim ersuchen, Glogau mit brandenburgischer Besatzung zu belegen, was Baner schon bewilligt habe. Das könne Sachsen nicht schaden, Brandenburg aber nützen, die glückliche Expedition der beiden Armeen sehr erleichtern und also „das publicum merklich fördern".

[2]) Georg Wilhelm fand auf das erste Gerücht von der Gefangennahme oder dem Tode seines vertrauten Freundes nur die mattherzigen Worte, er habe es ungern vernommen, müsse es aber dem grundgütigen Gott, der alles zu des Menschen Bestem schicke, befehlen! G. W. an Arnim 30. Mai (9. Juni), G. St.-A. Rep. 41, 12 d.

Burgsdorff schätzte den Schaden, der ihm durch Plünderung und Loskaufgelder für seine Begleiter entstanden war, auf rund 2000 Thaler. Da er ihn „nicht in Verwaltung seiner ordinären Kriegscharge, sondern in aufgetragener kurfürstlicher Legation erlitten", bat er um Ersatz, und der Kurfürst wandte sich in einem besonderen Nachtrag zur Landtagsproposition vom 4. Juli 1634 mit der Bitte an die märkischen Stände, „sich hierunter beihülflich zu erweisen". Die Stände lehnen das aber ab, wobei eine ziemliche Animosität gegen Burgsdorff, „der schon so große Summen aus dem Lande gehoben habe", zutage tritt. G. St.-A. Rep. 20 V 2.

weg suchte er Baner in Freistadt auf. Diesem war seine Sendung an Arnim, deren auf Glogau bezüglichen Zweck er erfahren hatte, von vornherein sehr verdächtig vorgekommen, zumal da er über Burgsdorffs politische Ansichten und seine Vertrautheit mit Arnim natürlich unterrichtet war. Er hielt ihn sogar für den Urheber des Arnimschen Anschlags auf Glogau.[1]) Als Burgsdorff nun die Kunde von dessen glücklichem Gelingen mitbrachte und gleichzeitig im Namen Arnims das Ansinnen an Baner stellte, Schlesien zu räumen und nach Mähren zu gehen, fand er bei dem schwedischen Feldmarschall einen üblen Empfang und selbstverständlich kein geneigtes Ohr für die Eintrachtermahnungen seines kurfürstlichen Gebieters. Baner fragte vielmehr bei Oxenstierna an, ob er Arnim als Freund oder Feind zu betrachten habe.[2])

Die Dinge trieben einem blutigen Konflikt entgegen, und Georg Wilhelm sah sich genötigt, Stellung dazu zu nehmen. Er ließ Baner wissen, daß die brandenburgischen Regimenter für einen Kampf gegen die Sachsen nicht zu haben seien, und erteilte ihren Obersten den geheimen Befehl, für solchen „nicht zu verhoffenden Fall zur Seite zu marschieren und ihm unverzüglich Meldung abzustatten“.[3])

Baner war hierüber äußerst ungehalten. Er sah in dieser Neutralitätsankündigung einen Bruch des Bündnisses und erging sich in starken Ausdrücken gegen diejenigen, die den Kurfürsten dazu verleitet, ihm gleichsam Gesetze vorschreiben zu wollen, als ob er selbst nicht wüßte, was er zu thun habe, und als ob er niemand anders verpflichtet sei. Der Hauptschuldige war in seinen Augen Burgsdorff, den er einer falschen Berichterstattung über die Zustände in Schlesien bezichtigte.[4])

[1]) Baner an Oxenstierna a. a. O. S. 124.

[2]) A. dems. O. S. 127, 132.

[3]) Geheime Ordre an Georg Ehrenreich von Burgsdorff, d. Berlin 11. (21.) Juni 1634, G. St.-A. Rep. 24 c 8 a Fasc. 6, vgl. Irmer, Arnim S. 296.

[4]) Baner an Oxenstierna a. a. O. S. 133.

Wie weit das letztere zutrifft, läßt sich nicht entscheiden, im übrigen ist es aber zweifellos, daß Burgsdorff jede Gelegenheit eifrig ergriffen haben wird, die brandenburgische Politik von der schwedischen loszulösen. Nur wird ein unbefangener Beobachter diese Dinge nicht ohne weiteres nach der einseitigen Auffassung Baners beurteilen dürfen. Die neutrale Haltung Brandenburgs war ausdrücklich nur für den Fall eines feindlichen Zusammenstoßes zwischen Schweden und Sachsen vorgesehen. Der erwähnte Befehl wies die brandenburgischen Regimentskommandeure an, im übrigen wie bisher Baners Befehlen zu gehorchen. Daß Georg Wilhelm seine „Submission" unter die Schweden so weit treiben werde, um auf jede Selbständigkeit seiner Politik zu verzichten, war nicht anzunehmen. Sein sehnlichster Wunsch blieb nach wie vor, „zur förderlichsten Wiederbringung des güldenen, durchgehenden, sicheren und beständigen Friedens conjunctis omnibus viribus et armis contra communem hostem getreu und einmütiglich alles und jedes mit und neben einander zu heben und zu legen".[1] Herzbewegende, an Arnim gerichtete Worte, die unter den obwaltenden Verhältnissen allerdings kaum den Wert des Papiers besaßen, auf das sie geschrieben wurden.

Denn nicht den Ermahnungen des brandenburgischen Kurfürsten, sondern seiner Erklärung, an einem Kampfe zwischen Schweden und Sachsen keinen Teil zu nehmen, und daneben der Besonnenheit Oxenstiernas war es zu verdanken, daß der kriegerische Eifer Baners gezügelt und der Riß im Bau der schwedisch-sächsischen Bundesgenossenschaft, wenn auch nur notdürftig, verklebt wurde. Baner gab ein Vordringen in Schlesien auf und wandte sich nach Böhmen, um über Leitmeritz die Verbindung mit Herzog Bernhard von Weimar in Franken aufzusuchen, während Arnim Zittau am 14. Juli nach kurzer Belagerung eroberte.

---

[1]) Georg Wilhelm an Arnim, d. Berlin 11. (21.) Juni 1634, G. St.-A. Rep. 24 c 8 a Fasc. 6.

Noch bevor diese Verabredungen dem drohenden Konflikt zwischen beiden die Spitze abgebrochen hatten, war Burgsdorff zum zweitenmal ins Feld gesandt worden, um wiederum persönlich zu vermitteln und zu beschwichtigen. Den Anlaß dazu gab ein Schreiben des Kurfürsten von Sachsen, das gewissermaßen eine nachträgliche Antwort auf die erste Sendung Burgsdorffs war.[1]) Aus ihm ist besonders deutlich zu ersehen, eine wie undankbare Rolle Georg Wilhelm als Vermittler übernommen hatte und wie nahe er daran war, sich zwischen zwei Stühle zu setzen. Denn zu der rücksichtslosen Behandlung durch Baner gesellten sich nun Vorwürfe Johann Georgs von Sachsen. Wider alles Vermuten, schreibt er, habe er vernommen, daß brandenburgische Truppen unter Baners Kommando in Schlesien eingedrungen seien, den Sachsen dort die Quartiere schmälerten und viel Insolentien und Exorbitantien begingen. „Wir können nicht glauben, daß dies alles mit Vorwissen oder gar auf Befehl E. L. geschehen ist, und bitten, bevor wir selbst etwas Thätliches unternehmen, freundvetterlich, E. L. möchten dafür sorgen, daß solches künftig abgestellt werde, und insonderheit bei dem Feldmarschall Baner es dahin vermitteln, daß er seine Armee abführe und an solchen Orten gebrauche, da er dem gemeinen Wesen mehr und nützlichere Dienste wird leisten können." Andernfalls sei großes Unheil daraus zu erwarten und zu befürchten, daß er, der Kurfürst, den Ruin seines Landes vor Augen, sich „des allgemeinen Wesens" nicht länger werde annehmen können.

Georg Wilhelm konnte nicht umhin, der Anspielung seines Bundesgenossen auf die großen, von Sachsen für das Allgemeinwohl gebrachten Opfer mit dem Hinweis zu begegnen, daß der allgütige Gott S. L. die Gnade gethan habe, ihn und sein Land in ziemlich guter Ruhe und Sicherheit haben sitzen zu lassen, während Brandenburg und andere evangelische Stände lange Zeit von der kaiserlichen und ligistischen Soldateska bei-

[1]) Johann Georg von Sachsen an Georg Wilhelm, d. Dresden 11. (21.) Juni 1634, G. St.-A. Rep. 24 c 8 a Fasc. 8.

nahe bis aufs Blut ausgezehrt, aller Mittel beraubt und dazu despektiert und beängstigt worden seien. Abgesehen von diesem kleinen Stich floß aber auch diese neue Instruktion Burgsdorffs über von Freundschaftsversicherungen, Eintrachtermahnungen und vortrefflichen, strategischen Vorschlägen. Allerdings heißt es in ihr, die verlangte Abberufung seines Korps von den Schweden sei rundweg zu verweigern und Baner um Abführung seiner Armee zu bitten, ständen ihm keine Mittel und Wege zu Gebote.[1])

Burgsdorff traf am 29. Juni in Dresden ein und bedauerte sehr, Arnim hier nicht mehr vorzufinden, der seine Mission, wie er meint, gewiß sehr erleichtert haben würde. Kurfürst Johann Georg empfing ihn gnädig, vermochte ihm aber keine Antwort zu erteilen, bevor er durch seinen Hofmarschall von Pflugk über Baners Absichten näher unterrichtet sei und persönlich mit Arnim gesprochen habe. Auf seinen Wunsch schloß sich Burgsdorff dem Marsch nach Schlesien an, den Johann Georg an der Spitze der sächsischen Reservetruppen am 2. Juli von Dresden aus antrat. Diese Verzögerung war ihm wenig genehm, gab ihm aber Gelegenheit, unterwegs mit dem Kurfürsten die politische und militärische Lage eingehend zu besprechen. Immer aufs neue kam Johann Georg darauf zurück, daß er die Verbindung der Brandenburger mit den Schweden als „eine Separation von dem befreundeten Sachsen" auffasse, die der Gemeinsamkeit ihrer kurfürstlichen Interessen, ihrer Verwandtschaft, vielfachen Uniones und was sie noch neulich zu Dresden „nüchtern und beim Trunke" einander zugeschworen, zuwiderliefe. Es sei ihm nicht verborgen, daß böse Leute bei Georg Wilhelm thätig wären, diese Union zu sprengen und „ein Feuer anzublasen", worauf jener aber nicht hören möge. Burgsdorff bemerkt dazu: „Sofern nun einem großen

[1]) Instruktion für Burgsdorff, d. Berlin 16. (26.) Juni 1634, G. St.-A. a. a. O., wo auch die Berichte Burgsdorffs über seine Sendung liegen. Sein Itinerar: Dresden an 29. Juni, ab 2. Juli, Kamenz 4. Juli, Spremberg 6. Juli, Reinersdorf 8. Juli, Görlitz 10. Juli, am Abend des 19. Juli wieder in Berlin.

Herrn getrauet und geglaubet werden soll (!), so kann ich auf mein Gewissen nicht anders sagen, als daß der Churfürst von Sachsen es mit Ew. Churfürstlichen Durchlaucht anders nicht als aufrichtig, treulich und gut meinet." Er schützte zwar dem Kurfürsten gegenüber Mangel an Instruktion vor, als er sich über eine Vereinigung der Brandenburger mit den Sachsen äußern sollte, befürwortete aber diese Schwenkung ins sächsische Lager in seinen Berichten an Georg Wilhelm aufs eifrigste, zumal wenn Baner nach Böhmen gehe und die Brandenburger so weit von ihrer Heimat und von Schlesien entferne. Eine Überschreitung seiner Instruktion läßt sich zwar nicht nachweisen, ob er, der ausgesprochene Schwedenfeind, aber der geeignetste Diplomat war, den Standpunkt seines Herrn bei Johann Georg zu vertreten, muß dahingestellt bleiben. Daß sein Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit „großer Herren" gerechtfertigt war, ergiebt sich aus einer Äußerung über die Friedensneigung des sächsischen Kurfürsten. „Vom Frieden", schreibt er, „vernehme ich so viel, daß S. Churfürstliche Durchlaucht durchaus keinen andern als einen universal, sicher durchgehenden Frieden eingehen, die Direktion aber keinem Fremden in die Hände gestatten, sondern selbige allein behalten wollen". Diese Worte sind während der Verhandlungen zu Leitmeritz und nur wenige Monate vor dem Abschluß der Pirnaer Präliminarien geschrieben, wodurch jeder Kommentar überflüssig wird.

Die offizielle Antwort, die Burgsdorff erhielt, verbirgt hinter einem großen Wortschwall sehr wenig Positives.[1]) Eine leidliche Einigung zwischen Schweden und Sachsen war inzwischen, wie erwähnt, erfolgt, und so konnte Johann Georg mit einem Anflug von Wahrscheinlichkeit versichern, daß er die gemeinsamen Interessen im Auge behalten und gegen Baner und seine Armee „sich jederzeit gnädigst und wohl bezeigen" werde. Glogau aber in andere Hände auszuliefern, nachdem

---

[1]) d. Reinersdorf 28. Juni (8. Juli) 1634, G. St.-A. a. a. O.

es die Sachsen soeben dem Feinde entrissen, „würde Sr. Churfürstlichen Durchlaucht ebener Maßen gar nicht zuzumuten sein."

Erleichtert mochte man in Berlin aufatmen. Das schlimmste, die offene Feindschaft zwischen Sachsen und Schweden, war glücklich vermieden. Freilich die kühne Offensive, die man so beredt angepriesen, war gründlich ins Wasser gefallen und die ganze Kriegführung lahmgelegt. Denn der Vorstoß Baners nach Böhmen, dem sich Arnim anschloß, erwies sich, wie das später noch so oft zum Heile der österreichischen Monarchie sich wiederholen sollte, als ein Stoß in die Luft, der bald ins Stocken kam und mit dem Rückzug der Vordringenden endete.

Hier in Böhmen fand auch die schwedisch-brandenburgische Freundschaft endlich ihr Grab. Georg Wilhelm sah ein, daß seine Hoffnung, Pommern als Freund Schwedens zu erhalten, eitel war, und so kühlte sich sein Eifer, seine Truppen unter Baner für das „gemeine Wohl" kämpfen zu lassen, bedeutend ab. Die Stimmung im Heere kam dem entgegen. Den brandenburgischen Offizieren war die politische Spannung unter den Verbündeten natürlich kein Geheimnis geblieben; die geheime, an sie gerichtete Ordre mußte ja jedem die Augen öffnen. Sie war auch bei den Schweden und Sachsen ruchbar geworden und hatte noch mehr dazu beigetragen, das Gefühl der Waffengemeinschaft zu untergraben. „Alle diejenigen", schreibt Baner, „denen mit Diffidentz gedient ist, haben sich damit nicht wenig erquickt und gekitzelt."[1]) Mit Recht fürchtete er, daß der unbedingte Gehorsam der Brandenburger darunter leiden werde, und klagte schon im August, daß er der Soldaten und sonderlich der Oberoffiziere nicht recht mächtig sei.[2]) Burgsdorff und seine politischen Freunde werden sicherlich nicht unterlassen haben, Kapital hieraus zu schlagen, wenn sich auch der akten-

[1]) Baner an Georg Wilhelm, d. Neusalz 16. (26.) Juni 1634. G. St.-A. a. a. O. Fasc. 6.

[2]) Baner an Oxenstierna, 15. (25.) Juli 1634, Oxenstiernas Skrifter II, 6 S. 141. Vgl. auch Droysen, Preußische Politik III, 1 S. 130.

mäßige Beweis dafür nicht erbringen läßt. Als nun Anfang September die schwere Niederlage der Schweden bei Nördlingen die gesamte Kriegslage änderte und den Verbündeten in Böhmen jede Aussicht auf eine erfolgreiche Offensive abschnitt, da erlitt das schwedisch-brandenburgische Bündnis den Todesstoß. Am 14. September erging der Befehl an die brandenburgischen Regimenter, Baner nicht einen Schritt mehr weiter in Feindesland hinein zu folgen, „es geschehe denn neben und zugleich mit der kurfürstlich sächsischen Armee oder doch, daß es Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen oder dero Generallieutenant der von Arnim also expreßlich gutfinden und raten, welche dann auch zu Sr. Churfürstlichen Durchlaucht Churbrandenburgischen Landen Securität und Sicherheit Wissen und gesammter Hand Anstellung machen können."[1]) Der Bruch mit Schweden bedeutete also gleichzeitig eine Unterordnung unter Sachsen. Zu einer selbständigen Politik fühlte sich Brandenburg nicht stark genug.

Das ist meines Erachtens das wichtigste, allgemeine Ergebnis des unerquicklichen Sommerfeldzugs von 1634 für Brandenburg. Kein Zweifel, daß seine Absichten von Anfang bis zu Ende die besten, seine egoistischen Sonderinteressen die geringsten waren. Wenn nur seine Macht seinem guten Willen entsprochen hätte. Beide standen aber in einem schreienden Mißverhältnis. Die militärischen Rüstungen und Leistungen im Jahre 1634 blieben erheblich hinter denen von 1632 zurück. Statt der in Stendal verabredeten 4000 Mann stießen kaum 2000 zu Baner, wie es scheint, zum größten Teil Landvolk, das, kaum eingestellt, scharenweise wieder davonlief, so daß manche brandenburgische Regimenter im Juli nur noch 200 Köpfe zählten.[2]) Damit ließen sich schlecht „leges praescribieren", vielmehr mußte man sie sich präscribieren lassen.

---

[1]) Die Ordre ist im Wortlaut mitgeteilt in Oxenstiernas Skrifter II, 6 S. 145.

[2]) Baner an Oxenstierna 15. (25.) Juli a. a. O. S. 137. Seine Schilderung wird bestätigt durch das Schreiben zweier Rittmeister des

Die militärische Schwäche Brandenburgs enthüllt sich uns hier keineswegs zum erstenmal. Sie ist der rote Faden, der sich durch seine Haltung im gesamten Verlauf des Dreißigjährigen Krieges hindurchzieht und auch nach dem Westfälischen Frieden noch lange verfolgen läßt. Wir dürfen sie nie aus dem Auge verlieren, um nicht zu einem ungerechten Urteil über die Politik des Kurstaates zu gelangen. Er war darauf angewiesen, fortwährend zu lavieren und Opportunitätspolitik zu treiben. Keiner hat das meisterhafter verstanden, als der Große Kurfürst, dessen eigentliche Größe sich erst dem offenbart, der das Mißverhältnis zwischen seinen kleinen Mitteln und seinen bedeutenden Erfolgen kennt. Letztere hat sein Vater nicht aufzuweisen, und die Ursache daran liegt zum Teil entschieden in seiner minderwertigen, politischen Begabung. Wie weit sie aber diesem Mangel und wie weit sie der Übermacht der ungünstigen Verhältnisse, die auch ein thatkräftiger und genialer Wille nicht bezwungen hätte, zur Last fällt, bildet eben das schwierigste Problem für die Beurteilung Georg Wilhelms und seiner Politik. Nichts leichter, als über ihn, seine Schwäche, sein Schwanken, seine Mißerfolge den Stab zu brechen, — nichts schwerer aber, als anzugeben, wie er in jedem einzelnen Fall hätte handeln müssen. Beides ist glück-

Alt-Burgsdorffschen Regiments zu Pferde, Georg von der Marwitz und Joachim von Hohenstein, an den Kurfürsten Georg Wilhelm, d. Berlin 22. August (1. September) 1634. G. St.-A. Rep. 24 V. Hier heißt es: Die meisten Offiziere des Regiments sind dergestalt von allen Mitteln entblößt, daß sie auch den kranken und notleidenden Reitern nicht mit einem Thaler unter die Arme greifen können. Das tägliche und stetige Travaillieren greift die Pferde sehr an, fast kein Reiter hat noch Mittel, sein Pferd beschlagen zu lassen oder sein unfertiges Gewehr wieder in stand zu setzen. Die meisten Kompagnien marschieren nur mit 25 Pferden. Der totale Ruin des Regiments, das dem Kurfürsten nun fast drei Jahre treu gedient hat, steht bevor, wenn das so weiter geht und der Sold nicht besser bezahlt wird.

Auch von anderer Seite wird über mangelhafte Soldzahlung geklagt, während die märkischen Stände die Unmöglichkeit vorschützen, Geld aufzubringen.

licherweise nicht Aufgabe unbefangener, historischer Würdigung, die zwar urteilen, aber dabei erklären und nicht nachträglich politisieren soll. Im einzelnen werden dabei stets folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen: 1. das Machtverhältnis Brandenburgs, 2. seine Sonderinteressen, 3. das Allgemeinwohl, d. h. von seinem Standpunkt aus die evangelische und die deutschnationale Sache. Wie mannigfach sich diese Faktoren kreuzten und seine Politik beeinflußten, werden wir in den nächsten Abschnitten noch deutlicher als bisher erkennen.

---

4. Der Bruch mit Schweden 1634. Die Politik des Prager Friedens bis zum Tode des Kurfürsten Georg Wilhelm. Der Konflikt zwischen Burgsdorff und dem Grafen Adam von Schwarzenberg.

Die Abberufung der brandenburgischen Truppen von Baner im September 1634 war der erste Schritt auf dem Wege zu einem völligen Systemwechsel der brandenburgischen Politik. Er führte weiter, zunächst zur Annahme des Prager Friedens im August 1635, sodann zu dem Bündnis mit Sachsen vom 6. Oktober 1635, endlich zur offenen Kriegserklärung gegen Schweden durch Erlaß der Avokatorialmandate im Januar 1636.

Nur zögernd entschloß sich Georg Wilhelm zu diesen Schritten. Besonders der Beitritt zum Prager Frieden wurde ihm schwer. Zu oft und zu laut hatte man in den letzten Jahren in Berlin die Gemeinsamkeit der Interessen aller Gegner des Kaisers betont und die Parole eines Universalfriedens ausgegeben, um nicht die Annahme dieses Separatfriedens als eine schroffe Verleugnung der bisherigen Haltung zu empfinden. Auch diejenigen, die dazu rieten, verhehlten sich nicht, welch schwere Gefahren daraus der Religion und der Libertät, eben den Punkten, die den Hauptinhalt des „gemeinen Wesens" für Brandenburg ausmachten, erwachsen könnten.[1]) Der Beitritt erfolgte schließlich auch nur, weil er das kleinere Übel zu sein

[1]) Vgl. Meinardus, Protokolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rates aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm (im folgenden stets abgekürzt: P. R.) I, Einleitung S. 10 ff.

schien und in der bestimmten Erwartung, daß der Prager Friede eine allgemeine Pazifikation, speziell eine Verständigung mit Schweden baldigst herbeiführen werde.[1])

Dringend legte Georg Wilhelm diesen Wunsch dem Kurfürsten von Sachsen ans Herz. Aber Überhebung und Egoismus machten diesen taub für seine Bitten. Es ist jetzt wohl kein Zweifel mehr darüber möglich, daß die Ablehnung der weitgehenden Anerbietungen Oxenstiernas vom September 1635, des sogenannten Schönebeckschen Projekts, durch Johann Georg zu den schwersten Sünden zählt, welche die sächsische Politik im Dreißigjährigen Kriege Deutschland gegenüber auf dem Gewissen hat. Schweden war damals, aufs äußerste von allen Seiten bedrängt, bereit, sich mit einer Geldentschädigung zu begnügen und auf jeden territorialen Erwerb, also auch auf Pommern zu verzichten.[2]) Wie schwer muß dieses Angebot Oxenstierna gefallen sein, wenn wir uns der Äußerung Gustav Adolfs zu Burgsdorff im Lager vor Nürnberg erinnern, die er, der Kanzler, vielleicht noch mehr als der verstorbene König, zur Richtschnur seiner Politik gemacht hatte. Für Branden-

[1]) Das scheint mir der Kernpunkt für die Beurteilung des Beitritts Brandenburgs zum Prager Frieden zu sein. Den Beweis dafür, daß Georg Wilhelm im Prager Frieden nur den Vorläufer für einen nahen allgemeinen Frieden und keineswegs die Einleitung zu einem erbitterten Kampf mit Schweden erblickte, entnehme ich einer Reihe verschiedener Zeugnisse und Thatsachen. Zunächst betonte er in seiner Beitrittserklärung die Versicherung Sachsens, nicht mit Gewalt gegen Schweden vorzugehen, vielmehr mit diesem ebenso wie mit Frankreich noch in Güte zu unterhandeln. (Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700 S. 121.) Dieser Versicherung entsprachen die folgenden Verhandlungen zwischen Sachsen und Schweden, an denen sich Brandenburg lebhaft im Sinne einer Vermittelung beteiligte (s. oben und Meinardus P. R. I, Einleitung S. 12 ff.). Auch den Pommern versicherte Georg Wilhelm später, „er sei bei Annahme des Prager Friedens nicht gemeint gewesen, einige Hostilität gegen Schweden aufzunehmen, sondern habe den Zweck verfolgt, daß auch Schweden zu einem guten Frieden gelange“. (Bär, Die Politik Pommerns während des Dreißigjährigen Krieges S. 346.)

[2]) Vgl. außer Meinardus a. a. O. auch Odhner, Die Politik Schwedens im Westphälischen Friedenskongreß S. 27.

burg war der Verzicht Schwedens auf Pommern geradezu das erlösende Wort, um aus der ärgsten, fortwährenden Herzensbeklemmung der letzten Jahre herauszukommen. Aber was focht das Johann Georg an? Er hatte, seitdem ihm der Kaiser in Pirna den erblichen Besitz der Lausitzen, die Einverleibung der Magdeburgischen Ämter Querfurt, Jüterbock, Dahme und Burg in das Kurfürstentum und die Aussicht auf eine sächsische Sekundogenitur im Erzbistum Magdeburg zugesichert hatte, sein Schäfchen im Trockenen. Er vermaß sich nun, den Diktator im nördlichen Deutschland zu spielen und die Schweden mit leeren Händen über die Ostsee heimzuschicken. „Packt Euch aus dem Reich! Ich will Euch dem Kaiser gegenüber den Rücken decken. Wollt Ihr aber nicht, so müßt Ihr!", so fuhr er im August 1635 den schwedischen General von Lohausen an, der Gast an seiner eigenen Tafel war.[1]) Allein der Bogen, den nur ein Wallenstein vielleicht ohne Schaden so straff hätte spannen dürfen, zerbrach in seiner Hand. Wie zwei Menschenalter später die Lieblingsschöpfung Ludwigs XIV., die bourbonische Herrschaft in Spanien, so verdankte damals das Lebenswerk Gustav Adolfs, die schwedische Herrschaft in Pommern, den übertriebenen Forderungen der Gegner in einem kritischen Augenblick der größten, fast verzweiflungsvollen, eigenen Schwäche ihre Rettung und ihre Existenz. Den Schaden trug in beiden Fällen in erster Linie Deutschland, im vorliegenden daneben vornehmlich Brandenburg.

Der Verlauf der Dinge ließ sich freilich im Sommer und Herbst 1635 nicht voraussehen. Für den Beitritt Brandenburgs zum Prager Frieden unter der erwähnten Voraussetzung sprachen in der That manche Gründe.[2]) Wir begreifen, welch mächtigen Zauber das bloße Wort „Friede" auf viele Gemüter,

[1]) In ähnlichem Ton hatte er sich schon im Januar 1635 zu Baner geäußert. Irmer, Arnim S. 310, 326.

[2]) Meinardus hat sie P. R. I, Einleitung S. 10 geschickt zusammengestellt und Schwarzenberg von der alleinigen Verantwortung entlastet, allerdings nur von der alleinigen, denn daß er ein Hauptvertreter und Förderer der Prager Friedenspolitik war, ist unbestreitbar.

besonders unter den geldbewilligenden Landständen, ausüben mußte. Graf Adam von Schwarzenberg, der von nun an als Leiter der brandenburgischen Politik immer mehr in den Vordergrund tritt, trägt nicht allein die Verantwortung für diese ihre Wendung. Das Üble lag nur darin, daß der Kaiser und Sachsen statt des kleinen Fingers, den man ihnen entgegenstreckte, schnell die ganze Hand ergriffen. „So viel Unsers lieben Oheims des Churfürsten zu Brandenburg L. betreffen thut", antwortete der Kaiser am 11. September 1635 dem Kurfürsten von Sachsen auf die Meldung von der Beitrittserklärung Georg Wilhelms, „wollen Wir nicht hoffen, daß Dieselbe dadurch — nämlich durch die verklausulierte Annahme — in einerlei Weis' und Wege seine Erklärung restringieren oder conditionieren und den Friedensschluß nur halb oder zum Teil acceptieren werde, — — — — wie Wir denn E. L. hiemit freundgnädiglich ersuchen, gedachtes Churfürsten zu Brandenburg L. solches alles zu Gemüt zu führen und, wo es nicht albereit beschehen, Dieselbe zu völliger, unconditionierter Accomodation des Friedensschlusses zu disponieren." [1])

Das geschah denn auch, und die Folge war die bedingungslose Unterwerfung unter den Willen seiner beiden neuen Verbündeten. Wiederum fühlte es sich zu schwach, um seine eigenen Anschauungen, wenn auch nur in bescheidenem Umfang, durchzusetzen. Wiederum waren diese Anschauungen theoretisch vortrefflich, jetzt um so mehr, als das Allgemeinwohl und seine pommerschen Sonderinteressen sich nicht kreuzten, sondern gleichzeitig hätten berücksichtigt werden können. Aber wie Wallenstein erfuhr nun auch Georg Wilhelm die Wahrheit des Satzes: Nah beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Das Abkommen mit Johann Georg vom 6. Oktober 1635 [2]), die Folge der „völligen Accomodation" im kaiserlichen Sinne, öffnete den Sachsen die Havel- und Oderpässe zur Besetzung

[1]) Mörner, Staatsverträge S. 122.

[2]) Mörner, Staatsverträge S. 123.

mit ihren Truppen, lieferte ihnen die gesamte brandenburgische Reiterei aus[1]) und ließ Georg Wilhelm nur die Verfügung über die Besatzung seiner Festungen. Das bedeutete im Grunde genommen schon die Kriegserklärung an Schweden, die dann bald darauf durch den Erlaß der Avokatorialmandate noch deutlicher ausgesprochen wurde. Die Mehrzahl der brandenburgischen Geheimen Räte sah die gefährlichen Folgen dieser Schritte voraus und hielt mit ihren Bedenken nicht zurück. Schwarzenberg besaß aber nun das Ohr seines kurfürstlichen Herrn so ausschließlich, daß er es wagen konnte, die Kabinettsfrage zu stellen und den Geheimen Rat thatsächlich zu sprengen[2]).

[1]) Die drei Kompagnien Reiter, die der Kurfürst sich vertragsmäßig vorbehalten hatte, folgten den übrigen Kompagnien noch vor Ablauf des Jahres in sächsische Dienste nach, so daß im Januar 1636 nicht eine Kompagnie zu Roß mehr in der Mark war. P. R. II, Einleitung S. 11, Anm. 1. Vgl. Jany a. a. O. S. 69.

[2]) Über die Avokatorialmandate stellte Meinardus in den Einleitungen zum 1. und 2. Band der P. R. zwei verschiedene Ansichten auf. Bd. 1 S. 19 nennt er den Entschluß des Kurfürsten, die Mandate zu veröffentlichen, „ein Kind des Affekts“, „eine rein persönliche Angelegenheit des regierenden Landesfürsten“, der Schwarzenberg zweifellos beistimmte. Bd. 2 S. 12 sieht er im Erlaß der Mandate den ersten Schritt Georg Wilhelms und Schwarzenbergs, „die brandenburgische Politik namentlich nach innen grundsätzlich zu ändern, auch gegen den Willen der Landstände neue Truppenkörper zu errichten und gegebenenfalls Land und Leute gegen Freund und Feind selbstthätig zu schützen“. Nicht unmöglich, sogar wahrscheinlich, daß der Kurfürst und Schwarzenberg die Folgen der Mandate vor ihrem Erlaß besprochen und sich auf Kämpfe mit den Schweden gefaßt gemacht haben. Eine so große prinzipielle Bedeutung vermag ich den Mandaten aber nicht beizulegen, da, wie ich an anderer Stelle auseinandersetze, ich den Entschluß Georg Wilhelms zu einer selbständigen Aktionspolitik später datiere und aus anderen Gründen herleite. Der Befehl zur Konzipierung der Mandate scheint allerdings ein Kind des Affekts und vielleicht das eigenste Werk des Kurfürsten gewesen zu sein. Zwischen Abfassung und Veröffentlichung lagen aber mehrere Wochen, so daß wir die Mandate selbst als eine reif ausgetragene Frucht der Überlegung anzusehen haben, in deren Vaterschaft sich der Kurfürst und Schwarzenberg teilen. Sie sind eben ein Anzeichen der verschärften, antischwedischen Stimmung Brandenburgs, deren Triebkraft Schwarzenberg war.

Schneller als er ahnen mochte, brach nun das Unheil über die Mark herein. Das kaiserlich-sächsische Heer, nach Arnims Austritt aus sächsischen Diensten von zwei unfähigen Trunkenbolden, dem sächsischen Generalleutnant Baudissin und dem kaiserlichen General von Morazin sowie von Johann Georg selbst befehligt, der sich beim Becher auch wohler fühlte als im Sattel vor dem Feinde[1]), zeigte sich nach einigen anfänglichen Erfolgen trotz seiner gewaltigen Überlegenheit an Zahl der erprobten Kriegskunst eines Baner nicht gewachsen. Die Schlacht bei Wittstock am 4. Oktober 1636 entschied den Feldzug zu Gunsten Schwedens. Ihre nächste Folge war der Einbruch eines schwedischen Korps unter dem Feldmarschall von Wrangel in die Mark, vor dem der Kurfürst nach Peitz flüchtete. Kurz vorher[2]) war eine andere Hiobspost bei ihm eingetroffen, nämlich ein Schreiben Johann Georgs, worin ziemlich unverblümt Pommern als das geeignetste Objekt bezeichnet wurde, Schweden zu befriedigen und einen allgemeinen Frieden herbeizuführen. Das war der Dank vom Hause Wettin. Er klang geradezu wie ein Hohn auf die vor einem Jahre erteilte Zusicherung des sächsischen Bundesgenossen, er wolle sein Haupt nicht eher sanft legen, bis er Georg Wilhelm in dem märkischen und pommerschen „statu vollkommen stabiliert hätte."[3]) Das militärische und politische Fiasko hätte für Brandenburg nicht schlimmer sein können.

Ein Glück nur für den so schmählich getäuschten Fürsten, daß Baner mit der Hauptmacht seines Heeres von Wittstock aus sich zunächst nach Thüringen und Hessen und dann im Januar 1637 gegen Sachsen wandte, wo er mit grimmigem

[1]) Vgl. Irmer, Arnim S. 332.

[2]) Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das Schreiben Johann Georgs vom 19. September 1636, also vor der Schlacht bei Wittstock datiert ist. Nach der Schlacht wäre es vielleicht erklärlich und entschuldbar gewesen, so aber hatte der brandenburgische Kanzler von Götze Recht, es als einen Beweis der handgreiflichen Treulosigkeit des sächsischen Kurfürsten zu bezeichnen. (Meinardus, P. R. I, Einleitung S. 23.)

[3]) Meinardus a. a. O. S. 15.

Behagen dem Kurfürsten „ins Herz griff“ und sein Land grauenhaft verwüstete.[1]) Dadurch erhielt Georg Wilhelm etwas Luft. Er faßte den Plan, Wrangel, der nur über geringe Kräfte verfügte, aus der Mark zurückzudrängen, ließ sich vom Kaiser das Kommando über das Korps des Generals Morazin übertragen und veranlaßte den sächsischen General Klitzing, von der Niederlausitz aus gegen Wrangel vorzugehen.[2]) Klitzing hatte vorübergehend Erfolg, die Mark wurde von den Feinden gesäubert, zu einem Vorgehen gegen Mecklenburg oder Vorpommern fühlte man sich aber zu schwach, da Graf Mansfeld alle kaiserlichen Truppen „wegen der meuternden Pollacken“ nach Schlesien beorderte.[3]) Auch Klitzings Erfolge wurden bald in Frage gestellt, da Johann Georg ihn beim Erscheinen Baners in seinem Lande zu dessen Schutze zurückrief. Georg Wilhelm

[1]) Baner an Oxenstierna, d. Torgau 23. März (2. April) 1637: „Es ist alhier dem Kurfürsten ins Herz gegriffen, die ganze kaiserliche Armee als Götz und Hatzfeld und alle der mächtige an sie gezogene Schwarm liegt auf diesseit der Elbe und hat sein Lager unterhalb Meißen bei Riesa, einem Schloß daselbst. Ich habe mein Lager alhier zu Torgau par la raison de guerre formieren müssen, meine meiste Cavallerie mit den Dragonern liegt auf jenseit der Elbe gegen des Feindes Lager über, und wüßte ich nicht, wenn ich mir mit Fleiß vorgesetzet, des Kurfürsten ganzes Land zu ruiniren, wie ich besser meinen scopum erfüllen können, als es jetzo geschiehet. Denn der Feind hauset in des Kurfürsten Lande nicht dermaßen, als wenn er ihn wieder aufrichten wollte, sondern die grausamste Crudelitäten gehen im vollen Schwange, die Freudenfeuer hinter und bei des Feindes Lager rauchen ohne Unterlaß und ist des Kurfürsten Land gleichsam preis gemachet. Die unsrigen sind auch nicht gesonnen, ihm ichtwas zu sparen, sondern vermeinen so gut und besser Recht zum verzehren zu haben, als der Feind. Die Städte sind von den Leuten, so noch etwa in festen Plätzen zu ihrem Aufenthalt Mittel haben, entblößet, nichts als die armen, geringen Leute daheim, Bauern siehet man ganz nicht, dagegen aber das Wild bei großer Menge.“ Oxenstiernas Skrifter II, 6 S. 391.

[2]) v. Mörner, Märkische Kriegsobersten des 17. Jahrhunderts, S. 155, vgl. auch Beilage V.

[3]) Instruktion Konrad von Burgsdorffs für seine Sendung nach Sachsen, d. Berlin 31. Dezember 1636 (10. Januar 1637), G. St.-A. Rep. 41, 12e. Vgl. hierüber weiter unten S. 92.

sah sich infolgedessen genötigt, am 20. Januar 1637 von Berlin in das feste Küstrin zu flüchten.

Neben diesem kriegerischen Vorgehen laufen Versuche her, einen Waffenstillstand mit Schweden abzuschließen. Die Verhandlungen darüber wurden mit dem schwedischen Bevollmächtigten in Stettin, Sten Bielke geführt, zu dem Markgraf Sigismund von Brandenburg als Unterhändler geschickt wurde. Es verlautete, daß Sten Bielke und die übrigen schwedischen Minister einem Waffenstillstand mit Brandenburg nicht abgeneigt seien. Georg Wilhelm war im Prinzip auch dafür, wollte aber nichts ohne Zustimmung Sachsens abschließen und ließ in Dresden durch Arnim sondieren. Wie der Kurfürst von Sachsen sich zu der Frage stellte, ist nicht klar ersichtlich, aber auch ohne Belang, da Bielke die Verhandlungen nach dem Tode des Herzogs Bogislaw von Pommern (20. März 1637) schroff abbrach.[1])

Dieser Todesfall machte die pommersche Frage akut und veranlaßte eine neue, bedeutsame Wendung der brandenburgischen Politik. Georg Wilhelm betrachtete sich von nun an als den rechtmäßigen Herrn von Pommern und behandelte, von Schwarzenberg beraten[2]), die pommerschen Regierungsräte, Stände und Unterthanen in einer Weise, als ob die Schweden gar nicht vorhanden wären, so kurzsichtig, verblendet und ungeschickt, wie nur möglich[3]). Um sich aber möglichst bald in den Besitz des so sehnsüchtig begehrten „Erblandes" zu setzen, veranstaltete er, im Einverständnis mit dem Kaiser, die großen Werbungen des Sommers 1637, die in der brandenburgischen Geschichte der beiden nächsten Jahre eine so wichtige Rolle

[1]) Vgl. Irmer, Arnim S. 337, Bär, Politik Pommerns S. 122, Anm. 509. Das Gerücht von der Geneigtheit Bielkes und der schwedischen Minister und das positive Zeugnis für die prinzipielle Zustimmung Georg Wilhelms enthält die oben angeführte Instruktion Burgsdorffs vom 10. Januar 1637.

[2]) Vgl. Bär, Politik Pommerns, Register unter Schwarzenberg.

[3]) Bär a. a. O. S. 124 ff.

spielen[1]). Nach so viel schönen Worten in den verflossenen Jahren also endlich eine große That, nach so viel „Submission“ unter fremden Willen endlich eine selbständige Aktionspolitik! Aber — so müssen wir im Hinblick auf ihr Ergebnis hinzufügen — nach so viel Enttäuschungen und Mißerfolgen nur ein neuer Fehlschlag und zwar größer als alle vorhergehenden.

Niemand wurde durch diese Wendung der Dinge und ihre Folgen persönlich stärker betroffen, als Konrad von Burgsdorff. Wir kommen zu dem trübsten Abschnitt seines Lebens, seinem Konflikt mit dem Grafen Adam von Schwarzenberg.

Wie stellte sich Burgsdorff zu den Wandelungen der brandenburgischen Politik, die wir oben berührt haben? Leider gestatten uns die Quellen keine Antwort auf diese Frage. Sie sind für seine Person in den Jahren 1635—1638 so überaus dürftig, daß er unserm Gesichtskreis in dieser Zeit fast völlig entschwindet. Das Wenige, was sie bieten, sei hier kurz zusammengestellt.

Noch im November 1634 wurde er an Arnim gesandt, um wegen des Schutzes der Oder- und Warthepässe mit ihm zu verhandeln. Herzog Bogislaw von Pommern hatte nämlich den Kurfürsten Georg Wilhelm darauf aufmerksam gemacht, daß die Kaiserlichen sich leicht ihrer bemächtigen und von ihnen aus die Mark und Pommern gleichzeitig bedrohen könnten. Dem sollte vorgebeugt werden. Ebenso ungern wie die Kaiserlichen hätte der Kurfürst aber auch die Schweden sich hier einnisten sehen, weil er die Garnisonen dann aus seinem Lande hätte verpflegen müssen. Eine starke Besetzung mit eigenen Truppen war ihm aus demselben Grunde nicht erwünscht. Er begnügte sich deshalb damit, kleine Besatzungen nach Frankfurt, Krossen und Landsberg zu legen, eine Schanze bei Zantoch zu erbauen, in Frankfurt, Küstrin und Krossen Vorräte anzuhäufen und Arnim zu bitten, im Fall drohender Gefahr ein wach-

[1]) Vgl. über sie Beilage V.

sames Auge auf diese Plätze zu haben und ihre Besatzungen zu verstärken.[1])

Im September und Oktober 1635 erschien Burgsdorff wiederum als kurfürstlicher Abgesandter bei Arnim, um ihn — mit Erfolg — vor dem Eintritt in französische Dienste zu warnen, ihm dagegen — vergeblich — den Rücktritt in sächsische Dienste warm ans Herz zu legen.[2]) Im November desselben Jahres begegnen wir ihm als Überbringer einer Botschaft an Johann Georg, den er im Januar 1636 in Spandau bei sich bewirtete.[3]) Die Strategie Klitzings im Jahre 1636 fand vor seinen Augen keine Gnade, besonders weil dessen Scharen dem Lande Sternberg und darunter auch seiner Komturei Lagow übel mitspielten. „Ich wollte, daß sie der Teufel alle im ledernen Sack holte", schrieb er zornig dem Kurfürsten.[4]) Die unwillkommene Einquartierung der sächsischen Regimenter in der Mark gab dem Kurfürsten Anfang 1637 Veranlassung, Burgsdorff mit dem Auftrag nach Dresden zu schicken, sich mit Johann Georg über diese Einquartierung zu „verständigen" und ihm gleichzeitig Mitteilung über die mit Sten Bielke eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen zu machen. Ob Burgsdorff diesen Auftrag indessen wirklich ausgeführt hat, erscheint zweifelhaft, da außer seiner Instruktion keine Akten über die Sendung vorliegen und ein Schreiben Johann Georgs an ihn vom 21. Januar 1637 sie mit keinem Wort erwähnt.[5])

---

[1]) Instruktion für Burgsdorff bei seiner Sendung an Arnim, d. Berlin 6./16. November 1634, G. St.-A. Rep. 22, 13 d.

[2]) Chemnitz II, S. 794, Irmer, Arnim S. 328.

[3]) Märkische Forschungen 16, S. 328, 357.

[4]) Burgsdorff an Georg Wilhelm, d. Berlin 10. (20.) Oktober 1636, G. St.-A. Rep. 24 c 9 Fasc. 22, das einzige mir bekannte Schreiben Burgsdorffs aus diesem Jahre, in dem er übrigens den Kurfürsten bat, sich von Peitz nach Spandau zu begeben, wo er ebenso sicher und der Hauptstadt näher sei.

[5]) Instruktion, d. Berlin 31. Dezember 1636 (10. Januar 1637), G. St.-A. Rep. 41, 12 e, vgl. oben S. 89. Das im übrigen belanglose Schreiben Johann Georgs a. a. O. 12 f.

Diese Instruktion ist leider das einzige Schriftstück aus dem bedeutungsvollen Jahre 1637, das Burgsdorffs Namen nennt. Ob und inwieweit sein Rat den Kurfürsten zu den großen Werbungen dieses Jahres mit veranlaßt hat, läßt sich nicht sicher nachweisen. Gegen eine Anteilnahme an den „hitzigen Consiliis und dem letzten unnötigen Werben" hat er sich später energisch verwahrt.[1]) Dennoch liegt die Vermutung nahe, daß er 1637 zu der Kriegspartei gehörte und mindestens für die ersten, maßvollen Werbungen eingetreten ist. Ihm selbst brachten diese die Vervollständigung seines 1636 auf acht Kompagnien verringerten Regiments zu Fuß auf 12 Kompagnien. Die vier neuen Kompagnien wurden im April 1638 in Spandau angemustert.[2]) Von einer Teilnahme an dem Feldzug von 1637 meldet keine uns zugängliche Quelle etwas. Es muß also dahingestellt bleiben, ob er schon in diesem Jahre mit ins Feld gerückt oder als Kommandant von Spandau in der Festung geblieben ist.

Erst mit dem Jahre 1638 beginnen die Nachrichten über ihn wieder reichhaltiger zu fließen. Sie stellen freilich seinen Biographen vor eine schwierige Aufgabe, denn wie Feuer und Wasser dringen sie auf ihn ein. Auf der einen Seite die Anklagen Schwarzenbergs, immer heftiger, immer maßloser, seinen Charakter, sein Thun und Treiben schwarz in schwarz malend, auf der anderen Seite seine eigenen Verteidigungsschreiben, in denen er sich als den unschuldig Gekränkten und Verfolgten aufspielt. Es fehlt fast gänzlich an Berichten unbeteiligter und unbefangener Dritter zur Nachprüfung dieser einander diametral entgegengesetzten Äußerungen. Versuchen wir daher, auf Grund sorgfältiger Prüfung der allgemeinen und besonderen Verhältnisse einen möglichst objektiven Einblick in den Kampf der beiden Männer zu gewinnen und der historischen Wahrheit,

---

[1]) Burgsdorff an Sigismund von Götze, d. Berlin 19. (29.) Mai 1641, U. A. I, 458.

[2]) G. St.-A. Rep. 24 V, näheres bei Jany S. 77.

die auch in diesem Fall keine absolute sein kann, so nahe wie möglich zu kommen.[1])

Langsam kamen die großen Werbungen in Fluß, von vornherein mit zwei schweren Gebrechen behaftet, dem Mangel an Geld und dem Mangel an einem tüchtigen Oberbefehlshaber. Der sächsische General von Klitzing, der an die Spitze des brandenburgischen Korps berufen wurde, erwies sich seiner Stellung nicht gewachsen. Seine militärischen Fähigkeiten scheinen sehr mäßig gewesen zu sein, organisatorisches Talent besaß er offenbar gar nicht. Als Führer war er nicht selbständig, sondern an den kaiserlichen Generalleutnant Grafen von Gallas gebunden, als Organisator hatte er, abgesehen vom Geldmangel, mit all den tausend Schwierigkeiten zu kämpfen, die eine natürliche Folge der Verwilderung aller Heeresverhältnisse gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges waren. Unbotmäßigkeit der Offiziere und Desertieren der Mannschaften waren an der Tagesordnung und untergruben die Disziplin, die nur mittelst einer vollen Kriegskasse hätte aufrecht erhalten werden können.

---

[1]) Vgl. zum folgenden Cosmar, Schwarzenberg S. 183ff., Mörner, Märkische Kriegsobersten S. 218 ff., Meinardus P. R. I und II Einleitung, seinen Artikel „Schwarzenberg" in der Allgemeinen deutschen Biographie Bd. 33, S. 790 und seinen Aufsatz über Schwarzenberg und die brandenburgische Kriegführung in den Jahren 1638—1640 im 12. Bande der Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte (1899). Meinardus ist bekanntlich im Verlauf seiner Forschungen zu einer immer höheren Wertschätzung Schwarzenbergs gelangt, so daß seine Ehrenrettung Burgsdorffs in der Einleitung zum 1. Band der P. R. mit der Verherrlichung Schwarzenbergs in der Einleitung zum 2. Bande schon nicht mehr im Einklang steht und er ihm in seinem letzten Aufsatze sogar „mit die Hauptschuld an den Schwierigkeiten" aufbürdet, „die sich vor Schwarzenberg immer von neuem aufthaten". Mörners Urteil über Burgsdorff („eine ewig unzufriedene, unruhige, habsüchtige, egoistisch-intriguante, ehrgeizige und, wie es scheint, trotz allem nicht sonderlich befähigte Natur") ist durch die Anklagen Schwarzenbergs stark beeinflußt. Cosmar referiert wesentlich, bemüht sich aber, obwohl sein ganzes Buch eine Apologie Schwarzenbergs ist, in anerkennenswerter Weise um Objektivität.

Dennoch endete der Feldzug des Jahres 1637 glücklich für die verbündeten Kaiserlichen, Sachsen und Brandenburger. Sie waren an Zahl den Schweden so sehr überlegen, daß selbst die Kriegskunst eines Baner den Verlust von fast ganz Vorpommern nicht verhindern konnte. Stark geschwächt durch die Strapazen ihrer Siege lagerten die Truppen der Verbündeten im Frühjahr 1638, zu weiteren Thaten unfähig, in ihren weitzerstreuten Quartieren in Mecklenburg und der Mark.[1]) Da ergriff Baner, durch frische Regimenter aus Schweden und französische Werbegelder unterstützt, im Juli die Offensive und brachte mit ein paar kühnen, kraftvollen Schlägen den Gegner um fast alle Erfolge des letzten Jahres. Gallas vereinigte seine Streitmacht im Mecklenburgischen, vermochte aber nichts mit ihr auszurichten, sondern ging im Oktober über die Havel zurück und bezog gegen Ende des Jahres Winterquartiere in Schlesien und Böhmen. Sein Heer befand sich, ohne eine Schlacht verloren zu haben, in einem kläglichen Zustand. Baner hatte die Schlappe von 1637 glänzend wett gemacht, das Übergewicht der schwedischen Waffen war im nordöstlichen Deutschland wieder hergestellt, die Mark lag dem Sieger offen.

Das war das Ergebnis des Feldzugs von 1638, das Ergebnis der großen brandenburgischen Rüstungen. Das dafür aufgewandte Geld war zum Fenster hinausgeworfen, die Obersten steckten es mit Behagen ein, aber ihre Regimenter schmolzen, noch ehe sie an den Feind kamen, wie Schnee vor der Sonne dahin,[2]) die Werbungen erwiesen sich als ein völlig verfehltes Unternehmen.

---

[1]) Vgl. Pufendorf, de rebus Suecicis lib. X, § 20. Am 27. März (6. April) 1638 schreibt Gallas, die Armee habe schon so lange im Felde gestanden und sei so abstrapeziert, daß es fast unmöglich zu beschreiben sei. Es sei nicht mehr möglich, aus diesen Landen die nötige Fourage zu bekommen, die Armee bedürfe unbedingt der Erholung. G. St.-A. Rep. 24 b 18 b Fasc. 5.

[2]) Dieser in der Kriegsgeschichte so beliebte Vergleich findet sich in einem Schreiben Burgsdorffs vom 10./20. Juli 1638 und wird speziell von den neu geworbenen Regimentern gebraucht, wogegen die alten Regimenter

Burgsdorff rückte am 31. Juli 1638 ins Feld, indem er dem Grafen Gallas drei Regimenter Fußvolk, sein eigenes, das Alt-Krachtsche und das Rochowsche zuführte.[1]) Er hoffte auf große Thaten. „So stark auch der Feind sein mag," schreibt er, „traut man doch Ew. Churfürstl. Durchl. gerechten Sache", jeder werde seine Pflicht thun, er vor allem, wie er versichert.[2]) Sehr bald tritt aber in seinen Briefen an Stelle der Hoffnungsfreudigkeit der wohlbekannte Ton des Klagens und Jammerns, der seiner Feder in den letzten Jahren so geläufig geworden war.

---

mit besserem Nutzen dem Feind entgegengesetzt werden könnten. G. St.-A. a. a. O. Daß ein Unterschied zwischen den alten und den neuen Truppen bestand, werden wir weiter unten auch bei der Schilderung der 8 alten und der 4 neuen Kompagnien des Burgsdorffschen Regiments sehen. Es liegt auf der Hand, daß die alten Regimenter, soweit sie auch vom Begriff einer alten Garde entfernt sein mochten, doch ein kriegstüchtigeres und besser disziplinierte̶s Material an Offizieren und Soldaten hatten.

[1]) Nach einem Schreiben Burgsdorffs an Klitzing, d. Berlin 20./30. Juli 1638 (G. St.-A. Rep. 24 V), war es das Alt-, also Hildebrand und nicht Dietrich von Krachtsche, wie Mörner S. 231 angiebt.

[2]) Burgsdorff an den Kurfürsten, d. Im Feldlager vor Strelitz 8. (18.) August 1638, G. St.-A. Rep. 24 E 3 Fasc. 2. Der Hauptinhalt der Briefes betrifft einen Pferdehandel. Da er der einzige mir bekannte „Privatbrief" Burgsdorffs an Georg Wilhelm und für den zwischen beiden Freunden herrschenden Ton sowie für die Charakteristik Burgsdorffs nicht ohne Interesse ist, mag er hier als Gegenstück zu dem oben S. 60 abgedruckten Handbillet des Kurfürsten wörtlich, nur mit verbesserter Orthographie, Platz finden: „E. C. D. geruhen gnädigst sich zurückzuerinnern, was zu Badingen zwischen mir und dem Grafen zu Rittberg wegen des englischen Stütchens beim Trunk vorgangen. Zwar haben Dieselbe gleichsam interveniendo gedacht, daß ich solch Stütchen wegen Ihres noch daran habenden Interesse nicht vertauschen möchte, aber doch endlich darin konsentieret mit dem Anhange, daß vorbemelter Herr Graf E. C. D. mit einem guten Stuthengst willfahren wollte, dahingegen Sie ihm ein Paar guter preußischer Fohlen dermaleinst zu geben versprochen. Ich habe solche des Herrn Grafen Zusage beim Trunk observieret und bei ihm mit Dransetzung ein paar guter Räusche dies Werk also poussieret, daß er denselbigen Hengst, welchen er, als E. C. D. die Kriegsvölker bei Badingen besehen, geritten, mir gestern zugeschickt, und wird E. C. D. denselbigen mein ab-

„Zu beklagen ist," so heißt es in einem Schreiben vom Herbst 1638, „daß die Armeen aus Mangel an Brot so jämmerlich teils zergehen, teils vom Feinde, wenn sie nach dem Obst aus großer Hungersnot ausgelaufen, niedergemacht werden müssen, teils sind gefangen, teils gestorben und teils

---

geschickter Musterschreiber präsentieren, Derselben anheimstellend, ob Sie deshalb am (!) Grafen schreiben, sich davor bedanken und der zwei Fohlen halber Wiederholung thun wollen.

Bei diesem allen aber bin ich am übelsten dran, indem ich das Stückchen verlassen müssen, und ob wohl E. C. D. mir aus Gnaden das Bräunichen wieder zugewandt, ist doch dasselbe der beste Bruder nicht, indem ich mit demselbigen schon ein paar Mal auf dem Kopf gestanden, überdies will es auch ihm wegen vielfältigen Travaillierens zu schwer fallen.

Hätte derwegen in Unterthänigkeit zu bitten, daß E. C. D. Ihrem Diener etwa mit einem andern Klepper als dem preußischen Mausfohlen, so nicht groß geachtet wird, aushelfen und durch den Musterschreiber überschicken lassen wollten".

Dann folgen einige Notizen über die Kriegslage, besonders Nachrichten über die Verstärkungen der Schweden in Pommern mit dem bezeichnenden Schluß: „Wiewohl ich E. C. D. dieses und dergleichen auf beglaubter Leute Zuschreiben unterthänigst advertieret, haben doch Dieselbe zuweilen mich gleichsam darum gestraft und ungnädig angesehen". Das ist die erste Andeutung in einem Burgsdorffschen Briefe über seinen Streit mit Schwarzenberg.

Der oben im Text gegebenen Versicherung fügt Burgsdorff sodann folgende Nachschrift bei:

„Ich habe vor den Hengst 20 Rth. Zaumgeld geben und stelle es zu E. C. D. Belieben, ob Sie solche dem Musterschreiber wieder zustellen lassen wollen, und weil ich wegen solchen Hengstes auch um meinen Wein kommen, welchen ich mit dem Grafen von Rittberg ausgesoffen, ehe ich denselben losbekommen, so bitte ich unterthänigst, E. C. D. geruhen gnädigst, mich hinwiederum mit ein paar Eimer von Dero Mundwein oder, da es derselbe nicht wäre, nur von demselbigen, so ich zuletzt bekommen, in Gnaden zu bedenken, in welchem ich mit dem Herrn Grafen bei Überreichung des Schreibens, so Sie an ihn thun werden, E. C. D. Gesundheit trinken will".

Bescheidenheit spricht gerade nicht aus diesen Zeilen, beim Pferdehandel freilich wohl zu allen Zeiten ein selten Kraut. Der Kurfürst sagte Burgsdorff übrigens die 20 Thlr. Zaumgeld und den Klepper zu, während die Bitte um Wein mit Stillschweigen übergangen wird.

mit Schelmen entlaufen, welchem allem doch mit guter Anstalt hätte vorgebeugt werden können. Die kaiserlichen Regimenter zu Roß, so teils Standarten haben, sind teils nur noch an 50, 60 Pferden und die zu Fuß eins oder drei meinem gleich, aber an Stärke nicht überlegen, die anderen sind ziemlich schwach, und ebenmäßige Beschaffenheit hat's auch mit den Kürassieren, dieselben sind gleichfalls nicht mehr in solchem Zustand, als sie E. C. D. letztmals gesehen. Die sächsischen Regimenter zu Roß, welche in 3000 Pferde anfangs gewesen, sind itzo nicht stärker denn nur 500 Pferde, wie der Oberst Hans von Rochow mir berichtet und es der Augenschein weiset. Die sächsischen Regimenter zu Fuß sind in allem 400 Mann stark. Ich habe aber die Hoffnung, da nur der Brotmangel in etwas remediret werden könnte, daß den Armeen bald wiederum zu helfen und viele Knechte, so sich verlaufen, dazu finden sollten...... Vielleicht dürfte es noch vor Beziehung der Winterquartiere etwas setzen, dazu Gott Glück gebe, daß der Sieg auf unsere Seite fallen und dadurch der Hochmut der Völker, so gern kriegen, gebrochen werden möge."[1])

Schon vorher hatte er dringend um Geld gebeten, er habe keine 10 Thaler mehr in der Tasche und müsse, wenn ihm seine Kontributionsreste nicht ausbezahlt würden, „sich hochdringend und ganz wider seinen Willen aus dem Felde begeben".[2]) Er hielt sich übrigens nicht ständig bei seinem Regiment auf, sondern kehrte häufig nach Berlin oder Spandau zurück und wurde Ende Oktober durch seine alte Krankheit, „großes Reißen im Haupt und treffliche Schmerzen im Halse", verhindert, sein Regiment aufzusuchen.[3])

---

[1]) Undatiertes Postskriptum zu einem Briefe, wahrscheinlich dem oben erwähnten vom 18. August oder jedenfalls bald danach. G. St.-A. Rep. 24 E 3 Fasc. 2.

[2]) Burgsdorff an Schwarzenberg, d. Im Felde für Malchin 7. (17.) September 1638, G. St.-A. Rep. 24 M b Fasc. 4.

[3]) Burgsdorff an Schwarzenberg, d. Berlin 18. (28.) Oktober 1638. G. St.-A. Rep. 24 V.

Der offenbare Mißerfolg der Werbungen veranlaßte Schwarzenberg, schon im August 1638 eine starke Reduktion der Truppen einzuleiten, die sich wegen der Schwierigkeit der Auslöhnung bis gegen das Ende des Jahres hinzog.[1]) Auch Burgsdorffs Regiment zu Fuß wurde von ihr betroffen. Es war 1637, wie erwähnt, von 8 auf 12 Kompagnien, seine alte, normale Stärke vermehrt worden; nun im Dezember 1638 wurden diese 12 schwachen Kompagnien in 6 von je 150 Mann zusammengezogen. Die Reduktion betraf nur die Zahl der Kompagnien und deren Stäbe, denn die 12 Kompagnien zählten damals nur 908 Kombattanten, die zur Stelle waren, also gerade die vorgeschriebene Zahl für die 6 vollzähligen Kompagnien.

Inzwischen war der Konflikt zwischen Schwarzenberg und Burgsdorff mit aller Schärfe ausgebrochen. Er bildet einerseits nur einen Teil des Kampfes, den Schwarzenberg gegen alle brandenburgischen Obersten durchzufechten hatte, trägt daneben aber einen besonders gehässigen, persönlichen Charakter.

Schwarzenbergs Lage war eine sehr peinliche. Nach der Flucht des Kurfürsten aus der Mark im August 1638 vertrat er den Ständen und den Offizieren gegenüber die Autorität des Landesherrn, sollte er bei den Kaiserlichen und den Sachsen das Interesse des Landes wahren, alles Aufgaben, die ihn fortwährend zwischen zwei Feuer brachten. Die Stände jammerten über zu hohe Forderungen, Stadt und Land klagte über Einquartierung, Exekutionen und Ausschreitungen der Soldateska, die Obersten erblickten in ihm nur den Vertreter der Zivilgewalt, der den Daumen auf dem Beutel hielt, Gallas ließ sich die Hilfe der Brandenburger wohl gefallen, führte aber den Krieg, wie er es für gut hielt, kurz Schwierigkeiten von allen Seiten und ohne Ende. Als dann das große Unternehmen der Werbungen so kläglich fast noch im Auslaufhafen zum Scheitern kam, da begann die allgemeine Suche nach

[1]) Mörner S. 225, Jany S. 77 ff.

einem Sündenbock, dem man die Schuld aufbürden könne, und Schwarzenberg schien in seiner exponierten Stellung vortrefflich dazu geeignet. Er selbst schreibt einmal ganz offen, er könne es Gallas, Klitzing und den beiden Burgsdorffs gar nicht verdenken, daß sie ihn übel beurteilten und als eine giftige Pest haßten, an Gallas Stelle würde er noch ärger reden und schreiben, denn wenn einer hängen sollte, sähe ein jeder lieber, sein Nachbar ginge zum Galgen als er selber.[1]

Schwarzenberg hielt seinerseits aber auch mit Vorwürfen nicht zurück. Er beschuldigte Klitzing und die brandenburgischen Regimentsinhaber vor allem des Geizes und des Betrugs mit den Werbegeldern, d. h. er warf ihnen vor, daß sie sich weit mehr Gelder geben ließen, als sie vertragsmäßig dafür Mannschaften stellten.[2] Er führt als Beweis dafür Ziffern an, die allerdings „diese geizigen und ungerechten Leute confundiren und schamrot machen müssen“. Waldow habe 1200 Mann versprochen und kaum 100 geliefert, Klitzings Regiment solle 2000 Mann zu Fuß und 600 Dragoner zählen, thatsächlich aber im ganzen nur 400 Kombattanten umfassen, „der Oberste Kurt Borgsdorff soll 2400 stark sein, hat er im Felde 600, so mag es auch wohl nicht mehr sein, allhie hat er in dieser Stadt und Festung [Spandau] dem Ausgeben nach 120 an jungen und schlechten Leuten, ich halte aber, es sind nicht über 90 und so gehet es mit allen“.

Eine Kontrolle dieser Zahlen ließe sich nur mittels der genauen Anweisungen, Abrechnungen und Musterrollen bewerkstelligen. Da diese aber nur bruchstückweise vorhanden sind, ist es schwer, die Wahrheit der Schwarzenbergschen Behauptungen zu prüfen. Wo eine solche Prüfung im Einzelfall möglich ist, ergiebt sich, daß er stark übertreibt. Waldow hat z. B. nach Mörners Zeugnis im Juni 1638 in Krossen 447 Mann zur Musterung gestellt, während er sich fast auf das Doppelte hatte verpflegen lassen. Klitzings Regiment zählte im April

[1]) Mörner S. 221.

[2]) Für das nächste vgl. Mörner S. 211 ff.

1638 5 Kompagnien Fußvolk von 689 Mann, 2 Kompagnien Dragoner von 260 Mann, zusammen also 949 Mann, die im Juni auf 800 Mann zu Fuß und 170 Dragoner angewachsen waren. Nach Schwarzenberg soll es dann im August keine 400, im Oktober keine 80 Mann mehr stark gewesen sein. Die Stärke des Burgsdorffschen Regiments im Dezember! 1638 ist oben schon angegeben worden, auch diese Zahl übersteigt die Schwarzenbergschen Angaben vom August, während gerade in diesen Monaten eher eine Verminderung als eine Vermehrung anzunehmen ist.

Sofort beim ersten Punkt der Schwarzenbergschen Anklagen ist also eine parteiische Färbung seiner Berichte festzustellen. Sie übertreiben, aber — eben nur Übertreibung und nicht Fälschung wird man ihnen vorzuwerfen haben. Denn daß die Obersten durchschnittlich als echte Söhne ihrer rauhen Zeit mit der Disziplin und dem Rechnungswesen auf gespanntem Fuße standen, ist zweifellos und verschiedentlich ziffernmäßig und anderweitig nachweisbar.

Auch Konrad von Burgsdorff wird kein Engel gewesen sein und völlig reine Hände behalten haben. Er scheint aber nicht der schlimmste unter seinen Genossen gewesen zu sein, wie ihn Schwarzenberg schildert, sondern zu den besseren gehört zu haben. Bei der Reduktion erwies sich sein Regiment, wie oben schon erwähnt, als ein für die damaligen Verhältnisse ungewöhnlich starkes, und die Abmusterungskommissare stellten ihm das Zeugnis aus: „Das Volk an ihm selber betreffend müssen wir bekennen, daß die gewesene 8 alte Kompagnien wackere Kerle von Ansehen gewesen, sowohl von Offizieren als gemeinen Soldaten, aber zum Teil ziemlich übel bekleidet, die Spandauischen 4 Kompagnien sind viele junge Leute darunter gewesen und sehr nackend." Burgsdorff fügt erläuternd hinzu, wenn alte Regimenter reduziert würden, strichen stets viele Knechte davon, hätte das Regiment noch vier Wochen in Berlin oder Spandau gelegen, so würde er sicher 900 alte Knechte wieder zusammengebracht haben, jetzt,

wo das reduzierte Regiment zur Besatzung von Küstrin bestimmt sei, würden viele Soldaten, die sich verkrochen hätten, nicht wieder kommen, da sie sich nicht gern in geschlossene Örter bringen ließen. Als der Hauptmann einer der 4 jungen Kompagnien vor der Auflösung seine Leute fragte, ob sie nicht ihre Löhnung bis auf diejenige, die er selber nicht erhalten hätte, richtig bekommen hätten, stellten ihm mehrere ein gutes Zeugnis aus.[1]) Da die Abrechnungen über die an Burgsdorff ausgezahlten Werbegelder nicht mehr vorliegen, läßt sich Schuld oder Unschuld bei ihrer Verwendung nicht mehr nach Pfund und Lot abwiegen. Es dürfte verkehrt sein, ihn ganz weiß waschen zu wollen, aber vieles, was ihm vorgeworfen wird, fällt den Verhältnissen zur Last, denen gegenüber er machtlos war. Ein vollzähliges Regiment anzuwerben, wäre vielleicht möglich, allerdings eine ausnahmsweise Glanzleistung gewesen, es vollzählig zu erhalten, gegen Desertionen zu schützen oder die durch Desertionen und andere Abgänge entstehenden Lücken sofort wieder auszufüllen, das war, wie die Dinge damals lagen, eine geradezu unerfüllbare Forderung.

Ähnlich verhält es sich mit einem weiteren Vorwurf, den Schwarzenberg den Obersten und ganz besonders Konrad von Burgsdorff macht. Anstatt gegen den Feind zu marschieren oder ihm möglichst Abbruch zu thun, tadelt er, blieben die Regimenter in den Quartieren und ließen sich von den unglücklichen Einwohnern ernähren, kleine Abteilungen würden zu Convois und Salvegarden verwandt, durchzögen zwecklos das Land und verübten die ärgsten Greuel und Ausschreitungen. Eines besonders schlechten Rufes in dieser Beziehung erfreue sich das Reiterregiment Konrad von Burgsdorffs. Seit etlichen Jahren, schreibt Schwarzenberg am 10. Januar 1639, liefen Klagen über die Burgsdorffschen Reiter wegen verübter,

[1]) Bericht der Musterungskommissare, des Kriegsrates Christoph von Lindt und des Kammerjunkers Otto von der Marwitz an Schwarzenberg, d. Berlin 4. (14.) Dezember 1638, G. St.-A. Rep. 24 V. Burgsdorff an den Kurfürsten, d. Küstrin 10. (20.) Dezember 1638, G. St.-A. Rep. 21, 27 h 2.

unzählbarer Violenzen, Plünderungen, Beraubungen und Beschädigungen in hiesigen Landen ein; obwohl Burgsdorff schon verschiedene Male befohlen sei, sein Reiterregiment, das seit dem Prager Frieden in kaiserlichen Diensten stand, aufzugeben, trieben sich Angehörige desselben noch in fast allen Kreisen der Mark umher und setzten die Gewaltthätigkeiten fort; käme ihr Oberst dem gnädigen und zugleich ernstlichen Befehl des Kurfürsten nicht nach, so werde er persönlich für alle Schäden verantwortlich und ersatzpflichtig gemacht werden.[1])

Auch diese Vorwürfe werden sicherlich sehr viel Wahres enthalten. So weit sie sich auf das lange Stilliegen der Regimenter im Lande beziehen, war der Oberkommandierende Graf Gallas ihre richtige Adresse, auf eigene Faust konnten die einzelnen Obersten doch nichts unternehmen. Im übrigen bezeugen sie nur, wie stark die Disziplinlosigkeit allenthalben eingerissen war, eine Thatsache, die uns ja keineswegs neu und unverständlich ist. Ob sie in Burgsdorffs Regimentern schlimmer als sonstwo war, ist der einseitigen Anklage nicht ohne weiteres zu glauben. Schwarzenberg verfolgte bei dem eben erwähnten Reskript offenbar den Zweck, einen Druck auf Burgsdorff auszuüben, um ihn zum Niederlegen des Kommandos über sein kaiserliches Reiterregiment zu veranlassen, und dürfte seine Worte deshalb nicht auf die Goldwage gelegt haben. Burgsdorff selbst versprach strenge Bestrafung aller ihm gemeldeten Ungehörigkeiten und meinte auch einmal gelegentlich, „daß öfters unter dem Namen der Alt-Burgsdorffischen etwas verübet wird, was sich hernach weit anders, wie man bereits erfahren, ausgewiesen“.

Während die bisher behandelten Vorwürfe Schwarzenbergs Burgsdorff nur als ein räudiges Schaf unter vielen anderen erscheinen lassen, kommen wir nunmehr zu einer Reihe anderer, die sich speziell gegen seine Person und seinen Charakter richten. Nach Form und Inhalt gehen sie über die

[1]) Reskript an Burgsdorff, d. Berlin 31. Dezember 1638 (10. Januar 1639), G. St.-A. Rep. 24 V. Vgl. dazu Mörner a. a. O.

erste Kategorie weit hinaus. Ein giftiger Haß sprüht uns aus ihnen entgegen, mit den schwärzesten Farben wird Burgsdorff geschildert. Eine kleine Blütenlese der kräftigsten Ausdrücke in dem Schwarzenbergschen Briefwechsel möge diesen Satz illustrieren.

„Gnädigster Herr“, so schreibt er am 18. September 1638 dem Kurfürsten[1]), „es ist der Blumenthal aus dem Lager hieher gekommen, der berichtet mich viel böser Sachen von vielen, insonderheit von dem Obristen Kurt Borgsdorffen. In genere sagt er und schwört hoch darauf, daß er nimmermehr hätte glauben können, daß so eine Falschheit und Bosheit, ja so ein giftiges und undankbares Herz in einem Manne sollte gefunden sein als in dem von Borgsdorff. Er hätte es vor diesem nimmermehr können glauben, wenn es ihm von vielen gleich wäre gesagt worden, nun aber hätte er es recht gesehen und gehört, daß Borgsdorff sich vom Grunde seines Herzens erfreuete, wenn es übel zuginge, und daß er sich recht betrübete, wenn es wohl zuginge, daß er immerfort und fort E. C. D. Actiones carpire und von allen Sachen verächtlich rede und das ungescheuet und öffentlich; vielleicht (vermeint Blumenthal) wolle er dadurch zu verstehen geben, wann er Geheimer Rat wäre und das Directorium hätte, so sollte alles besser daher gehen. Er soll auch immerfort und fort klagen und fulminiren, daß er ein Bettler sei, daß er nichts bekomme, daß er und alle Kavaliere und Kriegsoffiziere tractiert werden wie die Bärenhäuter, daß es eine Schande, daß sie es litten, insonderheit, da man wisse, daß keiner als der Herrenmeister hieran Schuld habe, der gönne keinem nichts, darum solle man recht ums Kraut reden, so solle es wohl besser werden; befleißigt sich also durch allerlei Wege, Jedermann widerwillig zu machen, daß kein einziger content bleiben soll, gebe vor, er wisse, daß allhie in der Kriegskasse lägen 30000 Thaler baar, da solle man doch judicieren, was bei Hofe vor Affection gegen ehrliche

---

[1]) Mörner S. 231.

Kavaliere getragen werde, die ihr Leib und Leben wagen sollen und denen man nichts geben, sondern bloß mit Undank belohnen wolle, ein Hundsfott möchte also dienen und kein ehrlicher Kavalier ..... Blumenthal berichtet auch, daß er vernehme und klar spüre, daß Burgsdorff zum höchsten darauf hoffe, daß man mit den Schweden Frieden machen und ihnen einen guten Teil von Pommern geben werde und das zu dem Ende, daß er und andere hernach bei dem Kurerben alle Consilia carpiren und die, so bei C. C. D. aufgewartet, in Ungnade und Verdacht bringen könne, als ob er und andere bessere Consilia gegeben hätten. Er stelle Nativitäten allen und sage zu Jedermann, auch zu Blumenthal selber, er müsse dran, Klitzing und alle müßten dran, das ist, sie müßten in Ungnade kommen, mit Schimpf und Spott kassiert werden. Wenn einer fragt, warum denn, schwört er hohe Eide, er wisse es, er habe es guten Grund. Stellmachern [seinem Sekretär] gebe er noch ein Jahr Zeit, dann habe er ihm auch die Nativität gemacht, daß er fort müsse. Also ist der Mann unruhig und alle Leute bearbeitet er, sich unruhig zu machen, welches nicht gut, ihm auch selber nicht rühmlich ist".

Drei Tage später schreibt Schwarzenberg u. a.[1]): „Blumenthal sagt mir, er Kurt Borgsdorff und Klitzing adressieren sich sehr beim Gallassen und hoffen hoch beim Kaiser avancirt zu werden, vermeinen auch, der Kaiser solle einem jeden eine große Geldsumme verehren. Gallas soll ihnen auch per Curialia oder complimentweise Zusage gethan und ihnen allemal gute Worte gegeben haben, aber kurz vor des von Blumenthal Abreisen aus dem Lager habe Gallas stark getrunken und habe zu Blumenthal gesagt, „das ist das Kind des Verderbens" und habe auf Kurt Borgsdorffen gewiesen, als wollte er sagen, das ist der, welcher bei Euch alles verdirbt, der alles schwer machet behinder und in Euer Volk allen Widerwillen einbringet. Ehrenreich von Burgsdorff gestehet auch den Punkt, daß sein

[1]) Mörner S. 233.

Bruder sustinirt und ausruft, E. C. D. könnten kein Regiment reducieren oder keinen Obersten cassiren ohne ein Erkenntnis eines unparteiischen, kaiserlichen Kriegsrechtens. Er sagt, er habe dagegen gestritten, was er gekonnt, aber sein Bruder wolle Recht haben. Es seien gewiß hohe und leibesstrafbare Sachen, die alle aus einer rechten malitia herkommen, denn sonsten wäre ihm dieses alles nicht von Nöten, er könnte wohl in seiner Profession bleiben und dieser böser Händel müßig gehen."

Anfangs November 1638 wirft Schwarzenberg ihm vor, er sei nie im Felde zu finden, wenn Occasiones vorgehen, sondern treibe sich unter nichtigen Vorwänden in Berlin oder auf Reisen herum, „als nun er oft oder viele Tage in Berlin wohl lustig und guter Dinge gewesen und die Gewißheit einkommt, daß Gallas am vergangenen Donnerstag aufgebrochen und gegen den Feind zu gezogen ist, da verbindet er sein Haupt mit Tüchern und giebt vor, er sei krank, wie die faulen Schüler, die nicht gern studieren. Also will er wohl viele Chargen und große Profiten haben, aber er will in Zeit der Not nicht gern dabei sein oder Dienste thun".[1])

Kurz darauf heißt es, beide Burgsdorffs seien wieder aus dem Lager nach Berlin gekommen, obwohl sie viel besser gethan hätten, dort zu bleiben, „denn des ältesten Krankheit wäre nichts, er hat den Vormittag gelegen und den Nachmittag wie ein Bürstenbinder gesoffen".

Sehr scharf lautet auch das Urteil Schwarzenbergs über Burgsdorff in einem Schreiben an Balthasar von Brunn vom 23. November 1638: „Er klagt über Armut und daß er sich des Regiments halber in Schulden gestecket, also legt er alle Zeit den Essig bei den Honig. Zum Schein danket er, in effectu aber klaget er und das wird nimmermehr aufhören, ob er gleich 20 Regimenter und 40 Gouvernements bekäme. Lieber Gott, es ist Wunder, daß in einem ehrbaren Manne

[1]) Mörner S. 234.

solche Vergessenheit oder Unverschämtheit kann gefunden und solche Kühnheit geschrieben und gebraucht werden. . . . Er wird sich ändern wie ein junger Wolf zu mehrerem S. C. D. Widerwillen." [1])

Diese Sätze lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Nach der Schilderung Schwarzenbergs erscheint Burgsdorff wie ein Mann, der voller Falschheit und Bosheit, ewig mit dem Seinen unzufrieden ist, sich unbefugt in alle möglichen Dinge einmischt, sich persönlich feige vor jeder Gefahr drückt, die brandenburgischen Offiziere gegen den Kurfürsten aufhetzt, sich beim Kaiser lieb Kind zu machen sucht, hofft, in kaiserliche Dienste zu treten oder den Oberbefehl über die Brandenburger an Klitzings Stelle zu erhalten, im geheimen aber auch mit den Schweden liebäugelt, Offizieren und Soldaten durch seine furchtsamen Reden Angst vor ihnen einflößt, mit dem Kurerben unter einer Decke steckt und ihn gegen Schwarzenberg aufwiegelt, der mit einem Wort „das Kind des Verderbens" ist, das alles zu Grunde richtet.

Burgsdorffs Antworten auf diese Verdächtigungen sind im allgemeinen in einem viel zahmeren Ton als die Anklagen gehalten. Besonders von Schwarzenberg spricht er stets respektvoll. War dieser für ihn doch nicht nur der hochstehende und hochvermögende Herr Graf und Statthalter, sondern auch sein Vorgesetzter und Herrenmeister, dem er, der einfache Oberst und Komtur, auch als Gegner sich immer untergeben fühlt. Er stellt ihn, wenigstens dem Kurfürsten gegenüber, nie direkt als seinen Verleumder dar, sondern beklagt sich nur, daß er fremden Verleumdungen so leicht sein Ohr leihe. Charakteristisch für seine Verteidigung ist namentlich eine eigenhändige Nachschrift zu einem Schreiben an den Kurfürsten vom 23. Oktober 1638, also gerade aus den Tagen, in denen Schwarzenberg seine giftigsten Pfeile gegen ihn abschoß. „Ich bitte unter-

[1]) Mörner S. 235, die dort nicht abgedruckten Stellen nach dem eigenhändigen Original, G. St.-A. Rep. 24 V.

thänigst," heißt es darin,[1]) „ja um Gottes willen, Sie wollen Ihre gnädigste Hand von Ihrem treuen Diener nicht abziehen noch gegen denselben sich zu Ungnaden bewegen lassen, weniger als Sie mir vor diesem öfters versprochen, mich ungehöret nicht zu condemniren. Ist böses in meinem Herzen, oder daß ich das geringste wider E. C. D. oder Dero Hoheit nur im Sinne genommen und es kann mir mit einem ehrlichen Menschen bewiesen werden, so will ich leiden, daß ich, als einem Meineidigen gebührt, aller Welt zum Abscheu gestraft werde. Wenn aber dieses nimmermehr wider mich wird erwiesen werden können, zumal da man mich nicht einmal meine Delatores benennen und also wider diejenigen mich zur Defension verstatten will, welches doch sonsten den allerböseſten Übelthätern die Rechte zuerkennen, so haben daraus E. C. D. vielmehr meine Innocenz und daß mir's aus arglistiger Verläumdung zugezogen werden will zu verspüren. Ich tröste mich mit meinem guten Gewissen, habe E. C. D. stets mit treuem Herzen gedient und werde Ihr auch bis in meine sterbliche Grube getreu verbleiben und alle die Meinigen dazu anreizen. Ich bitte nochmals, mich ungehört nicht zu richten und nicht zuzugeben, daß ich geschimpft werde. Es finden sich böse Leute, die Ihrer Hochwürden und Grafen dem Herrenmeister gleichfalls ein und andere böse Imagination von mir vorbringen. E. C. D. werden mir aber das Zeugnis geben, daß ich gegen Ihre Person niemals anders als honorifice gedacht, daher praesumire ich, daß die Verleumder dadurch sich vermeinen groß zu machen und mir gedenken in Unglück zu bringen, dazu sie aber mit Recht, ob Gott will, es nimmermehr werden treiben können".

Ein andermal reißt ihm freilich der Faden der Geduld. Auf das Gerücht einer falschen Beschuldigung sprudeln ihm die Worte aus der Feder: „welche stinkende, fette, dicke, wohlgemästete Lügen ich auch diejenige so tief in ihrem Halse wieder

[1]) G. St.-A. Rep. 24 V.

hineingeschoben haben will, als sie selbige gegen E. C. D. wider mich ausgeschüttet." [1])

Seine Verteidigung war naturgemäß schwierig, da er keiner offenen Anklage gegenüberstand, sondern die gegen ihn gerichteten Angriffe höchstens vom Hörensagen erfuhr oder nur ganz allgemein aus den ihm zukommenden kurfürstlichen und Schwarzenbergschen Reskripten ersehen konnte. So erklärt es sich, daß wir nur eine einzige Antwort von ihm besitzen, die sich auf einen speziellen Vorwurf bezieht. Als er Kommandant von Küstrin geworden war und auf die Schwierigkeiten der Verteidigung des mangelhaft ausgerüsteten Platzes hinwies, schrieb ihm Schwarzenberg: „Was Euere Bedingung wegen Küstrin und daß Ihr Euch nicht getrauet, selbigen Ort vor ankommender Feindesgewalt nebst den Eurigen zu schützen und dasselbe in Zeiten von Euch sagen wolltet, belanget, da können uns diese Euere Discurse nicht anders als sehr fremd und Euerer Profession und habender Kriegscharge ganz ungleich vorkommen und dasselbe so viel mehr, weil wir wissen, daß von langer Zeit her Euere meiste Rede nur von des Feindes großer Macht und glücklicher Progression, auch wie derselbe in ganz weniger Zeit Spandau, Landsberg, Driesen, itzo aber auch Küstrin gewinnen würde, gewesen, hingegen uns aber nicht erinnern können, daß Ihr jemalen Anschläge gethan, wie dieser oder jener Ort dem Feinde abzugewinnen oder nur vor des Feindes Gewalt zu manuteniren stünde, wodurch die Einwohner furchtsam geworden sind." [2])

Auf diesen Vorwurf der Verzagtheit, Einschüchterung und Schwedenfreundlichkeit, den Schwarzenberg auch an anderen Stellen mehrfach vorbrachte, antwortete Burgsdorff, er habe wohl gesagt, daß die Schweden die märkischen Festungen leicht nehmen könnten, wenn sie mit ihrer ganzen Macht vorrückten, „jedoch sind solche meine Discurse nicht ratione affectionis

[1]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 24. Mai (3. Juni) 1639, G. St.-A. Rep. 24 L Fasc. 15.

[2]) Reskript, d. Spandau 4. (14.) Dezember 1638. G. St.-A. Rep. 24 V.

gegen die Schweden geschehen, sondern dieselbe ist dermaßen bei mir gegen sie beschaffen, daß, wo mir's möglich, dieselben alle in einem Augenblick zu vertilgen, ich gewiß nicht eine halbe Stunde dazu nehmen wollte". Seine Bemerkungen über den schlechten Zustand Küstrins habe er nur seiner Pflicht als Kommandant gemäß gemacht und wiederhole sie hiermit, man solle ihn deshalb nicht verdächtigen, er wäre kein Vaterlandsverräter und Aufwiegler, wie seine Verleumder und Feinde vorgäben, sondern ein treuer Diener seines Vaterlandes und seines kurfürstlichen Herrn.[1])

Schwarzenbergs Anklagen verfolgten einen sehr bestimmten Zweck. Am liebsten hätte er gesehen, wenn Burgsdorff seine beiden Regimenter ganz aufgegeben hätte und völlig beiseite geschoben worden wäre. „Er ist in seiner Ambition also versoffen", schreibt er am 18. September 1638, „daß er nimmermehr Ruhe haben oder gutes thun wird, bis er sich im Privatleben befindet und siehet, daß er nicht ferner kommen kann.... So lange als er das Regiment hat, so lange hat er Materie zu negotiiren und sich in alle Händel zu mischen."[2]) Eine Entfernung Burgdorffs aus allen seinen Ämtern mochte ihm aber vor der Hand nicht durchführbar erscheinen. Er beantragte deshalb beim Kurfürsten in demselben Brief, ihm seine beiden Regimenter bis auf zwei Kompagnien Fußvolk zu nehmen und ihm die Kommandantur in Küstrin zu übertragen, die durch den Tod Hildebrand von Krachts seit dem 29. August offen stand und Burgsdorff, wie es scheint, schon früher versprochen war.[3]) Georg Wilhelm ging auf den Antrag ein und gleich hier, wo er zum erstenmal Stellung zu dem Kampf

[1]) Burgsdorff an den Kurfürsten, d. Küstrin 10. (20.) Dezember 1638, G. St.-A. Rep. 21, 27 h 2.

[2]) Schwarzenberg an den Kurfürsten, 8. (18.) September 1638. G. St.-A. Rep. 24 V. Ein Teil dieses wichtigen Briefes ist bei Mörner S. 231/2 abgedruckt und auch von uns schon oben mitgeteilt.

[3]) Das behauptet wenigstens Burgsdorff in seinem Schreiben vom 13. (23.) Oktober 1638, in dem er sich beim Kurfürsten für die Übertragung der Kommandantur bedankt. G. St.-A. Rep. 24 V.

zwischen den beiden Günstlingen nimmt, ist dieselbe charakteristisch und typisch für die Folgezeit. Er hätte nie vermutet, so lautet das kurfürstliche Reskript an Schwarzenberg,[1]) daß Burgsdorff, dem er von Jugend auf so mannigfaltige und hohe Gnade erwiesen, ihn dergestalt mit Undank lohnen würde. Er könne seinem Treiben und Reden aber nicht länger mehr zusehen und müsse endlich einmal Ernst brauchen. Deshalb habe er, um von seiner unruhigen Person endlich mit Manier abzukommen, es fürs beste erachtet, ihm in Erwägung dessen, daß er sehr ambitiös sei, seine beiden Regimenter zu nehmen und ihm nur zwei Kompagnien nebst dem nötigen Volk zur Besetzung von Küstrin zu lassen und ihm dessen Kommando aufzutragen. „Weil er Unser alter Diener, wollen Wir ihn nicht gänzlich verstoßen, sondern Uns hinfür eines besseren von ihm versehen", alles weitere Reden, Klagen, Quärulieren u. s. w. soll ihm aber verboten werden, ebenso das Reisen nach Preußen, er soll für Küstrin verantwortlich gemacht werden und dort ruhig bleiben.

In der Hauptsache ist dieses Reskript also nur ein Echo des Schwarzenbergschen Berichts. Der Kurfürst schenkt den Anklagen gegen Burgsdorff Glauben, aber — er läßt ihn nicht ganz fallen. Er hat für den alten Jugendfreund offenbar noch ein Kämmerchen seines Herzens offen. Daraus hat ihn Schwarzenberg nicht vertreiben können, und so vermochte er ihm, um das hier schon vorweg zu nehmen, zwar manche Demütigung, aber keine vollständige Niederlage beizubringen.

Sofort die erste Maßregel gegen Burgsdorff erfuhr hinterher noch eine bedeutende Milderung. Nach einigem Hin- und Herschreiben und einer Verteidigung Burgsdorffs gegen die ihm gemachten Vorwürfe wurde die Reduktion seines Regiments zu Fuß, wie oben schon erwähnt, statt auf zwei auf sechs Kompagnien verfügt und ihm sein kaiserliches Reiterregiment vorläufig für den Winter gelassen, damit er während

[1]) D. Tilsit 30. September / 10. Oktober 1638, G. St.-A. Rep. 24 V.

der Winterquartiere noch den pekuniären Nutzen von ihm habe. Dagegen setzte Schwarzenberg durch, daß seinem Regiment zu Fuß der Name Leibregiment, den der Kurfürst vorschlug, nicht bewilligt wurde, angeblich, weil er sich für ein Garnisonregiment nicht schicke, thatsächlich, um die seinem Inhaber gereichte Pille nicht zu versüßen.[1])

Burgsdorff nahm das alles schweigend hin, obwohl er im stillen seine Glossen darüber machen mochte und hinter allem die Feindschaft Schwarzenbergs und dessen Bemühungen um seine Zurücksetzung witterte.[2]) Nach Durchführung der Reduktion trat er Ende Dezember 1638 seinen Kommandantenposten in Küstrin an.[3]) Sehr bald wurde ihm klar, daß er

[1]) Ähnlich verfuhr Schwarzenberg in einem andern Falle, wo er ebenfalls eine kurfürstliche Weisung zu Ungunsten Burgsdorffs verschärfte. Burgsdorff hatte erklärt, auf eine besondere Besoldung als Gouverneur von Küstrin, wie sie Kracht erhalten hatte, zu verzichten, wenn ihm der Stab seines Regiments gelassen würde. Der Kurfürst stellte ihm die Wahl zwischen beiden frei, Schwarzenberg schrieb hierzu aber an den Rand: „Burgsdorff hat nicht zu wählen, sondern S. C. D. haben zu befehlen" und schlug die Bitte ab.

[2]) Einem Berichte Schwarzenbergs zufolge soll Burgsdorff die Absicht gehabt haben, bei der Reduktion des Regiments eine Rede zu halten, worin er ausführen wollte, daß die Reduktion seines, des ältesten Regiments nur wegen einer gegen seine Person vorhandenen „Privatdisaffektion" erfolge und Offiziere und Soldaten nun hierfür büßen müßten. Der Abmusterungskommissar von Lindt habe diese Absicht glücklich vereitelt, da sie leicht zu einer Meuterei hätte führen können. Wie weit diese Nachricht Glauben verdient, lasse ich dahin gestellt sein. Burgsdorffs geheime Gedanken werden sich allerdings in dieser Richtung bewegt haben, denn nach dem Tode Schwarzenbergs ließ er verlauten, daß sein Regiment von diesem aus Feindschaft gegen ihn am schlechtesten behandelt und am stärksten reduziert worden sei, obwohl es am stärksten aus dem Felde gekommen sei. Vgl. auch seine Äußerung weiter unten S. 119 Anm. 2.

[3]) Ein Patent seiner Ernennung zum Kommandanten von Küstrin liegt nicht vor. Zuerst ausgesprochen ist dieselbe in dem kurfürstlichen Reskript aus Tilsit vom 10. Oktober 1638. Dann erhielt Burgsdorff aber Befehl, zunächst mit seinem Regiment ins Feld zu ziehen und erst nach Beendigung des Feldzuges den Posten in Küstrin anzutreten. Die inzwischen befohlene Reduktion seines Regiments verzögerte die Übernahme der Kom-

hier nicht auf Rosen gebettet war. „Ich habe in Wahrheit", heißt es schon in einem Briefe vom 19. Januar 1639[1]), „allhier in hiesiger Festung bis dato noch keine gesunde und fröhliche Stunde haben können, noch sehe ich ab, sie ferner zu haben." Die Festungswerke waren zum größten Teil in schlechtem Zustand, Proviant, Munition und Geschütze zwar bis auf die Lunten im allgemeinen in genügender Menge vorhanden, aber die Stücke schlecht montiert, Batteriestände, Lafetten und Räder vielfach dermaßen verfault und von Würmern zerfressen, daß sie für den Ernstfall kaum zu gebrauchen waren. An Reparaturmaterial, besonders an Holz, fehlte es fast gänzlich, auch standen dem Kommandanten nur 12 dienstfähige Konstabler zur Verfügung, die zur Bedienung der 72 Geschütze auf den Wällen nicht im entferntesten ausreichten, kurz die Festung war für eine ernsthafte Belagerung sehr mangelhaft gerüstet. Als Burgsdorff aber pflichtschuldigst hierauf wiederholt aufmerksam machte, wurde er von Schwarzenberg der Verzagtheit und der heimlichen Schwedenfreundlichkeit beschuldigt und mit den Worten abgespeist, daß Küstrin für eine der vornehmsten und wohlgelegensten Festungen in ganz Deutschland gelte und obenein augenblicklich mit Volk, Proviant und Munition besser versehen sei als je zuvor in diesem ganzen Kriege. Andere Offiziere getrauten sich sehr wohl, es gegen einen Angriff zu halten, fühle Burgsdorff sich dazu nicht fähig, so möge er es nur schleunigst melden. Also als Antwort auf seine berechtigten Klagen nur ein drohender Wink der Absetzung.[2])

mandantur noch weiter bis in den Dezember hinein. Erst am 27. dieses Monats erhielten der Kanzler zu Küstrin Hans Georg von dem Borne und der Komtur zu Lietzen Maximilian von Schlieben den Auftrag, ihn in sein Amt als Gouverneur der Festung offiziell einzuführen. G. St.-A. Rep. 21, 27 h 1.

[1]) Burgsdorff an Schwarzenberg, G. St.-A. Rep. 24 V.

[2]) Reskript [Schwarzenbergs] an Burgsdorff, d. Spandau 4. (14.) Dezember 1638, vgl. oben S. 109; Spezifizierung des schlechten Zustandes von Küstrin in einem Schreiben Burgsdorffs an die Kriegsräte in Berlin, d. Küstrin 11. (21.) Dezember 1638, beide Schriftstücke G. St.-A. Rep. 21,

Noch schlimmer als um die Werke der Festung stand es um ihre Verteidiger. Es mangelte an Quartieren in der Stadt, um sie unterzubringen. Zahlreiche Hausbesitzer waren von der Einquartierungslast befreit, unter den Nichtbefreiten befanden sich viele arme Leute, die nur schlechte Wohnungen hatten.[1]) Vor allem fehlte es an Geld für Löhnung, Bekleidung und Proviant. Aus den Kreisen, auf die Burgsdorff für den Unterhalt seiner Kompagnien angewiesen war, war fast gar nichts zu erhalten. Die Dörfer des Kreises Lebus waren z. B. sämtlich stark entvölkert. Die Bauern spannten sich mit Weibern und Kindern vor die Eggen, um ihr bißchen Land notdürftig zu bestellen. Hie und da traf man noch ein paar Kühe an, sie wegzunehmen war nicht ratsam, da sie nicht verkäuflich waren und ihre Besitzer dadurch vollends zur Verzweiflung und an den Bettelstab gebracht wurden.[2]) Unter diesen Umständen hat eine bei den Akten befindliche Liste mit einer sauberen Aufzeichnung der für Burgsdorff bestimmten Gelder und ihrer Verteilung auf Ritterschaft und Städte der Neumark nur einen papierenen Wert.[3]) Sie enthält eben nur das rechnungsmäßige „Soll". Als „Haben" stellt ihr Burgsdorff im Dezember 1639 eine Abrechnung gegenüber, nach der er in den letzten 13 Monaten aus der Neumark nur 704 Rthlr. und aus dem Kreise Sternberg nur 200 Rthlr. erhalten hat, während

27 h 2. Daß Burgsdorff nicht übertreibt geht aus einem Bericht des Obersten Georg Friedrich von Trotha hervor, der im Oktober 1638 zum interimistischen Kommandanten von Küstrin ernannt worden war und den Zustand der Festung genau so schildert wie Burgsdorff. G. St.-A. Rep. 21, 27 h 1, vgl. dazu Meinardus P. R. I Einleitung S. 36, Anm. 2.

[1]) Bericht Burgsdorffs vom 21. Dezember 1638 a. a. O.

[2]) Bericht Burgsdorffs vom 5. (15.) Oktober 1639, G. St.-A. Rep. 21, 27 h 2. Anfangs hatte man die Anweisungen für 2 Kompagnien und den Stab überhaupt vergessen, so daß Burgsdorff sofort in dringende Verlegenheit geriet.

[3]) G. St.-A. Rep. 21, 27 h 2 zum 11. (21.) Mai 1639. Wo bis zum Schlusse dieses Abschnittes das G. St.-A. ohne Angabe der Repositur citiert wird, ist stets diese Signatur gemeint.

seine Rückstände aus den angewiesenen Örtern sich während dieser Zeit auf über 17000 Thaler belaufen. Dazu kommen aus dem Jahr vorher noch 11000 Thaler Rückstände aus dem Niederbarnimschen Kreise, so daß die nicht befriedigten Forderungen für sein Regiment in zwei Jahren beinahe 30000 Thaler betrugen.[1]) Außerdem machten seit 1639, besonders in der Neumark, die Schweden den brandenburgischen Exekutionskommandos erfolgreiche Konkurrenz. Sie beherrschten das platte Land, legten ihm schwere Kontributionen auf, führten die kurfürstlichen Gefälle in ihre Kassen ab, verboten Lieferungen an die brandenburgischen Garnisonen und sorgten durch scharfe Bewachung der Straßen für die Wirksamkeit dieses Verbotes.[2]) Fast naiv klingt bei dieser Lage der Dinge ein Befehl Schwarzenbergs an die Sternbergsche Ritterschaft, alsbald

[1]) Nach dem Bericht der Kommission, die im Dezember 1639 mit der Untersuchung der Beschwerden Burgsdorffs beauftragt wurde (vgl. Meinardus P. R. I, XL), G. St.-A. Rep. 24 O 6 Fasc. 8 und einem Memorial Burgsdorffs vom 18. (28.) Dezember 1639, G. St.-A. Schwarzenberg rechnet freilich aus, daß er vom 11. Dezember 1638 bis zum 26. Dezember 1639 22909 Thlr. 20 Gr. 5 ₰ empfangen habe, darunter 15691 Rthlr. 22 Gr. 2 ₰ aus den ihm angewiesenen Örtern. G. St.-A. Rep. 21, 27 h 3 und Rep. 24 O 6 Fasc. 8.

[2]) Vgl. weiter unten und den erwähnten Kommissionsbericht, in dem es heißt: Aus den neumärkischen, Krossen- und Züllichauischen Kreisen zu den assignierten Summen zu gelangen, ist sehr schwer. Denn sie sind 1) z. T. von Küstrin sehr entlegen, 2) wie notorisch, gänzlich desoliert und verwüstet, und haben sich die Vornehmsten mit all dem Ihrigen nach Polen ins Exil begeben, 3) allerseits in Feindes Gewalt und mit kontinuierlichen, schweren Kontributionen belegt, 4) hart bedroht, nichts mehr nach Küstrin zu liefern, weshalb auch die Straßen an beiden Seiten der Warthe und Oder täglich battiert werden und die Parteien ad recognoscendum bis an die Festung avancieren, auch Leute und Vieh vor kurzem aus der Vorstadt weggenommen haben. 5) Es unternehmen sich auch nunmehr die schwedischen Feinde in den hintersten neumärkischen Kreisen nicht allein C. C. D. Gefälle und Intraden, sondern auch der Regierung und des Justizwesens. Hieraus ist leicht zu ersehen, daß die neumärkischen Stände trotz aller Citationen nicht nach Küstrin kommen und noch weniger dahin kontribuieren können.

2500 Thaler für die kurfürstlichen Garnisonen herbeizuschaffen, weil sie den Schweden eben diese Summe für September und Oktober 1639 zugesichert hätten.[1]) Der Befehl ging auf eine Anregung Burgsdorffs zurück, blieb aber natürlich wirkungslos. Der Ritterschaft mochte die patriotische Begründung, sie sei ihrem Landesherrn mit natürlichen Pflichten verwandt und müsse deshalb auf Mittel gedenken, wie die zu des Landes Schutz stehende Soldateska konserviert und beibehalten werden möge, seltsam genug vorkommen, wenn sie fragte, worin denn der Schutz dieser Soldateska bestehe.

Bei der Küstriner Besatzung steigerte sich infolge dieser Umstände die Not von Tag zu Tage. Unter den Knechten nahm das Ausreißen bedenklich überhand, und die Hauptleute wußten nicht, woher den Ersatz für die Lücken nehmen. Die bei der Fahne ausharrten, gingen z. T. „dermaßen nackend einher, daß man Bedenken trägt, sie vor züchtigen Augen aus den Quartieren gehen zu lassen und auf Wachen, geschweige denn bei anderen Occasionen zu gebrauchen.“[2]) Das war die übelste Folge dieser Behandlung. Nicht nur an Zahl schmolz das brandenburgische Heer zusammen, im Ernstfall war auch auf eine thatkräftige Verwendung der ausgehungerten und halb nackten, armen Teufel nicht mehr zu rechnen.[3]) Die Stimmung unter den Truppen wurde äußerst schwierig. Es fielen Reden unter ihnen, die hart an Meuterei und Verrat streiften. Als Burgsdorff im Dezember 1639 nach Berlin beschieden war, um über die Lage in Küstrin Bericht zu erstatten, gab er folgendes zu Protokoll ab: „er hätte Bedenken, sich wieder mit leeren Händen nach Küstrin zu begeben, ja er wolle sich lieber allhier in Stücke zerhauen lassen, da er sich anders nichts, im Fall die Festung attakiert werden sollte, von den Knechten da

[1]) 8. (18.) Oktober 1639, G. St.-A.

[2]) Bericht Burgsdorffs vom 6. (16.) September 1639; G. St.-A. Ähnliche Äußerungen wiederholen sich öfter.

[3]) Die Beweise dafür findet man weiter unten bei der Schilderung der kriegerischen Ereignisse in der Mark.

zu versehen hätte, als wie es in Landsberg und Driesen dahergegangen, die nur von Meutenation redeten und sich ausdrücklich vernehmen ließen, daß sie nunmehr lang genug Kommißbrod gefressen und Wasser gesoffen hätten und es dennoch mit ihnen nicht besser werden würde. Ja es wären die alten Knechte anitzo so schelmisch, daß sie nicht eher sprächen, als wenn die Not vorhanden wäre. Er wollte zwar als Kavalier das Seine thun, wiewohl er nur ein Mensch und doch endlich unter ihren Händen mitsterben müßte, damit aber würde dem Werke nicht geholfen, noch die Festung Sr. Churf. Dchl. erhalten werden können."[1])

Abgesehen von dem pathetischen Ton dieser Worte, an den wir bei Burgsdorff ja schon gewohnt sind, dürfen wir in ihnen keine Übertreibungen vermuten. Ihre Wahrheit ergiebt sich aus der Lage von selbst. Dabei war Burgsdorff keineswegs ein gefürchteter Regimentschef, sondern im Gegenteil bei seinen Soldaten sehr beliebt. Einer seiner Hauptleute stellt ihm ausdrücklich das Zeugnis aus, daß sie, „sonderlich was die rechten Alten sind, allzeit ein besonderes Belieben zu seinem Regiment getragen hätten" und wohl wüßten, daß er an ihrer schlechten Behandlung schuldlos sei.[2]) Den Schweden blieb der jämmerliche Zustand der brandenburgischen Truppen natürlich nicht verborgen. Kein Wunder, daß sie frohlockend verlauten

[1]) Protokoll in des Herrn Obersten Konraden von Burgsdorffs Sache, d. 5. (15.) Dezember 1639, unchiffriertes Exemplar, G. St.-A.

[2]) Hauptmann v. Kötteritz an Burgsdorff, d. Oderberg 3. (13.) August 1639, G. St.-A. Vgl. Meinardus P. R. I, XXXVI Anm. 1. Daß Burgsdorff bemüht war, auch in anderer Beziehung für seine Soldaten zu sorgen, geht daraus hervor, daß er in einem seiner ersten Schreiben aus Küstrin um einen Feldprediger für die Besatzung bat, der den Soldaten predigen und sie über Gott informieren möge, „daß sie nicht gar zu Türken werden". Die Civilgemeinde von Küstrin sei so groß und durch so viele Flüchtlinge vom Lande vermehrt, daß die Kirche für die Garnison nicht ausreiche. Burgsdorff an die Kriegsräte, 11. (21.) Dezember 1638, G. St.-A. Einen tadelnswerten Punkt bezüglich der Behandlung der Mannschaften enthält dagegen das Monitium des Kommissionsberichts, vgl. weiter unten S. 122.

ließen, sie wollten den Kurfürsten nicht mit ihren, sondern mit seinen eigenen Soldaten bekriegen.

Die Verpflegungsschwierigkeiten zwangen Burgsdorff endlich dazu, das kaiserliche Magazin in Küstrin anzugreifen. „Ich weiß nunmehr nicht," berichtet er am 14. Juli 1639, „wo aus noch ein, der Soldat leidet die größte Not, und ich weiß das geringste Mittel nicht, sowohl hiesige als Landsbergische und Oberbergische Völker nur einen Tag zu unterhalten, habe also nolens volens von dem kaiserlichen Proviantverwalter auf Wiedererstattung vom neuen, die ich unfehlbar befördern will, mit dessen Bewilligung 10 Wispel Mehl nehmen müssen." Diese Zwangsanleihe an Proviant wurde später noch mehrfach wiederholt, immer mit der Begründung, daß nur die äußerste Not sie veranlasse, was der Wahrheit entsprechen wird.[1])

Alles in allem genommen war Burgsdorff durch die Übernahme des Küstriner Kommandos vom Regen in die Traufe gekommen. Ebensosehr sah sich aber auch Schwarzenberg enttäuscht, wenn er wirklich gehofft hatte, vor dem ewig unzufriedenen und klagenden Oberst nun Ruhe zu haben Der Streit zwischen beiden spinnt sich vielmehr die beiden Jahre 1639 und 1640 unermüdlich fort und endet erst mit dem Tode des Grafen. Er bewegt sich im allgemeinen in denselben Geleisen, die wir oben kennen gelernt haben. Nach wie vor beantwortet Schwarzenberg die Klagen und Vorstellungen Burgsdorffs mit Verweisen und Gegenforderungen. Das Angreifen des kaiserlichen Magazins zieht Burgsdorff einen scharfen Tadel zu. Zuerst werden ihm Exekutionen zur Beitreibung der Rückstände verboten, dann, als der Feind sie nicht mehr zuläßt, wird ihm vorgeworfen, warum er sie nicht früher ausgeführt habe.[2]) Aus seiner Schilderung der Stimmung unter den

[1]) Burgsdorffs Bericht, G. St.-A. Vgl. dazu Meinardus P. R. I a. a. O.

[2]) Antwort der Kriegsräte auf die protokollarischen Aussagen Burgsdorffs vom 15. Dezember 1639, G. St.-A.

Soldaten wird geschlossen, daß er sie selbst durch unbesonnene Reden zur Meuterei aufreize.[1]) Ein Vorschlag Burgsdorffs zur Verringerung der Stäbe und der Zahl der vorhandenen Kompagnien — nicht ihres Gesamtbestandes an Mannschaften — wird sogar als eine direkte Begünstigung der Schweden und Neigung zum Landesverrat aufgefaßt.[2]) Den Bitten um

[1]) Schwarzenberg an den Kurfürsten, d. Spandau 12. (22.) Dezember 1639, undchiffriertes Konzept G. St.-A., chiffriertes Original Rep. 24 V: Burgsdorff hat viele gefährliche Diskurse über Meuterei der Soldaten geführt, welche gemeine Offiziere und Soldaten oft mit angehört, wodurch sie, „unangesehen sie wohl nimmer solche gefährliche und eidesvergessene Intention im Sinne möchten genommen haben, vermutlich veranlasset worden, daß diejenigen Knechte, so von seiner des von Burgsdorff Kompagnie bei Eroberung der Schanze und der Stadt Landsberg darinnen gelegen, die ersten gewesen, welche das Gewehr niedergelegt und zu meutenieren angefangen. Es scheinet auch, als wären die in Driesen gelegenen hierdurch infizieret und zu solcher Leichtfertigkeit, die sie, wie leider die Erfahrung mit E. C. D. höchstem Nachteil gegeben, dürften sein veranlasset worden."

[2]) Schwarzenberg a. a. O.: „Man hat jetzt kein Volks genug, um die kurfürstlichen Festungen und andere wichtige Posten zu besetzen. Wer sich für Reduction ausspricht, muß die Intention haben, daß die Festungen den Schweden in die Hände fallen. Da Burgsdorff aber viel von der Reduction spricht, so ist es nunmehr dahin gekommen, daß fast von allen Kreisen solche höchst schädliche Reduction urgirt wird."

Das ist eine nachweisbare Verdrehung der Thatsachen. Burgsdorffs Vorschlag lief daraus hinaus, die vorhandenen 33 Kompagnien in 17 zusammenzuziehen, für die 2 Obersten, 4 Oberstleutnants und 4 Majore genügten (nicht 2, wie Meinardus P. R. I, XXXIX angiebt), so daß man dem Lande 50 000 Thaler sparen könne. Schwarzenberg argwöhnte hinter diesem Vorschlag das Bestreben Burgsdorffs, das Kötteritzsche und Volkmannsche Regiment unter seinen Befehl zu bekommen. Als offiziellen Grund der Ablehnung gab er an, viele Soldaten würden den abgedankten Offizieren folgen und andere Kriegsdienste nehmen. Burgsdorff erwiderte hierauf, er habe die Reduktion nur wohlmeinend aus finanziellen Gründen vorgeschlagen und halte selber eine Rekrutierung für viel nützlicher, wenn man die Mittel dazu habe. Unwillig fügt er hinzu, aus der Ablehnung der jetzigen Reduktion müsse er schließen, daß man die frühere Reduktion seines Regiments nur ihm zum Schimpf und augenscheinlich zum größten Schaden des Kurfürsten vollzogen habe, da sonst sein Regiment zu Fuß das stärkste von allen sein würde.

Geld setzt Schwarzenberg die Forderung entgegen, zunächst über das empfangene genau abzurechnen, dann werde sich herausstellen, daß Burgsdorff noch große Summen, besonders aus dem Neumärkischen Salzhandel, schulde und überhaupt keineswegs schlechter, sondern besser als die übrigen Obersten behandelt worden sei. Ihm Tuch und Schuhe für seine Soldaten aus Berlin zu liefern, worum er gebeten, ginge nicht an, da das einer Plünderung der Hauptstadt gleichkäme.[1]) Auch die Forderung einer starken Besatzung für Küstrin wurde nach wie vor für unbegründet erklärt. Burgsdorff erfuhr, daß man in den Kreisen seiner Gegner spöttele, Küstrin könne sich halten, wenn es nur mit 200 alten Huren besetzt würde.

Kurz, in den Augen Schwarzenbergs ist Burgsdorff wie bisher nichts als der unverbesserliche Störenfried und Quärulant. „Nun ist mir gewiß von Herzen leid," schreibt er am 22. August 1639 an Georg Wilhelm in einem Briefe voll heftiger Anklagen gegen den Oberst,[2]) „daß E. C. D. ich dieses Mannes halber so oft und viel beschwerlich fallen muß, allein ich bezeuge bei dem wahren Gott, daß ich dazu aus höchster Not angetrieben und veranlasset werde, weil derselbe so ganz niemals befriedlich sein kann, sondern das Lamentieren, Schreiben, Protestieren und dergleichen kein Ende hat und ich dahero in keine Wege mit demselben übereinkommen kann". In dieser Tonart geht es das ganze Jahr 1639 fort, während sich 1640 die Wellen des Zwistes etwas legen, ohne sich jedoch, wie schon erwähnt, ganz zu beruhigen.

Auch bei den Streitpunkten dieser beiden Jahre steht vielfach Behauptung gegen Behauptung, und es läßt sich schwer entscheiden, wer von beiden Gegnern im einzelnen immer recht hatte. Besonders bedauerlich ist es auch jetzt wieder, daß uns die Abrechnungen Burgsdorffs über die empfangenen Gelder fehlen, um die Vorwürfe Schwarzenbergs über seine unordent-

[1]) Schwarzenberg an Burgsdorff, d. Spandau 12. (22.) August 1639, G. St.-A.

[2]) G. St.-A.

liche Rechnungsführung und seine Unterschlagungen zu kontrollieren. In diesem wichtigen Punkte dürfte Burgsdorffs Unschuld nicht über jeden Zweifel erhaben sein, denn der Rechnungsablegung geht er mit schwächlichen Vorwänden aus dem Wege. Was soll es heißen, wenn er stolz erklärt, er sei kein Pfennigmeister oder Bauschreiber, sondern Oberst und brauche keine Rechnung abzulegen, oder wenn er ein anderes Mal vorschützt, er habe durch seinen Protest gegen die Rechnungsablagen keinen Präzedenzfall für deutsche Regimenter schaffen wollen, sei nun aber persönlich dazu bereit.[1]) Das klingt verdächtig. In der Hauptsache sind jedoch die Klagen Burgsdorffs entschieden gerechtfertigter als die Schwarzenbergs. Daß seine Schilderung von dem schlechten Zustand der Festungswerke in Küstrin der Wahrheit entsprach und von anderer Seite bestätigt wird, haben wir schon gesehen. Derselbe Beweis läßt sich auch für seine Schilderung des Notstandes unter der Besatzung erbringen. Als Schwarzenberg sich gegen alle Klagen darüber taub stellte, bat Burgsdorff schließlich um die Abordnung einer Kommission zu ihrer Prüfung. Dieselbe, bestehend aus dem Kanzler der Regierung zu Küstrin, Hans Georg von dem Borne, dem Komtur zu Lietzen, Maximilian von Schlieben und dem Kammermeister zu Küstrin, Hermann Lange, unterzog sich ihrer Aufgabe im Dezember 1639 und fand die Angaben Burgsdorffs durchweg richtig.[2]) Offiziere und Knechte des Burgsdorffschen Regiments, heißt es in dem Kommissionsbericht, seien mit wenigen Ausnahmen dem Aussehen nach gut und größtenteils alte, geübte Soldaten, aber viele ganz abgerissen, mit Kleidern und Schuhen ganz übel, mit Ober- und Untergewehr zum Teil schlecht versehen. Die meisten hätten ihre Seitengewehre verkaufen müssen, um aus äußerster Not für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. An

[1]) Vgl. Meinardus P. R. I, XXXVII ff.

[2]) Vgl. oben S. 115, Anm. 1 und Meinardus P. R. I, XL. Die Erläuterungen Schwarzenbergs zu dem Kommissionsbericht vom 20. Januar 1640, G. St.-A. Rep. 21, 27 h 3.

Kontribution sei aus den angewiesenen Kreisen aus den von Burgsdorff angegebenen Gründen nichts zu holen. Das einzige Monitum der Kommission bezieht sich auf die Verteilung der erhobenen Gelder durch Burgsdorff. Er habe die Stabsoffiziere und die Personen des ersten Blattes zu sehr berücksichtigt, so daß die Rückstände fast nur auf die Mannschaften entfielen. Dieser Kommissionsbericht strafte die Schilderungen, die Schwarzenberg nach Königsberg gelangen ließ, Lügen. Er suchte ihn deshalb durch allerlei gehässige Bemerkungen zu durchkreuzen oder wenigstens abzuschwächen, aber auch hiergegen wußte sich Burgsdorff treffend zu verteidigen. Wohl oder übel mußte er deshalb Geld sowie Schuhe und Tuch für die notleidende Garnison anschaffen und von seinem Vorhaben, Burgsdorff seines Küstriner Postens zu entsetzen, abstehen.

Darauf lief nämlich sein Bemühen schon lange hinaus. Hierbei galt es aber, besonders vorsichtig zu verfahren, da er wohl merkte, daß die Einwilligung des Kurfürsten dazu nicht leicht zu haben war. Das wurde ihm klar, als von Königsberg die Weisung eintraf, Burgsdorff zum Präsidenten des Kriegsrats zu ernennen oder ihm sonst eine Charge anzubieten. Ein wohlgemeinter Vorschlag, der bezweckte, die Streitigkeiten zwischen dem Statthalter und dem Kommandanten von Küstrin zu schlichten, der aber beiden wenig genehm war. Für Burgsdorff bedeutete die Ernennung zum Kriegsratspräsidenten scheinbar eine ehrenvolle Beförderung, und so wurde sie auch wohl vom Kurfürsten aufgefaßt. In Wirklichkeit wäre aber die Reibungsfläche zwischen den beiden Gegnern durch diese Beförderung nicht vermindert, sondern vermehrt worden. Denn der thatsächliche Präsident des Kriegsrats war Schwarzenberg selbst. In einer Titularstellung unter ihm Hand in Hand mit ihm zu arbeiten war für Burgsdorff keine verlockende Aussicht. Das konnte nur dazu führen, ihm den Mund zu stopfen und die Hände zu binden. Außerdem war der ihm zugedachte Posten gerade damals der schwierigste und undankbarste der

gesamten brandenburgischen höheren Verwaltung. Seine letzten Inhaber, Leuchtmar, Pfuel und Blumenthal, hatten sich beeilt, ihn aufzugeben. Auch Burgsdorff empfand nicht das geringste Verlangen nach organisatorischen Lorbeeren von so bitterem Geschmack. So unsanft er in Küstrin gebettet war, an der Spitze einer Festung und eines Regiments fühlte er sich wohler als am grünen Tisch, auf dem sich Klage- und Beschwerdeschriften von allen Seiten hoch auftürmten. Dankend und unter Hinweis auf seine Unfähigkeit und Unwürdigkeit lehnte er daher die hohe Ehre ab.[1])

Aus dieser Ablehnung drehte ihm Schwarzenberg sofort einen neuen Strick. Er stellte sie dem Kurfürsten so dar, als ob sie nur aus finanziellen Gründen erfolgt sei. Burgsdorff genieße jetzt sein Gehalt als Kommandant von Küstrin, ferner das Hauptmannstraktement von zwei Kompagnien und die stattlichen Profite als Regimentsinhaber. Das genüge ihm aber nicht bei seiner gewöhnlichen Pracht und Manier zu leben, so daß er mit dem Gehalt eines Kriegsratspräsidenten noch weniger auskommen werde. Auch sei zu befürchten, daß er sich an der Kriegskasse vergreifen werde. Er möge deshalb zum Rat von Haus aus bestellt, mit einer jährlichen Pension abgefunden und nach Bedarf zur Erledigung vorfallender wichtiger

[1]) Georg Wilhelm an Schwarzenberg, d. Königsberg 14./24. September 1639; Schwarzenberg an Burgsdorff, d. Spandau 15. (25.) Oktober 1639, G. St.-A. Rep. 24 V; Burgsdorffs Ablehnung an Schwarzenberg, d. Küstrin 21. (31.) Oktober, G. St.-A. Als Aufgabe des Kriegsratspräsidenten wird bezeichnet: mit den ihm zugeordneten Räten auf Mittel und Wege bedacht sein, wie die Mängel in den Festungen zu remedieren, der Soldateska hinfüro ihr Unterhalt richtiger als bisher geschehen, beigeschafft und gereicht werden könne, auch dem Feinde besser Abbruch zu thun sein würde. Burgsdorff würde Dornen gegen Nesseln eingetauscht haben, wenn er den Posten angenommen hätte. Er bemerkte ganz richtig: wenn der Statthalter „als ein von Gott mit Vernunft und Verstand vor mich weit höher begabter Herr“, desgleichen die Kriegsräte immer bisher betont haben, sie könnten wegen Unvermögenheit des Landes nicht mehr für Festungen und Garnisonen thun, so würde ihm viel weniger etwas zu erreichen möglich sein.

Sachen verwandt werden.[1]) Das war also die andere Charge, von der der Kurfürst gesprochen hatte, nach Schwarzenbergs Auffassung, modern gesprochen, eine Stellung zur Disposition unter leidlich ehrenvollen Formen. Georg Wilhelm fühlte richtig heraus, daß damit Burgsdorffs Wünschen noch weniger als mit der Präsidentschaft des Kriegsrats gedient sei, und so scheint dieses Anerbieten offiziell gar nicht an ihn gelangt zu sein.

Dennoch war Burgsdorffs Stellung damals stark erschüttert, und niemals bis zu seinem Sturz im Jahre 1651 hing das Damoklesschwert der Verabschiedung und kurfürstlichen Ungnade so drohend über seinem Haupte. Die fortwährenden Klagen Schwarzenbergs machten allmählich doch Eindruck auf den Kurfürsten. Am 18. November 1639 erging der Befehl aus Königsberg, Burgsdorff in Haft zu nehmen, wenn er noch einmal den kaiserlichen Proviant in Küstrin antaste. Am 9. Dezember folgte die Weisung an Schwarzenberg, weiter auf Mittel und Wege zu gedenken, ihn los zu werden, „jedoch bonis modis und nicht wider seinen Willen". Dieser gewichtige Zusatz rettete den alten Jugendfreund vor den Nachstellungen seines mächtigeren Nebenbuhlers um die Gunst des kurfürstlichen Herren[2]). Vor die Entscheidung gedrängt, ihn fallen zu lassen, fand Georg Wilhelm den Entschluß dazu nicht. „Wir zweifeln nicht an seinem treuen Gemüt", hatte er noch im September 1639 geschrieben. Dieses Zutrauen zu seinem Charakter, zu seiner aufrichtigen Anhänglichkeit half ihm schließlich über die gefährdetste Lage seines Lebens siegreich hinweg.

Schwarzenberg täuschte sich über die Stärke der Zuneigung, die Georg Wilhelm mit Burgsdorff verband. Er hielt nach den vielen mißfälligen Äußerungen des Kurfürsten über den Obersten den Boden genügend zu seinem Sturze unterhöhlt und beantragte am 22. Dezember 1639 seine völlige

---

[1]) Schwarzenberg an den Kurfürsten, 28. Oktober (7. November) 1639, G. St.-A.

[2]) Ich kann deshalb den kurfürstlichen Befehl nicht „kurzsichtig" nennen, wie Meinardus P. R. I, XL thut.

Abdankung, um seiner Belästigungen endlich überhoben zu werden[1]). Dieses Gesuch wurde aber nicht genehmigt, und der bald darauf in Königsberg eintreffende Kommissionsbericht über die Beschwerden Burgsdorffs und ihre Begründung wird trotz der Schwarzenbergschen Glossen das Seinige dazu beigetragen haben, die Stellung Burgsdorffs beim Kurfürsten wieder etwas zu befestigen. Von einem weiteren Versuch, ihn zu stürzen, verlautet wenigstens im nächsten Jahre nichts mehr, wenn Schwarzenberg es an Chikanen auch nicht fehlen ließ[2]).

Meinardus spricht von einer tiefen Demütigung Burgsdorffs vor seinem unversöhnlichen Feinde gerade in der kritischen Zeit ihres Zwistes und erblickt sie in seinem unterthänigen Glückwunschschreiben an den Statthalter zum Neuen Jahre 1640[3]). Kein Zweifel, daß die Wünsche und Ergebenheitsversicherungen aus keinem aufrichtigen Herzen kamen, aber als eine tiefe Demütigung möchte ich sie nicht ansehen. Denn sie stehen nicht vereinzelt da. Nach wie vor hält Burgsdorff äußerlich an der Annahme fest, daß er nur Verleumdungen von Zwischenträgern seine Ungnade beim Grafen verdanke. Nach wie vor bezeugt er ihm als kurfürstlichen Statthalter und Herrenmeister seines Ordens äußerlich die größte

---

[1]) Der Schluß dieses Briefes, von dem wir oben schon einige Stücke mitgeteilt haben, lautet: Der Kurfürst möge sich alles, was gegen Burgsdorff spricht, überlegen und sehen, ob er nicht eine feste Resolution faßte, Burgsdorff gänzlich abzudanken und Trotha zum Kommandanten von Küstrin und Chef der Burgsdorffschen Kompagnien zu ernennen. „Alsdann will ich zu Gott hoffen, das E. C. D. viel Molestieren und Verdrusses abkommen und der Festung nebst der darin liegenden Garnison recht versichert sein werden." Es hat fast den Anschein, als ob Schwarzenberg mit dieser „festen Resolution" dem Kommissionsbericht habe zuvorkommen wollen.

[2]) Vgl. Meinardus P. R. I, XLI. Die Behauptung Burgsdorffs, Weymar könne nicht schreiben, trifft übrigens nicht zu. Eine Unterschrift von ihm zeigt einen sehr festen, flüssigen, gut leserlichen Duktus.

[3]) P. R. I, XL.

Achtung.[1]) Ja selbst an zarten Aufmerksamkeiten läßt er es nicht fehlen. Im Mai 1640 überschickt er ihm ein Päckchen Spargel mit dem eigenhändig „angehängten Wunsche, daß nicht allein solche von der Hitze unbeschadet wohl überkommen, sondern auch Se. Hochwürden und Gnaden selbige in guter Gesundheit verzehren möge". Gleichzeitig macht er ihm das Kompliment, daß ihm der Wein aus dem gräflichen Keller bei seinem letzten Besuch so wohl gemundet habe, daß er Mühe habe, sich wieder an den Küstriner Landwein zu gewöhnen.[2]) Weit weniger idyllisch klang kurz darauf die Bitte, Schwarzenberg möchte ihm doch mit 1000 Thalern aushelfen, um den Sauerbrunnen gegen sein Milz- und Steinleiden besuchen zu können.[3]) In der abschlägigen Antwort erwähnt der Graf, daß er ihm bereits vor $1^1/_2$ Jahren 2400 Thaler geliehen habe, wovon er bis jetzt noch keinen Pfennig Zinsen gesehen hätte. In Geldsachen hat also die Gemütlichkeit zwischen den beiden erbitterten politischen Gegnern nie ganz aufgehört.

Unter den zahlreichen Briefen Burgsdorffs an Schwarzenberg aus den Jahren 1639 und 1640 ist mir nur ein einziger

---

[1]) Zur Charakterisierung des respektvollen Tones in Burgsdorffs Briefen an Schwarzenberg möge hier eine Stelle aus einem Schreiben vom 24. Oktober 1639, also auch aus einer sehr kritischen Zeit, Platz finden: „Wenn es mit Wünschen geschehen könnte und die Zeiten also beschaffen wären, daß Ew. Hochw. zu Sonnenburg residieren möchten und ich mich könnte zu Lagow aufhalten, so würde mirs die größte Freude sein, wenn Ew. Hochw. ich zum öfteren zur Sonnenburg aufwarten würde, denn auch ich es vor eine große Gnade achten und halten wollte, wenn Ew. Hochw. ihren unterthänigen Diener mit Dero hohen Praesenz würdigen würden. Gott der Allmächtige verleihe seine Gnade, daß solches bald geschehen und der Teufel die Schweden wiederum übers Meer führen möchte." ..... „Solche unbillige ungnädige Auflagen gehen mir durch Mark und Bein, ... wiewohl ich die Schuld Ew. Hochw. nicht beimesse, sondern den falschen, leichtfertigen Fuchsschwänzern, daher ich auch bitte, Ew. Hochw. wollen mich doch ferner nicht so verkleinern und vernichtigen, sondern vor den halten und respectieren lassen, dazu S. C. D. mich gewürdigt". G. St.-A.

[2]) Burgsdorff an Schwarzenberg, 15. (25.) Mai 1640. G. St.-A.

[3]) Burgsdorff an Schwarzenberg, 14. (24.) Juli 1640. G. St.-A.

aufgestoßen, in welchem dem Schreiber die Galle übergelaufen ist und er aus dem gewohnten, ehrerbietigen Ton herausfällt. Mit bestürztem Gemüt, so schreibt er am 25. September 1639 aus Küstrin[1]), habe er vernommen, daß auf alles, was er in den letzten neun Monaten pflichtschuldigst gethan, ganz unverschuldete Reprimanden, Verweise und unaufhörliche Filze zurückgekommen seien, gleichsam ohne Respekt seiner Charge, als wenn er ein unaufrichtiger, ehrloser Mensch wäre. „Ich muß das alles zuvor an seinen Ort gestellet sein lassen, indem ich nicht wider den Stachel lecken [ein Lieblingsausdruck Schwarzenberg gegenüber], sondern mir leicht die Rechnung machen kann, daß bei Ew. Hochwürden und Gnaden durch Verleumdung böser, falscher Fuchsschwänzer die Rachgier, Haß, Neid und Ungnade wider mich, wiewohl ganz unverschuldet, dermaßen eingewurzelt, daß ich auch glaube, sie sei unversöhnlich, und da ich auch gleich, wenn's in meinen Kräften stünde, alle Schweden mit einmal in der Mark würgen oder aber Ihrer Churfürstlichen Durchlaucht diesen oder jenen Ort liefern könnte, daß es doch alles nicht attendiret, sondern vielmehr übel aufgenommen werden sollte, nur darum, weil es von mir und nicht von einem anderen herkäme."

„Da S. Chfstl. Dchl. mich zum Gouverneur von Küstrin ernannt hat und dazu capabel hält, so hätte ich wohl in Unterthänigkeit höflich darum zu bitten, man wolle mich doch auch als einen Gouverneur dieser Veste und nicht etwa einem Hundejungen gleich estimiren. Ich habe meine Kinderschuhe zerrissen, weiß Gottlob auch, was weiß oder schwarz ist, und bin zu meinen Jahren kommen und weiß wohl, wie ich mich, als einem treuen Diener gebührt, gegen meinen gnädigsten Herrn comportiren und desselben Bestes befördern, Schaden und Nachteil aber verhüten soll, welches ich auch bis in meine sterbliche Grube, ungeachtet daß mir meine Mißgünstige meine actiones und factiones anders drehen und deuten wollen, thun

[1]) G. St.-A.

und verrichten und damit dennoch vor aller Welt und mit meinem guten Gewissen, ja in der größesten, unverschuldeten Verfolgung contestiren und bezeugen werde, daß ich ein treuer Diener Sr. Chfftl. Dchl. und Ew. Hochw. und Gnaden gewesen, noch bin und sterben werde. Gott wird meine Unschuld noch dermaleinst ans Licht bringen. Mir macht man Fliegen zu Kamelen und anderen Kamele zu Fliegen. Ich bin ein Mensch und kann irren. Habe ich aber geirrt, weil Irren doch kein Fürsatz ist, so strafe man mich nach vorher gehörter Sache gleich einem Irrenden und verdamme mich nicht ante causae cognitionem plenam“.

Die Entrüstung, die aus diesen Zeilen spricht, ist vollkommen begreiflich. Ein Wunder, daß sie sich nicht öfter in ähnlichen Wendungen Luft machte. Oder sollte Burgsdorff sich etwa unmittelbar an den Kurfürsten gewandt haben, um sich über Schwarzenberg zu beschweren? Der vorhandene Briefwechsel giebt hierfür keinen Anhalt. Burgsdorff scheint damals überhaupt nur sehr selten an Georg Wilhelm berichtet zu haben. In diesen Berichten kommen zwar auch Klagen über seine Lage vor, aber auch hier vermag ich nur ein einziges Zeugnis anzuführen, in dem er sich als den Verleumdeten und fälschlich Beschuldigten hinstellt.[1])

Selbst dieser Erguß zeigt uns Burgsdorff nicht als Angreifer, sondern nur auf seine Verteidigung an maßgebender Stelle bedacht. Den Grafen Schwarzenberg bezeichnet er dabei nicht einmal als seinen Hauptgegner, sondern nur als ein Opfer von Zwischenträgereien. Sein Benehmen diesem gegenüber ist mithin offiziell, soweit es sich aus den Akten kontrollieren läßt, durchaus korrekt. Er war und blieb der Untergebene, der nicht gegen den Stachel löckte, so sehr er dessen scharfe Spitze auch am eigenen Leibe fühlte. Von einem Bemühen, den Gegner auch seinerseits zu verdächtigen oder gar aus dem Sattel zu heben, kann demnach keine Rede sein. In dem Zwist der beiden Männer ist Schuld und Unschuld auf

[1]) S. die oben S. 107 abgedruckte Nachschrift zu dem Brief vom 23. Oktober 1638.

beider Schultern verteilt, giebt es aber nur einen Verfolgten und Unterdrückten, nämlich Burgsdorff.

Im vertrauten Kreise wird er freilich seine Worte nicht so ängstlich abgewogen haben.[1]) Daß er so weit gegangen sei, die Offiziere und Truppen gegen den Statthalter aufzuwiegeln oder gar auf eigene Faust schwedenfreundliche Politik zu treiben, ist ein unerwiesener Vorwurf. Wir haben seine schriftliche Verteidigung hiergegen schon oben kennen gelernt und werden nunmehr sehen, daß auch seine Anschläge und Thaten sie widerlegen.

Obwohl mit der ausdrücklichen Weisung nach Küstrin versetzt, sich dort ruhig zu verhalten, spähte Burgsdorff doch nach Gelegenheit aus, den Schweden Abbruch zu thun. Eine solche schien sich ihm unerwartet im Frühjahr 1639 zu bieten und bestand in nichts Geringerem als einem Anschlag auf Stettin.[2]) Ein in schwedischen Diensten stehender und als Gefangener in Küstrin befindlicher französischer Hauptmann ließ sich überreden, als Spion nach Stettin zu gehen und brachte Burgsdorff genaue Kunde über die Stärke und Beschaffenheit der dortigen schwedischen Besatzung. Sie belief sich nach seinen Angaben auf etwa 1750 Mann, meist guter schwedischer Kerntruppen.'[3]) Unter diesen Umständen glaubte Burgsdorff sich von einem überraschenden Handstreich auf

[1]) Ein bedenklicher Freund scheint Blumenthal gewesen zu sein, wenigstens teilte dieser ein Beschuldigungen gegen Schwarzenberg enthaltendes Schreiben Burgsdorffs dem Grafen brühwarm mit. Wir können seinen Inhalt leider nur aus der Antwort Schwarzenbergs flüchtig erraten (10./20. April 1639, G. St.-A. Rep. 24 c 10 Fasc. 10). Von einem Briefwechsel Burgsdorffs mit anderen Personen wie dem Kurfürsten und Schwarzenberg in jener Zeit ist nichts erhalten.

[2]) Vgl. Bär, Die Politik Pommerns während des Dreißigjährigen Krieges S. 148.

[3]) Nach dem Bericht des Kundschafters setzte sie sich aus folgenden Truppenteilen zusammen: 1) Regiment des Obersten Kagge, Kommandanten der Garnison, 8 Kompagnien, 600 Mann „gut alt schwedisch Volk“, 2) einem finnischen Regiment, 8 Kompagnien, 600 Mann unter einem Oberstleutnant, „meist gute Knechte“, 3) 4 neugeworbenen schwedischen Kompagnien, 150 Mann, „sehr schlecht Volk“, 4) Thomas Thomassohns 4 Kompagnien, 200 Mann, „gute Knechte“, 5) 4 Kompagnien guter alter Knechte unter Befehl des schwedischen Oberstleutnants Philipp.

Stettin guten Erfolg versprechen zu dürfen und verhandelte mündlich und schriftlich mit Schwarzenberg darüber. Er bat, ihm 3000 Mann, fast die gesamte brandenburgische Kriegsmacht, zu unterstellen, und war seiner Sache so sicher, daß er sich schon den schwedischen Generalmajor samt dem Kommandanten von Stettin persönlich als Gefangene ausbat, um die Loskaufgelder von ihnen einstecken zu können. „Unbillig wäre es nicht," bemerkt Schwarzenberg sarkastisch zu dieser Bitte, „dieweil aber der Bär noch nicht gefangen, so wird es auch so weit nötig nicht sein, sich um die Verkaufung der Haut zu bemühen." Die Wichtigkeit des Anschlags leuchtete ihm wohl ein, „wenn darauf mit Fundament einige Sicherheit gesetzt werden könnte", aber das traf eben durchaus nicht zu. Wer leistete Gewähr für die Richtigkeit der Angaben, „die ein unbekannter Franzos von des Feindes Partei vermeldet?" Konnte der angebliche Spion nicht ebensogut in schwedischen Diensten stehen und die Brandenburger in eine Falle locken? Aber selbst vorausgesetzt, daß seine Mitteilungen zutrafen, erschien der Erfolg äußerst zweifelhaft. Außer der Besatzung kam die zahlreiche Bürgerschaft für die Verteidigung Stettins in Betracht. Die Stadt mit 3000 Mann angreifen zu wollen, hieße nichts, als „die kurfürstlichen Völker liederlich alle auf einmal zu hasardieren", besonders in der Hand des „frommen Obristen von Burgsdorff, der noch nie ein Mirakel erwiesen oder in so vielen Jahren dem Feind den geringsten Abbruch gethan hat". „Ich kann keinen guten Effect verspüren, sondern muß alles vor Confusion, dissolute scopus, wo nicht gar vor vigilianische Träume achten und ansehen", in diese Worte faßt Schwarzenberg sein Urteil über das Projekt zusammen. Die übrigen brandenburgischen Obersten, Dietrich von Kracht, Moritz August von Rochow, Hartmann von Goldacker und selbst Konrads Bruder Georg Ehrenreich von Burgsdorff, sprachen sich in einer Kollektivnote ebenfalls einstimmig dagegen aus.[1])

[1]) Schwarzenberg an Blumenthal, 10./20. April 1639; an den Kurfürsten, 16. (26.) April, G. St.-A.

Wir können uns dieser Kritik nur anschließen. Den militärischen Fähigkeiten Burgsdorffs stellt die geplante „Impresa“ auf Stettin kein rühmliches Zeugnis aus. Sie steht in einem so auffälligen Gegensatz zu seiner uns bekannten, übertrieben vorsichtigen Strategie, daß wir fast an dem Ernst ihrer Verwirklichung zweifeln müßten, wenn er nicht mit Schwarzenberg ausführlich verhandelt und auch mit Blumenthal darüber korrespondiert hätte. Ist der Plan wirklich ernst zu nehmen, wie ich glaube — auch Bär hat diesen Eindruck aus den Akten gewonnen —, so setzt er zwar Burgsdorff als Kriegsmann in unseren Augen herab, muß dann aber wenigstens als Zeugnis dafür gelten, daß er sich bemühte, den Schweden durch einen Stoß in das Herz Pommerns nach Kräften Schaden zuzufügen. Selbst dieser gute Wille wurde aber nicht anerkannt. Schwarzenberg beschuldigte ihn des Strebens nach dem dauernden Oberbefehl über die brandenburgischen Truppen und der Verfolgung eigensüchtiger Interessen, und auf seinen Bericht kam von Königsberg das getreue Echo eines kurfürstlichen Reskriptes zurück, das den Anschlag als ganz impraktikabel verwarf und Burgsdorff anwies, sich in Küstrin ruhig zu verhalten und sich nicht ferner in andere Sachen einzumischen.[1])

Es war nur ein geringer Trost für den Getadelten, daß ein anderes pommersches Projekt, das er bald darauf vorschlug, das gnädigste Gefallen des hochmögenden Herrn Statthalters fand.[2]) Unter Zustimmung der Küstriner Regierungsräte wandte sich Burgsdorff an die pommerschen Stände und mahnte sie, eine „leibliche Kontribution“ zum Unterhalt der brandenburgischen Soldateska beizusteuern. Hier fand er aber noch größeren Widerstand, als er vor den Wällen Stettins hätte erwarten können. Die unglücklichen Pommern, die ganz in der Gewalt der Schweden waren und nun obenein ihre Anhänglichkeit an das Haus Brandenburg als Steuerzahler beweisen sollten, schützten gänzliche Mittellosigkeit vor. „Etliche

[1]) D. 19. Mai 1639, G. St.-A.

[2]) Reskript Schwarzenbergs, d. Spandau 6. (16.) Juli 1639, G. St.-A.

Pommern an den Frontieren gesessene vom Adel" schildern in einer Eingabe vom 18. Juli 1639 die Zustände ihrer Heimat in den schwärzesten Farben. Keine Stunde seien sie vor Streifpartien von beiden Seiten sicher, ihr geringer Lebensunterhalt würde ihnen vor dem Maul weggerissen, „die bloße kümmerliche Lagerstatt ist alles, was wir vom Unsrigen haben." Das war, wenn auch vielleicht im Ausdruck, aber der Sache nach sicherlich nicht übertrieben. Die pommersche Grenzbevölkerung befand sich damals in einer außerordentlich schwierigen und übelen Lage. Von beiden Seiten mit Feuer und Schwert bedroht, mit Überfällen und Forderungen aller Art heimgesucht, wußte sie nicht, wo ein und aus. Von allen altpreußischen Provinzen darf Pommern vielleicht den Ruhm der größten Anhänglichkeit an das Hohenzollernhaus in Anspruch nehmen. Fast überall anderwärts — nicht zum wenigsten in der Mark selber — bedurfte es heftiger Kämpfe, um der Herrschaft der Hohenzollern zu einer willigen und freudigen Anerkennung zu verhelfen. In Pommern drängte seit 1637 die Mehrheit der Stände dazu, unter den Kurhut zu gelangen, obwohl dessen Inhaber vorläufig kein Besitz-, sondern nur ein Erbrecht geltend machen konnte und der rote Adler statt der schützenden Fittiche dem pommerschen Greifen nur die scharfen Krallen zeigte.[1])

Inzwischen nahmen die Dinge für die Mark eine bedrohliche Wendung.[2]) Anfang Mai 1639 verlautete, es seien 4000 Mann Sukkurs aus Schweden in Stralsund eingetroffen und dazu bestimmt, über Stettin nach Landsberg zu marschieren. In ganz Pommern wurden Vorbereitungen zum Kriege getroffen, Pferde ausgehoben, in Greifenhagen eine Brücke über die Oder geschlagen, Generalmajor Lilliehöök, der schwedische Gouverneur von Stettin, ließ drohende Worte gegen die Mark

[1]) S. Bär, S. 142.

[2]) Vgl. zum folgenden Pufendorf, de rebus Suecicis XI, 19. Die genaueren Angaben sind verschiedenen Korrespondenzen im G. St.-A. entnommen.

fallen. Man wußte noch nicht genau, wohin sich der Feind wenden würde, jedenfalls war aber statt der erhofften Impresa auf Stettin nun Gefahr für die Mark im Verzuge. Diese Gerüchte riefen unter der Bevölkerung und unter den Offizieren große Aufregung hervor. In erster Linie schien Frankfurt bedroht, und sein Kommandant Sigismund von Wallenrodt der Jüngere klagte: „ich erachte mich fast der Unglücklichseligste zu sein, daß ich mit so wenig Volk an einem so weitläufigen Ort gelegen." Schwarzseher fürchteten schon, daß auch Baner gleichzeitig aus Schlesien in die Mark einfallen werde. Die Mutlosigkeit drohte allgemein einzureißen. Wie ein frischer Hauch unter all dem verzagenden Jammer nimmt sich nur aus, was der im übrigen als Plünderer gefürchtete und übel beleumdete alte Haudegen Hartmann Goldacker an strategischer Weisheit mit ungelenker Hand und schauderhafter Orthographie zu Papier brachte. „Dieweil", schrieb er am 2. Juni an Schwarzenberg, „nuhn der feint seine bosseduhr geentertt, bein ich der obbeinnion das weihr so feille nuhr mögellichen uns zusammen halten, undt heinterren daß bei auf bommeren kein securs bekommen, undt von den auf bommeren und banniairschen kein conjuntion geschen machk wasse bei in bommeren feint anlanget haben weih sey nicht zu achten feille wenniger zu furchten, da wihr so starhk an Cavallerey seint alß sey, alleso werden weihr unsserre sachen recht undt wohl anstellen konnen weihr undt wollen sey durch gottes heulse schlagen so sey nuhr auf gleichen ohrt und fortell kommen." Auch Konrad von Burgsdorff, der die Bedenken Wallenrodts wegen Frankfurt allerdings teilte, verlor den Mut nicht. „Ist der Feind nicht stärker", meinte er, „und unsere Kavallerie kommt zu hauf und gehen die 500 Musketiere mit, so ist nächst Gott das Volk dem Feinde ruiniret, Gott gebe Glück dazu."

Er suchte von Küstrin aus fleißig die Bewegungen des Feindes zu erkunden, erfuhr, daß der Sukkurs bei weitem nicht so stark, wie man ausgeschrieen habe, und „überaus elendig und schlecht Volk" sei, so daß man im ganzen

mit einem feindlichen Korps von etwa 4—5000 Mann zu rechnen habe.

Nachdem die Schweden seit dem Frühjahr die Marken an verschiedenen Stellen beunruhigt, Oderberg mehrfach berannt, bei Bernau das Reiterregiment Georg Ehrenreich von Burgsdorffs zersprengt und seinen Chef gefangen genommen hatten[1]), wandten sie sich Anfang August mit überlegener Macht gegen Landsberg. Diese Stadt war der wichtigste Stützpunkt für die Verbindung zwischen Pommern und Schlesien, von ihr aus beherrschten sie zugleich die Neumark, bedrohten Küstrin und Frankfurt und konnten alle Zufuhr aus Polen sperren. Burgsdorff bat deshalb dringend, die Besatzung von Landsberg zu verstärken, er fürchtete, dessen Verlust werde auch die Behauptung von Küstrin auf die Dauer unmöglich machen. Sein guter Rat kam indessen zu spät. Am 4. August erstürmten die Schweden nach scharfer Beschießung die Schanze bei Zantoch, die von ihren Verteidigern ohne Kampf geräumt wurde, weil sie „so durchlöchert und zerschossen war, daß sie kein Mann halten konnte". Zwei Tage später erfolgte nach einer ziemlich wirkungslosen Beschießung der Sturm auf Landsberg. Nach dem Bericht eines Augenzeugen[2]) wurde er an vier Stellen zugleich unternommen, „mit einer solchen Furie, daß es zu

[1]) Nach der Gefangennahme wandte sich die Gattin Georg Ehrenreich von Burgsdorffs an Schwarzenberg mit der Bitte, für seinen Loskauf zu sorgen, erhielt aber als Antwort nur eine ordentliche Vorlesung über den Undank und die Unzufriedenheit der beiden Brüder. D. Spandau 14./24. Juni 1639, Abschrift in der Kgl. Bibliothek zu Berlin, Mss. borussica Fol. Nr. 317.

[2]) Es war ein von den Schweden bei Bernau gefangener brandenburgischer Korporal, der den Zug gegen Landsberg auf schwedischer Seite mitmachte und Burgsdorff darüber Bericht abstattete. Er schätzte die Schweden insgesamt auf ca. 5000 Mann, ihre Infanterie sei 6 Brigaden stark gewesen, darunter 4 stattliches und gutes Volk, sonderlich die Finnen.

Der Oberstleutnant von Knörring wurde wegen der schimpflichen Preisgabe Landsbergs vor ein Kriegsgericht in Spandau gestellt, aber durch Urteil vom 26. Oktober 1639 freigesprochen, „weil das Unglück Nie-

bewundern war, indem das Volk, ohne Bresche zu schießen, als unsinnige Leute angingen und, ihr Führer Stenbock voran, bis an den Hals durch den Graben watend, furios auf das Werk losgingen." Die Verteidigung ließ dagegen sehr viel zu wünschen übrig." Die Soldaten nahmen so schleunig Reißaus, daß der Kommandant von Landsberg Oberstleutnant Johann Bernhard von Knörring und der Major Günther vom Burgsdorffschen Regiment persönlich die Bohlen der Warthebrücke abwerfen mußten, um den Feind an der sofortigen Verfolgung zu hindern.

Noch schimpflicher war das Verhalten der Soldaten am nächsten Tage in der Zantocher Schanze, wohin sich Knörring mit 350 Mann zurückgezogen hatte. Hier kam es angesichts der zum Angriff bereiten Schweden zur offenen Meuterei unter den brandenburgischen Truppen, so daß Knörring mit Mühe einen Accord erhielt und sich mit einer Handvoll treu gebliebener Knechte in Sicherheit bringen konnte, nachdem der Versuch, von Küstrin aus Verstärkung nach Zantoch zu schicken, durch den Feind vereitelt war.

Jetzt rächte sich die schlechte Behandlung, welche die Truppen seit Monaten erfuhren, und es trat ein, was Burgsdorff schon lange vorausgesagt hatte.[1]) Unter dem Eindruck des schimpflichen Vorgangs bei der Einnahme von Landsberg erneuerte er seine Bitten um Geld und Tuch für die Küstriner Besatzung, damit es hier nicht ähnlich ergehe, und Schwarzenberg ließ sich denn auch zu einem „ernsten" Befehl an den

mand anders als den schelmischen Soldaten beizumessen". Der mitangeklagte Hauptmann Hobecker, dessen Leute zuerst geflohen waren, sollte beweisen, daß er seinen Posten nicht habe verteidigen können und nur aus höchster Not in die Schanze retiriert sei, falls er den Beweis nicht erbringen könne, sei er mit dem Schwerte zu strafen. Die Akten des Kriegsgerichts (G. St.-A. Rep. 24 c 25 Fasc. 1) enthalten eine sehr genaue Schilderung der Vorgänge von Landsberg und Zantoch. Einen Bericht Knörrings über die Meuterei der Brandenburger in der Zantocher Schanze drucke ich in Beilage VI ab.

[1]) Vgl. oben S. 116.

Rat von Frankfurt herbei, die beträchtlichen Rückstände der Burgsdorff angewiesenen Kleidergelder an ihn abzuführen.[1])

Auch er empfand den Verlust Landsbergs als einen schweren Schlag. „Ich hätte mir nimmer einbilden können," schreibt er unter dem frischen Eindruck der Nachricht[2]), „daß der Feind so wohlfeil an Landsberg kommen sollen. Dieses unglückliche Verlieren von Landsberg wird diesem Lande, ja dem gemeinen Wesen viel schaden, es verwirket uns den ganzen Compaß, ändert viele Consilia und ist auf solche Art auf Volk und Festungen geringer Staat zu machen, wenn ein Ernst und eine geringe Macht ankommt. Es ist ein großes Unglück." In der That, wie ließ sich die kostspielige Politik der Rüstungen vor dem Lande und den Bundesgenossen rechtfertigen, wenn sie im Ernstfall bei der ersten Probe versagte?

Dennoch hielt Schwarzenberg an ihr fest. Die Schweden blieben zunächst ein paar Tage bei Landsberg stehen und zogen dann nach dem Kreise Sternberg, wo sie das Johanniter-Ordenshaus Sonnenburg besetzten und stark befestigten. Nach Burgsdorffs Zeugnis betrugen sie sich sehr höflich gegen die Bevölkerung, gestatteten den Bauern, ihr Korn nach Belieben wegzubringen, sogar in die Festung Küstrin, ja sie ließen dem Küstriner Amtsschreiber sagen, er möge nach Sonnenburg hinauskommen, die Ernte dreschen lassen und solle den dritten Scheffel davon zur freien Verfügung haben. „Ich werde mich aber", so glossiert Burgsdorff diese wundersame Mitteilung, „an solche ihre Höflichkeit nicht kehren, sondern würde mich glücklich achten, da ich ihnen möglichen Abbruch thun könnte, welches aber so wenig ohne expressen Befehl als ohne Hazard der Völker, deren man ohne das nicht viel zu verlieren, geschehen kann."[3])

[1]) 6. (16.) August 1639, G. St.-A.

[2]) 31. Juli (10. August), G. St.-A.

[3]) Burgsdorff an Schwarzenberg, d. Küstrin 7. (17.) August 1639, G. St.-A.

Daß es ihm hiermit Ernst war, hatte er kurz vorher gezeigt. Als eine schwedische Eskadron in Göritz, nur eine Meile vor den Thoren Küstrins, fouragierte, überfiel er sie in der Morgendämmerung des 12. August mit einem Streifkommando. Einige Schweden blieben tot auf dem Platz, mehrere Offiziere und an die 70 Reiter, sowie 100 Weiber wurden gefangen, die übrigen bis fast nach Sonnenburg verfolgt, „daß also nunmehr die Trotzische Escadron totaliter ruiniret und Wrangels Frau nebst anderen Offiziersweibern, so ein groß Geld bei sich gehabt, bis Stettin geflohen sind," wie er siegesstolz und selbstbewußt berichtet.[1])

Dieser kleine Erfolg wollte freilich den schwedischen gegenüber nicht viel besagen. Schwarzenberg sah sich genötigt, Frankfurt wegen ungenügender Besatzung aufzugeben. Die Schweden überschritten hier die Oder und zogen gegen Berlin, das sich mit 20 000 Thalern und der Lieferung von 200 Pferden von der Plünderung freikaufte. Der Statthalter flüchtete nach Spandau und befahl, dort und in Küstrin den Widerstand zu konzentrieren.

Von Burgsdorffs Benehmen in den letzten Wochen war er nichts weniger als entzückt. Gerade aus dem August und September 1639 stammen seine heftigsten Anklagen gegen ihn. An der Zantocher Meuterei waren Leute von Burgsdorffs Regiment beteiligt, ein Korporal desselben hatte sogar das Signal dazu gegeben. Natürlich wurde nun der Regimentschef dafür verantwortlich gemacht, obwohl er in diesem Falle völlig unschuldig war. An seinen militärischen Maßnahmen und Plänen fand Schwarzenberg fortwährend etwas auszusetzen. Im August befahl er ihm, auf eine Wiedereroberung Landsbergs bedacht zu sein. Als Burgsdorff Ende September die Gelegenheit dazu für günstig hielt, schlug er ihm die Erlaubnis zu dem Unternehmen rundweg ab.[2]) Über die notwendige

[1]) Burgsdorff an den Kurfürsten, ohne Datum, G. St.-A.

[2]) Burgsdorff an Schwarzenberg, 15. (25.) September 1639, G. St.-A. Er kam später mehrfach auf diesen Plan zurück und bedauerte, daß das Übelwollen Schwarzenbergs ihn verhindert habe. Es scheint, als ob Burgsdorff diesmal durchaus im Recht war.

Stärke der Besatzung Küstrins gingen ihre Ansichten nach wie vor weit auseinander. Die Schilderung von der freundlichen Behandlung der Landleute seitens der Schweden bauschte Schwarzenberg wieder zu einer hochverräterischen Aktion Burgsdorffs auf.[1]) Kurz, in keiner Hinsicht konnte es ihm der Oberst recht machen. Gerade jetzt, wo sein Küstriner Posten besondere Wichtigkeit erlangte, drängte er darauf, ihn los zu werden, und es ist Burgsdorff nicht zu verargen, wenn ihm nach den vielen, zum größten Teil ungerechten Vorwürfen schließlich, wie oben erwähnt, die Galle überlief und er sich energisch gegen eine solche Behandlung verwahrte.

Und dennoch wäre damals Einigkeit statt Zankes dringender denn je von nöten gewesen, denn das Maß der Leiden und Unglücksfälle für die Mark war im Herbst 1639 keineswegs erschöpft. Zunächst trat freilich eine Ruhepause in den Angriffen der Schweden ein. Ihre Hauptmacht war zu Baner nach Schlesien gezogen, nur Landsberg hielten sie besetzt, das Ordenshaus in Sonnenburg steckten die Menschenfreunde beim Abzug in Brand.[2])

Im Dezember 1639 gelang es ihnen, Driesen in ihre Gewalt zu bekommen, ein ebenso großer Vorteil für sie wie ein schwerer Verlust für die Brandenburger. Denn von hier aus hatte der „tolle" Wedel[3]) manch kühnen Streifzug nach Hinterpommern unternommen, der reiche Beute eingebracht

---

[1]) Schwarzenberg an den Kurfürsten, 12. (22.) August 1639, G. St.-A. Burgsdorff mache bei Offizieren und Landständen ein solches Geschrei, daß alle in vollen Schrecken geraten. Dabei rühme er die große Humanität des schwedischen Generalmajors Lilliehöök gegenüber den Landeseinwohnern, „so daß diejenigen, welche ohne dies den Schweden im Busen haben, deren dann nicht wenig sind, in solcher ihrer Affection nur mehr gestärket und hingegen von E. C. D. gänzlich abalienirt werden".

[2]) Meldung Burgsdorffs aus Küstrin vom 14. (24.) September 1639, G. St.-A.

[3]) Wedelius, quem vulgo temerarii cognomine insigniebant. Pufendorf, de rebus Suecicis XI, 21, wo die Einnahme von Driesen genau geschildert wird.

hatte. Für Brandenburg ging mit Driesen nicht nur der letzte feste Platz in der Neumark verloren, sondern auch ein wichtiger Stützpunkt zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit Preußen, die schon vorher durch die Schweden oft genug gefährdet worden war.

Burgsdorff konnte es sich nicht versagen, seiner Meldung von dem Verlust Driesens an Schwarzenberg hinzuzufügen, er habe mehrfach betont, daß Driesen nicht genügend besetzt sei, es sei ihm aber so oft befohlen worden, sich nicht in andere Dinge einzumischen, daß er nun für den Fall der Festung nicht verantwortlich gemacht werden könne. Er habe nie das Oberkommando über alle Festungen begehrt, da er mit Küstrin schon mehr denn genug Mühe, Sorge und schwere Verantwortung habe, gleichwohl hätte es nicht schaden können, wenn man ihm die Inspektion auf Driesen und Oderberg vertraut, etwas mehr Autorität und Licenz gegönnt und die Hände nicht so genau gebunden hätte.[1]) Mit diesem Schreiben kreuzte sich ein Befehl Schwarzenbergs, die Besatzung von Driesen zu verstärken. Er kam zu spät.

Noch empfindlicher als der Verlust Driesens war die Einnistung der Schweden in Frankfurt. Anfang Februar 1640 verbreitete sich in Berlin das Gerücht, Baner habe dem Oberstleutnant Joachim Radicke das Patent erteilt, eine Eskadron zu errichten, und Frankfurt als Sammelplatz dafür bestimmt. An eine Behauptung Frankfurts durch die Brandenburger neben Küstrin und Spandau war bei der Ausdehnung der Werke des Platzes und der geringen Zahl der zur Verfügung stehenden Truppen nicht zu denken. Um zu verhüten, daß die Schweden sich in ihm festsetzten, schlug Schwarzenberg vor, die Mauern zum Teil einzureißen und die Werke zu schleifen. Bevor dieser Plan ausgeführt werden konnte, bemächtigten sich die Schweden am 12. Februar der Stadt und legten

[1]) Burgsdorff an Schwarzenberg, 29. November (9. Dezember) 1639, G St.-A.

4 Kompagnien, 3 zu Fuß und eine zu Pferde, unter Radicke hinein.[1])

Es lag auf der Hand, welche Gefahren diese Besetzung Frankfurts in sich barg. Im Besitz der wichtigen Stadt beherrschten die Schweden die Oder, konnten den Handelsverkehr auf ihr nach Belieben unterbinden, Berlin jeden Augenblick bedrohen, auf dem linken Oderufer nach Herzenslust fouragieren und brandschatzen und Küstrin, wie Burgsdorff sich ausdrückte, eine treffliche, hochschädliche Brille aufsetzen.

Sofort war deshalb sein Entschluß gefaßt, die Schweden aus Frankfurt zu vertreiben, ehe sie sich dort verstärkten und die Stadt noch mehr befestigten. Schwarzenberg, dem die Gründe der Expedition diesmal einleuchteten, gab seine Zustimmung, und so wurde sie in der Nacht vom 22. zum 23. Februar ins Werk gesetzt. Burgsdorff erhielt das Oberkommando, außer 400 Musketieren aus Küstrin wurden ihm Truppen aus Spandau und Peitz zur Verfügung gestellt. Aber nur die letzteren trafen auf dem Sammelplatz in Lebus ein, die von Spandau erwarteten 100 Reiter und 50 Dragoner blieben aus, weil Axel Lillie inzwischen vor Berlin erschienen war und sich in den Vorstädten einquartiert hatte. Ohne sie getraute Burgsdorff sich nicht, den Vormarsch anzutreten, und zum Unglück stellte sich außerdem plötzlich ein so scharfer Frost ein, daß an eine erfolgreiche, nächtliche Überrumpelung nicht zu denken war. Burgsdorff hatte Mühe, seine Truppen wieder nach Küstrin zurückzubringen. Drei Mann erfroren ihm unterwegs zu Tode, vielen erfroren Finger, Füße, Ohren und andere wichtige Gliedmaßen derartig, „daß die Feldscheerer genug zu thun haben und die meisten es schwerlich überstehen werden.“

Trotz sorgfältiger Vorbereitungen also wieder ein Fehlschlag. Wie weit die Schuld daran Burgsdorff oder die vis

[1]) Die Akten und Korrespondenzen über die Besetzung Frankfurts durch die Schweden liegen G. St.-A. Rep. 21, 27 h 3, ein sehr ausführlicher Bericht auch Rep. 24 c 28 Fasc. 2. Der Rat der Stadt wurde beschuldigt, die Schweden begünstigt zu haben, wogegen er sich aber energisch wehrte.

major ungünstiger Witterungsverhältnisse trifft, läßt sich schwer entscheiden. Schwarzenberg verfehlte nicht, ihm zu bedeuten, daß nach der Ansicht vieler der Anschlag auch ohne das Spandauer Kontingent wohl hätte ausgeführt werden können, er müsse aber das Mißlingen an seinen Ort gestellt sein lassen. Diese verhältnismäßig milde Kritik spricht entschieden zu Gunsten Burgsdorffs. Wir werden auch hier nicht vergessen dürfen, daß außerordentliche Anstrengungen den brandenburgischen Truppen damals nicht zugemutet werden konnten. Wie mißtrauisch Schwarzenberg ihren Leistungen gegenüberstand, ergiebt sich aus der Thatsache, daß er mit einem Male unerwartet dafür eintrat, Burgsdorff das Kommando in Küstrin zu lassen. Sollte er jetzt wider seinen Willen abgedankt werden, so würde er durch seine unausbleiblichen Diskurse die gemeinen Knechte, „deren Leichtfertigkeit itziger Zeit genugsam bekannt ist", noch mehr zum Ausreißen verleiten, wo sie es so bequem hätten, in Frankfurt zum Feinde überzutreten. Diese Worte werfen ein grelles Streiflicht auf die Zustände im brandenburgischen Heere.[1])

Radicke richtete sich inzwischen in Frankfurt häuslich ein. Er vervollständigte seine Kompagnien, verstärkte die Werke, ließ Pfähle in die Oder rammen, um sich gegen einen Überfall von Küstrin her zu schützen, und beherrschte die ganze Umgegend. Das Land hatte sehr unter ihm zu leiden, er war

[1]) Die in Landsberg gefangenen brandenburgischen Soldaten schwärmten vielfach zügellos im Lande umher. Die Schweden versprachen ihnen, wer ein Pferd brächte, solle bei ihnen als Reiter dienen, „und das ist der rechte Griff, daß diese Schelme bei dem Feinde verbleiben, indem alle Welt fast nunmehr will zu Pferde dienen und keiner mehr zu Fuß". (Aus einem Schreiben Burgsdorffs aus jener Zeit.)

Vielleicht darf ich hier eine andere, für die Heereszustände charakteristische Notiz einschalten. Als im Sommer 1639 ein Fähnrich seines Regiments an seinen Wunden gestorben war, beantragte Burgsdorff, einen tüchtigen Sergeanten zum Fähnrich zu ernennen, „da die vom Adel jetziger Zeit fast Bedenken tragen, dergleichen Chargen anzunehmen, sondern nur nach höheren trachten und Hauptleute sein wollen".

„ein gar verzweifelt böser Mensch, daß auch nichts anderes aus seinem Munde denn nur von Geld oder in Außenbleibung dessen von Feuer und Schwert gehört wird“.[1]) Zwei Dörfer, die die auferlegte Kontribution nicht bezahlten, ließ er anzünden, viele arme Leute wurden nach Frankfurt geschleppt und in Eisen gelegt, etlichen Beeskowschen vom Adel mit der Folter gedroht.

Am unbequemsten war er Burgsdorff in Küstrin. Drei von dessen Kompagnien waren bezüglich ihrer Verpflegung auf Frankfurt angewiesen. Das fiel jetzt natürlich fort. Auch aus dem Kreise Sternberg und Lebus war nichts mehr für die Brandenburger zu holen, so daß die ohnehin schon äußerst schwierige Verpflegung der Küstriner Besatzung aufs empfindlichste geschädigt wurde. Von Landsberg und Frankfurt aus beherrschten die Schweden die wichtigsten Zugänge nach Küstrin, so daß die Festung von ihnen „gleichsam blockiert und eingeengt“ wurde. Kein Scheffel Korn konnte aus der Neumark hereingeschafft werden, es hätte auch nicht einmal viel genützt, da die Mühlen bei Küstrin fast alle in Feindes Hand waren. Burgsdorff bat deshalb dringend um Mehl und mußte, von Schwarzenberg abschlägig beschieden, notgedrungen immer tiefer in das kaiserliche Proviantmagazin greifen.

Den Frühling und Sommer 1640 hindurch spann sich der kleine Krieg zwischen den Besatzungen von Küstrin und Frankfurt fort. Einmal versuchte Burgsdorff, sich durch eine Kriegslist in den Besitz Frankfurts zu setzen. Er schickte ein paar Wagen mit Getreide beladen, unter dem sich Soldaten verbargen, in die feindliche Festung und ließ 300 Mann in einem Versteck in der Nähe des Thores warten. Die Eingeschmuggelten sollten sich des Thores bemächtigen und ihre Kameraden eindringen lassen. Aber auch dieser Plan scheiterte, weil die Wagen durch das sonst fast nie benutzte Lebuser Thor in die Festung eingelassen wurden.[2]) Das Unglück, das Burgs-

[1]) Aus einem Bericht Burgsdorffs vom 23. März (2. April) 1640.
[2]) G. St.-A. Rep. 24 c 28 Fasc. 2.

dorff bei seinem ersten Auftreten im Felde, bei Mohrungen 1627 betroffen hatte, blieb ihm während seiner ganzen militärischen Laufbahn treu und machte auch diesmal seine Kriegslist zu Schanden. Freilich scheint er kein besonderes Geschick gehabt zu haben, das Glück bei der Stirnlocke zu fassen. An Verschlagenheit und Unternehmungsgeist war ihm Radicke weit überlegen. Charakteristisch für diesen ist z. B. die Art und Weise, wie er seine Abwesenheit von Frankfurt während einer Reise nach Stettin zu verbergen wußte. Er ließ die Ritterschaft des Kreises Lebus nach Frankfurt zusammenrufen und sie dann hinhalten unter dem Vorwand, krank zu sein. Alle Speisen wurden aber für ihn gekocht und angerichtet, als wenn er wirklich auf dem Krankenbette läge. Als er dann von Stettin heimlich wieder zurück war, erschien er Sonntags in der Kirche und ließ eine Danksagung für seine Genesung abhalten. Im übrigen war er ein Kriegsmann von so rauhen Sitten, daß sich Schwarzenberg schließlich beim schwedischen Kommandanten von Wismar über seine „insolenten, barbarisch und gegen allen löblichen Kriegsgebrauch laufenden Proceduren" beschwerte. [1])

Trotz der Zügellosigkeit der Kriegführung hatte sich während des Dreißigjährigen Krieges ein solcher „löblicher Kriegsgebrauch" ausgebildet, z. B. hinsichtlich der Behandlung und Ranzionierung der Gefangenen. Viele Militärs trieben das Kriegshandwerk ja ohne jede höhere Idee, nur als Sport, und jeder Sport drängt auf einen Kodex fester Regeln hin. Unter den Offizieren spielt der Begriff des Kavaliers dabei eine große Rolle, während die Soldaten darauf hielten, ehrliche Kerle zu sein. Von einem Kavalier hatte Radicke aber, wie es scheint, gar nichts an sich. Burgsdorff nennt ihn fast immer nur verächtlich „den Kerl in Frankfurt" und schimpfte weidlich auf ihn und sein Gebaren. Das konnte allerdings nichts daran ändern, daß er Radicke in militärischer Hinsicht nicht

[1]) Schwarzenberg an Jon Lilliesparre, d. Spandau 25. August (4. September) 1640, G. St.-A. Rep. 24 c 11 a Fasc. 12. Vgl. P. R. I, 58.

das Wasser reichte. Seine Briefe aus dem Sommer 1640 sind reich an Wortschwall und unablässig wiederholten Beteuerungen seines Diensteifers und seiner Treue, im ganzen aber arm an Thatenlust und Initiative. Seine militärischen Maßnahmen atmen den uns hinlänglich bekannten Geist der Vorsicht, das A und O seiner strategischen Weisheit. Er verbrämte sie freilich — und zwar nicht ganz mit Unrecht — mit der Unzulänglichkeit seiner Mittel. „Es thut mir manchesmal an der Seelen weh", heißt es in einem seiner Briefe,[1]) „wann ich von einem und dem anderen gute Kundschaft eingezogen, daß ich aus Mangel der zum Effekt gehörenden Mittel manche nützliche Sache unterlassen und hingegen dem Feinde zusehends das dominium lassen muß." Es kam hinzu, daß er im Sommer 1630 besonders stark von Fieber, Milz- und Steinleiden geplagt wurde und dadurch an geistiger Spannkraft auch nicht gerade gewonnen haben wird.

Seine Krankheit ersparte ihm die Verantwortung für eine neue Niederlage, die sich die Brandenburger Ende Juli 1640 holten.[2]) Die Belästigung der Mark durch die „Tyrannei" der Schweden in Frankfurt steigerte sich dermaßen, daß Schwarzenberg aufs neue den Versuch wagte, ihnen die Stadt zu entreißen und zwar diesmal mit großen Mitteln, die einen Erfolg menschlichem Voraussehen nach verbürgten. An Stelle des erkrankten Burgsdorff übernahm Moritz August von Rochow das Oberkommando über die Sturmkolonnen. Sie setzten sich aus 1000 Mann Fußvolk sowie zwei Regimentern und zwei Kompagnien Reiterei zusammen[3]), eine stattliche Macht, der Radicke nur 4 Kompagnien zu Fuß und eine zu Pferde ent-

[1]) An Schwarzenberg, 9. (19.) Juli 1640, G. St.-A. Rep. 21, 27 h 3.

[2]) Die Akten hierüber im G. St.-A. Rep. 24 c 28 Fasc. 2. Vgl. dazu Pufendorf, de rebus Suecicis XII, 32.

[3]) 200 Musketiere Rochow, 200 Kracht, 300 Volkmann, 300 Alt-Burgsdorff (unter Major Günther), die Regimenter zu Pferde des Obersten Konrad von Burgsdorff und des Oberstleutnants Golbacker, Oberst Trotha mit 200 Mann Leibgarde zu Pferde aus Peitz und die Reiterkompagnie des Rittmeisters Strauß aus Küstrin.

gegenstellen konnte. Am Morgen des 28. Juli kam es zu einem allgemeinen Sturm. Er währte drei Stunden, die Soldaten gelangten zum Teil bis auf die Wälle, wurden schließlich aber auf allen Punkten mit großen Verlusten zurückgetrieben und mußten nachmittags unverrichteter Sache den Rückzug antreten.[1])

An das verunglückte Unternehmen schloß sich ein gereizter Briefwechsel Rochows und Burgsdorffs mit Schwarzenberg. Burgsdorff war vor der Expedition so siegesgewiß gewesen, daß er gebeten hatte, die Stadt beim Sturm zu schonen, weil sie die Universität, „ein einzig Kleinod des Kurfürstentums Brandenburg", beherberge und ihm für 3 Kompagnien seines Regiments neben dem Stab zur Verpflegung angewiesen sei. Jetzt schob er Rochow die Schuld für den verunglückten Über-

[1]) Auch diesmal wurden die Frankfurter der Beihilfe der Schweden beschuldigt. Die stürmenden Soldaten wollten gesehen haben, wie sich Bürger aus der Stadt mit Büchsen, Hellebarden und Steinen an der Verteidigung beteiligten. Der Rat wies auch diese Beschuldigung eifrig zurück und gebrauchte dabei das sinnige Bild vom Einbruch eines Löwen in eine Schafherde, wobei er ausführte, es sei für die Schafe, d. h. in diesem Fall den Magistrat und die Frankfurter besser, etwas Wolle zu lassen und mit dem schwedischen Löwen ein Abkommen zu treffen, als ganz verderbt zu werden. Ein ausführlicher Briefwechsel hierüber liegt G. St.-A. Rep. 21, 57 i.

Unter den Verwundeten befanden sich die Obersten v. Kracht und v. Trotha, unter den Toten der Major Günther. Die Burgsdorffschen Kompagnien büßten an Verwundeten 30, an Toten und Gefangenen 132 Mann ein, darunter außer Günther 2 Leutnants, 3 Fähnriche (einer †), einen Wachtmeister-Leutnant und 8 Unteroffiziere. Die gefangenen Offiziere und Unteroffiziere wurden bis auf 3 der letzteren, von den Mannschaften 31 ranzioniert. Zum Ersatz wurden 80 Mann aus Peitz und 30 Dragoner nach Küstrin kommandiert, und am 31. Oktober 1640 erhielt Burgsdorff von Schwarzenberg den Befehl, seine 6 Kompagnien auf je 100 Mann zu vervollständigen. Da die Blockierung Küstrins durch die Schweden den Dienst in der Festung sehr anstrengend machte, so war es Burgsdorff fast unmöglich, Rekruten zu finden, obwohl das Werbegeld von 6 auf 7 Thaler erhöht wurde und Schwarzenberg im Januar 1641 der Besatzung eine halbe Löhnung extra „zu ihrer Ergötzlichkeit" zukommen ließ.

fall zu, tadelte die verkehrte Anlage der Breschbatterien und den Sturm auf das Oberthor von der Wasserseite her, der seinem (Burgsdorffs) Regiment übertragen war und besonders viele Opfer gekostet hatte. Rochow ließ dagegen seine übele Laune ziemlich unmotiviert an Burgsdorff aus, mit dem er schon lange auf schlechtem Fuße stand. Er hätte ihm, schreibt er an Schwarzenberg, das Oberkommando der Partie wohl gegönnt. Seines Erachtens hätte Burgsdorff besser gethan, etliche der Frankfurtischen Pillen zu verschlucken, die ihm vielleicht auf die 3 Meilen Wegs zu seiner Kur besser denn der Sauerbrunnen auf 60 Meilen bekommen wären.

Alle nachträglichen Beschuldigungen konnten die Thatsache nicht bemänteln, daß die brandenburgischen Truppen den schwedischen in jeder Beziehung nachstanden. Auch unter ihren Offizieren scheint keiner gewesen zu sein, dessen Fähigkeiten sich über einen mäßigen Durchschnitt erhoben. Die kopflose Preisgabe Landsbergs und der verunglückte Sturm auf Frankfurt trotz der gewaltigen Überzahl sprechen deutlicher als alle Beschwerden und Klagen von der Unzulänglichkeit aller Faktoren des brandenburgischen Heeres. Der militärische Bankerott war das Ergebnis der Regierung Georg Wilhelms, hierauf werden wir bei der Beurteilung der Politik seines Nachfolgers noch näher zurückkommen müssen.

Eine Äußerung Schwarzenbergs über die Niederlage von Frankfurt hat mir nicht vorgelegen. Mit unerschütterlichem Gleichmut nahm sie der Kurfürst in Königsberg auf. „Es wäre Uns zwar wohl lieb zu vernehmen gewesen“, ließ er Schwarzenberg schreiben, „wenn solche wohlgemeinte Impresa einen besseren Effect erreichet hätte. Nachdem aber Offiziere und Soldaten das ihrige gethan und es vor dieses Mal nur daran ermangelt, daß ihnen das Glück nicht fügen wollen, so müssen Wir's auch dahin gestellt sein lassen.“ [1]) Der un-

[1]) Reskript vom 2./12. September 1640. Ebenso resigniert hatte der Kurfürst schon am 8. März 1640 auf die Nachricht von der Einnahme Frankfurts durch Radicke geantwortet: Er habe den Fall ungern ver-

glückliche Fürst, durch die fortgesetzten Schicksalsschläge und schweres körperliches Leiden an Leib und Seele gebrochen, ließ alles in stumpfsinniger Ergebung über sich ergehen. Seine Tage waren gezählt, mitleidig erlöste ihn am 1. Dezember 1640 ein „sanfter und stiller Tod von den Qualen dieses elenden und vergänglichen Lebens, um ihn in die ewige, himmlische Freude und Herrlichkeit zu transferiren und zu versetzen".[1]

nommen, „dieweil es aber nicht zu ändern stehet und besagter Ort wegen Weitläufigkeit von uns der Notdurft nach nicht hat besetzet werden können, so müssen Wir's auch dahin lassen gestellt sein und solches dem Allerhöchsten Gott und der Zeit befehlen".

[1]) U. A. I, 373.

II.

Unter Friedrich Wilhelm.

1640—1652.

1. Bis zur Ernennung zum Oberkammerherrn.
(Dezember 1640 bis März 1642.)

„Wenn Phantasie sich sonst mit kühnem Flug
Und hoffnungsvoll zum Ewigen erweitert,
So ist ein kleiner Raum ihr nun genug,
Wenn Glück auf Glück im Zeitenstrudel scheitert."

Diese Worte lassen sich m. m. als Motto über die brandenburgische Politik in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts setzen. Die niederrheinisch-westfälische, die preußische und die in sicherer Aussicht stehende pommersche Erbschaft eröffneten dem Staate der Hohenzollern beim Anbruch des 17. Jahrhunderts die glänzende Aussicht auf eine Zukunft, die über die Bahnen der bisherigen, engen Territorialpolitik weit hinaus führen mußte. Da kam der große Krieg und schien in seinem Strudel alles verschlingen zu wollen. Von dem reichen Erbe der Jülichschen Herzöge war die eine Hälfte preisgegeben, die andere kaum gesichert; auf Preußen lastete außer dem schweren Druck der polnischen Souveränität die natürliche Spannung zwischen Polen und Schweden; in Pommern hausten die Schweden; in der Mark beschränkte sich das unbestrittene Herrschaftsgebiet fast auf ein paar Festungswälle und wenige Kreise des platten Landes; dazu leere Kassen, zerstampfte Felder, eine dezimierte Bevölkerung, unzuverlässige Truppen, trotzige Landstände, so war das Erbe beschaffen, das am 1. Dezember 1640 in die Hände eines 20jährigen Jünglings gelegt wurde.

Oft genug sind die Schwierigkeiten dieses Regierungsantrittes geschildert worden. Sie erscheinen um so größer, je mehr uns die Quellen einen Einblick in die Einzelheiten der

Lage gestatten. Guter Rat war für den jungen Fürsten wahrlich teuer. Was hatte sein Vater nicht alles versucht, um das schwanke Schifflein seines Staates möglichst ungefährdet durch die hochgehenden Wogen zu steuern! Zuerst Neutralität, dann teils erzwungener, teils freiwilliger Anschluß an Schweden, endlich Friede und Bündnis mit dem Kaiser, bald Rüstungen, bald Abrüstungen, nichts von allem hatte gefruchtet. Nicht einmal das nächste Ziel, der Erwerb Pommerns, war vertragsmäßig auch nur von einer Seite sicher gestellt. Der Kaiser würde — das ließ sich nicht verhehlen — keinen Finger für die brandenburgischen Erbansprüche rühren, wenn er ohne sie zu einer befriedigenden Einigung gelangte. Von Sachsen oder einer anderen deutschen Macht war ebensowenig Hilfe zu erwarten. Axel Oxenstierna aber, der geniale Nachfolger Gustav Adolfs, bewahrte treu das Wort seines verstorbenen großen Lehrmeisters im Herzen, Pommern sei nicht herauszugeben, und wenn 100 Jahre darum Krieg geführt werden müßte.

Die Zersetzung der Parteien durch den endlosen Krieg und die unaufhörlich wechselnden Bündnisse hatten eben fast jeden großen, einheitlichen Zug aus dem kriegerischen und diplomatischen Getriebe der letzten Jahre ausgelöst. Selbstsüchtige Interessen traten immer offener an seine Stelle; mochte jeder sehen, wie er's treibe und wo er bleibe. Damit soll nicht schlechtweg ein Verdammungsurteil ausgesprochen sein. Ohne einen gewissen gesunden Egoismus wird kein Staatswesen jemals auskommen können. Ohne einen solchen hätte speziell Brandenburg-Preußen niemals die Rolle übernehmen können, die es in den letzten drei Jahrhunderten deutscher Geschichte so glänzend und schließlich zum Wohle der Gesamtheit so erfolgreich durchgeführt hat. Das Ungesunde dieser Verhältnisse im 17. Jahrhundert lag wesentlich darin, daß die nationalen Gesichtspunkte dadurch so stark verschoben wurden. Die pommersche Frage war entschieden eine nationale, weil sie die Gefahr in ihrem Schoße barg, ein deutsches Reichsland an eine auswärtige Macht zu verschachern. Die Zeitgenossen und

zwar, wie hier ein für alle Male betont sein mag, auch die brandenburgischen Politiker sahen sie aber in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, als eine spezifisch brandenburgische an. Das war eben die natürliche Folge der unseligen Kleinstaaterei, die sich im morschen Rahmen des Reichsverbandes längst ausgebildet hatte, ehe der Westfälische Friede ihr durch das allen Gliedern des Reiches bescherte Danaergeschenk der Souveränität vor dem Forum der Europäischen Staatengesellschaft das offizielle Siegel aufdrückte.

Auf Brandenburg lastete dieser Fluch mit doppelter Wucht, weil hier mit kleinen Mitteln große Aufgaben durchzuführen waren. Großmachtpolitik treiben zu müssen und Kleinstaat zu sein, dieser unvermeidliche Zwiespalt hat den Hohenzollern des 17. Jahrhunderts, vor allem dem Großen Kurfürsten das Leben so schwer und den Herrscherberuf so dornenvoll gemacht. Denn auch das eigene Schwert bot zunächst 1640 keinen Ersatz für die Unzuverlässigkeit aller diplomatischen Bündnisse. Es war stumpf geworden und saß fest in der Scheide. Der Versuch Georg Wilhelms, es zu schwingen, hatte mit einem völligen Fehlschlage geendet. Die kümmerlichen, von den großen Werbungen übrig gebliebenen Reste des Heeres versagten bei jeder ernsten Probe. Die Schweden spielten mit ihnen wie die Katze mit der Maus. Das Land selbst lehnte sich gegen diesen Schutz auf, der mehr zerstörte als erhielt[1]).

Zu diesen allgemeinen Schwierigkeiten der Lage kam das grenzenlose Mißtrauen des jungen Kurfürsten gegen den leitenden Staatsmann seines Vaters. Ohne Zweifel war es zum allergrößten Teil ungerechtfertigt. Schwarzenberg war weder der

[1]) Im Verlauf seiner Forschungen über Schwarzenberg ist Meinardus zu einer ziemlich beträchtlichen Umwertung der meisten Faktoren gelangt, die für die Beurteilung der Politik des Großen Kurfürsten in den ersten Jahren seiner Regierung maßgebend sind. Ich kann seinen Ergebnissen nicht in allen Punkten beipflichten. Um die Darstellung an dieser Stelle jedoch nicht zu sehr mit kritischen und polemischen Bemerkungen zu belasten, habe ich versucht, mich mit seinen Ausführungen in Beilage VII auseinanderzusetzen. Dort ist auch manches berührt, was noch dem letzten Abschnitt des vorhergehenden Kapitels angehört.

persönliche, von Mordgedanken erfüllte Feind Friedrich Wilhelms, noch der verräterische Politiker für den brandenburgischen Staat.[1]) Aber sein neuer Herr hielt ihn für beides, und die Stände und alle Unzufriedenen im Lande bürdeten ihm in blindem Hasse die Verantwortung für das Unheil der letzten Jahre auf.

Gleichviel nun aber, wen die Schuld traf, „den Karren also in den Kot geführt zu haben," um mit Burgsdorff zu sprechen, jetzt galt es, ihn mit mehr als „salomonischer Weisheit" wieder herauszuziehen.[2]) Der Kurfürst stellte, von den Gegnern Schwarzenbergs beraten, folgendes Programm dafür auf: Sonderverhandlungen mit Schweden über Pommern, Abschluß eines Waffenstillstandes in der Mark, um sie von der Last des wüsten Kriegstreibens zu erlösen, Reduktion der Truppen bis auf die Festungsbesatzungen und 300 Reiter, alles aber unter möglichster Aufrechterhaltung des Einvernehmens mit dem Kaiser. Dieser neue Kurs bedeutete ein vorsichtiges Lavieren zwischen den beiden großen Parteien. Mit keiner wollte man es ganz verderben, keiner sich aber auch bedingungslos hingeben. Als Diplomat und Vertreter einer spezifisch brandenburgischen Politik betrat Friedrich Wilhelm die politische Schaubühne. Das ist er Zeit seines Lebens in erster Linie geblieben, und darin liegt seine eigentliche Größe, obwohl die Nachwelt sich daran gewöhnt hat, ihn hauptsächlich als den Kriegshelden von Warschau und Fehrbellin oder gar als den Vertreter deutsch-nationaler Reichspolitik zu feiern.

Außer sachlichen Gründen hat der persönliche Gegensatz zu Schwarzenberg die Politik des Großen Kurfürsten in den ersten Monaten seiner Regierung entschieden stark mit beeinflußt. Auch hier ging er sehr vorsichtig, aber zielbewußt vor und arbeitete vom ersten Tage an auf den Sturz des allmächtigen Ministers hin, dem nur dessen unerwartet frühes Ende zuvorkam.

[1]) Was Meinardus hierfür vorbringt, kann ich nur vollkommen unterschreiben.

[2]) U. A. I, 458. Die Sehnsucht nach Salomonischer Weisheit war damals ein beliebtes Schlagwort der brandenburgischen Staatsmänner.

Niemand hat von dieser Wendung der Dinge größeren Nutzen gezogen als Konrad von Burgsdorff. Über der Leiche seines großen Gegners ging sein Stern auf.

Nicht plötzlich freilich wie ein Meteor flammte er am Himmel auf. Burgsdorff konnte weder Thaten noch Verdienste aufweisen, die ihm die Anwartschaft auf die Nachfolge Schwarzenbergs sicherten, selbst vorausgesetzt, daß Friedrich Wilhelm sich nach einem Mentor und einem Gängelbande, wie sein Vater gesehnt hätte, was trotz seiner Jugend bekanntlich keineswegs der Fall war. Was Burgsdorff in seinen Augen empfahl, war wohl zunächst die Feindschaft Schwarzenbergs. Schon vor 1640 hatte der gemeinschaftliche Haß gegen den mächtigen Günstling die beiden Männer einander genähert. Leider besitzen wir als Zeugnis für diese Annäherung nur eine sehr allgemein gehaltene Andeutung Schwarzenbergs, die uns keinen genaueren Einblick in das Verhältnis Burgsdorffs zum Kurprinzen gestattet.[1]) Sehr intim wird es kaum gewesen sein, denn ein persönlicher Verkehr zwischen beiden kann sich höchstens in der kurzen Zeit des Aufenthaltes Friedrich Wilhelms in der Mark vor der Flucht nach Preußen 1638 angebahnt haben. Daß Burgsdorff aber etwa hinter dem Rücken Georg Wilhelms und Schwarzenbergs im Briefwechsel mit dem Kurprinzen in Königsberg gestanden, „die aufgehende Sonne angebetet habe", um einen Ausdruck Friedrich Wilhelms I. zu gebrauchen, ist so gut wie ausgeschlossen.

Außer der Feindschaft Schwarzenbergs konnte Burgsdorff bei dem jungen Kurfürsten seine erprobte Treue und Anhänglichkeit an die Dynastie in die Wagschale werfen. Wir wissen, wie gern er hiermit prunkte. Unserem Geschmack ist dieser Zug wenig sympathisch. Er klingt zu sehr nach Ruhmredigkeit und leerem Wortschwall für Dinge, die wir für selbstverständlich halten. Es liegt mir auch fern, eine Lanze für die Form zu brechen, in der Burgsdorff aus seinem Patriotis-

---

[1]) Vgl. oben S. 105, dazu P. R. I, LIV.

mus Kapital schlug. Nur möchte ich darauf hinweisen, daß diese Art von Patriotismus damals doch anders zu bewerten ist als heutzutage. Beamte und besonders Offiziere handelten nur gar zu gern nach dem Grundsatz: ubi bene ibi patria. Das Gefühl, nur im Dienste des Vaterlandes seinen Ehrgeiz zu befriedigen, war vielen abhanden gekommen. In Burgsdorffs Seele war es dagegen lebendig, er war und blieb sein Leben lang der treue märkische Vasall. Seiner ganzen Persönlichkeit nach vermag ich ihn mir in fremden Diensten nicht vorzustellen.[1]) Das erklärt sich ja wohl hauptsächlich aus seiner Jugendfreundschaft mit Georg Wilhelm, bleibt aber immerhin ein Ruhmestitel, den er nicht gerade mit der Mehrzahl seiner Zeitgenossen teilt.

Diese beiden Eigenschaften dürften die Aufmerksamkeit Friedrich Wilhelms vorzugsweise auf ihn gelenkt haben. Wie hoch er seine Fähigkeiten einschätzte, darüber liegt aus der ersten Zeit nach dem Regierungsantritt kein Zeugnis, weder

[1]) Daß er der Chef eines kaiserlichen Reiterregiments war und so hartnäckig an ihm festhielt, kann nicht als Gegenbeweis gegen diesen Satz verwertet werden, wie das z. B. von Cosmar unter dem Aufwande großer Entrüstung versucht worden ist (Scharzenberg S. 94). Solange sein Landesherr vor aller Welt Bundesgenosse des Kaisers war, ließ sich ihm offiziell kein Vorwurf daraus machen. Irgend einen Einfluß auf seine politische Stellung hat dieser kaiserliche Dienst nicht gehabt. Er war eben lediglich nominell, geführt hat er das Regiment, seit es in kaiserliche Dienste übergetreten war, niemals, soviel ich sehe. Wir dürfen ihm also wohl glauben, daß er es nur der pekuniären Vorteile halber beizubehalten wünschte. Obersten als Chefs von Regimentern hatten ja damals vielfach mehr von einem Spekulanten als von einem Offizier an sich.

Einen andern Beweis für die Unerschütterlichkeit seiner Treue gegen das kurfürstliche Haus könnte man darin finden, daß der junge Graf Johann Adolf von Schwarzenberg einmal von ihm schreibt, er sei nicht mit viel Geld zu gewinnen (Juli 1641, U. A. I, 485). Ich lege jedoch keinen großen Wert hierauf, denn sein Haß gegen den jungen Schwarzenberg war in der That so „irreconciliabel", wie wir noch sehen werden, daß er mit Gold nicht aufzuwiegen war. Auf den Vorwurf der Bestechlichkeit, der Burgsdorff in seiner weiteren Laufbahn gemacht wurde, komme ich übrigens später noch ausführlich zurück.

ein direktes noch indirektes, vor. Als Vertreter einer bestimmten politischen Richtung konnte ihm Burgsdorff jedenfalls nicht entgegentreten. In den letzten zehn Jahren hatten seine politischen Anschauungen ja so ziemlich alle Richtungen der Windrose durchlaufen. Daß er 1640 ein festes, politisches Programm besaß, möchte ich bezweifeln. Zur Zeit der Militärdiktatur Schwarzenbergs war er von allen politischen Angelegenheiten fern gehalten worden und nichts als Soldat gewesen. Die Vorwürfe der Schwedenfreundlichkeit, die ihm Schwarzenberg machte, waren, wie wir sahen, künstlich stark aufgebauscht, wurden von ihm in Wort und That bestritten und haben sich selbst im Munde seines Anklägers nicht zu der Behauptung verdichtet, daß er der Fürsprecher eines schwedischen Bündnisses sei.

Das erste, was Burgsdorff von seinem neuen Landesherrn erfuhr, schien alles beim alten zu lassen. Der Kammerjunker Werner von der Schulenburg, der die Nachricht vom Tode Georg Wilhelms nach Berlin brachte und Küstrin unterwegs berührte, hatte eine Instruktion für Schwarzenberg in der Tasche, in der der Graf in den schmeichelhaftesten Ausdrücken aufgefordert wurde, dem Kurfürsten „die schwere und fast unerträgliche Regierungslast nicht wenig erleichtern helfen zu wollen“, indem er seinen Statthalterposten beibehielte, sich die Konservierung der märkischen Festungen wie bisher eifrig angelegen sein ließe und dem Feinde nach Gelegenheit „an einem oder andern Ort einigen Abbruch thäte“.[1])

Dem offiziellen Abgesandten folgte aber ein expresser Bote auf dem Fuß, dessen Botschaft erkennen ließ, daß der Wind in Königsberg sich schon zu drehen anfing. Er brachte dem Kommandanten von Küstrin den Befehl, „auf den unverhofften Fall, daß ihm kaiserliche Garnisonen einzunehmen von jemanden, wer der auch sein möge, angemutet werden sollte, solches abzuschlagen und an den Kurfürsten zu verweisen,

[1]) U. A. I, 373.

welches er dann auch also gehorsamst in acht zu nehmen und unterdessen in höchster Geheim zu halten wissen werde." Wir wissen jetzt, daß mit dem geheimnisvollen „Jemand" kein geringerer als Schwarzenberg gemeint war. Der Kurfürst befürchtete, obwohl völlig grundlos, daß Schwarzenberg entgegen den Bestimmungen des Prager Friedens, aber um Brandenburg enger an den Kaiser zu fesseln und den Landesherrn vor eine vollendete Thatsache zu stellen, dem Kaiser die märkischen Festungen ausliefern wolle. Ob Burgsdorff den versteckten Sinn dieses Befehls richtig erfaßte, mag dahingestellt sein. Der Zusatz: „im übrigen möge er des Herrnmeisters Ordre noch ferner parieren", hätte ihm vielleicht einen Fingerzeig geben können. Jedenfalls wird er es wohlthuend empfunden haben, statt der gewohnten, in Schwarzenbergscher Wolle gefärbten kurfürstlichen Reskripte aus Preußen nun sofort eine Geheimordre zu erhalten, die ein entschiedenes Vertrauensvotum darstellte.[1])

Im übrigen gingen die Häkeleien zwischen Schwarzenberg und ihm vorläufig fort. Der Statthalter verbot ihm das eigenmächtige Ausschreiben von Geldern, um 30 Dragoner beritten zu machen.[2]) Er beschwerte sich beim Kurfürsten darüber, daß Burgsdorff, ohne Befehl von Berlin abzuwarten, die Hauptleute seines Regiments auf den neuen Landesherrn durch Handschlag verpflichtet habe.[3]) Er kam auf die alten Forderungen zurück, daß er endlich sein kaiserliches Reiterregiment abgeben und das Magazin in Küstrin nicht ferner angreifen solle, und beschuldigte ihn schließlich offen des Ungehorsams gegen seine Befehle, weil er — es handelte sich um die Nichtausführung militärischer Exekutionen — „wie er hiebevorn wohl zu mehrmalen gethan, den Unglimpf und des Landes Verfassung von sich schieben und mich und andere E. Ch. D. mir adjungierte Räte zur Ungebühr allein damit onerieren will".[4])

[1]) P. R. I, 29, vgl. dazu II, XXXVI.
[2]) P. R. I, 31.
[3]) U. A. I, 376.
[4]) U. A. I, 387; P. R. I, 75.

Allein auch Schwarzenberg wurde bald inne, daß seine Klagen und Beschwerden in Königsberg auf einen andern Resonnanzboden trafen wie bisher. Die Antwort auf seine Beschwerde über das eigenmächtige Vorgehen Burgsdorffs bei der Verpflichtung seiner Hauptleute bestand in der Ernennung besonderer Kommissare zur Eidabnahme der Festungsbesatzungen, wobei von seiner Mitwirkung als Statthalter unter einem sehr fadenscheinigen und beinahe kränkenden Vorwande Abstand genommen wurde.[1] In der Frage der militärischen Exekutionen stellte sich der Kurfürst zwar auf Schwarzenbergs Seite,[2] aber über die Beibehaltung des kaiserlichen Regiments ging er schweigend hinweg, und entgegen einem ausführlichen Gutachten des Statthalters bestimmte er, daß Burgsdorff als Kommandant von Küstrin den Oberbefehl auch über die in der Festung liegenden Reiter haben solle, weil es „im Niederland und sonsten überall so gebräuchlich sei".[3])

Die Differenzpunkte waren, wie man sieht, nicht sehr erheblich, aber beide Gegner, gleich empfindlich in ihrem Ehr-

[1]) U. A. I, 394. „Dieweil Uns vor allen Dingen dahin zu sehen obliegen und gebühren will, daß die Festungen bestermaßen conserviret und defendiret werden mögen und Wir der Offiziere und Soldaten noch um so viel mehr versichert sein können, wann sie sich Uns mit der gewöhnlichen Pflicht und Eide selbst verwandt machen, dessen sie sich dann auch mit Fuge nicht entbrechen können: so haben Wir zu Abnehmung derselben Pflicht gewisse Personen deputiren, auch an die Kommandanten dergestalt rescribiren wollen, wie Euch die beiden Beilagen zeigen werden. Wir hätten Euch zwar wohl auftragen wollen, deshalb draußen Verordnung zu machen; dieweil Wir's aber dafür gehalten, daß es ohne weniger Difficultet zu Werk zu richten sein würde, wann Wir unter Unserer eigenen Hand und Siegel die Commission ertheilten und die Rescripta an die Kommandanten ergehen ließen, so haben Wir's auch dahin gerichtet, nicht zweifelnde, es werden Unsere Deputirte das Ihrige thun und Offiziere und Soldaten es an ihrer Schuldigkeit auch nicht ermangeln lassen."

[2]) P. R. I, 76. Burgsdorff verteidigte sich dagegen in weitschweifigen Erörterungen P. R. I, 150.

[3]) U. A. I, 410, P. R. I, 80, 126, 178.

gefühl, wußten sich nach dem Satz: c'est le ton qui fait la musique, ihren Reim darauf zu machen. Burgsdorff schüttete in einem unterthänigen Neujahrschreiben dem Kurfürsten sein Herz aus[1]). Es klang anders, wie die Wünsche, die er ein Jahr vorher Schwarzenberg dargebracht hatte. „E. Ch. D. wissen, wie ich bishero geschimpfet worden", so schloß er eine lebhafte Schilderung seiner bisherigen Behandlung, des schlechten Zustandes seiner Truppen und der ihm anvertrauten Festung, die in die dringende Bitte um Abhilfe auslief. Der Balsam, den Friedrich Wilhelm hierauf in seine Wunden träufelte, hatte freilich nur eine geringe Heilkraft. „Nun achten Wir unnötig", heißt es in der kurfürstlichen Antwort[2]), „Uns wegen dessen, was Ihr Euerer beständigen, unterthänigsten Treue, Affection und Devotion halber zu Unserm gnädigsten Gefallen Euch erklären wollen, einigermaßen aufzuhalten, dieweil Wir daran im geringsten nicht zu zweifeln haben, sondern Uns solcher unveränderlichen, getreuen, unterthänigsten Affection und Devotion ebenso gewiß versichert halten, wie Ihr Euch Unserer beharrlichen Churfürstlichen Hulden und Gnaden wohl vergewissert halten könnet. Anreichend hiernächst das in unterschiedenen Punkten bestehende Hauptwerk, so möchten Wir wohl wünschen, daß Wir dasselbe also beschaffen befünden, daß Wir uns alsbald darauf Euerer unterthänigst geschöpften Hoffnung nach in allem gewierig erklären könnten. Dieweil aber die Puncta zum Teil wegen Ermangelung genugsamer Information, zum Teil aber wegen entstehender Geldmittel und anderen Ursachen vor diesmal dergestalt, daß es zu Euerem völligen Contento gereiche, zu resolviren unmöglich, so werdet Ihr das, was bishero zu praestiren unmöglich, auch noch ferner iniuriae temporum ascribiren und der Besserung nebenst Uns in Geduld erwarten wollen ..... Ob Wir Euch ein Mehres in Gnaden gerne gönnen möchten, so wollen es doch die jetzigen Zeiten nicht leiden, wie Euch solches selbst mehr, als Euch lieb

[1]) P. R. I, 65.
[2]) P. R. I, 80.

sein kann, bekannt; werden sich aber die Zeiten nur in etwas ändern, so werden Wir es an wirklicher, gnädigsten Bezeigung gegen Euch nicht ermangeln lassen und verbleiben Euch mit Churfürstlichen Hulden und Gnaden wohl beigethan."

Mit gemischten Gefühlen wird Burgsdorff diese Worte gelesen haben. Schön verbrämt mit Huld und Gnade, an deren Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln war, boten sie ihm doch im „Hauptwerk" statt des gewünschten Brotes nur einen Stein, und die Vertröstung auf eine bessere Zukunft war eine zweifelhafte Zugabe. Dennoch vermögen wir uns lebhaft in seine Stimmung hineinzuversetzen und mit ihm zu fühlen, wie er „wegen seiner bisher zur Ungebühr erlittenen großen Verfolgung in etwas gleichsam respirirte".

Aus der Rolle des Verfolgten und Unterdrückten geht Burgsdorff allmählich zu Angriffen gegen Schwarzenberg vor, allerdings nicht in dem Sinne, daß er die Führung der Opposition gegen den Statthalter übernahm. Die überließ er den Ständen und dem „kur- und fürstlichen Frauenzimmer" d. h. der Damenpartei am Hofe, soweit der junge Kurfürst sie nicht selbst in die Hand nahm.[1])

Seine Angriffe hielten sich, soweit uns die Quellen einen Einblick in sie gewähren, in bescheidenen Grenzen. Abgesehen von einer nicht sehr erheblichen Spezialbeschwerde über eine Verfügung des Statthalters[2]) bestanden sie im wesentlichen in der Kritik seiner „hitzigen Consilia" und verfehlten Kriegsexpeditionen, die nach dem Urteil Burgsdorffs so viel zum Ruin des Landes beigetragen haben. Hierzu gehört auch die Niederbrennung der Berliner Vorstädte, eine Maßregel, die vielleicht etwas vorschnell angeordnet wurde, vom militärischen Standpunkt aus sich aber wohl verteidigen ließ, während Burgsdorff „nicht absehen kann, wie solcher unnötiger Brand und dadurch verursachter großer Schade vor Gott und E. Ch. D.

[1]) Meinardus P. R. II, Einleitung, Abschnitt: „Landständische Friedenspolitik".

[2]) P. R. I, 140, 162.

zu verantworten ist." Der einzige gehässig klingende, zwar nicht direkt, aber indirekt entschieden gegen Schwarzenberg gerichtete Angriff bestand in der geheimen Warnung des Kurfürsten vor Dolch und Gift gedungener Mörder. Wir wissen, daß Schwarzenberg solchen Gewaltmitteln durchaus fern stand, wir wissen freilich auch, daß ihm seine Gegner, in erster Linie der Kurfürst selbst, das Schlimmste in dieser Hinsicht zutrauten, so daß die gut gemeinte Warnung Burgsdorffs nur als ein Zeichen der Stimmung im antischwarzenbergschen Lager und nicht als ein Ausfluß besonderer Gehässigkeit anzusehen ist.[1])

Übrigens ist für alle Äußerungen Burgsdorffs über Schwarzenberg in den wenigen Monaten vom Regierungsantritt des Kurfürsten Friedrich Wilhelm bis zum Tode des Grafen zu bemerken, daß er manches der Feder nicht anzuvertrauen wagte. Das wird, wie in allen derartigen Fällen, eben das gewesen sein, was für uns am interessantesten wäre. Im Januar und Februar 1641 bat er wiederholt, kurze Zeit nach Preußen kommen zu dürfen, um diesem Mangel des schriftlichen Verkehrs abzuhelfen. Vorläufig wurde nichts daraus, da der Kurfürst seine Anwesenheit in der Mark zu Lebzeiten Schwarzenbergs und nach dessen plötzlichem Hinscheiden erst recht für nötiger erachten mochte. Schon zu Neujahr hatte er seinen Sekretär mit mündlichen und schriftlichen Aufträgen an den Hof nach Königsberg gesandt. Bald darauf erschien dort sein Bruder Georg Ehrenreich als Mitglied einer Deputation der märkischen Stände und wird vermutlich manch kräftig Wörtlein geredet haben, das auch seinem Bruder aus der Seele gesprochen war.[2])

Von dem Briefwechsel zwischen Burgsdorff und Schwarzenberg in dem oben erwähnten Zeitraum sind nur geringe Reste

[1]) U. A. I, 421, Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins, Heft 6, S. 129, 130.

[2]) P. R. I, 80, 119, 145, U. A. X, 77. Eine andere vertrauliche Korrespondenz mit dem Kurfürsten wird erwähnt P. R. I, 144.

erhalten,[1]) vermutlich ist er überhaupt nicht sehr lebhaft gewesen. Sein Inhalt betrifft, soweit er nicht oben schon erwähnt ist, lediglich Mitteilungen über militärische Ereignisse in der Mark. Besonders erwähnenswert ist nichts darunter, auch im Ton sind die Briefe durchaus geschäftsmäßig gehalten und lassen durch keinerlei Anspielungen — man könnte höchstens sagen, durch das Fehlen derselben — erkennen, daß im Verhältnis der beiden Männer zu einander eine so tiefgreifende Änderung eingetreten war.

Charakteristisch sind die Worte, mit denen Burgsdorff die Nachricht vom Tode Schwarzenbergs erwidert. Mit erschrockenem Gemüt, schreibt er am 16. März an die Geheimen Räte in Berlin,[2]) habe er seines gnädigen Herrn und Meisters schnellen und unverhofften Todesfall vernommen. „Alldieweil man aber dem unwandelbaren Willen des Allerhöchsten nicht widerstreben, weniger dem abgelebten Körper die sanfte Ruhe und der Seele die ewige Freude und Seligkeit mißgönnen soll, so müssen wir uns allerseits mit Geduld fassen und es dem Allmächtigen Gott anheimgestellt sein lassen." Ein letzter Gruß, farblos und kühl, aber nach allem, was zwischen beiden vorgefallen, nicht unwürdig und der Sachlage entsprechend.

Bevor wir uns den frommen Wünschen des Schreibers für das Seelenheil seines Feindes anschließen, halten wir einen Augenblick inne, um noch einmal das Verhältnis der beiden Männer zu einander in den letzten Jahren ihres erbitterten Zwistes zu überschauen. Wer von beiden der bedeutendere war, braucht nicht erst untersucht zu werden. Wenn ich auch Schwarzenberg nicht auf einen so hohen Sockel stellen möchte, wie das sein neuster Biograph gethan hat, so ist doch nicht zu verkennen, daß er eine hervorragende Persönlichkeit nicht nur seinem Range und seiner äußeren Stellung, sondern auch seinen Geistesgaben nach war. Von menschlichen Schwächen nicht frei, zeigt er als Staatsmann entschieden Willensstärke

[1]) G. St.-A. Rep. 21, 27 h 3.

[2]) Ebendort, ein Auszug aus dem Brief P. R. I, 185.

und Folgerichtigkeit. Über die Gesellschaft der brandenburgischen Politiker, in deren Mitte er sich bewegt, und auch über die Person Georg Wilhelms ragt er weit hinaus. Man müßte etwa auf Hans Georg von Arnim zurückgreifen, um ihm einen ebenbürtigen Genossen zum Vergleich an die Seite zu stellen, und es ist, beiläufig bemerkt, bedauerlich, daß diesem der Boden seiner märkischen Heimat zu eng für seinen Thatendrang wurde. Von allen Märkern hätte er wohl das erste Anrecht darauf gehabt, das Steuerruder der Politik seines Vaterlandes zu ergreifen.

Konrad von Burgsdorff war Arnims Schüler in politischen Dingen, aber zu seiner Meisterschaft hat er es nie gebracht, am wenigsten vor 1640. Ebensowenig reichten seine Fähigkeiten an die Schwarzenbergs heran. Wie er äußerlich sein Untergebener war, so steht er auch geistig hinter ihm zurück.

Wie kam es aber nun, daß beide so hart aneinander gerieten? Als eifrigen Gegner Schwedens und Befürworter des sächsischen Bündnisses haben wir Burgsdorff 1634 aus den Augen verloren. Nichts wäre natürlicher, als ihn 1638 als begeisterten Anhänger Schwarzenbergs wieder auftauchen zu sehen, der ja diese Politik auf seine Fahne geschrieben hatte. Statt dessen bemerken wir das Gegenteil: aus vollen Schalen gießt der Graf seinen Zorn über ihn aus.

Leider lassen uns, wie gesagt, die Quellen im Stich, um das Entstehen und Wachsen dieses Zwistes zu verfolgen. So viel steht aber fest: die Politik — das Wort im engeren Sinne gefaßt — ist beim Suchen nach den Gründen der Entzweiung auszuscheiden. Sie spielt in dem Konflikt entweder gar keine oder höchstens eine völlig untergeordnete Rolle. Burgsdorff war bis zu der Zeit, wo Schwarzenberg die Zügel des Regiments in der Mark ergriff, mehr Diplomat als Soldat gewesen; von da ab bis zum Tode des Grafen erscheint er aber fast ausschließlich als Oberst, Regimentskommandeur und Festungskommandant. Als solcher gab er dem Statthalter zuerst Grund zur Unzufriedenheit. Nicht schlimmer als seine

Kameraden, eher besser, aber keineswegs ohne Schuld und Fehle, half er ihm das Konzept seiner kriegerischen Politik verderben, die gerade durch ihn und seinesgleichen ausgeführt werden sollte. Begreiflich, daß Schwarzenberg über das Gebaren dieser habgierigen, unzufriedenen und so wenig leistungsfähigen Offiziere in Harnisch geriet und ihnen das ganze Odium für die Fehlschläge aufbürdete.

Warum aber schoß er seine giftigsten Pfeile gerade gegen Burgsdorff ab? Psychologische Erwägungen müssen hier das spröde Aktenmaterial ergänzen. Ich werde am Schluß meiner Arbeit versuchen, eine zusammenhängende Charakteristik Burgsdorffs zu entwerfen. Das läßt sich aber schon hier konstatieren, daß sein Wesen seinem Gegner manche Angriffspunkte bot. Er war entschieden ein besonders unbequemer Untergebener. Mit großen Worten schnell bei der Hand, mit großen Thaten desto langsamer, von einer erstaunlichen Ausdauer der Zunge wie der Feder, ließ er sich zweifelsohne, besonders im vertrauten Kreise beim Becher, oft zu Unbedachtsamkeiten hinreißen, die von der Hydra des Lagerklatsches aufgegriffen, vergröbert oder entstellt zu den Ohren Schwarzenbergs gelangten und sich hier schnell zu Anklagen verdichteten.

Ihre Wahrheit oder Unwahrheit zu ergründen, gab sich Schwarzenberg nicht lange Mühe. Denn auch er war unbequem als Vorgesetzter, stolz und herrisch, rücksichtslos seine Macht ausnutzend, mit Nackenschlägen und Nadelstichen den trotzigen Untergebenen peinigend, um ihn zu demütigen oder, wenn möglich, kalt zu stellen. Gelang ihm das, so wäre sein Triumph um so größer gewesen, als er in Burgsdorff den ältesten und angesehensten unter den brandenburgischen Obersten traf, dem sein persönliches Freundschaftsverhältnis zum Kurfürsten ein besonderes Relief verlieh. In ihm mochte er hoffen, der Schlange der Soldateska den Kopf zu zertreten, ein warnendes Exempel für alle übrigen zu statuieren. Daß Burgsdorff allen seinen Griffen entglitt, mußte ihn nur immer mehr reizen. Der Streit zwischen beiden kennzeichnet sich zwar,

wie wir gesehen haben, nicht eigentlich als ein Zweikampf zweier Nebenbuhler um die Gunst ihres kurfürstlichen Herrn. Dazu standen sie einander nicht ebenbürtig genug gegenüber. Immerhin mußte es Schwarzenbergs Stolz aber empfindlich berühren, daß seine Allmacht im Falle Burgsdorff eine Grenze fand. Er setzte alle Hebel an, scheute sogar vor Verleumdungen nicht zurück, um den Verhaßten zu Fall zu bringen. Georg Wilhelm kam seinen Wünschen weit entgegen, er schenkte den Anklagen scheinbar Glauben und erwiderte betroffen, er hätte nie vermutet, daß Burgsdorff, dem er von Jugend auf so mannigfaltige und hohe Gnade erwiesen, ihn dergestalt mit Undank lohnen würde.[1]) Aber völlig zog er seine Hand von dem vertrauten Jugendfreunde nicht ab, und aus diesem Widerspruch zwischen den Worten und den schließlichen Befehlen in den kurfürstlichen Reskripten mußte sich Schwarzenberg notgedrungen seinen Vers machen.[2])

Auch sachlich waren seine Vorwürfe zum großen Teil übertrieben, wenn nicht direkt ungerechtfertigt. Als mildernder Umstand stand ihm allerdings die Ebbe in den kurfürstlichen Kassen zur Seite. Selbst bei besserem Willen würde er alle Forderungen Burgsdorffs nicht befriedigt haben können. Es zeigt sich eben auch hier, daß die Aufgabe, die er sich gestellt, eine zu schwere war. Wesentlich auf sich selbst angewiesen, besaß der brandenburgische Staat weder die Mittel noch die Persönlichkeiten, um den gewaltigen kriegerischen Wirren der Zeit wirksam zu begegnen und sich allen Gewalten zum Trotz zu erhalten. Ich zweifele, daß das möglich gewesen wäre, selbst wenn etwa statt eines Schwarzenberg oder Georg Wilhelm der genialste aller Hohenzollern, Friedrich der Große, Feldherr

[1]) Georg Wilhelm an Schwarzenberg, d. Tilsit 30. September / 10. Oktober 1638, G. St.-A. Rep. 24 V.

[2]) Schon Cosmar hat das richtige Wort für das Verhalten des Kurfürsten in dem Zwist zwischen seinen beiden Günstlingen gefunden, wenn er bemerkt (Schwarzenberg S. 190): Georg Wilhelm sprach für den einen und scheute sich, gegen den andern zu handeln.

und Staatsmann zugleich, damals die Geschicke Brandenburgs gelenkt hätte.

Ob unter diesen Umständen eine Entfernung Burgsdorffs aus seinen Ämtern die Wirkung gehabt haben würde, die sich Schwarzenberg von ihr versprach? Ich glaube, wir dürfen die Frage ruhig verneinen. Ein Stein weniger auf seinem Wege hätte diesen noch lange nicht eben und gangbarer gemacht,[1]) vielleicht sogar im Gegenteil nur noch schwieriger. Denn den Mund konnte Schwarzenberg seinem überwundenen Gegner doch nicht verbieten, seines persönlichen Einflusses konnte er ihn nicht berauben, und als unabhängiger Mann hätte Burgsdorff viel wirksamer Opposition treiben können, wie als Oberst und Untergebener des Statthalters. Alles in allem genommen trägt der Kampf zwischen den beiden Gegnern also einen mehr persönlichen als prinzipiell sachlichen Charakter.

* * *

Wenn etwas imstande ist, uns mit den manchen unerfreulichen Seiten in Schwarzenbergs Charakter auszusöhnen, so ist es die Art und Weise, wie er dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm in den ersten Monaten seiner Regierung entgegentrat. Über dessen Anschauungen wohl von vornherein nicht im unklaren und die auf seinen Sturz abzielenden Schachzüge immer deutlicher erkennend, bewahrt er bei aller inneren Erregung nach außen hin stets Würde und Fassung. Ehrerbietig und freimütig zugleich legt er dem jungen Fürsten die Grundzüge seiner Politik offen dar.[2]) Seinen rein sachlichen Ausführungen merkt man die Bitterkeit nicht an, die ihn erfüllen mußte, wenn er sah, daß der neue Herr neue, von den seinen

[1]) Von der Ergebenheit der meisten übrigen hohen Offiziere, besonders des Obersten von Rochow und des Oberstleutnants von Goldacker, die vielfach als Kreaturen Schwarzenbergs bezeichnet werden, darf man sich keine zu hohe Vorstellung machen. Auch sie waren trotzige Gesellen, die dem Statthalter nur so weit und so gerne gehorchten, wie es ihren Interessen entsprach.

[2]) U. A. I, 384 ff., bes. 412, dazu P. R. I, 134.

so stark abweichende Bahnen einschlug. Unaufgefordert bittet er mehrfach, ihn „wegen seines kundbaren Alters, der aus allen Collegiis auf ihn redundirenden Verrichtungen und des von dem Lande ihm zuwachsenden unverschuldeten großen Hasses“ von der „Direction des Kriegsstaats“ zu entbinden und ihm allein das Statthalteramt zu lassen, eine Zweiteilung seiner Diktatur, die in Wirklichkeit freilich kaum durchführbar gewesen wäre.[1]) Das Schwerste, was einem Staatsmann beschieden sein kann, den Sturz nicht nur seiner Person, sondern auch seines Systems vorauszusehen, blieb ihm nicht erspart. Diese Erkenntnis beschleunigte sein Ende, aber sein Verhalten in diesen trüben Tagen wirft einen verklärenden Schimmer auf die Tragik seines Rücktritts von der politischen Bühne. Ähnlich wie Metternich zwei Jahrhunderte später schied er von ihr wie ein echter grand seigneur, ohne seiner persönlichen Würde und Hoheit auch in den schwierigsten Augenblicken etwas zu vergeben.

Das Programm, das der junge Kurfürst an die Stelle des Schwarzenbergschen setzte, haben wir schon kennen gelernt.[2]) Burgsdorff war im wesentlichen mit ihm einverstanden und bereit, an seiner Durchführung mitzuwirken. Noch zu Lebzeiten Schwarzenbergs bat er wiederholt, ihm das Oberkommando über die Festungen und die brandenburgischen Truppen anzuvertrauen, zunächst freilich ohne Erfolg.[3]) Dagegen wurde er am 27. Februar 1641 zum Rat bei der Regierung und Amtskammer in Küstrin ernannt. Die hierin liegende Auszeichnung war allerdings keine bedeutende, da das Amt nicht sehr wichtig und auch von seinem Vorgänger in Küstrin, Hildebrand von Kracht, bekleidet worden war. Wohl nur der Feindschaft Schwarzenbergs hatte es Burgsdorff zu verdanken gehabt, daß

[1]) Schwarzenberg an den Kurfürsten, 21. Januar und 10. Februar 1641, U. A. I, 402, P. R. I, 136.

[2]) Vgl. oben S. 154.

[3]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 19. Februar 1641 und schon früher. U. A. I, 426.

er es nicht gleichzeitig mit der Kommandantur erhalten hatte. Jetzt wurde Schwarzenberg durch seinen Tod der peinlichen Aufgabe überhoben, ihn als Rat bei beiden Behörden zu installieren, und die Geheimen Räte in Berlin führten am 18. März den kurfürstlichen Befehl aus.[1])

Sofort nach dem Tode des Grafen stellte Burgsdorff seine Dienste dem Kurfürsten, „da E. Ch. D. die meinige Person zu einigem Andern, so Derselben und Ihrem hochlöblichsten Churhause zu einiger Ersprießlichkeit gereichen möchte, zu gebrauchen vor capabel erachten würden", jederzeit bereitwillig zur Verfügung. Dieses Anerbieten schließt sich unmittelbar an den Hinweis an, wie „also nunmehr die höchste Notdurft erfordert, daß E. Ch. D. zur Versicherung Ihres Estats ohne Säumnis nicht allein diese Charge [das Statthalteramt Schwarzenbergs] einem solchen Subjecto hinwieder beilegen, der im Lande Affection haben, bei der Soldatesca aber von Autorität und Reputation sein möge, sondern auch solche Leute, die Respect haben, welche die Sachen, so mit dem Obersten Rochowen und den Reutern passiret, stillen, ordnen".[2]) Die Vermutung drängt sich auf, daß Burgsdorff sich selbst für den Nachfolger Schwarzenbergs capabel erachtete und sich mit einem zarten Wink dafür in empfehlende Erinnerung brachte. Ganz ausgeschlossen ist es nicht, daß seine Gedanken einen so hohen Flug nahmen, doch halte ich es für sehr unwahrscheinlich, daß er ernstlich an ihre Verwirklichung dachte.[3]) Der Statthalterposten, der seinen Inhaber zum persönlichen Vertreter des Landesherrn stempelte,

[1]) Die kurfürstliche Verfügung vom 27. Februar P. R. I, 161; Reskript der Geheimen Räte in Berlin an den Kanzler zu Küstrin vom 8. (18.) März, G. St.-A. Rep. 21, 27 h 3.

[2]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 15. März 1641, P. R. I, 184.

[3]) „Die Frage, wer des Grafen Nachfolger sein werde, ob sein Sohn, ob Burgsdorff oder wer sonst, wurde mit wachsender Aufregung besprochen." Droysen, Preuß. Politik III, 1 S. 227. Prutz läßt in seiner Preußischen Geschichte I, 400 die Frage offen, indem er zu dem oben angeführten Schreiben Burgsdorffs den Zusatz macht: „Hielt er (B.) vielleicht sich selbst für den geeignetsten Mann?"

stand so hoch im Range, daß er fast ausschließlich Mitgliedern des hohen oder fürstlichen Adels verliehen wurde und einem schlichten Landjunker und Obersten so gut wie unzugänglich war.[1]) Bekanntlich wurde kein Geringerer als der Markgraf Ernst von Brandenburg-Jägerndorf, damals nächstberechtigter Erbe des Kurhutes, der Nachfolger Schwarzenbergs in diesem Amte. Es liegt nicht das leiseste Anzeichen dafür vor, daß Burgsdorff sich durch diese Wahl zurückgesetzt oder in seinen Hoffnungen getäuscht fühlte. Wir werden mithin annehmen dürfen, daß seine Anerbietungen höchst wahrscheinlich nur in dem allgemeinen Sinne zu deuten sind, der ihrem Wortlaut entspricht. Der Zusammenhang läßt ja auch den Schluß zu, daß es ihm in erster Linie darauf ankam, sich als Sturmbock gegen Rochow zur Verfügung zu stellen, eine Rolle, die, wie wir bald sehen werden, ihm auch thatsächlich übertragen wurde.

Noch bevor es hierzu kam, erfuhr Burgsdorff einen andern, wertvollen Beweis der kurfürstlichen Huld. Schon am 29. März 1641 verfügte Friedrich Wilhelm, daß er nebst dem Oberst Hans Georg von Ribbeck den Geheimen und Kriegs-Räten in Berlin mit Rat und That fleißig zur Hand gehen und helfen solle. Das kam einer Ernennung zum Geheimen Rate gleich. Am 24. Mai 1641 legte er gleichzeitig mit Ribbeck, Sebastian

[1]) Unter den Statthaltern aus der Regierungszeit des Großen Kurfürsten begegnen uns folgende Namen: a) In der Mark: Graf Schwarzenberg, Markgraf Ernst von Brandenburg, Graf Johann von Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Fürst Johann Georg von Anhalt-Dessau. b) In Preußen: Fürst Bogislaw Radziwill, Herzog Bogislaw von Croy und Arschot, Marschall Herzog von Schönberg. c) In den niederrheinisch-westfälischen Landen: Graf Sayn-Wittgenstein, Fürst Johann Moritz von Nassau, Kurprinz Friedrich. d) In Halberstadt-Magdeburg: Joachim Friedrich von Blumenthal, Christian Albrecht Graf zu Dohna. e) In Hinterpommern-Kamin: Philipp von Horn, Herzog Bogislaw von Croy und Arschot, Feldmarschall Freiherr von Derfflinger. — Burgsdorff konnte 1641 natürlich nicht wissen, nach welchen Grundsätzen der Kurfürst bei der Besetzung der Statthalterposten verfahren werde, aber doch wohl ziemlich sicher darauf rechnen, daß die Wahl, dem Charakter des Amtes entsprechend, eine hochgestellte Persönlichkeit treffen werde.

Striepe und Erasmus Seidel den Diensteid als solcher in die Hände des neuen Statthalters ab.[1])

Zu dem letzteren trat er bald in ein sehr gutes Verhältnis. Er wurde von ihm in der leider nur so kurzen Zeit seiner Amtsthätigkeit gewissermaßen als seine rechte Hand benützt.[2]) Einmal geriet der Kurfürst sogar in den Verdacht, als ob die beiden „à part“, ohne Zuziehung der übrigen Geheimen Räte, wichtige Maßregeln beschlössen und ausführten und der Statthalter sich Eigenmächtigkeiten zu Gunsten Burgsdorffs erlaube. Er sandte dem Markgrafen deswegen einen scharfen Verweis und auch Burgsdorff eine tadelnde Zurechtweisung. Beide beeilten sich aber, den Verdacht als unbegründet und auf einem Mißverständnis beruhend zurückzuweisen, und so blieb der kleine Zwischenfall nur ein Wölkchen, das schnell an der Sonne der kurfürstlichen Gnade vorüberzog.[3])

---

[1]) Die Verfügung vom 29. März P. R. I, 200. Eine offizielle Ausfertigung der Ernennung zum Geheimen Rat scheint gar nicht erfolgt zu sein. Wenigstens war sie am 14. Juni 1641 noch nicht vollzogen (P. R. I, 282). Am 13. Januar 1642 erhielt die märkische Amtskammer zu Berlin vom Kurfürsten den Befehl, Burgsdorff die Geheimratsbesoldung „von dem Dato, da Unseres Herrn Vetter Ldd. in die Mark kommen und er (B.) zu Unserm Rat bestellet worden“, vierteljährlich auszuzahlen (G. St.-A. Rep. 9 J 3). Der Tag der Vereidigung wurde also als Tag der Ernennung angesehen. Nach einer Notiz im G. St.-A. Rep. 9 O 2 C 2, die auch den Wortlaut des Eides enthält, fand die Vereidigung am 15. (25.) Mai 1641 statt. Nach dem Bericht P. R. I, 264 halte ich aber den 24. Mai für den besser beglaubigten Termin. Hiernach ist die falsche Angabe bei Klaproth und Cosmar, Geheimer Staatsrat S. 347 zu berichtigen.

[2]) Konrad von Burgsdorff „hält sehr viel von dem Markgrafen, wie kein anderer thut“, bezeugt Graf Johann Adolf von Schwarzenberg im Juli 1641. U. A. I, 485. „Ich kann E. Ch. D. bei meinen Pflichten versichern, daß Dieselbe einen rechten treuen Diener und Vetter an S. F. Gnaden haben“ schreibt Burgsdorff 11. Februar 1642, P. R. I, 448. Daß der Markgraf auch seinerseits Burgsdorff hochschätzte, erhellt aus den weiter unten mitgeteilten Thatsachen.

[3]) Vgl. U. A. I, 469, 475, 477, P. R. I, 280, 290 ff., zur Sache weiter unten die Verhandlungen über das kaiserliche Reiterregiment Burgsdorffs.

Daß Friedrich Wilhelm alles andre eher als „finistre Gedanken“ und „widrige Opinionen“ gegen seinen „getreuesten Diener“ hegte, wie Burgsdorff in seiner Empfindlichkeit fürchtete, sollte er bald erfahren. Im Oktober 1641 ging endlich sein langgehegter Wunsch in Erfüllung, dem Kurfürsten persönlich in Preußen aufwarten zu dürfen. Die Erlaubnis dazu hatte er schon ein halbes Jahr früher erhalten. Die Ereignisse in der Mark machten ihn dort aber zunächst unabkömmlich. Im Oktober kam er mit einem wichtigen Auftrag nach Königsberg, nämlich der offiziellen Werbung des Markgrafen Ernst um die Hand der Schwester des Kurfürsten, der Prinzessin Louise Charlotte, die ihm auch bewilligt wurde. Dieser Dienst als postillon d'amour wird nicht der einzige Zweck der preußischen Reise Burgsdorffs gewesen sein, nähere Nachrichten über seinen Aufenthalt am Hoflager und sein erstes Zusammentreffen mit dem neuen regierenden Herren liegen aber nicht vor. Auch über die Dauer der Reise sind wir nicht genauer unterrichtet. Spätestens im Januar 1642 war er wieder in Küstrin zurück.[1])

Jedenfalls scheint sein persönliches Erscheinen am Hofe seine Stellung noch mehr befestigt zu haben, wie durch mehrere Gnadenbezeugungen bestätigt wird. Im November 1641 überwies ihm der Kurfürst eine wüste, neben seinem Garten vor Berlin gelegene Stelle zum Eigentum.[2]) Im Januar 1642 übertrug er ihm wegen seiner treuen Dienste für das kurfürstliche Haus, „aus dem zu ihm habenden gnädigsten Vertrauen und zu Beibehaltung seines mehren Respects“ das früher vergeblich begehrte Oberkommando über die märkischen Festungen und wies den Statthalter an, ihn in Zukunft auch

[1]) Über die Reise nach Preußen im Herbst 1641 vgl. die dürftigen Notizen P. R. I, 240, 386, 433; über Burgsdorff als Brautwerber für den Markgrafen Ernst: Seraphim, „Eine Schwester des Großen Kurfürsten Luise Charlotte“ in: Quellen und Untersuchungen zur Geschichte des Hauses Hohenzollern, hrsg. v. E. Berner II, 1 S. 14.

[2]) Verfügung vom 5. November, P. R. I, 392. Sehr wertvoll kann die Schenkung nicht gewesen sein, da laut Bericht der Berliner Amtskammer dem Kurfürsten kein Schaden aus ihr erwuchs.

über die Festungsangelegenheiten um Rat zu fragen.[1]) Gleichzeitig erhielt die Berliner Amtskammer, wie schon erwähnt, den Befehl, ihm die Geheimratsbesoldung, die er bis dahin nicht genossen zu haben scheint, vom Tage seiner Bestallung an vierteljährlich richtig auszuzahlen. Zu der auf den 11. März 1642 endlich festgesetzten vorläufigen Beisetzung Georg Wilhelms im Dome zu Königsberg wurde Burgsdorff aufs neue nach Preußen entboten und bei dieser Gelegenheit zum Oberkammerherrn ernannt.[2])

Hiermit hatte er, äußerlich betrachtet, die höchste Staffel seiner amtlichen Würden erreicht. „Der Herr Oberkammerherr" ist fortan sein ständiger Titel, unter dem er z. B. auch in den Geheimratsprotokollen geführt wird. Auch seiner Unterschrift fügt er ihn hinzu, und wer mit dieser Gepflogenheit und den krausen Zügen seiner Handschrift nicht vertraut ist, hat Mühe, die übereinander purzelnden Buchstaben: „C. v. B. oberkammerherr" richtig zu entziffern. Wie schon der Name besagt, bedeutet die Charge ursprünglich ein Hofamt, und unter den mit ihr verbundenen Vorrechten wird auch Burgsdorff noch an erster Stelle der oberste Platz an der fürstlichen Tafel zugesichert. Bei dem engen Zusammenhang zwischen Hof- und

[1]) Verfügung vom 22. Januar 1642, Auszug P. R. I, 440, wörtlicher Abdruck bei König, Versuch einer historischen Schilderung der Residenzstadt Berlin II, 26 mit dem Datum des 12. Januar. Nach dem Tode des Markgrafen erhalten die Kommandanten der märkischen Festungen vom Kurfürsten den Befehl, sich in allen vorfallenden Sachen, Märschen, Besetzung der Pässe, Verpflegung der Völker, Beitreibung der Kontribution rc. an die Geheimen Räte in Berlin zu wenden. Die Kommandanten von Spandau und Peitz sollen außerdem alles an Konrad von Burgsdorff als Oberkommandanten melden. G. St.-A. Rep. 21, 27 h 1.

[2]) Kurfürstliches Reskript an Markgraf Ernst vom 15. März 1642, P. R. I, 462, Konzept G. St.-A. Rep. 21, 136 o. Das eigentliche Patent hat mir nicht vorgelegen. Der Tag der Ernennung ist deshalb mit Sicherheit nicht festzustellen. Die Vermutung liegt nahe, daß sie am Tage der Beisetzung Georg Wilhelms oder unmittelbar darauf erfolgte. Der letzte Dienst, den Konrad von Burgsdorff seinem verstorbenen fürstlichen Jugendfreunde leistete, hätte ihm dann noch die größte Ehrung seines Lebens eingetragen.

Staatsdienst ist sie jedoch gleichzeitig auch als Staatsamt aufzufassen. Zu dem Vorrang an der Tafel tritt der Vorrang im Geheimen Rat, allerdings mit der Beschränkung, daß hier der Kanzler (Sigismund von Götze) dem Oberkammerherrn noch vorangeht und das Direktorium des Geheimen Rates Samuel von Winterfeld gelassen wird.

Konrad von Burgsdorff durfte mit seiner Beförderung zufrieden sein. Innerhalb Jahresfrist nach dem Tode Schwarzenbergs war er zur höchsten Vertrauensstellung beim Kurfürsten emporgestiegen. Er blieb fortan bei Hofe, zunächst in Preußen, und kehrte erst im März 1643 mit dem Kurfürsten nach der Mark zurück.

Unter den Personalveränderungen in den leitenden Stellen, welche mit der Abkehr vom politischen System des Grafen Schwarzenberg Hand in Hand gingen, war die Bevorzugung Burgsdorffs nicht die einzige und zunächst nicht einmal die bemerkenswerteste. Dieses Prädikat kommt vielmehr der Zurückberufung Sigismund von Götzes als Kanzler zu, die schon im Dezember 1640 erfolgte. Von Schwarzenberg der Schwedenfreundlichkeit verdächtigt, hatte Götze 1637 den brandenburgischen Dienst verlassen müssen. Jetzt folgte er willig dem dringenden und schmeichelhaften Rufe des jungen Kurfürsten und wurde nach seinem Eintreffen in Preußen die Seele der dortigen Regierung.[1]) Eine ähnliche Rehabilitation erfuhr der gleichfalls durch Schwarzenberg verdrängte Samuel von Winterfeld, dem das Direktorium des in Berlin tagenden Teiles der Geheimen Räte übertragen wurde.[2]) Burgsdorff begrüßte die Rückkehr beider Männer in den brandenburgischen Dienst mit

[1]) In dem schon oben erwähnten aufgefangenen Briefe des jungen Grafen Schwarzenberg heißt es über Götze: „Der Kanzler vermag viel bei der Churfürstinen und gilt bei dem Churfürsten mehr denn kein Mensch und hält all die andern unter seiner Contribution und in Forchten.“ U. A. I, 485 mit der Korrektur nach P. R. I, 288, vgl. dazu U. A. I, 428 Anm. 1 und U. A. II, 7.

[2]) Meinardus P. R. I, LXXXII.

unverhohlener Freude, „sintemal es gewiß solche Leute, die E. Ch. D. iziger angetretenen schweren Regierung mit sonderbarem Nutzen beigesetzt werden können.“[1]) Mit Götze trat er bald in einen vertraulichen Briefwechsel, indem er ihn, „den Herrn Schwager“ und „den großgünstigen hochgeehrten Herrn Kanzler“ seiner Ergebenheit und seines Diensteifers versicherte und um seine Fürsprache beim Kurfürsten in verschiedenen Angelegenheiten bat.[2])

Der Berufung dieser und noch einiger anderer neuer Elemente in den Rat des Kurfürsten[3]) entsprach anderseits seine Reinigung von den Schwarzenbergschen Kreaturen. Das war Wasser auf Burgsdorffs Mühle. Hatte der Respekt vor dem Herrenmeister seinen Groll bis zu dessen Ende gezügelt, so ließ er ihm jetzt dem Schwarzenbergschen Anhang gegenüber um so rühriger freien Lauf. Sofort nach dem Tode des Grafen trug er Sorge, die Kanzlei und Registratur des Johanniterordens samt den sonstigen in Küstrin befindlichen Sachen des Verstorbenen unter Zuziehung des Neumärkischen Kanzlers von dem Borne versiegeln zu lassen, ein vom Kurfürsten beifällig aufgenommenes Verfahren, gegen welches das inkorrekte Benehmen der Berliner Geheimräte in Sachen des Spandauer Nachlasses Schwarzenbergs unvorteilhaft abstach.[4])

Ganz besonders scharf trat er dem Sohne des Verewigten, dem Grafen Johann Adolf von Schwarzenberg entgegen, zumal als er erfuhr, welche Verleumdungen dieser „böse, falsche junge Mensch“, dieser „Spion“ gegen den Kurfürsten und gegen ihn selbst im Reiche aussprengte. „Im Fall E. Ch. D. diesem hochschädlichen Werke mit Eradicirung aller solcher falschen Leute nicht bald und zwar mit einer heroischen Resolution be-

---

[1]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 28. Januar 1641, P. R. I, 119.

[2]) Vgl. den sehr ausführlichen Brief Burgsdorffs an Götze vom 19. (29.) Mai 1641, U. A. I, 455.

[3]) Meinardus P. R. I, LXXX ff.

[4]) P. R. I, 184, 185, 198, 247, dazu Meinardus in der Einleitung S. 64, 65.

gegnen, so wird daraus ein großes Unglück entstehen, welches E. Ch. D. am meisten treffen wird." Er riet ihm, die Ansprüche des jungen Grafen auf die Nachfolge im Herrenmeistertum des Ordens, die er diesem gegenüber in mehreren Gesprächen schon früher als unbegründet darzuthun versucht hatte, jetzt nach Aufdeckung seiner lügnerischen und gefährlichen Treibereien ohne weiteres abzuschlagen. „Denn nunmehr muß der Bogen doch losgedrückt werden und vornehmlich haben E. Ch. D. itzo den allerbesten Praetext, ihm nicht allein ernstlich zu befehlen, Dero Hof und Residenz ganz zu quittiren, sondern auch demselben das Meistertum pure zu denegiren. Und solches werden so wenig Ihre Kais. Mt. als sonsten das ganze Churf. Collegium improbiren, indem bei dem actui electionis [nämlich der Coadjutorwahl des jungen Grafen], als aus mitgehenden Akten zu ersehen, ein Haufen Nullitäten vorgelaufen." Der Kurfürst ging in der Angelegenheit zwar besonnener vor, als der von „irreconciliabelem Haß" erfüllte Burgsdorff, folgte schließlich aber doch dessen Ratschlägen und ordnete die Verhaftung des inzwischen flüchtig gewordenen Grafen Johann Adolf an.[1])

Zu den Anhängern des verstorbenen Herrenmeisters, die nach Burgsdorffs Ansicht „vom kleinsten bis zum größten vom Hofe und gänzlich aus den kurfürstlichen Diensten mit der Cassade zu eradiciren waren", um großes Unheil und eine Gefährdung der selbsteigenen Person des Kurfürsten zu verhüten,[2]) gehörten in erster Linie die beiden Brüder Bernd und Sebastian von Waldow. Sebastian, Schloßhauptmann, Oberschenk und

---

[1]) Zum Vorgehen Burgsdorffs gegen den Grafen Johann Adolf vgl. besonders die betr. Stellen aus Burgsdorffs Briefen U. A. I, 445, 460, P. R. I, 286, 301. Burgsdorff war übrigens nicht sein einziger Feind. Der Graf klagte im Juni 1641, daß in Berlin alle Welt um die Wette ihn verfolge und er dort wie eine Eule zwischen den Krähen sitze. U. A. I, 481. Über das korrekte Verfahren des Kurfürsten gegen ihn berichtet Meinardus P. R. I, LXV u. LXXII.

[2]) Aus einem Schreiben Burgsdorffs an den Kurfürsten vom 22. April 1641, P. R. I, 238.

Hauptmann des Amtes Ruppin, wurde von Burgsdorff durch aufgefangene Briefe als „Aufmerker“ am kurfürstlichen Hofe und heimlicher Korrespondent des Grafen Johann Adolf von Schwarzenberg entlarvt. Gegen ihn richtete sich hauptsächlich der eben mitgeteilte kräftige Erguß Burgsdorffs, der mit der Bitte um einen Verhaftungsbefehl des Verräters schloß. Der Kurfürst ließ sich auch in diesem Fall durch Burgsdorffs Hitze nicht zu einem so schroffen Vorgehen fortreißen, sondern begnügte sich, ihm die Chiffren seines geheimen Briefwechsels abfordern zu lassen, wobei „etwas rude mit ihm umgegangen wurde“, ohne daß er die Chiffren herausgab. Bald darauf erfüllte sich jedoch Burgsdorffs Wunsch, und Sebastian von Waldow wurde in Ungnaden entlassen.

Schon vorher hatte dasselbe Schicksal seinen Bruder Bernd von Waldow getroffen. Dieser war Hofmarschall bei dem Kurfürsten Georg Wilhelm gewesen, und auf seinem Kerbholz hatte sich eine Reihe von dicken Strichen gehäuft, die seine Entlassung gebieterisch verlangten. Er trat dann in die Dienste der Königin Witwe Marie Eleonore von Schweden und wurde bezichtigt, hier die schlimmsten Dinge über die Person und die Umgebung des jungen Kurfürsten Friedrich Wilhelm in verleumderischer und gehässiger Weise verbreitet zu haben. Darüber kam es später zu höchst ärgerlichen Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Kurfürsten. Waldow beteuerte, die ihm in den Mund gelegten „unerhörten“ Äußerungen gar nicht gethan zu haben, und wollte einen Prozeß gegen seine Angeber anstrengen, während im brandenburgischen Geheimen Rate erwogen wurde, ob man ihn nicht wegen Hochverrats belangen sollte. Schließlich kam es weder zu dem einen noch dem andern, und die Sache verlief im Sande. In der entscheidenden Geheimratssitzung vom 19. März 1643 war Burgsdorff der erste, der beschwichtigend zum gütlichen Austrag riet, obwohl er selbst von Waldow angeblich als der böse Mentor Friedrich Wilhelms und als sein Verführer zu fortwährenden Jagdpartien und Saufgelagen geschildert worden war. Burgsdorff war aber ein alter, ver-

trauter Jugendfreund Bernd von Waldows und hielt ihn „sothaner Gedanken“ im Ernst nicht für fähig. Von einer Wiederanstellung im kurfürstlichen Dienst, meinte er, könne freilich keine Rede sein. Seiner Ansicht schlossen sich die übrigen Geheimen Räte an, und da überdies zu befürchten war, daß die beiden in Aussicht stehenden Prozesse viel Staub aufwirbeln und höchstwahrscheinlich die klatschsüchtige Königin Witwe von Schweden bloßstellen würden, so wurde, wie erwähnt, die peinliche Angelegenheit niedergeschlagen.[1])

Unter den übrigen Favoriten Schwarzenbergs nennt Burgsdorff einmal vorübergehend Otto von der Marwitz und Joachim Friedrich von Blumenthal.[2]) Daß der letztere ebenfalls als böse Wurzel ausgereutet wurde, war bekanntlich ein bedauerlicher Mißgriff.[3]) Ob Burgsdorff dafür mit verantwortlich zu machen ist, steht dahin. Jedenfalls hat er ihn später wieder gut zu machen versucht, indem er sich für die Wiederverwendung Blumenthals im brandenburgischen Dienste bemühte.[4])

Wichtiger als alle diese Personalfragen und Personalveränderungen war die Liquidation der politischen Erbschaft Schwarzenbergs. Vor allem galt es, Ordnung in die militärischen Verhältnisse hereinzubringen. Der Graf erlebte noch die drohenden Anzeichen eines Zusammenbruchs seines Systems. Die Stände erklärten laut, daß das Land nicht mehr imstande sei, die kurfürstliche Armee zu unterhalten, und forderten hartnäckig eine Reduktion.[5]) Unter den Truppen, Offizieren wie

---

[1]) Über die Waldows vgl. Meinardus, P. R. I, LXII und die dort bezw. im Register unter „Waldow“ mitgeteilten Beweisstellen, ferner U. A. I, 459. An dem Vorgehen gegen den dritten Bruder Hans von Waldow scheint Burgsdorff gar nicht beteiligt gewesen zu sein.

[2]) P. R. I, 301.

[3]) Meinardus P. R. I, LXIII.

[4]) Über die Bemühungen Burgsdorffs, auch das brandenburgische Offizierkorps von den Schwarzenbergschen Elementen zu reinigen vgl. weiter unten.

[5]) Eingabe der Stände an Schwarzenberg vom 24. Dezember 1640, U. A. X, 52.

Soldaten, regte sich wie eine ansteckende Krankheit der Geist der Meuterei.[1]) Sie waren die schlechte Behandlung, das Leben bei Wasser und Brot gründlich satt. Der dem Kurfürsten und dem Kaiser geschworene, doppelte Eid bot ihnen einen willkommenen Vorwand, sich unbequemen kurfürstlichen Befehlen zu widersetzen. Bis in das Gemach des Statthalters drangen sechs revoltierende Hauptleute des Rochowschen Regiments, um sich Geld für ihre darbenden Leute zu holen. Zu den letzten Verdiensten Schwarzenbergs, dessen Tod durch diese Scene beschleunigt wurde, gehört es, ihnen 600 Thaler aus seiner eigenen Tasche vorgeschossen zu haben.[2])

Kurfürst Friedrich Wilhelm verschärfte die Spannung zwischen den Civil- und Militärbehörden, indem er sich in der vielerörterten Frage des Sommer- und Wintertraktements auf die Seite der Stände stellte und den Truppen in der Hauptsache nur das karg bemessene Sommertraktement bewilligte.[3]) Die hinterher abgegebene Erklärung, „es nicht alle Zeit hierbei bewenden und verbleiben lassen zu wollen, sondern nur so lange, bis sich die armen Unterthanen in etwas recolligiren und zu einigen Kräften hinwiederum mögen kommen können“,[4]) war

[1]) Am 8. Januar 1641 schickte Schwarzenberg dem Kurfürsten abschriftlich mehrere „nachdenkliche Supplikationen“ ein, die von dem Rittmeister Jugert und seinen Reitern eingetroffen waren. Er bemerkt dazu: „Es pflegen dergleichen Meutenationen, wie die leidige untrügliche Erfahrung bezeuget, wohl allererst bei einzelnen Kompagnien sich anzuspinnen, hernach aber ganze Regimenter und Garnisonen anzustecken und zu einer solchen Flamme hinauszuschlagen, die nicht leicht wieder kann gedämpfet oder gelöschet werden“. U. A. I, 389. Näheres über diese Verhältnisse in Beilage VII.

[2]) U. A. I, 433.

[3]) Verfügungen vom 23. Januar und vom 1. Februar 1641, U. A. I, 403, 406, P. R. I, 120. Nur die Pferde genossen hiernach den Vorzug, ihr Futter nach der Winterverpflegungs-Ordonnanz zu erhalten, „dieweil Wir befinden, daß es unmöglich, daß ein dienstthuendes Pferd zehn Tage lang mit einem halben Scheffel Korn oder Gerste sich behelfen könne“. Offiziere und Mannschaften mochten dagegen sehen, wie sie mit dem Sommertraktement auskamen.

[4]) Der Kurfürst an Schwarzenberg, 8. März 1641, U. A. I, 424.

ein schwacher Trost und prallte ebenso wirkungslos bei den Mannschaften ab wie die Berufung auf den Patriotismus und die Vasallentreue bei den Offizieren.[1]) „Es sind wegen des eingeführten Sommertractements Offiziere und Soldaten sehr perplex und nicht mehr bei solchem Willen und Disciplin wie sie wohl hiebevor gewesen", meldete Schwarzenberg in der letzten von ihm noch unterzeichneten Relation nach Königsberg.[2])

Sein Tod befreite den Kurfürsten von einem lästigen Mahner, trug aber zunächst nicht viel zu einer Klärung der Lage bei, da mit ihm ein gut Stück Autorität und kraftvollen Willens ins Grab sank. Die Geheimen Räte in Berlin wagten sich nur zaghaft an das Werk heran und klagten, wie schwer und sauer es ihnen sowohl von den Ständen wie von den Soldaten gemacht würde, so daß sie „aus Mangel des Respects viel übersehen und überhören müßten".[3])

---

[1]) Der Kurfürst an Schwarzenberg, 23. Januar 1641, U. A. I, 404: „Wir vernehmen zwar, daß die Offiziere mit Abdankung und sonsten sehr drohen; nun kommt es Uns wohl etwas, zumal von denselben, so ohne das Unsere Vasallen und Unterthanen sein, befrembet für und hätten Wir Uns wohl viel eher versehen, es würde ein Jeder bei dieser Unser angetretenen schweren Regierung Uns von Herzen willig und gerne zur Hand gehen und dadurch sich Unserer Hulden und Gnaden mehr und mehr versichern wollen; dieweil Uns aber auch dennoch wohl bekannt, daß man wohl zu Zeiten bei haltenden Landtägen etwas eiferiger, als es sich gebühret, zu sprechen pfleget, so stellen Wir der Offiziere postulatum noch zur Zeit an seinen Ort, können Uns auch nicht einbilden, daß sie ihres Vorteils halber das publicum und Unsere Gnade so gar aus Augen setzen und nicht zugleich auch, daß sie Vasallen und Patrioten sein, consideriren wollen." Der Vorschlag zu einem solchen patriotischen Appell an die Offiziere findet sich schon in der Eingabe der Stände vom 24. Dezember 1640, U. A. X, 53.

[2]) Vom 28. Februar 1641, U. A. I, 431. Vgl. zur Streitfrage über das Traktement ferner die Verhandlungen mit den Ständen und den ständischen Deputierten U. A. X, 52 ff., außerdem P. R. I, 120, 156, 317, U. A. I, 379 ff.

[3]) Die Geheimen Räte an den Kurfürsten, 28. März 1641, U. A. I, 436. Am 5. April schreiben sie: „Die Gemüter der Soldaten seind wegen ermangelnden Unterhalts sehr exasperiret, die Einwohner aufm Lande und in Städten ob dessen lang continuirter Hergebung ganz exhauriret,

Da trat Konrad von Burgsdorff mutig auf den Plan. Noch zu Lebzeiten Schwarzenbergs hatte er, diesen an Energie überbietend, dem Kurfürsten geraten, „dem Werke nur recht ins Maul zu greifen", die Haupträdelsführer, Rochow, Hartmann v. Goldacker und Lüdicke in Arrest setzen zu lassen und von allen Offizieren bis zu den Hauptleuten und Rittmeistern herab genaue Rechnungsablage zu verlangen. Das würde überall nicht nur Furcht, sondern zugleich große Affektion erwecken.[1]) Der Kurfürst befolgte den Rat und ging zunächst gegen Rochow, Goldacker und Volckmann vor. Der erstere sollte vor einer eigens ernannten Kommission genau Rechnung ablegen und sich für alle seinem Regiment zur Last gelegten Exzesse verantworten, wobei alle schuldigen Soldaten gebührend bestraft und die beteiligten Offiziere in Arrest gesteckt werden sollten.[2]) Ebenso sollte gegen Goldacker verfahren werden, dessen Reitern Plünderung und unmenschliche Behandlung der Unterthanen im Amte Zossen vorgeworfen wurde. Gleichzeitig sollten die schwachen Kompagnien der Goldackerschen Eskadron reduziert werden, um dem Lande den Unterhalt der großen Anzahl von Offizieren zu sparen.[3]) Volckmann, der sich in das Sommertraktement nicht fügen wollte, sollte nebst seinen Offizieren in Gnaden abgedankt, seine Soldaten sollten unter andere Kompagnien gesteckt werden.[4])

Es handelt sich bei diesen Befehlen, wie man sieht, nicht nur um eine Reinigung der brandenburgischen Armee von ihren unbotmäßigen Elementen, sondern gleichzeitig um die Einleitung

der Feind ist in der Nähe mit so starken Truppen, denen man allenthalben zu resistiren nicht bastant, gewinnet je mehr und mehr Progresse und Vorbrüche an die Festungen — daß also das Werk allenthalben voller Gefahr und besorgenden Unheils leider stecket, und erforderte wohl die höchste Not hierbei ein schleunig und perpetuirendes Remedium." P. R. I, 210. Vgl. auch U. A. I, 448.

[1]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 19. Februar 1641, U. A. I, 426.

[2]) Verfügung vom 12. März 1641, P. R. I, 180.

[3]) Desgleichen, P. R. I, 181.

[4]) Verfügung vom 13. März, U. A. I, 434.

einer Reduktion der Regimenter, genauer der zahlreichen überflüssigen Stäbe. Die märkischen Stände hatten längst um eine solche von erheblichem Umfang gebeten.[1]) Friedrich Wilhelm zögerte, sie ihnen zu bewilligen, „ehe und bevor er in andere Wege seines status genugsam versichert wäre".[2]) Bald nach dem Tode Schwarzenbergs stellte er sie ihnen aber „erbetenermaßen ehist" in Aussicht,[3]) und schon am 12. April erhielt der neue Statthalter Markgraf Ernst eine ausführliche Instruktion über ihre Ausführung mit auf den Weg auf seinen Posten nach Berlin.[4]) Hiernach sollte die gesamte Reiterei bis auf 300 Mann dem Kaiser überlassen und baldigst zugeschickt werden. Vom Fußvolk sollten alle Offiziere der Regimenter Rochow, Kracht und Volckmann abgedankt, die gesamten Mannschaften in 16 Kompagnien zu 150 Mann eingeteilt und daraus drei Regimenter formiert werden, die den Obersten Konrad von Burgsdorff (6 Kompagnien), Georg Friedrich von Trotha und Hans Georg von Ribbeck (je 5 Kompagnien) zu unterstellen seien. Etwa noch über diesen neuen Etat vorhandene Knechte sollten abgedankt, die jungen und andere untaugliche kassiert werden. Ein bestimmter Zeitpunkt für die Durchführung dieser bedeutsamen Armeereorganisation ist in der Instruktion nicht angegeben. Das war auch nicht gut möglich, da leicht vorauszusehen war, daß sie nicht so glatt verlaufen werde, wie auf dem Papier angeordnet wurde. Der Markgraf wurde angewiesen, die Berliner Geheimen Räte und die drei zuletzt genannten Obersten dabei zu Rate zu ziehen. Gerade im Hinblick hierauf werden, wie oben erwähnt, damals Burgsdorff und Ribbeck den Befehl

1) Zuerst in ihrer Eingabe vom 26. Dezember 1640, U. A. X, 63.

2) Resolution vom 2. März 1641, P. R. I, 166, vgl. die Resolution vom 1. Februar, P. R. I, 122.

3) Resolution vom 31. März 1641, U. A. X, 95, vgl. Brake, „Die Reduktion des brandenburgischen Heeres im Sommer 1641", Bonner Dissertation 1898, S. 22.

4) P. R. I, 223, Brake S. 51, Jany a. a. O. S. 76 ff. Für gewisse Ersparnisse im Besoldungsetat der Obersten der Garnisonregimenter war übrigens auch schon Schwarzenberg eingetreten. U. A. I, 387.

erhalten haben, den Geheimen Räten mit Rat und That fleißig zur Hand zu gehen.

Sie wurden bald inne, welch dornenvolle Aufgabe sie übernommen hatten. Aber vor allem Burgsdorff verlor den Mut nicht. Er griff dem Werke frisch ins Maul, und diesmal entsprachen seine Thaten seinen Worten.

Am widerspenstigsten gebärdeten sich unter den höheren Offizieren der Kommandant von Spandau, Oberst Moritz August Freiherr von Rochow und der Reiterführer Oberstleutnant Hartmann von Goldacker. Beide beriefen sich auf den Kaiser als ihren obersten Kriegsherrn und weigerten kurfürstlichen Befehlen wiederholt direkt den Gehorsam. Goldacker widersetzte sich der befohlenen Auflösung einer schwachen Kompagnie seiner Eskadron, weil ihm der Kaiser befohlen habe, die Reiterei zusammenzuhalten.[1]) Rochow ließ den Geheimen Räten in Berlin sagen, es fiele ihm nicht ein, eine von ihnen angeordnete Maßregel auszuführen, da sie eine Narrheit sei; „eine rüde und indiscrete Antwort“, die die Adressaten ohnmächtig einsteckten.[2]) Außerdem war er ein großer Leuteschinder. „Geringer Ursachen halber werden die Knechte gehauen und gestochen, durch die Spießgerten gejaget, gebrandmalt, Nasen und Ohren abgeschnitten, geprügelt, worunter auch ein Kapitän Schoum genannt mit gewesen, so in des Obristen Zimmer gefordert und der tapfern Prügelung nicht verschonet worden, also daß es nicht allein viel Klagens unter dem Regiment, sondern auch bei anderen giebt, die es vor und nach trifft und unter das Regiment nicht gehören.“ Dabei scheint er zu den Naturen gehört zu haben, denen man nur beherzt entgegenzutreten braucht, um ihren zur Schau getragenen Mut schnell unter den Gefrierpunkt sinken zu lassen. Als ein fremder Leutnant, dem er Prügel angedroht hatte, ihn deswegen forderte, ging er dem Duell unter nichtigen Vorwänden aus

[1]) Die Geheimen Räte in Berlin an den Kurfürsten, 23. April 1641, U. A. I, 438.

[2]) Desgleichen, 29. April, P. R. I, 244.

dem Wege, obwohl ein unter Schwarzenbergs Vorsitz tagender Ehrenrat es ausdrücklich gebilligt hatte.[1])

Zu den vielen Beschuldigungen, die gegen ihn vorlagen, kam im April 1641 noch eine neue, die ebenfalls recht bezeichnend für seinen Charakter ist. Der Pfarrer Joachim Mauritii hielt am Sonntag Lätare in der Spandauer Kirche eine Predigt, in der er auf die Habsucht und die „löcherigen Beutel“ der Soldaten anspielte. Obwohl er diese sehr zeitgemäße Betrachtung nur in allgemein gehaltenen Wendungen vorgebracht und keine Namen genannt hatte, schickte ihm Rochow am Nachmittag das ganze Regiment vors Pfarrhaus, drei Offiziere hinein, die „nach ihrer Art Fressen und Saufen forderten“, und verlangte Namennennung oder öffentlichen Widerruf der beanstandeten Worte von der Kanzel herab. Die Folge war eine gemeinschaftliche Eingabe der Spandauer Geistlichen an den Kurfürsten mit der Bitte um Schutz gegen diesen und andere Übergriffe des Obersten und seiner Offiziere gegen ihr Amt, in dem sie sich den Mund nicht verbinden lassen dürften und Gott mehr gehorchen als auf Menschengunst oder Ungunst sehen müßten. Die Berliner Geheimen Räte unterstützten die Bittschrift aufs eifrigste und baten um strenge Ahndung des unerhörten Verfahrens Rochows, da die Offiziere sonst noch wilder werden würden. Der Kurfürst erteilte dem Obersten einen strengen Verweis und untersagte allen Offizieren aufs nachdrücklichste, sich an einem Geistlichen oder überhaupt irgend einem Unterthanen zu vergreifen. Falls sie gegen den einen oder andern etwas zu klagen hätten, möchten sie sich an die ordentlichen Gerichte wenden, ebenso wie sie selbst von Civilpersonen vor dem Kammergericht belangt werden könnten.[2])

---

[1]) P. R. I, 13.

[2]) Eingabe des Spandauer geistlichen Ministeriums vom 19. April 1641, P. R. I, 234, der Geheimen Räte ohne Datum, daselbst S. 237, Verfügung des Kurfürsten an Markgraf Ernst vom 7. Mai, U. A. I, 447, mit der Korrektur P. R. I, 249.

Kaum war dieser Verweis an Rochow abgegangen, als die Meldung von einer neuen Ungehörigkeit seinerseits einlief. Um die für den Ausbau der Spandauer Befestigungen nötigen Mittel schneller flüssig zu machen, hatte er gedroht, im Fall eines feindlichen Angriffs die Werke in die Luft zu sprengen und die Stadt in Brand zu stecken.[1] „Dergleichen nachdenkliche Reden" brachten das Maß der kurfürstlichen Ungnade zum Überlaufen. Markgraf Ernst erhielt den Befehl, ihn nebst dem Oberstleutnant seines Regiments abzudanken und dem Oberst von Ribbeck das Kommando über die Festung Spandau zu übergeben.[2]

Der Markgraf war inzwischen diesem Befehl schon zuvorgekommen. Eben in Berlin eingetroffen, war er mit Rochow schon in Konflikt geraten. Dieser hatte den Musterschreiber seines Regiments in Eisen legen und ihn durch ein parteiisches Kriegsgericht zum Strang verurteilen lassen. Einer wiederholten, zuletzt persönlich an ihn gerichteten Aufforderung des Markgrafen, den Verhafteten herauszugeben, kam er nicht nach. Da er sich außerdem weigerte, dem Kurfürsten allein zu schwören, ließ ihn der Markgraf nach Berlin kommen und verkündete ihm hier aus eigener Initiative seine Absetzung. Soweit sie die Spandauer Kommandantur betraf, fügte sich Rochow wider Erwarten ohne Widerrede, sein Regiment weigerte er sich aber gutwillig abzugeben, weil es des Kaisers sei.[3]

Um sich der Festung und des Regiments zu versichern, begab sich Markgraf Ernst, begleitet von Konrad von Burgsdorff, noch am Nachmittage desselben Tages, des 29. Mai, nach Spandau, ließ die Thore schließen und bestellte den Oberstleutnant von Oppen nebst sämtlichen Hauptleuten des Rochowschen Regiments auf den nächsten Morgen um 8 Uhr zum Rapport. Gehorsam waren sie zur Stelle, und Burgsdorff eröffnete ihnen

[1]) U. A. I, 439.

[2]) D. Königsberg 10. Mai 1641, U. A. I, 448.

[3]) Berichte des Markgrafen vom 27. und 29. Mai 1641, U. A. I, 448, 453.

in Gegenwart des Statthalters, daß Rochow abgesetzt, Ribbeck zu ihrem neuen Oberst bestellt sei und sie als Festungsgarnisonregiment gemäß dem Prager Friedensschluß dem Kurfürsten allein den Fahneneid schwören sollten. Sie erhoben verschiedene Einwände, stellten den Abfall von ihrem bisherigen Obersten als Treulosigkeit dar und baten um eine achttägige Bedenkzeit. „Das Werk ließ sich anfangs etwas schwierig an", berichtete Burgsdorff später, es gelang indes seiner Beredsamkeit, die Bedenken der Offiziere zu zerstreuen und sie zu allem willig zu machen. Um 9 Uhr traten darauf die Soldaten, wie befohlen, kompagnieweise in der Festung an, und auch ihnen hielt Burgsdorff einen „ausführlichen Vortrag" über das Geschehene und zu Verlangende. Er suchte sie vor allem dadurch zu gewinnen, daß er ihnen vorstellte, „was für unchristliche und harte Proceduren" Rochow mit ihnen vorgenommen habe, diese habe der Kurfürst dem neuen Obersten verboten, der sie vielmehr „nach dem Verbrechen auf deutscher Regimenter Manier strafen werde". Auch ließ er durchblicken, daß Rochow einen großen Teil ihrer Löhnung in seine Tasche gesteckt und der Kurfürst deshalb Kommissare ernannt habe, die solch Ding untersuchen und jedem zu dem Seinen verhelfen würden, „welches alles von den Soldaten wohl aufgenommen wurde." Sodann wurde der Oberst von Ribbeck vor versammeltem Regiment als sein neuer Inhaber durch Handschlag in Pflicht genommen. Offiziere und Soldaten erkannten ihn als solchen an und schwuren schließlich dem Kurfürsten den Eid der Treue. Der Oberstleutnant von Oppen, „der zu dem von Ribbeck keine Affection trug", bat um seine Entlassung, die ihm gerne mit dem Bemerken gewährt wurde, daß der Kurfürst sie ohnehin befohlen habe.[1])

[1]) Hauptquelle ist der Bericht des Markgrafen Ernst vom 2. Juni 1641, U. A. I, 465, dazu die Postskripta zu den beiden Briefen Burgsdorffs vom 29. Mai an Götze und den Kurfürsten, U. A. I, 464 und 474. Der letzte Brief wiederholt abgedruckt P. R. I, 265, obwohl ihn die U. A. schon und zwar in ausführlicherer Wiedergabe gebracht hatten.

So wurde die schwerste Aufgabe, die der neue Statthalter bei seinem Eintreffen in der Mark vorfand, über Erwarten glücklich und schnell gelöst. Der Kurfürst wurde den widerspenstigsten unter den Obersten, an den sich bis dahin niemand herangewagt hatte, im Handumdrehen los und, was noch wichtiger war, der Hauptfestung des Landes wieder sicherer Herr. Im Schwarzenbergschen Lager schäumte man vor Wut. „Es ist nicht zu sagen", schrieb Graf Johann Adolf an den Grafen Leslie in Wien, „wie schimpflich Jedermann davon redet, daß man einen so wackeren Kavalier und renommirten Soldaten, wie der Obriste Rochow ist, also schimpflich abgedanket und einen so schlechten Menschen, wie der Ribbeck ist, der keine Vernunft noch Experienz und gar keine Affection noch Reputation bei den Soldaten hat, angesetzet habe. Diese Hauptfestung ist mit dem Ribbeck versehen wie ein Dorf mit einem tollen Pfaffen und behüte Gott, daß diese Festung sollte attaquiret werden." [1])

In das Verdienst, dem „Rochowschen Wesen" durch „einen so geschwinden Streich" ein Ende gemacht zu haben, teilen sich der Markgraf Ernst und Burgsdorff. Letzterem dürfte der Löwenanteil zuzuschreiben sein. Er hat dem Markgrafen offenbar den Entschluß dazu eingegeben und bei der Ausführung die schwierigste Rolle übernommen. Selbstgefällig verfehlte er nicht, nach glücklich vollbrachter That sein Licht auf den Scheffel zu stellen. Schwerer als dieses Eigenlob wiegt das Lob des Markgrafen und die widerwillige Anerkennung seines Verdienstes durch den Grafen Johann Adolf von Schwarzenberg. [2])

[1]) 5. Juni 1641, U. A. I, 483. Der Brief wurde aufgefangen, die schmeichelhafte Charakteristik kam Ribbeck zu Ohren und führte zu einem Duell zwischen ihm und dem Grafen, wobei letzterer am Kopfe verwundet wurde. P. R. I, 312.

[2]) Burgsdorff schreibt in dem erwähnten Brief an Götze: „Zwar will ich das Spandausche Wesen nicht mir allein zuschreiben; da man aber dem Werke mit einer so geschwinden Resolution nicht entgegen gangen, hätte allerhand daraus entstehen können, wie sich dann zwar etliche Offi-

Gleichzeitig mit Rochow erfuhr Hartmann Goldacker sein Schicksal. Auch er wurde wegen Ungehorsams, Begünstigung der Flucht eines Mörders, vielfältiger Insolentien und allerhand schimpflicher Reden nach Berlin citiert, um hier abgesetzt, gefangen gehalten und zur Verantwortung gezogen zu werden. Schlauer als Rochow ging er jedoch nicht in die Falle, drohte, mit seiner Eskadron in Berlin einzureiten und „beharrte in seinem Mutwillen immer fort“. Als aber der Oberst Volckmann ausgeschickt wurde, um sich seiner in Brandenburg zu bemächtigen, wurde ihm der Boden unter den Füßen zu heiß, und er entfloh mit wenigen Reitern zur kaiserlichen Armee, wo er Dienste nahm.[1])

Gefügiger als Rochow und Goldacker erwies sich der Oberstleutnant Lüdicke. Seine vier Reiterkompagnien waren vom Kurfürsten dem Obersten Georg Ehrenreich von Burgsdorff unterstellt worden, und willig folgte Lüdicke dem Befehl, der ihm am 28. April 1641 durch Konrad von Burgsdorff mitgeteilt wurde.[2])

Die bisher besprochenen militärischen Maßregeln betrafen nur Personalveränderungen, speziell die Entfernung der unbot-

---

ziere wohl vernehmen lassen; weil sie sich aber vor einem so geschwinden Streich nicht gehütet, ist Gott Lob endlich die Vorstellung des Obersten Ribbeckens und die beschehene Eidesleistung Offizierer und Soldaten glücklich abgelaufen," U. A. I, 464. Markgraf Ernst rühmt, daß er sich Burgsdorffs bei der Veränderung mit dem Rochowschen Regiment sehr nützlich gebraucht habe, P. R. I, 269. Graf Johann Adolf von Schwarzenberg schildert das Eingreifen Burgsdorffs folgendermaßen: „Als die Capitains (des Rochowschen Regiments) solches (die Absetzung Rochows und Bestallung Ribbecks als Obersten) gesehen, haben sie alsbald abdanken wollen, dann sie sich dem Ribbecken, als welcher ein pur lauter Laff ist und nichts als nur Landvolk commandiret, nicht untergeben wollen. Burgsdorff aber hat sich stark opponiret und endlich die Capitains mit Arrest und des Churfürsten hoher Ungnade und schwerer Verantwortung bedrohet und endlich mit gutem und bösem dahin persuadiret, daß sie dem Churfürsten geschworen haben." U. A. I, 482.

1) Vgl. U. A. I, 454, 468, 472, 483, P. R. I, 274.

2) Bericht Burgsdorffs vom 4. Mai 1641, U. A. I, 442.

mäßigen Offiziere. Viel schwieriger erwies sich die Durchführung der befohlenen Reduktion der Truppen, die gleichzeitig mit jenen Reorganisationen in Angriff genommen wurde. Zwei große Hindernisse stellten sich ihr hauptsächlich in den Weg, einmal der Mangel an Geld, sodann die Verzögerung des Waffenstillstandsabschlusses mit Schweden.

Die märkischen Stände, die nicht Worte genug finden konnten, um die Reduktion so dringend wie möglich zu fordern, konnten ihre Taschen nicht fest genug zuknöpfen, als sie die Mittel dazu hergeben sollten. Bei den Verhandlungen mit ihnen von Januar bis März 1641, die schließlich zur prinzipiellen Anerkennung ihrer Forderung durch den Kurfürsten führten, war von der Finanzfrage überhaupt nicht die Rede gewesen. Erst im Juni wurde sie auf dem neuen ständischen Deputationstag von der Regierung aufs Tapet gebracht. Statt der zum Zweck der sofortigen Reduktion verlangten 8000 Thaler boten die Stände aber nur vorläufig 2000 an. Schließlich bewilligten sie zwar 6000 Thaler, aber die Regierung hatte die größte Mühe, diese Summe in tropfenweisen Raten einzubekommen, und sie genügte nur für einen Teil der Reduktionskosten.[1]) Von allen Seiten werde Geld zur Reduktion verlangt und es sei nicht ein Thaler dazu vorhanden, schreibt Markgraf Ernst verzweiflungsvoll am 29. Juli 1641. „Was wir nun darüber neben E. L. Räten für Anlaufen haben, verdrießliche Worte einfressen und in was bekümmerliche Mühe wir allerseits dadurch gesetzt werden, ja, wie es noch, weil die Stände aus ihrem Mittel zur Reduction niemanden verordnen wollen, auch keiner ist, der unter das unbezahlte und unwillige Volk sich begeben dürfen, mit der Reduction hernach gehen werde, das vermögen wir nicht genugsam erzählen, auch noch nicht absehen. Müssen fast besorgen, daß sie (nämlich die zu reduzierenden Truppen) zu großem Teil, wo nicht verbleiben, doch sich verweilen, und darüber die neue Verfassung desjenigen

[1]) U. A. X, 100, P. R. I, 309, 343, Brake S. 57.

Volks, so in Dienst bleibet, unter 3 Regimentern zu Fuß, wie es E. L. verordnet, und 2 Kompagnien Pferde gar in eine Konfusion und Stocken geraten möchte." [1])

Noch weit erheblicher als durch diese finanziellen Schwierigkeiten wurde aber die Reduktionsangelegenheit durch die politische Lage beeinflußt. Die Voraussetzung der Reduktion war in den Augen des Kurfürsten die vorherige genugsame Versicherung seines status, d. h. ein Abkommen mit den Schweden über die Einstellung der Feindseligkeiten. Nicht wehrlos — abgesehen vom Besitz der Festungen — wollte er sein Kurland ihnen preisgeben. Der Wunsch, einen Waffenstillstand mit ihnen abzuschließen, war geradezu die Kernfrage seiner gesamten Politik und deshalb auch das ausschlaggebende Moment für die Gestaltung der militärischen Verhältnisse. [2])

Sofort nach seiner Thronbesteigung knüpfte er darauf bezügliche Verhandlungen mit den schwedischen Staatsmännern an. Sie kamen aber langsam vom Fleck, und auch die befohlene Einstellung der Offensive in der Mark und ihren Nachbarländern weckte bei den Schweden keine Gegenliebe. Sie beantworteten sie im Gegenteil mit einem konzentrischen Vorgehen ihrer Heeresabteilungen gegen das unglückliche Kurfürstentum. Erst im Frühjahr 1641 nahm der Kurfürst die Verhandlungen energisch in die Hand. [3]) Konrad von Burgsdorff erhielt im April den Auftrag, Stahlhandske und Lilliehöök vertraulich davon in Kenntnis zu setzen, daß der Kurfürst einen Waffenstillstand mit Schweden schließen wolle, und sie als Gegenleistung für den entsprechenden kurfürstlichen Befehl ebenfalls um Einstellung der Feindseligkeiten zu bitten. Er sandte darauf, obwohl er den Zeitpunkt für den Abschluß eines Waffenstillstandes auf Grund des von den feindlichen Truppen eingenommenen Besitzstandes

[1]) P. R. I, 308.

[2]) S. oben S. 182, dazu Brake S. 22. Es ist charakteristisch, daß die Stände zuerst die Reduktion, dann den Waffenstillstand betonen, der Kurfürst umgekehrt.

[3]) Meinardus P. R. II, LI.

für nicht sehr geeignet hielt und sich überhaupt wenig Erfolg von der Sendung versprach, zwei Vertrauensmänner, Bernd von Arnim und Hans Friedrich von Buch an die genannten schwedischen Heerführer, sowie Isaac Ludwig von der Gröben zu Axel Lillie nach Nauen.[1]) Der Erfolg ihrer Mission entsprach aber den Befürchtungen Burgsdorffs. Die drei Schweden wollten sich auf eigene Hand in nichts einlassen. Stahlhandske erklärte zwar schließlich auf die dringenden Bitten Arnims hin, er wolle alle feindseligen Einfälle, Räubereien und Plünderungen einstellen und diesen Befehl durch Trompetenklang und Paukenschlag bei seiner Armee bekannt machen lassen, inzwischen aber, schreibt Burgsdorff,[2]) gehen seine Partien die Länge und Quere im Lande und sonderlich im Lebusischen Kreis, und die Klagen über ihn dauerten fort.

Generalmajor Lilliehöök, den Buch in Wollin traf, führte die lebhaftesten Friedensbeteuerungen im Munde, wollte aber von einer Räumung der Mark nichts wissen. Die Schweden müßten sie als Realassekuration in der Hand behalten, zumal da die Kaiserlichen ein Dessein auf sie haben sollten. Lachend fügte er sogar hinzu, man möge ihnen Küstrin noch einräumen, sowie Gustav Adolf Spandau einst besetzt hätte, worauf Buch „scherzend" erwiderte, er hielte eine solche Hypothek auf das gesuchte Kapital zu hoch. Raub- und Plünderungszüge sollten zwar eingestellt werden, aber eine Milderung der Kontributionen wurde abgeschlagen und Exekutionen der brandenburgischen Truppen zur Eintreibung von Kontributionsresten in den von den Schweden besetzten Landesteilen nicht gestattet.

Noch unverhüllter offenbarte sich das Behagen der beati possidentes in dem Benehmen des Generalmajors Axel Lillie. Als ihm von Salvius alle Feindseligkeiten gegen die kurfürstlichen Truppen untersagt wurden, falls diese ebenso ver-

[1]) Verfügung an Burgsdorff vom 3. April 1641, P. R. I, 209, vgl. Brake S. 55, U. A. I, 444. Die Berichte der drei Abgesandten G. St.-A. Rep. 24 c 18 Fasc. 1—3. Hiernach die Angaben im Text.

[2]) 25. April (5. Mai) 1641, G. St.-A. Rep. 24 c 17 b Fasc. 4½.

führen, legte er der Priegnitz, Ruppin und dem Havellande noch eine Kontribution von 2000 Thalern und 50 Wispeln Korn auf. Energisch erhoben Markgraf Ernst und die Geheimen Räte in Berlin Einspruch gegen eine solche Auslegung des Salviusschen Befehls, gaben aber im stillen zu, daß, wenn er auf seinem Vorhaben beharrte, „man es Gott befehlen müßte.“[1]) Es zeigte sich eben, wie richtig Markgraf Ernst die Lage beurteilte, wenn er darauf hinwies, daß die Schweden zu dem angebotenen Waffenstillstand sehr diffizil wären, weil sie das ganze Land bis auf wenige Orte besetzt hielten und allenthalben die kurfürstlichen Gefälle einzögen.[2])

Diese Verhältnisse übten notwendig eine Rückwirkung auf den Gang der Truppenreduktion aus. Ihre Ausführung wurde vorläufig vertagt. Schon die im März befohlene Auflösung des Volckmannschen Regiments war von den Geheimen Räten wegen der drohenden Nähe der schwedischen Heere auf eigene Verantwortung hin nicht ausgeführt worden.[3]) Auch Burgsdorff mahnte zur Vorsicht. Er wünschte gleich dem Kurfürsten Neutralität oder Waffenstillstand mit Schweden,[4]) wollte aber vorher die Karten nicht aus der Hand geben. Er betrachtete das ganze Reduktionswerk überhaupt mit den Augen eines Offiziers und nicht eines Mitglieds der Stände und verhehlte sich keineswegs die militärischen Bedenken, die gegen eine umfassende Reduktion sprachen. „Von unserm Fußvolk“, schrieb er am 29. Mai 1641 an Götze, „kann nicht einiger Mann außer Teils Offizierer entraten werden, sonderlich wann das Armistitium, welches jedoch im Fall es noch erhalten werden möchte, wie der Herr Schwager weiß, durch allerhand Praetexte leichtlich von den Schweden durchlöchert werden kann, nicht erfolgen sollte. Denn wenn ich auf mein Gewissen gefragt werden sollte, muß ich bekennen, daß mit den 16 Kom-

[1]) P. S. zur Relation vom 9. Juni 1641, P. R. I, 273.
[2]) Bericht vom 28. Mai 1641, U. A. I, 451.
[3]) Bericht der Geheimen Räte vom 14. Mai 1641, U. A. I, 434.
[4]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 14. März 1641, P. R. I, 183.

pagnien S. Ch. D. Ihre Festungen der Gebühr nach nicht genugsam besetzen, weniger defendiren können, in Betrachtung, daß die Kompagnien nicht zu-, sondern ehender abnehmen und schwer fällt, Soldaten, welche sich ehender im offenen Kriege finden lassen, in Garnisonen zu bekommen. Unsere Reuter betreffend können die auch ein so groß Werk nicht machen; denn wenn über die Garde, welche anitzo nur 116 Mann, worunter noch etzliche zwanzig unberitten, stark, und von des Obrist-Lieutenant Golbackers übrige Kompagnien 100 und von meines Bruders 4 Kompagnien 100 Pferde genommen werden, dürfte der Überrest schlecht sein und meines Erachtens die Thür nicht zumachen." [1]) Ein gesundes Urteil, sowohl durch die Andeutung auf die Löcherigkeit eines Abkommens mit Schweden als durch den Hinweis, daß eine Reduktion des Fußvolks auf 2400 Mann thatsächlich zu einem niedrigeren Effektivbestand führen werde. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre war die Möglichkeit schlechterdings ausgeschlossen, Regimenter, obenein Garnisontruppen dauernd auf ihrem vorgeschriebenen Etat zu erhalten. Der Verlauf der Ereignisse hat denn auch die hier ausgesprochenen Befürchtungen Burgsdorffs durchaus bestätigt. Mehrfach erhob er seine warnende Stimme, mit der Reduktion einzuhalten und die Reiter nicht wegzuschicken, bevor der Waffenstillstand abgeschlossen sei. Allerdings fügt er einmal hinzu: behielte man die Völker in ihrem jetzigen Umfange, so sehe er keine Möglichkeit, sie zu verpflegen.[2]) Aus diesem schwierigen Dilemma wußte eben auch er sowenig wie der Kurfürst noch irgend einer seiner Ratgeber einen sicheren Ausweg.

Inzwischen nahmen die Verhandlungen mit Schweden, die hauptsächlich durch Leuchtmar in Stockholm und Winterfeld

[1]) U. A. I, 457.

[2]) 7. Mai 1641, P. R. I, 249; 10. Mai, Warnung, die Truppen zu reduzieren, falls das Armistitium nicht zustande kommt, denn dann würden die Schweden alles rings um die Festungen ruinieren und sie dadurch nicht wenig periklitieren. G. St.-A. Rep. 21, 27 h 3; 14. Mai, P. R. I, 253; 29. Mai, U. A. I, 465.

in Hamburg geführt wurden, einen etwas hoffnungsvolleren Verlauf.[1]) Die schwedischen Truppen zogen sich zum größten Teil aus der Mark zurück, während andererseits die kurfürstlichen Reiter immer unbotmäßiger[2]) und die märkischen Stände mit ihren Reduktionsforderungen immer dringender wurden. Schweren Herzens entschloß sich daher der Kurfürst, noch bevor die Kunde vom Abschluß der Stockholmer Punktation vom 24. Juli ihn erreichte, mit der Reduktion und vor allem mit der Entlassung der Reiterei Ernst zu machen. Unter den größten Schwierigkeiten, besonders finanzieller Art, gelang es endlich Ende Juli, sie bis auf 2 Kompagnien — eine hatten die Stände von dem ursprünglichen Ansatz noch abgehandelt — abzulöhnen und aus dem Lande zu schaffen. Im August folgte dann, ebenfalls unter vielen Mühen, die verabredete Reduktion des Fußvolks auf drei Regimenter.[3]) Damit war dieser Teil des neuen Regierungsprogramms glücklich erledigt.

Burgsdorff stellte seine Befürchtungen vor den Wünschen des Kurfürsten zurück und wirkte bei der Reduktion eifrig mit, deren Odium fast allein auf seine Schultern fiel.[4]) Um den

---

[1]) Vgl. U. A. I, 522 ff.

[2]) Vgl. z. B. P. R. I, 289 und die Relation des Markgrafen Ernst vom 19. Juli, in der es heißt: Es haben Verhandlungen mit den Reiteroffizieren stattgefunden, es ist aber kaum zu hoffen, daß der Befehl zum Abmarsch von ihnen gegeben wird; vielmehr werden sie ihres künftigen Unterhalts halber erst mit dem Erzherzog Leopold verhandeln und inzwischen Havelland, Teltow und Zauche vollends darauf gehen. „Zwar hätten wir uns darin leichtlich schicken können, daß wir sie E. Ld. Pflicht itzobald ganz erlassen, ... aber wir haben sehr müssen besorgen, daß zugleich aller Respect auf E. L. aufhören und sie also auf unser Commando nicht mehr pariren, sondern ihres Gefallens leben möchten, welches dann, so lange sie noch im Lande sind, sehr große Inconvenientien gebären und nach sich ziehen würde, wenn sie allein kaiserliche Völker, zumal da sie volles Unwillens und ihren Reutern den meisten Gehorsam wohl nicht zutrauen." P. R. I, 303.

[3]) Brake S. 58, 59; Jany S. 76 ff.

[4]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 29. Mai 1641: „Damit aber nicht aller Undank vom Reductionswesen, welchen ich jedoch nicht achte, indem

Abzug der Reiterei zu beschleunigen, begab er sich Ende Juli zum Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg, damals kaiserlichem Feldmarschall bei der schlesischen Armee, nach Dresden und konferierte mit ihm und, wie es scheint, auch mit dem Kurfürsten von Sachsen über die militärischen und allgemeinen politischen Verhältnisse.[1]) Bei der Abdankung der Offiziere sah er vor allem darauf, die Günstlinge Schwarzenbergs aus der Armee zu entfernen und Fremde durch Märker zu ersetzen, allerdings nicht bloß wegen ihres Patriotismus, sondern weil es ihn bedünkte, „dem Sprichwort nach besser mit eigenen Ochsen zu pflügen" und den getreuen Unterthanen, die als Gutsbesitzer die Kontribution aufbringen, als Offizieren wieder einigen Vorteil zu gönnen. Aus diesem Grunde beantragte er z. B. die Entlassung des Oberstleutnants von Schick von seinem eigenen Regiment zu Fuß, obwohl er mit seinen Leistungen durchaus zufrieden war.[2])

Er selbst trug dagegen kein Bedenken, aus fremden Diensten so lange wie möglich Vorteil zu ziehen. Wir erinnern uns, daß er Inhaber eines kaiserlichen Reiterregiments war, dessen Beibehaltung schon Schwarzenberg ein Dorn im Auge gewesen war. Auch Friedrich Wilhelm legte ihm nahe, „die fremden Dienste zu quittieren, dieweil Wir Euch zu vornehmen Chargen advanciret und bei vorgehenden Sachen inskünftige Euere Anwesenheit wohl werden benötiget sein."[3]) Burgsdorff jedoch, auf seinen Vorteil stets bedacht, suchte statt dessen um die Er-

ich weiß, daß ich nichts mehr, denn E. Ch. D. Willen und Befehl daran vollenbringe, nicht gänzlich auf mich allein kommen möge, so hätte ich unterthänigst zu bitten, den Herrn von Putlitz, als welcher Ihrer Fürstl. Gnaden (dem Markgrafen Ernst) auch zugeordnet, anzubefehlen, daß er foderlichst sich anhero begeben und mir in diesem Werk beiständig sein möge." P. R. I, 267. Ähnlich in einem Briefe vom 18. Juni, P. R. I, 276.

[1]) Die einzigen Andeutungen über diese Mission finden sich P. R. I, 307, 308.

[2]) S. P. R. I, 259. Der Kurfürst ging auf die Vorschläge Burgsdorffs ein. P. R. I, 295.

[3]) Der Kurfürst an Burgsdorff, 31. Mai 1641, P. R. I, 268.

laubnis nach, vier Kompagnien der dem Kaiser zu überlassenden brandenburgischen Reiter zur Komplettierung seines nur aus 6 Kompagnien bestehenden Regiments benutzen zu dürfen, und überredete den Markgrafen Ernst, sich beim Feldmarschall Grafen Piccolomini hierfür zu verwenden.[1]) An und für sich war gegen diese Bitte nichts einzuwenden. Denn wenn auch eigentümlich, wie schon erwähnt, war doch das Verhältnis Burgsdorffs als Chef eines kaiserlichen Regiments, so lange sein Landesherr mit dem Kaiser in Frieden lebte und ihm sogar Truppen zuschickte, kein illoyales oder anstößiges. Der Kurfürst dachte jedoch strenger hierüber und verwies dem Statthalter diese Eigenmächtigkeit als eine offizielle Einmischung in eine Privatsache, die nur Burgsdorff und die kaiserlichen Generale etwas angehe.[2]) Burgsdorff fühlte sich durch den Tadel mit getroffen. Er beteuerte unter einem Schwall von Worten, daß ihm die kurfürstliche Gnade lieber sei, als 10 kaiserliche Regimenter und er gerne bereit sei, das seinige aufzugeben, wenn er nur einen Vorwand dafür wüßte.[3]) Dieser

[1]) U. A. I, 452, 463, 470; P. R. I, 260.

[2]) P. R. I, 280, vgl. oben S. 171.

[3]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 3. Juli 1641: „Wie hoch und nahe mir auch das zu Herzen gangen, daß E. Ch. D. in Dero letztem Rescript des Herrn Markgrafen Fürstl. Gnaden gleichsam einen ziemlichen Verweis gegeben um daß Sie an den Herren Grafen Piccolomini daß der Überrest von meines Brudern Escadron zu meinem Regiment möchte gestoßen werden, geschrieben, und E. Ch. D. Sich die Gedanken machten, samt hochgedachte S. F. G. durch meine Importunität solch Postscriptum an vorerwähnten Herrn Grafen Piccolomini abgehen zu lassen, das ist Gott allein bekannt, und hätte nimmermehr gemeinet, daß E. Ch. D. von Dero getreusten Diener solche widrige Opinion schöpfen oder sich vielleicht durch andere dazu verleiten lassen; ich hoffe aber, es werden ofthochgedachte J. F. G. und die Herren Räte mir ein anders gleichergestalt können Zeugnis geben, bitte also, E. Ch. D. wolle von Ihrem gehorsamen Diener solche Opinion künftig nicht weiter schöpfen, zumalen S. F. G., auch die Herren Räte und ich, daß hierunter so groß hätte können verstoßen werden, nimmermehr gemeinet; lebe auch nachmalen der unterthänigsten und festen Zuversicht, E. Ch. D. mir noch viel lieber solche übrige Reuter als dem Obristlieutenant Golbackern würden gegönnet haben, — der den Befehl

Zusatz war etwas mehr als die verlegene Ausflucht, die er auf den ersten Blick zu sein scheint. Denn das Aufgeben des Regiments gerade damals, im Juli 1641, hätte allerdings als ein Zeichen verschärfter Spannung zwischen Brandenburg und dem Kaiser aufgefaßt werden können und wäre von manchem Feinde des Kurfürsten sicherlich in diesem Sinne ausgelegt worden. Dem Kurfürsten leuchtete das ein, und so ließ er seinem treusten Diener das Regiment, „damit es nicht das Ansehen gewinne, als wollten Wir von Ihrer Kais. Majestät gar abspringen, welches doch nie in Unsere Gedanken gestiegen." [1]) Erst im Jahre 1643 verschwindet es aus den Listen der kaiserlichen Armee. [2])

Entgegenkommen gegen die Stände und gegen die Schweden, das ist das Kennzeichen der Politik des Großen Kurfürsten im ersten halben Jahre seiner Regierung. Nun, da die Reduktion der Truppen durchgeführt, die Stockholmer Punktation abgeschlossen war und er die Früchte seiner Friedfertigkeit ernten wollte, erlebte er die erste der schweren Enttäuschungen, an denen seine Regierung neben ihren unvergleichlichen Erfolgen bis ans Ende seines Lebens so reich sein sollte. Sowohl die Stände wie die Schweden lohnten sein Entgegenkommen mit schnödem Undank und vergalten es mit der Hervorkehrung

vom Kaiser erhalten hat, die Reiter nach Schlesien zu führen —. Wann E. Ch. D. meinem unterthänigsten petito nur so weit hätten gnädigst deferiren und an den Römischen Kaiser oder den Erzherzog Leopold Wilhelm ein Recommendationschreiben abgehen lassen wollen, würde es keine Difficultät gehabt haben; ich bleibe aber nachmalen dabei, wie in meinem letzten Schreiben erwähnt, daß ich mein Regiment beim Römischen Kaiser, da es E. Ch. D. ja haben wollen, ganz gerne quittiren wolle, und wann es schon 10 Regimente, sie mir doch so lieb nicht als E. Ch. D. Gnade sein sollten; nur wiederhole ich mein voriges, daß E. Ch. D. mir gnädigst wollten an die Hand geben, mit was Prätext ich anjetzo das Regiment quittiren und dessen mich abthun solle," zumal da der junge Graf Schwarzenberg mich beim Kaiser verleumbet und mir lügnerisch nachsagt, daß ich ihm ein kaiserliches Regiment zum Kauf angeboten habe. P. R. I, 291.

[1]) Resolution vom 14. Juni 1641, P. R. I, 280.

[2]) Cosmar, Schwarzenberg S. 94, Anmerkung.

egoistischer Interessen und einer rücksichtslosen Ausbeutung ihrer Übermacht.

Da der Kurfürst den Ständen außer der Reduktion das wichtige Recht der Kontributionsbewilligung eingeräumt oder vielmehr wie vor der Zeit der Schwarzenbergschen Militärdiktatur wieder zugestanden hatte, sah er sich genötigt, neben den für die Reduktion erforderlichen Summen auch die Mittel für den Unterhalt der reduzierten Truppen von ihnen zu erbitten. Das geschah auf dem Landtag, der im Juni 1641 in Berlin zusammentrat.[1]) Hier versuchten die Stände zuerst, die Sache auf die lange Bank zu schieben, „weil es doch auf ein schweres, nämlich Geldgeben hinausliefe", ließen sich jedoch durch das energische Auftreten des Markgrafen Ernst nach längerem Feilschen dazu herbei, dem Kurfürsten für das nächste Jahr 150 000 Thaler zu bewilligen. Sie knüpften diese Bewilligung aber an die Bedingung, daß die 2400 Mann Fußvolk statt in 16 Kompagnien zu 150 Mann in 12 Kompagnien zu 200 Mann eingeteilt und die 3 Kompagnien Reiter zu je 100 Mann in eine von 150 Mann Stärke zusammengezogen, mithin die Kosten für 150 Reiter und 6 Kompagniestäbe gespart und außerdem alle Truppen das ganze Jahr hindurch nur nach dem Sommertraktement verpflegt würden. Als man „ad speciem ging" und die 150 000 Thaler auf die verschiedenen Landesteile verteilte, schrumpften sie wegen der starken schwedischen Kontributionen in der Altmark, Priegnitz und Neumark auf 103 600 zusammen, deckten also, selbst den günstigsten, thatsächlich so gut wie ausgeschlossenen Fall ihres prompten Eingehens vorausgesetzt, nicht einmal das Minimalmaß des unbedingt Notwendigen, das ohne Futterkorn und Kleidung auf rund 112 000 Thaler angeschlagen wurde. Der Markgraf getraute sich nicht, jene Bedingungen aus eigener Machtvollkommenheit zu genehmigen. Er ließ daher im Rezeß vom 31. Juli die ursprüngliche Anzahl der Kompagnien —

[1]) Vgl. U. A. X, 98 ff. und den wörtlichen Abdruck des Berichts des Markgrafen Ernst über die Verhandlungen P. R. I, 316 ff.

nur die 3 Reiterkompagnien auf 2 zu je 100 Mann verringert — und ebenso die Forderung des teilweisen Wintertraktements stehen. Hiergegen protestierten die Stände, und da der Landtag wegen der Ernte bis zum Oktober vertagt wurde, kam vorläufig nichts als die interimistische Bewilligung des halben Futterkorns für die Reiter für Juli, August, September und Oktober zustande.

Unter den zahlreichen Schriftstücken, welche die verzweiflungsvolle Lage der Marken in jener Zeit schildern, ist der Bericht des Markgrafen über den Verlauf dieses Landtags vielleicht das lehrreichste, weil er uns nicht nur Klagen und allgemeine Redensarten, sondern nüchterne Ziffern vor Augen führt. Tapfer tritt der Statthalter in die Bresche, die die Gewährung des Steuerbewilligungsrechtes an die Stände in die Position des Kurfürsten gelegt hatte. Er ist von der Notwendigkeit der militärischen Forderungen, insbesondere für die Festungen, dringend überzeugt. „Die hohe unvermeidliche Not erfordert," schreibt er, „daß all diesen Mängeln, sollen anders die Festungen und E. Lbd. zum großen Teil davon dependirender Staat nicht periclitiren oder in Hasard gestellt werden, in schleunigster Eil und cum effectu remediret werde." Aber — auch der „Desolation und dem Unvermögen des armen Landes", seinem Landesherrn und den Schweden zugleich zu steuern, vermag er sich nicht zu verschließen. So weiß auch er schließlich „bei itzigem kümmerlichen Zustand kein ersprießliches oder practicables Mittel vorzuschlagen", es sei denn, daß der Kurfürst auf die von den Ständen vorgeschlagene weitere Reduktion einginge.

In Königsberg traf dieser Bericht etwa gleichzeitig mit der Kunde vom Abschluß der Stockholmer Punktation ein. Höchst wahrscheinlich hierdurch beeinflußt, nahm Friedrich Wilhelm „die unterthänigste und willfährige Erklär- und Erweisung seiner getreuen und gehorsamsten Stände mit sonderbaren kurfürstlichen Gnaden auf und an".[1]) Er erklärte sich

[1]) Resolution vom 7. September 1641, P. R. I, 870.

mit der Reduktion der 16 Kompagnien Fußvolk auf 12 — unter Aufrechthalten des Mannschaftsbestandes — sowie der zwei Reiterkompagnien auf eine zu 150 Pferden einverstanden, gewährte den Offizieren nur das Sommertraktement, den Mannschaften aber, „weil dieselbigen zur Meutenation am meisten geneigt sind und ohne dieselben die Offiziere wenig ausrichten können", eine kleine Zulage zu ihrer Löhnung und befahl, dem Unfug der Verpflegung über den Effektivbestand hinaus zu steuern.

Die Stände aber, denen er einen Finger nach dem andern entgegenstreckte, griffen bald nach seiner ganzen Hand. Im November 1641 erklärten sie, ihren eigenen Reduktionsplan vom Sommer wegen zunehmender Beschwerungen des Landes nicht mehr aufrechthalten zu können, und stellten einen neuen auf, nach dem die 16 Kompagnien Fußvolk zwar nun beibehalten, aber jede auf 125 Mann und die eine Reiterkompagnie ebenfalls auf 125 Mann reduziert werden sollte. Das bedeutete also einen Abstrich von 400 Mann zu Fuß und 25 Reitern.[1]) Der Kurfürst warnte dringend vor dieser weiteren Schwächung der militärischen Macht, mit der die drei Festungen Spandau, Küstrin und Peitz nicht genügend besetzt werden könnten,[2]) aber noch bevor dieser Appell seine Adresse erreichte, erzwangen die Stände die Einwilligung des Markgrafen Ernst zu ihrem Plan und begannen sofort mit seiner Ausführung. Noch im Dezember 1641 wurden die Kompagnien der Regimenter Ribbeck und Trotha sowie die Reiter auf je 125 Mann verringert.[3])

Der Kurfürst war über dieses eigenmächtige Verfahren sehr ungehalten, befahl, mit der Reduktion sofort einzuhalten, sie, wenn möglich, rückgängig zu machen und keinesfalls auf das Regiment zu Fuß Burgsdorffs und die Reiter aus-

[1]) P. R. I, 397, 402.

[2]) Resolution vom 12. Dezember 1641, P. R. I, 414.

[3]) Vgl. Jany S. 80, 82, 88 und die Relation des Markgrafen Ernst vom 30. November 1641, P. R. I, 402.

zudehnen.[1]) Er drohte sogar mit neuen Werbungen, gab aber zuletzt nach und fügte sich widerwillig in die Reduktion der Ribbeckschen und Trothaschen Kompagnien, stillschweigend auch

[1]) Resolution vom 24. Dezember 1641, P. R. I, 421. In seiner Antwort hierauf vom 14. Januar 1642 (P. R. I, 433) suchte der Markgraf seine Eigenmächtigkeit folgendermaßen zu entschuldigen: „Wir können wohl mit gutem Gewissen sagen, daß wir uns genugsam bemühet, die Stände dahin zu disponiren, daß sie es bei der vollen Anzahl des Volks, wie es bei der vorigen Zusammenkunft verglichen gewesen, verbleiben lassen möchten, wie solches die gewechselten Schriften überflüssig bezeugen werden. Weil es aber nicht zu erhalten gewesen, sondern sie in ihrer Schlußschrift ausdrücklich begehreten, weiter nicht in sie zu bringen, denn sie könnten höher nicht hinan gehen, mußten wir es wohl geschehen lassen, ehe wir verhängen wollten, daß sie ohne Schluß von einander ziehen und das ganze Werk in Confusion, darzu schon ein guter Anfang war, kommen und zerfallen sollte. Wir hielten auch dienlich[er], daß E. L. 2000 wohlbezahleter Knechte in den Festungen hätten, als 400 darüber, die keinen Sold gewußt hätten (wie denn gewiß es also hätte sein müssen, weil die Stände nichts darauf geben, E. L. Einkommen auch dazu nicht reichen oder angekehret sein wollen), und daher leichtlich eine Mutination machen und die andern so auch wegen übel folgender Bezahlung nicht am Besten content, mit an sich ziehen können. Wir wollten wünschen, daß E. L. in der Resolution über den ersten Landtagsschluß die Reduction gar abgeschlagen hätten, so wollten wir darüber wohl gehalten haben, es wäre denn mit Willen oder Unwillen der Stände zugangen. Weil aber einer Reduction also gedacht, daß E. L. damit wohl zufrieden, so war zwar E. L. Meinung, daß dieselbe an Offizieren von 4 Kompagnien geschehen sollte, aber das wollte von dem Obristen und Niemanden, auch den Ständen nicht dienlich gefunden werden, weil alsdann der Kompagnien zu wenig sein würden, der gemeine Knecht aber nichts thäte, wo er nicht vom Offizier angetrieben würde; daher die Stände endlich auf diese Beibehaltung der Offiziere und Reduction an Volk schlossen. Wir sahen auch, daß man dazu, weil solche ohne Geld geschehen konnte (welches aber erfordert worden wäre, wenn die Offiziere weg gehen sollen, und doch keines da war, ja des ersten Reductiongeldes noch viel nicht ausgekommen) viel ehe zu gelangen vermochte, und ließen dabei nicht unerwogen, daß doch in effectu nicht 400 Mann wegkommen würden, weil wir nicht alle Kompagnien so eben complet hielten, hinfort aber die Mannschaft voll halten könnten, zu geschweigen, daß auch gar viel untüchtige an Jungen und sonst mangelhafte darunter, und dann, daß auf allen Fall, da einige Gefahr sich bei den Festungen fände, die wir doch nicht leichtlich vermutheten,

in die der Reiter.[1]) Der Etat der brandenburgischen Armee belief sich demnach zu Anfang des Jahres 1642 an Mannschaften auf 2150 Musketiere[2]) und 125 Reiter.[3]) Besoldung und Servis empfingen Offiziere und Mannschaften nach dem Sommertraktement. Nur den Reitern wurde eine kleine Löhnungszulage — bis auf 4 Thaler monatlich — und jedem Infanteristen ein Kleidergeld von 8 Thalern bewilligt.[4])

Die erste Kraftprobe zwischen den Ständen und ihrem neuen, jungen Herrscher schnitt günstig für jene ab. Sie sollten ihres Erfolges aber nicht froh werden, denn was sie ihrem Landesherrn an Kontribution verweigerten, das holten sich die Schweden ungefragt mit eiserner Faust. Der Kurfürst hatte gehofft, daß die Stockholmer Punktation der Ausgangspunkt zu einer friedlichen Verständigung mit Schweden werden würde. Diese Hoffnung zerfloß aber bald wie Schaum auf den Wellen.[5]) Zunächst verging ein halbes Jahr, bis Friedrich Wilhelm selbst die Punktation ratifizierte. Als dann seine Gesandten die schwedischen Staatsmänner in Pommern, später in Stockholm aufsuchten, um auch ihre Unterschrift zu erlangen, fanden sie verschlossene Thüren. Teils unter mehr oder weniger dürftigen Vorwänden, teils durch eine unerhörte, für den Kurfürsten unannehmbare Auslegung wichtiger Paragraphen der

die Bürger und deren Gesinde, so Gewehr zu führen und zu Walle zu gehen tüchtig, Soldaten-Stelle vertreten könnten, wann nur Offiziere dabei, die sie anführeten, daß wir also nicht vermeinet, daß solche Reduction bei E. L. wider uns einigen Unwillen verursachet haben sollte."

[1]) Resolutionen vom 28. Januar und 5. Februar 1642, P. R. I, 441, 445.

[2]) 6 Kompagnien Alt-Burgsdorff zu 150 Mann, 5 Kompagnien Ribbeck und 5 Trotha zu je 125 Mann.

[3]) Ihr Führer, der Oberst Georg Ehrenreich von Burgsdorff erhielt hierfür nur das einfache Rittmeistergehalt und auf sein inständiges Anhalten eine jährliche Zulage von 300 Thalern. P. R. I, 408.

[4]) P. R. I, 403.

[5]) Ich kann mich für das folgende kurz fassen, da Meinardus die Schicksale der Ratifikation der Stockholmer Punktation in der Einleitung zum 2. Bande der P. R. (S. 49 ff.) eingehend und lichtvoll behandelt hat.

Punktation wurden sie von Monat zu Monat hingehalten, so daß es schließlich überhaupt zu keiner Auswechselung der Ratifikationen kam.[1]) Die Folge davon war, daß die schwedischen Heerführer die Mark geradezu für vogelfrei ansahen und sie mit Einquartierungen und Kontributionen auf das rücksichtsloseste ausbeuteten. Besonders im Winter 1641/42, im August 1642 und im Winter 1642/43 herrschte im Lande, vor allem in der Altmark, eine Schwedennot, die jeder Beschreibung spottete. Wie später 1679 kam es schon damals zu Bauernaufständen, ja zu einer Bauernpolitik, indem die Bauern drohten, die Kaiserlichen aus Magdeburg gegen ihre Peiniger zu Hilfe zu rufen. Die Kaiserlichen erschienen freilich auch ungerufen. Sie betrachteten den Kurfürsten längst nicht mehr als Bundesgenossen und beteiligten sich ohne Scheu an der Verheerung seiner Länder im großen wie im kleinen, wenn die Kriegsläufe es mit sich brachten.[2])

Markgraf Ernst erlag unter dem schweren Druck dieser von allen Seiten auf ihn einstürmenden Sorgen. Vergeblich

---

[1]) Wenn Meinardus a. a. O. meint, „nach den bisher bekannt gewordenen archivalischen Materialien bis zum Jahre 1643 einen Abschluß des Waffenstillstandes [d. h. doch wohl eine Auswechselung der Ratifikationen] als sicher haben annehmen zu dürfen", so möchte ich darauf hinweisen, daß schon Moerner beim Abdruck der Stockholmer Punktation die Schicksale ihrer Ratifikation mit ein paar Worten richtig angegeben hat (Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700, S. 128). Vgl. dazu U. A. IV, 419, 439. Auch Pufendorf (Friedrich Wilhelm), Droysen (Preuß. Politik), Ranke (Preuß. Geschichte), Odhner (Politik Schwedens im Westfälischen Friedenskongreß) stellen den Gang der Verhandlungen über den Waffenstillstand in der Hauptsache doch richtig dar. Die von Meinardus herangezogenen Akten bieten manch wertvolle Ergänzung, aber „sein größtes Erstaunen darüber, daß sie die Waffenstillstandsfrage in einem völlig (!) anderen Lichte erscheinen lassen, als man bisher angenommen hat", kann ich nicht teilen.

[2]) Über die Schwedennot vgl. z. B.: U. A. I, 488, 492, P. R. I, 394, 409, 427, 443, 445, 446, 458, 468, 470, 474, 515, 524, 549, 568, 588; über Einfälle kaiserlicher Truppen: P. R. I, 451, 464, 504, 508, 520, 523, 617. Zu der [illegible]erkung von Meinardus, daß erst vom Herbst 1642 bis zum März [illegible] das Land sich einer verhältnismäßigen Ruhe erfreute (P. R. II, [illegible]), vgl. U. A. I, 506.

forderte er seine Abberufung.[1]) Sein Geist umnachtete sich, und ein schnelles Ende, am 4. Oktober 1642, bewahrte ihn vor unheilbarem Siechtum. Ein verhängnisvoller, todbringender Posten vor dem Feinde damals, diese märkische Statthalterwürde! Dem großen Staatsmanne aus der Zeit Georg Wilhelms folgte in Amt und Würden wie im unerwarteten Tode der einzige junge, hoffnungsvolle Hohenzollernsproß, auf dem außer dem Kurfürsten die Zukunft seines Hauses ruhte.

Die Nerven Konrad von Burgsdorffs erwiesen sich widerstandsfähiger im Sturme der Zeit. Auch er mühte sich freilich vergebens ab, „den Karren aus dem Kot zu ziehen". Obwohl nun mitberufen zu Rat und That, mochte er sich in die Zeiten zurückversetzt wähnen, wo er in Küstrin von Schwarzenberg mit starker Hand niedergehalten wurde. Seine Bedenken gegen die Übereilung der Truppenreduktion haben wir schon kennen gelernt.[2]) Die immer weiter gehenden Forderungen der Stände und Bewilligungen des Kurfürsten in dieser Hinsicht machten ihn „nicht wenig perplex".[3]) Wenn wenigstens mit der Reduktion gleichzeitig Ordnung in das brandenburgische Heerwesen, besonders in seine Finanzen eingezogen wäre! Aber davon war nichts zu verspüren. Die Stände kargten mit dem Bewilligen, noch mehr mit dem Zahlen. „Aus Frankfurt soll ich monatlich haben 250 Thaler 10 Groschen $11^1/_2$ Pf.[4]); daraus getröste ich mich wegen der darin liegenden schwedischen Völker nicht eines Hellers. Die Neumark soll geben 600 Thaler. Dieselbe Post wird nun unter die Ritterschaft und 20 darin belegene Städte, in deren viele ich wegen der Schweden nicht einmal exequiren lassen kann, verteilet. Und obgleich der Julius, ja auch auf den August eine Löhnung verflossen, ist bis dato noch keine Austeilung gemacht, wird auch vor dem 26. hujus, alsdann sie erst desfalls allhier zusammenkommen,

[1]) 27. August 1642, U. A. I, 494.
[2]) S. oben S. 192/3.
[3]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 11. Februar 1642, P. R. I, 447.
[4]) Burgsdorff an den Markgrafen Ernst, 18. August 1641, P. R. I, 338.

nicht gemacht werden. Wann will darauf etwas erfolgen? und wovon sollen interim Offiziere und Soldaten leben? Aus der Priegnitz, Ruppin und Uckermark hab ich mich ja auch nichts zu getrösten, weniger aus der Alten Mark. Gott im Himmel ist es bekannt, daß ich desfalls in tausend Ängsten bin! Denn wenn ich erwäge, was ich itzo vor eine Mixtur von Völkern in diese Festung bekommen, welche nunmehr mit Wasser und Brod, welches ich wegen des ausgezehrten Magazins ihnen noch nicht zu geben vermag, vorlieb nehmen sollen, und was vor einen Unwillen unter meine Knechte, wann sie hören, daß andere das Ihrige bekommen, sie aber in die 32 Monate so elend, gleich den Hunden, von Wasser und Brod leben müssen, entstehen möchte: hab ich mich stünd- und augenblicklich nichts anders denn einer gefährlichen Meutination zu versehen ... Zwar muß mit E. F. G. ich des Landes Unvermögenheit gestehen und befindet sich täglich, wie schwer es in einem und dem andern daher gehet; damit wird aber der Sachen ganz nichts geraten, sondern wo S. Ch. D. die Festung nicht in andere Hände kommen lassen wollen, müssen Geldmittel geschafft werden, sie kommen auch her, wo sie wollen: kein anders würde Salomon mit seiner Weisheit ergründen können."

Der letzte Absatz dieses Schreibens hätte der Feder Schwarzenbergs entflossen sein können, des Vorkämpfers für fürstlichen Absolutismus gegen ständische Macht. Kein besseres Zeugnis konnte sich Burgsdorff ausstellen für die schon mehrfach hervorgehobene Thatsache,[1]) daß in streitigen Fällen der Offizier und Staatsdiener in ihm den Junker überwog. Schwarzenberg hatte ihn einst verdächtigt, der Führer oder wenigstens der Aufwiegler seiner ständischen Genossen gegen seine, des Grafen Diktatur zu sein. Wie eine Ironie des Schicksals klingt es, wenn wir hören, daß 1½ Jahre nach Schwarzenbergs Tode die Stände „die Feder so sehr schärften",

[1]) S. S. 45/6, 192.

um Burgsdorff wegen seiner militärischen Forderungen „alles Unheil fast allein zu imputiren", daß der Kurfürst es ihnen ernsthaft verwies.[1])

Als Oberst seines Regiments und Kommandant von Küstrin kam er aus den Sorgen nicht heraus. Zwar war das Regiment von der Reduktion verschont geblieben, aber es kostete Mühe, die Anweisungen für die 150 Mann, die es nach der Ansicht der Stände über den Etat zählte, zu erhalten.[2]) Außerdem schwollen die Restanten von den bewilligten Geldern ebenso wie früher ins ungemessene an. Burgsdorff berechnet sie vom 1. Dezember 1638 bis zum Juli 1641 auf beinahe 70 000 Thaler,[3]) vom 1. Juli 1641 bis Ende Mai 1642 schon wieder auf über 20 000 Thaler.[4]) Infolgedessen blieben seine Leute in dem jämmerlichen Zustand, über den er vordem schon so oft Klage geführt. Daß er in dem oben mitgeteilten Erguß nicht übertreibt, ergiebt sich aus dem im September 1641 erstatteten Bericht der Musterkommissare seines Regiments, worin es heißt[5]): Die Soldaten sind meist sehr abgerissen an Kleidung und Schuhen, gehen teils ganz barfuß, meist mit Untergewehr schlecht versehen, auch die Obergewehre als Musketen z. T. sehr verbraucht; sie müssen notwendig gegen den Winter „durch die Bank" bekleidet und beschuhet und mit neuem Gewehr ausgerüstet werden. Offiziere und Soldaten haben wegen bis-

[1]) Kurfürstliche Resolution vom 7. Oktober 1642, P. R. I, 539.

[2]) Vgl. P. R. I, 505, 526, 530, 535. In den Inhaltsangaben am Kopfe von Nr. 614 und 619 muß es statt „Reiter" heißen: „150 Burgsdorffsche Musketiere".

[3]) P. R. I, 301.

[4]) G. St.-A. Rep. 24 V. Hier werden die einzelnen Posten der verschiedenen märkischen Landstände und Städte aufgeführt. Ihre Summe ergiebt 20 457 Thlr. 5 Gr. $1^1/_2$ Pf.

[5]) Bericht der Kommissare Hans Georg von dem Borne und Maximilian von Schlieben, d. Küstrin 23. August (2. September) 1641, G. St.-A. Rep. 24 V. Gegenüber Brake S. 58 sei hier beiläufig bemerkt, daß die dort genannten Kommissare nicht für die Reduktion des gesamten Fußvolkes, sondern nur für das Regiment Rochows ernannt waren.

heriger schlechter Verpflegung und nicht erfolgter Löhnungen große Klagen geführt mit emsiger Bitte, das zu remedieren.

Die Folgen solcher Behandlung blieben nicht aus. Von einer Meuterei hören wir zwar nichts, desto mehr aber von Desertionen. Die Regimenter, heißt es in einem Bericht vom 11. Februar 1642,[1]) reduzieren sich seit der letzten Reduktion viel mehr sich selbst, so teils gestorben, teils weggelaufen sind. „Was wird endlich daraus werden, als kein Volk in den Festungen zu haben, und wann man auch Geld über Geld geben wollte, so fürchtet doch der Soldat die Festungen wegen des bösen Unterhalts, so bis dato erfolget ist, und dennoch soll man nichts dazu sagen." Diese Äußerungen lassen erkennen, wie optimistisch Markgraf Ernst die Reduktion beurteilt hatte, wenn er meinte, 2000 Mann voll in den Kompagnien seien besser als 2400 auf dem Papier,[2]) und wie gerechtfertigt andererseits die Warnungen Burgsdorffs vor einer zu weitgehenden Reduktion gewesen waren.

Kein Wunder, daß Burgsdorff sich unter den Gegnern des Sommertraktements befand, also auch in diesem Punkte Schwarzenberg nachträglich recht gab und den Ständen opponierte. Mit stichhaltigen Gründen weist er den Verdacht des Kurfürsten zurück, als ob Eigennutz das Leitmotiv hierfür sei. „So nun der Soldat und Offizier sich mit einem geringeren als dem Sommertraktement, damit er sich doch in teueren Zeiten nicht erhalten kann, abweisen lassen muß, und dasselbe oftermals nicht bekommen kann, kann man leicht erachten, was vor eine Affection bei Offizieren und Soldaten verbleibet und wie sich darauf ein ehrlicher Cavalier, dem ein vornehmes Posto anvertrauet, zu verlassen, zumal da er ansiehet, wie andere Völker jetzo bei diesen Zeiten, da nichts höher dann

[1]) Burgsdorff an den Kurfürsten, P. R. I, 448. Auch im Dezember 1642 klagen die Geheimen Räte, daß viele Soldaten weglaufen, teils wegen Kleidermangel, teils aus Anlaß der Aussendung zu fruchtlosen Exekutionen. P. R. I, 566.

[2]) Vgl. oben S. 201 Anm. 1.

Menschen fehlen, ihre habende Soldatesca in acht nehmen und dadurch gleichsam suchen, die Gemüter einer dem andern abwendig zu machen.“[1])

Die Hoffnung, mit der Reduktion zugleich eine Hebung der Disziplin herbeizuführen, wurde somit stark getrübt. Wenn auch nicht mehr ganz so schlimm wie früher, ließ das Benehmen der Truppen, besonders der Reiter viel zu wünschen übrig. „Es ist auch aus allen Reden, so unter dem Kriegsvolk gehen sollen, wie uns glaublich referirt wird, so viel abzunehmen, daß eine böse Opinion von E. L. und demnach ein besonderer Unwille wider Sie, wiewohl unverschuldet, gefasset sei“, berichtet Markgraf Ernst am 21. Februar 1642.[2])

Dem Zustand der Truppen entsprach der Zustand der Festung Küstrin. Für Bauten und Reparaturen, Proviant und Munition waren die Gelder noch schwieriger flüssig zu machen als für die Soldaten. Auch hierauf richtete Burgsdorff sein Augenmerk, auch hierüber schrieb er manche Feder stumpf, ohne aus der gähnenden Leere aller Kassen das nötige Gold hervorzaubern zu können.[3]) Glücklicherweise respektierten die Schweden

[1]) Aus dem Schreiben Burgsdorffs an den Kurfürsten vom 24. September 1641, worin er sich ausführlich über die Unzulänglichkeit des Sommertraktements verbreitet. P. R. I, 380.

[2]) P. R. I, 454. Klage über die Reiter, die mehr Mühe machen als die 3 Regimenter zu Fuß, in der Relation vom 18. Dezember 1642, P. R. I, 570.

[3]) P. R. I, 301, 339. In der Antwort des Statthalters auf den dort abgedruckten Brief Burgsdorffs heißt es: 30 Wispel Roggen sollen von Spandau nach Küstrin geschafft werden; die Amtskammer soll dafür sorgen, daß noch mehr Proviant aus dem Amte Lebus geliefert wird; den Neumärkischen, Sternbergschen und Lebusischen Ständen ist befohlen worden, die Reste der Löhnungen von 1640 und 1641 zu zahlen. Auch Frankfurt und andere Örter, die schwedische Besatzung haben oder an die Schweden kontribuieren, sollen beisteuern; „man wird auch wohl Mittel haben, das wenige von ihnen zu erlangen, denn was die höchste Notwendigkeit erfordert, darum kann nicht alle Mal so gelinde als man sonst gerne thäte, gegangen werden“. Die Difficultäten betr. den Unterhalt des Regiments und den Zustand der Festung sind ihm wohl bekannt,

den nicht ratifizierten Waffenstillstand wenigstens so weit, daß sie die märkischen Festungen mit einem Angriffe verschonten. Einen ernsthaften Widerstand würden sie kaum an ihnen gefunden haben.

Von allen Seiten türmten sich die Wetterwolken auf und entsandten Blitz auf Blitz über das unglückliche Land. Den Kopf voll schwerer Sorgen, ratlos, wie ihm zu helfen sei, verließ es Burgsdorff Ende Februar oder Anfang März 1642, um sich zum Kurfürsten nach Preußen zu begeben, wo ihm ein anderer Wirkungskreis winkte.

---

er kann aber nichts dafür thun, da der Kurfürst selbst ohne Mittel; Leute, die ein erkleckliches vorschießen wollen oder können, sind nicht vorhanden. Er wäre froh, wenn Burgsdorff ihm Mittel, wie zu Gelde zu gelangen, vorschlüge, wird auch an den Kurfürsten deshalb schreiben, d. Berlin 10. (20.) August 1641, G. St.-A. Rep. 21, 27 h 3.

Schöne Worte, vortreffliche Befehle, aber — schließlich wieder der alte circulus vitiosus, der zu den leeren Kassen in Königsberg, Berlin und Küstrin hinführt.

Auf die dringende Bitte Burgsdorffs um Löhnung für seine alten Soldaten weist ihm der Kurfürst endlich 1500 Thaler aus den Postgeldern in Peitz an, nun sollten er und seine Offiziere aber auch mit dem Sommertraktement zufrieden sein, „dann es Uns in widrigem beschwerlich sein würde, wenn Wir darunter ferner molestirt und von einem und dem andern angelaufen werden sollten". Burgsdorff an den Kurfürsten, d. Küstrin 14. (24.) August 1641; Antwort des Kurfürsten, d. Königsberg 7. September, G. St.-A. a. a. O.

2. Burgsdorff als Oberkammerherr
1642—1651.

Die Berufung Burgsdorffs an das kurfürstliche Hoflager und seine Ernennung zum Oberkammerherrn im März 1642 bildet den wichtigsten Abschnitt seiner amtlichen Laufbahn. Die Bedeutung dieses Postens, den er fast 10 Jahre lang bekleidet hat, lag darin, daß er ihn an die Persönlichkeit Friedrich Wilhelms fesselte. Abgesehen von Verschickungen in diplomatischen oder sonstigen Geschäften ist er in der ganzen Zeit bis zu seiner ungnädigen Entlassung nicht von der Seite seines fürstlichen Herrn gewichen. Diese rein äußere Thatsache genügt schon, um das Maß von Vertrauen zu ermessen, das Friedrich Wilhelm für ihn hegte. Es ist bis zu seinem Sturze niemals erschüttert worden. Der Jugendfreund des Vaters wurde zum väterlichen Freunde des Sohnes. Offenbar hat dieser Gefallen an Burgsdorffs Wesen gefunden. Daß er sich auf seine erprobte Treue und Anhänglichkeit verlassen konnte, haben wir schon genugsam hervorgehoben. Mit ihr verband Burgsdorff eine frische, soldatische Offenheit und einen behaglichen Humor. Manch glückliche Wendung, die seiner Feder entflossen, manch knappes Urteil, das den Nagel auf den Kopf trifft, lassen ahnen, daß er ein witziger, schlagfertiger Unterhalter gewesen sein muß. Daß sein Witz mitunter einen recht derben Anstrich trug, wird uns nicht in Erstaunen setzen. Von dem Geschlecht, das unter den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges aufgewachsen war, war alles andere eher als Zimperlichkeit zu erwarten. Das Kind des Lagers wird auch aus seinem

Munde oft genug gesprochen haben. Wenn seine Widersacher später diese Derbheit in Roheit und Gemeinheit umgestempelt haben, so ist diesem Zerrbilde kein Glaube zu schenken.[1]) Friedrich Wilhelm selbst würde sich bis tief in den Schmutz hinein erniedrigt haben, wenn er einen solchen Kumpan auch nur vier Wochen in seiner Umgebung geduldet hätte.

Als Zeichen der freundschaftlichen Gesinnung, die beide mit einander verband, dürfen wir den Vertrag vom 20. Oktober 1643 ansehen, in dem sie sich gegenseitig auf den Todesfall ihre Waffen: Büchsen, Pistolen und Degen vermachten, der Kurfürst allerdings nur, falls er, ohne männliche Leibeserben zu hinterlassen, sterben sollte.[2]) Für den Ton, den beide im Verkehr mit einander anschlugen, mangelt es naturgemäß an ausgiebigen authentischen Zeugnissen. Ein „Packetlein mit unterschiedlichen kurfürstlichen Handschreiben an den Oberkammerherrn", das sich bei der Entsiegelung von dessen Nachlaß vorfand, ist wahrscheinlich verschollen.[3]) Unter der geringen Anzahl von Briefen Friedrich Wilhelms an Burgsdorff, die sich erhalten haben, trägt keiner einen rein privaten Charakter. Am persönlichsten klingt das eigenhändige Schreiben aus Kleve vom 15. Februar 1648 an den „Lieben Ober Cammerer", der mit Sehnsucht zurückerwartet wird, da „sonsten alles den Krebsgang geht".[4]) Burgsdorffs noch vorhandene Briefe an den

[1]) Näheres hierüber weiter unten.

[2]) Der von Meinardus sogenannte „Waffenbrüderschafts-Vertrag" zwischen dem Kurfürsten und Konrad von Burgsdorff, P. R. II, 229. Zur Ausführung des Vertrages nach dem Tode Burgsdorffs ist es nicht gekommen, da die Waffenbrüderschaft durch die Ungnade Burgsdorffs in die Brüche gegangen war.

[3]) Nach einer Notiz im G. St.-A. Rep. 22, 13 d. Es wurde beim Ordnen des Nachlasses versiegelt und Georg Ehrenreich von Burgsdorff ausgehändigt, der es „bei nächster Post" dem Kurfürsten zuschicken sollte. Vielleicht sind die Briefe auch auseinander gerissen worden und in verschiedene Repposituren des Berliner Archivs gekommen, so daß die in den U. A. und P. R. veröffentlichten zu ihnen gehören.

[4]) P. R. IV, 61. Ein anderes kurfürstliches Schreiben von ähnlicher persönlicher Färbung vom 6. April 1651 in U. A. VI, 18.

Kurfürsten bestehen ebenfalls fast ausschließlich aus offiziellen, durchaus in dienstlich korrekter Form gehaltenen Berichten. Auch da, wo er sie durch Privatschreiben ergänzt, läßt er niemals die schuldige Ehrerbietung aus den Augen, wenn er sich auch im Ausdruck hier etwas freier ergeht, wie z. B. in der Klage über das Vertrödeln der edlen Zeit, die er 1648 als Gesandter am kursächsischen Hofe in dem „verfluchten Lichtenberg" zubringen mußte.[1]) In respektvollster Form kommt vereinzelt bei ihm auch der wärmere Ton eines väterlichen Mentors zum Durchbruch. Man höre z. B., wie er, anknüpfend an das bräutliche Glück des Statthalters Markgrafen Ernst, den Kurfürsten ermahnt, doch auch bald ans Heiraten zu denken[2]): „S. Fürstl. Gnaden [der Markgraf] seind wohl von Herzen verliebet, ich wünsche nicht mehr, als daß E. Ch. D. auch also in rechter ehlicher Liebe möchten Brunst leiden; so wollte ich hoffen, Sie würden in der bewußten Sache [höchst wahrscheinlich dem schwedischen Heiratsplan] etwas eifriger und hitziger sein; wie ich dann, soweit als ich's penetriren kann, bekennen muß, daß E. Ch. D. ohne diesen Kampf nicht von der Fechtschulen ohne geschlagen kommen werden. Gott der Allmächtige regiere E. Ch. D. Herz dahin, das, was Sie anfangen, also mitteln und vollenden mögen, daß es zuvorderst zu Gottes Ehren und E. Ch. D. zur zeitlichen Ersprießlichkeit und ewigen Seligkeit dermaleinsten gereichen möge in dessen allwaltigen Schutz E. Ch. D. ich treulich befehle."

Noch im Februar 1651, acht Monate vor seinem Sturze, wurde Burgsdorff vom Kurfürsten bei Hofe für unentbehrlich erklärt.[3]) Ohne Zweifel hat er dem Herrscher in der Zeit von 1642—1651 von allen Männern in seiner Umgebung persönlich am nächsten gestanden. In wieweit deckt sich aber diese persönliche Vertrauensstellung mit der eines einflußreichen oder gar des einflußreichsten politischen Ratgebers? Wir be-

[1]) U. A. IV, 787.
[2]) D. Berlin 11. Februar 1642, P. R. I, 448.
[3]) U. A. V, 466.

rühren mit dieser Frage das wichtigste, freilich auch das schwierigste Problem, das für den Biographen Burgsdorffs in Betracht kommt. Denn selbst wenn die Quellen zu ihrer Beantwortung reicher flössen, als sie es thatsächlich thun, würde sich immer noch ein wesentliches, ja das wesentlichste Moment für ihre Beurteilung unserer Kenntnis entziehen. Die mündlich zwischen dem Kurfürsten und seinem Oberkammerherrn gepflogenen Auseinandersetzungen sind in alle Winde verflogen, ohne einen schriftlichen Niederschlag hinterlassen zu haben. Gerade die Möglichkeit eines beinahe täglichen, ungehinderten Verkehrs mit dem Herrscher mußte aber Burgsdorff am ehesten Gelegenheit geben, ihn zu beeinflussen oder — sich von ihm beeinflussen zu lassen. Hier, wo wir sonst den feinsten und ursprünglichsten Anregungen auf die Spur zu kommen hoffen dürften, werden wir also meist im dunkeln tappen.

Die Protokolle der Geheimratssitzungen entschädigen uns in etwa für diesen Mangel, indem sie zahlreiche von Burgsdorff gehaltene Reden im Auszug enthalten. Aber so wichtig sie als Quellen sind und so außerordentlich dankbar wir für ihre Veröffentlichung durch Meinardus sein müssen, die eben bezeichnete Lücke vermögen auch sie naturgemäß nur dürftig auszufüllen. Das gilt umsomehr, als Burgsdorff an zahlreichen Sitzungen des Geheimen Rats überhaupt nicht teilgenommen hat. Bekanntlich tagte der Geheime Rat ständig in Berlin, während der Kurfürst sich Monate, selbst Jahre lang in Preußen, Kleve oder sonstwo aufhielt. Außer Burgsdorff gehörten dann in der Regel noch mehrere andere Geheimräte oder höhere Beamte zur Umgebung des Fürsten.[1]) Sie bildeten ein Kollegium, das wir am besten im Gegensatz zum Geheimen Rat als Kabinett bezeichnen, wenn wir dabei auch nicht an eine fest organisierte Behörde oder ein Analogon der späteren preußischen Kabinettsregierung denken dürfen. Auch diese „Kabinettsräte“ sind zu Sitzungen unter dem Vorsitze des Kurfürsten zusammen-

[1]) Vgl. z. B. Meinardus, Register zu P. R. IV, S. 687 unter Geheime Räte.

getreten, aber Protokolle über ihre Beratungen liegen, von ein paar Ausnahmen abgesehen, nicht vor, und ein genaues Bild von ihrem Verlauf vermögen wir uns nicht zu machen.[1])

In der unmittelbaren Nähe des Kurfürsten, an der Spitze des Hofstaates, im Kabinett, im Geheimen Rat und auf diplomatischen und anderen Sendungen müssen wir mithin Burgsdorff aufsuchen, um sein Wirken während der Jahre 1642—1651 kennen zu lernen. Erst wenn das geschehen, kann eine Antwort auf die Frage nach der Tragweite seines politischen Einflusses versucht werden. Ich habe sie hier vorläufig nur aufgeworfen, weil sie gewissermaßen das Leitmotiv für die weiteren Ausführungen dieses Kapitels abgiebt. —

Burgsdorff entfaltete nach den verschiedenen Richtungen hin eine sehr eifrige Thätigkeit. Am besten können wir sie, wie gesagt, verfolgen, soweit seine Teilnahme an den Verhandlungen des Geheimen Rates in Frage kommt. Dieses Kollegium bildete den Mittelpunkt der brandenburgischen Centralverwaltung. Bei der geringen Arbeitsteilung im Schoße der brandenburgischen Behörden, bei dem Fehlen von Zwischeninstanzen mit scharf abgegrenzten Kompetenzen in zahlreichen Verwaltungszweigen hatte der Geheime Rat eine ungeheuere Arbeitslast zu bewältigen. Nichts Bunteres als seine Tagesordnungen, auf denen neben den bedeutungsvollsten Fragen der inneren und äußeren Politik die nichtigsten Kleinigkeiten erscheinen.

Ein Blick in die Protokolle seiner Sitzungen genügt, um das zu erkennen. Des Beispiels halber teile ich hier die Tagesordnung mit, die die Geheimen Räte am 27. Januar 1644 in zwei Sitzungen vor- und nachmittags zu bewältigen hatten: Erwerbung Pommerns, Geheimer Besuch Lillieströms bei Torstenson, Zwist des Fürsten Christian von Anhalt mit

[1]) Ich kenne nur drei kurze Protokolle über die Beratungen dieses „Kabinettsrates", die sämtlich vom Kurfürsten persönlich aufgezeichnet sind. P. R. IV, 25, 170, 257. Hiernach haben sich die Verhandlungen in denselben Formen bewegt wie im Geheimen Rat, nur sind sie in der Regel wahrscheinlich nicht protokolliert worden.

seinem Bruder, Gesuch der Priegnitzschen Stände um Kriegsschäden-Erleichterung, desgleichen des „Städtleins Bötzow" und der „Knesebeckin" um Erleichterung der Kontribution, Beschwerde der Stadt Templin über Exekution durch die Ritterschaft, Kontributionsausteilungen in Bernau, Ansprüche des Generals Klitzing auf ein Haus, Kontributionserlaß der Gemeinden zu Rampitz und Klobitz im Sternbergischen, Gesuch der Witwe Lichtfußen wegen hinterstelliger Bestallung ihres Mannes, Gesuch Martin Busses um eine Stelle in der Kanzlei, Leichenfeier des Geheimrats von Brunn, Gesuch des Zöllners zu Wittstock um Ersatz von 28 Thalern Kriegskosten, Anstellungsgesuch eines Kornschreibers, Besoldung eines Heidereiters, Ansprüche Kurt Ludolf von Arnims, Schuldforderung Schönenfließ contra Kapitän Senff, Hoftischler zu Küstrin, Klagen der Bürgerschaft der Neustadt Brandenburg über Schulden des Rates der Stadt, Übergriffe des schwedischen Kommandanten in Frankfurt, Klagen der Bürstenbinder, „daß die Schweineborsten von anderen aufgekauft werden", Anfrage des Hauptmanns der Altmark wegen der Kroaten, die nach Magdeburg kommen, Beschwerde der Frankfurter wegen der Eingriffe in ihre Niederlage, Begnadigung des Amtsschreibers zu Storckow, Bittschrift aus Storckow, Geldraub beim Schösser zu Drossen, doppelte Metze der Kottbuser Ritterschaft und der Stadt Peitz, Haft des von Bomsdorff, Kontributionserlaß der Templiner, Gesuch der Stadt Nauen um einen Vieh- und Pferdemarkt zu Jakobi, Beschwerden der Berliner Schmiede über unberechtigten Eisenverkauf, Schuldforderung des Oberwachtmeisters Senff, Tischler zu Spandau wider die Fuscher, Rat zu Wittstock contra die Ritterschaft, Gesuch Stendals, die Offiziere wegen Geldmangels mit Korn, Kupfer und Zinn zu bezahlen, Bitte der Potsdamer Kietzer um Erlaß von Kontributionsrechnungen, Lehnssache des von Aschersleben aus Dänemark, Angelegenheit des Grafen von Schwarzenberg, Schreiben an Herzog Friedrich zu Lüneburg wegen einer Lehnssache, Bittschrift von Thomas Bröficken Witwe, Anweisung der Soldaten Ribbecks.

Die buntscheckige Reichhaltigkeit einer solchen Tagesordnung scheint mir für den Zustand der brandenburgischen Verwaltung lehrreicher zu sein, als manche längere, theoretische Erörterung. In der obigen Sitzung hat der Kurfürst selbst den Vorsitz geführt. Er gewann dadurch allerdings einen genauen Einblick in alle möglichen Verhältnisse des Landes, aber der Haupteindruck ist doch der, daß Zeit und Kräfte des Landesherrn und seiner höchstgestellten Räte durch untergeordnete Dinge übermäßig in Anspruch genommen wurden. Und solche Geheimratssitzungen fanden nicht etwa nur von Zeit zu Zeit, sondern unter Umständen sehr häufig statt. Auf die erwähnte vom 27. Januar 1644 folgen z. B. weitere mit ähnlichen, wenn auch nicht immer so reichhaltigen Tagesordnungen am 29. und 30. Januar, am 1., 6., 8., 9., 12., 13., 16., 19., 23., 25., 26., 29. Februar ꝛc. In diesen 15 Sitzungen sind nicht weniger als 259 verschiedene Punkte zur Sprache gebracht worden! Welcher Fleiß, aber auch — welche Kraftvergeudung!

Zu voller Thätigkeit gelangte der Geheime Rat besonders, wenn der Kurfürst in Berlin anwesend war und das Kabinett in ihm aufging. Dann pflegte Friedrich Wilhelm selbst die Verhandlungen zu leiten und die Entscheidungen auf Grund der Referate und Debatten zu treffen. Verließ er die Mark für längere Zeit oder setzte er aus der Ferne einen neuen Statthalter für sie ein, so erließ er jedesmal eine neue Instruktion für den Geheimen Rat, die seine Obliegenheiten teils speziell, teils generell regelte. Wir besitzen noch sechs solcher Instruktionen und zwar aus den Jahren 1641, eine vom Januar für den Grafen Schwarzenberg, eine vom April für den Markgrafen Ernst als Statthalter, 1642 nach dem Tode des Markgrafen, 1645 beim Antritt der Reise des Kurfürsten nach Preußen sowie 1646 und 1651 bei seinem Aufbruch nach Kleve.[1]) In den Grundzügen ihrer generellen Verfügungen stimmen sie ziemlich überein, jedoch läuft das Bestreben des

[1]) P. R. I, 94, 215, 540, III, 28, 558, IV, 331.

Kurfürsten unverkennbar darauf hinaus, die Entscheidung in allen wichtigen Angelegenheiten auch bei der Abwesenheit von Berlin immer mehr selbst in die Hand zu nehmen und den Geheimen Rat von einer selbständig beschließenden zu einer mehr beratenden Behörde herabzudrücken. Während z. B. Schwarzenberg noch die Vollmacht erhalten hatte, alle aus dem Reich und von auswärtigen Potentaten einlaufenden Schreiben außer den zu eigenen Händen des Kurfürsten adressierten zu erbrechen, den Geheimen Räten vorzulegen und „was darauf zu thun per majora geschlossen wird, von Unseretwegen als Unser Statthalter zu beantworten und anzuordnen", sowie die Resolutionen auf Berichte aus Kleve und vom Regensburger Reichstag „alsbald zu begreifen" und dem Kurfürsten zur eigenhändigen Unterschrift zuzuschicken, behielt sich Friedrich Wilhelm in der Instruktion für den Markgrafen Ernst wenige Monate später die Erledigung dieser Angelegenheiten selber vor. Auch die folgenden Instruktionen halten im allgemeinen hieran fest. Im einzelnen weisen sie kleine Abweichungen auf, im ganzen tritt aber die Tendenz hervor, Sachen, die „von einigem Nachdenken sind und moram leiden können", dem Geheimen Rate höchstens zur Vorberatung, dem Kurfürsten aber zur Entscheidung zu überweisen. Namentlich die preußischen und klevischen Angelegenheiten wurden seit 1645 der Kompetenz der Berliner Geheimen Räte, selbst zur bloßen Beratung, grundsätzlich entzogen. Das entsprach den innerpolitischen Verhältnissen, die ja die staatliche Verbindung der verschiedenen Territorien über eine Personalunion nicht weit hatten hinaus kommen lassen, und demzufolge auch einem praktischen Bedürfnis. Man wußte in Berlin zu wenig Bescheid mit diesen Dingen im fernen Osten und Westen und konnte demgemäß nicht mit gutem Rat dienen. Gerade Burgsdorff regte einmal 1644 die Frage im Geheimen Rat an, „ob S. Ch. D. aus jedem Lande als Preußen und Kleve ein paar Räte anhero nach Berlin verschreiben wolle, so bei Expedition und Consultation der Landessachen nebenst den Geheimen Räten

wären." [1]) Der Anregung wurde aber keine Folge gegeben; den indigenatssüchtigen preußischen und kleve-märkischen Ständen wäre auch wohl schwerlich ein Gefallen damit geschehen, und so wurde der Geheime Rat bei der Abwesenheit des Kurfürsten von Berlin immer ausschließlicher, soweit seine Beteiligung an der inneren Politik in Betracht kam, eine lediglich märkische Behörde. [2])

Bezüglich der auswärtigen Verhältnisse liegen die Dinge etwas anders. Während des ersten längeren Aufenthaltes Friedrich Wilhelms in Preußen von seinem Regierungsantritte bis zum Frühjahr 1643, besonders seit dem Tode Schwarzenbergs, liegt die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, zu denen wir die Reichssachen rechnen, fast gänzlich in den Händen des Kurfürsten und seiner Kabinettsräte. In den Berichten des Statthalters Markgrafen Ernst und der Geheimen Räte in Berlin spielt die auswärtige Politik eine völlig untergeordnete Rolle, mit Ausnahme der schwedischen Kriegssachen, die man ja aber damals mehr eine märkische Angelegenheit nennen kann. [3]) In einem Fall entschuldigen sich die Geheimen Räte sogar, daß sie in eine Beratung über den Frankfurter Deputationstag nicht eintreten könnten, weil sie an Zahl zu gering seien und nichts Neues vorbringen könnten, was nicht dem Kurfürsten aus Nürnberg und Regensburg direkt gemeldet wäre. [4]) Es ist eine seltene Ausnahme, wenn Markgraf Ernst einmal aus eigenem Entschluß „zu Sr. L. hochvernünftigem Nachdenken stellt", ein Schreiben an den Kaiser abgehen zu lassen, um ihn über die schwedischen Waffenstillstandsverhandlungen aufzuklären. [5])

[1]) P. R. II, 544.

[2]) Vgl. über die Zusammensetzung, Bedeutung und Entwicklung des Geheimen Rates in den ersten Jahren der Regierung Friedrich Wilhelms im allgemeinen die Bemerkungen von Meinardus in den Einleitungen zu P. R. I, 80 ff. und II, 138, 139.

[3]) Vgl. P. R. I, 1—606, U. A. I, 2., 3. und 5. Abschnitt.

[4]) P. R. I, 556.

[5]) P. R. I, 305.

Eine ganz andere Gestalt nehmen diese Verhältnisse an während der zweiten Abwesenheit des Kurfürsten von der Mark, die als eine Reise von wenigen Wochen geplant, sich thatsächlich zu einem Aufenthalt in Preußen vom Februar 1645 bis zum Mai 1646 verlängerte. Auch jetzt behält sich der Kurfürst die Entscheidung in allen wichtigen Fragen der auswärtigen Politik vor, aber sie passieren fast regelmäßig das Forum des Geheimen Rates in Berlin. Dieser berät sie eingehend, empfängt und fertigt fremde Gesandte ab, steht in Briefwechsel mit den brandenburgischen Diplomaten auswärts, erteilt unaufgefordert dem Kurfürsten Ratschläge u. s. w. Besonders die wichtigen Verhandlungen mit den brandenburgischen Gesandten in Osnabrück werden in dieser Zeit fast alle in der Hauptsache in Berlin erledigt. Ihre Berichte werden hier geöffnet und beraten, die Konzepte der Antworten aufgesetzt und dem Kurfürsten nach Königsberg zur Unterschrift übersandt. Es macht ganz den Eindruck, als wenn Friedrich Wilhelm in absentia von Preußen aus dem Geheimen Rate in Berlin präsidierte.[1]) Die weite Entfernung Königsbergs von Berlin und Osnabrück-Münster machte sich hierbei, ebenso wie im Sommer 1632 von Schlesien und in anderen, ähnlichen Fällen, für alle Beteiligten sehr unangenehm fühlbar. Wochen vergingen, bis die Friedensgesandten in den Besitz der Antworten auf ihre Berichte gelangten. Wir hören z. B., daß der Kurfürst einmal eilig die übersandten Schreiben aus Berlin vollzieht und sich nach reiferer Überlegung eventuell eine weitere Antwort vorbehält.[2]) Neben den offiziellen Korrespondenzen laufen private her zwischen den Gesandten, Geheimen Räten und Kabinettsräten. Kurz, die Einheitlichkeit und Schnelligkeit in der Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten ließ viel zu wünschen übrig. Wir verstehen vollkommen, daß die Geheimen Räte in

---

[1]) Die Beweise dafür lassen sich beim Durchblättern von P. R. III, 38—464 leicht zusammenstellen.

[2]) P. R. III, 185.

Berlin sehnsüchtig auf die Rückkehr Friedrich Wilhelms nach der Mark harrten und wiederholt dringend darum baten.[1])

Nachdem er endlich Ende Mai 1646 ihrer Bitte entsprochen, war seines Bleibens in der Mark bekanntlich nur kurze Zeit. Wichtige Interessen, in erster Linie die geplante oranische Heirat, sodann der Wunsch, den Orten des westfälischen Friedenskongresses näher zu sein, wo damals die für Brandenburg so schwerwiegende Frage der schwedischen Entschädigungen verhandelt wurde, riefen Friedrich Wilhelm schon im Oktober 1646 nach Kleve. Mit Ausnahme des Jahres vom April 1650 bis zum April 1651, das er in der Mark zubrachte, hielt er sich die ganze Zeit vom Oktober 1646 bis zum Oktober 1652 in seinen niederrheinisch-westfälischen Besitzungen auf und ließ die Geheimen Räte in Berlin verwaist zurück. Ihre Anteilnahme

[1]) P. R. III, 108 und besonders 119. Hier heißt es in einem Bericht der Geheimen Räte vom 30. Mai 1645, die Rückkunft des Kurfürsten sei hochnötig. Wenn man auch alles in größter Eile beförderte, dauere es doch 5—6 Wochen, ehe die Abgesandten in Osnabrück eine Antwort erhielten. Wie viel könne da versäumt werden, „zu geschweigen der übergroßen Spesen, so darauf gehen und dann, daß die übrigen Stände über den Mangel E. Ch. D. Resolution etwas schwierig werden, wie sich dann solches bereits über dem erweiset, daß die salvus conductus vor Stralsunde von den Kaiserlichen nicht ausgegeben, welche E. Ch. D. hierunter zum Prätext des Verzuges gebrauchen, ob sie wohl sonsten etwas Anders wegen der Mediatstände sich besorgen mögen, wie die Relation hiervon mehrere Nachricht giebet. Diesemnach müssen E. Ch. D. wir als Dero verpflichtete Räte und Diener getreuest und gehorsamst raten, es wollten E. Ch. D. mit Ihrer Herausreise ja nicht säumen, damit die allgemeine Ruhe, daran auch E. Ch. D. ganze Wohlfahrt haftet, ja nicht aufgehalten und die Schuld hernacher auf Derselbten geleget werden möge." Noch ernsthafter klingen die Mahnungen in dem Schreiben der Geheimen Räte vom 14. November 1645, P. R. III, 296. — Trotz dieser dringenden und berechtigten Vorstellungen ließ der Kurfürst sie aber noch ein halbes Jahr auf die Erfüllung ihres Wunsches warten. Er wäre gerne nach 6 Wochen schon zurückgekehrt, erklärte er in der ersten Geheimratssitzung in Küstrin, an der er wieder teilnahm, aber allerlei Widerwärtigkeiten und vornehmlich der Geldmangel hätten ihn solange zurückgehalten. P. R. III, 465, vgl. U. A. I, 866 Anm. 1.

an der auswärtigen Politik in diesen Jahren bewegt sich etwa auf einer Mittellinie zwischen den Maßen ihrer Bethätigung während des ersten und zweiten preußischen Aufenthaltes des Landesherrn. Sehr vieles, wohl das meiste, soweit es sich übersehen läßt, wird vom kurfürstlichen Hoflager resp. Kabinett aus direkt erledigt, aber der Geheime Rat in Berlin wird über die wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik stets unterrichtet und in zahlreichen Fällen um Gutachten ersucht, die er vereinzelt auch unaufgefordert einschickt. Der Kurfürst schreibt den Geheimen Räten einmal am 26. Dezember 1648 von Kleve aus, er werde sich ihrer Ratschläge, „soviel immer möglich und die Beschaffenheit unseres Estats wird leiden können", künftig bedienen. Dieses Wort charakterisiert seine Stellung zum Geheimen Rate in Fragen der auswärtigen Politik für die gesamte hier in Betracht kommende Zeit im allgemeinen zutreffend.[1])

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die so verschiedene Gestaltung dieser Dinge besonders zwischen dem ersten und zweiten Aufenthalt des Kurfürsten in Preußen hauptsächlich auf persönliche Momente zurückführen. Der Geheimrat, der namentlich in den ersten Jahren nach dem Regierungsantritte auf dem Felde der auswärtigen Politik am besten Bescheid wußte und dessen Rat am schwersten wog, war der Kanzler Sigismund von Götze. Er wurde noch vor dem Tode Schwarzenbergs nach Königsberg berufen und blieb hier bis zur Rückkehr des Kurfürsten in die Mark in seiner Umgebung. Während der zweiten Reise Friedrich Wilhelms nach Preußen wurde er jedoch in Berlin zurückgelassen, und gerade aus seiner Feder stammen in dieser Zeit fast alle Konzepte in Sachen der westfälischen Friedensverhandlungen, die dem Kurfürsten zur Vollziehung eingesandt wurden.[2]) Auch nach dem Westen begleitete er seinen Herrn nicht, sondern blieb wiederum an der Spitze des Geheimen Rates in Berlin, bis der Tod am Morgen des

[1]) P. R. IV, 169.

[2]) Vgl. U. A. IV, 378 Anm. 1.

25. Dezember 1650 seinem thätigen Leben ein Ziel setzte. Inwieweit er an der Abfassung der für den Kurfürsten bestimmten Gutachten des Geheimen Rats aus den Jahren 1646—1650 beteiligt ist, läßt sich nicht mehr genau feststellen, da die Protokolle aus dieser Zeit nur ausnahmsweise Auszüge aus den von den einzelnen Geheimräten gehaltenen Reden bringen. Die Gutachten sind in der Form von Relationen gehalten, die, von allen Räten unterschrieben, das Gesamtvotum der Körperschaft zum Ausdruck bringen. Sicherlich hat Götze aber außer der Autorität seiner Kanzlerschaft, d. h. des Vorsitzes, auch die seines Alters und seiner Erfahrung zur Geltung gebracht und die politische Haltung des Geheimen Rates wesentlich mit bestimmt.[1])

War Konrad von Burgsdorff zur Stelle, so nahm er an den Sitzungen des Geheimen Rates regelmäßig teil und beteiligte sich lebhaft an den Verhandlungen. Eine bestimmte Ordnung im Votieren gab es nicht, doch scheint im allgemeinen die Rangordnung der Räte dabei berücksichtigt worden zu sein. Bei längeren Debatten ergreift in der Regel der Kanzler zuerst das Wort, ihm folgt der Oberkammerherr, der jenem als Mitglied des Geheimen Rates ja ausdrücklich nachgeordnet war. Über weitaus die meisten Verhandlungsgegenstände kam es aber überhaupt zu keiner Diskussion. Sie wurden von einem Referenten vorgetragen und daraufhin sofort entschieden. Die Vielseitigkeit des dem Kollegium vorgelegten Stoffes bot natürlich seinen Mitgliedern die beste Gelegenheit, sich über fast alle Fragen der Verwaltung und Politik zu unterrichten und an ihrer Lösung mitzuarbeiten. Auch Burgsdorff wurde hierdurch gründlich in die Staatsgeschäfte eingeführt. Die Protokolle nennen ihn als Referenten über die verschiedenartigsten Dinge von den wichtigsten herab bis zu den unbedeutendsten.[2]) Eine

---

[1]) Welche politische Richtung Götze und die Geheimen Räte vertraten und worin sie vom Kurfürsten abwichen, werden wir später noch zu erörtern haben, desgleichen die Neuorganisation des Kollegiums vom Dezember 1651, die mit dem Sturze Burgsdorffs zusammenfiel.

[2]) Vgl. P. R. I—IV, Register unter Burgsdorff.

Verteilung der Referate nach ihren Materien unter die Mitglieder des Geheimen Rates scheint vor der Reorganisation von 1651 überhaupt nicht versucht worden zu sein. Auf den materiellen Inhalt der wichtigeren Verhandlungen werden wir später eingehen. Hier sei deshalb nur noch bemerkt, daß sich ein Bestreben Burgsdorffs, den Geheimen Rat zu beherrschen, ihm seine Ansicht hartnäckig aufzudrängen, formell aus den Protokollen nicht erkennen läßt. Sie entrollen im allgemeinen das Bild friedlicher Verhandlungen. Von erregten Debatten und einem heftigen Aufeinanderplatzen der Geister und Parteien ist nur selten etwas in ihnen zu verspüren, selbst da, wo keine Einhelligkeit der Ansichten zu Tage tritt.

Auch fern von Berlin blieb Burgsdorff brieflich in Berührung mit seinen Geheimratskollegen. Spuren eines solchen Briefwechsels haben sich noch erhalten und zwar mit Götze, Striepe, Löben und in einem Falle mit dem Gesamtkollegium.[1]) Vermutlich ist dieser Briefwechsel ein regerer gewesen, als sich aus seinen dürftigen Überresten kontrollieren läßt. Inwieweit ihm ein amtlicher oder privater Charakter zukommt, läßt sich schwer entscheiden. Wahrscheinlich wird beides zutreffen und nicht immer streng auseinandergehalten worden sein.

Dasselbe gilt von dem Briefwechsel Burgsdorffs mit den brandenburgischen Vertretern an auswärtigen Höfen oder Diplomaten in besonderen Missionen. Auch dieser scheint nach den vorhandenen Zeugnissen ein ziemlich lebhafter gewesen zu sein. Unter den Korrespondenten erscheinen Hoverbeck und Andreas Adersbach in Warschau, die brandenburgischen Residenten Peter Bergmann und Joachim Christoph Benckendorf in Danzig, Dr. Christoph Deichmann in Hamburg, Adolf Friedrich Schlezer in Stockholm, Winand Rodt auf seiner Sendung nach Münster und dem Haag 1645, Ewald von Kleist und der Kriegskommissar Johann Paul Ludwig, die zu verschiedenen kleineren diplomatischen Aufträgen verwendet wurden,

[1]) P. R III, 327.

Joachim Friedrich von Blumenthal, dann vor allem die brandenburgischen Vertreter in Osnabrück und Münster, Graf Johann von Sayn-Wittgenstein, Joachim Friedrich von Löben und Johann Fromhold, ferner die kurfürstlichen Kommissare in Kleve, der Generalleutnant Johann von Norprath und der Geheimrat Philipp von Horn. Viele Stücke dieses diplomatischen Briefwechsels werden verloren, manche mir entgangen sein, da es zu zeitraubend und höchstwahrscheinlich auch zu wenig lohnend gewesen wäre, das Berliner Archiv systematisch nach ihm zu durchforschen.[1]) Die noch vorliegenden lassen aber schon zur Genüge erkennen, daß es kaum eine wichtige Frage der auswärtigen Politik gab, bei der Burgsdorff die Hand nicht im Spiel hatte. Die Briefe an ihn und von ihm tragen vielfach einen völlig offiziellen Charakter. Der Kurfürst bediente sich seiner als eines Sprachrohrs, um seine Befehle seinen Gesandten zu übermitteln, und diese machen ihrerseits auch keinen oder nur einen geringen Unterschied, ob sie ihre Berichte an ihn oder an den Kurfürsten adressieren. Es überrascht unter diesen Umständen nicht, wenn er öfter über Überbürdung durch Geschäfte klagt, und wird keine Redensart, sondern Wahrheit sein, wenn Rodt einmal von ihm sagt, daß die dringenden Geschäfte zum großen Teil auf seinen Schultern ruhen wie eine Maschine auf einem Atlas.[2]) Noch bemerkenswerter ist die Dienstbeflissenheit und Ehrerbietung, die alle Briefsteller ihm gegenüber an den Tag legen. Ewald von Kleist, den er selbst als „insonders hochgeehrten Herrn Sohn, sehr hohen und

[1]) Der inhaltlich nicht besonders belangreiche Briefwechsel Schlezers mit Burgsdorff aus den Jahren 1646, 1647, 1650 liegt G. St.-A. Rep. 24 c 17 e Fasc. 3, 4, 7; Briefe Deichmanns aus den Jahren 1644—1648 Rep. 24 c 19 b Fasc. 2; die Berichte Wittgensteins und Löbens aus Osnabrück Rep. 12, 122 b. Wegen des Briefwechsels der andern Genannten verweise ich auf die Register zu U. A. VI und P. R. III, IV unter den betreffenden Namen, sowie auf das Verzeichnis P. R. IV, 260. Ein besonders eifriger Korrespondent scheint Löben gewesen zu sein, der Burgsdorff als Schwager verwandtschaftlich nahe stand.

[2]) P. S. zum Brief an Leuchtmar vom 7. November 1644, U. A. I, 631.

werten Freund" anredet, tituliert ihn in einem Briefe sogar Exzellenz, ein damals weit schwerer als heute wiegendes Prädikat, das Burgsdorff niemals offiziell zugestanden hat. Wittgenstein, der hochgeborene Reichsgraf, meldet ihm 1645 aus Osnabrück die Geburt eines Töchterchens und fügt hinzu, wäre es ein Sohn gewesen, so müßte er Kurt heißen, so wage er es nicht, ihn ohne seine ausdrückliche Genehmigung zum Gevatter zu bitten.[1]) Die Kanzleisprache des 17. Jahrhunderts geht nun freilich bei den Kurialien mit den Superlativen verschwenderischer um, als die unserer Tage, der das demokratische 19. Jahrhundert viele, wenn auch noch nicht alle Zöpfe abgeschnitten hat. Es liegt mir daher fern, den Ergebenheitsfloskeln der Burgsdorffschen Korrespondenten zu großes Gewicht beizulegen. Aber aus den bloßen Formalien des Briefwechsels gewinnt man doch schon den Eindruck, daß Burgsdorff als „mächtiger Patron" bei allen Kollegen unter den höheren Beamten in hohem Ansehen stand und für sehr einflußreich gehalten wurde.

Leider ist eine wertvolle Ergänzung zu diesem Briefwechsel verloren gegangen, da alle von fremden Fürsten herrührenden Handschreiben an ihn, von denen sich beim Ordnen seines Nachlasses „eine ziemliche Anzahl" vorfand, bei dieser Gelegenheit zerrissen und verbrannt wurden. Zwei Briefe der Landgräfin Amalie Elisabeth von Hessen-Kassel an Burgsdorff, die diesem Schicksal entgangen sind, enthalten warme Dankesbezeugungen für einen ihr geleisteten Dienst.[2]) Eigenartig berührt das Lob, das ihm die Witwe Gustav Adolfs in einem Schreiben an ihre Tochter Christine spendet: das Konzept dieses Briefes ist nämlich von Burgsdorff selbst aufgesetzt, der die Gelegenheit nicht versäumte, sich auf unverfängliche Art bei der jungen schwedischen Königin in Empfehlung zu bringen.[3]) Im allgemeinen werden wir wohl annehmen dürfen, daß der

[1]) Brief Wittgensteins vom 1. September 1645, G. St.-A. a. a. O.
[2]) Vgl. weiter unten S. 233.
[3]) P. R. III, 49.

Ruf von Burgsdorffs Ansehen und Einfluß im Ausland noch größer war, als im Inlande. Der giftige Hofklatsch, der sich bald nach seiner Berufung an das kurfürstliche Hoflager an ihn heranmachte und den Lagerklatsch aus der Ära Schwarzenberg würdig ablöste, verbreitete von ihm, daß er den jungen Kurfürsten nicht nur in politischen Angelegenheiten „regiere", sondern auch persönlich vollkommen beherrsche und seinen Launen und schlechten Gewohnheiten dienstbar mache.[1]) —

Wir werden diesen und anderen Verleumdungen später noch genauer nachzuforschen haben. Nachdem wir vorläufig den äußeren Rahmen kennen gelernt haben, in dem sich Burgsdorffs Thätigkeit in den Jahren von 1642 bis 1651 bewegt, wenden wir uns nunmehr dieser Thätigkeit selber zu. Wir beginnen mit einer Seite, die ihn uns weniger im Dienste des Staates, als vielmehr im Dienste des kurfürstlichen Hauses und Hofes zeigt.

Die Vertrauensstellung Burgsdorffs beim Kurfürsten brachte es mit sich, daß seine Dienste mehrfach bei Verheiratungen im kurfürstlichen Hause in Anspruch genommen wurden. Wir erinnern uns, daß er im Herbst 1641 vom Markgrafen Ernst von Brandenburg-Jägerndorf als Freiwerber für die Hand der Prinzessin Luise Charlotte nach Preußen geschickt worden war und dem von ihm so hoch verehrten Markgrafen das Jawort seines geliebten Luischen mitbringen konnte.[2]) Der Tod hatte das zarte Band zwischen den beiden Liebenden noch vor der Vermählung gelöst. Einige Jahre später tauchten neue Heiratspläne für die Prinzessin auf.[3]) Nicht weniger als vier Ehekandidaten kamen gleichzeitig für sie in Betracht:

[1]) Das hatte Waldow am Hofe der Königin Witwe Marie Eleonore von Schweden in Dänemark ausgesprengt, wie der brandenburgische Gesandtschaftssekretär Cuyla berichtet. U. A. I, 585.

[2]) S. oben S. 172.

[3]) Vgl. zum folgenden Seraphim, Eine Schwester des Großen Kurfürsten Luise Charlotte Markgräfin von Brandenburg, Herzogin von Kurland in „Quellen und Untersuchungen zur Geschichte des Hauses Hohenzollern", hrsg. von E. Berner II, 1 und die dort angegebene Litteratur.

König Wladislaus von Polen, der Pfalzgraf Karl Ludwig, der Herzog Jakob von Kurland und der Herzog Ernst Bogislaw von Croy. Die beiden letzteren hatten sich mit Burgsdorff in Verbindung gesetzt, um an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen, ein Beweis dafür, wieviel sie seinem Einflusse zutrauten.

Im brandenburgischen Geheimen Rat wurde seit dem Juni 1644 eingehend über die Vorzüge und Nachteile jedes Bewerbers verhandelt.[1] Politische, religiöse und materielle Interessen traten dabei stark in den Vordergrund, wenn auch nebenbei von dem „Consens des Fräuleins und der Frau Mutter" gesprochen wurde und Burgsdorff einmal meinte, daß schwer zu raten sei, da Heiraten von Gott kämen. Die Hand der Prinzessin hatte in jenen Jahren nicht allein für Brandenburg den Wert eines Unterpfandes für anzuknüpfende gute Verbindungen. Solange der Kurfürst unvermählt und ohne Nachkommen war, war Luise Charlotte als seine älteste Schwester die nächstberechtigte Erbin der Kleve-Jülichschen Ansprüche der Hohenzollern, unter Umständen also eine sehr aussichtsvolle Partie. Am wenigsten als ernsthafter Kandidat kam der Herzog von Croy in Betracht, der sich damals bemühte, in brandenburgische Dienste zu treten und nur schüchtern seine Augen zu der Prinzessin erhob. Auch Wladislaus von Polen, von dem übrigens ebensowenig wie von dem Pfälzer ein offizieller Antrag vorlag, hatte von vornherein geringe Aussichten. „Böse Consequentien und wenig Nutz" versprach sich Leuchtmar von dieser Verbindung, während Götze geringschätzig meinte, der König sei ein Herr ohne Land, würde seinen Kindern nichts vererben und auch seine Witwe alleine sitzen lassen. Außerdem fiel der Unterschied der Religion schwer ins Gewicht. Das Fräulein, hieß es, würde in Polen in ein Labyrinth kommen und vor den Pfaffen keine Ruhe haben.

[1]) P. R. III, Register unter den betreffenden Personen. Schon vorher, im Jahre 1643 war der Herzog Christian Ludwig von Braunschweig vorübergehend als Bewerber um die Hand der Prinzessin aufgetaucht. P. R. II, 221.

Am schärfsten wurde Karl Ludwig von der Pfalz unter die Lupe genommen. Für ihn sprach vieles. Er war der einzige Reformierte unter den Bewerbern, aus angesehenem Geschlecht, der voraussichtliche Träger eines Kurhutes und als Verwandter des englischen Königshauses der gegebene Vermittler eines brandenburgisch-englischen Bündnisses. Allerdings war er anderseits vorläufig nur ein Prätendent ohne Land, von ungewisser, politischer Zukunft, mit dem Kaiser verfeindet, nur auf seine englische Pension von 50 000 Thalern angewiesen und, wie man munkelte, auf eine reiche Heirat bedacht oder als Schwager des brandenburgischen Kurfürsten auf den Statthalterposten in Kleve erpicht, endlich auch bedenklich nahe mit der Prinzessin verwandt. Trotz dieser Bedenken neigte sich die Mehrzahl der Stimmen im Geheimen Rate auf seine Seite, auch der Kurfürst war mit ihm einverstanden. Dennoch zerschlug sich das Projekt, vermutlich, weil Karl Ludwig selbst keine Anstalten traf, es zu verwirklichen und weil, wie Sigismund von Götze würdevoll betonte, es doch schimpflich sei, Töchter auszubieten, oder weil seine Restitution schließlich zu unsicher erschien.

Mithin blieb nur der vierte Bewerber, Herzog Jakob von Kurland, übrig, um mit der Hand der „in die Jahre kommenden" Prinzessin beglückt zu werden. Er war von Anfang an neben dem Pfalzgrafen in zweiter Linie ins Auge gefaßt und dilatorisch warm gehalten worden. Was ihn empfahl, waren vor allem seine gesicherten finanziellen Verhältnisse; für die vornehme, aber eingestandenermaßen arme Braut ein Punkt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. „Wäre Unterhalts und Versorgung halber dem Pfalzgrafen bei jetzigem Zustande vorzuziehen", meinte der Geheime Rat Striepe bei der Debatte über ihn, „hätte 27 Ämter und ohne Schulden" bemerkte Burgsdorff, „hätte Geld zu Amsterdam in banco stehen, als wohl kein Fürst itzo hätte", fügte Leuchtmar bewundernd hinzu. In der That, ein Fürst mit schuldenfreien Domänen und sogar einem Bankguthaben am ersten Börsenplatz der Welt war damals ein „fetter Bissen", wie der

Große Kurfürst sich später in einem ähnlichen Falle einmal drastisch ausdrückte. Gegen seine Person war nichts einzuwenden. Er galt für klug und tüchtig, war beliebt in seinem Lande, auch sein Alter (34 Jahre) paßte gut zu der 28jährigen Auserkorenen. An Vornehmheit der Familie und des Ranges stand er freilich hinter dem Wittelsbacher zurück. Er war ein Enkel des letzten Hochmeisters des livländischen Zweiges des deutschen Ordens, Gotthard von Kettler, allerdings nach der Säkularisation auch dieses Ordensgebietes nun schon in dritter Generation Herzog, „des Standes wie andere Fürsten im Reich und hoch geachtet“ trotz der auf Kurland ebenso wie auf Preußen lastenden polnischen Souveränität, die ihn „so vinculierte, daß er keine Session und Votum auf den polnischen Reichstagen hatte“. Außerdem war er Lutheraner und durch zwei Körbe, die er sich bei einer oranischen und einer französischen Prinzessin geholt hatte, nicht gerade glänzend in die europäische Fürstengesellschaft eingeführt. Politisch konnte er nicht viel bieten, nur für den Fall einer Heirat des Großen Kurfürsten mit Christine von Schweden versprach eine verwandtschaftliche Beziehung zum kurländischen Herzogshause Nutzen.

Fast ein Jahr lang wurde das Für und Wider dieser verschiedenen Kombinationen eifrig erwogen. Endlich kam im Juli 1645 die Verlobung der Prinzessin mit dem Herzog von Kurland zustande. Die Hochzeit sollte zuerst in der Heimat des Bräutigams gefeiert werden. Da die Reise dahin im Herbst der Mutter der Braut und ihrer Tante, der verwitweten Königin Marie Eleonore von Schweden, aber zu beschwerlich war, wurde Konrad von Burgsdorff Ende August nach Kurland geschickt, um den Herzog zu überreden, das Beilager in Königsberg abzuhalten. Dieser willigte ohne weiteres ein, und so fand die Hochzeit am 10. Oktober 1645 in der preußischen Hauptstadt statt.

Da sie uns die einzige Gelegenheit bietet, einen Blick in die Thätigkeit Burgsdorffs als Oberkammerherr, d. h. als Chef des Hofstaates, zu thun, dürfen wir wohl einen Augenblick länger bei ihr verweilen, als es der Gegenstand an sich

rechtfertigen würde.[1]) Burgsdorff lag die Sorge für die zu veranstaltenden Festlichkeiten ob. Noch ehe sie begannen, machte ihm das Ausbleiben des „Fourierzettels", d. h. der Liste der Begleiter des Herzogs zu schaffen. Der Herzog hatte geschrieben, er würde, dem polnischen Brauche sich fügend, mit zahlreichem Gefolge erscheinen, die polnische Freiheit sei aber auch in diesem Punkte, das Mitbringen des Gesindes betreffend, so groß, daß er keinen Fourierzettel vorher einschicken könne. Darauf erwidert ihm der Oberkammerherr am 1. Oktober ziemlich unverblümt: Wenn kein Zettel vorher ankommt, ist es unmöglich, für ordentliche Quartiere zu sorgen. „Zwar ist es an dem, es stehet bei E. F. Gnd. und S. Ch. D. sagen nichts dagegen, wie stark Sie zu erscheinen belieben, es sind auch Gottlob genugsam Mittel vorhanden, daß man alle und jede verhoffentlich wird satt machen können(!). Allein S. Ch. D. hassen alle Konfusion und lieben die polnische Manier nicht, sondern wollen's auf gut teutsch haben." Quartiere für den Komitat können nicht in 1—2 Stunden gemacht werden, dazu gehören ein paar Tage, außerdem ist es wünschenswert, zu wissen, wer kommt, wegen der Rang- und Tischordnung.

Die Festlichkeiten scheinen dann ohne weitere Zwischenfälle verlaufen zu sein. An die Hochzeitsfeier schlossen sich „ritterliche Exercitien", d. h. Reiterfestspiele zu Ehren der Neuvermählten, an denen sich der Kurfürst, der Herzog und unter den Kavalieren auch Burgsdorff beteiligte.[2]) Das dafür

---

[1]) Für das folgende benutzte ich außer Seraphim einige Akten und Korrespondenzen im Kgl. Hausarchiv zu Charlottenburg Rep. 34 F.

[2]) Ein vom Herzog Jakob bei dieser Gelegenheit veranstaltetes „tartarisches Pferdetanzen" beschreibt K. W. Cruse, Kurland unter den Herzögen (Mitau 1833) I, 148. Die im Hausarchiv aufbewahrten Listen enthalten u. a. das genaue Verzeichnis der von Burgsdorff bei den Reiterfestspielen erzielten Treffer und Fehlstöße mit der Lanze, dem Wurfspeer und dem Degen. Mit einem Seufzer legte ich diese „Quelle" aus der Hand. Über eine so unwesentliche Kleinigkeit in Burgsdorffs Leben sind wir so ausgezeichnet unterrichtet, wie unvollkommen dagegen über so zahlreiche, wichtige Punkte!

ausgegebene gedruckte Programm mit der Festsetzung der Bedingungen der einzelnen Übungen beginnt mit den charakteristischen, vielleicht Burgsdorffs Feder entflossenen Worten: „Gleichwie unmäßige Kurzweil und Lust der Regenten Gemüter weich und zu wichtigen Amtsgeschäften träge und verdrossen machet, also werden dieselben durch unnachläßliche, schwere Last der Regierung so vieler Land und Leute ihres Vermögens und Kräfte gänzlich erschöpfet und beraubet. Deswegen dann nicht unbillig anmutige Erquickungen erdacht sind, durch welche solche hohe Häupter ihrer Sorgen in etwas entladen und zu fernerer Arbeit gestärkt und angefrischet werden. Unter solche fürstliche Ergötzlichkeiten gehören sonderlich die Turnier- und ritterlichen Spiele, die nicht sowohl Kurzweil als eine Zucht und Schule der tapferen Gemüter, in welcher sie ihre Mannheit und angeborenen Heldensinn zu dem Streit wider ihre Feinde vorbereiten und ausüben, jederzeit gehalten sind."

Nach Beendigung der Hochzeitsfeierlichkeiten in Königsberg wurde Burgsdorff dazu ausersehen, die neue Herzogin „dem bei Unserem Hause Hohenzollern hergebrachten, löblichen Gebrauch nach zu begleiten und an gehörigen Ort gehorsamst führen zu helfen". Er folgte demgemäß dem jungen Paare bis in seine Residenz Goldingen in Kurland, wo er noch acht Tage zu den dort von der kurländischen Ritterschaft veranstalteten glänzenden Festlichkeiten blieb. Unterwegs beschwor die Herzogin am 25. Oktober in Labiau feierlich die am 18. desselben Monats vereinbarte Verzichtleistungsurkunde auf alle väterlichen Erbschaften und Rechte, wobei Burgsdorff als Protokollführer diente. Am 27. berichtet er dem Kurfürsten: „Beiderseits fürstliche Eheleute sind Gottlob noch wohlauf, und caressieren Ihre Fürstl. Gnaden Dero Gemahlin gewiß gar sehre, daß ich's nicht genugsam rühmen kann, allermaßen Ihre Fürstl. Durchlaucht die Herzogin gar wohl content und friedlich sein." Der Herzog hat sich bereit erklärt, anstatt der seiner Gemahlin verschriebenen Ämter ihr bares Geld aus seiner

Schatulle jährlich zu geben oder die Ämter umzutauschen .... „in summa ich finde nichts zu tadeln.“ [1]) Luise Charlotte, die ihrem eigenen späteren Geständnis nach ihre Ehe ohne Neigung eingegangen war, hat sich also schnell zu einem besseren bekehrt, eine Besserung, die die Flitterwochen überdauerte und bis zu ihrem Tode anhielt.

Auf dem Rückwege von Goldingen nach Königsberg unterzog sich Burgsdorff der Aufgabe, die Beamten und Unterthanen der kurländischen Ämter, die der Herzog seiner Gemahlin im Ehevertrag als Leibgedinge resp. Wittum verschrieben hatte, in Eid und Pflicht der neuen Inhaberin zu nehmen. In einer Art Schlußrelation, die er am 21. November 1645 in Königsberg über seine kurländische Reise abstattete, schreibt er darüber: „Die Leibgedingsämter sind insgesamt so beschaffen, daß in Teutschland eine fürstliche, ja höhere Person nicht besser versorget werden könnte.“ Nur empfiehlt es sich, deutsche Wirte in die Ämter zu setzen und „die deutsche Manier im Haushalten“ einzuführen, z. B. Scheunen zu bauen, anstatt das Getreide in Mieten auf dem Felde stehen zu lassen, Amtsbücher und Amtssiegel zu führen, alles Dinge, die in Kurland noch unbekannt sind.

Die Schlußrelation klingt dann in einen begeisterten Hymnus auf das Glück der Neuvermählten aus: „Ich in Wahrheit verspüre nichts denn lauter Herzensliebe zwischen beiden fürstlichen Personen, sodaß Ihre Durchlaucht mich versichert, wann Ihre Fürstl. Gnaden also continuirten, Sie keinen König davor begehren wollten, und gleiche Affection ist auch auf Ihrer Fürstl. Gnaden Seiten ..... Ihre Fürstl. Gnaden

[1]) In dem Briefe folgen dann noch Mitteilungen über verschiedene politische Angelegenheiten, z. B. Nachrichten aus Osnabrück, Stockholm, Kleve rc. Dabei heißt es: aus Lövens Bericht verlautet, „daß die Herren Katholischen darauf zielen, noch zween neue Kurfürsten als Pfalz und Österreich zu wählen, also daß 9 Kurfürsten in allem und Österreich zwei Vota, eins als Kurfürst und das andere als König in Böhmen, haben sollte. Wird man nun die güldene Bulle einmal ändern, so dürfte aus dem Bullen wohl ein jung Kälblein werden.“

bedanken sich zum höchsten, daß E. Ch. D. die brüderliche Vorsorge für Sie getragen und Sie dergestalt mit einem Gemahl versehen wollen, und an Ihre Fürstl. Gnaden haben E. Ch. D., wie ich oftmals unterthänigst referiret, gewiß nicht nur einen Schwager, sonder dankbaren, aufrichtigen Diener, wie denn Ihre Fürstl. Gnaden mir eins und anderes discurrendo anvertrauet zu E. Ch. D. Bestem, so ich aber schriftlich zu entdecken unnötig erachte, sondern E. Ch. D. es à part mündlich referiren will." [1])

Das Verhältnis zwischen den beiden Schwägern gestaltete sich in der That zu einem guten und erfuhr nur vorübergehend Trübungen durch unerquickliche Verhandlungen über finanzielle Forderungen verschiedener Art, die der Herzog an den Kurfürsten stellte und denen dieser, soweit er ihre Berechtigung anerkannte, bei seiner starken Verschuldung nur mangelhaft oder gar nicht nachkommen konnte. Burgsdorff versuchte in diesem unangenehmen Nachspiel zu der Hochzeit nach Möglichkeit zu vermitteln, mußte aber viel Ärger darüber herunterschlucken, der ihm einmal sogar, allerdings auf dem Krankenlager, wo er vielleicht besonders schlechter Laune war, die bitteren Worte entriß: „Ich muß als die causa impulsiva der getroffenen Heirat viele spitze, verdrießliche Worte in mich fressen, daß ich mir oft den Tod wünsche." [2]) —

Auch bei der Einfädelung der Verlobung der jüngeren Schwester des Kurfürsten, der Prinzessin Hedwig Sophie mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel hatte Burgsdorff seine Hand im Spiele, wie aus zwei Briefen der Mutter des Landgrafen an ihn hervorgeht. In ihnen dankt sie, „des Herrn Oberkammerherrn freundwillige und allezeit obligirte Amalie Elisabeth", ihrem „insonders geliebten und hochgeehrten Herrn Oberkammerherrn" mit warmen Worten dafür, daß er

[1]) Vgl. Seraphim a. a. O. S. 33 Anm. 3, wo auch ein Brief des Herzogs an Burgsdorff vom 3. April 1644 erwähnt und teilweise abgedruckt ist.

[2]) Burgsdorff an Herzog Jakob, 26. April 1646, Hausarchiv a. a. O.

„die ihm aus sonderbarer guter Zuversicht anvertraute, geheime Sache", nämlich, wie es in dem zweiten Briefe heißt, die so hochgewünschte Heiratssache mit ihrem geliebten Sohne, „gehörigen Orts mit guter Dexterität incaminirt und anhängig gemacht" und nächst Gott auf einen so guten Fuß gebracht habe, daß darauf ein erwünschter Effect erfolget ist.[1]) —

Schwieriger und unangenehmer als diese Einfädelungen neuer, fürstlicher Ehebündnisse war die Liquidation der Erbschaft aus einer früher geschlossenen Ehe einer hohenzollernschen Prinzessin. Anna Sophie, die Tochter des Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg, war mit dem Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel verheiratet gewesen und nach dessen Tode mit den Nachfolgern und Erben ihres Gemahls in ärgerliche Erbschaftshändel geraten. Sie suchte gegen dieselben, besonders gegen den Herzog August von Braunschweig-Lüneburg, der ihr ein vertragsmäßig zugesichertes Witwengeld nicht auszahlte, 1643 Schutz bei ihrem Neffen Friedrich Wilhelm von Brandenburg, den sie zum Erben ihrer Ansprüche einsetzte. Es handelte sich dabei nicht nur um eine verhältnismäßig beträchtliche Geldsumme, sondern auch um die der Herzogin als Leibgedinge verschriebenen braunschweigischen Ämter Schöningen, Heßen, Jerxheim, Vochtsthal und Calvörde, die man brandenburgischerseits als Pfand in Beschlag zu nehmen

[1]) Die Landgräfin an Burgsdorff, mit der angegebenen Anrede und Unterschrift, d. Kassel 12. März und 30. September/10. Oktober 1645. Kgl. Hausarchiv a. a. O. Acta betr. die Vermählung der Markgräfin Hedwig Sophie von Brandenburg mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen vol. I. Dort liegt auch noch ein eigenhändiger Brief des in der Heiratsangelegenheit an den Kurfürsten geschickten hessischen Gesandten, des Obersten Dietrich von dem Werder an Burgsdorff, d. Berlin 4. (14.) Februar 1646. Er trägt die Unterschrift: „Meines vielwerthen und hochgeehrten Herrn Bruder, sonsten Junker Cunrad genannt, ganz eigen mit Haut und Haar D. v. d. Werder". Werder scheint sich bei dieser Gelegenheit mit Burgsdorff sehr angefreundet zu haben und war, vielleicht auf dessen Empfehlung, im Januar 1646 als Geheimer Rat und Kriegsobrist in brandenburgische Dienste übergetreten. P. R. III, 357.

plante, falls Herzog August seinen Verpflichtungen nicht nachkam. Der Handel konnte also leicht zu einer Einverleibung dieser Ämter und zu einem ernsthaften Zwist mit dem Hause Braunschweig führen. Deshalb wurde er im Geheimen Rat in Berlin als politische Angelegenheit behandelt und jeder Schritt, der im Interesse der Erblasserin gethan wurde, vorher reiflich erwogen. Bei den Beratungen darüber tritt Konrad von Burgsdorff stark in den Vordergrund. Er führte die Verhandlungen mit dem Vertreter der Herzogin-Witwe und nahm mit großer Umsicht und Gründlichkeit die Interessen seines kurfürstlichen Herrn wahr. Er legte vornehmlich Wert darauf, diesen noch zu Lebzeiten der Herzogin in den Besitz der genannten Ämter zu bringen, um eine Sicherheit gegen die widerspenstigen, braunschweigischen Agnaten in die Hand zu bekommen, denn, so meinte er und sicherlich ganz richtig, „bekäme der Herzog erst die Schlösser, würde S. Churfürstl. Durchlaucht nichts bekommen." Er schlug nötigenfalls einen „Scheinkontrakt" mit der Herzogin vor, damit „Se. Churfürstl. Durchlaucht einen Fuß in die Ämter bei J. F. G. Leben bekommen möchte", und es war sogar schon die Rede davon, Schöningen, Calvörde und Heßen unter der Hand mit brandenburgischen Offizieren und Soldaten zu besetzen, die Festungswerke zu reparieren, einen Konstabler hinzuschicken, der mit Granaten umgehen könne, und dem Kommandanten von Schöningen im voraus die Erlaubnis zu erteilen, „etliche Häuser, so der Festung nahe und schädlich, im Fall einer Attacke in Brand zu setzen." Das klang gewaltig kriegerisch, als ob im Jahre 1645 nicht genug sonstiger Zündstoff in Deutschland vorhanden gewesen wäre, um die Gemüter zu erhitzen. Glücklicherweise kam diese Flattermine aber nicht zur Explosion, sondern wurde 1646 durch einen für den Kurfürsten vorteilhaften Vertrag unschädlich gemacht. Ob Burgsdorffs energische Haltung dazu beigetragen hat, den Herzog August gefügig zu machen, steht dahin; charakteristisch ist jedenfalls für ihn, daß die Herzogin-Witwe ihn nicht zum Unterhändler

mit ihren Gegnern wünschte, „weil er zu teutsch redete", eine Abweisung, die er sich wohl gefallen lassen konnte.[1])

* * *

Doch nun zu wichtigerem.

Im Vordergrunde der politischen Interessen Brandenburgs stand nach wie vor das Verhältnis zu Schweden, dessen Anspruch auf Pommern geradezu den Pfahl im Fleische des Kurstaates bildete. Nachdem der Versuch gescheitert war, durch den Waffenstillstand die Freundschaft der großen nordischen Macht zu gewinnen, war guter Rat wiederum teuer. Ein Mittel gab es freilich noch, das wie geschaffen dazu schien, alle Hindernisse mit einem Schlage zu beseitigen: die Vermählung Friedrich Wilhelms von Brandenburg mit Christine von Schweden.[2]) Der Plan dieser Verbindung tauchte bekanntlich keineswegs erst damals auf. Schon Gustav Adolf hatte mit ihm in Gedanken gespielt, und Friedrich Wilhelm zog ihn vom Antritt seiner Regierung an in den Kreis seiner politischen Berechnungen. Er bedeutete natürlich weit mehr als ein bloßes Verständigungsmittel über die pommersche Frage. Seine Verwirklichung würde eine tiefgreifende Umwälzung aller politischen Verhältnisse des Nordens nach sich gezogen und besonders die Entwicklung Brandenburg-Preußens in schwer auszudenkender Weise beeinflußt haben. Ob zum Heile Deutschlands, ist bekanntlich eine Frage, die mit Recht sehr stark bestritten wird, hier aber nicht weiter erörtert zu werden braucht.

Unter den brandenburgischen Staatsmännern waren Götze und Leuchtmar die anerkannten Führer der schwedischen Partei und die eifrigsten Befürworter des Heiratsprojektes. Ersterer

[1]) Vgl. P. R. III, Sach-Register unter „Braunschweigische Erbschaftssache".

[2]) Vgl. zum folgenden Armstedt, Der schwedische Heiratsplan des Großen Kurfürsten, Beilage zum Programm des Altstädtischen Gymnasiums zu Königsberg i. Pr. Ostern 1896 und Richard Schulze, Das Projekt der Vermählung Friedrich Wilhelms von Brandenburg mit Christina von Schweden, Hallesche Abhandlungen zur neueren Geschichte, Heft 36, Halle 1898.

hielt sich durch seine Stellungnahme zu ihm sogar für so stark engagiert, daß er es Oxenstierna gegenüber als eine Kabinettsfrage hinstellte, von der sein Verbleiben im Amte abhängig sei.[1]) Er war allerdings vorsichtig genug, dem Kurfürsten im Sommer 1645 von einer übereilten Brautfahrt nach Stockholm abzuraten. „Man müßte", meinte er, „so nicht hineinplumpen", sondern eher „penetriren, ob S. Ch. D. ohne Schimpf hineinkommen könnte", d. h. ob die schwedische Regierung nicht unerfüllbare Forderungen an den Kronbewerber stellte und Christina ihn nicht etwa mit einem Korbe wieder abziehen ließe.[2])

Selbst der wärmste Verteidiger des schwedischen Heiratsplanes sah sich also veranlaßt, den ungeduldigen Eifer des jungen Herrschers zu zügeln. Aus den Verhandlungen über das Projekt geht überhaupt hervor, daß seine eigentlich treibende Kraft kein anderer als Friedrich Wilhelm selbst war. Und zwar hielt er um so zäher an ihm fest, je mehr sich die Aussichten auf seine Erfüllung verschlechterten. Im Oktober 1642 betrachtete er es trotz aller Sehnsucht, zu einem festen Schluß zu kommen, doch mit ziemlich nüchternen Blicken. „Wir müssen besorgen", schreibt er an Götze und Leuchtmar, die gerade damals zu seiner Förderung nach Schweden geschickt waren, „man werde Uns gute Worte geben und conditionaliter Hoffnung, aber darnach Uns die conditiones so schwer machen, daß sie nimmermehr von Uns werden acceptiret werden können." Ein halbes oder gar ein ganzes Jahr wolle er sich wohl noch gedulden, „wenn er nur einige der Sachen Gewißheit vor sich hätte." „Auf den Fall, daß dies Mittel (nämlich die Heirat) allem Ansehen nach nicht zu erreichen sein wollte", sollen die Gesandten den schwedischen Reichskanzler sondieren, „ob noch andere Mittel, aus dem pommerischen Wesen in der Güte

[1]) Götze an Axel Oxenstierna, 17. Februar 1645, P. R. III, 46, Konzept von Burgsdorffs Hand.

[2]) Götzes Rede in der Geheimratssitzung vom 28. Juni 1645, P. R. III, 155.

durch ein gewisses Geld oder sonsten zu gelangen sein möchten."[1]) Diese Äußerungen verraten eine durchaus richtige Beurteilung der Sachlage. Als dann aber nicht nur das halbe und ganze Jahr, sondern Monat auf Monat verging, ohne daß die Angelegenheit vom Fleck rückte, als sich in weiteren Kreisen immer mehr die Überzeugung Bahn brach, daß die schwedischen Machthaber, die die Krone Gustav Adolfs mit der Hand Christinens zu vergeben hatten, den Plan nur als bequemen Köder benutzten, um den Kurfürsten an ihre Angel zu locken, da verbiß er sich immer hartnäckiger in den Gedanken, daß „nächst Gott Unser und Unsers ganzen kurfürstlichen Hauses Wohlfahrt und Aufnehmen zum größesten Teil auf der schwedischen Heirat beruhe",[2]) und verfolgte die Angelegenheit bis hart an die Schwelle einer offenkundigen Niederlage. Denn damit würde die von ihm 1645 geplante Brautfahrt nach Stockholm sicherlich geendet haben, ein Unternehmen, dessen Anregung von den schwedischen Gesandten in Osnabrück ausging und das von ihm mit Feuereifer aufgenommen wurde. Glücklicherweise ließ er sich nicht so weit fortreißen, es auf eigene Verantwortung ins Werk zu setzen. Im letzten Augenblick holte er das Gutachten der Geheimen Räte darüber ein, und sie entschieden sich, wie schon erwähnt, unter Götzes Führung für ein abmahnendes Votum, dem er dann Folge gab. Aber noch verfloß ein volles weiteres Jahr, bis der letzte Hoffnungsfunke in seiner Brust erlosch. Erst bei den entscheidenden Geheimratssitzungen in Küstrin im Juni 1646 wurde das Projekt endgültig begraben.

Die Art und Weise, wie er ihm $5^1/_2$ Jahre lang nachgegangen war, kann keineswegs als ein Zeichen politischer Meisterschaft gelten. Dürfen wir aber eine solche bei dem 20—25 jährigen Fürsten ohne weiteres voraussetzen? Ist es nicht natürlicher, zu sehen, wie der Ehrgeiz in diesen Jahren

[1]) Der Kurfürst an die Gesandten in Schweden, 13., 16., 20. Oktober 1642, U. A. I, 589—591.

[2]) Verfügung an die Geheimen Räte vom 13. Juni 1645, P. R. III, 128.

in seinem Herzen immer tiefere Wurzeln schlägt? Und war nicht der Gedanke, der Erbe Gustav Adolfs zu werden, des Schweißes des Edelsten wert? Friedrich Wilhelm hat in seinem langen Leben manche hochfliegende Hoffnung zu Grabe tragen müssen, eine stolzere ist aber niemals in seiner Seele geknickt worden, als die, die er damals aufgab.

Für uns entsteht nun die Frage, inwieweit Burgsdorff an den Entschließungen seines Herrn in der Heiratsangelegenheit beteiligt war und inwieweit ihn etwa die Verantwortung trifft, zu lange blind gewesen zu sein und dem Kurfürsten die Augen nicht geöffnet zu haben. Der Wunsch, daß Friedrich Wilhelm im Interesse der Fortpflanzung seines Hauses bald heiraten möchte, lag ihm, wie wir wissen, sehr am Herzen.[1]) Er hat auch, als der Gedanke an eine Verbindung mit Christine endgültig aufgegeben wurde, offen ausgesprochen, daß sie für Schweden und Brandenburg sehr gut gewesen wäre.[2]) Ohne Zweifel ist das wichtige Thema in den Gesprächen zwischen ihm und dem Kurfürsten häufig berührt worden. Auch in seinem Briefwechsel mit den verschiedenen brandenburgischen Diplomaten ist oft von ihm die Rede. Soweit sich aber erkennen läßt, ist Burgsdorff keineswegs mit dem Eifer Götzes auf den Plan eingegangen, sondern hat ihn durch alle Stadien der Verhandlungen hindurch viel skeptischer aufgefaßt. Schon im Sommer 1644 wies er darauf hin, daß der Reichskanzler und die anderen schwedischen Räte vom Kurfürsten nichts wissen wollten und jedermann sagte, „man würde S. Ch. D. an der Nase herumführen." Jedenfalls stände es mit der schwedischen Heirat noch in weitem Felde; er wäre gar nicht erpicht auf sie und hielte es für das zuträglichste, Pommern ohne Heirat zu nehmen, dann wäre der Kurfürst frei und könne freien, wo er wollte. Es sei Zeit, aus der Ungewißheit herauszukommen und im Interesse der Dynastie auf eine baldige Heirat des Kurfürsten zu dringen; eventuell schlage er eine

[1]) S. oben S. 212.

[2]) In der Sitzung des Geheimen Rats vom 5. Juni 1646, P. R. III, 476.

französische Prinzessin vor.[1]) Als Friedrich Wilhelm trotzdem Anfang 1645 die Verhandlungen aufs neue anknüpfte, stellte ihm Burgsdorff seine Feder zur Verfügung und entwarf eigenhändig zwei Schreiben, eines im Namen Götzes an Oxenstierna, das zweite für die Königin-Witwe Marie Eleonore an ihre Tochter Christine.[2]) Beide Schriftstücke bezeichnen das äußerste Maß dessen, bis wohin man sich auf brandenburgischer Seite in der ganzen Angelegenheit herausgelassen hat. Mit flehenden Worten werden die beiden Adressaten gebeten, „der Alliance den gewünschten Fortgang zu geben", oder, wie es in dem Schreiben an Christine heißt, „der Sache einmal ein Ende zu machen." Natürlich war der Erfolg gleich Null. Oxenstierna wird für unbeholfene Ehrlichkeit, die aus Götzes Zeilen sprach, nur ein überlegenes Lächeln gehabt haben und weder durch die versteckte Anspielung auf die „Vorschläge anderer Heiraten", noch durch die Aussicht auf eine Belohnung seiner Dienste als Heiratsvermittler irgendwie gerührt worden sein.

Ob Burgsdorff mit dem Inhalt der beiden Schreiben, abgesehen von dem Entweder Oder, wodurch er der Königin Christine durch ihre Mutter die Pistole auf die Brust setzen ließ, im innersten Herzen einverstanden war, wird billig bezweifelt werden dürfen. Aber er konnte oder wollte die Kreise des Kurfürsten nicht stören. Eine Gelegenheit, sich offiziell über die Angelegenheit zu äußern, ergab sich erst wieder im Juni 1645. Die sehnsüchtig erwartete Antwort auf die beiden Schreiben war immer noch nicht eingetroffen. Dagegen wurde es, wie erwähnt, von den schwedischen Gesandten in Osnabrück dem Kurfürsten nahe gelegt, „das Feuer in der Asche zu suchen" und selbst nach Schweden zu reisen, um sich das Jawort Christinens zu holen. Friedrich Wilhelm befand sich damals in Königsberg, nur von Burgsdorff und Seibel als „Kabinettsräten" begleitet. Mit den beiden erörterte er die wichtige Frage eingehend, bevor er das Gutachten der in

[1]) P. R. II, 498, 500, 517, 525.

[2]) Beide Schreiben vom 17. Februar 1645, P. R. III, 44, 47.

Berlin zurückgelassenen Geheimen Räte einholte. Wir sind über die Erörterungen in diesem Kabinettsrat ausgezeichnet unterrichtet, nur leider nicht in protokollarischer Form, so daß mit Bestimmtheit nicht gesagt werden kann, wer von den beiden Räten hauptsächlich die Gründe betonte, die gegen die Brautfahrt sprachen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist es aber Burgsdorff gewesen, dem sich diesmal auch Götze in Berlin anschloß.[1])

Vor einem unbesonnenen „Hineinplumpen" hatten die erfahrenen Ratgeber den stürmischen jungen Fürsten glücklich bewahrt. Es dauerte aber noch geraume Zeit, bis sie die Verschleppungstaktik Oxenstiernas in ihrer wahren Bedeutung erkannten und Friedrich Wilhelm von seinem Lieblingswunsche abbrachten. Erst als die Sendung Benckendorffs nach Schweden im Winter 1645/46 ebenso erfolglos blieb, wie alle früheren Gesandtschaften und anderseits in Osnabrück Pommern von den Schweden offen als Entschädigung gefordert wurde, konnte man sich nicht mehr verhehlen, daß das Spiel um die schwedische Krone verloren war. Burgsdorff gab dieser Erkenntnis in einem Briefe an den Grafen Wittgenstein vom 8. März 1646 deutlich Ausdruck. Nach einem kurzen Rückblick auf den Verlauf der bisherigen Verhandlungen und das dabei an den Tag gelegte trügerische Verhalten der schwedischen Machthaber kam er zu dem Schluß, „daß S. Ch. D. nunmehr nicht sehen, was in der Sache mehr zu thun oder daß Sie sich noch einige Hoffnung ferner zu machen haben." Mit einem Seufzer der Erleichterung aufatmend fügt er hinzu: „Mir aber und allen anderen Sr. Ch. D. ehrlichen, treuen Dienern will

[1]) P. R. III, 128—134, vgl. dazu das Schreiben Burgsdorffs an Löben P. R. III, 127. Ein leider verloren gegangenes, aber vermutlich ähnlich lautendes Schreiben hat Burgsdorff damals an Götze gerichtet. Dieser beantwortete es am 28. Juni (eigenhändiges Original im Kgl. Hausarchiv), riet von der Reise des Kurfürsten nach Schweden ab, hielt aber die Heirat nach wie vor für wünschenswert und meinte, die Schwierigkeiten würden nicht unüberwindlich sein. „Wann nur der Königin Affection gewonnen, so würde es mit Gottes Hülfe alles wohl gehen."

nun nichts anders obliegen, weil man in der schwedischen Heirat gottlob die Maske vom Gesicht gethan und man sich der im geringsten nicht zu getrösten, dann S. Ch. D. täg- und stündlich anzuflehen, sich um eine freund-, holdselige und tugendreiche Gemahlin umzuthuen." [1])

Die Generalabrechnung über das schwedische Heiratsprojekt erfolgte dann in der Geheimratssitzung vom 5. Juni 1646 in Küstrin.[2]) Hier trat Götze noch einmal für dasselbe ein, obwohl auch er einsah, daß Pommern dadurch nicht mehr zu retten sein werde. Aber er hatte die schwedische Heirat nie für ein bloßes Auskunftsmittel angesehen, um über Pommern zu einer Verständigung zu gelangen. Schon im Juni 1644 hatte er zu ihr geraten, selbst wenn der Kurfürst Pommern ohne sie bekommen könnte.[3]) Auch jetzt betonte er, „es würde ein guter Tractus werden, wenn Schweden und diese Lande zusammenkämen", allerdings unter der Voraussetzung, „daß beide status nicht confundirt würden, sondern jeder absonderlich regiert werde." Aber dieser Trumpf verfing nicht mehr. Alle übrigen Geheimen Räte wollten von einer so weit ausschauenden und so unsicher begründeten Politik nichts wissen. Nur Löben, der vier Tage vorher alle Schritte der Schweden in der Heiratsangelegenheit für Betrügerei erklärt hatte, sekundierte dem Kanzler schüchtern, indem er vorschlug, obwohl auch er an der Heirat zweifele, sie noch im Auge zu behalten, bis man wegen Pommern verglichen sei, da sie mehr im schwedischen als brandenburgischen Interesse liege. Solchen Anschauungen trat Burgsdorff energisch entgegen. Er bat, um Gottes willen die Gedanken von der Heirat abzuwenden, da die Schweden rund heraus erklärt hätten, keinen Kalvinisten zum Herrn haben zu können, und brachte sein altes Sprüchlein wieder vor, daß S. Ch. D. ohne weiter Verziehen zu heiraten hätten, wohin? würden Sie sich selbst entschließen. —

[1]) P. R. III, 392.
[2]) P. R. III, 470 ff.
[3]) P. R. II, 525.

Die Würfel der oranischen Heirat waren damals schon im Rollen. Vorläufig lagen andere Sorgen dem Kurfürsten aber mehr am Herzen. Der Verzicht auf die Hand Christinens von Schweden bedeutete gleichzeitig den Verzicht auf den Erwerb von ganz Pommern. Es ist bekannt, wie außerordentlich schwer dem Kurfürsten dieses Opfer wurde, wie heiß er um jeden Fuß breit pommerschen Bodens mit den Schweden gerungen hat. Auch hier entwickelte er dieselbe Zähigkeit wie in der Heiratsangelegenheit und zwar mit besserem Erfolg, da er wenigstens Hinterpommern für seinen Staat rettete. Seine Räte waren sich über die Schwierigkeit der pommerschen Frage von vornherein klar und sahen früh voraus, daß man ohne ein wenigstens teilweises Nachgeben in ihr nicht zum Schluß kommen werde. Selbst Götze, der als Schwedenfreund am meisten einer optimistischen Auffassung zuneigte, hat schon im November 1643 den Verlauf der pommerschen Verhandlungen mit prophetischem Blick vorausgesehen, indem er darauf hinwies, daß auf den Kaiser kein Verlaß sei und daß die Liebe zum Frieden die Reichsstände, auch die evangelischen, bewegen möchte, lieber dem Kurfürsten von Brandenburg etwas zu nehmen, als in der Unruhe sitzen zu bleiben.[1])

Burgsdorff teilte in dieser Beziehung vollkommen seine Meinung. Er hatte das Wort von dem hundertjährigen Krieg um Pommern nicht vergessen, das Gustav Adolf einst im Lager vor Nürnberg zu ihm gesprochen.[2]) Schon im April 1643 äußerte er, man würde wohl das halbe Pommern fahren lassen müssen. Allerdings hütete er sich davor, dem Kurfürsten diese Ansicht aufzudrängen. Räten, meinte er, seien solche Sachen schwer, würde keiner sein, der nicht furchtsam gehen würde, gebe große Verantwortung, Se. Ch. Durchlaucht würde selber hierin Resolution fassen müssen.[3]) Mit demselben Gedankengang eröffnete er die große Rede, die er am 5. Juni 1646 in

[1]) P. R. II, 254.

[2]) Vgl. oben S. 43 und P. R. III, 475.

[3]) P. R. I, 696.

der entscheidenden Geheimratssitzung in Küstrin hielt.[1]) Es sei zu beklagen, ja zu beweinen, heißt es im Protokoll darüber, daß man itzo S. Ch. D. zu raten, Land und Leute wegzugeben. Schwer einem Diener zu raten, halbe, ganze Lande wegzugeben; da es so weit käme, würde Herre selbst raten. Aber darum Räte auch in Schwierigkeit, an die Hand zu gehen. Er beklagt dann die Unaufrichtigkeit der Schweden, die man in der Heiratsangelegenheit genugsam erfahren habe, weist darauf hin, daß ihr Entschluß, sich Pommerns zu bemächtigen, schon festgestanden habe, bevor Gustav Adolf den deutschen Boden betrat, und meinte, sie würden auch jetzt auf ganz Pommern bestehen. Man müsse sich daher resolvieren, ob man einen Teil oder ganz Pommern weggeben solle. Ganz Pommern wegzugeben, würde er nimmer raten, auf einen Teil zu verzichten, wäre das zuträglichste, da man sich auf den Kaiser nicht verlassen könne. Zu halb Pommern gehörte ein stattlich aequivalens und zwar zunächst der gesicherte Besitz der Jülich-, Kleve- und Bergischen Lande, wenn man sich dann mit Schweden geeinigt, müsse man eine Alliance mit ihm schließen und Osnabrück, Minden, Magdeburg, Halberstadt, Glogau, Sagan und Glatz begehren. In der That ein Äquivalent, das an Stattlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt! Aber es handelte sich zunächst ja nur um das Fordern, und Burgsdorff stimmte inbetreff der Entschädigungsansprüche ganz mit Götze überein, der als erster Redner bei der Debatte geäußert hatte: Äquivalens könnte nicht wohl determiniert werden, Lande wären inaestimabiles, so Sie weggeben müßten, darum nicht zu verdenken, wann man wieder was Großes fordere, worauf er dann dieselben Territorien genannt hatte, die Burgsdorff, ihm folgend, auch ins Auge faßte. Pommern mit Waffengewalt den Schweden abzutrotzen, hielten beide, Götze und Burgsdorff, ebenso wie die übrigen Geheimräte, für aussichtslos. Große Werbungen itzo anzufangen, meinte Burgs-

[1]) P. R. III, 475.

dorff, sei nicht zu raten, möchte Ombrage geben; wie es mit unserer vorigen Werbung und wie bald angenommen, bald wieder abgedankt, zugegangen, wäre wissentlich. Hingegen trat er lebhaft dafür ein, sich mählich und mählich in Verfassung zu stellen und an den Generalstaaten „einen Rücken zu machen“, die, wie Kleist schriebe, zur Alliance begierig wären. Wenn man früher (1641) etwas Volk behalten hätte, würden die Schweden nicht so viel begehrt haben.

Die hier für die Lösung der pommerschen Frage aufgestellten Grundsätze sind denn auch bei den Verhandlungen in Osnabrück und Münster darüber in der nächsten Zeit befolgt worden. Allerdings ging es dabei nicht so glatt ab, wie Burgsdorff mutmaßte. Aus dem Gewinn Jülichs und Bergs wurde nichts, ebensowenig aus der geplanten Alliance mit Schweden. Götze hatte ein Wort Oxenstiernas citiert, wenn man ihren, den schwedischen Staat groß machen hülfe, wollten sie es gegen Brandenburg wieder thun, und Burgsdorff hatte geraten, die Schweden an ihr Christentum zu erinnern und ihnen zu Gemüte zu führen, ob es recht sei, ihrem Freunde etwas zu nehmen. Diese Hoffnungen schlugen gänzlich fehl. Die Schweden, höchst ärgerlich darüber, daß sie voreilig in die Abtretung von Hinterpommern gewilligt hatten, versuchten bekanntlich, Brandenburg in der Entschädigungsfrage soviel wie möglich Steine in den Weg zu werfen, und nur der günstigen Konstellation der Verhältnisse, den ehrlichen Maklerdiensten des Grafen Avaux und der Zähigkeit des Kurfürsten gelang es, sie zu einem leidlich günstigen Abschluß zu bringen.[1])

Sowohl in der Heiratsangelegenheit wie in der pommerschen Frage hat Burgsdorff eifrig mit Rat und That dem Kurfürsten beigestanden, um zu einer möglichst vorteilhaften Lösung zu gelangen. Als ausschlaggebender Leiter der brandenburgischen Politik ist er in beiden Punkten aber nicht anzusehen. Dem schwedischen Heiratsplan stand er grundsätzlich

[1]) Vgl. Spannagel, Minden und Ravensberg unter brandenburgisch-preußischer Herrschaft von 1648—1719, S. 7 ff.

nicht ablehnend gegenüber, er beurteilte ihn allerdings kühler als Götze, aber ließ sich doch lange Zeit auf den Wellen mittreiben, auf denen Friedrich Wilhelm sich so gerne wiegte. Bei der Behandlung der pommerschen Frage stimmte er in der Hauptsache, dem Rat zur Nachgiebigkeit und zum Verzicht auf einen Teil des Landes, mit den übrigen Geheimen Räten überein. Die Unmöglichkeit, ganz Pommern zu behaupten, lag so klar vor aller Augen, daß keiner von ihnen diese Erkenntnis und die daraus sich ergebenden Folgen als seine eigenste Idee in Anspruch nehmen kann. —

* * *

Dagegen warf Burgsdorff bei den Beratungen darüber einen Gedanken in die Debatte, der das spezifische Gepräge seines Geistes trägt. Es ist der oben erwähnte Vorschlag, sich allmählich in Verfassung zu stellen, das heißt zu rüsten. Es liegt auf der Hand, eine wie große prinzipielle Bedeutung diesem Gedanken zukommt. Wurde er zur That, so hieß das nichts anderes, als mit dem seit 1641 befolgten Grundsatze, sich waffenlos zwischen die Parteien zu stellen, brechen und das Heil des brandenburgischen Staates nicht mehr ausschließlich in diplomatischen Verhandlungen, sondern daneben auch im Glück des Krieges zu versuchen. Begreiflich genug, daß ein brandenburgischer Staatsmann auf solche Gedanken verfiel. Die Erfolge der Politik von 1641 waren alles andere eher als glänzend. Einen aufrichtigen Freund hatte man damit auf keiner Seite gewonnen. Offiziell war man der Schweden als Feinde ledig, aber ihre Truppen blieben im Lande und ließen sich von ihm ernähren, ja füllten die schwedischen Kassen mit den Einnahmen aus den märkischen Ämtern, die sie sich widerrechtlich anmaßten.[1]) Die Kaiserlichen aber waren trotz aller

[1]) Vgl. P. R. III, 508. Götze in der Geheimratssitzung vom 11. Juli 1646: „Wäre keine Summa determinirt in armistitio. Das Volk solle allein unterhalten werden. Ginge nur die Hälfte auf das Volk, wie die Kommandanten selbsten ausgesaget; das übrige wäre in der schwedischen Kammer kommen. Zu Garleben bekäme er nur 1800 Thaler, das übrige der Kamerierer. Davon aber redete das armistitium nichts.“

Neutralitätsversicherungen infolge des Heiratsgerüchtes erst recht mißtrauisch gegen den Kurfürsten geworden.[1]) Was nützte es, daß die brandenburgischen Diplomaten sich die Federn stumpf schrieben, um den „kurfürstlichen Staat in der Balance zu halten", wenn jedermann sah, daß sein Schwert eingerostet war?

Die Politik der unbedingten Neutralität hatte zur Wehrlosigkeit und zur politischen Isolierung geführt. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, stellte Burgsdorff ein Programm auf, das sich in die beiden Worte zusammenfassen läßt: Rüstungen und Bündnis mit einer Großmacht. Am schärfsten hat er dieses Programm in der Rede formuliert, die er in der schon mehrfach erwähnten Sitzung des Geheimen Rats vom 25. Juni 1644 gehalten hat. Wegen ihrer Wichtigkeit mögen seine Worte hier so folgen, wie sie das Protokoll wiedergiebt[2]):

„Bliebe bei seinen Gedanken, die er allewege gehabt, ließe sich nicht ablenken; dann in Güte S. Ch. D. nichts auszurichten bei dem Krieg. Bei dem Kaiser nichts Gewisses zu versichern, dann an Strein geschrieben, darin der Mark wie einer fetten Henne gedrohet würde. Mit schwedischer Heirat stünde es in weitem Felde und in Güte zu Pommern nicht zu kommen. Also rühmlich, nützlich und ratsam zu einem Corpo zu gelangen. Ch. D. Autorität dort ziemlich gefallen, wegen des Grafen Consilien, so S. Ch. D. entgelten müßten. Evangelische hätten Absehen auf S. Ch. D., wunderten sich, daß Sie Sich des Werks nicht mehr annehmen. S. Ch. D. Interesse merklich. Wann Pommern weg, würden sie weiter greifen. Also seine Gedanken, Ch. D. in Respect und Autorität durch Degen zu setzen. Dazu Geld von nöten, ehe es nicht anzufangen. Darum besser, ein Viertel vom Lande zu versetzen,

[1]) Die Behauptung von Meinardus (P. R. II, LXIX), daß der Durchmarsch des kaiserlichen Generals von Krockow durch die Mark im Sommer 1643 bezweckt habe, die Reichstreue des Kurfürsten zu prüfen, ist neuerdings von Klaje in seiner Monographie über den Krockowschen Zug im 1. Ergänzungsband der Pommerschen Jahrbücher (1901) bestritten worden.

[2]) P. R. II, 500.

als in Furcht zu sein, das ganze Land zu verlieren. Darauf S. Ch. D. sich resolviret, drunten einen Anfang zu machen, da es besser als hier geschehen könnte. Norprath schon ein 600 Mann, wollte die 40000 Thaler behalten, und daß man Holz hinunter schickte. Wäre viel Brandholz allhier an Fichten, so bald wieder wachsen könnte. Wollten ein drei Amt in Preußen versetzen, wären auch Leute da, die es annehmen, aber der Zwiespalt zwischen beiden Königen hindere es. Was versetzt, könnte wiederbekommen werden, mehr als wann es verloren. In Preußen wohl zu bekommen, wollte in drei Monat 4 oder 5000 Mann richten. Kaiser und Polen müßte man es nicht wissend machen, wozu. Kaiser zu sagen, Pommern bliebe stecken, möchten mit allem drum kommen; J. Maj. mit Erbländern zu thun. Gegen Schweden, daß Katholische S. Ch. D. nicht günstig. Im Clevischen wollte man S. Ch. D. in das westfälische Wesen stecken. Sachen mit dem Pfalzgrafen kommen auch nicht zurechte. Wann nur erst ein 4000 Mann in ein Jahr zu halten, würde man dann weiter Mittel sehen. Wann Sie bloß, würden Sie um Land und Leute kommen. Rücken zu machen mit benachbarten Königen, würde dem Kaiser nicht zuwider sein können. S. Ch. D. würden Sich hierdurch considerabel machen, sonst würden Sie aus den Sachen nicht kommen. Je länger es anstünde, würden in großer Ungelegenheit kommen, auch Land und Leute verlieren."

Lebhaft stimmte ihm Leuchtmar zu: „Versirten in martialischen Zeiten, darnach auch die consilia zu richten. Imperirten große Herren, wie diese die Unterthanen. Müßte per principia gehen, eine Gefahr wagen, Exempel wäre mit dem Landgrafen [von Hessen]; wann der nicht in Verfassung, würde sein ganz Land vernichtet sein. Jetzo gült das Haus Hessen so viel als ein Churfürst. Exempel mit Herzog Jürgen [von Braunschweig], der nur 6000 Mann, der es mit Lob und Nutz seines Landes ausgeführt. Weil nun S. Ch. D. größer und viel Respect, hätte es mehr Ursach, Sich in Verfassung zu setzen; wären ein junger Herr und bei jedem in Ruf, daß

Sie ein Herz und Gemüte hätten. Bei solcher Opinion hätte S. Ch. D. nicht stille zu sitzen, sondern würden solche verlieren. S. Ch. D. müßten Tapferkeit und Großmütigkeit beweisen. Schweden müßten einen solchen König haben, die würden auch darauf sehen. In particulir auch nötig; würde alles mit mehrem Respect durchdrungen werden, mit denen S. Ch. D. was zu thun. Wäre mit des Prinzen von Oranien Rats angefangen, der dazu geraten und die Hand zu bieten sich anerboten. Meinte, hieraus alle gute Effecten herrühren würden, wann man in Verfassung. Wann man wüßte, daß S. Ch. D. einen Grund bei den Staaten, würde ein und ander darauf sehen, die mit Ihro etwas zu thun. Pfälzische Sache mit Neuburg erforderte auch eine Verfassung, daß man von ihm Satisfaction haben könnte; würde sonst nichts thun, müßte allzeit gedenken, daß es wider ihn sein möchte, wie die Discurse, mit Norprathen und Ritter Sticken gehalten, solches guter Maßen geben. Der Prinz möchte es auch aus dieser Ursachen geraten haben. Mittel, wie zuwege zu bringen. Er wüßte keine Vorschläge, Holz halber möchte practicabel sein, auch in Preußen, möchte aber eine Zeit dazu gehören, und wenn Volk da, müßte auch Geld bei der Hand sein. .... Landstände [in Cleve-Mark] würden auch zu bewegen sein, etwas zu geben, weil sie es anderen geben müßten. Wann ein Ding angefangen, fänden sich Mittel."

Der Gedanke eines Bündnisses mit einer auswärtigen Macht als Ergänzung zu den eigenen Rüstungen wird von beiden Rednern nur flüchtig gestreift. Darüber hatte sich Leuchtmar aber schon vier Wochen früher eingehend verbreitet, als die Frage einer Anknüpfung mit Frankreich zur Beratung stand.[1]) Er verhehlte bei dieser Gelegenheit die Gefahren solcher „exotischen" Verbindungen nicht, aber, so fuhr er fort, „S. Ch. D. Zustand stünde in praecipitio, könnten Sich ohne fremder Potentaten Hilfe nicht retten, alle kurfürstlichen Lande

[1]) P. R. II, 451.

würden durch die Nachbaren bedroht, hierzu levia remedia zu brauchen, sei nicht ratsam, sondern scharfe Mittel wären erforderlich. Ein Herr, der immer in Gefahr, müßte sich Freunde machen, alte redintegrieren und an sich ziehen", weshalb er für einen Anschluß an Frankreich eintrat, das, wenn es auch anderen Mächten schon etwas abgenommen hätte, es doch bisher stets zurückgegeben habe (!) Auch Burgsdorff faßte, wie wir wissen, im Juli 1644 an Stelle der Königin von Schweden eventuell die Prinzessin von Rohan als Braut für den Kurfürsten ins Auge, weil „S. Ch. D. einen Rücken haben müßten".[1]) Überhaupt lag die Idee eines Bündnisses damals in der Luft, bildete sie doch den Grundakkord auch für den schwedischen Heiratsplan.

Die von Burgsdorff und Leuchtmar damals vertretenen Ansichten nehmen sich wie ein frischer, fröhlicher Weckruf aus, um die brandenburgische Politik aus der unfruchtbaren Versumpfung heraus und hohen Zielen entgegenzuführen. Indem Friedrich Wilhelm diesem Rufe Folge leistete, sich in Respekt und Autorität durch den Degen setzte und vor „exotischen" Verbindungen nicht zurückschreckte, ist er später zum Großen Kurfürsten und zum Begründer des brandenburgisch-preußischen Staates und Heeres geworden. Es verlohnt also, dieser Wendung etwas näher nachzugehen und im besonderen den Anteil festzustellen, den Burgsdorff dabei als Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf.[2])

[1]) P. R. II, 517.

[2]) Es ist das Verdienst von Meinardus, auf die große Bedeutung dieses Systemwechsels der brandenburgischen Politik zuerst hingewiesen zu haben. Ich verweise deshalb hier ein für allemal auf den 3. Abschnitt in seiner Einleitung zum 2. Bande der Protokolle und Relationen, wo er unter dem Titel „Umkehr zur Politik der bewaffneten Neutralität durch die allmähliche Errichtung einer neuen Feldarmee" diese Dinge ausführlich erörtert und auf ihre Entstehung und ihren allgemeinen Zusammenhang hin untersucht hat. Ich lehne mich in der Hauptsache an ihn an, habe aber auch hier seine Ausführungen eingehend nachgeprüft und bin in einzelnen Punkten zu einem etwas abweichenden Urteil gelangt. Manches hätte von mir vielleicht noch ausführlicher behandelt werden können, aber als Biograph Burgsdorffs war ich stets bemüht, diesen nicht zu sehr aus dem Auge zu verlieren.

Wir erinnern uns, daß Burgsdorff der starken Verringerung der brandenburgischen Truppen im Jahre 1641 keineswegs freudig zugestimmt hatte.[1]) Auch nach und trotz der Reduktion machte ihm die militärische Lage der Mark als Oberkommandanten ihrer Festungen viel zu schaffen. Die Soldaten litten nach wie vor Mangel, die Soldrückstände der Offiziere mehrten sich in demselben Maße wie sich die Magazine leerten und die Festungswerke zerfielen. Es kam darüber zu erregten Auseinandersetzungen mit den märkischen Ständen, die die Schuld an diesen Zuständen auf die Offiziere, in erster Linie auf Burgsdorff, abzuwälzen versuchten; ein eigentümliches Verfahren, das ihnen eine ernste Zurechtweisung des Kurfürsten zuzog. „Wir können", ließ er ihnen am 7. Oktober 1642 schreiben,[2]) „auch Unseren Ständen nicht verdenken, daß sie ihren, wiewohl Uns ohne das mehr als Uns lieb sein kann, bekannten kläglichen Zustand und ihre Unvermögenheit gebührender Maßen repräsentieren, aber das will Uns nicht gefallen, daß sie bei solcher Repräsentation die Feder so sehr schärfen und Einem und dem Andern alles Unheil fast allein imputieren wollen, wie dann Unser Ober-Kammerherr und Oberst Herr Konrad von Burgsdorff sich insonderheit sehr beschweret, daß er in einer von den Deputirten übergebenen Schrift nicht wenig angegriffen worden sei, und solche Auflagen in Präsenz der Stände künftig also abzulehnen ihm getrauet, daß sie selbst werden erkennen und bekennen müssen, daß sie ihm zu viel und Unrecht gethan haben." Bei den Verhandlungen des Ständetages im Frühjahr 1643 trat ihnen Burgsdorff schroff entgegen. Er meinte, man solle sich an ihr Lamento über die Unmöglichkeit zu zahlen nicht kehren, das Geld für den Unterhalt der Regimenter müsse unter allen Umständen geschafft werden, es seien sogar viel zu wenig Truppen im Lande. Schon damals fand er bei Leuchtmar eine kräftige Unterstützung dieser Ansichten.[3])

[1]) Vgl. oben S. 192/3 und zum folgenden S. 204 ff.

[2]) P. R. I, 538.

[3]) P. R. I, 689.

Der Anstoß, der beide zu der oben erwähnten starken Betonung der Rüstungspolitik Brandenburgs veranlaßte, kam jedoch von einer anderen Seite. Als ihr eigentlicher spiritus rector ist der Generalleutnant Johann von Norprath anzusehen.[1]) Dieser war anfangs 1643 aus pfalzneuburgischen in brandenburgische Dienste übergetreten und an die Spitze der klevischen Regierung gestellt worden. Ein unruhiger Geist, von stark sanguinem Temperament, entfaltete er sofort eine rege Thätigkeit, um den für Brandenburg so überaus schwankenden Boden dieser niederrheinisch-westfälischen Verhältnisse besser zu fundamentieren. Dazu gehörte seiner Ansicht nach vor allen Dingen, daß man die Lande durch Besetzung der Festungen militärisch in die Hand bekam, den Provisionalvergleich von 1629 umstieß, den Pfalzgrafen eventuell mit Waffengewalt zu einem für Brandenburg günstigeren Abkommen zwang und sich zu diesem Zweck der Unterstützung oder wenigstens der Zustimmung Frankreichs und der Niederlande versicherte. Es war unschwer vorauszusehen, daß die kleve-märkischen Stände für eine so kriegerische Politik nicht zu haben sein würden. Aber Norprath dachte sehr absolutistisch. Princeps, qui non habet milites, non est princeps, war sein Wahlspruch, den er durch die Worte zu ergänzen pflegte: das seien närrische Fürsten, welche an ihre Unterthanen Privilegia geben thäten. Es gelang ihm, Konrad von Burgsdorff und Leuchtmar für seine Ansichten zu gewinnen. Mit diesem war er verwandt, mit jenem von früher her, wie es scheint, eng befreundet. Das Echo der Norprathschen Anregungen klingt uns aus den oben mitgeteilten Reden Burgsdorffs und Leuchtmars vom Juni 1644 deutlich entgegen. Auch der Kurfürst ging auf diese Ideen ein, die ihm Norprath im Herbst 1643 mündlich vortrug, und wird in ihnen, wie das Meinardus zuerst herausgefunden und stark betont hat, ohne Zweifel durch die Mißerfolge seiner Neutralitätspolitik gegenüber Schweden be-

[1]) Zum folgenden vgl. außer Meinardus noch U. A. IV, 2. Abschnitt: Brandenburg und Pfalz-Neuburg und U. A. V, S. 98 ff. und 212 ff.

stärkt worden sein. Die durch Norprath nach längeren Verhandlungen glücklich durchgesetzte Räumung der klevischen Festungen von ihren niederländischen und hessischen Besatzungen im Jahre 1644 gab einen willkommenen Anlaß, den ersten Teil seines Programms zu verwirklichen. Im Januar 1644 erhielt er den Auftrag, Werbungen in Kleve anzustellen, um die zu räumenden Plätze mit eigenen Truppen besetzen zu können. Schon vorher hatte er sich auf Weisung von Berlin hin mit dem Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien in Verbindung gesetzt und die Versicherung empfangen, daß der Prinz der in Aussicht genommenen „Verfassungspolitik" Brandenburgs am Niederrhein „in allem mit seinem guten Rat und That, so viel wie möglich, von Herzen gern beipflichte", allerdings mit der unerfreulichen Einschränkung, daß er Geld dafür nicht vorschießen könne. Auch mit Frankreich wurden im Mai 1644 Verhandlungen angeknüpft, die darauf hinausliefen, seine Unterstützung in der klevischen Angelegenheit zu gewinnen. So war alles im besten Zuge, nur der Angriff auf den Pfalzgrafen wurde noch hinausgeschoben, „weil bei jetzigen Zeiten dergleichen anzufangen ein weites Aussehen hat und S. Ch. D. mit den Mitteln, so zur Ausführung solches Werkes nötig sind, noch zur Zeit nicht versehen."[1])

Wie sollte man überhaupt zu diesen Mitteln gelangen? Die Frage bildete den bitteren Bodensatz in dem Becher mit dem lockenden, frischen Trunk der thatendurstigen Politik des Kurstaates. Leuchtmars Satz: Wenn ein Ding angefangen, fänden sich auch die Mittel, war schnell gesagt, aber schwer gethan, und Burgsdorffs Rat, lieber ein Viertel vom Lande zu versetzen, als in Furcht zu sein, das ganze Land zu verlieren, fand beim Kurfürsten keinen Anklang. Obwohl im Prinzip mit Norpraths Plänen einverstanden, ließ er sich durch dessen ungestümes Drängen doch nicht dazu fortreißen, alles auf eine Karte zu setzen. Niedergeschlagen meldete Burgsdorff

[1]) Instruktion und Resolution für Norprath vom 23. Dezember 1643, U. A. IV, 165.

„dem Herrn Bruder“ (Norprath), er könne nicht alles nach Wunsch durchsetzen, der Kurfürst wolle in diesem Pas nur behutsam vorgehen und scheine anderen mehr zu folgen als ihnen beiden.[1]) Das letztere ist allerdings nicht wörtlich zu verstehen, da damals, im Winter 1643/44, kein anderer von den Geheimen Räten in die mit großer Heimlichkeit betriebenen Pläne eingeweiht war.

Wieder ein Wechsel in der Szenerie. In der schwedischen Heiratsangelegenheit und der pommerschen Frage war der Kurfürst der Sanguiniker, Burgsdorff der Besonnenere; hier erscheint umgekehrt Burgsdorff als der Optimist, um nicht zu sagen als der va banque Spieler, und der Kurfürst als der vorsichtigere Rechner.

Sollte der Plan indes zur Ausführung gelangen, so war eins klar: aus der Mark Brandenburg war auf keinen Pfennig zu rechnen. Das sah selbst Burgsdorff ein, soweit er auch von der landständischen Auffassung der finanziellen Pflichten gegen den Landesherrn entfernt war.[2]) Die Mark war vielmehr „durch das verderbliche Kriegswesen“ so erschöpft, daß es sich als „eine wahre Unmöglichkeit“ herausstellte, den kurfürstlichen Hofstaat, so sehr er reduziert worden war, aus ihren „Intraden und Tafelgütern“ zu unterhalten.[3]) Außer auf Kleve, das an der Auseinandersetzung mit dem Pfalzgrafen an erster Stelle interessiert war, richtete Friedrich Wilhelm deshalb seine Blicke auf Preußen, um zu Mitteln für seine geplante, kostspielige Politik zu gelangen. Auch Preußen befand sich durchaus nicht in einer glänzenden Finanzlage, aber es hatte sich doch „durch Gottes Gnade und mit großer Mühe Unsers in Gott ruhenden Herrn Vatern christmilden Angedenkens“ lange des Friedens erfreuen dürfen, den die Märker nur dem

[1]) Burgsdorff an Norprath, ohne Datum, aber wahrscheinlich um die Zeit der Jahreswende 1643/44, P. R. II, 431.

[2]) Er sprach es offen in dem eben erwähnten Schreiben an Norprath aus.

[3]) Aus der Instruktion für Burgsdorff vom 22. Dezember 1643, P. R. II, 282.

Namen nach kannten, und war von allen Territorien zu Beginn der Regierung des Großen Kurfürsten das verhältnismäßig leistungsfähigste.

Um diese Finanzquelle auszunutzen, wurde Burgsdorff im Januar 1644 nach Preußen gesandt.[1]) Er nahm ein ganzes Bündel von Aufträgen mit auf den Weg. Schon einige Wochen vorher, am 5. Dezember 1643, hatte der Kurfürst die Oberräte in Königsberg angewiesen, ihm aus den preußischen Domänenämtern „eine Notdurft" an Hafer, Wachs, Talg, Butter sowie gepökeltem Rind- und Schweinefleisch zu schicken und von seinen sämtlichen preußischen Amtsunterthanen pro Hufe einen halben Scheffel Roggen und einen ganzen Scheffel Hafer, oder statt des letzteren einen halben Scheffel Gerste aufbringen und zu seiner Verfügung bereit stellen zu lassen. Die Oberräte hatten diese Naturalienkontribution für den darbenden kurfürstlichen Hof, die nicht die erste ihrer Art in Preußen war, in die Wege geleitet. Burgsdorff sollte nunmehr „ohne einigen weiteren Verzug dieses Werk repoussieren", für eine schnelle und vollständige Eintreibung des verlangten

---

[1]) Die folgende Darstellung der Sendung Burgsdorffs nach Preußen vom Januar bis Juni 1644 gründet sich in erster Linie auf seine von dort an den Kurfürsten erstatteten Berichte im G. St.-A. Rep. 7, 155 f. Meinardus hat das wichtigste aus ihnen, teils wörtlich, teils in Auszügen in den P. R. II, 319 und 490 mitgeteilt und durch die Instruktion Burgsdorffs vom 22. Dezember 1643 sowie durch einiges andere einschlägige Material (P. R. II, 282, 431) ergänzt. Neuerdings hat Triebel die Sendung Burgsdorffs, soweit ihre finanziellen Zwecke in Betracht kommen, sehr eingehend, unter Heranziehung des Königsberger archivalischen Materials, behandelt in seiner Schrift: „Die Finanzverwaltung des Herzogtums Preußen von 1640—1646" in „Materialien und Forschungen zur Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte von Ost- und Westpreußen", „Publikation des Vereins für die Geschichte der Provinzen Ost- und Westpreußen", Leipzig 1897. Es entsprach seinem Thema, noch tiefer in die Einzelheiten einzudringen, als ich es für nötig hielt. Wer also noch mehr über Burgsdorffs Thätigkeit in Preußen erfahren will, sei hiermit auf die tüchtige, gutes Urteil verratende Arbeit Triebels verwiesen.

sorgen, die Viktualien durch eine verständige Person in Augenschein nehmen lassen, „ob sie auch alle gut und wohl zu genießen seien“, überlegen, wie sie am schnellsten und billigsten nach der Mark geschafft werden könnten, und „bei Unsern Oberräten es mit sonderm Fleiße dahin richten, damit es nicht allein vor diesmal bei der Lieferung aller dieser Stücke verbleiben, sondern auch hernacher und sonderlich auf den Frühling noch ein mehres an Butter, auch Talg, Wachs und eine Partie von lebendigen Ochsen zu schlachten, erfolgen möge.“ „Was er auch“, fährt die Instruktion fort, „hierüber selbsten noch an mehreren Stücken und Viktualien befinden wird, die allda vorhanden und zu entraten sind, wird er ohne das wohl vor Unsere Hofküche mit herauszubefördern in kein Vergessen stellen.“ Es sei unmöglich, so fleißig der Kurfürst auch darüber nachgedacht habe, diese Dinge, die der Hofstaat zum höchsten nötig habe, von anderswo als aus dem Herzogtum Preußen zu beziehen. Besonders knapp scheint in der Hofküche die Butter gewesen zu sein. Die Mahnung, die „Putter“ doch ja nicht zu vergessen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Instruktion. Es erscheint vielleicht kleinlich, diese Dinge hier so ausführlich zu erwähnen, aber ich finde, gerade solche kleinen Züge sind für die Finanznot des kurfürstlichen Hofes außerordentlich bezeichnend. Daß die kurfürstlichen Domänen zur Bestreitung des Hofhaltes mit Naturalieneinkünften herangezogen wurden, hat ja durchaus nichts Befremdliches an sich. Daß aber der höchste Würdenträger des Staates ausgeschickt wurde, um gleichsam wie ein Mädchen für alles für die Küchenbedürfnisse des Hofes zu sorgen, das zeigt doch deutlicher als vieles andere, wie sehr dem Kurfürsten das Feuer auf den Nägeln brannte.[1])

Allerdings war die Sorge für Küche und Stall nicht der einzige Zweck der preußischen Reise Burgsdorffs. Die kurfürst-

[1]) Nebenbei bemerkt, erhielt Burgsdorff unter seinen Aufträgen auch den, seidene Strümpfe aus Preußen zu besorgen. Das Oberkammerherrnamt stellte wirklich sehr vielseitige Anforderungen an seinen Inhaber.

lichen Kassen waren, wenn möglich, noch leerer als die kurfürstlichen Keller. Ihnen sollte durch eine allgemeine, außerordentliche, oder, wie man sich beschönigend ausdrückte, freiwillige Steuer aufgeholfen werden. Der Kurfürst rechnete darauf, pro Hufe mindestens einen Gulden polnisch, außerdem von den adeligen Grundbesitzern und ihren Unterthanen, ebenso wie von seinen Amtsunterthanen, für jede Hufe einen halben Scheffel Roggen und einen ganzen Scheffel Hafer bezw. einen halben Scheffel Gerste zu erhalten. Diese doppelte Steuer durchzusetzen, war die schwierigste Aufgabe, die Burgsdorff übernahm. Der Kurfürst sah voraus, daß die preußischen Stände „alles, sonderlich aber die Ausbringung des Geldes, überaus schwierig machen und anziehen werden die Dürftigkeit des Landes, auch die allbereit habenden großen Beschwerungen und Privilegien, auch Landesreverse, daß sie vermöge derselben nicht beleget werden sollen mit einiger Steuer, sie werde denn zu desselbigen Landes bestem und der unumgänglichen Notdurft nach erfordert und angewendet, auch vorhero auf einem allgemeinen Landtage laudiret." Von einem Landtag befürchtete er aber mit Recht nur Weitläufigkeiten und Widerstand. Burgsdorff erhielt daher die Weisung, der Forderung eines solchen aus dem Wege zu gehen und die Stände durch einen Revers zu beschwichtigen, daß die Steuer eine freiwillige und ihren Privilegien und Landesreversen nicht entgegen sein sollte.

Burgsdorff traf am 21. Januar 1644 in Königsberg ein, wo ihm auf kurfürstlichen Befehl zu seiner Respektierung als kurfürstlicher Abgesandter und zur Ersparung von Logiskosten das von ihm bisher stets bewohnte Zimmer im Schloß zur Verfügung gestellt wurde.[1])

Eifrig machte er sich ans Werk. Wie vorausgesehen, waren die preußischen Stände, als sie von einer Steuer hörten, sofort mit dem Gedanken an einen Landtag bei der Hand.

[1]) Kurfürstlicher Befehl an die Oberräte in Preußen vom 28. Dezember 1643, G. St.-A. Rep. 7, 40 a.

Um diese gefährliche Klippe zu vermeiden, betonte er den freiwilligen Charakter der Steuer und ließ zu dem Zweck die offizielle Forderung von einem Gulden pro Hufe, die sich mit der Freiwilligkeit schlecht vertrug, fallen. Er hoffte, auf diese Weise die geforderte Summe leichter zusammenzubringen und Klagen und Beschwerden, die bei einer regulären Steuer als Gegenforderungen sicher in Aussicht standen, die Spitze abzubrechen. Vor allen Dingen aber befolgte er den in seiner Instruktion vorgezeichneten altbewährten Grundsatz: divide et impera. Er verhandelte einzeln und nacheinander mit den verschiedenen in Betracht kommenden Kategorien von Personen, den Oberräten, den Landräten, den Hofgerichtsräten, den Hauptleuten, den Vertretern der Städte u. s. w. Überall bemühte er sich, „etliche gute Leute an die Hand zu bekommen" und durch sie die übrigen zu beeinflussen. Mit großer Schlauheit überwand er alle Hindernisse. In den Patenten für die Ritterschaft und die Städte radierte er das Wort „Citation" aus und ersetzte es durch „Schreiben", weil das für eine freiwillige Steuer angemessener erschien. Dem Hofgericht zeigte er eine Abschrift des Schreibens an die Landräte vor, auf die er die Adresse des Hofgerichts setzen ließ, um auch mit ihm besser gesondert verhandeln zu können. Er gab vor, das Original in der Eile vergessen zu haben und forderte es vom Kurfürsten schleunigst nach, da es überhaupt nicht ausgestellt worden war. Gegen solche, die nur wenig oder nur widerstrebend etwas bewilligen wollten, spielte er musterhafte Steuerzahler als Beispiele aus, wobei es ihm auf ein bißchen Sand in die Augen streuen nicht ankam. Als er erfuhr, daß die Eingesessenen des Amtes Brandenburg nur 1/2 Thaler von der Hufe (= 1 1/2 Gulden) bewilligen wollten, ließ er durch die Oberräte „an den Herrn Hauptmann zu Brandenburg wiederschreiben, als wenn schon fast von allen gewilligt worden und daß von den wenigsten gleichwohl aufs geringste 2 Gulden von der Hufe versprochen seien, ob es im Amt Brandenburg auch noch auf zweene zu bringen", worauf die Brandenburger er-

klärten, die Geringsten nicht sein zu wollen, sondern sich lieber nochmals zusammen zu thun und besser anzugreifen. Derselbe Kunstgriff wurde dann auch anderen, z. B. einzelnen kleineren Städten gegenüber angewandt, freilich nicht immer mit Erfolg.

Dank seiner Unermüdlichkeit und Findigkeit gelang es ihm, sich mit den meisten Behörden, Korporationen und leitenden Persönlichkeiten zu einigen und zwar zu freiwilligen Sätzen, die über den in Aussicht genommenen einen Gulden teilweise erheblich hinausgingen. Von einem Landtag wurde schon vier Wochen nach seinem Erscheinen im Herzogtum kaum noch gesprochen. Auch den Vorschlag des Landrats Wolff von Kreytzen, eine Zusammenkunft der Stände zu veranlassen, die nicht den Charakter eines Landtags trage und auf der Beschwerden nicht erörtert werden sollten, wußte er glücklich zu hintertreiben, denn, so argwöhnte er mit Recht, „wenn ein solcher Hause zusammenkommen sollte, könnte leicht ein räudig Schaf darunter sein und die anderen alle irre machen.“ Wesentlich erleichtert wurde seine Aufgabe durch das Entgegenkommen der staatlichen Behörden des Herzogtums, in erster Linie der Oberräte, die ihm mit Rat und That zur Seite standen. Hingegen klagte er, daß „die reichsten auf dem Lande, die die meisten Hufen haben, sich am härtesten halten, da doch dieselben gedenken sollten, daß diejenigen, welchen Gott viele Hufen gegeben, auch billig mehr als andere, die nicht so viel haben, zutragen müssen.“ Als insonderheit genauer und karger Mann wird „der alte Herr von Dohna“ geschildert, indessen hofft er, ihn und seinesgleichen auch noch „willig und geneigt zu machen, dem Kurfürsten unter die Arme zu greifen, wie solches getreuen Unterthanen wohl anstehet.“ Er bat den Kurfürsten, an einzelne, hervorragende Mitglieder des preußischen Adels besondere Schreiben zu erlassen, von denen er sich eine gute Wirkung versprach. Das traf freilich nicht ganz zu, denn in mehreren Ämtern blieb gerade der Adel mit seiner Steuer hinter den Leistungen

der Freien und Bauern auffällig zurück. Dagegen sicherten ihm z. B. in Fischhausen sogar die Prediger, die bis dahin stets steuerfrei geblieben waren, 2 Gulden und einen Dukaten zu.

Schwierigkeiten besonderer Art galt es bei der Stadt Königsberg zu überwinden. Der Altstädter, Kneiphofer und Löbenichter Rat ließen sich zwar wider Erwarten schnell dazu herbei, 40000 Gulden ohne jede Gegenforderung oder Beschwerde zu bewilligen, konnten sich aber über die Art und Weise der Austeilung dieser Summen lange nicht einigen. Zunächst legten sie Bücher auf, worin alle Bürger ihre freiwilligen Beiträge einzeichnen sollten. „Es wird aber", so berichtet Burgsdorff, „schläfrig und sehr wenig zugetragen, und will mit der Freiwilligkeit der Sache kein Genüge thun, indem sich die meisten gar zu schlecht angreifen." Deshalb schlugen Altstadt und Kneiphof eine Accise, Löbenich dagegen eine Grundsteuer vor. Burgsdorff befürwortete eifrig die Accise, die nicht nur mehr einbringen würde, sondern auch bequem dazu benutzt werden könne, den Plan des Kurfürsten, anstatt der Seezulage eine Accise in ganz Preußen einzuführen, allmählich zu verwirklichen. Gerade Königsberg hatte sich diesem Plan bisher widersetzt, nun aber trug der Kurfürst merkwürdigerweise Bedenken, den ersten Schritt zu thun. Darüber wurde hin und her verhandelt; wie die drei Gemeinden das Geld aufgebracht haben, läßt sich nicht mehr nachweisen; die Hauptsache war, daß sie ihrer Verpflichtung schließlich nachkamen.

Überhaupt wurde Burgsdorff bald inne, daß es auch an anderen Stellen mit dem Zahlen der Steuer mehr haperte, als mit dem Bewilligen. Nur langsam kamen die Gelder ein; viele, die sich zur Zahlung bereit erklärt hatten, suchten sich hinterher davor zu drücken. Bis zu seiner Abreise im Juni 1644 hatte er nur etwas über 10000 Thaler erhalten, dann gerieten die Zahlungen noch mehr ins Stocken, und erst als der Kurfürst 1645 nach Preußen kam, gelang es seinen un-

ablässigen Bemühungen, den größten Teil der bewilligten Summe wirklich zu erheben.[1])

Trotzdem durfte Burgsdorff mit dem Erfolg seiner Sendung zufrieden sein. Leicht wurde sie ihm nicht gemacht. Wenn er auch offiziell mit Landtagsbeschwerden nicht behelligt wurde, so lag es bei der Natur seines Geschäfts doch nahe, daß alle möglichen Leute ihn als Packesel benutzten, um ihm ihre Privatwünsche und Klagen aufzuladen. „Zu der mir gnädigst anbefohlenen Kommission", schreibt er schon am 3. Februar 1644, „gehören solche Sachen wohl nicht, aber weil ich hier bin, um etwas zu suchen, so kommt auch ein jeder zu mir und bringet mir seine Beschwerungen vor." Er legte dem Kurfürsten dringend ans Herz, nach Möglichkeit für ihre Abstellung zu sorgen und es dabei in Kleinigkeiten nicht so genau zu nehmen. Preußen sei das einzige Land, aus dem er noch etwas bekommen könne und von dem er auch in Zukunft wohl noch mehr begehren würde, deshalb sei es wichtig, sich hier willige Unterthanen zu erhalten. Dieser gewiß berechtigte Wunsch fand aber bei Friedrich Wilhelm wenig Entgegenkommen. Er befahl vielmehr Burgsdorff, die zu erwartenden Beschwerden „aufs beste und aller Möglichkeit nach" abzulehnen und sie nur, wenn es absolut nicht anders gehe, ad referendum zu nehmen, „damit Wir Uns vor itzo anhier, wo Wir ohne das mit vielfältigen Geschäften occupiert, nicht deshalben zu bemühen haben mögen." Das war allerdings ein

---

[1]) Es setzt einigermaßen in Erstaunen, wenn wir unter den Ausgaben des Fürsten, dem die Butter auf dem Brote mangelte, in den preußischen Renteibüchern folgende Posten finden: Ao. 1641: für Juwelen 32355 Mark, 1642: für Kleinodien 18000 Mark, 1643: für einen Diamantring 27000 Mark, für Kleinodien und den Golbarbeiter 5589 Mark, für ein Bernsteinkästlein 1350 Mark, 1644: für einen Diamantring 18000 Mark, für einen Juwelier 18900 Mark, 1645: für Juwelen 680 Mark, für Gold- und Silbersachen 38057 Mark, für Tapisserien, Seide und dergl. 15489 Mark, 1646: für Kleinodien, Gold- und Silberwaren 50433 Mark u. s. w., für Bücher dagegen in den 6 Jahren zusammen nur 123 Mark! Triebel S. 145—150.

sehr bequemes Verfahren, um allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Wie sehr es aber Burgsdorffs Aufgabe erschwerte, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Einige Wünsche der preußischen Stände konnte er zwar mit kurfürstlicher Genehmigung erfüllen, so ließ er z. B. die zuerst geforderte Gesindesteuer fallen. Auch auf die in der Instruktion vorgesehene freiwillige Getreidekontribution der Stände verzichtete er zu Gunsten höherer Sätze der Geldkontribution. Dagegen vermochte er den Kurfürsten nicht zu einer Maßregel zu bewegen, die er aus Zweckmäßigkeitsgründen für angebracht hielt, nämlich die Verwaltung der preußischen Schatulleinnahmen den Oberräten zu übertragen. Den Oberräten lag dieser Wunsch sehr am Herzen; sie waren bereit, dem Kurfürsten alle verlangten Kautelen zu geben, daß sie die Verwaltung ganz nach seinen Vorschriften führen würden, und Burgsdorff riet dringend, darauf einzugehen, da die Interessen des Kurfürsten vollauf gewahrt würden und ein gutes Einvernehmen mit den Oberräten von größtem Werte für ihn sei.[1] Obwohl die übrigen Geheimen Räte seiner Ansicht beitraten, hielt Friedrich Wilhelm mit der uns bekannten Zähigkeit an seinem Standpunkt fest. Was er einmal in der Hand hatte, besonders

[1] Auch hier, wo er in einem wichtigen Punkte eine abweichende Meinung vertritt, trägt er sie im ehrerbietigsten Tone vor. „E. Ch. D.", schreibt er, „wollten doch dieses mein unterthänigstes Gutachten nicht anders als wie es aus wohlgemeintem treuen Herzen in Unterthänigkeit gegen E. Ch. D. herrührt, aufnehmen, wie ich denn nicht zweifele, wann E. Ch. D. mit Dero andere jetzo bei sich habende Herren Geheime Räte dieses alles nur in reife Deliberation gnädigst ziehen, daß sie allerseits dieser Meinung sein werden. Allermaßen dann alle treuen Diener, insonderheit Geheime Räte, dahin sehen werden, wie zwischen der Herrschaft und Dero Unterthanen rechte ungefärbte Liebe und Affection, als worin beiderseits Wohlfahrt bestehet, gestiftet und erhalten, und was daran hinderlich, abgeschaffet werde. Und müßte derjenige verflucht sein, der seiner Herrschaft etwas raten und darunter nur auf sich selbst und nicht einzig und allein auf seines Herrn Bestes sehen sollte. Und wollten Sich E. Ch. D. auch solches von mir nimmer einbilden noch sich vorbringen lassen."

wenn Souveränetäts- oder finanzielle Rechte in Betracht kamen, wollte er sich nicht entreißen lassen, mochten noch so viele Opportunitätsgründe dafür sprechen. Da die Frage gerade während der Anwesenheit Burgsdorffs in Preußen zur Sprache kam, legte sie seiner Aufgabe einen neuen Stein in den Weg. Die Oberräte, die sich anfangs sehr entgegenkommend gezeigt hatten, wurden bald merklich lässiger und gefielen sich stellenweise sogar in einer schlecht verhüllten Opposition gegen den Landesherrn.

Bei näherem Zusehen stellte sich auch die Finanzlage Preußens durchaus nicht so rosig heraus, wie man sie aus der Ferne beurteilt hatte. Sie war zwar etwas besser als die der Mark, aber selbst Burgsdorff mußte bekennen: „es stehet fast nicht zu glauben, wie große Armut allhie im Lande ist.“ Das war natürlich ein weiterer Hemmschuh für die Durchführung seiner Mission.

Endlich war auch die Frage nicht leicht zu lösen, wie das von den Amtsunterthanen eingelieferte Getreide am besten zu verwerten sei. Fünf Rüstwagen mit Viktualien schickte er Anfang März 1644 nach der Mark ab; dem Buttermangel in der Hofküche wird dadurch wohl einigermaßen abgeholfen worden sein. Empfahl es sich aber, auch das Getreide dorthin zu transportieren oder es im Lande zu verkaufen und von dem Erlös sich Ersatz von sonstwo zu verschaffen? Das machte ihm viel Kopfzerbrechen. Es galt, die wechselnden Getreidepreise, die Höhe der Transportkosten und die Erschwerung des Seetransports durch den dänisch-schwedischen Krieg zu berücksichtigen. Darüber wurde viel hin und her geschrieben und nach seiner Rückkehr im Geheimen Rat verhandelt. Ein Posten Getreide wurde schließlich in Preußen verkauft, der größte Teil gelangte aber glücklich nach der Mark. Bis zum letzten Augenblick hatte man mit widrigen Zufällen zu kämpfen. Ein mit Korn befrachtetes und nach Stettin bestimmtes Schiff mußte nach Königsberg zurückkehren, weil es nicht genügenden Tiefgang besaß, um die hohe See zu halten. Man konnte froh

sein, daß die Getreidekontribution am Ende nicht noch mit einem Schiffbruch effektvoll abschloß.

Kurz, wohin wir blicken, im großen, wie im kleinen, Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten. Wir glauben es gern, wenn Burgsdorff schon im April 1644 versichert, er wolle gewiß lieber ein ganzes Jahr beim Kurfürsten unterthänigst aufwarten, als dergestalt sich vier Wochen plagen, oder wenn er später im Rückblick auf seinen Aufenthalt in Preußen bekennt, er habe nicht eine gesunde Stunde da gehabt. Seine Berichte aus Preußen sind im übrigen trotz der Klagen leicht etwas optimistisch gefärbt. Ihre Kontrolle durch die Akten, wie Triebel sie ausgeführt hat, ergiebt, daß sie hie und da summarisch ein günstigeres Bild von seinen Erfolgen entrollen, als es sich mit der Wahrheit und der Wirklichkeit im einzelnen verträgt. Aber auch Triebel erkennt rückhaltlos an, daß er seine Aufträge mit einem außerordentlichen Geschick erledigt hat. Fleiß und Umsicht, Menschen- und Sachkenntnis, Schlauheit und Willenskraft kennzeichnen diese preußische Mission, die ich das diplomatische Paradestück Burgsdorffs nennen möchte.

Aber Burgsdorff war nicht allein als Steuerkommissar in Preußen thätig. Er hatte gleichzeitig für die militärische Sicherung des Landes zu sorgen, das durch den schwedisch-dänischen Krieg damals bedroht erschien. Zu dem Zweck sollte er das Landvolk, dem in der preußischen Defensionsverfassung eine wichtige Rolle zufiel,[1] durch den Landobersten mustern lassen. Vor allem aber hielt er die Instandsetzung der Festungswerke von Pillau und Memel für erforderlich, um diese beiden wichtigen Hafenplätze gegen einen Handstreich zu schützen. „E. Ch. D.“, schreibt er am 22. April, „haben zwar keine einige Ursache zu dergleichen gegeben, aber heutiges Tages wird alles mit ratio status und ratio belli beschönigt.“ Der Zustand beider Festungen ließ viel zu wünschen übrig, und

[1]) Vgl. Jany, Die Anfänge der alten Armee I, 100.

Burgsdorff gab sich redliche Mühe, ihn zu verbessern. „Der Pillauer Festungsbau", so berichtet er am 20. Mai, „macht mir wohl etzliche graue Haare, denn wie hoch nötig es sei, daß dieser Bau einmal vollführet werde, können E. Ch. D. leicht selbst erachten."

Auch die Polen hatten ein lebhaftes Interesse an diesen Festungsbauten, da die beiden Häfen die natürlichen Einfallsthore für die Schweden in ihr Land waren. Der Krone Polen stand vertragsmäßig das Recht zu, die preußischen Festungen zu besichtigen, und obwohl eine solche Besichtigung erst vor ungefähr einem Jahre durch den Großkanzler Fürsten Ossolinsky erfolgt war, erschien im Februar 1644 der Woiwode von Pomerellen, Graf Gerhard von Dönhoff, in Königsberg, um Pillau nochmals zu visitieren und für die Beschleunigung seines Ausbaus zu sorgen. Burgsdorff war diese polnische Einmischung anfangs sehr unbequem; da er aber keinen Rechtsgrund hatte, sie zu verweigern, machte er aus der Not eine Tugend und übernahm zusammen mit dem Kommandanten von Pillau, dem Obersten von Podewils, die Führung des Grafen bei der Besichtigung. Beide stellten ihm alles von der besten Seite dar und wußten es schlau so einzufädeln, daß er den schwächsten Punkt der Festung, ihre fast leeren Kornböden, nicht zu Gesicht bekam.

In Dönhoff fand Burgsdorff einen sehr trätablen Mann, der auf seine Ideen gern einging. So befahl er z. B. auf eine Anregung Burgsdorffs hin den preußischen Oberräten im Namen des Königs von Polen, Holz und Getreide für die Garnisonen in Pillau und Memel „aufs förderlichste" anzuschaffen, ein Befehl, der bei den Oberräten angesichts ihrer leeren Kassen lautes Lamentieren hervorrief. Bei der Besichtigung von Pillau erkundigte sich Dönhoff u. a. nach der Stärke des preußischen „Landvolkes". Auf die Antwort, daß etwa 7—8000 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferde aufgebracht werden könnten, meinte er, ob es denn nicht besser sei, anstatt ihrer etwa 3—4000 Mann Fußvolk und 1000 Reiter zu werben.

Das war Wasser auf Burgsdorffs Mühle. Werbungen waren ja das wichtigste Mittel zur Durchführung der thatkräftigen Politik, die er dem Kurfürsten geraten. Bei Werbungen in Preußen war aber stets das Mißtrauen, wenn nicht gar der direkte Einspruch des polnischen Oberlehnsherrn zu befürchten. Hier schlug nun ein polnischer Kronkommissar selbst Werbungen vor. Dieses Eisen mußte geschmiedet werden, so lange es warm war, und so nahm Burgsdorff den Woiwoden sofort beiseite und stellte ihm vor, daß er dem Kurfürsten den größten Gefallen erweisen werde, wenn er diesen Vorschlag bei seinem königlichen Herrn befürworte. Dönhoff, durch die Aussicht auf eine „Ergetzlichkeit" von seiten des dankbaren Kurfürsten angespornt, versprach, das zu thun, und Burgsdorff erreichte damit gleichzeitig einen doppelten Zweck, indem er die Werbungen sowohl gegen die Krone Polen wie gegen die preußischen Beamten und Stände deckte. Dönhoff scheint sich allerdings etwas voreilig auf den Plan haben festnageln zu lassen, denn obwohl er nach Hoverbecks Urteil der einflußreichste Mann am polnischen Hofe war, gelang es ihm nicht, die Einwilligung des Königs zu erlangen. Das Gespenst der schwedischen Heirat des Kurfürsten trat drohend dazwischen, so sehr sich auch Burgsdorff bemüht hatte, ihm diese Befürchtung auszureden.[1]) Auch Burgsdorff selbst stieg hinterher ein gewichtiges Bedenken auf, nämlich die Frage, ob die zu werbenden Soldaten nur dem Kurfürsten oder gleichzeitig auch

[1]) Dönhoff sagte, die Heirat des Kurfürsten mit der Königin von Schweden werde für ganz gewiß gehalten, weshalb dem König von Polen nicht zu verdenken sei, wenn er sich dagegen „etwas versicherte". Er glaubte, Burgsdorff sei nach Preußen gekommen, um von den preußischen Ständen 800000 Gulden für die Hochzeit des Kurfürsten zu begehren. „Ich muß mich fast verwundern", schreibt Burgsdorff am 22. April, „daß der gute Herr [Dönhoff] so hart in mich bringet und etwas von E. Ch. D. Heirat von mir zu wissen begehret, was ich selbst nicht weiß." Er suchte ihn auf alle Weise davon abzubringen, und Dönhoff versprach, dieses Dementi „an gebührenden Örtern zu hinterbringen und dergleichen Gedanken zu benehmen", eine Aufgabe, der er in der That freilich nicht Herr wurde.

dem König von Polen schwören sollten.[1]) So zerrann der große Plan, dessen Verwirklichung eine völlige Umwälzung der preußischen Wehrverfassung bedeutet haben würde, in Schaum. Immerhin mag er dazu beigetragen haben, das Terrain für Werbungen von geringerem Umfang und anderem Charakter in Preußen zu ebnen.[2]) Sie galten nicht der Verteidigung des Herzogtums gegen die Schweden, sondern der Stärkung der brandenburgischen Macht am Niederrhein.

* * *

Damit kehren wir zum Ausgangspunkt der preußischen Sendung Burgsdorffs zurück. Während seines Aufenthaltes im fernen Osten hatte er die klevesschen Verhältnisse nicht aus

---

[1]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 25. März 1644, G. St.-A. a. a. O. Der Kurfürst antwortete am 8. April, er müsse die Sache erst mit Hoverbeck besprechen.

[2]) Vgl. über diese preußischen Werbungen Meinardus P. R. II, Einleitung S. 92 ff. und Jany a. a. O. S. 85 ff. Zwischen ihnen und den von Burgsdorff und Dönhoff besprochenen bestand weit mehr als ein bloß quantitativer Unterschied. Der Ersatz des Landvolks durch eine geworbene Truppe hätte, wie gesagt, einen neuen Faktor in die Organisation der preußischen Verwaltung eingeführt. Die Kosten einer solchen Reorganisation würden unzweifelhaft dem Lande aufgebürdet worden sein und zwar mit Recht, da die Kosten für die Miliz ja fortfielen. Eine Verwendung der Truppen außerhalb des Herzogtums würde sicherlich bei den preußischen Ständen und höchst wahrscheinlich auch am polnischen Hofe auf lebhaften Widerstand gestoßen sein. Diese Bedenken fielen bei den damals thatsächlich in Preußen durchgeführten Werbungen fort. Ihre Kosten bestritt der Kurfürst, wenn auch vielleicht zum Teil aus den Erträgen der preußischen Hufensteuer, so doch ohne jede offizielle ständische Mitwirkung oder Kontrolle. Er allein hatte infolgedessen auch das Verfügungsrecht über die Truppen, und die preußischen Stände sind vermutlich sehr froh darüber gewesen, daß er sie schleunigst aus dem Lande herauszog. Es handelte sich eben, wenn ich den Ausdruck so formulieren darf, nicht eigentlich um preußische Werbungen, sondern um Werbungen in Preußen. Diesen Unterschied scheint mir Meinardus in seiner Darstellung P. R. II, LXXXV nicht genügend beachtet zu haben. Dem vermutlich auf pfalz-neuburgische Einflüsterung zurückzuführenden Einspruch Wladislaus' von Polen gegen die Werbungen in Preußen wies der Kurfürst zurück. Vgl. U. A. I, 145, 151 und P. R. II, 665.

dem Auge verloren. Er stand in eifrigem Briefwechsel mit Norprath und besprach darin u. a. die Möglichkeit, wie man etwa 600 Mann von der Pillauer und Memeler Garnison nach dem Niederrhein schicken könne. Norprath schlug im Einverständnis mit dem Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien vor, die Garnisonen der beiden Festungen allmählich zu verstärken und dann Teile von ihnen, in kleine Trupps als Passagiere auf holländische Schiffe verteilt, nach der Rheinmündung zu schaffen. Das war ein billiger, sicherer und unauffälliger Weg, er scheint aber nicht beliebt worden zu sein.[1])

Im übrigen kamen die Werbungen, wenn auch nur allmählich und in verhältnismäßig bescheidenem Maße, in allen Territorien, am Rhein, in Preußen und sogar in der Mark in Fluß, so daß Norprath beim Eintreffen des Kurfürsten in Kleve im Oktober 1646 dort über 21 Kompagnien zu Fuß, 9 zu Roß und eine Dragonerkompagnie verfügte.[2]) Das war der erste Schritt, um festen Fuß in den niederrheinischen Besitzungen zu fassen, die man bis dahin fast nur „wie einen Aal beim Schwanz" gehabt hatte. Auch die „exotischen" Verbindungen ließen sich gut an. Kardinal Mazarin versicherte dem brandenburgischen Gesandten Grafen Fabian von Dohna im März 1646, daß er „die heroische Person und das löbliche Regiment Friedrich Wilhelms sehr beliebete", und Brienne erklärte ihm, daß, wenn der Kurfürst willens wäre, die Spanier aus Jülich und die Kaiserlichen aus Düsseldorf zu jagen, die Krone Frankreich ihm gerne mit Truppen beistehen werde.[3])

---

[1]) P. R. II, 431 ff.

[2]) Näheres bei Meinardus, P. R. II, Einl. S. 92 ff. und Jany, S. 84 ff.

[3]) U. A. I, 641, 643. Noch schmeichelhafter klingt das freilich unverbindliche Lob, das Mazarin im August 1647 dem Kurfürsten spendete. Wicquefort, der brandenburgische Resident in Paris, berichtet darüber (U. A. I, 660): L'accueil, qu'il [Mazarin] me fit, fut fort grand, et il se mit aussitôt sur les louanges de V. A. E., „dont je n'estime pas tant (ce sont ses propres paroles) la naissance très illustre et la puissance, à laquelle l'on peut dire en quelque façon que S. A. E. n'a rien contribué, que les

Die eifrigen Bemühungen des Grafen Avaux in Münster um eine Verständigung zwischen Brandenburg und Schweden bewiesen, daß die Versicherungen der Pariser Staatsmänner keine leeren Redensarten waren. Endlich eröffnete die im Dezember 1646 vollzogene Heirat des Kurfürsten mit Luise von Oranien die begründete Aussicht auf ein Bündnis mit den Generalstaaten, an denen man sowohl für die allgemeine Politik wie speziell für die Lösung der pfalz-neuburgschen Frage einen „beständigen Rücken" zu gewinnen hoffte.

Die Karten schienen mithin auf das glücklichste gemischt, um Brandenburg einen erheblichen Gewinn aus dieser stolzen Politik des neuen Kurses zu sichern. Als das Spiel begann, merkte man freilich bald, daß man doch auch recht viele minderwertige Blätter in der Hand hatte und daß selbst die Trümpfe nicht alle die erhofften Stiche einbrachten. Da war zunächst die uns so wohl bekannte allgemeine Finanznot, die sich auch jetzt wieder wie ein Bleigewicht an den aufstrebenden Flug des roten Adlers hing. Da war die Opposition der Stände in Kleve-Mark, die von dem Militarismus des Landesherrn nichts wissen wollten und Deckung bei der holländischen, antioranischen Partei in den Niederlanden suchten. Da erhob der alte Kanzler Sigismund von Götze im Chor mit den übrigen Berliner Geheimen Räten seine warnende Stimme gegen das leichtfertige Säbelgerassel der Norprath, Burgsdorff und Leuchtmar und durchmusterte die Weltgeschichte vom „gottseligen König Josias" bis zu „Sr. Ch. Dchl. Herrn Vater christmildesten Angedenkens" nach Beispielen, um den Satz zu beweisen, daß der Krieg ein roh gewaltsam und höchst gefährlich Handwerk sei, von dem man die Finger lieber fort

hautes qualités qu'elle possède et l'inclination que je sais qu'il a dans le coeur pour la France; aussi vous puis je assurer, que le roi et la reine et moi en mon particulier en estimons l'amitié plus que celle de tout autre prince de l'Europe et le témoignerons, quand il en voudra tirer des preuves".

lasse.[1]) Da brauchte endlich Friedrich Wilhelm selber noch geraume Zeit, um den schönen Traum vom Nordlandskönig auszuträumen und an Stelle der stolzen Christine die kluge Luise zu seiner Herzenskönigin zu küren.

Von 1644 bis Mitte 1646 kreuzen sich am kurfürstlichen Hofe die mannigfachsten Einflüsse und Interessen. Es wird hin und her laviert, bald greift dieser, bald jener von den Ratgebern in die Speichen des Steuerruders, aber keinem überläßt es der Kurfürst unbedingt. Norprath, der sich die Führung aneignen zu können geglaubt hatte, geriet mit seinen Truppen am Niederrhein bald in eine sehr üble Lage.[2]) Er wußte nicht, woher die Mittel zu ihrem Unterhalt nehmen, und stellte ihren Totalruin in Aussicht, wenn ihm nicht erlaubt würde, sie gegen den Pfalzgrafen ins Feld zu führen und aus dessen Landen ernähren zu lassen. Aber solchen „Extremitäten" setzte der Kurfürst vorläufig ein Veto entgegen. Er ließ ihm durch Konrad von Burgsdorff am 30. November 1645 schreiben,[3]) es sei jetzt noch nicht an der Zeit, dem Herrn Pfalzgrafen ins Land zu gehen, sondern er müßte sich erst einen starken und festen Rücken machen. Um den ungünstigen Eindruck dieser Abkühlung seines Kriegseifers etwas zu mildern, fügte Burgsdorff hinzu, der Kurfürst werde bestimmt bald nach Neujahr nach Kleve eilen, um dort persönlich Ordnung zu stiften. „Mein hochgeehrter Herr Bruder", heißt es dann weiter, „hat nicht zu befürchten, daß ihm einiges Unrecht widerfahren sollte; denn solches werde ich nimmer zulassen, sondern allzeit dahin sehen, daß er unerhört nicht gelassen oder in Verdacht und Mißcredit gezogen werde, wie er sich denn meiner treuen Affection und Freundschaft, welche eigentlich hieraus erkannt werden soll, festiglich zu versichern hat."

Diese Zeilen sind charakteristisch für die Lage nicht nur

---

[1]) Gutachten der Geheimen Räte vom 17. Oktober 1645, verfaßt von Götze, P. R. III, 252 und U. A. IV, 182.

[2]) Vgl. U. A. IV, 171 ff.

[3]) U. A. IV, 196.

des Adressaten, sondern auch des Schreibers in jener Zeit. Es liegt auf der Hand, daß die gegen die kriegerische Politik des Kurfürsten gerichteten Angriffe und Bedenken ihre Spitze in erster Linie gegen Norprath kehrten.[1]) Aber auch Burgsdorff, der Schulter an Schulter mit ihm kämpfte, wurde von ihnen betroffen. In der Geheimratssitzung, in der das Verdammungsurteil über jene Politik gefällt wurde, sprach Sebastian Striepe offen aus, der Herr Oberkammerherr habe allezeit das Axioma von der Notwendigkeit einer „Verfassung“ im Munde geführt, nun sehe man, wohin man damit geraten sei.[2]) Götze vermied zwar, in dem ausführlichen Gutachten vom 17. Oktober 1645, worin er die Debatten jener Sitzung zusammenfaßte, irgend einen Namen zu nennen, aber gegen wen es sich richtete, war ohne weiteres verständlich. Burgsdorffs Stellung scheint durch diese Angriffe indes keinen Augenblick erschüttert worden zu sein. Er mußte sich zwar dazu hergeben, Wasser in den brausenden Wein der Norprathschen Ungeduld zu gießen, aber er blieb nicht nur selbst dem Grundgedanken der Norprathschen Politik treu, sondern hielt auch den Kurfürsten bei ihr fest. Wir besitzen zufällig gerade aus jenen Tagen, in denen Friedrich Wilhelm den Geheimen Räten seine Politik zur Begutachtung vorlegte, das Zeugnis eines unbeteiligten Dritten über die Stimmung am Königsberger Hofe, nämlich des französischen Gesandten in Warschau, Vicomte de Brégy,[3]) der dort im September 1645 erschien, um dem Kurfürsten seine Aufwartung zu machen. Er fand ihn überaus kriegslustig

[1]) Einen sehr ungünstigen Eindruck von Norpraths Charakter und Fähigkeiten hatte auch Georg Ehrenreich von Burgsdorff erhalten, der im übrigen zur Kriegspartei gehörte. „Da unten am Rhein geht es toll zu“, „ich muß von Herzen lachen, daß Norprath mit so wenigem Volk gegen den Pfalzgrafen jetzt einen Krieg anfangen will“, „ich wollte, daß ihn der Teufel mit seinen consiliis holte“, berichtete er seinem Bruder Konrad im Frühjahr und Sommer 1645. U. A. IV, 172—175.

[2]) P. R. III, 250.

[3]) Brégy an Mazarin, Königsberg 24. September 1645, U. A. II, 10.

gestimmt und meinte, er bedauere nur, außer stande zu sein, seinen Kriegseifer zu offenbaren, würde aber gerne jede vorteilhafte Gelegenheit ergreifen, ihn zur That werden zu lassen.

Die Mahnungen der Geheimen Räte zur Vorsicht setzten der Kriegslust einstweilen einen Dämpfer auf, erstickten sie aber nicht, und im Sommer 1646 waren endlich alle hemmenden Einflüsse überwunden. Die schwedische Heirat war abgethan, die Verbindung mit Luise von Oranien eingeleitet, Ewald von Kleist nach dem Haag zu den Generalstaaten und Dohna nach Paris entsandt, im Oktober begab sich der Kurfürst selbst nach dem Niederrhein, um mit dem Pfalzgrafen gründlich abzurechnen und der Entscheidung über die pommersche Frage auf dem westfälischen Friedenskongreß nahe zu sein.

Wir dürfen nicht daran zweifeln, daß Konrad von Burgsdorff mit allen diesen Schritten seines kurfürstlichen Herrn von ganzem Herzen einverstanden war. Ob und inwieweit sein Rat dabei gehört und befolgt wurde, entzieht sich leider unserer Kenntnis, da die Quellen in dieser wichtigen Epoche wieder einmal nur wenig von ihm melden. Wir wissen nur, daß er den Kurfürsten im August 1646 nach Hornhausen und Gröningen begleitete, wo sehr wichtige politische Entschlüsse in Betreff der oranischen Heirat und des Verzichtes auf ganz Pommern gefaßt wurden.[1]) Nach Berlin zurückgekehrt, brachte er das geplante Bündnis mit den Generalstaaten in einer Sitzung des Geheimen Rates zur Sprache. Er wollte die Ansicht aller Kollegen darüber vernehmen, damit er und die „Kabinettsräte", die den Kurfürsten nach Kleve begleiten sollten, „solches nicht allein auf sich zu nehmen hätten".[2]) Er selbst trat lebhaft für das Bündnis ein und erbot sich, als Gesandter nach dem Haag zu gehen, um es zum Abschluß zu bringen. Aber nur Götze erhob sich, um mit ein paar verklausulierten Worten zu behutsamem Vorgehen zu mahnen. Die erwartete

---

[1]) Vgl. P. R. III, 540 und dazu die Einleitung zu P. R. II, S. 109.
[2]) P. R. III, 549.

große Diskussion blieb aus, obgleich der Kurfürst der Sitzung beiwohnte und wohl auch ein Interesse daran gehabt hätte, zu erfahren, wie seine Geheimen Räte über dieses wichtige Thema dachten. Vierzehn Tage später eröffnete er ihnen dann offiziell seine Absicht, sich mit der oranischen Prinzessin zu verheiraten und seinen Oberkammerherrn zu dem Zwecke an den Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien zu senden.[1]) Einhellig gaben alle Anwesenden, der Kanzler an der Spitze, ihrer Freude über diesen Entschluß Ausdruck. Jeder Patriot, meinte Burgsdorff, würde sich über diese Resolution erfreuen. Von einer sachlichen Besprechung der getroffenen Wahl, zu der der Kurfürst aufgefordert hatte, sah man ab. Nur Burgsdorff erklärte es für wohl gethan, daß große Herren ihre Räte fragten, wenn sie eine Resolution genommen hätten, er habe aber nichts dabei zu bedenken. Ob Götze und seine Gesinnungsgenossen im Innersten ihres Herzens ebenso frei von allen Bedenken waren, steht dahin. Eine ernstliche Einsprache erhoben sie nicht, und dazu war in ihren Augen auch wohl kein Grund vorhanden.

So konnte denn der Kurfürst Berlin am 10. Oktober 1646 mit dem Gefühl verlassen, von der Zustimmung und den Segenswünschen aller seiner obersten Ratgeber begleitet zu werden. „Am 30. Septembris seind S. Ch. D. von hier nacher Cleve, Gott gebe zu Glück! ufgezogen", lautet die lakonische Notiz in den Geheimratsprotokollen.

Burgsdorff eilte ihm als offizieller Brautwerber nach dem Haag voraus. Leider ist uns von dieser ehrenvollsten Mission seines Lebens nichts weiter als die nackte Thatsache bekannt.[2]) Er scheint sich ihrer ohne Schwierigkeiten entledigt

---

[1]) In der Sitzung vom 5. Oktober 1646, P. R. III, 557.

[2]) Schon Aitzema (Saken van Staet en Oorlogh) und Pufendorf (Friedrich Wilhelm) geben über die Einfädelung der oranischen Heirat auffallend wenig. Bei der Bearbeitung des vierten Bandes der U. A. hat Erdmannsdörffer dann festgestellt, daß die einheimischen wie die niederländischen Archive fast nichts darüber enthalten (U. A. IV, 21). Die Ge-

zu haben und begab sich vom Haag nach Kleve, wo er dem Kurfürsten wahrscheinlich mündlich Bericht abstattete. Die Hochzeit war zuerst auf den 16. Januar 1647 festgesetzt worden, wurde aber wegen des bedenklichen Gesundheitszustandes des Prinzen von Oranien schon am 7. Dezember 1646 „in der Enge und ohne einige Weitläufigkeit“ im Haag gefeiert. Zu dem kleinen Gefolge, das den Kurfürsten dorthin begleitete, gehörte auch Burgsdorff. Vierzehn Tage vor der Hochzeit erschien Friedrich Wilhelm persönlich in einer Sitzung der Hochmögenden Herren der Generalstaaten und legte ihnen den Plan einer Defensivalliance mit Brandenburg vor. Hierüber wurde in den Flitterwochen weiter verhandelt und zwar auf brandenburgischer Seite durch Konrad von Burgsdorff, Otto von Schwerin und Erasmus Seidel, die mit dem Erfolg ihrer Bemühungen zufrieden sein durften.[1])

Inzwischen war die pfälzische Frage in ein neues Stadium getreten. Mitte November 1646 rückte Georg Ehrenreich von Burgsdorff mit den brandenburgischen Truppen in das Herzogtum Berg ein und drang, ohne Widerstand zu finden, bis vor die Mauern von Düsseldorf vor. Der von Norprath so sehnsüchtig herbeigewünschte Augenblick des Handelns war gekommen. Durch den doppelten Druck dieser militärischen Besetzung des Landes und der von den Generalstaaten gewährten diplomatischen Intervention hoffte der Kurfürst seinen zähen und schlauen Pfalz-Neuburgschen Gegner endlich mürbe zu machen und seine Forderungen über die endgültige Schlichtung des Erbfolgestreits bei ihm durchzusetzen.[2]) Zu Verhandlungen

heimratsprotokolle bringen nur die oben erwähnten dürftigen Ergänzungen. Daß „des Oberkammerherrn faveur und rechtschaffene Freundschaft“ d. h. seine Vermittlung in der Heiratsangelegenheit schon 1645 vom Vater der Braut gesucht wurde, erzählt Erdmannsdörffer auf Grund von U. A. IV, 745 ff. in seinem Aufsatz: Louise Henriette von Oranien und der Prinz von Tarent, Ztsch. f. preuß. Geschichte, Bd. 15, 1878.

[1]) Vgl. U. A. III, 8 ff. und IV, 62 ff.

[2]) Vgl. zum folgenden außer der schon erwähnten Litteratur noch Meinardus in der Einleitung zum 4. Band der P. R. S. 16 ff.

erklärte sich Wolfgang Wilhelm zwar nun bereit, aber den Kopf ohne weiteres in die ihm gelegte Schlinge zu stecken war er durchaus nicht gesonnen. So verbat er sich z. B. die klevischen Regierungsräte als Unterhändler, weil sie nichts als Lügen vorbrächten, und verlangte vor allem die vorherige Räumung seines Gebietes von den brandenburgischen Truppen. Der Kurfürst that den ersten Schritt zurück, indem er die Räumung anbefahl, mit dazu bewogen freilich durch die schwierige Lage, in die seine Truppen im Bergischen geraten waren. Auch mit dem Wunsche, durch Kavaliere verhandeln zu lassen, war er einverstanden, und so erhielt Konrad von Burgsdorff am 9. Februar 1647 den Befehl, sich nach Düsseldorf zu begeben und die Verhandlungen seiner „bekannten Treu und Dexterität nach“ zu führen.[1])

Es handelte sich bei ihnen um folgende Punkte. In dem Provisionalvergleich von 1629/30 war bestimmt worden, daß für die nächsten 25 Jahre Kleve und Mark dem Kurfürsten von Brandenburg, Jülich, Berg und Ravenstein dem Pfalzgrafen von Neuburg zufallen und Ravensberg von beiden gemeinschaftlich besessen werden sollte. Ferner hatten die beiden Kontrahenten sich verpflichtet, die Stände von Jülich, Berg und Ravensberg dahin zu disponieren, in längstens drei Jahren je 100000, 60000 bezw. 20000 Thaler aufzubringen, die dem Kurfürsten teils direkt versprochen, teils vom Pfalzgrafen cediert waren. Von diesen Summen war aber bis 1647 noch kein Pfennig eingekommen. Außerdem hatte sich der vertragsmäßige gemeinschaftliche Besitz von Ravensberg in Wirklichkeit seit 1630 so gestaltet, daß der Pfalzgraf sich drei Ämter der Grafschaft, Sparenberg, Blotho und Limberg, d. h. mindestens vier Fünftel des Landes angeeignet und dem Kurfürsten nur das unbedeutende Amt Ravensberg überlassen hatte. In diesen beiden

[1]) Über diese Düsseldorfer Verhandlungen sind wir durch die Berichte Burgsdorffs, von denen nur der wichtige über ihren Abschluß vom 5. April fehlt, ausgezeichnet unterrichtet. Vgl. U. A. IV, 250—339.

Punkten war also Brandenburg bei Ausführung des Provisionalvergleichs entschieden übervorteilt worden.

Kurfürst Friedrich Wilhelm war nun ursprünglich gewillt, den Provisionalvergleich überhaupt nicht anzuerkennen, da er seine Teilung für eine leoninische hielt. Im Jahre 1647 kam er aber seinem Gegner von vornherein so weit entgegen, daß er zur Anerkennung bereit war, wenn ihm für jene beiden Punkte Genugthuung gegeben würde. Diese zu fordern war die Hauptaufgabe Burgsdorffs. Da es darüber voraussichtlich zu einem lebhaften Handel kommen würde, so enthielt seine Instruktion eine Maximal- und eine Minimalforderung. Jene bestand in der Einräumung der ganzen Grafschaft Ravensberg, der Herrschaft Ravenstein, der flandrischen Güter und der bergischen Ämter Blankenburg, Steinbach, Bornfeld und Windeck für den Rest der 25 Jahre als Entschädigung für die Verkürzung des gemeinschaftlichen Besitzes von Ravensberg in den verflossenen 18 Jahren, sowie in der Auszahlung der 180000 Thaler nebst 183000 Thalern Zinsen durch den Pfalzgrafen. Bei der Minimalforderung fielen die vier bergischen Ämter und die Zinsen fort. Sollte sich der Pfalzgraf zu einem „perpetuellen und ewigen Erbvertrag" geneigt zeigen, so erhielt Burgsdorff den Auftrag, Kleve, Mark, Ravensberg, Ravenstein, die flandrischen Güter und den Oberteil des Herzogtums Berg („so über der Wupper lieget") oder statt des letzteren 3—400000 Thaler für Brandenburg zu verlangen, auch in diesem Falle aber auf der Minimalentschädigung für die oben erwähnten beiden Punkte zu bestehen.

Vom Abschluß eines endgültigen Erbvergleichs ist nun, um das hier gleich vorwegzunehmen, in Düsseldorf ernstlich gar nicht die Rede gewesen. Die Verhandlungen erstreckten sich vielmehr nur auf die beiden erwähnten Streitpunkte. Sie machten dem brandenburgischen Unterhändler genug zu schaffen, denn vom 14. Februar bis zum 5. April mußte er um sie kämpfen. Äußerlich fand er am Düsseldorfer Hofe eine zuvorkommende und ehrenvolle Aufnahme. Seine Berichte werfen

interessante Streiflichter auf die dortigen Persönlichkeiten und Verhältnisse. Wolfgang Wilhelm gab sich ihm gegenüber als jovialer alter Herr. Er empfing ihn gleich bei seiner Ankunft „mit gar gutem und ergötztem Angesicht", führte ihn mit eigener Hand zur Tafel und zechte gewaltig mit ihm, „sintemal S. F. D. selbst viel Gesundheiten anfinge und austrank, da ich dann hinwiederum dergleichen anfangen mußte und, obwohl die Gläser nicht groß waren, so kamen sie doch mit solcher Menge, daß man sich genug zu wehren hatte". Auch zeigte er ihm persönlich die ganze Stadt, besonders alle Kirchen, „so daß ich wohl eine rechte Wallfahrt thäte", und führte ihn in allen Kammern und Gemächern des Schlosses herum, „allezeit mit dem Hauptschlüssel in der Hand vor mir hergehend". Burgsdorff war der rechte Mann dazu, auf diesen jovialen Ton einzugehen. Als er im ehelichen Schlafgemach des Pfalzgrafen einen Altar mit vielen Bildern aus dem alten und neuen Testament fand und „Seine Durchlaucht sagte, daß Sie vermittelst derselben Gemälde die beiden Testamenter allezeit vor Ihren Augen und in Ihrem Haupt hätte und sich deren Behülf zu Ihrer Andacht im Gebet gebrauchte", konnte er sich des Lachens nicht enthalten und erwiderte, „er hätte seines Teils genug zu thun, in seinem Gebet seine Sinne und Gedanken zu Gott zu richten und würde gewißlich durch solche Gemälde nur mehr irre gemacht werden". Der Humor der ersten Berichte machte freilich bald einer anderen Stimmung Platz. Er fand, daß „die Jesuiten diesen guten Fürsten dermaßen im Gedrang und in der Klammer haben wie die Schulmeister ihre Schulknaben". Vor allem aber verdrossen ihn die „unresoluten Verzögerungen" des Pfalzgrafen in der Behandlung der Geschäfte. Er wolle sich, erklärte er, lieber in die Türkei verschicken lassen, als es noch einmal mit einem so irresoluten Herrn zu thun haben, und sehnte sich trotz aller Tafelfreuden dringend danach, „aus diesem Fegfeuer erlöst zu werden". Die geschäftlichen Verhandlungen führte der Pfalzgraf zu einem guten Teil persönlich. Seinen Wunsch, ohne Zu-

thun anderer allein mit ihm zu traktieren, lehnte Burgsdorff aber mit dem Bemerken ab, „er sei eines etwas hitzigen Kopfes und möchte in den Wortwechselungen vielleicht in allen Dingen den schuldigen Respect nicht halten“. So wurden denn die Verhandlungen pfälzischerseits in der Hauptsache durch den bergischen Marschall Freiherrn Weschpfennig von Scheidt und den Freiherrn Bawyr von Frankenberg geführt, während Burgsdorff auf sich selbst angewiesen war und nur vorübergehend mit dem in Köln als kaiserlicher Generalkriegskommissar des Westfälischen Kreises weilenden Joachim Friedrich von Blumenthal konferieren konnte.

Wenn Burgsdorff gehofft hatte, daß die vom Pfalzgrafen gewünschte Führung der Unterhandlungen durch Kavaliere eine kavaliermäßige, glatte Abwicklung der Geschäfte herbeiführen werde, so erwies sich diese Hoffnung sofort nach seinem Eintreffen in Düsseldorf als völlig eitel. In der ersten Audienz versuchte er, diesen Standpunkt zur Geltung zu bringen, indem er erklärte, er sei als Kavalier gekommen, „welchem das corpus juris mächtig ungehorsam“, gäbe einen gar schlechten Rechenmeister ab und müsse sich, wenn es der Pfalzgraf aufs Rechnen ankommen ließe, stracks morgenden Tages auf seinen Wagen setzen und wieder zum Kurfürsten ziehen. Wolfgang Wilhelm hatte für diese Interpretation seines Wunsches aber nur ein feines Lächeln übrig und meinte gelassen, es „müßte dennoch gerechnet sein“. Auf die ersten Eröffnungen über die Forderungen des Kurfürsten bemerkte er betroffen, sie gäben ihm eine harte Lektion auf und würden dazu führen, daß er von seinen Ländern nichts behielte, wenn er eine so hohe Summe aus ihnen aufbringen solle. Burgsdorff erwiderte schlagfertig, wenn Recht Recht sein sollte, würde Seine Durchlaucht freilich von diesen Landen nichts behalten, da dieselben sämtlich dem Kurfürsten allein gebührten.

Mit solchen Redensarten kam man aber natürlich nicht weiter, und so begann nun das Rechnen.[1]) Am begründetsten

[1]) Ich bin auf die Äußerlichkeiten der Verhandlungen verhältnismäßig ausführlich eingegangen, weil sie uns eine gute Gelegenheit bieten,

waren die brandenburgischen Ansprüche auf Entschädigung wegen der Vorenthaltung der Einkünfte aus halb Ravensberg, obwohl der Pfalzgraf behauptete, aus dem Amte Limberg nichts erhalten zu haben und sogar eine Berechnung aufstellte, laut welcher der Kurfürst ihm nach genauer Liquidation der Ravensberger Forderungen noch 9000 Thaler herauszuzahlen hätte. Schwieriger war dagegen auf brandenburgischer Seite der Nachweis zu führen, daß Wolfgang Wilhelm zur Zahlung der 180 000 Thaler verpflichtet sei. Der Provisionalvergleich von 1629 enthielt darüber die oben mitgeteilte Bestimmung. Ihr zufolge hätte Georg Wilhelm von Brandenburg die 180 000 Thaler erhalten müssen, das war sachlich unbestreitbar. Aber in dem Vergleich hatten sich beide Parteien nur verpflichtet, die Jülichschen, Bergischen und Ravensberger Stände zu ihrer Zahlung zu disponieren. Wenn Friedrich Wilhelm jetzt den Pfalzgrafen allein für die Nichterfüllung des Versprechens verantwortlich machte, so gab er der Sache eine Wendung, gegen die Wolfgang Wilhelm leicht Einspruch erheben konnte. Wie deutlich man am kurfürstlichen Hofe die Schwäche dieser Position von Anfang an empfand, erhellt aus der Instruktion für Burgsdorff, worin es heißt, daß auf die intentio contrahentium in diesem Punkte mehr als auf die Worte des Vergleichs zu sehen sei. Wenn dann noch weiter gesagt wird, die obligatio dieses Passus enthielte keine bloße Sollicitatur ad dandum, sondern eine wirkliche praestatio solutionis, so war das durchaus nicht so „sonnenklar", wie es hingestellt wurde, und Burgsdorff konnte sich mit Recht hierfür hinter seine Unkenntnis des corpus juris verschanzen. Und selbst wenn der Pfalzgraf die Berechtigung der Forderung zugab, so konnte er immer noch den Kurfürsten an die Stände der drei Länder verweisen und deren Identifizierung mit seiner Person ablehnen. Auf diese Identifizierung legte aber Friedrich Wilhelm anfangs großen Wert,

Burgsdorff als Diplomat kennen zu lernen. Die Verhandlungen selbst Zug für Zug zu verfolgen würde zu weit führen. Ich hebe deshalb im folgenden nur die wichtigsten für sie in Betracht kommenden Momente hervor.

von seinem Standpunkt betrachtet, aus gewichtigen Gründen, da ihm der Pfalzgraf ein besserer Schuldner sein mußte, als die Stände, über die er gar keine Macht hatte. Am wenigsten stichhaltig erschien die Forderung der aufgelaufenen Zinsen. Von ihnen stand im Provisionalvergleich kein Wort, und der Kurfürst hat im Ernst schwerlich an die Erfüllung dieser Forderung geglaubt.

Es ergiebt sich aus diesen Erörterungen, wie schwierig die Aufgabe Burgsdorffs in Düsseldorf war und wie sehr sie durch einen fortgesetzten scharfen militärischen Druck auf den Pfalzgrafen erleichtert worden wäre. Auch die diplomatische Unterstützung des Kurfürsten vom Haag her war während der Verhandlungen nur matt. Sie scheint sich auf Briefe des Prinzen Friedrich Heinrich an den alten und den jungen Pfalzgrafen und der Gemahlin des Prinzen an die Pfalzgräfin beschränkt zu haben, in denen die Adressaten höflich aufgefordert wurden, im Interesse der allgemeinen Beruhigung den Wünschen des Kurfürsten entgegenzukommen.

Dagegen versuchte Burgsdorff, zwei andere Bundesgenossen gegen den alten Pfalzgrafen ins Feld zu führen. Es war einmal dessen eigener Sohn, der junge Pfalzgraf Philipp Wilhelm. Dieser trat heimlich, hinter dem Rücken seines Vaters, mit Burgsdorff in Verbindung, floß von Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen für Brandenburg über, versprach goldene Berge für den Fall seines Regierungsantrittes und bot sogar einen Erbvergleich an, demzufolge er im Fall seines kinderlosen Hinscheidens seine sämtlichen niederrheinischen Lande unter Übergehung der Erbansprüche seiner Pfalz-Sulzbachschen Vettern den Hohenzollern hinterlassen wollte. Über diesen Plan ist damals in der That eine Zeitlang verhandelt worden. Er scheiterte aber bald an der Forderung der Gegenseitigkeit, d. h. des Heimfalls sämtlicher hohenzollernschen Besitzungen an die Pfälzer, falls Friedrich Wilhelm keine Leibeserben hinterlassen sollte. Für diese Beeinträchtigung des Erbrechts seiner „geliebten beiden Schwestern" war der Kurfürst

nicht zu haben. Burgsdorff argwöhnte zwar beim Auftauchen dieses Planes sofort, daß es nur ein Manöver sein sollte, um den Kurfürsten zum Nachgeben in der Hauptverhandlung zu bewegen, aber er ließ sich im übrigen durch den treuherzig vorgebrachten Eifer des jungen Pfalzgrafen über dessen wahre Gesinnung täuschen und zeigte sich in diesem Punkte als schlechter Menschenkenner. Denn in Wahrheit war Philipp Wilhelm ein noch viel unversöhnlicherer Gegner Brandenburgs als sein Vater. Als Schwiegersohn König Sigismunds von Polen hatte er eben erst, noch im Winter 1646/47, die Polen gegen den Brandenburger aufzuhetzen versucht.[1]) Nun freilich geriet er in eine Zwickmühle, denn die Polen verweigerten ihm die Auszahlung der Ehegelder seiner Gemahlin, bevor er sich mit dem Kurfürsten von Brandenburg verglichen habe, und dieser verlangte ganz Ravensberg, dessen Einkünfte ihm von seinem Vater Wolfgang Wilhelm zur Führung seines Hofhaltes überwiesen waren. Hier lagen, wie Friedrich Wilhelm in Kleve besser als Burgsdorff in Düsseldorf erkannte, die wahren Gründe seiner plötzlich zur Schau getragenen Affektion für Brandenburg. Es ist sogar nicht ganz ausgeschlossen, daß die Heimlichkeiten zwischen Vater und Sohn in Düsseldorf nur eine Maske waren, um den brandenburgischen Unterhändler zu düpieren. Nachdem Burgsdorff sich aber einmal mit Philipp Wilhelm in Sonderverhandlungen eingelassen hatte, führte er sie mit Einwilligung des Kurfürsten bis zum Schluß durch, obwohl seine Aufgabe dadurch nur noch verwickelter wurde.

Das zweite Eisen, das er ins Feuer steckte, um den alten Pfalzgrafen zur Nachgiebigkeit zu bewegen, war ebenfalls eigentümlicher Art. Wolfgang Wilhelm war ein erbitterter Feind seiner Landstände.[2]) „Es scheint gewiß zu sein," berichtet Burgsdorff, „daß Seine fürstliche Durchlaucht anders nicht als der

[1]) Vgl. darüber U. A. I, 204 ff.

[2]) U. A. V, 327 ff.

Stände gänzlichen Untergang suche." Die Stände von Jülich und Berg lebten deshalb auch mit ihm in offenem Hader. Das glaubte Burgsdorff ausnutzen zu können, um durch die Stände einen Druck auf den Pfalzgrafen auszuüben und sie wohl gar zur Zahlung der 160 000 Thaler geneigt zu machen. Auf seinen Rat, dem Blumenthal, Weschpfennig und Frankenberg zustimmten, erließ der Kurfürst am 27. Februar 1647 ein Schreiben an die Jülich-Bergischen Stände, dessen Konzept aus Burgsdorffs Feder stammt. Es ist eins der sonderbarsten Dokumente aus dem Kampf des Kurfürsten mit den Ständen, denn Friedrich Wilhelm entpuppt sich in ihm als — der eifrigste Vorkämpfer ständischer Interessen gegen fürstlichen Absolutismus. Ich führe hier den Hauptabsatz des Schreibens im Wortlaut an: „Soviel Unsere Clevisch- und Märkische Stände betrifft, dieweil Wir von ihnen verstanden, wasgestalt ihr Anliegen hauptsächlich in einem Verlangen beruhet, daß neben Handhab- und Erhaltung ihrer Privilegien und hergebrachter Gerechtigkeiten 1) das Jus indigenatus in Acht genommen, 2) die Administration der Justiz, 3) die Oeconomia und 4) das Werk der Steuergelder in eine gute Richtigkeit gebracht werden möchte, Wir auch selbst erkennen und allerdings davor halten, daß in itzterzählten drei letzteren Punkten die Befestigung eines jeden und also auch Unseres Staates besteht, so haben Wir schon vor Anfang berührten itzigen Clevischen und Märkischen Landtags zu der Regierung selbiger Unserer Lande drei Collegia, als einen geheimen Rath, einen Hofgerichtsrath und einen Amts- oder Rechenkammer-Rath angeordnet und ein jedes derselben Collegiorum mit einer ziemlichen Anzahl eingeborner adeliger und gelehrter Räthe besatzt, Uns auch gnädigst erboten, hinfüro, wie Wir Uns auch nicht besinnen, daß es vorhin von Uns beschehen sei, keine Steuern ohne der Landstände Verwilligung auszuschreiben, auch einen richtigen, klaren Unterschied zwischen dem, was vor Uns selbst oder etwa zu einem oder andern sonderbaren Behuf von den Ständen mag gewilligt werden, zu halten und in diese letztere Art gewilligter

Steuern keines Weges zu greifen, noch dieselben zu Unserem eigenem Nutzen oder anderm Zweck, dann sie gewilligt sind, zu verwenden; und im Fall in der Justiz, in der Oeconomie, in den Steuern, oder sonsten einiger Fehl erschienen, denselben jederzeit, sobald Wir dessen nur gewahr werden, zu bessern, ingleichen nun forthin sowohl in gedachten drei Collegiis, als sonsten in Drost-, Amtmannschaften, Richter-, berechneten und dergleichen Diensten nur Eingeborene zu gebrauchen, des gnädigsten Versehens, erwähnte Unsere Clevische und Märkische Landstände werden, was obbesagte Punkten anreichet, sich damit befriedigen und desfalls weiter nicht in Uns dringen."

Sollte dieses Beispiel eines ständischen Musterfürsten, heißt es weiter, nicht schon von selbst auf Wolfgang Wilhelm Eindruck machen und ihn zum Einlenken gegen seine Stände veranlassen, so habe der kurfürstliche Gesandte Befehl, „des Herrn Pfalzgrafen Liebden zu glimpflicher und unklagbarer Verfahrung" gegen sie zu ermahnen. Dafür möchten sie zum Dank die Kleve-Märkischen Stände von etwaigen übertriebenen Forderungen zurückhalten und nach Kräften dazu mitwirken, daß ihr pfalzgräflicher Herr einen „beständigen Vergleich" mit dem Kurfürsten schlösse, d. h. auf seine Forderungen einginge.

Also ein Aufwiegeln der Jülich-Bergischen Stände gegen ihren Landesherrn, darauf lief die Aktion Burgsdorffs hinaus. Er versprach sich von ihr großen Erfolg, meldete erfreut am 4. März, daß das Schreiben bereits sehr viel gefruchtet habe und die Stände „davon Anlaß nehmen würden, des Herrn Pfalzgrafen Durchlaucht hart zuzusprechen". Am 6. April begab er sich persönlich nach Köln, wo die Jülich-Bergischen Stände zu einem Konvent versammelt waren, und bearbeitete sie in diesem Sinne. Begeistert berichtet er über das Ergebnis seiner Bemühungen: „Ihrer, der löblichen Stände, unterthänige, gute Affection und Liebe zu E. Ch. D. muß ich billig rühmen, und glaube festiglich, daß Gott der Allmächtige noch die gesammten Lande E. Ch. D. als dem rechten Erben zuwenden werde; denn wenn S. D. der alte Herr Pfalzgraf ihnen so-

thane Privilegien zu confirmiren abschläget, so ist man Willens, es bei Sr. D. Herren Sohne zu suchen, und wenn er es auch recusiret, so ist nichts gewissers, denn daß sie diesem Hause gänzlich renunciiren und sich zu E. Ch. D. wenden werden, allermaßen ich desfalls ein gutes Fundament geleget", worüber ich „unterthänigen Rapport der Länge nach mündlich thun werde". Diese Auffassung der Lage war jedoch eine viel zu sanguine, wie sich sofort herausstellte. Das von Burgsdorff bestellte Schreiben der Jülich-Bergischen Stände an ihre Kleve-Märkischen Genossen fiel so „laulicht" aus, daß der Kurfürst es den Adressaten gar nicht zustellte, sondern stille zu den Akten legen ließ. Überhaupt war auf eine Mitwirkung der Stände zur Beilegung des Zwistes nicht zu rechnen. Gerade damals verhandelten sie über eine ständische Union zwischen den vier Territorien und warben um den Beistand der Generalstaaten gegen ihre Landesherren. Anstatt sich auf die Stände zu stützen und sie einer gegen den andern auszuspielen, hatten die beiden Fürsten viel mehr Anlaß, sich mit einander gegen sie zu verbünden, um Besitz und Rechte nicht noch unsicherer werden zu lassen.

Die beiden Bundesgenossen, die Burgsdorff gegen Wolfgang Wilhelm zu Hilfe rief, erwiesen sich mithin als Stützen zweifelhaften Wertes. In der Hauptsache sah er sich auf seine eigene Beredsamkeit und diplomatische Fähigkeit angewiesen. Auch ihm gab der alte Pfalzgraf mit seiner Unentschlossenheit und Verschleppungstaktik eine harte Lektion auf. Daß er die Maximalforderungen seiner Instruktion nicht durchsetzen werde, erkannte Burgsdorff nach den ersten Besprechungen. Die Zinsenforderung ließ er stillschweigend fallen, auch die Einräumung der bergischen Ämter erschien aussichtslos, da Wolfgang Wilhelm erklärte, lieber mit einem weißen Stock aus Düsseldorf zu gehen, als ein einziges Dorf aus Jülich oder Berg missen zu wollen. Über die anderen Punkte wurde auf beiden Seiten mit großer Zähigkeit gestritten. Je nach den Vorschlägen, die ihm unterbreitet wurden, wechselte die

Stimmung Burgsdorffs. Bald mahnte er, den Bogen nicht zu straff zu spannen, bald riet er dem Kurfürsten, seine Truppen wieder in pfälzisches Gebiet zu legen und zwar „nicht auf der Edelleute, sondern auf Sr. Dchl. eigene Kammer- und Tischgüter“. Auch der Kurfürst schwankt in seinen Entschlüssen. Einmal ist er zu Zugeständnissen bereit, dann widerruft er sie, stets aber hält er die Entscheidung in der Hand. Burgsdorff erscheint bei den Düsseldorfer Verhandlungen nicht als der ausschlaggebende Leiter der brandenburgischen Politik, sondern als ein Diplomat, der so gut wie jeder andere seine Weisungen aus dem Kabinett erhält und dessen Ratschläge dort keineswegs blindlings angenommen werden. Im allgemeinen zeigt das Kabinett einen höheren Grad von Beharrlichkeit als der Unterhändler, was wir wohl auf den persönlichen Einfluß des Kurfürsten zurückführen dürfen. Ganz besonders sträubte sich dieser gegen den gemeinschaftlichen Besitz von Ravensberg, in dem er nur eine böse Wurzel aller Uneinigkeit erblickte. Lieber wollte er die kleine Grafschaft teilen, als sie gemeinsam mit dem alten oder jungen Pfalzgrafen regieren.

Nach langem, unerquicklichem Feilschen kam endlich am 5. April 1647 eine Einigung zustande. Der Kompliziertheit der Verhandlungen entsprechend wurde sie in nicht weniger als sieben Recessen, Nebenrecessen, Erklärungen und Vergleichen niedergelegt, die ein verzwicktes Knäuel von ineinandergeschlungenen und sich teilweise aufhebenden Bestimmungen darstellen.[1]) Entwirrt ergeben sie in der Hauptsache folgendes Bild von der Neuordnung der Dinge: Der Provisionalvergleich von 1629/30 wird verlängert, ganz Ravensberg fällt bis zur endgültigen Entscheidung des Erbstreites an Brandenburg, wogegen Ravenstein dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm bis zum Tode seines Vaters überlassen wird und dann ebenfalls

[1]) Vgl. außer U. A. IV, 335 noch Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge S. 136.

an Brandenburg fallen soll. Wolfgang Wilhelm verpflichtet sich, die Jülichschen und Bergischen Stände zur Zahlung von 100 000 Thalern in sechs Jahren zu disponieren, leisten sie die Zahlung bis dahin nicht, so übernimmt sie der Pfalzgraf auf seine Rechnung (ohne Zinsen) oder tritt dem Kurfürsten dafür die Herrschaft Winnenthal ab. Für die restierenden 60 000 Thaler überläßt der Pfalzgraf dem Kurfürsten die Häuser Sparenberg und Ravensberg mit allen Vorräten an Geschütz, Munition und Proviant.

Von seiner Minimalforderung hatte der Kurfürst mithin noch Ravenstein (wenigstens vorläufig) und 60 000 Thaler fahren lassen, denn die beiden Häuser Sparenberg und Ravensberg gehörten zu den Pertinenzen der Grafschaft Ravensberg und konnten in Wirklichkeit nicht besonders berechnet werden. Geschütze, Munition und Proviant auf dem Sparenberg waren aber, vorausgesetzt, daß sie als Eigentum des Pfalzgrafen gelten durften, nicht im entferntesten 60 000 Thaler wert. Gegen den Zustand vor 1647 bedeuteten die neuen Abmachungen dagegen einen Gewinn des Kurfürsten, bestehend aus dem unbestrittenen Besitz von ganz statt des bestrittenen von halb Ravensberg, aus der Anwartschaft auf Ravenstein und der Aussicht auf Zahlung von 100 000 Thalern unter Garantie des Pfalzgrafen. Die hochfliegenden Erwartungen, mit denen man auf Norpraths Drängen 1644 an die pfälzische Erbschaftsfrage herangetreten war, wurden durch dieses Ergebnis dreijähriger mühseliger und kostspieliger Arbeit stark herabgedrückt. Man mußte sich mit einem kleinen Erfolge begnügen; ihn zu erringen hat Burgsdorff redlich und zuletzt an hervorragender Stelle mitgeholfen.

Gewissermaßen als Lohn für seine Bemühungen durfte er nach Beendigung der Düsseldorfer Verhandlungen ihre schönste Frucht persönlich einheimsen. Er erhielt den Auftrag, als kurfürstlicher Kommissar die Besitznahme der Grafschaft Ravensberg für Brandenburg zu vollziehen und die Beamten daselbst auf den neuen Herrscher zu

vereidigen.[1]) In Begleitung des pfälzischen Kommissars, des Rates von Winckelhausen, begab er sich von Düsseldorf nach Bielefeld, wo er am 20. April 1647 anlangte und mit den brandenburgischen Gesandten aus Osnabrück, Graf Wittgenstein, Löben und Fromhold zusammentraf. Am 23. April nahm er die Ravensberger Ritterschaft durch Handschlag an Eides Statt und den Magistrat nebst der Bürgerschaft von Bielefeld „vermittelst eines geleisteten körperlichen Eides“ in Pflicht. Am folgenden Tage erfolgte die Übernahme des Hauses Sparenberg, bald darauf die der Amtshäuser von Blotho und Limberg. Überall wurden die Beamten, nachdem sie durch Winckelhausen von ihrem pfälzischen Diensteid entbunden waren, durch vorläufigen Handschlag auf den Kurfürsten von Brandenburg verpflichtet. Die pfälzische Kompagnie, die bis dahin den Sparenberg besetzt gehalten hatte, wurde abgedankt; bis zur Werbung einer brandenburgischen, die an ihre Stelle treten sollte und für die Burgsdorff ein neues Fähnlein aus Düsseldorf mitgebracht hatte, versahen Dragoner aus Bielefeld den Wachtdienst auf der Feste. Das Kommando über das Haus Ravensberg, das 50 Mann Besatzung erhielt, wurde „dem schwarzen Leutnant bei den Dragonern“ Gebhard Kreckeler übertragen.

Es schien, als ob die Besitznahme des Ländchens sofort zu einem Zwist zwischen dem Kurfürsten und den Ravensbergischen Ständen führen sollte. Es war dem Kurfürsten zu Ohren gekommen, daß diese mit den Jülich-Bergischen und Kleve-Märkischen Genossen gemeinsame Sache gemacht und „zu

[1]) Der Briefwechsel Burgsdorffs mit dem Kurfürsten über seine Sendung nach Ravensberg im April 1647 liegt G. St.-A. Rep. 34, 156. Ich habe meine Auszüge daraus seinerzeit Herrn Gymnasialoberlehrer Dr. Tümpel in Bielefeld zur Verfügung gestellt, der sie zu einem Vortrag bei der 250 jährigen Gedächtnisfeier der Erwerbung der Grafschaft Ravensberg durch den Großen Kurfürsten verwertet und als Anhang zu ihm abgedruckt hat. (Zwölfter Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg zu Bielefeld, 1898, S. 14 ff.)

Unserm höchsten Präjudiz mit den Herren Staaten schriftlich verkehrt hätten". Burgsdorff sollte ihnen deshalb ernstlich „zu bedenken geben, ob Wir ihnen einige Privilegien zu geben oder zu confirmiren hierdurch sollten veranlasset werden können". Sie versicherten indessen, in keiner Verbindung mit dem Haag gestanden zu haben, und Burgsdorff stellte ihnen das Zeugnis aus: „diese guten ehrlichen Leute tragen eine recht aufrichtige, unterthänigste und solche Affection zu E. Ch. Dchl., daß Dieselbe deren wohl wird fruchtbarlich genießen, wofern die Stände auch nur darnach tractiret werden." Schon von Düsseldorf aus hatte er dazu geraten, „die guten, ehrlichen Leute nicht vors Haupt zu stoßen". Die Gefahr, das zu thun, bestand vornehmlich in der vom Kurfürsten geplanten Übertragung der Sparenberger Drostei, des wichtigsten Amtes im Lande, an einen Fremden, nämlich an „das Söhnlein" des jüngst verstorbenen Freiherrn Bawyr von Frankenberg. Für die Dauer von dessen Minderjährigkeit sollte der Rittmeister Wolf von Eller das Drostenamt und das militärische Kommando auf dem Sparenberg übernehmen. Burgsdorff befürchtete, daß die Ravensberger Stände hierin einen Eingriff in ihr Indigenatsrecht erblicken würden.[1]) Das traf zu; den jungen Frankenberg wollten sie sich auf sein Zureden als Drosten allenfalls gefallen lassen, daß aber Eller als sein Stellvertreter fungieren solle, „ein solches ziehen sie sich zum höchsten Schimpf an, als wenn ihres Mittels keiner dazu bequem erachtet würde". Der Streit wurde dann dadurch geschlichtet, daß Eller sich in Ravensberg ansässig machte und in die Ritterschaft aufnehmen ließ. Auch in einem andern Punkte trat zunächst eine leise Differenz zwischen dem Kurfürsten und Burgsdorff zu Tage. Dieser hatte vorgeschlagen, einen Katholiken, Johann Kaspar von Vincke-Kilwer, neben zwei Protestanten zum Mitglied des neu einzurichtenden Ravensbergischen Regierungsrates zu machen, weil etwa die Hälfte der Ravensberger Ritterschaft katholisch sei.

[1]) Vgl. U. A. IV, 298, 306, 323, 326.

Der Kurfürst fand das bedenklich, ging aber schließlich doch darauf ein, und Burgsdorff vereinbarte mit den Ständen, daß der Regierungsrat oder „die Kanzlei" aus vier im Lande geborenen und begüterten, qualifizierten Räten, zwei adeligen (Vincke und Heinrich von Ledebur) und zwei bürgerlichen (Dr. Thomas Schlipstein und Dr. Konrad Lonicerus) gebildet wurde.[1]) Anfang Mai traf Burgsdorff beim Kurfürsten in Kleve wieder ein. Das Nachspiel seiner Düsseldorfer Verhandlungen war zu allgemeiner Zufriedenheit geregelt und Brandenburg um einen kleinen, aber wertvollen Besitz reicher geworden.

Um so unerquicklicher gestaltete sich das Verhältnis des Kurfürsten zu den kleve-märkischen Ständen.[2]) In ihnen und nicht im Pfalzgrafen von Neuburg hatte er seinen gefährlichsten Gegner am Niederrhein vor sich, das wurde ihm von Tag zu Tag klarer. Sie übertrafen ihn noch an Zähigkeit; Schritt für Schritt mußte er vor ihnen zurückweichen und endlich im Landtagsabschied vom 9. Oktober 1649 den größten Teil ihrer Forderungen bewilligen. Eins der ersten Opfer dieses Kampfes wurde Norprath, dem die Stände seinen Absolutismus und Militarismus nicht verzeihen konnten. Er wurde im September 1647 als Gouverneur von Herford kalt gestellt und scheint seinen politischen Einfluß ganz eingebüßt zu haben.[3]) Auch gegen die anderen „passionierten" Minister des Kurfürsten richteten die Stände ihre Pfeile, indem sie ihnen selbstsüchtige Motive vorwarfen und es ihren „schädlichen consiliis" zuschrieben, daß „Sr. Ch. Dchl. getreuer Stände und Untersassen gute Affection, Inclination und Gemüter (!) consterniret und abalieniret worden seien". In erster Linie waren unter diesen Übelthätern die nicht eingeborenen Beamten der klevischen Regierung ge-

[1]) Näheres hierüber in meiner Arbeit über Minden und Ravensberg S. 128.

[2]) Das Folgende nach den Akten und der einleitenden Darstellung von Haeftens in U. A. V.

[3]) U. A. V, 315, 375 und Spannagel, Minden-Ravensberg S. 59 und 238.

meint, deren Anstellung den indigenatssüchtigen Ständen ein Dorn im Auge war. Aber auch die „Kabinettsräte“ des Kurfürsten wurden ihnen zugesellt. Von ihnen befanden sich damals Konrad von Burgsdorff, Otto von Schwerin, Philipp von Horn und Erasmus Seidel in der Umgebung des Herrschers. Sie alle haben ihrem Herrn in dem Kampf gegen die niederrheinischen Stände wacker zur Seite gestanden. Auch Burgsdorff hat manche Unterhandlung mit den Ständen und ihren Vertretern geführt, allerdings ohne den rettenden Gedanken oder die rettende That zu finden, um die Niederlage des Kurfürsten abzuwenden.[1])

Seine einflußreiche Stellung am Hofe war den Ständen natürlich bekannt. Als sie ihn ihren Vorstellungen unzugänglich fanden, versuchten sie, ihn mit klingenden Gründen zu gewinnen, ein Mittel, das der Diplomatie der damaligen Tage ja ganz geläufig war und auch von Burgsdorff selbst verschiedentlich empfohlen wurde. Nicht weniger als vier „Unterbauungs“-Versuche — das war der terminus technicus der Zeit für Bestechungen — seitens der Stände lassen sich in den Jahren von 1646—1649 nachweisen. Der erste fällt schon in den Sommer 1646, also noch vor die Zeit des Aufenthaltes Burgsdorffs am Niederrhein. Die Deputierten der klevischen Stände „verehrten“ damals ihm und Seidel 2000 Thaler, bezeichnenderweise mit dem vorsichtigen Zusatz, daß „solche Verehrung nicht Namens der Landstände, sondern vor ihre Deputierten particulier geschehe, und mit dem Begehren, es auch also anzunehmen“. Im Juli 1647 versuchten sie aufs neue, ihn „durch eine Generalofferte zu devinciren“. Ein Jahr darauf erfolgte ein Angebot von 1000 Dukaten von seiten

---

[1]) Vgl. U. A. V, Register unter Burgsdorff. Da es nicht möglich ist, seinen persönlichen Anteil an der antiständischen Politik Friedrich Wilhelms am Niederrhein aus deren Gesamthaltung klar herauszuschälen, weil der Kurfürst und seine Berater bei ihr durchaus solidarisch erscheinen, so gehe ich auf die von Burgsdorff speziell geführten einzelnen Verhandlungen nicht näher ein.

der klevischen Städte, wenn er eine Beschränkung oder Aufhebung der adeligen Jurisdiktionen über die städtischen Güter durchsetzen würde, und im Januar 1649 das Versprechen einer „Verehrung von ein-, zwei- oder mehr tausend Reichsthalern" durch die märkischen Landstände für den Fall der Abführung der Reiterei aus der Grafschaft.[1]) Endlich mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß der Magistrat von Herford ihm 1650 eine Obligation von mehreren hundert Thalern „für seine bezeigte erfreuliche Affection und Versprechungen" übersandte.[2]) Ob hiermit die Liste der Unterbauungen und Versuche dazu erschöpft ist, lasse ich dahingestellt sein. Sehr wohl möglich, daß noch weitere stattgefunden haben, deren Spur sich in den Akten verwischt hat. Für jeden Kenner der damaligen politischen Gepflogenheiten hat die Sache nichts Befremdliches an sich. Bedauerlicher ist, daß wir nur in einem der erwähnten Fälle erfahren, wie Burgsdorff sich zu dem Anerbieten gestellt hat. Auf das Angebot der Generalofferte im Juli 1647 erwiderte er, „er nehme solches nicht an, ob es schon gezählt und baar da stände, wenn er aber dieses zum guten Contentement haben könnte, dann wäre es wohl gewöhnlich, daß der Herren Diener regaliert würden und alsdann wollte er es nicht abschlagen". Das klingt sophistisch, erscheint aber, an den Anschauungen der Zeit gemessen, als durchaus normal. Die Staatsmänner des 17. Jahrhunderts ließen sich mit Geld regalieren wie ihre Nachfolger im 19., 20. und wahrscheinlich so fort in infinitum mit Orden und Dosen avec ou sans de grosses bonnes pierres.[3]) Wie Burgsdorff über das Regalieren im allgemeinen dachte, hatte er schon 1632 bei Nürnberg Gustav Adolf unverblümt ins Gesicht gesagt. Als ihm dieser eine Rekompensation in Aussicht stellte, wenn er sich des Werks in Schlesien fleißig annähme, erwiderte er zustimmend, den großen Herren hätte Gott darum so viel gegeben, daß sie ehrlichen und wohlver-

[1]) U. A. V, 286, 339, 358, 369.

[2]) Spannagel, Minden-Ravensberg S. 64.

[3]) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen II, 138.

dienten Kavalieren davon etwas mitteilen sollten.[1]) Den kleve-märkischen Ständen gegenüber lag die Sache freilich anders, da es sich hier nicht um eine Aufmunterung, sondern um eine Verlockung vom rechten Wege handelte. Haben sie damit ihren Zweck erreicht? Von der Antwort auf diese Frage hängt allein unser Urteil über diese Angelegenheit ab, und, soweit ich erkennen kann, ist die Frage mit einem runden Nein zu beantworten. Ich vermute, daß es im dritten und vierten der erwähnten Fälle überhaupt nicht zur Auszahlung der betreffenden Summen gekommen, sondern beim bloßen Angebot geblieben ist, weil eben der Gegendienst nicht geleistet wurde.[2]) Besser sind wir über das Schicksal der Regalierung unterrichtet, die ihm der Pfalzgraf von Neuburg für die Düsseldorfer Verhandlungen zugesichert hatte. Sie belief sich auf die stattliche Summe von 10000 Thalern, ist aber wahrscheinlich nie in seine Hände gelangt, da alle Bemühungen, sie zu erhalten, scheiterten, und sein Tod dann einen Strich durch diesen Schuldposten machte. Aus dem Briefwechsel über die Angelegenheit geht hervor, daß sie nicht heimlich betrieben wurde, sondern der Kurfürst über sie unterrichtet war. Er fand kein Arg dabei, stellte vielmehr seinem Oberkammerherrn, als dieser beschuldigt wurde, sich bei den Düsseldorfer Verhandlungen nicht an seine Instruktion gehalten zu haben, „das beständige Zeugnis eines redlichen und getreuen Dieners aus, der die limites seines mandati keineswegs überschritten habe".[3])

* * *

Die Ergebnisse der Aktionspolitik Brandenburgs waren ziemlich weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die Norprath und Burgsdorff 1644 von ihr erhofft hatten. Über den Pfalzgrafen von Neuburg war ein bescheidener Erfolg errungen, aber den kleve-märkischen Ständen gegenüber befand sich der Kurfürst schon 1647 auf dem Rückzug, der ihn sogar

[1]) S. seinen Geheimbericht, Beilage III gegen Schluß.

[2]) Vgl. U. A. V, 445.

[3]) Kfstl. Attestation vom 10. September 1647, U. A. IV, 339.

dem von den jülich-bergischen Ständen ebenfalls bedrängten Neuburgschen Gegner in die Arme trieb.[1]) Luise von Oranien gebar ihrem Gemahl zwar den ersehnten Erben, aber das ebenso inbrünstig ersehnte politische Kind dieser Ehe, das brandenburgisch-niederländische Bündnis, blieb vorläufig aus. Die Franzosen liehen dem Kurfürsten ihre Unterstützung bei den westfälischen Friedensverhandlungen, aber zu einem festen Bündnis mit ihnen kam es auch nicht. Den Schweden hatte man nach heftigem diplomatischen Ringkampf Hinterpommern glücklich entrissen, aber ärgerlich über die Halbheit ihres Erfolges suchten sie die Entschädigungen Brandenburgs möglichst zu verkürzen.

Die moralischen Erfolge der neuen Politik wogen dagegen schwerer. Brandenburg war durch seine Rüstungen und sein diplomatisches Vorgehen zu einem Faktor geworden, mit dem Freund und Feind mehr als bisher zu rechnen begannen. Als Friedrich Wilhelm deshalb im Frühjahr 1647 die Summe aus der Politik der letzten Jahre zog, da empfand er zwar schmerzlich die getäuschten Hoffnungen, die Schwierigkeiten seiner Lage, seine Ohnmacht und politische Vereinzelung, aber auf die alten Bahnen lenkte er doch nicht wieder zurück. Im Gegenteil, statt stille zu halten und „alle Ungewitter über sich ergehen zu lassen", faßte er ein neues, hohes Ziel ins Auge. Vor die Wahl gestellt zwischen dem Anschluß an den Kaiser oder an Schweden zog er aus politischen und religiösen Gründen dies letztere vor und auch das nur als Mittel zu weiteren Zwecken. „Aus dieser [beabsichtigten] Alliance [mit Schweden] würde dieses inskünftige entstehen, daß ich mich considerabel durch eine Armee machen könnte, auch nachmals mit der Landgräfin und ihren Völkern sich conjungiren, da auch endlich Lüneburg und Braunschweig dazu gebracht werden könnten, auch dafern die Krone Schweden gar zu unbillig in ihren postulatis wäre, könnten wir selbiger vorschreiben, was wir

[1]) Vgl. Meinardus, P. R. IV, Einleitung S. 19.

alsdann wollten, und würde der Kaiser nachmals erfahren, daß er getreue Chur- und Fürsten im Reich gehabt hätte." Das ist der Kernpunkt seines berühmten, eigenhändigen Gutachtens über die Lage aus dem Juni 1647.[1]) Wir müssen die darin entwickelten Gedanken als sein persönliches, geistiges Eigentum ansehen, aber kein Zweifel, daß Burgsdorff mit ihnen völlig übereinstimmte, ja vielleicht den Anstoß zu ihnen gegeben hat. Die Saite, die er in Gemeinschaft mit Norprath angeschlagen hatte, als er 1644 dazu riet, sich in Respekt und Autorität durch den Degen zu setzen, klingt wieder in dem Wunsche, „sich considerabel durch eine Armee zu machen." Den Gedanken, nach der Auseinandersetzung über Pommern ein Bündnis mit Schweden einzugehen, hatte er ebenfalls schon ein Jahr vorher geäußert.[2]) Für das in Aussicht genommene Bündnis Brandenburgs mit Hessen und Braunschweig läßt sich zwar kein Beleg aus seinem Munde oder seiner Feder beibringen. Aber von allen brandenburgischen Staatsmännern war keiner mit der Idee der sog. dritten, evangelischen Partei in Deutschland so vertraut wie gerade Burgsdorff, der intime Freund und Schüler Hans Georg von Arnims. Er mochte sich in die Zeit von 1631—34 zurückversetzt wähnen, wo ebenfalls die Frage der schwedischen Alliance und einer deutschen Unionspolitik auf der Tagesordnung gestanden hatte.

Allein Friedrich Wilhelm erlebte bei den Bemühungen zur Verwirklichung seiner Pläne ebensowenig Freude wie sein unglücklicher Vater.[3]) Zunächst wurden sie ihm sozusagen schon im Konzept dadurch verdorben, daß man in Stockholm von

[1]) U. A. IV, 552.

[2]) „Wenn man mit Schweden richtig, müßte Alliance mit diesen gemacht werden", Burgsdorff in der Geheimratssitzung vom 5. Juni 1646, P. R. III, 476. Auch in der Sitzung des Kabinettsrates vom 8. November 1647 riet er dazu. P. R. IV, 26.

[3]) Vgl. zum folgenden außer U. A. IV, 762 ff. Brandstetter, Kurbrandenburgische Unionsbestrebungen 1647/48. Leipziger Dissertation 1898. Diese sehr gründliche Arbeit überhebt mich der Notwendigkeit, auf die Einzelheiten der folgenden Verhandlungen näher einzugehen.

einem Bündnis mit Brandenburg nichts wissen wollte. „Ich erkenne die alten brandenburgischen oder Schwarzenbergischen Consilia,“ schrieb Axel Oxenstierna seinem Sohne Johann,[1] „und finde keinen anderen Unterschied, als daß die Farben verändert sind“. Die Rührigkeit, die der junge Kurfürst in den letzten Jahren entfaltet hatte, rief bei dem Leiter der schwedischen Politik ein tiefes Mißtrauen gegen ihn wach, das in dem Bewußtsein von der natürlichen Gegnerschaft der beiden Mächte seit dem Ausgang des Streites über Pommern durchaus begründet war.

Unbekümmert um das vorläufige Scheitern des ersten Teiles seines Planes betrieb der Kurfürst nun den zweiten, nämlich eine Verbindung mit den norddeutschen evangelischen Reichsständen. Unter dem Motto: weder des Kaisers noch der Schweden Feind, aber des Friedens Freund, suchte er sie zu einigen. Sich schleunigst „in Verfassung zu setzen“ und, auf ein achtunggebietendes Heer gestützt, den stark gefährdeten allgemeinen Frieden zu erzwingen, das war das stolze Ziel der brandenburgischen Unionspolitik 1647/48. Auf breitester Grundlage baute sie sich auf. Von umfassenden nationalen Gesichtspunkten aus werden die Gefahren geschildert, die Deutschland von einem entscheidenden Siege sowohl der Kaiserlichen wie der Schweden drohten. Als das Ergebnis des beinahe dreißigjährigen Kampfes auf deutschem Boden wird ein gewisses Gleichgewicht der beiden großen Parteien angenommen und für das wünschenswerteste erklärt. Vorpommern und Stettin wirft der Kurfürst jetzt rückhaltlos in die Masse des allgemeinen Zusammenbruchs Deutschlands. Vor dem dringenden Bedürfnis nach Frieden müssen seine territorialen Sonderinteressen zurücktreten. Eine so patriotische Sprache hatte die brandenburgische Diplomatie bisher noch nicht geführt.

Zum Dolmetscher dieser Politik wurde Konrad von Burgsdorff ausersehen. Im Dezember 1647 brach er von Bielefeld

[1]) Odhner, die Politik Schwedens im Westfälischen Friedenskongreß S. 243.

auf, um die drei welfischen Herzöge und den Kurfürsten von Sachsen für sie zu gewinnen. In Hannover und Celle fand er einen lauen Empfang. Herzog August von Braunschweig-Wolfenbüttel zeigte sich „resoluter bei diesem Werk“ als seine beiden Verwandten und hielt es „für sehr nützlich und gut“, aber auch er erklärte, sich darüber erst mit dem Gesamthaus beraten zu müssen, und stellte einen endgültigen Bescheid bei der Rückkehr Burgsdorffs vom sächsischen Hofe in Aussicht.

Hier in Sachsen lag der Schwerpunkt der Verhandlungen, und so begab sich Burgsdorff, durch das welfische Vorspiel nicht sehr ermutigt, über Magdeburg und Wittenberg nach dem Jagdschlosse Lichtenberg, wo Kurfürst Johann Georg von Sachsen dem Waidwerk oblag. Wäre der Herr Oberkammerherr der Trunkenbold gewesen, für den ihn seine Gegner ausgaben, so hätte er an dem Leben in Lichtenberg seine helle Freude haben müssen. Den Tag brachte Johann Georg oft von morgens bis abends auf der Jagd zu. Es kam vor, daß man erst um Mitternacht zur Tafel und um 4 Uhr früh zu Bette ging. Aber Burgsdorff war hiervon nichts weniger als entzückt. „Ich beklage“, schreibt er, „nichts mehr, als die edle Zeit, so ich habe zu dem verfluchten Lichtenberg zubringen müssen, zu geschweigen, wie ich mich mit dem unordentlichen Leben habe verdorben und an meinem Leibe anitzo alsschon fühlen und inne werden muß. Einer als der General-Commissarius Gersdorff hat das Gelag bezahlen müssen, indem man vergangenen Sonntag fast hart und stark getrunken hat, den Montag früh tot im Bett gefunden worden. Der grundgütige Gott behüte doch einen vor dergleichen Tod. Mit meinem Willen werde ich mich schwerlich zu einer Gesandtschaft wiederum dahin gebrauchen lassen.“

Wenn wenigstens die edle Zeit ihm einen Erfolg seiner Sendung gebracht hätte! Aller Eifer Burgsdorffs, den sächsischen Kurfürsten zu einem Anschluß an die Union zu bewegen, war jedoch umsonst. Dieser wollte sich auf nichts einlassen, was auch nur scheinbar seine Spitze gegen den Kaiser richtete. „Es scheinet“, so faßt Burgsdorff seine Beobachtungen zusammen,

„den Leuten liege noch der pragerische Friede im Kopf und daß sie fast zu hart mit J. Kais. Maj. eingestiegen, und alle ihre Consilia dahin richten, auch mit J. Maj. auszubaden.“ Johann Georg zweifelte ferner an dem Erfolg der Union und fürchtete, daß eine „Verfassung“ eher zum Kriege als zum Frieden führen werde. Endlich wird im geheimen auch seine Abneigung mitgewirkt haben, sich von dem calvinistischen Hause Hohenzollern ins Schlepptau nehmen zu lassen, denn wenn Friedrich Wilhelm auch die Führung der Union nicht offiziell beanspruchte, so war doch klar, daß sie ihm als dem Urheber und der Seele der Unionspolitik zufallen mußte.

„Nun wird es wieder heißen: ein Jeder für sich und Gott für uns Alle,“ mit diesen Worten meldete Burgsdorff am 30. Januar 1648 seinem Herrn das Scheitern der mehr als dreiwöchentlichen Verhandlungen in Lichtenberg. Er gab das Spiel aber noch nicht verloren. „Ew. Churf. Dchl. werden nur bei Dero einmal gefaßten guten christlichen Intention verbleiben, Gott wird Sie beistehen“, fügte er der Meldung hinzu. Er meinte, die Union würde wirksam zustande kommen auch ohne den Beitritt Sachsens, wenn man nur Hessen-Kassel, die Braunschweiger, den Administrator von Magdeburg, die Hansestädte, Sachsen-Weimar und Mecklenburg gewönne. Herzog August von Sachsen, Administrator von Magdeburg, den er auf der Rückreise in Halle besuchte, zeigte sich „in Wahrheit als ein kluger, verständiger Herr“, der dem Unionsgedanken seine volle Sympathie entgegenbrachte und ihn nach Kräften zu fördern versprach, allerdings mit der Einschränkung, daß er wenig vermöchte, da sein Land mehr als alle anderen gelitten hätte. Mochte in Halle das Flämmchen der Hoffnung auf ein Zustandekommen der Union noch einmal aufgeflackert sein, so erlosch es, als Burgsdorff seine Reise über Wolfenbüttel nach Celle fortsetzte und hier die Antwort des welfischen Gesamthauses entgegennahm. Sie lief unter Anerkennung der „christlichen, billigen und rühmlichen Intention“ des Kurfürsten und Bereiterklärung zu „fernerer guten Korrespondenz, Schickung

oder Zusammenkunft" doch auf eine Absage hinaus. Von vornherein mißtrauisch gegen das Gelingen protestantischer Unionsbestrebungen, weil man stets „in der Intention different, ungleicher Kondition auch ungleich von Mitteln gewesen und insgesamt nicht freie Hände gehabt habe", hielten die Braunschweigischen Herzöge jetzt eine Union ohne Sachsen für aussichtslos. Sie fürchteten von ihr eine unerträgliche Belastung ihres Kriegsetats und einen Bruch mit Schweden und hofften, daß der Friede auch ohne sie zustande kommen werde. Man wird ihre Gründe als stichhaltig anerkennen müssen. „Ist schon sehr ungewiß", urteilt Brandstetter treffend, „ob ein Zusammengehen aller vier protestantischen Mächte bei der furchtbaren Erschöpfung nach dem dreißigjährigen Krieg seinen Zweck in militärischer Hinsicht erfüllt hätte, unzweifelhaft wäre ein Bündnis Brandenburgs mit den Braunschweigern, mit oder ohne Beitritt anderer kleiner Stände, unhaltbar und zweckwidrig gewesen."

Burgsdorff schloß den Generalbericht über seine Sendung mit den Worten: „Dieses ist nun, gnädigster Churfürst und Herr, was in denen von E. Ch. D. mir anbefohlenen Gesandtschaften ich hin und wieder verrichtet. Ob schon der gewünschte Zweck nicht dabei gänzlich erreichet worden, so lebe ich doch der unterthänigen Hoffnung und Zuversicht, es werde die Mühe und Fleiß, so ich meiner Schuldigkeit nach hierbei gehorsamst und unverdrossen angewendet, nicht vergeblich sein, sondern E. Ch. D. Ihro dieselbige gnädigst und wohl gefallen lassen und mir dahingegen mit beharrlichen churfürstlichen Hulden und Gnaden zugethan verbleiben." Das Eingeständnis der völligen diplomatischen Niederlage wird hier zwar verschleiert, im übrigen entsprechen die Worte jedoch durchaus der Sachlage. Burgsdorff hat für die von Anfang an so gut wie verlorene Sache mit einer Mühe und einem Fleiß gekämpft, die erkennen lassen, daß er nicht der Vollstrecker eines ihm persönlich gleichgültigen Auftrags, sondern der Träger einer ihm am Herzen liegenden Politik war. Kehrte er auch ohne Bundes-

verträge nach beinahe fünfmonatlicher Abwesenheit wieder nach Kleve zurück, so hat er sich als Diplomat doch durchaus bewährt. Seine Berichte und die Konferenzprotokolle zeigen ihn uns als einen beredten und gewandten Vertreter seiner Ansichten. Der Kurfürst hätte keinen Besseren mit der Sendung beauftragen können.

Das Urteil über die Unionspolitik selbst wird ähnlich zu lauten haben wie das über ihren Vorkämpfer. Man wird wegen ihrer Erfolglosigkeit nicht ohne weiteres den Stab über sie brechen dürfen. Gegen ihre Motive und Ziele ist theoretisch nichts einzuwenden. Im Gegenteil, es war ein Anlauf zu einem kühnen, kraftvollen, aber nicht leichtfertig waghalsigen Sprunge. Geriet er bei der Ausführung trotzdem zu kurz, so konnte sich Burgsdorff mit demselben Gedanken trösten, mit dem auch sein bedeutenderer Nachfolger auf dem Felde brandenburgischer Unionspolitik, Graf Georg Friedrich von Waldeck, seine soviel großartigeren Pläne abschließen mußte: In magnis voluisse sat est.

* * *

Die Mißerfolge der Unionsverhandlungen machten Burgsdorff an dem Grundgedanken seiner Politik nicht irre. Sein ceterum censeo blieb nach wie vor: Rüstungen und Bündnisse. „Gnädigster Churfürst und Herr," schrieb er noch von Lichtenberg aus, „mein unvorgreiflicher Rat ist dieser, E. Ch. D. möchten dahinsehen, daß Sie sich abgeredter Maß in Postur stellen und ohne die Besatzung zuerst nur 5000 Mann zu Felde bringen könnten; denn sollte man allhier nicht fort wollen, so müßte man alsdann andere Mittel ergreifen, daran es nicht fehlen würde, und sonderlich hätte man die Offerte von Frankreich beizubehalten." [1]) Dem entsprechend wurden die Unterhandlungen mit Frankreich und den Niederlanden fortgesetzt und mit Schweden wieder angeknüpft. Auch die Verhandlungen in Münster und Osnabrück und die Verhält-

[1]) U. A. IV, 776, 12. Januar 1648.

nisse in Polen, wo König Wladislaus IV. am 20. Mai 1648 starb, erheischten die Aufmerksamkeit des Kurfürsten. In allen diesen Dingen hatte Burgsdorff seine Hand im Spiel, ja er scheint sich damals auf der Höhe seiner Macht und seines Einflusses befunden zu haben. Friedrich Wilhelm sehnte sich nach seiner Rückkehr von Lichtenberg, da sonst alles den Krebsgang gehe.[1]) Wicquefort berichtet wiederholt, daß man in Abwesenheit des Oberkammerherrn nichts beschließen wolle, und schlägt vor, ihn durch ein Geschenk an die gute Sache zu fesseln.[2]) Wie weit er allerdings persönlich an jeder einzelnen Maßregel beteiligt war, läßt sich auch jetzt wieder schwer feststellen. Denn der Kurfürst und seine Ratgeber erscheinen in den meisten Fällen solidarisch und Burgsdorff unter den letzteren höchstens als primus inter pares, als Kabinettsminister unter den Kabinettsräten.

Dasselbe gilt von den nächsten Jahren nach 1648. Der Westfälische Friede brachte auch für Brandenburg die Erlösung aus beklemmender Pein. In der Hauptschlacht, dem Kampf um Pommern, besiegt, ging Friedrich Wilhelm doch ehrenvoll aus dem Getümmel der diplomatischen Verhandlungen in Münster und Osnabrück hervor. Ja sein Erfolg in der Äquivalentpolitik wurde für seinen Staat von viel größerer Bedeutung, als ihm selbst damals und zeit seines Lebens klar geworden ist. Die Waffen ruhten, des Krieges Stürme schwiegen, für ihn aber folgte alles andere eher als eine Idylle von Gesang und Tanz. Die Durchführung des Friedens, die Übernahme der neu erworbenen Gebiete, die Heilung der schweren Kriegsschäden, der Kampf mit den kleve-märkischen Landständen, die Beziehungen zum Hause Oranien und zu den Niederlanden, der Kosakenkrieg in Polen, das alles waren Aufgaben, die ihm und seinen Räten viel Kopfzerbrechen verursachten. „Krieg im Frieden", so überschreibt Philippson mit

[1]) Der Kurfürst an Burgsdorff, d. Kleve 15. Februar 1648, P. R. IV, 61.

[2]) Wicquefort an Lionne, Kleve 14. Januar 1648, und an einen ungenannten Adressaten, Paris 27. März 1648, U. A. II, 21, 23.

Recht in seiner Biographie Friedrich Wilhelms das Kapitel, das er den Ereignissen von 1648—1651 widmet. Burgsdorffs Hand und Name begegnen uns in den Akten fast aller dieser Angelegenheiten[1]), aber, wie gesagt, auch hier läßt sich nicht genau erkennen, wie weit er in den Vordergrund tritt und noch weniger, wie weit er hinter den Kulissen mitgewirkt hat. Ich begnüge mich deshalb mit einigen wenigen Bemerkungen.

Burgsdorff stimmte mit dem Kurfürsten in der Geringschätzung der Äquivalentpolitik des Westfälischen Friedens durchaus überein. Auch er hätte Pommern lieber behalten oder noch nachträglich gegen Magdeburg, Halberstadt und Minden und zwei Millionen Thaler eingetauscht. Der Kurfürst hat bekanntlich darauf hinzielende Verhandlungen mit den Schweden angeknüpft, erfuhr aber bald eine schroffe Abweisung von seiten der Stockholmer Regierung, die den Tausch „ein Paradoxon und ein ungereimtes Ding" nannte.[2]) Hieb und Abfuhr in diesem diplomatischen Waffengang scheinen dem Kurfürsten persönlich zugeschrieben werden zu müssen. Er unternahm den Versuch, obgleich Burgsdorff, Horn, Schwerin und Seidel sich bei der Beratung darüber einstimmig dahin aussprachen, daß es den Schweden schwerlich ernst mit dem Tausch sein dürfte.[3])

Erfolgreicher als hier trat das Kabinett dem Herrscher in einem andern Falle entgegen. Friedrich Wilhelm beabsichtigte, sich im Juni 1649 vom Niederrhein nach der Mark Brandenburg zu begeben, wahrscheinlich um der Vermählung seiner Schwester Hedwig Sophie mit dem Landgrafen Wilhelm VI.

[1]) Ein Empfehlungsschreiben Burgsdorffs für den Gesandten Karls II. von England, den Generalleutnant Johann Adam von Karpf, vom 25. Mai 1649 erwähnt Krebs in seinem Aufsatz über die Verhandlungen mit Melchior von Hatzfeld über die Zurückführung Karls II. auf den englischen Thron, Deutsche Ztsch. f. Geschichtswissenschaft N. F. II, 1897/98, Vierteljahrshefte S. 229.

[2]) Odhner, Politik Schwedens S. 318.

[3]) Protokoll der Kabinettsratssitzung vom 15. Dezember 1648, P. R. IV, 170.

von Hessen-Kassel in Berlin beizuwohnen. Diese Reise schien den Kabinettsräten so unzeitgemäß zu sein, daß sie — Graf Johann Moritz von Nassau, Burgsdorff, Horn und Seidel — „zur Salvirung ihres Gewissens und Verhütung der Blame oder Nachrede, als hätten sie in unterthänigster Erinnerung dessen, welches S. Ch. Dchl. sie schädlich und nachteilig befänden, ihrer abgestatteten schweren Eidespflicht vergessen", in einer gemeinsamen Eingabe den Kurfürsten zum Bleiben zu bewegen suchten.[1]) Unter den Gründen ist der pikanteste die Furcht vor den großen Kosten der Hochzeit, wenn sie im Beisein des Kurfürsten gefeiert werden würde. Die Frau Landgräfin von Hessen, die Mutter des Bräutigams, habe sich auch schon damit einverstanden erklärt, daß „Ihro Herrn Sohnes F. G. lieber per posta nach Berlin reisen und das fürstliche Beilager ohne Pompe halten würden, als sehen, daß solches mit gewöhnlicher Pompa geschehe". Vor allem aber fallen die politischen Gründe ins Gewicht. Nach der Ansicht der Kabinettsräte lag das Schwergewicht der kurfürstlichen Interessen damals im Westen des Reichs. Die Regelung des Verhältnisses zu den kleve-märkischen Ständen, die Auseinandersetzung mit den Generalstaaten über die Hofeysersche Schuld, der Abschluß der „fürlängst negocirten Allianzsache mit den Herren Staaten" und eine Reihe anderer, minder wichtiger Gründe erheischten dringend die Anwesenheit des Kurfürsten in seinen niederrheinisch-westfälischen Besitzungen. Auch für den Fall des Wiederausbruchs des Krieges habe er „nirgends einen bessern Rücken als an den Niederlanden und dem westfälischen Kreise, insonderheit den evangelischen Ständen darin". Die Mark Brandenburg, von fremden Truppen besetzt und von unzuverlässigen Nachbaren umgeben, vermöge diese Vorteile nicht zu bieten, und wie weit liege gar das obenein vom Kosakenkrieg bedrohte Preußen entfernt!

Aus diesem gemeinschaftlichen Gutachten der Kabinettsräte, dem der Kurfürst Folge leistete, erhellt zweierlei. Einmal, einen wie großen Wert die Verfasser auf die Anwesenheit

[1]) Denkschrift vom 7. Juni 1649, P. R. IV, 237.

des Kurfürsten an den Orten legten, die ihrer Ansicht nach die gefährdetsten und die wichtigsten für die brandenburgische Politik waren. Die Verhandlungen mit den Niederlanden und den kleve-märkischen Ständen hätten sich ja auch von Berlin aus führen lassen. Das wäre umständlicher gewesen, aber der damit verbundene Zeitverlust war in den Augen der Kabinettsräte offenbar das geringste Übel. Sie fürchteten, „ein gar zu frühes Abreisen" des Herrschers würde „verursachen, daß das Werk nicht zur Perfection gebracht würde". Nur vom persönlichen Eingreifen des Kurfürsten in die Verhandlungen versprachen sie sich Erfolg. Kein besseres Zeugnis können wir uns wünschen für die Bedeutung der Persönlichkeit Friedrich Wilhelms für seinen Staat als dieses Geständnis der berufensten Beurteiler dieser Dinge.

Noch bedeutsamer ist ein zweites. Brandenburg und Preußen werden in dem Gutachten fast wie zwei Nebenländer behandelt. Gewaltig reckt der brandenburgische Aar seine Schwingen und breitet sie schützend von der Maas bis an die Memel aus. Noch ist der Kurhut der stolzeste und ansehnlichste Schmuck auf dem Haupte der Hohenzollern, noch kann man nicht von einem brandenburgisch-preußisch-niederrheinisch-westfälischen Gesamtstaat sprechen, es fehlt noch an zu vielem, um die disjecta membra zu einem einheitlichen Staatskörper zusammenzufügen, um die selbständigen Territorien in Provinzen zu verwandeln. Aber gewissermaßen als Vorläufer dazu verläßt die Politik die engen Bahnen der territorialen Beschränkung und wagt den Flug in höhere Regionen. Den Antrieb dazu empfängt sie vom Kurfürsten und vom kurfürstlichen Kabinett. Immer tiefer klafft der Gegensatz zwischen diesem und dem Geheimen Rat, der, in Berlin zurückgelassen, nun auch hinter den neuen hohen Zielen der kurfürstlichen Politik weit zurückbleibt.[1]

[1] Vgl. zum folgenden Erdmannsdörffer in U. A. I, 614 und Meinardus in der Einleitung zu P. R. II, S. 101, wo die Politik der Geheimen Räte, allerdings nur, soweit sie gegen die Kriegslust Norpraths und Burgsdorffs gerichtet war, altväterlich und beschränkt genannt wird.

Der wachsende Widerstreit der Ansichten zwischen den beiden Kollegien läßt sich seit dem Jahre 1644 deutlich verfolgen. An der Spitze des Geheimen Rats stand Sigismund von Götze. Seinen Widerstand gegen die kriegerische Politik Norpraths und Burgsdorffs haben wir schon kennen gelernt.[1]) Nun predigt er mit demselben Eifer gegen alles, „was leichtlich eine Ombrage geben könnte." „Die Tugend, Großmütig- und Tapferkeit", heißt es in einem Gutachten aus seiner Feder vom Oktober 1648,[2]) „wann sie nicht zugleich von dem Glück oder, wie wir Christen billiger reden sollten, von Gotte, dem Ursprung aller Tugenden, favorisiert wird, kann leichtlich offuscieret, auch wohl gar opprimieret werden; und weil man hiervon keine Gewißheit, was Gott thun will, so will es auch getreuen Dienern nicht wohl anstehen, zu solchen Sachen zu raten, da der eventus so sehr ungewiß und zweifelhaftig ist . . . Wann Sich nun E. Ch. D. stille halten werden, nach dem Rat Gottes, welchen er durch den Propheten Esaiam dem Könige und dem Volke Juda geben ließ, und auf Gott vertrauen, so wird derselbige E. Ch. D. nicht verlassen, sondern, wann Sie in Ihrer Unschuld verbleiben und Niemandem einige Ursache zur Hostilität geben werden, so werden sich auch andere entziehen und schämen, etwas, so wider Recht und Billigkeit ist, wider E. Ch. D. ohne einige gegebene Ursache vorzunehmen; denn derer Leute werden viele gefunden, welche, ob sie sich schon nicht scheuen, Unrecht zu thun, so wollen sie dennoch nicht gerne den Namen haben, daß sie Unrecht gethan haben. Derwegen dieses das beste Mittel, daß ihnen alle Colores benommen, das übrige aber muß Gott befohlen werden." Noch deutlicher sprach sich Götze im Januar 1648 aus: „Ich muß bekennen, daß mir recht grauet, wann ich von Alliancen reden höre. Dann ich bei meiner 41jährigen Bedienung so viel unglücklicher eventuum unterschiedlicher Alliancen erlebet, daß ich nicht leichtlich zu einiger Alliance werde raten dürfen . . . .

[1]) S. oben S. 269.

[2]) U. A. IV, 728 und P. R. IV, 137.

Alle Alliancen haben dem Churhause Brandenburg nichts genutzet, sondern vielmehr geschadet ... So sind auch die perpetua foedera nicht zu raten. Die Zeiten und Läufe ändern sich und mit denselbigen auch die Menschen, darüber dann dergleichen foedera leichtlich zerfließen; ja es werden hochbeschworene pacificationes nicht allezeit gehalten und kann sich es leichtlich begeben, daß aus den besten Freunden die ärgsten und bittersten Feinde werden; sehr gefährlich ist es auch, mit potentioribus foedera zu machen ... Demnach rate ich unterthänigst, Ihre Ch. D. behalten liberas manus und lassen sich ohne Not und vor der Zeit nicht vinculiren. Wird die Zeit Ihrer Ch. D. künftig einige Notwendigkeit einer Alliance an die Hand geben, so wird alsdann davon können geredet und etwas nützliches geschlossen werden. Die sicherste Alliance ist der Bund, den wir mit unserem Gott in unserer Taufe empfangen haben; wann wir den Bund halten, so wird er uns denselbigen auch gewißlich halten, und werden wir in ihm einen solchen mächtigen und starken Rücken haben und behalten, daß wir keines menschlichen Armes bedürfen werden, sondern mit dem Könige David aus dem dritten Psalm singen können:

Wann hunderttausend Mann
Mich wollten greifen an
Zur Linken und zur Rechten 2c.,

welches ich gewißlich täglich in meinem Gebet von meinem Gotte Ihrer Ch. D. aus Grunde meines Herzens wünsche und bitte."[1])

Das Gottvertrauen Götzes in allen Ehren! Der Kurfürst war für den Hinweis darauf nicht unempfänglich. Auch sein eigenhändiges Gutachten vom Juni 1647 beginnt und schließt mit der Bitte um den Segen des Allerhöchsten. Aber wäre

[1]) U. A. I, 673, Gutachten Götzes über die französischen und kaiserlichen Alliance-Vorschläge. Ähnlich äußert sich über dasselbe Thema der Geh. Rat Striepe, der Kleve, Mark und Ravensberg nur „einige accessiones" nennt, „ohne welche der ganze Staat per duo saecula schon bestanden hat"! U. A. I, 667.

er, einzig und allein im Vertrauen auf diesen „großen Alliirten“, „stille in seiner Unschuld verblieben“, so würde er seinen Namen schwerlich als der Große in die Tafeln der Geschichte eingegraben haben. Götze hatte bis zu einem gewissen Grade recht, wenn er auf die Unfruchtbarkeit der brandenburgischen Alliancen in den letzten Jahrzehnten hinwies. Noch das jüngste Allianceprojekt, die Unionspolitik von 1648, war ein totgeborenes Kind geblieben. Das französische und schwedische Bündnis kam gar nicht zur Welt, das niederländische erst nach vielen Mühen und unter ganz veränderten Bedingungen. Dennoch wird man die „Kabinettspolitik“ nicht als phantastisch verwerfen und Götze ihr gegenüber als nüchternen Realpolitiker feiern dürfen. Der Unterschied zwischen beiden Richtungen lag, wie erwähnt, weniger in den Mitteln, über die man verschiedener Ansicht sein konnte, als vielmehr in den Zielen, die man für erstrebenswert hielt. Auch in Kleve wurde nicht die Parole ausgegeben: Alliancen um jeden Preis. Besonders die Behandlung der französischen Bündnisfrage ist für die Beurteilung der Alliancensehnsucht am kurfürstlichen Hofe sehr lehrreich. Mit gebundenen Händen wollte man sich keiner fremden Macht ausliefern. Aber — in Kleve fing man an, europäische Politik zu treiben, in Berlin hielt man an der kurbrandenburgischen fest. Welchen Tendenzen die Zukunft gehörte, braucht nicht gesagt zu werden. Die ersten Schritte auf dem Boden der neuen Großmachtpolitik waren schwer. Oft genug strauchelte man, und billig war es für die Geheimen Räte in Berlin, Kritik an den ergriffenen Maßregeln zu üben, vor ihren Gefahren zu warnen. Aber wer über dem Wägen das Wagen ganz vergißt, wird weder als Staatsmann noch als Feldherr das Höchste leisten.

Wie erklärt sich die Zurückhaltung Götzes und seiner Kollegen im Geheimen Rat? Man hat hinter ihr den Druck der brandenburgischen Stände gewittert, deren politischer Horizont sich ja wie der aller Landstände mit den Grenzen ihres Territoriums deckte. Kein Zweifel, daß Einflüsse von dieser Seite

in den Geheimen Rat hineingespielt haben. Besonders seine Friedenssehnsucht und Abneigung gegen alle Heeresverstärkungen wurzelt völlig im Boden ständischer Anschauungen. Ich möchte jedoch nicht so weit gehen, die Geheimen Räte ohne weiteres als Vertreter ständischer Interessen hinzustellen und den Gegensatz zwischen ihrer und der Kabinettspolitik auf die einfache Formel: ständisch—antiständisch zurückzuführen. Als Befürworter des schwedischen Heiratsplanes hatte gerade Götze bewiesen, daß ihm der Sinn für umfassende politische Kombinationen nicht abging. Aber es ist, als ob das Scheitern dieses seines Lieblingsprojektes ihm den Mut zu jedem weiteren Aufschwung genommen hätte. Zudem war er besonders mit den niederrheinischen Verhältnissen wenig vertraut,[1]) und schließlich dürfte sich auch das Alter bei ihm bemerkbar gemacht und seine Thatkraft gelähmt haben. Darauf läßt wenigstens der salbungsvolle Ton der Gutachten aus seinen letzten Lebensjahren schließen.

Auf welch andere Tonart sind hingegen die Briefe Konrad von Burgsdorffs gestimmt. „In Summa, gnädigster Churfürst und Herr", so schließt er eine Erörterung über die allgemeine politische Lage im August 1650,[2]) „es sind noch viel Ungewitter in der Luft. Gott behüte nur E. Ch. D., friste Derselbigen Ihr Leben nebst guter Gesundheit, Beibehaltung eines christlichen, guten, fürstlichen Gewissens, tapferen Heldenmutes und treuer, ehrlicher Leute, Diener und Unterthanen". Dort, bei Götze, eine Ermahnung zu christlicher Geduld, hier, bei Burgsdorff, ein Appell an den tapfern Heldenmut: wie Schamade und Fanfare klingt es uns aus den beiden Lagern entgegen. Und hiermit berühren wir das Beste, was Konrad von Burgsdorff als brandenburgischer Staatsmann geleistet hat. Von Geburt Mitglied der märkischen Stände hat er sich seinen politischen

[1]) Ihre Unfähigkeit zu einer maßgebenden Beurteilung der pfalzneuburgischen Frage bekennen die Berliner Geheimen Räte z. B. einmal offen in einer Relation vom 24. Januar 1646, U. A. IV, 211.

[2]) Burgsdorff an den Kurfürsten, 7. August 1650 aus Eger, wo er sich zur Kur aufhielt. G. St.-A. Rep. 12, 127c.

Horizont nicht einengen lassen. Seine, wenn wir so sagen dürfen, angeborenen ständischen Anschauungen wurden durch den Fürstendienst von Kindesbeinen an paralysiert. Der Weg über die Grenzpfähle des Kurstaates hinaus, den sein fürstlicher Herr betrat, war auch der seine. Mochte er ihm vorangehen oder ihm folgen, mochte er mit ihm straucheln oder gar für eine Weile Kehrt machen müssen, nicht auf die einzelnen Schritte kommt es an, sondern darauf, daß der Weg zu steiler, aber stolzer Höhe aufwärts führte. In diesem Sinne dürfen wir Burgsdorff als Gesinnungsgenossen des Mannes bezeichnen, der, als Staatsmann ihn überragend, bald seine Stelle an der Seite Friedrich Wilhelms einnehmen sollte. Graf Georg Friedrich von Waldeck tritt in unsern Gesichtskreis. Damit beginnt für Burgsdorff der letzte, kurze Abschnitt seines Lebens: ein jäher Sturz aus stolzer Höhe und bald darauf ein schneller Tod.

3. Ungnade, Sturz und Tod

1651—1652.

Vom Vertrauen Friedrich Wilhelms getragen hat Konrad von Burgsdorff neun Jahre lang seines Amtes als Oberkammerherr und Kabinettsminister gewaltet. Mochten beide auch in manchen Fragen nicht immer derselben Ansicht sein, im allgemeinen waren sie doch einig, und nichts verlautet in den Quellen während dieser ganzen Zeit von einer tiefer gehenden Verstimmung oder gar Entfremdung zwischen ihnen. Das Vertrauen des Kurfürsten wurde auch nicht durch die Angriffe erschüttert, die sich gegen die Person und nicht gegen die Politik Burgsdorffs richteten. Daß ein Mann in seiner Stellung solchen Angriffen ausgesetzt sein mußte, liegt in der Natur der Dinge. Welcher Fürstengünstling in der Weltgeschichte wäre ohne sie durchs Leben gegangen! Zum erstenmal hören wir von persönlichen Verdächtigungen schon im Jahre 1642, also kurz nach seiner Ernennung zum Oberkammerherrn. Der entlassene frühere Hofmarschall des Kurfürsten Georg Wilhelm, Bernd von Waldow sprengte am Hofe der Königin Witwe Marie Eleonore von Schweden allerhand üble Nachreden über den neuen, jungen Kurfürsten von Brandenburg und seine Umgebung aus: Friedrich Wilhelm habe keinen Verstand, müsse von Burgsdorff, Leuchtmar und noch einem regiert werden, bekümmere sich nicht um Staatsgeschäfte, sondern nur um die Jagd, „wäre mit seinen Junkern so gemein und müsse sich, wenn Burgsdorff Lust dazu verspüre, mit ihnen einen Rausch saufen“, er habe den Tod seines

Vaters nicht abwarten können, sondern ihm in der Sterbestunde selbst das Kissen unter dem Haupt weggenommen, damit er früher stürbe, und habe die alte Kurfürstin von Heidelberg gefragt: ist er denn noch nicht tot? Markgraf Ernst von Brandenburg solle „ein etwas einfältiger Herr", Leuchtmar eine Kreatur des Reichskanzlers Oxenstierna sein u. s. w. Das sind einige der stachlichsten Disteln, die Waldow zu einem lieblichen Strauße zusammenband. Wir können dieses ganze Gerede ruhig auf sich beruhen lassen. Es trägt den Charakter gehässigen, verleumderischen Klatsches an der Stirne. Schon der General von Baudissin bemerkte dazu, wenn ihm Waldow zu Gesicht käme, würde er ihm für solche Lasterreden und Lügen eine tüchtige Maulschelle versetzen. Charakteristisch ist nur, daß unter den Burgsdorff gemachten Vorwürfen dessen Trunksucht an erster Stelle genannt wird. Sie spielte schon in den Schwarzenbergschen Anklagen eine hervorragende Rolle und wird uns bald wieder begegnen.[1])

Lange Zeit hören wir nichts mehr von persönlichen Angriffen gegen Burgsdorff, dagegen um so mehr von kurfürstlichen Gnadenbeweisen[2]) und Bemühungen in und außerhalb Brandenburgs um seine Gunst. Seine Stellung an der Spitze des Hofstaats und des Beamtentums schien so gefestigt, daß

[1]) Vgl. über die Klatschereien Waldows den Bericht des brandenburgischen Gesandtschaftssekretärs de Cuyla vom Hofe der Königin Witwe von Schweden, die sich damals in Dänemark aufhielt, U. A. I, 582, dazu P. R. I, 618 und oben S. 177 und 226.

[2]) Zu den Gnadenbeweisen gehört u. a. seine Ernennung zum Dompropst von Brandenburg und von Halberstadt, deren Zeitpunkte ich nicht ausfindig machen konnte. Mehrfach hat ihm der Kurfürst Geld als Belohnung überwiesen, so z. B. 1642 3500 Thaler zur Auslösung seines versetzten Silbergeschirrs, eine Summe, „die er die Zeit über, da er von dem vorigen Statthalter Grafen von Schwarzenberg vorsätzlich, unrechtmäßiger Weise verfolget und weder auf sich noch Unsere Küstrinische Garnison fast einigen Unterhalt nicht bekommen, spendiren und employiren müssen." (Reskript vom 22. Januar 1642, G. St.-A. Rep. 9 DD 1.) Über die Begnadigungen mit Grundbesitz vgl. die betreffende Beilage.

Neider und Feinde, an denen es ihm sicherlich nicht fehlte, sich nicht an ihn heranwagten. Da erfolgte plötzlich ein Angriff gegen ihn und zwar aus so grobem Geschütz, wie es selten gegen einen brandenburgisch-preußischen Staatsmann aufgefahren ist.[1])

Im Sommer 1649 erschien im Haag ein Schriftchen, betitelt „Copia Schreibens aus Cöllen an einen Freund zu Arnheim geschrieben, betreffende die hohe Ministri Ihrer Churfürstl. Durchlaucht zu Brandenburgk“. Unter der Maske eines Reisenden, der Kleve besucht hat, entwirft der ungenannte Verfasser ein Bild von den Zuständen und Persönlichkeiten des kurfürstlich brandenburgischen Hofes. Er rühmt den Kurfürsten sehr und tadelt an ihm nur, daß er sich mit verdächtigen und schlechten obersten Räten umgiebt, so daß er Ehre und Reputation dabei einbüßen wird. Alle Evangelischen, insonderheit die Calvinisten, haben ihre Hoffnungen auf den mächtigen Kurfürsten gesetzt, sehen sich aber getäuscht, während der Papst, der Kaiser, alle päpstlichen Fürsten, Herren und Unterthanen mit vollem Halse lachen und vor Freuden in die Hände schlagen, dieser Furcht entübrigt zu sein. Das kommt daher, daß sich der Kurfürst von zehnmal schlimmeren Buben meistern läßt, als sein Vater, zu dessen Lebzeiten man über den Grafen Schwarzenberg klagte. Unter diesen schlimmen Buben steht der Oberkammerherr obenan, „einer Namens Kurt von Borgsstorff, von Geburt ein Edelmann, aber ungelahrt, nicht mehr als seine Muttersprache redend, der nährlich recht schreiben und lesen kann, ein Mann gar klein von Witz und Verstand, von Jugend auferzogen als ein lockrer Bube, ganz keine

---

[1]) Vgl. zum folgenden Cosmar, Schwarzenberg, Beilage IX, Meinardus in Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 7, 577 und P. R. IV, Einleitung S. 60. Die von Cosmar auszugsweise mitgeteilte Schmähschrift vom Juli 1649 habe ich im Original resp. in der Abschrift in der Handschriftenabteilung der Kgl. Bibliothek zu Berlin eingesehen. Aus dieser Quelle stammen einige aus ihr angeführte Sätze, die Cosmar nicht hat.

Wissenschaft von politischen Sachen habend, weder Interesse von Stadt, von Land und Leuten, noch derselben Interessen, viel weniger von des Kurfürsten Landen. Eine Person, die mit den Schweden und Niederländern stätig spottet und schimpft, indem er die Schweden Hundsfötter, die Niederländer Hasenköpfe, Pfeffersäcke, Schabehälse rc. nennt. Er ist so dicht als ein Sieb, kann kein Geheimnis bewahren, wie viel auch daran gelegen." Er benimmt sich in den Ratssitzungen in Gegenwart des Kurfürsten ungehörig und unanständig, „ruft, schnarcht und plaudert so hart, daß man's außen hört, fähret auf und übertäubet einen Jeglichen, ja wohl den Kurfürsten selbsten, lehnet oftmals sich auf seinen rechten Arm, wenn der Kurfürst an seiner rechten Seite sitzt, zeigend also demselben seinen — und dergleichen Actien mehr betreibend." Er läßt Jeglichen nach seiner Pfeife tanzen. „In Summa er will allein regieren, und will der Kurfürst Friede haben, er muß der geringste sein und ihm cediren."

Burgsdorff, heißt es dann weiter, ist ein Mann, der sein ganzes Leben mit allerhand Sorten von Debauchen, so mit Huren, Vollsaufen, Spielen, Nachtlaufen, Pfeifenstellen, Tanzen u. dergl. zugebracht hat. Er treibt unerhörten Aufwand in Haushalt und Kleidung, ist ein gräulicher Flucher und Schwörer, voll Aufschneidens und Aberglaubens, geizig und eigennützig wie der Teufel selbst, bestechlich, beugt und krümmt die Justiz nach dem Willen der Meistbietenden, verkauft alle Ämter, hat selbst die einflußreichsten und einträglichsten an sich gerissen, bestiehlt den Kurfürsten, beschimpft die Kurfürstin, ist von seiner eignen Gemahlin geschieden, hat den Kurfürsten völlig in seiner Tasche, „ist so tumberlumpt und unerfahren in Materien vom Estat und so ungeschickt dazu als ein Esel, ja was sage ich! eben als ein Wolf eine Heerde Schafe zu regieren" u. s. w. u. s. w. Diese Blütenlese von schmeichelhaften Eigenschaften des Oberkammerherrn illustriert der Anonymus mit einer Fülle der krassesten und unflätigsten Einzelheiten, die man bei Cosmar selbst nachlesen mag, wo die saftigsten Stellen noch unterdrückt sind.

Jedem Leser dieses freundschaftlichen Schreibens wird auf den ersten Blick klar werden, daß wir es hier mit einer Schmähschrift gröbsten Kalibers zu thun haben. Aber diese Schmähschrift ist die einzige ausführliche Charakteristik Burgsdorffs, die wir von einem Zeitgenossen besitzen. Im Jahre 1706 erschien dann zu Dresden eine unbedeutende historische Anekdotensammlung: „Apophtegmata oder 274 scharffsinnige Verstandesreden von M. H. L.", worin eine scharffsinnige Rede „von der Ungnade des Ober-Ministers und Günstlings am Chur-Brandenburgischen Hofe, des Herrn von Burgsdorffs unter J. K. D. Friedrich Wilhelm" handelt. Sie ist genau auf den Ton des Anonymus von 1649 gestimmt, wirft Burgsdorff Unverschämtheit, Luxus, Völlerei, Verführung seines Gebieters zur Maitressenwirtschaft vor und erzählt schließlich zum Nutzen und Frommen aller guten Seelen wie zur Warnung für alle Bösewichter vom Schlage des verruchten Günstlings, wie dieser „in einem Augenblicke und mit der größten Beschimpfung in der Kirche, in Gegenwart einer großen Menge, gestürzt, zum Bauernstand versenkt und nachdem auf dem Lande ganz sinn- und trostlos gestorben sei". Zu diesen beiden Schilderungen, die Cosmar in seiner Apologie Schwarzenbergs 1828 ans Licht zog,[1]) kommen dann die Anklagen Schwarzenbergs gegen Burgsdorff, die Cosmar ebenfalls verwertete und Mörner in seinen „Märkischen Kriegsobersten" ausführlich mitteilte.[2]) Um das Material für eine unbefangene Würdigung Burgsdorffs, besonders für eine Charakteristik seiner Persönlichkeit, war es somit

[1]) Auch die scharffsinnige Verstandesrede des Herrn M. H. L. über Burgsdorff ist von Cosmar a. a. O. abgedruckt worden. Hierbei ist ihm, beiläufig bemerkt, ein ergötzlicher Druckfehler untergelaufen. Bei Cosmar heißt es: „Dieser Herr von Burgsdorff konnte 18 Maß Wein in einem Zuge und gleichsam ohne Athem-Schöpfung verschlingen." Zu einer so ungeheuerlichen Leistung hat sich die Phantasie des Apophtegmatikers denn doch nicht verstiegen. Im Original stehen vielmehr zwischen „Wein" und „in" die Worte: „in einer Mahlzeit credenzen, ja ein ganz Maß Wein". Immerhin ein guter Rekord, aber wenigstens ohne Hexerei erklärlich!

[2]) S. oben S. 99 ff.

vor dem Erscheinen der „Urkunden und Aktenstücke“ so schlecht wie nur irgend denkbar bestellt. Und den in jenen Schriften niedergelegten Anschauungen hat sich bis auf den heutigen Tag, abgesehen von Meinardus, fast niemand ganz entziehen können. Niemand hat die Angaben des Freundes von 1649 oder des Apophtegmatikers zwar für bare Münze genommen. Dafür lagen ihre Übertreibungen und offenbaren Unwahrheiten zu sehr auf der Hand. Aber selbst wenn man 90 % der Beschuldigungen als unbewiesen preisgab, die verbleibenden 10 % genügten, um Burgsdorffs Andenken in tiefe Dämmerung zu tauchen, denn jene anonymen Ankläger schildern ihn einfach als das größte Scheusal der Weltgeschichte, an dem kein gutes Haar war.

Sehen wir uns deshalb ihre Behauptungen, besonders die des Kölnischen Briefstellers von 1649, etwas näher an. Mit vielen wird die Kritik im Handumdrehen fertig. Daß Burgsdorff nur deutsch verstanden, kaum recht schreiben und lesen gekonnt habe, ein miserabeler Stümper in politicis gewesen sei, sich von seiner Frau habe scheiden lassen und ähnliches sind, um einen Burgsdorffschen Ausdruck zu gebrauchen, nichts als „stinkende, fette, dicke, wohlgemästete Lügen“. Unter dieselbe Kategorie fällt die Behauptung seines respektwidrigen Benehmens gegen den Kurfürsten und seiner Selbstherrlichkeit in der Führung der politischen Geschäfte. Wie es hierum stand, haben wir ja hinreichend Gelegenheit gehabt, kennen zu lernen.[1] Überhaupt ist das Bild Burgsdorffs als Staatsmanns von dem Lästerer geradezu bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Schwieriger läßt sich feststellen, wie weit seine menschlichen Schwächen von ihm verzeichnet sind. Von Huren, Spielen und Pfeifenstellen hören wir in sonstigen Quellen nichts. Das „Ehrengedächtnis“ berichtet nur in übertünchendem Leichenpredigtstil, daß er in seiner Jugend wie ein Mensch gelebt, aber mit zunehmenden Jahren sich eifrig von den Jugendsünden zu Gott bekehrt habe. Ein Engel wird er in moralischer Be-

[1]) Vgl. besonders oben S. 212.

ziehung nicht gewesen sein, aber für einen Teufel brauchen wir ihn mit dem Lästerredner ebensowenig zu halten. Beim Humpen stand er seinen Mann, der methodische Kritiker wird dem Briefsteller gerne zugeben, daß einige Räusche sogar aktenmäßig bezeugt sind. Soll aber die kritische Pflugschar einmal in diesem feuchten Boden angesetzt werden, so findet sie auch hier Arbeit. Der Anonymus sagt: „Burgsdorff rühmte sich, daß er 10 bis 15 Kannen Weins aussaufen könne, item, daß er bereits 40 Kerls zu Tode gesoffen und davon noch unlängsten einen Edelmann an des Kurfürsten zu Sachsen Hofe." Dieser unglückliche Totgetrunkene, ein Herr von Gersdorff, ist uns schon begegnet.[1]) Wie aber stellt sich das Rühmen Burgsdorffs über seine Heldenthat in Wirklichkeit dar? Aufs bitterste beklagt er, daß er an dem trunkfesten sächsischen Hofe mit den Wölfen habe heulen müssen zum Schaden seiner Gesundheit; mit seinem Willen werde er sich niemals wieder dorthin verschicken lassen, „der grundgütige Gott behüte doch einen vor dergleichem [Gersdorffschen] Tode!"[2]) Ähnlich lautet sein mißvergnügtes Urteil über das unordentliche Leben am pfalzgräflichen Hofe in Düsseldorf.[3]) Da ich einmal auf diese Dinge eingegangen bin, mag auch noch mit ungedrucktem erstklassigen Quellenmaterial aufgewartet werden, nämlich mit einem Briefe Burgsdorffs aus Eger vom 7. August 1650.[4]) Hier preist er, unter dem unmittelbaren Eindruck einer forcierten Sauerbrunnenkur in Eger, die Mäßigkeit und empfiehlt, sich an einen „guten, reinen Trunk Moseler" zu halten. Die psychologische Kritik wird freilich einwenden, daß diese antialkoholischen Äußerungen alle aus seinen letzten Lebensjahren stammen, wo er sich wahrscheinlich unfreiwillig von den Trunksünden seiner Jugend- und Mannesjahre bekehrt habe. Das soll nicht bestritten werden, aber wozu noch weitere Worte über dieses

[1]) S. oben S. 296.

[2]) Vgl. U. A. IV, 787.

[3]) S. oben S. 277 und U. A. IV, 307.

[4]) G. St.-A. Rep. 12, 127c.

Kapitel? Es sind ihrer schon mehr als genug. Können wir uns einen Oberst aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges als einen Mäßigkeitsapostel vorstellen? Nein, und somit mag getrost unentschieden bleiben, bis zu wieviel Kannen Weins bei Tische sich die Aufnahmefähigkeit Burgsdorffs erstreckte. Von größerer Bedeutung würde die „Trinkfrage" nur sein, wenn Burgsdorff als Oberkammerherr und Chef der Hofverwaltung die Völlerei bei Hofe begünstigt hätte, wofür ihm Vorbilder an anderen deutschen Höfen nicht gefehlt haben würden. Davon verlautet in den einwandfreien Quellen jedoch nichts, und was in der Litteratur davon erzählt wird, geht eben auf diese Anklagen gegen Burgsdorff zurück. Ein französischer Diplomat rühmt einmal im Jahre 1645, also noch vor der Heirat Friedrich Wilhelms, den französischen Anstrich des brandenburgischen Hofes, das feine Benehmen des Kurfürsten und der Würdenträger.[1]) Das ist zwar keine positive Entkräftigung jener Anklagen, aber immerhin werden wir annehmen dürfen, daß es am brandenburgischen Hofe zur Zeit Burgsdorffs nicht schlimmer, im Gegenteil wahrscheinlich besser zuging, als am Durchschnitt der deutschen Höfe in jener Epoche des von der französischen Kultur im allgemeinen noch wenig beleckten höfischen Lebens.

Ich habe diesen einen Punkt aus den gegen Burgsdorff persönlich vorgebrachten Anklagen herausgegriffen, um an ihm, der die meiste innere Wahrscheinlichkeit einer Berechtigung hat, zu zeigen, wie mißtrauisch wir gegen die Angaben des Schmähschriftstellers sein müssen. Ähnlich verhält es sich mit einer Reihe von weiteren Punkten, über die ich mich kürzer fassen kann. Daß Burgsdorff ein schlechter Haushalter und mehr

---

[1]) Vicomte de Brégy an die Königin Regentin von Frankreich, d. Königsberg 24. September 1645: Pour moi, Madame, il me semblait être en France, par la politesse qui est en cette cour. Le prince a des vertus très relevées . . . les princesses et la noblesse sont extrêmement civiles et vêtues à la française, jusques-là que la langue allemande y est défendue comme un péché mortel. U. A. II, 9.

auf den Erwerb als auf das Zusammenhalten seines Vermögens bedacht war, wird man ohne weiteres zugeben müssen. Die erhebliche Verschuldung seines Nachlasses, die seinen Erben, wie wir noch sehen werden, so viel zu schaffen machte, läßt das deutlich erkennen. Auch dem Luxus in der Kleidung scheint er ziemlich stark gefrönt zu haben.[1]) In dieser Hinsicht konnte er sich auf das Beispiel seines kurfürstlichen Herrn berufen, der trotz seiner hohen Verschuldung dem Sinne für Prunk und Pracht des Auftretens, besonders bei festlichen Gelegenheiten, ungehindert die Zügel schießen ließ. Von der Bestechlichkeit Burgsdorffs ist schon früher die Rede gewesen.[2]) Wir sahen, daß er, dem allgemeinen Brauche der Zeit folgend, Geld ohne Scheu nahm, wo er es bekommen konnte, daß seine politische Haltung hierdurch aber nicht beeinflußt wurde. Und mehr ist in dieser Beziehung auch von dem unbescholtensten Staatsmann des 17. Jahrhunderts nicht zu verlangen. Abergläubisch wird er auch gewesen sein. Ich vermag zwar hierfür nur ein indirektes Zeugnis beizubringen, nämlich zwei Briefe seines Bruders Georg Ehrenreich und Norpraths an ihn, in denen von Hexen- und Teufelsspuk die Rede ist mit der offenbaren Annahme, daß der Adressat ebensogut daran glaubte, wie es die Schreiber thun.[3]) Auch das wird uns aber nicht in Erstaunen setzen.

Doch genug davon. Wir bemerken: vor dem leisesten kritischen Windhauch fällt die Anklageschrift des Kölner Brief-

[1]) Unter die Staatspapiere Burgsdorffs ist ein Vertrag vom Jahre 1645 zwischen ihm und einem Perlenfticker Hans Jürgens in Hamburg geraten, in dem sich der letztere verpflichtet, eine reiche schwarzseidene Stickerei für einen Anzug von Isabellatlas, „über und über Schnürchenarbeit mit kleinen Blümchen, nicht zu weit von einander, daß der Atlas nicht zu viel zu sehen“, für 270 Thaler und 30 Dutzend gold- und silbergestickte Schleifen für 240 Thaler zu liefern. Der Liebhaber der exakten kritischen Methode findet das Original im G. St.-A. Rep. 22, 13d.

[2]) S. oben S. 290ff.

[3]) Der Brief Georg Ehrenreichs vom 12. April 1646 in P. R. III, 412; der Brief Norpraths vom 21. September 1647 von mir abgedruckt in meinem Buch über Minden und Ravensberg S. 59 Anm. 1.

stellers wie ein Kartenhaus zusammen. Eine ganze Reihe von ihren Behauptungen entbehrt jeder positiven Grundlage und schlägt der Wahrheit direkt ins Gesicht; wo eine gewisse Grundlage vorhanden ist, da übertreibt der Verfasser seine Schilderungen und Schlüsse ins Maßlose hinein und liefert deshalb auch hier nur ein Zerrbild der Wirklichkeit.

Aber er spitzte seine Feder nicht bloß zu seinem Vergnügen oder aus reiner Bosheit so scharf. Was er mit seinen Anklagen bezweckte, erhellt deutlich aus dem Schluß seiner Ausführungen, wo es heißt: „Ich wünsche von ganzem Herzen einst zu sehen, daß S. Ch. D. zu Brandenburg, der edle Prinz, die fromme Seele, der gute Herr, einst seine gnädigen Augen auf seine lieben Unterthanen wenden und aus christlichem Mitleiden ihre vielfältigen, blutigen Thränen anschauen und demnach sie von diesem Tyrannen erlösen wollte .... Viel Potentaten haben sich weislich und fürsichtiglich von sothanen Pesten erlöset, einer auf diese, der andere auf die Manier. In Summa sie haben sie aus dem Wege geräumt und dadurch allen Schwierigkeiten und Unglücken, die ihnen über den Hals gelegen, vorgebeuget. Diese Exempel wünsche ich, daß S. Ch. D. auch wollte in Acht nehmen, auf daß er unter die Zahl der klugen und glückseligen Fürsten möchte gezählt werden."

Also auf den Sturz des verhaßten Günstlings lief der Angriff hinaus. Damit kommen wir der Frage näher, von wem er ausging. Die Persönlichkeit des Verfassers verrät sich nirgends durch eine Anspielung, aber in welchen Kreisen er zu suchen war, wird durch den Schleier der Anonymität nur mangelhaft verdeckt. Burgsdorff, so heißt es in dem Schriftstück, „ist die einige Ursache, daß der Kurfürst bis hierzu noch mit seinen Ständen des klevischen Landes und der Mark nicht veraccordiret ist und folgendes in allen Zwisten und Mißverstanden, Unkosten und vergeblichen Versammlungen und Landtagen, die darüber gelaufen sind, gethan und geleitet, ohne daß man nicht einmal weiß, wann es ein Ende haben wird." Es folgen dann Beschwerden über die Proceduren, die man

auf Burgsdorffs Betreiben mit einer Anzahl von klevischen Beamten angefangen hat, dem Richter von Haes, den Räten Dr. Diest, Dr. Motzfeld und dem Sekretär Kostbannt [?]. Ein besonders scharfer Ausfall wird gegen den klevischen Landrentmeister Lukas Blaspeil unternommen, der die rechte Hand Burgsdorffs in allen klevischen Angelegenheiten sei. „Wäre es für den Kurfürsten nicht besser, daß er diesen Mann (Blaspeil) vor die Justiz stellte und also seine lieben und werten Stände contentirte? Aber nein, das verhütet der Oberkammerherr, einesteils für die genossene Verehrung [Blaspeil soll sich seine Gunst durch 9000 Thaler erkauft haben], doch vornehmlich, weil er dann selbst ohne Rat sein würde." Ebenso werden Georg Ehrenreich von Burgsdorff, „ein stolzer, hoffärtiger, geiziger und gottloser Mensch ohne Ehre, Scham und Gewissen,"[1]) Philipp von Horn, „ein Edelmann aus Pommern und eine Kreatur des Oberkammerherrn" und Ewald von Kleist mit Kot beworfen. Wozu, so heißt es zum Schluß im Original, bringt der Kurfürst überhaupt fremde Räte mit nach Kleve und protegiert sie? Wie es geht, wenn ein Fürst sich mit seinen Ständen nicht ins Vernehmen setzt, beweisen viele übele Fälle, z. B. Karl II. von England. Die Möglichkeit, Domänen zu verpfänden, sollte ein Fürst ohne Zustimmung der Stände gar nicht haben, denn thatsächlich kommen nicht sie, sondern nur ihre Früchte ihm für die Zeit seiner Regierung zu. Die einheimischen Räte und Stände sind die besten Berater der Fürsten, denn sie kennen die Bedürfnisse des Landes am besten.

[1]) Georg Ehrenreich von Burgsdorff wird von dem Verfasser der Schmähschrift „A... lecker" genannt, weil er dieses Wort oft im Munde führe. Dieses Epitheton ornans gehört wohl zu den Stellen der Schrift, die Cosmar beim Abdruck aus Decenz fortgelassen hat. Vorausgesetzt, daß es zutrifft, finde ich es für einen Reiteroberst aus dem 30 jährigen Kriege nicht gerade belastend. Ein anderes, von Cosmar ebenfalls unterdrücktes Geschichtchen, ein Vorkommnis Konrad von Burgsdorffs mit einer Hofdame betreffend, ist allerdings so heikel, daß auch ich es lieber der verschwiegenen Obhut der Handschriften-Abteilung der Kgl. Bibliothek in Berlin anvertraut bleiben lassen möchte.

Hinc illae lacrimae! Die Schmähschrift ist ein vergifteter Pfeil aus dem Köcher der indigenatssüchtigen klevischen Landstände, speziell der vom Kurfürsten entlassenen einheimischen Regierungsräte.[1]) Sie richtete ihre widerhakige Spitze nicht nur gegen die beiden Burgsdorffs, Blaspeil und die fremden Räte, sondern auch gegen den Kurfürsten selbst. Denn obwohl dieser als edler Prinz, fromme Seele und guter Herr in den Himmel erhoben wird, mußte er jedem Leser des Schriftstücks, offen herausgesagt, geradezu als ein dummer Junge ohne jeden Funken von Energie im Leibe erscheinen. Konrad von Burgsdorff aber erhielt in ihr die Quittung über sein mutiges Eintreten für fürstliches Recht gegen ständische Libertät. Es ist äußerst charakteristisch, daß er, den man lange Zeit hindurch für einen verkappten Vertreter ständischer Interessen gehalten hat,[2]) gerade ständischen Kreisen die schwerste Verunglimpfung seines Charakters und seines historischen Namens verdankt.

Es war nicht das erste Mal, daß die niederrheinischen Stände zu den Waffen der Publizistik griffen, um ihren Landesherrn zu bekämpfen. Die Nachbarschaft der Niederlande, wo die politische Broschürenlitteratur damals üppig blühte, macht sich auch in dieser Hinsicht bemerkbar. Hin und wider flogen die journalistischen Geschosse; auch der Kurfürst hat öfter zu ihnen gegriffen. Einmal, 1641, hatte er sich bei den Ständen schon darüber beklagt, daß „offenbare Pasquille zu S. Ch. D. und Dero getreuen Diener Despect gedruckt wären", deren Wortlaut bedenklich an einzelne Wendungen in

[1]) Die Räte halte auch ich mit Meinardus für die Hauptschuldigen.

[2]) Noch Philippson, der sich hierbei auf die vor 100 Jahren erschienene Geschichte der Mark Brandenburg von Gallus stützt, wärmt in seiner Biographie des Großen Kurfürsten (S. 166) das Märchen auf, daß Burgsdorff „sich Friedrich Wilhelms Ungnade durch Begünstigung landständischer Opposition gegen die militärischen Forderungen des Kurfürsten endgültig zugezogen haben soll", und behauptet, daß er sich nicht nur in der Kurmark, sondern auch in Kleve-Mark thatsächlich durch Geschenke seitens der Stände zur Begünstigung ihrer Ansprüche bestimmen ließ.

Eingaben der Stände anklänge. Die Stände hatten jedoch hoch und heilig beteuert, daran weder teil noch Wissenschaft zu haben, und so war weiter nichts darauf erfolgt.[1]

Das Pasquill von 1649 übertraf jedoch nach Ton und Inhalt alles bisher Dagewesene und veranlaßte eine eingehende Untersuchung nach seinem Verfasser.[2] Seine erste Wirkung bestand in einer Ehrenerklärung des Kurfürsten für die beiden angegriffenen Geheimen Räte Konrad von Burgsdorff und Philipp von Horn. Durch einen Erlaß vom 11. August 1649 bezeugte er ihnen, daß er an ihrer treuesten Aufwartung gnädigstes Gefallen trage und daß sie sich an die unverschämten und unwahrhaften Pasquille und Schmähcharten nicht kehren, sondern in den ihnen anvertrauten Chargen und Bedienungen continuieren sollten. Auf seinen Wunsch erhielt Burgsdorff bald darauf (6. September) noch eine besondere Ehrenerklärung. Der abgesetzte klevische Regierungsrat Dr. Johann Motzfeld hatte ihn beschuldigt, daß er die kurfürstlichen Domänen im Lande zu versetzen und zu abalienieren und zwischen dem Kurfürsten und den Ständen, sowie zwischen letzteren selbst Differenzen und Altercationen zu fomentieren suche, um die Schuldigen leer ausgehen zu lassen. Daraufhin erklärt der Kurfürst, daß diese Angaben unwahr und Motzfeld samt allen übrigen, die dergleichen behaupten, ehrvergessene Verleumder seien. Auch sei Burgsdorff niemals mit Geldern untreu umgegangen, wie Motzfeld der verwitweten Prinzessin von Oranien kürzlich mündlich berichtet habe. „S. Ch. D.", heißt es dann wörtlich weiter, „möchten gnädigst gerne sehen und leiden, daß er (Burgsdorff) als Dero getreuer Minister, welcher von Kindesbeinen auf Sr. Ch. D. hohem Hause und Ihr selbsten allezeit ehrlich, rühmlich, treulich und nützlich gedienet, mit diesen und

[1]) Vgl. U. A. V, 115 und 307.

[2]) Das Folgende nach den Akten im G. St.-A. Rep. 34, 64h „Injuriensachen 1612—1689, Tit.: Acta das Pasquill betreffend, item Dr. Diests und Dr. Motzfelds Arrest", worauf mich Dr. Meinardus freundlichst aufmerksam gemacht hat. Vgl. auch von Haeften in U. A. V, 88.

dergleichen Auflagen und Bezichtigungen verschonet geblieben, S. Ch. D. aber wider Dero Wunsch und Willen zu größestem Verderb Ihres kurfürstlichen Staats nicht in diesen Landen unnötiger Weise so lange Zeit aufgehalten und in so große Spesen, deren Sie gerne beübriget gewesen, geführet wären."

Am 23. August erging das Gebot, alle in der Stadt Kleve ausgestreuten Exemplare der Schmähschrift bei Vermeidung höchster kurfürstlicher Ungnade und Strafe an die Geheime Kammerkanzlei abzuliefern, damit sie am nächsten Tage mittags auf dem Markte durch den Henker öffentlich verbrannt würden. Ein Urteil des fiskalischen Anwalts hatte diese Verbrennung angeordnet und die Pasquillanten für Ehrendiebe und Ehrenschänder erklärt. Außer in Kleve wurden auch in Wesel, Emmerich, Rees, Orsoy, Xanten und Huissen Scheiterhaufen für die Pasquille errichtet. Der Resident Neumann in Wien und der Prokurator beim Reichskammergericht Dr. Stieber in Speyer erhielten Weisung, die Verbreitung des Pasquills dort zu verhindern. Auf die Namhaftmachung des Autors wurde gleichzeitig, unter Zusicherung der Straflosigkeit des Angebers, ein Preis von 2000 Thalern gesetzt.

Der Verdacht, die Schmähschrift verfaßt oder wenigstens ihrer Abfassung nahe gestanden zu haben, richtete sich sofort nach ihrem Bekanntwerden auf zwei Persönlichkeiten. Es waren der nach Haestens Urteil fähige und thätige, aber auch unruhige und streitsüchtige Geheime Rat Johann von Diest und der geschäftskundige, aber eigennützige Motzfeld, beide die erbittertsten Gegner Blaspeils. Schon am 17. August 1649 wurde gegen Diest, zwei Tage darauf gegen Motzfeld ein Verhaftbefehl erlassen und beide in Haft genommen. Unter Diests Papieren fanden sich mehrere Schmähschriften gegen den Kurfürsten und seine Räte, die mit dem Pasquill vom 1. Juli inhaltlich und stellenweise wörtlich übereinstimmten. Nach der Ansicht der beschuldigten klevischen Beamten Blaspeil und Genossen war kein Zweifel, daß Diest der Verfasser des Pasquills war. Es wurde daher gegen ihn und Motzfeld ein Kriminalprozeß an-

gestrengt. Motzfeld scheint es bald gelungen zu sein, sich von dem Verdacht zu reinigen, denn schon im Dezember 1649 wurde der Prozeß gegen ihn niedergeschlagen, und es wird berichtet, daß er sich mit dem Kurfürsten und mit Burgsdorff vollkommen aussöhnte. Diest, als der schwerer Belastete, blieb bis Ende September 1650 in Haft. Ein Geständnis seiner Autorschaft am Pasquill scheint er nicht abgelegt zu haben. Durch die Vermittlung seiner Gönnerin, der Prinzessin Witwe Amalie von Oranien wurde er aber am 25. September 1650 begnadigt und sollte in Freiheit gesetzt werden, wenn er in einem Reverse sein Unrecht bekennte.

Damit war der Kriminalprozeß auch gegen ihn erledigt. Unberührt hiervon liefen indessen zwei Privatinjurienklagen weiter, die einerseits Georg Ehrenreich von Burgsdorff, Philipp von Horn und Ewald von Kleist, anderseits vierzehn klevische Beamte gegen Diest angestrengt hatten. Die erstere Klage wurde nach Einsicht des Berliner Geheimen Rats in die Akten angestrengt, jedoch erklärte der Kurfürst, daß er, so weit er als Angegriffener daran beteiligt sei, sie niederschlage und dem Angreifer pardonniere. Über ihren Ausgang ist in den Akten nichts enthalten. Die Klage der klevischen Beamten sollte im Dezember 1650 an eine unparteiische Juristenfakultät zum Spruch eingeschickt werden, allein sie schleppte sich fort und scheint schließlich im Sande verlaufen zu sein. Im September 1654 berichtet der klevische Statthalter Fürst Johann Moritz von Nassau von Vergleichsvorschlägen zwischen Diest und seinen Anklägern. Das ist das letzte, was wir von der Sache hören.[1])

Konrad von Burgsdorff durfte mit dem Ausgang des Streites zufrieden sein. Der ungestüme Angriff seiner Gegner war glänzend abgeschlagen. Die doppelte Ehrenerklärung des Kurfürsten offenbarte jedermann die Unerschütterlichkeit seiner Vertrauensstellung. Daß das Pasquill seine historische Beur-

[1]) Nach Haeften U. A. V, 88 soll die Juristenfakultät von Jena den Prozeß zu Ungunsten Diests entschieden haben.

teilung ein Vierteljahrtausend lang so überaus ungünstig beeinflussen würde, hat er wohl nicht geahnt, als es auf den Marktplätzen der klevischen Städte in Flammen aufging.

Im Sommer 1650 stellte ihm der Kurfürst eine neue Ehrenerklärung aus.[1]) Es handelte sich diesmal um olle Kamellen, nämlich um den Schutz des „würdigen und festen Unseres Geheimbten Rathes, Oberkammerherrn pp. gegen harte, ja ehrenrührige Angriffe des verstorbenen Adamen Grafen zu Schwarzenberg", von denen er „kräftigst absolviert wird". Nach dem Wortlaut der Erklärung könnte es scheinen, als ob das Auffinden von „unterschiedenen Concepten und Originalien" besagten Inhalts unter Stellmachers Papieren und im kurfürstlichen Archiv den Anlaß zu ihr gegeben hätte. So harmlos wird sich das Vorspiel zu ihrer Abfassung freilich kaum abgespielt haben. Vermutlich haben vielmehr Gegner Burgsdorffs in Ermangelung neueren Anklagematerials zu diesen alten Waffen gegriffen, um einen wirksamen Streich gegen ihn zu führen. Sie verrechneten sich. Die Waffen waren rostig. Neu gestärkt und mit blankem Ehrenschild ging der Oberkammerherr auch aus diesem Kampf hervor. Von wem der Angriff diesmal ausging, läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen, da er selbst ja nur auf einer Vermutung beruht. Burgsdorff weilte mit dem Kurfürsten seit dem Frühjahr 1650 in der Kurmark. Kabinett und Geheimer Rat waren also nach langer Trennung wieder einmal verschmolzen, soweit sich der Herrscher nicht außerhalb Berlins aufhielt. Aber gerade für die Zeit dieses ungefähr einjährigen Aufenthaltes Friedrich Wilhelms in seinem Stammlande fließt das Material über die Thätigkeit des Geheimen Rates außerordentlich dürftig. Von der inneren Struktur der Behörde, von etwaigen Parteiungen und Reibungen in ihrem Schoße hören wir nichts. Burgsdorff wird in ihr nicht lauter ergebene Anhänger gehabt haben; diesen

[1]) 24. Juni, abgedruckt P. R. IV, 320; vgl. dazu Meinardus P. R. I, XXX.

Rückschluß gestattet das Verhalten der Geheimen Räte 1½ Jahre später bei seinem Sturze. So möchte ich es als das Wahrscheinlichste hinstellen, daß in den Kreisen des obersten Beamtentums allerhand Intriguen gegen ihn gesponnen und feindselige Gerüchte über ihn aufgewärmt wurden, deren Urheber sich nicht offen hervorwagten, die aber durch jene Ehrenerklärung des Kurfürsten niedergeschlagen wurden.

Viel Ehr, viel Feind, so möchte man angesichts der wiederholten Ehrenerklärungen den bekannten Schluß umkehren. Gegen den Haß der niederrheinischen Stände, gegen die abweichenden Ansichten oder den Neid seiner Kollegen erschien Burgsdorff gefeit. Nun aber gesellte sich zu diesen Gegnern ein neuer, weit gefährlicherer: die oranische Partei.[1]) Die Verbindung mit dem Hause Oranien hatte dem Kurfürsten, wie schon mehrfach erwähnt, bei weitem nicht den von ihr erhofften Vorteil gebracht. Statt durch die Oranier an den Niederlanden einen festen Halt zu gewinnen, sah er sich vielmehr in die inneren Zwistigkeiten des Nachbarstaates mit hineingerissen. Der unerwartete Tod des jungen Statthalters Wilhelm II. im November 1650 machte auch den letzten Rest von Hoffnung auf eine thatkräftige Unterstützung Brandenburgs durch die Generalstaaten zu nichte. Statt dessen warf er den Zankapfel der oranischen Erbschaft oder zunächst der Vormundschaft über den nachgeborenen Prinzen, den später zu so großen Dingen berufenen Wilhelm III., unter die beteiligten Erben, zu denen die Kurfürstin von Brandenburg als Schwester des Verstorbenen in erster Linie gehörte. Am brandenburgischen Hofe brachte man deshalb dieser Frage ein lebhaftes Interesse entgegen. Sie spaltete die Interessenten und Anhänger der Oranier in zwei Parteien, die sich um die alte und die junge Prinzessin

[1]) Vgl. zum folgenden: Erdmannsdörffer, Luise Henriette von Oranien und der Prinz von Tarent (Ztschr. f. preuß. Gesch. XV, 242 ff., bes. 268); derselbe, Graf Georg Friedrich von Waldeck, ein Werk, auf das hier für den Rest dieses Kapitels ein für allemal verwiesen sei, desgleichen Meinardus in der Einleitung zum 4. Bande der P. R.

von Oranien, d. h. die Prinzessin Amalie, Witwe Friedrich Heinrichs, und die Prinzessin Marie, Witwe Wilhelms II., scharten. In der ersteren, einer geborenen Prinzessin von Solms, einer geistig bedeutenden und willenskräftigen Frau, hatte die politische Heirat dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm eine stark politisierende Schwiegermutter beschert. Sie hatte einst das Netz nach ihm ausgeworfen und suchte ihn nun darin festzuhalten, indem sie sich, berufen oder unberufen, in die brandenburgische Politik einmischte. In ihr haben wir die Seele der oranischen Partei am kurfürstlichen Hofe zu erblicken.

Als es galt, den ersehnten Schwiegersohn heranzuziehen und dem in den Prinzen von Tarent verliebten störrischen Töchterchen die romantischen Grillen aus dem Kopf zu treiben, da war Konrad von Burgsdorff als Begünstiger des Heiratsplanes lieb Kind bei der Frau Prinzessin Schwiegermutter in spe gewesen, die seine „Faveur und rechtschaffene Freundschaft" mit allen Mitteln suchte. Wie es in solchen Fällen aber oft zu gehen pflegt, wandte sich das Blatt, als der Mohr seine Schuldigkeit gethan hatte und der willkommene Vermittler sich nicht in einen unbedingten Anhänger und ergebenen Diener verwandelte. Das gute Verhältnis zwischen der Prinzessin und Burgsdorff verkehrte sich allmählich immer mehr ins Gegenteil. Die einzelnen Etappen dieses Weges liegen für uns zwar ziemlich im Dunkeln. Wir wissen nicht genau, wie weit die Prinzessin ihren politischen Einfluß bei ihrem Schwiegersohn geltend zu machen suchte. Wir hören nur, daß sie ihm 1649 zur Nachgiebigkeit gegen seine niederrheinischen Stände riet, „weil es jetzt gar nicht Zeit wäre, mit den Ständen in Zwiespalt zu sein".[1]) Wir sahen ferner, daß sie den der Schmähschrift gegen Burgsdorff stark verdächtigten Johann von Diest unter ihren Schutz nahm. Aus dem Briefwechsel zwischen Burgsdorff und seinem Vertrauten Philipp von Horn im Winter 1650/51 geht hervor, daß dieser der Prinzessin trotz ihrer liebenswürdigen Worte nicht recht

[1]) P. R. IV, 237.

traute.[1]) Auch von Anschuldigungen und Verleumdungen gegen Burgsdorff ist in den Hornschen Briefen die Rede, ohne daß freilich genau ersichtlich ist, wer und was dahinter steckt. Vor allem charakteristisch ist aber folgender Erguß aus Burgsdorffs eigener Feder:[2]) „Ich habe nun", so schreibt er am 25. Januar 1651, „in vielen Dingen mein Gewissen gottlob gerettet; S. Ch. D. werden vielleicht durch andere verleitet, Sie haben's auch vor diesem Selber wohl selbsten zu mir zum öfteren gesagt. Anitzo aber bleibet alles fast liegen und hören nicht gerne von Schwierigkeiten. Also stehet zu befürchten, Gott der Herr wird hierin bald ein Einsehen haben, vornehmlich aber die bösen Leute strafen, die S. Ch. D. suchen nach dem Mund zu reden, ja auf andere Häuser und Größen mehr ihr Absehen haben, als auf S. Ch. D. und Dero löblichem Hause, und nun suchen, einen ehrlichen, ja ältesten, treuen Diener in Ungnade und Schimpf zu bringen. Der große Gott bewahre doch seinen Gesalbten und eröffne Demselben doch Seine Augen, um daß er sehen mag, wie gar schlecht und gering Er auch von seinen Allernächsten gehalten und tractirt wird. Das mir auch so sehr zu Herzen gehet und darum grämen thue, ja verursachet auch größtenteils meine Schwachheit. Gott bessere es. S. Ch. D. ist alles besser bekannt als mich selbsten, darum will ich auch schweigen bis zur rechten Zeit. – Dixi."

Dieser aus tiefster Brust emporquellende Stoßseufzer erhellt die Lage ebenso grell, leider auch nur ebenso flüchtig wie ein aufzuckender Blitz das Dunkel einer stürmischen Nacht. Wir sehen „böse Leute", d. h. eine feindselige Kamarilla eifrig bei der Arbeit, die Stellung des „ältesten und treusten Dieners" zu untergraben. Unter den „anderen Häusern und Größen" und „den Allernächsten" kann kaum etwas anderes als das Haus Oranien-Nassau und die oranischen Verwandten verstanden werden. Also auch diese befanden sich unter den Gegnern

[1]) U. A. V, 448, 459, 461, 478.

[2]) U. A. V, 462.

Burgsdorffs und höchst wahrscheinlich nicht nur in der Vormundschaftssache. Die Prinzessin Amalie wird die einflußreiche Stellung des Oberkammerherrn als unbequem empfunden und sich bemüht haben, ihn aus dem Sattel zu heben, genau so wie sie es später mit ihrem damaligen Ersatzkandidaten für Burgsdorff, dem Grafen Georg Friedrich von Waldeck, machte, als dieser die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllte.

Wie stellte sich die Kurfürstin Luise zu allen diesen Treibereien? Der Nimbus einer gottseligen Dichterin geistlicher Lieder, der sie lange umleuchtet hat, ist vor dem scharfen Licht der historischen Kritik längst verblaßt. Sie besaß unbestreitbar sehr viele vortreffliche weibliche Eigenschaften, aber sie war gleichzeitig auch eine Tochter des Hauses Oranien, man möchte vielleicht sagen, noch mehr eine Tochter ihrer Mutter und nicht nur passiv der Politik geopfert, sondern auch aktiv an der Politik interessiert. Ihre Sympathien galten der oranischen Partei, und somit stand sie als „Allernächste" des Kurfürsten, wenigstens in der Oranischen Erbschaftsfrage, auf seiten der Gegner Burgsdorffs. Ja sie scheint ihm noch viel feindseliger gesinnt gewesen zu sein als ihre Mutter, denn zu deren sachlichen Abneigungsgründen traten bei ihr noch persönliche. Sie hatte Burgsdorff als Werber seines fürstlichen Herrn um ihre Hand zuerst kennen gelernt. In ihm erblickte sie, wenn nicht den Anstifter, so doch einen der vornehmsten Förderer des ihr so unwillkommenen Eheprojektes. Kein Wunder, daß ihr Verhältnis zu ihm sich anfangs nicht sehr freundlich gestaltete. Nach der Heirat scheinen dann spitze Höflingszungen eifrig das ihrige gethan zu haben, um den Riß zwischen der Gemahlin und dem vertrauten Günstling des Kurfürsten offen zu halten oder vielmehr noch zu erweitern. Die Schmähschrift von 1649 und die scharfsinnige Verstandesrede des Apophtegmatikers gewähren uns einen Einblick in diese Zwischenträgereien. Sie überbieten sich gegenseitig in Anschuldigungen der schlimmsten Art gegen den Oberkammerherrn und werfen ihm ein geradezu

unglaubliches Benehmen gegen seine Landesherrin vor. Wir könnten diese Dinge wie so manches andere in diesen trüben Quellen auf sich beruhen lassen, wenn wir nicht aus dem Munde Waldecks wüßten, daß die Kurfürstin an die Wahrheit dieser Beschuldigungen glaubte [1]) und deshalb in der That alle Hebel ansetzte, um Burgsdorff zu stürzen.

Die Überlieferung hat sich diese Dinge so zurecht gelegt, als ob die „edle, fromme, züchtige und fein gebildete Luise Henriette“ [2]) in eine wüste Junggesellenwirtschaft am brandenburgischen Hofe hineingeraten wäre und sich den Versuchen des Oberkammerherrn, in der bisherigen Weise fortzuwirtschaften, energisch widersetzt hätte. Diese Erklärung hatte auf den ersten Blick viel innere Wahrscheinlichkeit für sich, solange man Burgsdorff wirklich für einen auch nur annähernd so rohen Gesellen hielt, wie er von den beiden Schmähschriftstellern geschildert wird. Auch diese Beschuldigungen sind zwar meist so allgemein gehalten, daß sie sich schwer fassen und widerlegen lassen. Aber gerade bei einer der schlimmsten von ihnen ist dies doch möglich. Die Kurfürstin erzählte dem Grafen Waldeck u. a., Burgsdorff habe gesagt, solange er am Hofe etwas zu sagen habe, solle sie keine Kinder bekommen. Diese Äußerung vergröbert der Apophtegmatiker zu der Behauptung, Burgsdorff habe den Kurfürsten persuadieren wollen, nicht seiner Ehegemahlin allein beizuwohnen, sondern sich auf die Galanterie zu verlegen, um nicht so viele rechtmäßige Prinzen und Erben zu haben, welche nicht alle mit Fürstentümern versehen werden könnten, sondern zum Teil Bettelprinzen werden müßten. Dies letztere ist nun ganz deutlich nichts als eitel Phantasie. Denn das erste Kind, das Luise ihrem Gemahl im Mai 1648 gebar, Prinz Wilhelm Heinrich, starb schon im Oktober 1649, und darauf wurden die Hoffnungen der Kurfürstin auf Ersatz mehrmals durch die Natur vereitelt, so daß Friedrich Wilhelm beim Tode Burgsdorffs ohne jeden rechtmäßigen

[1]) Erdmannsdörffer, Graf Waldeck S. 56.

[2]) Cosmar, Schwarzenberg, Beilage IX, S. 51.

Prinzen und Erben dastand.[1]) Wer aber hatte ihm seit seiner Thronbesteigung im Interesse der Erhaltung der Dynastie eifriger geraten, sich „um eine freund-holdselige und tugendreiche Gemahlin umzuthun", als gerade Burgsdorff?[2]) Und wie reimt sich hierauf jenes Wort der Kurfürstin über den Wunsch des Oberkammerherrn nach Kinderlosigkeit ihrer Ehe, ganz abgesehen von der technischen Unmöglichkeit seiner Verwirklichung, selbst wenn man den persönlichen Einfluß des allmächtigen Günstlings auf seinen Herrn und Gebieter noch so hoch einschätzt? Es wäre geradezu sinnlos, ihm eine ernsthafte Bedeutung beizumessen. Gehässiger, verleumderischer Klatsch, nichts weiter, und auf diesen Ton werden wohl die meisten Beschuldigungen gestimmt gewesen sein, die Burgsdorff in den Mund gelegt wurden. Daß seiner Zunge vielleicht hie und da ein Wort über die Kurfürstin entschlüpfte, das nicht für ihre Ohren bestimmt war, mag zugegeben werden. Die gespannten Beziehungen zwischen beiden dürften aber in der Hauptsache auf politische Differenzen oder auf einen Kampf um Abgrenzung der Einflußsphäre beim Kurfürsten zurückzuführen sein, der dann vom Schlingkraut persönlicher Verdächtigungen üppig umrankt wurde.

Der oben mitgeteilte Stoßseufzer Burgsdorffs zeigt uns, daß er seine Stellung zu Beginn des Jahres 1651 für schwer erschüttert hielt. Noch aber vergingen drei Vierteljahre bis zu seinem Sturz, und diese Zeit lenkt unsere Aufmerksamkeit auf das letzte große politische Ereignis, das sich unter seiner Mitwirkung vollzog, nämlich den Krieg gegen den Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg im Sommer 1651.

Bis vor kurzem hat man Burgsdorff für einen Gegner dieses kriegerischen Unternehmens gehalten, hauptsächlich, weil man seine Klagen vom Januar 1651 über das Schwinden

---

[1]) Orlich, Geschichte des preußischen Staates im 17. Jahrhundert I, 536. Der Kurprinz Karl Emil wurde erst am 16. Februar 1655 geboren, fast genau drei Jahre nach Burgsdorffs Tode.

[2]) S. oben S. 212, 242.

seines Einflusses und über die Schwierigkeiten der Lage, von denen der Kurfürst nichts wissen wolle, mit den Vorbereitungen zu jenem Krieg in Verbindung brachte. Meinardus hat jedoch treffend darauf hingewiesen, daß diese Äußerungen nur auf die oranischen Streitigkeiten bezogen werden können. Er hat den Spieß dann umgedreht und will Burgsdorff nun als „die treibende Kraft der antineuburgischen Bewegung" ansehen.[1]) Wie weit diese Vermutung zutrifft, lasse ich dahingestellt sein. Mir scheint, der Kurfürst bedurfte kaum einer treibenden Kraft im antineuburgischen Sinne, weil er eine solche im eigenen Busen barg. Er hat den Gedanken, den gordischen Knoten der jülichschen Frage mit dem Schwerte zu durchhauen, offenbar lange mit sich herumgetragen. Daß Burgsdorff in diese geheimen Pläne eingeweiht war, ist bei seiner Vertrauensstellung zwar wahrscheinlich, aber nicht nachweisbar. Wenn wir zwei Äußerungen aus dem November 1650 wörtlich nehmen dürfen, hätte der Kurfürst den Schleier des Geheimnisses damals noch „vor keinem einzigen Menschen, selbst nicht seinen Intimis" gelüftet.[2]) Mochte nun Burgsdorff zu diesen zählen

---

[1]) P. R. IV, Einleitung S. 40, 42, 56.

[2]) Die eine dieser Äußerungen findet sich in einem Briefe Burgsdorffs an die märkischen Stände vom 30. November 1650, U. A. V, 444. Hier behauptet Burgsdorff bei der Ermahnung der Stände zur Bewilligung kurfürstlicher Kontributionsforderungen, daß „S. Ch. D. solche rationes haben, die Sie bis dato, wie Sie sagen, keinem einzigen Menschen offenbaret haben". Die andere Äußerung entnehme ich einem Schreiben des Kurfürsten an die Mindensche Regierung vom 30. Oktober (9. November) 1650 im G. St. A., Rep. 32, 93. Hier heißt es ähnlich: der Kurfürst bedauere, die dem Lande (Minden) auferlegten Lasten, speziell die Militärforderungen, nicht mildern zu können. „Nachdem aber Unser gegenwärtiger Etat solches noch gar nicht leiden will und Wir nicht allein dahero, sondern auch aus gewissen Uns beiwohnenden, praestanten Motiven, die Wir noch zur Zeit keinem einzigen Menschen, auch Unsern Intimis selber nicht offenbaren können, zu einiger Reduzierung weniger Abführung Unserer Völker uns nicht entschließen können, so etc.". Hinter diesem sorgfältig gehüteten Geheimnis kann kaum etwas anderes als der Kriegsentschluß gegen den alten neuburgischen Gegner stecken.

oder von ihnen ausgenommen sein, jedenfalls hat er seinen Herrn bei den Vorbereitungen zu dem Feldzuge eifrig unterstützt. Besondere Mühe gab er sich, die Stände der Grafschaft Mark zum „Biß in den sauern Apfel" der Kriegskontributionen zu bewegen.[1]) Ohne eine gewisse Nachgiebigkeit glaubte er allerdings bei den Ständen, denen der Kamm durch ihre Erfolge von 1649 geschwollen war, nicht durchkommen zu können. In einzelnen Punkten gab der Kurfürst auch nach, z. B. bei der Ernennung eines Einheimischen zum Kommandanten von Hamm, bei der Ermäßigung der Servisansprüche der Garnison von Lippstadt und Aufhebung der Zölle auf aus- und durchgehende Waren. Einem bedeutsamen Begehren der Stände, nämlich der Vereidigung des Statthalters auf den Receß von 1649 widersetzte er sich jedoch so entschieden, daß es darüber zu einem scharfen, persönlichen Zusammenstoß mit Burgsdorff in einer Sitzung des Geheimen- bezw. des Kabinetts-Rates kam.[2]) Es zeigt sich auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß

---

[1]) Das folgende bis zum Schluß des Absatzes nach den Korrespondenzen in U. A. V, 2. Abschnitt.

[2]) Am 29. Januar / 8. Februar 1651. Burgsdorff berichtet darüber (U. A. V, 462): „Der Punkt wegen des Herrn Statthalters Eidesleistung ist vorbeigegangen, indem S. Ch. D. expresse die Wort herausgossen: Sie wolltens nimmer zugeben, viel lieber sehen, daß das Werk der Teufel holen möchte. Darauf ich als ein verpflichteter, treuer Diener geantwortet: Das stände bei S. Ch. D., die Stände wollten dann aber auch nicht halten, was sie wegen der alten Schulden auf sich genommen, zu bezahlen. Dabei habe ich dieses angezogen, daß die Stände zum öfteren vorbringen lassen, daß sie sich noch zur Zeit mit keinem Eide an S. Ch. D. verwandt gemacht hätten, sondern nur mit einem Handschlage. Es ist aber diese meine Rede fast von S. Ch. D. übel aufgenommen worden, als wenn es nicht sollte geschehen sein, da doch Gott zuvörderst und den dabei seienden Räthen ein besseres bekannt, auch diese Sache noch zuletzt in Wesel bei S. Ch. D. Anwesenheit vorgangen. Es ist wohl zum Erbarmen, daß S. Ch. D. von teils bösen Leuten auf dergleichen böse Dinge verleitet werden und zu Ihrem größten Schaden sich also leiten lassen und anderen ehrlichen alten Dienern gleichsam nicht Gehör gegeben wird. Der große Gott bessere es und thue S. Ch. D. die Augen auf, auf daß Sie dem vorstehenden Unglück entfliehen mögen. Amen, amen."

der Kurfürst in allen seine Hoheitsrechte betreffenden Fragen den Ständen so schroff wie nur möglich entgegentrat, während Burgsdorff, prinzipiell als Vorkämpfer des Absolutismus durchaus auf seiner Seite stehend, im einzelnen Fall dem suaviter in modo einen etwas größeren Spielraum zu gewähren bereit war. Übrigens hatte diese schroffe Politik im vorliegenden Falle keinen Erfolg. Sie trieb die märkischen Stände nur den klevischen und beide vereint den Generalstaaten in die Arme, wo sie einen kräftigeren Schutz ihrer Privilegien zu finden hofften als bei ihrem Landesherrn.

Ebenso erfolglos verlief das diplomatische Vorspiel des neuburgischen Krieges, das auf eine Verständigung mit Kursachsen über die jülichsche Erbschaft abzielte. Bekanntlich gehörte der Kurfürst von Sachsen mit zu den Prätendenten auf diese Erbschaft, wenn er auch bisher leer bei ihr ausgegangen war. Als sich nun der Brandenburger anschickte, sie ganz einzustecken, hielt er es für geraten, den sächsischen Mitbewerber vorher abzufinden, um sich den Rücken gegen ihn zu decken. Er bot ihm deshalb eine beträchtliche Geldsumme und dazu eventuell noch mehrere magdeburgische Ämter an und ließ ihn nebenher sondieren, wieweit auf seine Hilfe zu rechnen sei, falls von katholischer Seite irgend ein Anschlag gegen den westfälischen Frieden unternommen würde. Mit diesen Aufträgen wurde Konrad von Burgsdorff im März 1651 an den sächsischen Hof gesandt.[1]) Es ist seine letzte diplomatische Mission, von der wir Kunde haben. Sie endete ebenso erfolglos, wie der Versuch Friedrich Wilhelms, bei einer Zusammenkunft mit Johann Georg von Sachsen im April 1651 seine Wünsche persönlich durchzusetzen.

Vom 6. April 1651 datiert ein eigenhändiger Brief des Kurfürsten an seinen „lieben Ober-Kämmerer“, in dem er um baldige Rückkehr aus Dresden gebeten wird, um ihn, den Kur-

[1]) Instruktionen vom 27. Februar und 13. März 1651, U. A. VI, 15, 17.

fürsten, im Mai nach Spaa zu begleiten.[1]) Es ist der letzte uns erhaltene „gnädige Gruß" des Herrn an seinen langjährigen, vertrauten Diener. Burgsdorff begleitete den Kurfürsten nach dem Westen, zwar nicht ins Bad, sondern auf den Kriegsschauplatz, aber unseren Augen entschwindet er für die nächsten Monate völlig. Erst im Oktober sehen wir ihn, belastet mit der kurfürstlichen Ungnade, als einsamen Mann wieder nach Berlin zurückkehren. Von den dazwischen liegenden, für ihn so bedeutungsvollen Ereignissen können wir uns infolgedessen nur ein sehr unvollkommenes Bild machen. Militärisch hat er in dem neuburgischen Kriege keine Rolle gespielt; das läßt sich wohl mit Sicherheit behaupten. In den freilich nur sehr dürftig erhaltenen Kriegsakten kommt sein Name gar nicht vor. Kein Wunder, hatte er doch schon seit Jahren das Schwert in der Scheide stecken gelassen und den Kriegsmann mit dem Staatsmann vertauscht. Wieweit sein Rat als solcher vom Kurfürsten beansprucht und in welchem Sinne er erteilt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Er hatte Grund genug, dem Pfalzgrafen von Neuburg nicht gewogen zu sein[2]), und hat vermutlich der Durchführung des kriegerischen Unternehmens gegen ihn dieselbe thätige Beihilfe geliehen wie seiner Vorbereitung, ohne indes als ihr verantwortlicher Leiter angesehen werden zu dürfen.

Die entscheidende Wendung seines Schicksals hängt zweifelsohne nicht nur zeitlich, sondern auch ursächlich mit dem Eintritt des Grafen Georg Friedrich von Waldeck in den brandenburgischen Dienst zusammen. In ihm trat Burgsdorff zum erstenmal seit dem Tode Schwarzenbergs wieder ein überlegener Rivale gegenüber. Als Reichsfürst, von feurigem Temperament, mit großen Plänen im Kopf, war Waldeck von Anfang an entschlossen, die erste Rolle bei seinem neuen Herrn zu spielen. Seine Geheimratskollegen empfanden das sofort

---

[1]) U. A. VI, 18.

[2]) Vgl. Meinardus P. R. IV, XLI.

und empfingen ihn mit offener oder schlecht verhehlter Mißgunst. Keiner stand ihm mehr im Wege als Konrad von Burgsdorff. Für beide zusammen war nebeneinander kein Platz. So arbeitete Waldeck auf den Sturz seines Nebenbuhlers hin. Zum Hause Oranien von früher her in Beziehungen stehend, ein entfernter Verwandter und schwärmerischer Verehrer der Kurfürstin Luise, verband er sich mit der oranischen Partei am Hofe, um den Gegner zu vernichten. Bezeichnend ist, daß auch er seine spitzesten Pfeile nicht gegen den Politiker Burgsdorff richtete. Er griff vielmehr die in jenen Kreisen gegen Burgsdorff ausgesprengten Verleumdungen auf, stellte dem Kurfürsten vor, daß sich sein Oberkammerherr die abscheulichsten Roheiten gegen seine Gemahlin erlaubt habe, und beantragte seine Entfernung vom Hofe und seine Entlassung aus seinen Ämtern.[1]) Friedrich Wilhelm hörte diese Beschuldigungen, wie wir wissen, nicht zum erstenmale, und ihr steter Tropfenfall hatte wohl angefangen, den Stein seines Vertrauens zu höhlen. Schon im September 1651 verlautete am polnischen Hofe das Gerücht, der Kurfürst habe die beiden Brüder Burgsdorff „abgeschafft und an dero Statt junge Leute, die sich durch neue, hitzige Consilia bei ihm angenehm zu machen suchten, angenommen.[2]) Im Oktober fiel dann der entscheidende Schlag.[3]) Konrad von Burgsdorff erhielt durch seinen Bruder Georg Ehrenreich die Weisung, das Hoflager in Kleve zu verlassen und sich nach der Mark Brandenburg zu begeben.

Über die schwerwiegende Bedeutung dieses Befehls scheint er sich anfangs nicht recht klar gewesen zu sein. Er meinte, er sei nur „einiger Auflagen" wegen, „davon er sich noch durch göttliche Hilfe frei zu machen versichert halte", vom Hofe verbannt worden, aber im Besitz seiner Ämter ge-

[1]) Erdmannsdörffer, Graf Waldeck S. 56, Anm. 2. Zur Kritik dieser Bezichtigungen vgl. oben S. 329.

[2]) Bericht Hoverbecks vom 12. September 1651, U. A. VI, 98.

[3]) Das Folgende nach den Akten im G. St. A. Rep. 22, 13 d, deren wichtigste Stücke Meinardus in P. R. IV abgedruckt hat, S. 388 ff.

blieben und nahm deshalb ohne Bedenken an den Sitzungen des Geheimen Rates in Berlin teil. Erst das von Waldeck veranlaßte kurfürstliche Reskript über die Neuordnung des Geheimen Rates vom 4. Dezember 1651, das ihm gar keinen Platz in der reorganisierten Behörde anwies, öffnete ihm die Augen über die „Härte" der kurfürstlichen Ungnade. Er machte sich nun selbst mit dem Gedanken vertraut, „sofort alle seine politischen und Militär-Officia zu S. Ch. D. Füßen und Disposition zu legen und die Zeit seines Lebens sich stille und vollkommlich begnadigt und befriedigt zu halten", wenn der Kurfürst ihn den Komturen des Johanniterordens zum künftigen Herrenmeister vorschlagen wolle. Also eine Entlassung, aber in den ehrenvollsten Formen, die ihr wenigstens vor den Augen der Welt den Stachel nahm.

Es kam jedoch anders und viel härter. Die Kunde von der Teilnahme Burgsdorffs an den Berliner Geheimratssitzungen erschöpfte den Becher der Ungnade bis zur Neige. Sei es, daß der Kurfürst die Verbannung vom Hofe von Anfang an stillschweigend auch als eine Enthebung von seinen Ämtern angesehen hatte, sei es, daß er durch die Gegner des Verbannten zu weiteren Schritten gegen ihn verleitet wurde, am 5. Januar 1652 erging aus dem kurfürstlichen Kabinett an Joachim Friedrich von Blumenthal folgender, sehr deutlicher Befehl: Blumenthal solle Burgsdorff andeuten, daß sein Benehmen nach seiner Entfernung vom Hofe ganz ungehörig sei und der Kurfürst wohl Ursache habe, seine Ungnade zu vermehren. Nur mit Rücksicht darauf, daß er ein alter Diener sei, wolle er sich „vor diesmal noch bezwingen", verlange aber, daß Burgsdorff „durch die märkischen Geheimräte seinen Abschied selbst suchen sollte, welches, wenn er es thäte und zugleich selbst ein demütiges Schreiben an S. Ch. D. thäte und Dieselbe unterthänigst um Verzeihung bäte, daß er oft seinen Respekt vergessen und Dero hohe Gnade nicht besser zu mesnagiren wisse, S. Ch. D. alsdann ihn in Gnaden erlassen", ihm sein bisheriges Gehalt zeitlebens lassen und ihn gegen alle Feindseligkeiten und üble Nachreden in

Schutz nehmen werde. Ginge der Oberkammerherr nicht sofort hierauf ein, so würde ihn der Kurfürst mit höchster Ungnade treffen und „öffentlich abdanken“, d. h. also mit Schimpf und Schanden entlassen.

Blumenthal übernahm den Auftrag sehr ungern. Er gehörte auch zu denen, die von Waldecks Eintritt in den brandenburgischen Dienst keineswegs entzückt waren, und war anderseits gerade Burgsdorff zu Dank verpflichtet. Einem wiederholten kurfürstlichen Befehl jedoch gehorchend, machte er sich auf den Weg nach Berlin, wo er am Abend des 29. Januar 1652 eintraf. Am nächsten Morgen zwischen 6 und 7 Uhr begab er sich in Burgsdorffs Wohnung. Hier traf er einen schwerkranken Mann. Bettlägerig, „überaus wehmütig mit Vergießung vieler Thränen“ hörte der Oberkammerherr die Eröffnungen Blumenthals an und erklärte sich zu allem bereit, was von ihm verlangt werde. Noch an demselben Tage legte er feierlich in Gegenwart sämtlicher Mitglieder des Berliner Geheimen Rates seine Ämter nieder, wobei „seine letzten Worte, so er mit weinenden Augen von sich gegeben, diese gewesen, daß E. Ch. D., Dero herzliebsten Churfürstlichen Gemahlin er mit unterthänigster Treue und Devotion verbunden sein, bleiben, leben und sterben, auch ein so geruhsames Leben führen wollte, daß man kaum wissen sollte, ob er in der Chur- und Mark Brandenburg wäre.“[1]) Am Tage darauf, dem 31. Januar 1652, richtete er das ver-

[1]) Aus dem Bericht der Geheimen Räte an den Kurfürsten, P. R. IV, 440. Die persönlichen Ansichten der Geheimen Räte über den Sturz Burgsdorffs sind aus diesem geschäftsmäßig gehaltenen Bericht nicht zu erkennen. Einen warmen Verteidiger scheint der Gestürzte unter seinen Kollegen jedenfalls nicht gefunden zu haben. Wieweit die Äußerung Tornows zutrifft, daß in Berlin allgemeine Freude über den Sturz des Oberkammerherrn und besonders auch über die gleichzeitige Entlassung des märkischen Amtskammerpräsidenten Bernd von Arnim geherrscht habe, weil das Fortwirtschaften der beiden zum „völligen Ruin“ des Kurfürsten habe führen müssen, lasse ich dahin gestellt sein, da sie sich in einem Briefe an Waldeck findet, also von einem ausgesprochenen Gegner Burgsdorffs herrührt und für einen noch größeren bestimmt war. Vgl. Erdmannsdörffer, Graf Waldeck S. 57, Anm. 1.

langte „demütige Schreiben“ an den Kurfürsten. Es hat folgenden Wortlaut:

„E. Ch. D. unterthänigster, treugehorsamster, alter Diener und Knecht versterbe ich. Deroselben gnädigste Resolution und Wille ist mir gestern frühe von Dero Statthaltern des Fürstentums Halberstadt, dem Freiherrn von Blumenthalen, in meiner so großen Schwach- und Krankheit, darin ich mich jetzt befinde, mit mehrem angedeutet worden. Dabei ich dann mit großen Schmerzen zugleich wahrgenommen, wie meine Widerwärtigen und Verfolger E. Ch. D. in die ungleiche Gedanken und Meinung bracht, als ob E. Ch. D. ich nicht allein hiebevorn nicht genugsamen, gebührenden, unterthänigsten Respekt und Gehorsam erwiesen, sondern auch bishero eines und das andere gleichsam vorsätzlicher Weise begangen und geredet, so wider E. Ch. D. Hohe Churf. Autorität und meine unterthänigste Schuldigkeit laufen thäte. Ich rufe hierüber meinen Gott zum Zeugen an und verzeihe mir hier zeit- und dort ewiglich aller seiner Gnade, wann mir ein solches jemals in Sinn kommen, geschweige dann, daß ichs vorsätzlicher Weise thun sollen noch wollen; und dahero wird mirs in Ewigkeit nicht können dargethan und bewiesen werden. Ich kann vielmehr, jedoch ohne üppigen Ruhm, mit meinem Gewissen bezeugen, daß ich die Zeit meines Lebens nach nichts so sehr als nur dahin gestrebet, wie E. Ch. D. höchstseligen Herrn Großvatern und Herrn Vatern und E. Ch. D. samt Dero höchstgeehrtesten Gemahlin und ganzem Höchstgeehrtestem Churhause nach allem meinem Vermögen und Kräften ich unterthänigst treulichst dienen und jederzeit respectiren mögen. Mein Gewissen ist hierin rein und will vor Gottes Angesicht deromalneins desfalls Rechenschaft geben und antworten.

„Daß ich aber bis hieher meine Chargen continuiret und nicht selbsten resigniret, das ist auf E. Ch. D. gnädigsten Befehl, (den Sie mir bei meinem Abzuge von Cleve durch erwähnten Freiherrn von Blumenthalen gnädigst geben und sagen ließen, ich sollte nur herausziehen, Sie könnten mir damals keine Audienz geben, ich hätte auch nicht Ursache zu klagen,

ließen Sie mir doch alle meine Chargen und Dignitäten), und gar nicht vorsätzlicher Weise, davor mich Gott gnädig behüte, geschehen.

„Weil ich nun aber so viel sehe, daß meine Widerwärtigen nicht in Ruhe stehen werden, ich habe dann alle meine Chargen quittiret, ich auch nunmehr alt und wegen meiner schweren Krankheiten unvermögen werde, als stelle in E. Ch. D. gnädigstes Belieben, wie Sie es mit mir anfangen und ob Sie mich solcher meiner Chargen und Dienste nunmehr gnädigst erlassen wollen. Ob ich zwar hinfüro, wann solches geschiehet, nicht mehr E. Ch. D. unterthänigster wirklicher Diener möchte können genennet werden, so will und werde ich dennoch Derselben unterthänigster, treugehorsamster Vasall und Knecht versterben und vor E. Ch. D., Deroselben höchstgeehrteste Gemahlin, und daß Gott durch männliche Leibeserben Deroselben hohes Churfürstliches Haus und Stuhl befestigen und sonsten alles Churfl. hohes Wohlergehen gnädigst widerfahren lassen wolle, Tag und Nacht bis an mein Ende flehen und bitten.

„Ich bin jetzto über die Maßen schwach und krank, als ich noch die Zeit meines Lebens nicht gewesen, habe dahero mit großer Mühe meinen Namen kaum mit drei Buchstaben unterschreiben können; ich muß mit Geduld erwarten, wie es Gott mit mir wird schicken wollen.

„Wann mir Gott von diesem Lager und Krankheit wieder aufhilft und E. Ch. D. mich meiner Chargen gnädigst erlassen werden, so trage zu Derselben ich das unterthänigste feste Vertrauen, Sie werden mich armen, alten Cavalier nicht verlassen, sondern Ihrer gnädigsten Vertröstung nach die Zeit meines Lebens mir solchen Unterhalt gnädigst darreichen und geben, daß ich in meinem hohen Alter nicht Not und Armut leiden dürfe: allermaßen Dieselbe ich dann darum um Gottes willen unterthänigst bitten und ohne Maßgeben und Vorschreiben in Dero gnädigsten Gefallen unterthänigst stellen thue, ob ich solchen Unterhalt teils aus den Tangermündischen, teils demjenigen Anteile, so E. Ch. D. von den Lentzenschen Zollgefällen

zukommt, jährlich erheben und bekommen soll; worüber E. Ch. D. mir ohn Zweifel Dero gnädigste Resolution ehestes werden gnädigst widerfahren lassen.

Schließlich und inmittels bitte E. Ch. D. ich um Gottes und des jüngsten Gerichtes willen, Sie wollen doch Ihre wider mich gefaßte Ungnade fahren lassen; ich will darauf leben und sterben, begehre auch, daß mich Gott von seinem Angesicht verstoßen wolle, wann wider E. Ch. D. und Deroselben höchstgeehrteste Gemahlin ich jemals etwas vorsätzlicher Weise begangen und gethan. Habe ich gesündigt und E. Ch. D. zur Ungnade bewogen, so ist es meiner menschlichen Schwachheit und keinem Vorsatze zuzuschreiben. Ich versterbe E. Ch. D. unterthänigster, treubeständigster alter Diener und Knecht

C. v. B."

Die Sprache dieses Briefes und der zitternde Schnörkel der Unterschrift verraten uns einen seelisch und körperlich gebrochenen Mann, der seine letzte Kraft einsetzt, um seinen guten Namen zu retten. Eine müde Resignation klang schon aus seinen Klagen vom Januar 1651. Im Februar dieses Jahres setzte er sich hin und machte sein Testament. Gedanken an ein nahes Ende mögen damals in ihm aufgestiegen sein. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieses Nachlassen der körperlichen und damit verbunden wohl auch der geistigen Kräfte nicht ohne Einfluß auf den matten Widerstand war, den Burgsdorff den Angriffen seiner Gegner in den verhängnisvollen Herbstmonaten des Jahres 1651 entgegensetzte. Jetzt traten zu den Sorgen um Ehre und Leib noch andere. Stark verschuldet, wie er war, sah er sich, seiner einträglichen Stellung beraubt, auch einem finanziell sorgenvollen Lebensabend gegenüber. Er ließ deshalb den Kurfürsten durch Blumenthal bitten, ihm jährlich 4000 Thaler Ruhegehalt zu gewähren und ihm außerdem zu erlauben, einer Einladung des Kurfürsten von Sachsen, des Herzogs von Braunschweig oder der braunschweigischen Herzogin-Witwe von Schöningen, „etwa auf ein Jagen oder sich sonsten ein vier oder sechs Wochen bei Dero

Hof sich aufzuhalten", Folge leisten zu dürfen. Darauf erfolgte von Kleve aber ein ablehnender Bescheid. Was den ersten Punkt beträfe, heißt es darin, habe Burgsdorff selbst oft gesagt, er bekäme jährlich nicht mehr als 3000 Thaler; wäre er noch im kurfürstlichen Dienst, so würde er sich bei der jetzigen allgemeinen Gehaltsreduktion auch einen Abzug haben gefallen lassen müssen, wozu er sich früher vielfältig erboten habe. Da er nun nicht mehr im Dienste sei, hätte er es für eine Gnade zu halten, wenn der Kurfürst ihm jährlich 2000 Thaler Zeit seines Leben ließe, „in mehrerer Betrachtung, daß er ohne das von Uns und Unserem churfürstlichen Hause viel stattliche Begnadigungen und beneficia erlangt hätte, so daß er mit 2000 Thalern gut zufrieden sein könne". Der anderen in der That etwas seltsam klingenden Bitte hatte Burgsdorff sofort beschwichtigend hinzugefügt, er wolle nicht in fremde Dienste übertreten, sondern stille weg leben. Der Kurfürst bemerkte aber dazu: „Der andere Punkt kommt Uns nicht wenig fremd vor, und stimmet solch Begehren mit dem Erbieten, so er durch Unsere statthaltenden geheimen Räte Uns hinterbringen lassen, und mit der Schuldigkeit eines Unterthanen gar nicht überein. Er hat auch selbst in der Chur-Brandenburg so schöne Güter, da er gnugsam jagen und sich verlustigen kann; dannenhero würde Uns recht mißfällig sein, wann er sich in einige fremde Dinge mischen wollte, welches Ihr ihm gebührend zu hinterbringen nicht unterlassen werdet."

Diese ungnädige Antwort auf das demütige Schreiben des einst so mächtigen Günstlings verfehlte jedoch ihr Ziel. Als sie im kurfürstlichen Kabinett, der Stätte seiner langjährigen Thätigkeit, ausgefertigt wurde, war er bereits jeder Möglichkeit einer Einmischung in fremde Dinge entrückt und lag stille hingestreckt auf der Bahre. Am 11. Februar 1652 war er „Abends nach 7 Uhren in wahrer und gläubiger Anrufung seines Erlösers Jesu Christi durch einen sanften und stillen Tod von diesem Jammerthal abgefordert worden, nachdem er noch auf seinem Siechbette vor Gott und den Umstehenden

gar hoch contestiret, wie ihm niemals in Sinn gekommen, S. Ch. D. aus Vorsatz im allergeringsten zu beleidigen".

In einem schrillen Mißklang tönt das vertraute Freundschaftsverhältnis zwischen dem fürstlichen Herrn und seinem lieben Oberkämmerer, die sich einst wie ein paar unzertrennliche Waffengenossen ihre Waffen auf den Todesfall vermacht hatten, aus. In kühler Zurückhaltung antwortete der Überlebende der Witwe des Verstorbenen auf die Todesanzeige:[1]) „Nun hätten Wir ihm zwar das Leben zu Euerem und der seinigen Angehörigen Trost gern länger gönnen mögen. Weil es aber die göttliche Allmacht anders verordnet, als werdet Ihr Euch diesem ihrem Willen, wie Wir nicht zweifeln, christlich unterwerfen. Was aber die Ungnade, derer Ihr gedenket, betrifft, so wollten Wir wohl wünschen, daß Wir niemalen Ursach dazu gehabt hätten."

Kamen die Unschuldsbeteuerungen des Gestürzten aus aufrichtigem Herzen oder hat er, wie so oft im Leben, auch noch auf der Schwelle des Todes ein großsprecherisches Wesen nicht verleugnen können? Lassen wir alle Sentimentalität beiseite, die sich angesichts des tragischen Ausgangs unseres Helden in eine unbefangene Beantwortung dieser Frage einzudrängen droht. Nach dem, was wir oben bemerkt haben, werden wir seine letzten Worte nicht Lügen zu strafen brauchen. Aus Vorsatz hat er sicherlich die Ehrfurcht gegen den Kurfürsten und seine Gemahlin nicht verletzt. Hat er dennoch in dieser Hinsicht gefehlt, so ist es aus menschlicher Schwäche geschehen, von der ihn freizusprechen wir die letzten sind und die er in diesem Falle hart genug hat büßen müssen.

In dem Auftrag an Blumenthal giebt der Kurfürst als Grund für seine Ungnade gegen Burgsdorff nur an, daß dieser oft den Respekt vergessen und die kurfürstliche hohe Gnade nicht besser zu mesnagieren gewußt habe. Auch Waldeck scheint seinen Angriff gegen ihn auf diesen Punkt konzentriert zu haben.

---

[1]) Kleve, 26. Februar 1652, G. St.-A. a. a. O.

Von irgend welcher Verstimmung über die politischen Ansichten oder Ratschläge Burgsdorffs ist in den gesamten offiziellen Akten über seinen Sturz mit keiner Silbe die Rede. Damit ist natürlich aber noch nicht erwiesen, daß politische Gründe bei dem Ereignis nicht in Frage gekommen sind. Im Gegenteil, von Waldeck ist ganz sicher anzunehmen, daß er nicht als Respektwächter des Kurfürsten oder nur als diensteifriger Ritter der Kurfürstin den Vorstoß gegen Burgsdorff unternahm, sondern als politischer Nebenbuhler und als Werkzeug der oranischen Partei. Und auch der Kurfürst selbst wird sich kaum durch Erwägungen persönlicher Art allein haben bestimmen lassen, seine Hand von dem langjährigen Vertrauten, dessen Charakter er doch genau kannte, wegzuziehen. Was freilich alles zusammengewirkt hat, läßt sich nur vermuten, und die Erörterung über diesen wichtigen Punkt im Leben Burgsdorffs, bei dem wir den Mangel an authentischem Quellenmaterial zu beklagen haben, knüpft am besten an einen Rückblick an, in dem wir versuchen wollen, unser Urteil über seine Persönlichkeit und seine Bedeutung als Staatsmann kurz zusammenzufassen.

* *

*

Als ein müder und gebrochener Mann schloß Konrad von Burgsdorff die Augen zum ewigen Schlummer, aber eine vollsaftige, kraftstrotzende Persönlichkeit sank mit ihm ins Grab. Er war der Sohn einer rauhen Zeit, die dem Idealismus wenig hold, der Verwilderung der Charaktere aber um so günstiger war. Auch sein Leben ist reicher an Sturm als an Sonnenschein gewesen, und nicht nur sein Thun und Lassen, sondern auch seinen Charakter haben wir im Spiegel der Zeit zu betrachten, wenn wir ihm unbefangen gerecht werden wollen.

Kernig und knorrig, wie so manche Eiche, die im Boden des märkischen Junkertums wurzelt, tritt er uns entgegen, ein

selbstbewußter, trutziger Gesell, dem nichts Schablonenhaftes anhaftet. Unerschrocken tritt er vor die Großen der Welt, so z. B. vor Wallenstein, den er durch sein „vieles Schreien“ nervös macht. Als unbequemer Untergebener fügt er sich schwer unter das Joch der Disziplin, das ihm Schwarzenberg aufzwingt. Mit grimmigem Haß verfolgt er seine Feinde, vor allem den Anhang des gestürzten Herrenmeisters. Wo es not thut, entfaltet er eine rücksichtslos durchgreifende Energie. Moritz August von Rochow wußte ein Lied davon zu singen.

Nicht immer bot sich ihm die Gelegenheit, seine überschüssige Kraft in den Dienst einer so guten Sache zu stellen, wie bei dem „geschwinden Streich in Spandau“ vom Jahre 1641. Der perennierende Krieg mit seinem beständig drohenden „heute rot — morgen tot“ zog ein Soldatengeschlecht groß, das dem Materialismus in den mannigfachsten Formen huldigte. Leben und leben lassen, keinen Genuß verschmähen und egoistisch für sich sorgen, war die Parole, zu der sich auch Burgsdorff lange genug bekannte. In seinen letzten Lebensjahren scheint er sich mehr von ihr abgewandt zu haben. Wir kennen seine Klagen über das „unordentliche Leben in dem verfluchten Lichtenberg“ 1648. Zu derselben Zeit schreibt er einmal, er werde zwei jungen Leuten, einem Leutnant von Glasenapp und einem Hofjunker von Walsleben, die beim Trunk in Streit geraten waren und sich duelliert hatten, ordentlich die Köpfe waschen: „Die Bursche meinet, wann es säuft und sich nicht dabei schläget, so wären es keine Kavaliere nicht.“[1]) In seinem Testament bestimmt er, daß sein Begräbnis billig seinem Stande und Chargen nach, doch ohne große Üppigkeit und Verschwendung gehalten werden solle, und „bevorab daß auf solch mein Begräbnis man sich des Lasters des leidigen Vollsaufens enthalten soll und mag“.[2]) Diese Erkenntnis hat ihn aber nicht von Jugend an durch das Leben begleitet. Wenn wir auch dem Zerrbild seiner

[1]) Burgsdorff an Ewald von Kleist, 21. Juli 1648, U. A. IV, 825.
[2]) Siehe Beilage 9.

Gegner keinen Glauben zu schenken brauchen, die ihn als einen Gewohnheitssäufer der schlimmsten Art schildern, so wird er doch nicht immer auf dem Standpunkt gestanden haben, nur für einen „guten reinen Trunk Moseler“ zu schwärmen, den ihm das Stein- und Milzleiden seiner späteren Jahre aufnötigte.[1]) Er wird vielmehr, gleich den meisten seiner Zeitgenossen, besonders unter den höheren Militärs, unbedenklich dem materiellen Lebensgenuß gefröhnt haben, wo sich ihm die Gelegenheit bot, und vor Üppigkeit und Verschwendung nicht zurückgeschreckt sein.

Die Mittel dazu mußte ihm zum größten Teil der Dienst verschaffen, da er von Haus aus zwar begütert, aber doch nicht gerade glänzend gestellt war. Als Regimentsinhaber trieben die Obersten zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges das Kriegshandwerk ja vielfach lediglich als eine Spekulation, um ihre Taschen zu füllen. Auch Konrad von Burgsdorff hat über der idealen Seite, die ihm die Waffe zum Kampfe fürs Vaterland in die Hand drückte, diese materielle Seite bei seiner Thätigkeit als Kriegs- und ebenso als Staatsmann nicht vergessen. Er war auf die Vermehrung seines Vermögens eifrig erpicht und nutzte die Fürstengunst und seine einflußreiche Stellung am Hofe als Finanzquellen weidlich aus.[2]) Wie bei so manchem seiner Kameraden hieß es freilich auch bei ihm: wie gewonnen, so zerronnen. Je größer die Einnahmen, desto größer auch die Ausgaben. Er kam aus den Schulden nicht heraus. Die Ordnung seines Nachlasses war ein schweres Stück Arbeit. Es bedurfte eines besonderen kurfürstlichen Indultum moratorium, um die Konkurserklärung zu verhüten,

[1]) Vgl. hierzu die Bemerkungen oben S. 315. Übrigens war seine Gesundheit keineswegs so robust, wie man das bei einem gegen Sturm und Wetter abgehärteten Kriegsmann voraussetzen sollte. Schon als Dreißiger klagt er häufig über Kopf- und Halsschmerzen, Fieber und Rheumatismus. Auch das Steinleiden, das ihn später so sehr plagte, stellte sich früh ein, warf ihn oft wochenlang aufs Krankenlager und veranlaßte ihn zu mancher Sauerbrunnenkur.

[2]) Siehe Beilage 10.

und noch nahezu 20 Jahre nach seinem Tode hören wir von einzelnen unbefriedigten Gläubigern.[1]) Seine Witwe suchte den schlechten Stand seiner Finanzen dadurch zu erklären, daß seine fortwährend angestrengte Thätigkeit im Staatsdienst ihm keine Zeit gelassen habe, sich um die Ordnung seiner Privatverhältnisse zu kümmern. Bis zu einem gewissen Grade werden wir diese Entschuldigung gelten lassen dürfen. Auch hat ihn sein Amt als Oberkammerherr entschieden zu manchen Ausgaben genötigt, die wir modern als Dienstaufwand bezeichnen würden. Aber trotz dieser mildernden Umstände bleibt er von dem Typus eines sorg- und sparsamen Haushalters weit entfernt.

Noch in einer anderen Hinsicht spricht das Kind des Lagers aus seinem Charakter. Die höfische Zucht, in der er aufgewachsen, hatte das Eckige und Kantige seiner Natur nicht abgeschliffen, und auch später, an die Spitze der brandenburgischen Hofverwaltung gestellt, war er alles andere eher als ein glatter, geschmeidiger Höfling. Von ehrfurchtsvollem Respekt erfüllt gegen seinen kurfürstlichen Herrn und, woran nicht zu zweifeln, auch gegen die Kurfürstin Luise, frei von Roheit und Gemeinheit, die ihm seine Widersacher vorwarfen, trug er doch eine gewisse soldatische Derbheit zur Schau, die die Grenzen urwüchsiger Frische oft genug überschritten haben wird. Damit verband sich eine Neigung zum Bramarbasieren, die sich besonders in seinen jungen und mittleren Jahren bemerkbar macht. Es steckte in ihm ein Stück vom miles gloriosus, der mit der Zunge die Thaten verrichtet, die seinen Händen nicht beschieden sind. Später, seitdem er das Schwert nicht mehr zog, scheint sich diese Eigenschaft mehr verloren zu haben. Noch im Jahre 1645 machte er indes auf einen französischen Diplomaten den Eindruck eines eitlen Mannes.[2]) Wortschwall

---

[1]) Nach den Akten im G. St.-A. Rep. 22, 13 d. Näheres hierüber in Beilage 9.

[2]) So schildert ihn der Vicomte von Bregi in einem Briefe an Mazarin, U. A. II, 10.

und Umständlichkeit bleiben seinen Berichten und jedenfalls auch seiner mündlichen Rede bis zuletzt gewahrt. Diese Eigentümlichkeit teilt er aber mit der Mehrzahl der zeitgenössischen Skribenten. Der bureaukratische Stil des 17. Jahrhunderts hat unendlich viel Papier und Tinte verschlungen.

Über die geistigen Fähigkeiten Konrad von Burgsdorffs hat sein Schwager Friedrich von Löben einmal folgendes Urteil gefällt:[1] „Er ist ein ehrlicher Mann, der seinem Herrn getreulich dient; er hat zwar nicht viel studiert, aber die lateinische und französische Sprache versteht er; hat auch einen guten, natürlichen Verstand; ist zwar reformiert, aber um der Religion willen wird er sich nicht brennen lassen; er ist ein guter Hofmann und kann seine Sachen wohl verrichten, wann er verschickt wird“. Dieses Urteil wird man nur unterschreiben können. Ein Zug ursprünglicher Frische geht durch sein Wesen, der sich oft in behaglichem, mitunter derbem Humor und schlagfertigem Witz äußert. Er muß als „Junker Kurt“ ein unterhaltender Gesellschafter gewesen sein. Viele Bemerkungen in seinen Berichten treffen den Nagel auf den Kopf, ein Zeichen dafür, daß ihn die Natur mit einer guten Dosis gesunden Menschenverstandes ausgestattet hatte. In den Debatten des Geheimen Rats entwickelt er klar und überzeugend seine Ansichten und würzt sie mit manchem glücklich geprägten Schlagwort. Seine Soldaten verehrten ihn, soweit wie dies damals möglich war, wo er ihnen statt des Brotes so oft Steine bieten mußte. Als Diplomat beobachtet er scharf Menschen und Dinge und weiß die Lage, wie beispielsweise 1644 in Preußen, geschickt auszunutzen. Es hat nicht an ihm gelegen, daß viele seiner diplomatischen Sendungen so ergebnislos verliefen.

---

[1]) Baltische Studien V, 2, S. 58, angeführt von Erdmannsdörffer, Graf Waldeck S. 55. Erdmannsdörffer betont, um die Unparteilichkeit des Urteils zu bekräftigen, daß Löben weder ein Gegner noch eine Kreatur Burgsdorffs war. Er hat wohl das nahe Verwandtschaftsverhältnis zwischen beiden übersehen, aber ich glaube auch, daß es kein Grund ist, an der Richtigkeit des Löbenschen Urteils zu zweifeln.

Eine umfassende Bildung wird man bei einem märkischen Junker des 17. Jahrhunderts, der früh die militärische Laufbahn einschlug, nicht erwarten dürfen. Dennoch war für Konrad von Burgsdorff in dieser Hinsicht besser gesorgt worden, als es bei der Mehrzahl seiner Standesgenossen der Fall gewesen sein dürfte. Die gemeinsame Erziehung mit dem Kurprinzen Georg Wilhelm führte ihn auf die Universität Frankfurt a/O. und bald nach Kleve. Die sich anschließende Kavaliertour nach Frankreich und wahrscheinlich auch nach England erweiterte seinen Horizont. Er war des Lateinischen und Französischen mächtig, wie wir hören. Weiteren Studien schob dann, wenn überhaupt Neigung dazu vorhanden war, das Getümmel des Dreißigjährigen Krieges einen Riegel vor. Auch als Beamter blieb Burgsdorff der Kavalier, der auf die Juristen als Rechenmeister und Federfuchser herabsah. Er ging aber keineswegs soweit, die Bildung geringzuschätzen oder gar zu verachten. Warm trat er 1643 für die Beibehaltung der Universität Frankfurt ein. „Er habe allezeit davor gehalten", bemerkt er ein anderes Mal in einer Geheimratssitzung, „daß Schulen und Kirchen wieder auf die Beine gebracht würden, hörten es täglich auf den Kanzeln, Gott könnte nicht besser um unserer Sünde willen entgegen gegangen werden." „Kinderzucht und Katechismus zu lehren, wäre hochnötig."[1]) Testamentarisch vermachte er der reformierten Schule in Berlin 2000 Thaler, deren Zinsen jährlich unter die Lehrer und die armen Schüler verteilt werden sollten.

Das führt uns schließlich dazu, noch ein Wort über seine religiösen Anschauungen zu sagen. Ich lege wenig Wert darauf, daß sein Leichenprediger ihn als frommen und guten Christen rühmt, der in seiner Kammer gegenüber dem Bette eine Tafel mit christlichen Sprüchen und Lebensregeln aufgehängt habe und dessen Gesang in der Kirche so fröhlich und getrost gewesen sei, daß man ihn durch die ganze Gemeinde hören konnte.[2])

---

[1]) P. R. II, 55, 111, 139.

[2]) Crell in dem hoch-adeligen Ehrengedächtnis auf Burgsdorff.

Dasselbe Bekenntnis eines gläubigen Christen und Anhängers der „rechten reformirten christlichen Religion“ findet sich aber auch in seinem Testament, in dem ein Legat von 3000 Thalern für die Prediger an der reformierten Dreifaltigkeitskirche in Berlin und von 2000 Thalern „für die rechten Armen, vornehmlich die Hausarmen“, in erster Linie die reformierten, in Berlin ausgesetzt wird. Als Regimentsinhaber bat er 1641 in Küstrin dringend um einen Feldprediger, damit die Soldaten nicht „wie das tumme Vieh in den Tag herein lebten“ und ihnen alle Tage bei Aufführung der Wachen Betstunden gehalten werden könnten.[1] In jungen Jahren vom lutherischen zum reformierten Bekenntnis übergetreten, verwahrte er den Großen Kurfürsten einmal energisch vor dem Verdacht, die Lutherischen nicht leiden zu mögen.[2] Er selbst scheint demnach für ein gutes Verhältnis zwischen den beiden evangelischen Konfessionen eingetreten zu sein. Von der Bedeutung und dem Werte der Religion war er jedenfalls durchdrungen, von der Wahrheit der evangelischen, speziell der reformierten Lehre fest überzeugt. Einen schlichten Glauben werden wir für ihn in Anspruch nehmen dürfen. Wie tief er in seinem Gemüt verankert war, läßt sich allerdings schwer sagen. Begnügen wir uns mit dem Ausspruch Löbens, daß er zwar reformiert war, sich um der Religion willen aber nicht brennen ließ.

So war die Persönlichkeit Konrad von Burgsdorffs beschaffen. Das Schicksal hat ihm einen bewegten Lebensweg beschert, der zu stolzer Höhe aufwärts führte. Von früher Jugend bis fast zum letzten Atemzuge war sein Denken und sein Thun dem Vaterlande gewidmet. Getragen durch die Freundschaft und das Vertrauen zweier Landesfürsten hat er ihnen mit dem Schwerte und der Feder gedient und sich nach Kräften bemüht, das schwanke Schifflein des brandenburgischen

---

[1] P. R. I, 260.
[2] P. R. I, 668.

Staates durch eine der stürmischsten Epochen hindurchsteuern zu helfen, die ihm überhaupt beschieden waren. Keinen Augenblick ist er dabei von der Bahn unerschütterlicher Treue und Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus abgewichen. Das wiegt als Ruhmestitel doppelt schwer in einer Zeit, in der das ubi bene ibi patria das Losungswort für nur gar zu viele deutsche Politiker und Soldaten war. Er war und blieb der treue märkische Vasall. Aber — aus den Kreisen des märkischen Adels hervorgegangen, hat er sich von den politischen Anschauungen seiner Standesgenossen früh losgelöst. Als Offizier und als Staatsmann trat er auf die Seite des aufstrebenden, absoluten Fürstentums und unterstützte es im Kampfe gegen äußere und innere Feinde, nicht zuletzt gegen seine eigenen frondierenden Standesgenossen, die in ihm deshalb einen Abtrünnigen von der guten Sache erblickten. Ein glänzender Kriegsruhm war ihm nicht beschieden. Der war damals überall anderswo, nur nicht unter den Fahnen des roten Adlers zu holen. Zudem waren seine militärischen Talente nicht eben groß. Seine strategische Weisheit war meistens zu sehr mit Vorsicht ausgepolstert, eigentlich in merkwürdigem Gegensatz zu seinem sonst so frisch zugreifenden Wesen.

Seine bleibenden Verdienste beruhen auf dem, was er als Diplomat und Staatsmann geleistet hat. Man hat bisher meist angenommen, daß er vor seiner Berufung zum Oberkammerherrn fast ausschließlich seinen militärischen Pflichten gelebt und somit als unerfahrener, politischer Neuling das Amt eines Kabinettsministers übernommen habe.[1]) Wir wissen, daß diese Annahme durchaus nicht zutrifft. Unter der Ära Schwarzenberg, während der letzten Regierungsjahre Georg Wilhelms, war er allerdings von den politischen Geschäften

[1]) So z. B. Erdmannsdörffer, Graf Waldeck S. 54 und noch neuerdings Philippson, Großer Kurfürst I, S. 165 („dieser wilde, energische Soldat ohne irgend welche Kenntnis der Zustände und leitenden Persönlichkeiten in Europa") und Heyck, Großer Kurfürst S. 21 („ein politisch beratender Militär").

fern gehalten worden. Vorher aber, besonders in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, war er mehr Diplomat als Soldat gewesen und hatte reichlich Gelegenheit gehabt, Menschen und Verhältnisse außerhalb der märkischen Grenzpfähle kennen zu lernen. Auf dem Felde der Diplomatie hat er mit Ehren bestanden. Hier zeigte er sich, wie auch Erdmannsdörffer zugiebt,[1]) durchaus kundig und geschickt, und es war, wie ich schon oben betonte, nicht seine Schuld, daß seine diplomatischen Erfolge seinen Bemühungen so oft nicht entsprachen.

Seine Leistungen als Staatsmann sind nicht ganz so hoch einzuschätzen. Große, schöpferische, politische Gedanken hat er nicht entfaltet. Lange Zeit verehrte er Hans Georg von Arnim als seinen Lehrer und Meister. Bei der bedeutsamen Wendung der brandenburgischen Politik im Jahre 1644 hat er den Anregungen Johann von Norpraths Folge gegeben. Die Gesamtbeurteilung seiner Bedeutung als Staatsmann hängt jedoch, wie mir scheint, von der Beantwortung zweier Fragen ab, von denen die eine mehr persönlicher, die andere mehr sachlicher Natur ist. Einmal: Welchen Anteil hat er an der Leitung der brandenburgischen Politik in den Jahren 1642—1651 (denn für jenes Urteil kommt nur diese Zeit in Betracht) gehabt? Sodann: In welcher Richtung haben sich seine politischen Anschauungen bewegt? Hat er fördernd oder retardierend in die Entwicklung des brandenburgischen Staates eingegriffen?

Die erste Frage ist nicht leicht zu beantworten. Der Leser meines Buches wird mir hoffentlich das Zeugnis nicht versagen, daß ich mir redlich Mühe gegeben habe, den Anteil an Initiative und Verantwortung festzustellen, der jedem der an der Leitung der brandenburgischen Politik in jenen Jahren beteiligten Faktoren zukommt. Er mag überzeugt sein, daß ich selbst am klarsten erkenne und am meisten bedauere, daß mir die Lösung dieser Aufgabe in mancher Hinsicht nur so unvollkommen gelungen ist. Aber das Gewebe dieser Faktoren ist

[1]) Graf Waldeck S. 55.

eben so verfilzt, daß es unmöglich ist, alle seine Fäden jetzt sauber wieder aufzutrennen und einzeln durch die Finger gleiten zu lassen.

Welch bunte Reihe von Persönlichkeiten, welche Fülle verschiedenartiger Bestrebungen und Interessen taucht in dieser Epoche brandenburgischer Geschichte vor uns auf! Da sehen wir zunächst Schwarzenberg seinen verlorenen Posten mit Mut und Würde verteidigen, während die Damenpartei am Hofe in Königsberg den jungen Kurfürsten in ihre Netze zu ziehen sucht. Ständische Einflüsse machen sich bemerkbar. Unter den berufenen Ratgebern, den Mitgliedern des Geheimen Rates herrscht keineswegs immer Einigkeit. Aus dem Schoße dieser Behörde löst sich das „Kabinett“ los, das durch seine ständige enge Fühlung mit dem Herrscher naturgemäß in demselben Maße an Bedeutung gewinnt, wie der in Berlin jahrelang verwaiste Geheime Rat an ihr verliert. Die Verbindung Friedrich Wilhelms mit Luise von Oranien ruft eine oranische Partei am Hofe ins Leben. Einzelne höhere Militärs oder Diplomaten drängen berufen oder unberufen ihren Rat auf. Dazu kommen die Bemühungen der fremden, deutschen und ausländischen Mächte, Brandenburg in ihren Interessenkreis zu ziehen, es freundschaftlich zu gewinnen oder ihm rücksichtslos ihren Willen aufzuzwingen.

Über dieser vielköpfigen Gesellschaft nun mit ihrem offenen oder versteckten Treiben und Drängen erhebt sich die Persönlichkeit des jugendlichen Fürsten, von dessen politischen Lehrjahren man durchaus nicht, um ein bekanntes Sybelsches Bild zu gebrauchen, wie von der Schwimmschule eines jungen Fisches sprechen kann. Es ist im Gegenteil viel leichter, ihm im einzelnen Fehler und Mißgriffe nachzuweisen als aktenmäßig zu erklären, wie er im allgemeinen trotzdem erfolgreich oder wenigstens ohne Schaden aus den verschiedenen Krisen des ersten Jahrzehnts seiner Regierung hervorging. Gewiß hat er oft genug auf fremden Rat gehört und Anregungen von rechts und links stattgegeben; mehr als einmal hat er, unsicher tastend, Wege

eingeschlagen, die er über kurz oder lang wieder verließ, aber — und das ist das wichtigste — von Anfang an hat er sich trotz seiner Jugend nie einer bestimmten fremden Leitung unbedingt hingegeben. Durchdrungen von lebendigem Staatsbewußtsein und hochgespanntem Pflichtgefühl, voll von glühendem Ehrgeiz und fürstlichem Stolz, mit äußerster Zähigkeit — dieses Wort möchte ich besonders unterstreichen — an seinen Ansprüchen und Hoheitsrechten festhaltend, unermüdlich in der persönlichen Teilnahme an der Führung der Geschäfte,[1] hat er die Zügel der Regierung stets in der Hand behalten.

Konrad von Burgsdorff wäre der erste gewesen, der sie ihm hätte abnehmen können. Er besaß sein uneingeschränktes Vertrauen, er stand an der Spitze des Hofes und des Beamtentums, eine ungeheure Arbeitslast ruhte auf seinen Schultern, er wurde mehrfach, zuletzt noch 1651, bei Hofe für unentbehrlich erklärt. Im ungehinderten, beinahe täglichen mündlichen Verkehr mit dem Kurfürsten hat er in hunderterlei großen und kleinen Dingen zweifelsohne einen Einfluß ausgeübt, dessen Spuren sich für immer verwischt haben. Aber sein Rat ist nachweisbar oft genug nicht befolgt worden, und zwar nicht nur in Kleinigkeiten. Bei seinen Sendungen an fremde Höfe, z. B. nach Düsseldorf 1647, erhält er seine Direktiven aus dem kurfürstlichen Kabinett wie jeder andere brandenburgische Diplomat. Die schwedische Heirats-Kampagne Friedrich Wilhelms hat er offensichtlich nur mit sehr geringer Begeisterung mitgemacht. Wie weit er in den Plan des neuburgischen Krieges von 1651 eingeweiht war, wissen wir nicht. Mit einem Wort: ein getreuer Eckart, aber kein weiser Mentor, ein einflußreicher Ratgeber, aber kein Günstling von der Allmacht eines Schwarzenberg

[1]) Nach den Bemerkungen Erdmannsdörffers in seiner Biographie des Grafen Waldeck S. 124 könnte es scheinen, als ob erst Waldeck seinen fürstlichen Herrn zu einer intensiven persönlichen Teilnahme an den Staatsgeschäften veranlaßt habe. Die Protokolle und Relationen des Geheimen Rates lassen aber noch deutlicher als die Schriftstücke der „Urkunden und Aktenstücke“ erkennen, daß diese persönliche Teilnahme schon in der ersten Periode seiner Regierung eine außerordentlich rege war.

oder Danckelmann, dem die Verantwortung für die brandenburgische Politik der Jahre 1642—1651 allein zuzuschieben ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Frage zurückkommen, die ich schon oben aufgeworfen habe,[1]) die Frage nämlich, in welchem Maße politische Gründe den Kurfürsten zu der Entlassung Burgsdorffs mit veranlaßt haben. Die Vermutung drängt sich unwillkürlich auf, daß Burgsdorff nicht gestürzt worden wäre, wenn Friedrich Wilhelm im Sommer 1651 als Sieger in Düsseldorf eingezogen wäre und als Preis des leichtsinnig heraufbeschworenen Kampfes Jülich und Berg eingeheimst hätte. Ich möchte diese Vermutung jedoch nicht ohne weiteres durch die andere ergänzen, daß Burgsdorff nun als Sündenbock für den Fehlschlag des Unternehmens geopfert worden sei. Graf Waldeck hätte seinen Angriff gegen ihn nicht wirkungsvoller führen können, als wenn er ihn für die verunglückte Politik des letzten Jahres verantwortlich gemacht hätte. Statt dessen eröffnet er die Parallelen persönlicher Beschuldigungen gegen ihn. Darin scheint mir ein Fingerzeig zu liegen, daß die Frage nach der Verantwortung für den neuburgischen Krieg dem Kurfürsten gegenüber eine sehr heikle war, indem diese Verantwortung nicht nur nominell, sondern auch thatsächlich dem Herrscher selbst zufiel. Friedrich Wilhelm wird an der Persönlichkeit Waldecks Gefallen gefunden und sich von seiner geistigen und politischen Überlegenheit über Burgsdorff bald überzeugt haben. So dürfte es zu erklären sein, daß die Wagschale des Grafen sank und die des obenein persönlich verdächtigten Oberkammerherrn jäh emporschnellte.

Diese Erwägungen haben uns schon von dem persönlichen auf das sachliche Gebiet hinübergeführt, und es erübrigt nur noch, einen kurzen Blick auf die Gesamthaltung der brandenburgischen Politik von 1640—1651 zu werfen, um danach das Verdienst des Kurfürsten und seines vornehmsten Mitarbeiters in diesen Jahren abzuschätzen. Die Politik dieses Zeitraums läßt, wie schon erwähnt, vielfach Folgerichtigkeit und Groß-

[1]) S. 343.

zügigkeit vermissen. Sie zeigt ein Hin- und Herlavieren zwischen verschiedenen Strömungen, sie enthält viele Ansätze, die keine oder nur mangelhafte Erfolge zeitigten. Aber so bereitwillig dies zuzugeben ist, so ist doch demgegenüber darauf hinzuweisen, daß ein Zickzack-Kurs der Politik Friedrich Wilhelms bis an sein Lebensende von den Verhältnissen aufgezwungen wurde und daß er noch oft genug Saaten ausstreute, ohne die Ernte zu erleben. Und ferner dürfen wir eine Reihe anderer Züge nicht übersehen, die ex ungue leonem, schon in seinen Anfängen den werdenden Großen Kurfürsten erkennen lassen. Er ringt sich aus der Abhängigkeit von den Parteien des Dreißigjährigen Krieges los und wird wieder Herr im eigenen Lande, er gürtet sich das Schwert um und zückt es, freilich vorläufig noch ohne Erfolg, er tritt den ständischen Machtgelüsten entgegen und versucht, den rocher de bronce des absoluten fürstlichen Dominats aufzurichten, er sprengt den engen Rahmen einer spezifisch brandenburgischen Territorialpolitik und tritt als Beachtung erheischender Mitspieler auf die Bühne der europäischen Diplomatie, er bemüht sich, Beziehungen zu fremden Mächten anzuknüpfen und den Grund zu einer deutsch-evangelischen Unionspolitik zu legen. Alles Probleme, an denen er sich bis an das Ende seines Lebens mit größerem oder geringerem Erfolge noch weiter abmühen sollte.

Und gerade in allen diesen Punkten hat ihm Konrad von Burgsdorff verständnisvoll zur Seite gestanden. Hier hat er Anregungen gegeben oder empfangen und ausgeführt. Hier hat er als Staatsmann sein Bestes geleistet und, wenn im einzelnen auch nicht immer glücklich, doch im allgemeinen fördernd in die Geschicke des brandenburgischen Staates eingegriffen. Das sichert ihm trotz seiner menschlichen und sonstigen Schwächen[1]) ein ehrenvolles Andenken unter den Männern, die dem Großen Kurfürsten bei der Lösung seiner großen und schwierigen Lebensaufgabe hilfreich zur Seite gestanden haben.

[1]) Über die Vorwürfe, die ihm wegen der Vernachlässigung der inneren, besonders der Finanzverwaltung gemacht sind, vgl. Beilage 8.

Beilagen.

Das Material zur Zusammenstellung der folgenden Ahnentafel habe ich Königs genealogischer Sammlung auf der Kgl. Bibliothek zu Berlin Bd. 17 entnommen und aus den „Stammtafeln des uradeligen Geschlechts der Herrn von Burgsdorff, zusammengestellt von Alexander von Burgsdorff", Spandau 1892 (autographiert und nicht im Handel) ergänzt. Die Notizen und Daten über die Tochter Konrad von Burgsdorffs entstammen dem G. St.-A. Rep. 22, 18 d. Alle Daten sind nach dem alten Kalender angegeben.

Da die Geburtsdaten von Christoph Joachim und Ernst von Burgsdorff (Brüdern Konrads) nicht zu ermitteln waren, ist es zweifelhaft, an welchen Stellen des Geschwisterkreises sie einzuordnen sind. Christoph Joachim halte ich, abweichend vom Verfasser der „Stammtafeln", für den ältesten der Brüder. Er wird in einem allerdings nicht ganz korrekten Stammbaum bei König an erster Stelle genannt und trägt die Vornamen seiner beiden Großväter, während Konrad, drei Jahre nach der Eheschließung seiner Eltern geboren und nach seinem Urgroßvater genannt, wahrscheinlich der zweite Sohn war. Ernst wird, wie auch in den „Stammtafeln" und in einem andern Stammbaum bei König angegeben, vermutlich der dritte Sohn gewesen sein.

Nicht sicher beglaubigt ist ferner das Datum der Vermählung Konrad von Burgsdorffs mit Anna Elisabeth von Löben, der Schwester des bekannten brandenburgischen Staatsmannes Johann Friedrich von Löben, des „Verwesers" des Herzogtums Krossen. Das „hochadelige Ehrengedächtnis" Burgsdorffs von Crellius, das hierfür eigentlich eine einwandfreie Quelle sein müßte, nennt das Jahr 1636. Dann könnte die einzige Tochter aus dieser Ehe, Margarete Katharina, bei ihrer Vermählung mit dem Herrn von Canitz im Jahre 1653 höchstens 16 Jahre alt gewesen sein. Das ist auffallend jung und würde sie nach der testamentarischen Bestimmung ihres Vaters nebenbei auch finanziell erheblich geschädigt haben. Das Geburtsdatum dieser Tochter ist ebenfalls nicht bekannt; aus dem väterlichen Testament geht nur hervor, daß sie im Februar 1651 noch nicht 17 Jahre alt war. Nun ist die Ehestiftung Konrad von Burgsdorffs, in der er „sich mit seinem künftigen Schwiegervater Johann von Löben auf alle künftigen Fälle vereinigt und verglichen hat", vom 28. Dezember 1628 [7. Januar 1629] datiert. (Die Ehestiftung selbst ist nicht mehr vorhanden, nur das Konzept ihrer kurfürstlichen Bestätigung vom 24. März / 3. April 1629.) Jedenfalls war Burgsdorff also im Januar 1629 schon verlobt, und es ist unter normalen Verhältnissen wiederum auffallend, daß er, mit einem Ehekontrakt in der Tasche, sieben Jahre lang die Freuden des Brautstandes ausgekostet haben soll. Ein sicherer Schluß ist freilich auch aus diesem Umstand nicht zu ziehen, und somit läßt sich nur feststellen, daß seine Vermählung zwischen 1629 und 1636 erfolgt sein muß und wahrscheinlich 1629 stattgefunden hat.

1.

Ahnentafel und Stammbaum

Konrad von Burgsdorff auf Mellentin, Derzow und Hohenjesar, Landvogt der Neumark und Vogt von Küstrin, * 1489, † 1551.

Anna von Pfuel a. d. Hause Gielsdorf.

Hans von Sydow auf Schönfeld und Gossow.

Sophie von Steinwehr a. d. Hause Selchow.

Christoph von Burgsdorff auf Mellentin, Derzow und Hohenziethen, † 13. VI. 1590.

Anna von Sydow.

Alexander Magnus von Burgsdorff auf Hohenziethen, brandbg. Kapitän und Amtshauptmann zu Zehden, * 20. XII. 1567, † 9. XII. 1620.

vermählt

Christoph Joachim † 18 Woch. alt.

Konrad * 1. XII. 1595 † 1. II. 1652, vermählt mit

Ernst * ? † in venetianischen Diensten.

Anna Hedwig * 1599 † 16. IX. 1621 als Braut Werner v. d. Schulenburgs.

Bernhard * 1600 † 22. VI. 1616.

Georg Ehrenreich * 27. XI. 1603 † 2. III. 1656 (Stammvater der jetzt noch blühenden sächsischen Linie).

Anna Elisabeth von Löben, * c. 1604, † 9. IX. 1684, Tochter des Geh. Rats Johann von Löben auf Blumberg u. d. **Margarete von Winterfeld** a. d. Hause Neustadt.

Einzige Tochter: **Margarete Katharina von Burgsdorff,** † IV. 1691,

vermählt 1) 19. X. 1653 mit **Ludwig von Canitz** brandbg. Hof- und Kammergerichtsrat, * 1626, † 1654.

vermählt 2) mit **Joachim Rüdiger Frh. von der Goltz** Oberst, später Generalleutnant, von ihm geschieden 4. VI. 1674.

Friedrich Rudolf Ludwig von Canitz (der bekannte Dichter).

Konrad von Burgsdorffs.

Hans von Röbel
[au]f Buch und Friedland,
[b]randbg. Geh. Rat.

Dorothea von Biesenbroh
a. d. Hause
Biesenbroh.

Hans von Krummensee
auf Krummensee, brdbg.
Hofmarschall u. Landrat.

Katharina von Mörner
a. d. Hause
Zellin.

Joachim von Röbel
auf Buch und Friedland, Feldmarschall
der Reichsarmee.

Hedwig von Krummensee.

Katharina von Röbel
* 1574 od. 75, † 22. II. 1615.

. XII. 1592
mit

[A]lexander Magnus
* 31. III. 1606
† 1632 als Oberstleutnant im Regiment
[s]eines Bruders Konrad.

Maria Tugendreich
* 1608
† 3. III. 1616.

Katharina Elisabeth
* 30. VIII. 1610
† 22. XI. 1621.

[ve]rmählt 3) IX. 1676 mit **Pierre de Carrey**
Seigneur de Brunboc.

2.

Bericht des Markgrafen Sigismund von Brandenburg an den Kurfürsten Georg Wilhelm über seine und Burgsdorffs Sendung nach Halberstadt zu Wallenstein.

Cöln a. d. Spree, 20. [30.] December 1629.

G. St.-A. Berlin, Rep. 24 b 5 a Fasc. 3.

Durchlauchtiger, hochgeborener Fürst,
freundlicher, vielgeliebter Herr Vetter.

Ew. Ld. sind unsere freundwillige Dienste und was mehr liebes und gutes wissen und vermögen jederzeit zuvor. Auf Ew. Ld. freundvetterliches Gesinnen haben wir uns den 7./17. dieses Monats auf dem (!) Weg nach Halberstadt zu des Herrn Generals Herzogen zu Friedland Ld. begeben, alda wir den 11./21. um 10 Uhr angelanget. S. Ld. waren zu unserer Ankunft noch bei der Messe, weil selbiges Tages der Dom und andere Kirchen bis auf eine reformiret und mit Katholischen besetzet wurden.

Gegen 12 Uhr kamen S. Ld. in unser Losement, uns nebst E. Ld. Kämmerern und Obristen-Lieutenant Curten von Borchstorffen abzuholen. Ehe man zur Tafel ging, verrichteten wir die Begrüßung und Curialien selbsten, nach solchen brachte der von Burgsdorff das Hauptwerk E. Ld. Instruction in allem gemäß an, darauf S. Ld. alsbald anhuben: Sie müßten ein Narr, eine Hundsfott und des Kaisers Verräter sein, wenn Sie das Volk bei jetzigen Zeiten, da der Schwede durch Pommern ins Reich zu gehen gemeint, aus E. Ld. Landen abführen ließen. Wir zogen hingegen das kundbare Unvermögen der Einwohner an, welches wir S. Ld. unterschiedlichen zugeschrieben, auch jüngst durch Dero Kanzler Eltz hätten hinterbringen lassen. Sie möchten es nur glauben, dann es sich in der Wahrheit anders nicht verhielte.

Was Schweden betreffe, wären E. Ld. seine consilia nicht bekannt, das deutsche Volk aber hätte die Winterquartiere, die sich bis in Littauen erstreckten, schon begriffen, referirten uns auf den von Burgsdorff, der S. Ld. hiervon einen mehrern Bericht thun könnte, welches auch geschah. Der annectirte, daß man sich diesen Winter keines Einfalls in der Mark von den Schwedischen vermutlich zu befahren; so wäre Pommern die Vormauer, da sie mächtige Resistenz finden würden. Der König zu Schweden aber könnte wegen starker Besatzung der Seekanten leicht ein Ombrage bekommen und daher dasjenige, was man von ihm opinirte, fortzusetzen Ursache nehmen. Auf solchen Fall würde alsdann die kaiserliche Armee in der Mark, sintemal alles erleeret und ausgeschöpfet, Not leiden und, gleich in Preußen geschehen, consumiret werden.

S. Ld. antworteten, Sie wären General und nicht der von Burgsdorff, dafür sollte man Sie sorgen lassen. Die Schwedischen könnten andere Örter vorbei gehen und zu Stralsund ansetzen, dann S. Ld. erwarten und ihnen stark genug unter die Augen ziehen wollten. Der Teufel sollte Sie holen, wenn Sie das Volk ausquartieren könnten.

Über solche Reden wurden wir nicht wenig bestürzet und wußten nicht, was darauf zu antworten war. Der von Burgsdorff aber fing an, er wollte hoffen, S. Ld. würden auf solche Meinung nicht beharren, E. Ld. würde es auch schmerzlich vorkommen, welche mehr denn kein Stand im Reiche bei der kaiserl. Maj. gethan und Dero Land, Leute und alles Vermögen zu Beförderung Ihrer Maj. Dienste dargegeben hätten, durch welche Mittel S. Ld. auch zu ihr intent gelanget wären, sonsten hätte der König zu Dänemark sich noch eine lange Zeit mainteniren können. S. Ld. gedachten auch des Friedens, so in Preußen gemacht, daß er schwer wäre, weil Schweden noch einen Seeport dadurch bekommen.

Wir berichteten aber, daß die polnischen Commissarien daran schuldig, welche E. Ld. in diesem vorbeigangen und ohne Dero consens ihr Land ausgeboten und hingeben hätten,

mit der Bedreuung, da E. Ld. solchen Accord nicht belieben würden, möchten Sie den Krieg wider Schweden allein führen, die Krone Polen wollte den Weichselstrom frei und offen haben. Der von Burgsdorff bat, S. Ld. möchten glauben, daß E. Ld. solcher Friede ganz zuwider gewesen, hätten sich aber der Krone Polen zu opponiren nicht vermocht, noch mit Schweden zu kriegen Mittel gehabt.

Die Commissarien zwar hätten hernach wohl gesehen, daß der Karren gar zu weit hineingeschoben gewesen, darum sie E. Ld., sich in der Person zum Schweden zu begeben, bewogen, die das Werk auf andere Mittel zu richten versuchet. Weil es aber eine abgehandelte Sache gewesen, hätte der Schwede im geringsten davon nicht weichen wollen, sich gleichwohl dahin erkläret, wenn E. Ld. bei Polen erhalten könnten, daß ihm Marienburg, Stuhm und das Haupt [in der Weichsel] gelassen würden, begehrte er die anderen Örter, so E. Ld. zuständig, gar nicht, welches E. Ld. dem Könige und Senatoren zu wissen gemacht, auch auf dem jüngst gehaltenen Reichstag auf solche Wege zu setzen sich bemühet, aller angewandte Fleiß aber wäre vergebens gewesen. Bei Schweden hätten E. Ld. dennoch erhalten, daß Derselben etliche Kammerämter, so die Polen im Accord mit übergeben, wieder eingeräumt worden wären.

S. Ld. antworteten hierauf nichts, riefen aber einen von den Kammerherren und befahlen, den Herzog von Altenburg zu holen. Hernach sagten Sie abermal, das Volk könnte nicht weggenommen werden. Wir replicirten, es wäre ganz unbillig, daß man E. Ld. die Last allein aufbürden wollte, wenn die gesamten Stände des Römischen Reichs dem Kaiser ein Kriegsheer unterhielten, würden E. Ld. ihre Portion zuzutragen sich nicht weigern.

S. Ld. huben auf solche Rede an, ihrer viele jubilirten, daß der Schwede auf den Reichsboden avanciren würde, die sollten sich aber betrogen finden. Der von Burgsdorff sagte darauf, die solches thäten, möchten es verantworten, wegen

E. Ld. wollte er schwören, daß Sie niemalen mit dergleichen Gedanken umgangen wären. E. Ld. hättens auch nicht Ursach, dann Dieselbe sich auf die vielfältigen kaiserlichen Zusagen steif und fest verließen, wie S. Ld. auch E. Ld. durch Dero Gesandten und den von Burgsdorff selbst stattliche Vertröstungen hätten thun lassen. Solchen fürstlichen parolen trauten E. Ld. noch, ganz nicht zweifelnd, S. Ld. würden denselben nachkommen.

Worüber S. Ld. sich alterirten sagend, Sie glaubten, der von Burgsdorff wollte Sie zwingen, welches er entschuldigte, daß ihn Gott dafür behüten sollte; zu dem Ende wäre er auch nicht geschicket, viel weniger hätte er's im Vermögen, E. Ld. ließen es nur freundlich erinnern.

Darauf es ein Stillschweigen gab, bis der von Burgsdorff anhub, E. Ld. wären erbötig, ihr Churfürstenthum selbst und also zu besetzen, daß der Kais. Maj. oder Dero Lande kein Unheil durch E. Ld. Lande sollte zugezogen werden, bat nochmalen, E. Ld. mit einer annehmlicheren Resolution zu willfahren.

S. Ld. antworteten: Die Pässe wären gar schön verwahret gewesen, als der Mansfelder, Herzog Christian und der König zu Dänemark in die Mark gerücket.

Der von Burgsdorff excusirte es, und daß E. Ld. damalen, was möglich gewesen, gethan, hätten auch zu S. Ld. ihn selbsten, Derselben des Mansfelders Durchbrechen zu notificiren, auf Zerbst geschicket und all avantage den Mansfelder zu schlagen in E. Ld. Lande offeriren lassen. Über solchem Gespräch kam der Herzog zu Altenburg im Gemache.

S. Ld. führeten uns aber zu einem Fenster, da Sie gedachten, der von Burgsdorff hätte Ihr zu viel geschrien und Sie fast schiefferich gemacht, repetirten bei Teufel holen, es wäre Ihr leide, daß Sie E. Ld. jetzo nicht dienen könnten.

Darauf man zur Tafel gangen, bei welcher nichts von Importanz discurriret wurde, außer daß die Polen einen schönen Frieden eingangen wären. Burgsdorff aber sagte, sie hätten vor einem Jahre denselben mit besseren Conditionen machen können.

Nach dem Essen nahmen S. Ld. uns wieder allein an ein Fenster und erwähnten anderweit, der von Burgsdorff hätte Sie balde schiefrich machen sollen und durch Erinnerung Ihrer Parolen gleichsam eine mentite geben wollen. Wir baten, es dergestalt nicht aufzunehmen, der von Burgsdorff hätte es vermöge seiner Instruction berühren müssen.

Hernach wurde der Stadt Landsberg gedacht, und ersuchten wir S. Ld. bis zu E. Ld. Herauskunft in Ruhe zu stehen, die würden sich alsdann gegen Ihr dieses Punkts halber erklären. S. Ld. begehrten, sie sollte den anderen Kreisen mit Contribution secundiren. Wir berichteten aber S. Ld., die gesamten Stände der Neumark hätten bei erster Einquartierung des kaiserlichen Volks selbige Stadt ausgesetzet und ihre Quoten auf sich genommen, zu dem Ende, daß sie E. Ld. Soldatesca, die in den Festungen wären, solche zutragen sollte, an welchen Besatzungen der Kais. Maj. auch merklich gelegen, und dann, daß der junge Prinz den Unterhalt daraus haben möchte.

S. Ld. antworteten uns, Sie wären dessen niemalen berichtet worden.

Wie wir nun vermerketen, daß die gänzliche Abführung des Volks nicht zu haben, hielten wir um Befreiung der an den Festungen und Residentien nächst gelegenen Kreisen an. Da erklärten Sie sich, mit dem Obristen Hatzfeld, dessen Ankunft Sie erwarteten, hierum zu reden, ließen auch die Landkarte zur Hand bringen, in welcher wir Ihr die Pertinentien zur Uckermark, sintemal wir Sie gar übel informiret befunden (!!), zeigeten, und beteuerten S. Ld., Sie wollten gerne helfen, damit wir nicht eine vergebliche Reise gethan hätten, schicketen auch alsbalden nach den Commissarien, daß ein Regiment sollte abgeführet und auf jenseit der Elbe geleget werden. S. Ld. wünschten daneben, E. Ld. möchten in Dero Residenz Cöln anzutreffen sein, wollten Sie E. Ld. zusprechen und viel nützliches Dinges communiciren, daraus E. Ld. Sie als Dero Diener erkennen würden. Und wäre Ihr wohl

bekannt, was die Chur- und Mark Brandenburg bei diesem Kriege ausgestanden und erlitten hätte.

S. Ld. machten Ihr viel Feinde. Die Soldatesca beklagte sich wegen böser Bezahlung. Die Einwohner der Lande, welche das Volk versorgen müssen, lamentirten, und die Fürsten beschwerten sich, daß ihnen der Unterhalt entzogen würde.

Sie kamen auch unter andern auf die Reformation des Stiftes Halberstadt, vorgebend, Ihr wäre solche zuwider gewesen. Weil aber vor 30 Jahren erst die Katholischen aus selbigem Stifte wären gesetzet worden, hätten Sie die Wiedereinnehmung nicht hinterziehen können. Die Stifter und Kirchen aber, so vorm Passauischen Vertrage von den Evangelischen Chur- und Fürsten wären eingezogen, würden beim jetzigem exercitio ruhig und unmolestiret verbleiben. S. Ld. wüßten auch wohl, daß die Stifter in E. Ld. Lande und teils 13 Jahre vorher wären evangelisch gewesen.

Nachdem wir unsern Abschied von S. Ld. genommen, besuchten wir den Herrn General Tilly, der im selbigen Hause logirte, und nahmen Anlaß, wegen der Altenmark mit ihm zu reden. Er bekannte selbsten ihr großes Unvermögen, welcher aber, noch andern E. Ld. Provintien nicht zu helfen wäre, es würde dann ein Friede mit dem Könige zu Schweden getroffen und daß der des Reichsbodens sich enthielte. Im widrigen würde sedes belli in E. Ld. Churfürstentum und Pommern unfehlbar transportiret werden. Sollten demnach E. Ld. als die am meisten daran Interessirten, sich proprio motu interponiren und zwischen der Kais. Maj. und dem Könige zu Schweden ein guts Vertrauen mitteln helfen, erbot sich hierneben gegen E. Ld. zu allen möglichen Diensten.

Weil auch in selbiger Behausung der von Questenberg und etwas übel auf war, visitirten wir nebst dem von Burgsdorff denselben auch, erzählten, was dem Herrn General wäre vorgetragen worden, und ersuchten ihn, gute officia bei S. Ld. zu interponiren, daß etliche Kreise, daferne das ganze Land nicht könnte liberirt werden, gegen E. Ld. Herauskunft zu

Dero und der Festungen Unterhalt möchten geräumet und E. Ld. den Churfürstentag besuchen könnten. Da aber solches nicht geschehe, würde E. Ld. an Dero guten Intention wegen Entstehung der Mittel gehindert und viel nützliche consilia zurückbleiben.

Hierzu offerirte er sich ganz willig, bat uns daneben, wir möchten E. Ld. um schleunige Herauskunft freundlich und fleißig zu ersuchen nicht unterlassen, die Zusammenkunft der Churfürsten würde einen Frieden, wozu Ihre Kais. Maj. geneigt und begierig, bringen.

Nach diesem begleiteten uns des Herrn Generals Ld. wieder bis in unserm Losement und wurden bald darauf vom Bischof von Osnabrück besuchet.

Um 6 Uhren ließen S. Ld. uns durch Dero Schwagern, den Grafen von Harrach zum Abendessen (dem Sie aber nicht beiwohnten, dann Sie sich des Abends der Speisen enthalten) holen. Vor der Tafel erinnerten wir eins und das andere, Sie erklärten sich darauf mit dem von Questenberg aus allem zu communiciren.

Folgenden Tages als den 22./12. kam der Herr General Tilly frühe zu uns, da der von Burgsdorff entwich. Der Tilly begehrte aber, wir möchten ihn wieder fordern lassen, welches auch geschahe, und gab bei dieser Visite allerhand Gespräche.

Er der Tilly hielt zu Beförderung der gänzlichen Liberation E. Ld. Lande hochnötig zu sein, daß Sie nebst dem Herzoge zu Pommern (weil solche Fürstentümer E. Ld. anfielen) bei Schweden um Quittirung und Restitution der Stadt Stralsund sich bemüheten, da Schweden auf dem Reichsboden nichts zu schaffen noch zu praetendieren. Und wäre nicht genug, daß E. Ld. eine gute Intention gefasset, Thür und Thor der Kaiserlichen Armee eröffnet hätten. E. Ld. müßten auch solche realiter darthun und mit allen Kräften ferner nachsetzen. Zum wenigsten würde Schweden sich gegen E. Ld., wohin er ein Absehen, in etwas vermerken lassen.

Ihm ward remonstriret, wie E. Ld. bei Belagerung Stralsunds mit Darleihung Geschützes und allerhand Munition sich erzeiget und was außer dem der Kaiserlichen Armee für Vorschub zu ihrer Conservirung geschehen wäre, daß alle Welt bekennen müsse, E. Ld. hätten Ihre unterthänigste Devotion gegen die Kais. Maj. genugsam und realiter erwiesen. E. Ld. sollten sich ferner angreifen, aber Derselben wären alle Mittel und Kräfte benommen, man wollte E. Ld. noch zu gar keiner Respiration kommen lassen, das bezeugten die jetzigen, starken Einquartierungen überflüssig. An heilsamen consilien und was E. Ld. bei Schweden nur vermöchten, würden E. Ld. nichts ermangeln lassen, sich auch in keinerlei Wege von den anderen Churfürsten in hoc passu separiren. Den Schluß machte der Herr Tilly, daß keine Erleichterung zu hoffen, bis die Sachen mit Schweden accomodiret und verglichen wären.

Um die Tafelzeit holten mehrhochgedachte S. Ld. uns wieder ab, da wir anderweit Erinnerung thaten, verspüreten aber eine Veränderung, und daß Ihr gutes Vorhaben durch Schreiben vom Kaiserlichen Hofe gehindert würde, sintemal Sie von Ihrer Maj. befehligt worden, etliche Örter, die groß und viel Lamentirens geführet, in etwas zu subleviren. Was wir aber einwandten, fand keine Statt.

S. Ld. ersuchten uns, den Tag bei Ihr zu verbleiben, ganz fleißig, welches wir verwilligten, in Meinung, der humor werde sich ändern. Der von Questenberg ließ uns auch durch den Herrn von Dohna nicht zu eilen bitten.

Den 23./13. als am Sonntage, wie S. Ld. in der Kirchen waren, besuchten wir nebst dem von Burgsdorff wieder den von Questenberg, und weil uns bewußt, daß S. Ld. alles mit ihm communicirten und sich des Abends lange bei ihm aufzuhalten pflegten, recommendirten wir von neuem unsere Sollicitirung, übergaben zugleich ein Memorial von unterschiedenen Punkten, dabei auch eine Austeilung der Quartiere war, also daß der Ober-, Nieder-Barnim und die Zauche frei bleiben und E. Ld. in Dero Residenz nicht möchten bloquiret sein.

Etliche derselben Punkten sind expediret und uns auf Magdeburg nachgeschicket worden, wie aus den mitkommenden Abschriften E. Ld. Ihr unbeschwert wollen vortragen lassen.

S. Ld. aber verblieben damalen beharrlich bei Ihrer Resolution, von welcher wir zu Abend unsern Abschied nahmen. Sie trugen uns aber keinen Gruß bei E. Ld. zu verrichten auf, wie Sie auch anfänglich wegen des zugebrachten keine Danksagung thaten.

Den folgenden Morgen, ehe wir von Halberstadt verreiseten, ließen wir dem Herrn von Dohna und dem von Questenberg durch den von Burgsdorff unsere schlechte Verrichtung anzeigen und beide ersuchen, bei guter Gelegenheit und wenn der von Hatzfeld zur Stelle sein würde, S. Ld. eins und das andere zu erinnern und zu Gemüte zu führen, die solches willig auf sich nahmen, verwunderten sich aber, daß wir dergestalt von dannen reisen mußten, beklagten daneben S. Ld. opiniastrität und daß Sie keiner Einrede achteten. Zu erbarmen wäre, sagte der Herr von Dohna, daß man E. Ld., die so viel kaiserliche Regimenter unterhielten, keinen Ort zu Dero Hofstatt frei lassen wollte.

Dieses und was sonsten vorgangen, auch gleich itzo ankommen, wollen E. Ld. von dem von Burgsdorff vernehmen; so bald dessen Secretair Peter Ludewig, welchen wir zu Halberstadt gelassen, zurückkommen wird, soll E. Ld. die Verrichtung auch zugefertiget werden.

Verbleiben hiernebst E. Ld. zu allem angenehmen Dienste allezeit ganz willig und bereit.

E. Ld.

allzeit dienstwilligster

Vetter und Knecht

Sigißmundt.

m. p.

3.

Geheimbericht Burgsdorffs über seine Sendung zu Gustav Adolf nach Nürnberg im Sommer 1632.

Burgsdorff stattete diesen Bericht als Ergänzung zu seinem offiziellen Schlußbericht vom 12. Oktober 1632 ab. Er bat den Kurfürsten, das eigenhändige Original zu verbrennen, damit es nicht in fremde Hände fiele und er dadurch ins Unglück geriete. Außer dem Konzept von der Hand des Sekretärs Burgsdorffs — ohne Ort und Datum — liegen im G. St.-A. Rep. 24 c 5 Fasc. 1 noch zwei, wahrscheinlich in der kurfürstlichen Kanzlei hergestellte Abschriften des Berichts — ohne Einleitung, Schlußformeln und Namensunterschrift —, deren eine ich dem folgenden Abdruck zu Grunde gelegt habe.

Soviel nun, vors erste, die Königliche Armada anreichen thuet, ist dieselbe ziemlich geschwächet, bevoraus aber die Cavallerie, denn dieselbe hat vom 14.—24. August, da das große Scharmützel vorgangen, fast Tag und Nacht gesattelt bleiben und nicht wenig fouragieren müssen, dadurch denn Pferde und Mann in großes Abnehmen kommen. Wie denn auch diejenige Cavallerie, so Ihre Maj. bei sich in Ihrem Lager vor Nürnberg gehabt, ebenergestalt ganz abkommen, auch also, daß in 6000 Pferde daselbst tot vorm Lager liegen. Und dieses dahero, weil bald im Anfange die Bagage-Pferde durch die Crabaten weggenommen und ruiniret, und die Reuter mit einerlei Pferden fast Tag und Nacht wachen und zugleich nach verrichter Wacht fouragieren müssen, also daß selbige Cavallerie ziemlich abkommen ist. So mangelt's auch über die Maß an Brod und Proviant, dieweil die Stadt Nürnberg durch die langwierige Continuation ganz erschöpfet, alles Vorrats fast entblößet ist und dazu annoch von dem Feinde die meisten Mühlen verdorben und verbrannt sein. Es ist dahero zuletzt ungefähr drei Tage vor meinem Abreisen Pfalzgraf Christian, so General über die ganze Kgl. Cavallerie ist, zu Ihrer Maj. kommen, und derselben ausdrücklich gesaget, daß er nicht glaube, daß in allem 3000 Pferde in dem ganzen Lager vorhanden wären, worüber Ihre Maj. ganz perplex

worden. Dafern dieses der Feind gewußt und nicht den Hasen im Busen gehabt hätte, wie er sich dann ausdrücklich zum öfteren vernehmen lassen, daß er keine bataglie liefern wollte und dahero dem Tilly nach seinem Tode, daß derselbe vor Leipzig geschlagen, eine reprimanda über die andere annoch geben thuet, hätte, menschlich davon zu reden, gewißlich Ihrer Maj. damals zu schaffen genug geben können. Drei Regimenter, als Markgraf Hans Georgen, des Obristen Truchseß und Obristen Khevenhüller, sind in allem 300 Pferde nur stark befunden worden, und haben daher alle diese drei Obristen und zwar mit ziemlichem Schimpf und Spott, außer daß Ihrer Frstl. Gn. dem Herrn Markgrafen, welcher noch ein Regiment zu Fuß von ungefähr 600 Mann stark gehabt, dabei zu bleiben frei gestellet worden, cassiret. Man hat ihnen keine Recrut-Plätze geben wollen, sondern anstatt eines Recrut-Platzes dem Obristen Truchseß einen Baum praesentiret, dadurch diese gute Cavallerie mit ziemlicher Disgustie weggangen, und kommen ihre Obriste-Lieutenants, Majors und Rittmeister heraus, um ihre Dienste entweder bei E. Churf. Dchl. oder Chur-Sachsen zu praesentieren.

Ihrer Frl. Gn. des Herrn Landgrafen Armee, davon Dieselbe mir die Liste selber gegeben und daneben berichtet, daß Sie auf Ihren eigenen Beutel außer 40000 Thlr., so Sie drauf empfangen, und in Ihrem eigenen Lande 74 Fähnlein und 52 Cornet Reuter geworben, ist dergestalt ruiniret, daß ich nicht glaube, daß in allem 2500 Mann Infanterie und Cavallerie effective mehr vorhanden sind.

Gleichergestalt haben Ihre Frl. Gn. Herzog Wilhelm zu Weimar mir in gnädigem Vertrauen berichtet, daß Sie zu Dienste Ihrer Maj. und mit ganz wenigem Derselben Zuthun oder Vorschusses Geldes, Ihrer Kgl. Maj. in die 16000 Mann zu Roß und Fuß geworben und auf die Beine gebracht, wie denn auch Ihre Frl. Gn. Herzog Bernhard ein großes gethan. Ich kann aber Ew. Churf. Dchl. unterthänigst wohl versichern, daß bei eins Teils alt und neuen Teutschen Com-

pagnien bisweilen nicht über 10, 15, 20 Pferde mehr effective zu befinden sind.

Die Finnen und Schweden sind annoch in ziemlichem Stande, weil man dieselbe mit Hafer aus der Stadt Nürnberg vor den Teutschen, denen man wenig oder nichts gegeben, in Acht genommen.

Die Chur-Sächsischen, Ihrer Maj. zu Succurs geschickten Regimenter, deren drei zu Fuß und zwei zu Pferde sind, betreffend, kann Ew. Churf. Dchl. ich mit Bestande unterthänigst wohl berichten, daß von 1600 Pferden über 700 Pferde effective nicht mehr vorhanden sind. Die drei Regimenter zu Fuß marschiren in zwei schwachen Brigaden, und haben mich die Chur-Sächsischen Obristen im Vertrauen berichtet, im Fall Ihre Maj. nicht bald aufbrechen würden, wie man denn nunmehr, daß es geschehen und Ihre Maj. bei Winsheim General-Rendez-vous gehalten, gewisse Nachricht hat, daß sie sich nicht getraueten, ihre Regimenter zu conserviren, sondern dieselbe ganz zu Grunde gehen müßten. Von der Cavallerie sind viel wie Schelme ausgerissen, eine große Anzahl, weil die Pferde gestorben, gehen zu Fuß, die meisten liegen auf den Dörfern im Lande zerstreut, backen und braten, dadurch mancher schöne Flecken eingeäschert wird. Ich zweifele aber nicht, wenn Ihre Maj. aufgebrochen sein werden, daß alsdann die meisten sich wieder finden dürften, allermaßen mir dann zwei Obristen, so das Volk vom Lande hinwieder zu der Armee zu treiben, ausgeschicket gewesen, im Zurückreisen begegnet und berichtet, daß sie gewiß davor hielten, daß von 6 bis in 700 Pferde im Lande herumliegen thäten, so ihren Unterhalt suchten. Dahingegen spinnet der Feind auch keine Seide dabei, sondern ist der Gefangenen Aussage nach sehr geschwächet, und mangelt's demselben nicht weniger an Fourage und Brod. Gleichwohl hat der Obriste Sparr, mit dem ich zwar unterschiedlich mündlich geredet, aber vor ihn seiner Erlassung halber, wie man mir allhier in meiner Abwesenheit fälschlich nachgeredet, und Ihre Kgl. Maj. mir

selber ein anderes Zeugnis geben müssen, nicht das geringste Wort verloren, ganz hochbetheuerlich versichern wollen, daß der Feind annoch in die 60000 stark wäre, so aber dennoch mit der Gefangenen und Überläufer Aussage nicht einstimmen wollen. Wie ich denn solches Ihrer Maj. berichtet, haben Dieselbe vermeinet, daß Sparr, als welcher ein Aufschneider wäre, sich darin verabutiret, denn wenn der Feind so stark wäre, warum rücke er nicht heraus aus seinem Lager.

Sonsten sind Ihre Frl. Gn. der Herr Landgraf resolviret, hinwieder nach Ihren Landen zu ziehen, und was Dieselbe in hohem Vertrauen mir berichtet, da habe ich groß Bedenken, selbiges der Feder zu vertrauen, habe nicht allein bei jetzt hochermelter Ihrer Frl. Gn., sondern auch bei teils andern anwesenden Fürsten eine ziemliche disgustie verspüret, davon Ew. Churf. Dchl. ich dermaleins, wenn's die Gelegenheit geben wird, mündlich unterthänigst referiren will.

Ihre Maj. der König zu Böhmen haben annoch keine Expedition erlangen können, wollen sich von der Armee weg (Ihrem Vorgeben nach) und nach Frankfurt am Main begeben, lasse mich aber bedünken, Ihre Maj. möchten wohl wiederum sich ganz nach den Niederlanden begeben. Es berichtet mich aber Mons. Kolbe, da man dieses vermerket, wollte man jetzt anfangen, mit Ihrer Maj. zu tractiren, den Erfolg giebt die Zeit.

So ist auch der englische Ambassadeur mit der ihm erteilten Resolution, wie mir von gutem Orte berichtet, allerdings nicht zufrieden gewesen und einen Tag vor mir davongezogen, nebenst dem Obristen Hebron, so nunmehr um eine kleine Ursache seinen gänzlichen Abschied erlanget.

Den Frieden betreffend wird noch stark davon in des Feindes Lager discurriret, und läßt der Obriste Sparr sich öffentlich und ganz hochbetheuerlich vernehmen, Ihre Kais. Maj. suchten nichts anders als den Frieden, derowegen Sie auch dem Herzog zu Friedland Plenipotenz, denselben zu schließen, erteilet, welcher gleichfalls nichts anders als des

Friedens begierig wäre. Und weil Ihre Kgl. Maj. Sparren so viel vom Frieden reden hören, haben Sie gern Nachricht haben wollen, wie weit Wallenstein instruiret sein möchte, denn Ihre Maj. wollten ja hoffen, daß Sie mit zum Frieden gehören würden, darauf Sparr sich anerboten, wenn es Ihrer Maj. gefiele, so wollte er hinüber zum Feinde und darvon, wie weit Wallenstein zu tractiren instruiret, gewisse Nachricht reportiren. Darauf Ihre Maj. geantwortet, Sie wollten zwar dem Kaiser keinen Frieden anbieten oder denselben suchen, aber wenn er könnte gewisse Nachricht bringen und die Conditiones dergestalt beschaffen wären, wollten Sie derjenige nicht sein, der zu mehr Blutvergießens Ursach geben wollte. Worauf Sparren, sich in 24 Stunden bei Ihrer Maj. unfehlbar wieder einzustellen, hinüber gelassen, wie denn diesfalls der General Wallenstein vorher Assecuration einschicken müssen, so auch geschehen. Als nun derselbe zu bestimmter Zeit sich wieder eingestellet, reportirte er, daß zwar Wallenstein Plenipotenz hätte, mit den evangelischen Churfürsten und Ständen, nicht aber mit Ihrer Kgl. Maj. zu tractiren, es hätte aber der Wallenstein alsofort einen eigenen Courier an den Kaiser geschicket und verhoffte, die Plenipotenz, auch mit Ihrer Maj. zu tractiren, zum längsten inner zehn Tagen zu erlangen, worauf Ihre Maj. dem Sparren zur Antwort gegeben, die beiden Churfürsten würden ohne Ihre Maj. und hingegen Ihre Maj. ohne die Churfürsten nichts tractiren oder schließen.

Im übrigen erweiset der Wallenstein gegen Ihre Maj. sich sehr courtois, giebt alle Gefangenen ohne Unterschied, es sind Obristen, Obrist-Lieutenants und wer die wollen, alsofort ohne einzige Rançion los, allermaßen dann derselbe den Obristen Erich Handt nebenst zwei Obrist-Lieutenants und etlichen Capitains, so am Bartholomäitag gefangen worden, alsofort nebenst allen anderen Gefangenen vom größten bis zu dem kleinsten, so die ganze Zeit hero gefangen worden, hinübergeschickt, derogleichen denn Ihre Maj. hinwieder gethan, jedoch den Obristen Sparren behalten und dieses dahero, weil

der Herzog von Bayern den Obristen Leonhard Dorsten, welchen Sie vor den General der Artillerie aestimiren, Ihre Maj. aber ihn nur Obristen von der Artillerie tituliren und halten, vermeinen derhalben, weil Sparr eine Generalcharge bedienet, daß er vor Leonhard Dorsten nicht könnte losgegeben werden. Habe aber so viel wohl verstanden, daß einer um den andern ausgewechselt wird werden, dafern sich nur der Bayerfürst nicht opiniastriret, denn er von der seinigen Armee gefangen worden, und nicht von des Wallensteins.

Sonsten habe ich aldorten den Würtembergischen Kanzler Dr. Löfflern, welcher Ew. Churf. Dchl., dem von Götzen und dem von Knesebeck wohl bekannt, angetroffen, auch das Glück gehabt, daß ich zu Nürnberg mit ihm in einem Wirtshause logieret, und muß zuvorderst bekennen, daß jetzt ermelter Löffler ein tapferer, erfahrener, capabler Mann sei, und ihn Ew. Churf. Dchl. wohl affectionniret befunden, welcher auch unlängst nebenst Pfalzgraf Augusten zu Chur-Sachsen von Ihrer Maj. verschicket worden, den Ihre Maj. auch in Ihre Dienste und gleichsam zum Teutschen Kanzler begehren. Ich habe daher Gelegenheit gesucht, in seine Kundschaft zu geraten und ihm einen und andern Discurs anzugewinnen, auch so weit kommen, daß er mir zu vernehmen geben, es wäre nicht ohne, daß Ihre Maj. seine Person sucheten, er befände aber bei sich so viel, daß er's nicht acceptiren könnte, dessen er denn unterschiedliche vornehme und wichtige Rationes anzog, die ich alle anhero zu referiren Bedenken trage, mündlich aber davon Ew. Churf. Dchl. wohl berichten kann. Insonderheit aber muß ich gleichwohl dieses anziehen, daß ermelter Kanzler unter anderm dahero principaliter Ihrer Maj. Dienste recusiret, weil er befürchtete, es dürften solche Sachen vorgehen, denen er ungern beiwohnen möchte, derowegen er so weit als er immer gekonnt, mit guter Manier die königlichen ihm offerirten Dienste von sich gewendet, insonderheit aber alle Wege remonstriret, wie hoch er dem Hause Würtemberg wegen der vielfältigen empfangenen hohen Gnaden verobligiret

wäre, bis endlich Ihre Maj. mit seiner Person gnädigst zufrieden gewesen.

Ich habe ferner Gelegenheit gesuchet, weil ich gesehen, daß, wie bereits gedacht, ermelter Kanzler ein vornehmer, capabler Mann, der um des Königs Intention ziemlich gute Wissenschaft gehabt, und ihm unter anderm auch einen Discurs vom Frieden angewonnen, da ich dann so viel von ihm verstanden, daß er meinet, es wäre nunmehr die rechte Zeit, daß Sachsen und Brandenburg, von denen doch alle anderen evangelischen Fürsten und Stände gleichsam dependirten und ein Auge auf dieselben hätten, das Werk mit Ernst angriffen und den Frieden an die Hand nehmen. Hätte Ihrer Maj. so viel wohl abgemerket, daß es Derselben nicht zuwider, es zielte auch die vorgewesene Schickung an Chur-Sachsen eigentlich dahin. Und sind alle des Herrn Löfflers Fundamenta und Rationes dahin gangen, weil anitzo beide Theile sehr stark, also daß sie an der Stärke und Vortheil einander fast gleich wären, so pflegte es sich alsdann, wenn zwei harte Steine gegeneinander mahleten, auf beiden Seiten am besten tractiren zu lassen. Denn wenn, es sei auf was Parthei es immer wolle, ein Unglück zuschlagen sollte, so würden alsdann die Tractaten viel schwerer fallen. Victorisirten denn nun Ihre Maj., so würden die Conditiones dergestalt hart fallen, daß sie nicht wohl auf Feindes Seiten angenommen werden könnten. Sollte aber die Victorie auf der andern Seite stehen, so wäre es noch gefährlicher, und je länger man mit den Tractaten cunctirte, je mehr würde das ganze Römische Reich vollends in Totalruin gesetzet.

Es hat hierbei oftbesagter Herr Kanzler gedacht, daß das Römische Reich ungerupfet nicht davon kommen, sondern die Seekanten und Porten, wo nicht ganz Pommern im Stich würde lassen müssen. Darauf ich geantwortet, daß auf diese Manier Ew. Churf. Dchl. die meisten Federn darzu hergeben müßten, worauf er replicando nochmals gesaget, er besorgte sich ganz sehr, es würden Ew. Churf.

Dchl. an selbem Ort nicht ungerupft davon kommen. Ich antwortete ferner darauf, mit Fug und Recht könnte es nicht geschehen, denn ihm, dem H. Löffler, selber bekannt wäre, daß das Herzogtum Pommern Niemanden als Ew. Churf. Dchl. von Rechts wegen allein zustünde, und hätten Ihre Maj. der geistlichen Güter genug in Ihren Händen, davon Sie sattsam Ergötzlichkeit haben könnten. Er vermeinete aber, daß selbige geistlichen Güter zu weit abgelegen wären und anderen gegeben werden müßten, und könnte man vor Pommern Ew. Churf. Dchl. etwas anders, als Schlesien zueignen. Darauf ich geantwortet, das würde Ew. Churf. Dchl. nicht eingehen können, denn Schlesien wäre oder würde mit Gewalt genommen, müßte auch mit Gewalt mainteniret werden, und könnten die Sachen über kurz oder lang vielleicht in solchen Stand geraten, daß es nicht mainteniret werden könnte. Mit Pommern aber hätte es eine weit andere Beschaffenheit, denn dasselbe Herzogthum gebührete Ew. Churf. Dchl. von Rechts wegen und hätte darauf mit Fuge Niemand zu praetendiren, werde auch eine große Ungleichheit zwischen Schlesien und Pommern sein, Ihre Maj. hätten selber Schlesien zu behalten und dasselbige, was Sr. Churf. Dchl. von Rechts wegen zukäme, Derselben zu lassen. Allein der ehrliche Mann ist darauf bestanden und hat vermeinet, es würde der König diejenigen Lande, dadurch sein Reichs-Staat versichert würde, nicht aus Händen lassen, wäre noch gut, wenn's nur auf Ihre Maj. und Dero Erben gerichtet würde, besorgte sich aber, es dürfte wohl auf Ihre Maj., Dero Erben und die Krone Schweden gerichtet werden. Er hat auch so weit sich gegen mich herausgelassen, daß Ihre Maj. gedacht, auf allen Fall ganz Pommern und die Seekante wohl gar vom Römischen Reich zu Lehn zu empfangen, aber zu was Ende wäre leichtlich zu erachten. Und ist dannenhero der Beschluß dieses Discurses endlich dahin ausgeschlagen, man sollte auf Ew. Churf. Dchl. Seiten die Friedenstractaten maturiren und Chur-Sachsen dazu anmahnen, denn die meisten teutschen Fürsten und Stände hätten ein größeres Auge auf

Ew. Churf. Dchl. als auf Chur-Sachsen, weil es bei Derselben mit Ergreifung des Schlüssels so langsam daherginge. Ihre Maj. haben nochmals wegen der Tractaten, wie ich von H. Löffler verstanden, an Chur-Sachsen ein Schreiben durch ofterwähnten Löffler aufsetzen lassen und mir mitgegeben, welches ich auch durch meinen Amtmann Sr. Churf. Dchl. insinuiren und darüber Recognition fordern lassen.

Ihre Churf. Dchl. hätten, wie Sie sich gegen jetzterwähnten meinen Amtmann vernehmen lassen, gnädigst gerne gesehen, daß ich selber zu Derselben kommen und die königlichen Schreiben insinuiret hätte, denn es gingen Sachen von großer Importanz vor, die Sie gerne an Ew. Churf. Dchl. mit Fleiß gebracht sehen möchten. Aldieweil aber gleich damals der von Pfuel aldorten gewesen, ist's Sr. Churf. Dchl. wohl à propos kommen, denn bei demselben dasjenige erfolgen könnte, was sonsten bei mir geschehen sollen.

An Ew. Churf. Dchl. habe ich gleichfalls eben dieser Sachen halber ein königlich Schreiben nebenst allen copialischen Beilagen, was bei Sachsen durch den Pfalzgrafen hiebevor gesuchet wie auch jetzo aufs neue hinwiederum geschrieben worden, mitbracht, welches ich Ihrer Frl. Gn. dem Herrn Statthalter alhier übergeben, welches denn Ew. Churf. Dchl. nunmehr ohne Zweifel bereits zugeschickt sein wird, daraus Dieselbige Ihrer Maj. Intention genugsam ersehen werden.

In summa Ew. Churf. Dchl. werden sehr wohl thun, wenn Sie jetzo dies Werk recht und wohl deliberiren lassen und solche Mittel ergreifen, dadurch Sie dasjenige, was Sie von Rechts wegen haben sollen, conserviren und erhalten. Denn was ich je und allewege hiebevor besorget, das dürfte jetzo wohl erfolgen, und Ew. Churf. Dchl. um das Herzogthum Pommern kommen. Derowegen guter Rat alhier wohl nötig sein will, denn wie es jetzo mit den Tractaten hinausschlagen und der Baum fallen möchte, also dürfte er wohl liegen bleiben. Der Kanzler Löffler hat daneben geraten, daß es die Tractaten auf Ew. Churf. Dchl.

Seiten sehr facilitiren und großen Nutzen stiften würde, wenn Ew. Churf. Dchl. sich in fernere Kriegsverfassungen stelleten, eine selbst eigene Armee richteten und den Degen also mit in die Hand nähmen, auch Ihren Staat also anstelleten, daß Sie nebenst Chur-Sachsen den Tractaten, wo nicht persönlich beiwohnen, doch denselben in der Nähe angesessen sein möchten. Wie ich denn auch von Ihrer Maj. selber verstanden, daß Dieselbe gerne sehen möchten, daß Ew. Churf. Dchl. und Chur-Sachsen den Tractaten in Person beiwohnen könnten. Allermaßen dann Ihre Maj. davor gehalten, daß die Sachen im Römischen Reich Ew. Churf. Dchl. Anwesenheit mehr erforderten als die preußischen.

Die media pacis betreffend davon hat der H. Löffler, wie er mir selber gesaget, einsmals mit Ihrer Maj. einen Discurs geführet, und haben in demselben Ihre Maj. dahin gezielet, daß man dem Herzog von Friedland das Bischoftum Würzburg erblich zueignen, das Bischoftum Bamberg den Fürsten, so sich verdient gemacht, den König von Böhmen in seinen Erblanden, wie auch den Churfürsten zu Mainz restituiren sollte. Ihre Maj. aber wollten zu Ihrer recompens die Seekant und Pommern behalten. Darauf H. Löffler Ihrer Maj. geantwortet: Gnädigster König, auf diese Weise würde das Haus Österreich ziemlich schlecht gestraft werden und nichts verlieren, denn was achtete es das Haus Österreich, ob's einen oder zwei Pfaffen weniger und einen weltlichen Fürsten mehr hätte. Sehen also Ew. Churf. Dchl. hieraus, daß Ihre Maj. und Löffler in dem, daß man vor Pommern Ew. Churf. Dchl. die Schlesie zueignen wollte, nicht einig sind, welches mir dann Ihre Maj. der König zu Böhmen gleichfalls berichtet. Der Kanzler vermeinete aber, es würden sich bei den Tractaten die Sachen alsdann wohl anders spielen lassen, und hätte man sich an alle Discurse nicht zu kehren.

Der Heirat zwischen dem Königlichen Fräulein und Ew. Churf. Dchl. Prinzen ist gleichfalls incidenter von dem H. Löffler erwähnet worden, hab auch so viel wohl

abgemerket, daß man's dieser Seiten imputiren wolle, daß man so schläferig mit dem Werk umginge. Ihre Maj. hätten ausdrücklich gegen ihn gedacht, wenn Ew. Churf. Dchl. Ihrer Maj. folgeten, wollten Sie aus Dero Sohn einen solchen Potentaten machen, daß Ew. Churf. Dchl. und Ihr Haus es Ihrer Maj. zu danken haben sollten. Sie wüßten wohl, daß das größeste obstaculum die Religion sein würde, bevoraus aber bei der Frau Mutter, denn bei Ew. Churf. Dchl. verhofften Sie es wohl ohne sonderbare Difficultät zu erheben. Den Prinzen aber müßten Sie alsofort bei sich haben und denselben nach Ihrem humeur erziehen lassen, und dafern Ew. Churf. Dchl. in diesen Sachen noch ferner cunctiren sollten, müßten Ihre Maj. sich um ein ander capables Subjectum umsehen, dem Sie Ihre Tochter geben und Ihres Reichs stat versichern könnte. Ich habe darauf geantwortet, mir wäre die Sache nicht bekannt, hätte davon anders nichts als allein dieses gehöret, daß Ew. Churf. Dchl. dieser Sachen halber an den Reichskanzler geschrieben und bestünde daran, daß darauf annoch keine Widerantwort erfolget.

Sonsten haben weder Ihre Maj. noch der Herr Reichskanzler dieser Sachen halber nicht das geringste gegen mich erwähnet. Da es geschehen wäre, habe ich bereits vor meinem Abreisen von hinnen mit dem Herrn Kanzler Götzen Abrede genommen und mich instruiren lassen, was ich darauf zu antworten gehabt, nämlich, daß dasjenige, was nur immer zu stabilir: und Vermehrung der Freundschaft und Vertraulichkeit zwischen Ihrer Maj. und Ew. Churf. Dchl. gereichen könnte, Ew. Churf. Dchl. nicht aus Händen würden gehen lassen, Ew. Churf. Dchl. hätten dieser Sachen halber an den Reichskanzler geschrieben und erwarteten der Antwort. Aber, wie gedacht, so ist weder von dem Könige noch Reichskanzler das geringste hiervon gegen mir gedacht worden. Der General Baner und Clauß Horn sehl. haben wohl bisweilen discursive sich gegen mir vernehmen lassen, daß es mit dieser Heirat auf Ew. Churf. Dchl. Seiten so übel nicht gethan sein würde, denn dadurch

beide Häuser in solche Alliance geraten könnten, daß ihnen kein Feind einigen Abbruch würde thun können.

Daß Ihre Maj., wie oben bereits angezogen, ein genaueres Aug auf Pommern und die Seekant haben müssen, hat mich insonderheit dieses unbenehmlich confirmiret, denn wie ich von Ihrer Maj. meinen unterthänigsten Abschied nehmen wollen, haben Sie mir befohlen, den Feldmarschall Arnim zu grüßen und zu ermahnen, daß er den Feind tapfer angreifen und denselben ganz in Mähren und Österreich treiben möchte. Denn damals hatte man die gewisse Nachricht noch nicht, daß es in Schlesien bereits einen solchen Anschlag und Fortgang gewonnen. Ihre Maj. wollten es reichlich recompensiren und nicht allein die Expectantien über die pommerischen Güter confirmiren, sondern noch ein mehres und stattliches hinzuthun. Darauf Ihre Maj. eben mit diesen Formalien ferner zu mir anfingen: **„H. Obrister, mein Schwager glaube nur nicht, daß ich Pommern werde wieder geben, und sollte ich gleich noch hundert Jahr Krieg drum führen."** Und eben wie dieses Ihre Maj. mit mir redeten, war von Cavallieren Niemand in der Hütten, so von Brettern zusammengeschlagen, und Ihre Maj. gegen den Kaminfeuer stunden, außer Ihrer Maj. Kammerirer, welcher nicht weit davon stund. Ich wurde über diese unverhoffte Rede ganz perplex, gedachte dabei an H. Löfflers Discurs, resolvirte mich aber bald und antwortete mit diesen Formalien: „Gnädigster König, mein gnädigster Herr hat ein weit anders Vertrauen zu Ew. Maj. und hält sich viel mehr versichert, daß Sie Dieselbe bei demjenigen, was Ihr von Gottes, Recht und Billigkeit wegen gebühret und darauf Niemand mit Fuge das geringste zu praetendiren, nicht allein vielmehr kräftigst mainteniren und schützen, als Derselben solches selber entziehen, sondern Ihr wegen der erlittenen unästimirlichen Schäden annoch ein mehres zuwenden werden, und im Fall solches über Verhoffen geschehen sollte, würde es nicht allein auf Katholischer Seiten, sondern auch bei vermeinten Freunden

ein großes Frohlocken verursachen, die selbst längst dahin getrachtet, damit durch die stattlichen Anwartungen das Haus Brandenburg nicht zu groß werden möchte."

Hierauf replicirten Ihre Maj., Sie würden Pommern nicht aus Händen lassen, sollte Sie sich gleich noch 100 Jahr darum schlagen, man hätte sich wieder bei denjenigen zu erholen, so das Spiel angefangen. Darauf ich in formalibus geantwortet: „Gnädigster König, mein gnädigster Herr hat ja das Spiel nicht angefangen, sondern sich vielmehr über Ew. Maj. Ankunft erfreuet und Ihr die feste sperance eingebildet, daß Sie Ihrer Churf. Dchl. und dem ganzen notleidenden gemeinen Wesen zu Hülf und Errettung ankommen wäre. Ew. Maj. die scherzen nur dergestalt mit mir als Dero unterthänigstem Knecht."

„Nein," saget hierauf der König, „es ist nicht Scherz, sondern mein rechter Ernst."

Darauf ich weiter antwortete: „Gnädigster König, Sie verzeihen mir gnädigst: Ist's Ew. Maj. Ernst, so ist's dennoch nicht recht. Ich bin hiezu nicht instruiret, und hätte mein gnädigster Herr sich nimmer, daß Ew. Maj. dergleichen Intention führen sollten, einbilden können. Ew. Maj. werden sich verhoffentlich viel ein anders bedenken und es dergestalt machen, damit S. Churf. Dchl. es höchlich zu rühmen und der ganzen Welt kund gethan würde, daß Ew. Maj. S. Churf. Dchl. als einen treuen Schwager meinete und Dieselbe der Schwägerschaft und nahen Anverwandtnis gewiß empfinden lassen."

Darauf sagte Ihre Maj., Sie hätten Magdeburg und Halberstadt und zwar mit dem Schwert gewonnen, und wenn Ew. Churf. Dchl. dieses vor Pommern erlangeten, so hätten Sie nicht zu sprechen. Ich schützte nur bloß vor, ich wäre hiezu nicht instruiret, erinnerte jedoch nur dieses dabei, daß auf diese Manier Ew. Churf. Dchl. vor ein gewisses ein ungewisses, vor ein unstreitiges ein streitiges bekommen würden, welches dann Derselben nicht wohl zu raten.

Ihre Maj. antworteten hierauf, selbige, nämlich die Magdeburgischen und Halberstädtischen Lande wären Ihr, und hätten dieselbe mit dem Schwert gewonnen, könnten sie entweder selber behalten oder einem andern zuwenden. Ich sagte darauf, mein gnädigster Herr gönnete Ihrer Maj. diese und alle der Pfaffen Lande gern, denn die wären recht diejenigen, so das Spiel angefangen hätten. Ihre Maj. hätten dieselben vor die aufgewandten Kriegskosten entweder selber ganz zu behalten oder zum wenigsten jedoch so lange, bis Ihr genugsame Erstattung in andere Wege erfolgete, und damit ward dieser Discurs beschlossen.

Ich nahm darauf von Ihrer Maj. meinen unterthänigsten Abschied, dabei sich denn Ihre Maj. gegen meiner wenigen Person aller Gnaden erboten, mit dem Anhange, sollte helfen, damit die Sachen in Schlesien wohl hinaus laufen möchten, wollte es unrecompensiret nicht lassen, sondern es dahin richten helfen, daß ich Teutscher Meister werden sollte. Darauf ich Ihrer Maj. geantwortet, ich hörte wohl, daß Ihre Maj. mit Ihrem Diener scherzten, wollte unterthänigst nicht hoffen, daß Sie mich vor einen so leichtfertigen Mann, der seiner Pflicht nicht besser eingedenk sein sollte, ansehen würden, denn ich wäre dem jetzigen Herrn-Meister und dem Orden mit Pflichten verwandt, sollte ich's acceptiren, so handelte ich wider meine Pflichten. Ihre Maj. sagten hierauf, die Pflichten erstreckten sich so weit nicht, wenn er's (Ihre Hochw. Gn. den Herrn-Meister damit meinend) nicht kann behalten, so kann's Euch mein Schwager vor andern gönnen.

Ich replicirte, es wäre in diesen terminis noch nicht, weil das Meistertum noch nicht vakant und der jetzige Herr-Meister noch der Zeit nicht entsetzt, sähe auch nicht, was man vor Ursach darzu hätte. Darauf Ihre Maj.: „Es komme, wie es komme, Ihr müsset noch Teutscher Meister werden.“ Ich fing darauf lachend an: „Es sind wohl ehe Edelleute Teutsche Meister gewesen, ja, wenn der Herr-Meister zu mir sagte: Obrister Burgsdorff, ich will nicht mehr Herr-Meister sein,

könnet Ihr's von Ihrer Churf. Dchl. bekommen und in der Wahl vorgeschlagen werden, so soll mir's lieb mit sein und will es Euch gerne gönnen. Auf solchen Fall könnte ich's wohl acceptiren, sonderlich aber wenn es mit gnädigstem Willen Ihrer Churf. Dchl. geschähe, denn ohne das wollte ich es nicht begehren, würde auch meinen Pflichten ganz zuwider laufen, davor mich der höchste Gott wohl behüten wird."

Darauf boten Ihre Maj. mir nochmals die Hand und ermahneten mich, mich des Werks in Schlesien fleißig anzunehmen und Ihrer Maj. den Verlauf allemal zu advertiren; hätten Mittel genug, mich zu recompensiren. Ich sagte hierauf, den großen Herren hätte Gott darum so viel gegeben, daß sie ehrlichen und wohlverdienten Cavallieren davon was mitteilen sollten. Und damit schied ich von Ihrer Maj., die noch zum Beschluß mir befohlen, Ew. Churf. Dchl. zu versichern, daß Ihre Maj. Derselben treuer Schwager sein und bleiben würden.

Diesen nächst bin ich alsofort zum Herrn Reichskanzler gangen und von demselben gleichfalls meinen Abschied genommen, vorhero aber auf Ew. Churf. Dchl. habenden Befehl denselben erinnert derjenigen Promessen, so er Ew. Churf. Dchl. bei seinem Anwesen zu Berlin gethan, daß er nämlich sich je und alle Wege Ew. Churf. Dchl. Land und Leute bester Maßen recommendiret sein lassen wollte, und ihm dabei ausführlich zu verstehen gegeben, was Ihre Maj. gegen mir bei meinem Abschiede vor unvermutete, weit aussehende Discurse geführt, die mich gewißlich sehr perplex gemachet, und ich meinen Pflichten nach selbige Ew. Churf. Dchl. nicht verschweigen könnte. Er sagte darauf, sein Herr der König wäre bisweilen in Discursen sehr wunderlich, redete öfters etwas dahin, so er doch dergestalt nicht böse meinete, auch nimmer zum Effect gebracht würde, man hätte sich daran nicht zu kehren, bat mich, solches alles im besten bei Ew. Churf. Dchl. vorzubringen und Ew. Churf. Dchl. zu versichern, daß er alle Wege derjenige sein würde, der es mit Ew. Churf. Dchl. und

Dero Haus unterthänigst treu meinete, und damit schied ich von ihm.

Die Religion betreffend hab ich davon unterschiedliche und weit aussehende Discurse gehört, auch daß man Ihre Maj. den König von Böhmen, da es ja mit Ihrer Maj. noch zu den lang vertrösteten Tractaten kommen sollte, der Religion halber ziemlich fesseln und binden würde, wie denn Ihre Maj. mir einen Extract aus der Würzburgischen renovirten Kanzlei-Ordnung, davon Ew. Churf. Dchl. ich hierbei Abschrift überschicken thue, zugestellet, darin ziemlich harte und importirende Worte enthalten.[1])

Ich verstehe auch von hohem Ort, daß der Pfalzgraf Augustus zwar ein wackerer Herr, aber dabei der Religion ziemlich offens und zuwider gewesen, also daß, dafern der Herr leben sollen, er sonder Zweifel viel Böses dabei hätte stiften werden. Allein der Allmächtige hat's wunderlich geschicket und ihn in Zeiten aus dem Mittel genommen.

Ich muß Ew. Churf. Dchl. conclusive nicht verschweigen, inmaßen ich es denn auch von Ihrer Frl. Gn. Markgraf Christian ausdrücklich in commissis habe, daß Ihre Frl. Gn. sich ganz hoch gegen mir beschweret, mit vorgehender Anzeige, obwohl Ihre Frl. Gn. die Alliance nicht allein mit Ihrer Maj. und Dero Erben, sondern auch der Kron Schweden geschlossen und vollzogen, daß Sie doch hinwider die Gegenalliance und Versicherung noch bis auf dato nicht erhalten können, ungeachtet Ihre Frl. Gn. zu diesem Ende selber eine geraume Zeit bei Ihrer Maj. sich aufgehalten und sollicitiret. Es hätte der Reichskanzler zuletzt berichtet, daß noch mehr Sachen und Punkta in die Alliance gerücket werden müßten, welches dann

[1]) Extrakt aus der Würzburgischen renovierten Kanzleiordnung: „Sobann so geistliche Sachen vorfielen, dieselbe, wo nötig, mit Zuziehung des Ministerii bescheiden, zwischen der römisch-katholischen Religion und Augsburgischen Confession den accordirten Unterschied halten, und darwider nicht handeln, aber die Calvinische und andere Sectarios im Bis- und Herzogthum nicht einkommen, noch passiren, sondern hinausweisen lassen."

Ihrer Frl. Gn. ganz hoch befrembet vorgekommen, die auch darüber ganz wieder davon gezogen. Ihre Frl. Gnaden berichteten mich ferner, wie Ihre Maj. hart an Sie wären, den Nürnbergern die Jurisdiction, so sie in ihrem Districte hätten, und etzliche der Stadt nah angelegene Dörfer, item Regalien, Geleits-, Grenz- und andere Gerechtigkeiten abzutreten. Ihre Maj. wollten Ihrer Frl. Gn. in den Bischofthümern wieder andere Recompens machen. Es haben aber Ihre Frl. Gn. sich in alle Wege damit geschützet, daß dergleichen bei Derselben nicht, sondern dem ganzen Hause, bevoraus aber bei Ihrer Churf. Dchl. als dem Haupte desselben stünde, und müßte daraus vorhero mit den sämtlichen Interessenten communiciret werden.

4.

Briefe und Akten zur Geschichte der Feldzüge in Schlesien, Sachsen und der Mark, 1632—1634.

1.

Unvorgreiflicher Auffatz, wie auf Chur-Brandenburgischer Seiten mehrere Werbungen anzustellen.

Entwurf von Konrad von Burgsdorff aus dem September oder Oktober 1632. G. St.-A. Rep. 24c 5 Fasc. 3. Vgl. oben S. 45.

Infanterie:

Oberst Kracht hat 6 Compagnien, dazu zu werben 8 Compagnien, davon 2 in die märkischen Festungen, 12 außer Landes.

Oberst Burgsdorff hat 11 Compagnien, davon 5 beim Kurfürsten in Preußen, die vorläufig dort bleiben können, und 6 in Schlesien, letztere durch Werbung auf 12 Compagnien zu verstärken.

Oberst Kötteritz hat 8 Compagnien, dazu zu werben 4 Compagnien.

Der schwedische Oberstlieutenant von der Artillerie Rüdiger von Waldow, Churfürstlicher Untersaß und Vasall, in der Fortification und Artillerie wohl erfahren, hat diejenigen Orte, die Ihre Kgl. Maj. dort oben fortificiren lassen, fast alle angegeben und gebaut, könnte später ev. an Kötteritz Stelle als Oberst treten, hat seine Dienste dem Kurfürsten angeboten, sollte 6 Compagnien Musketiere (1200 Mann) werben und commandiren als Oberstlieutenant.

Cavallerie:

1 Compagnie zu Roß Konrad von Burgsdorffs bleibe in Preußen so lange wie nötig.

Zu den in Schlesien befindlichen 9 Compagnien zu Roß K. von Bs. noch 3 hinzuzuwerben, davon 8 Compagnien Cürassier- und 4 Compagnien Arkebusier-Reuter mit zusammen 2 Majors, damit 3 Squadrons à 4 Compagnien gebildet werden können.

Dem Oberstlieutenant von dem Burgsdorffschen Regiment zu Roß Georg Ehrenreich von Burgsdorff ist vom Kurfürsten versprochen, so bald Cavallerie geworben würde, ihm vor anderen ein Regiment zu geben. Deshalb von ihm zu werben 12 Compagnien Reuter, darunter 8 Cürassier- und 4 Arkebusiercompagnien.

Dragoner:

Der Kurfürst hat dem Obersten Konrad von Burgsdorff versprochen, 6 Compagnien Dragoner zu werben à 100 Mann = 600 Dragoner.

Also Gesamtstärke:

	Mann	Compagnien	davon neu zu werben
Infanterie	9800	49	24
Pferde	2500	25	15
Dragoner	600	6	6
	12900	80	45

Artillerie betr. könnte mit Arnim gehandelt werden, um den Vorspann aus des Feindes Landen an Hand zu schaffen. — Die Stücke haben S. Ch. Dchl. Gottlob selber in den Zeughäusern, daraus man sich derselben zu erholen.

Werbegelder:

Für	24	Comp.	zu Fuß	p. Mann	3	Thlr.	=	14400	Thlr.
„	6	„	Dragoner	„	4	„	=	2400	„
„	11	„	Cürassiere	„	15	„	=	16500	„
„	4	„	Arkebusiere	„	10	„	=	4000	„
								37300	Thlr.

Mustermonat:

Für	24	Comp.	zu Fuß	à	1500	Thlr.	=	36000	Thlr.
„	6	„	Dragoner	à	900	„	=	5400	„
„	11	„	Cürassiere	à	2166	„	=	23820	„
								65220	Thlr.

[Es fehlt der Mustermonat für die vier Arkebusierkompagnien.]

2.

Oberst von Kötteritz an den Markgrafen Sigismund.

d. Im Feldlager bei Breslau 4. [14.] September 1632.

G. St.-A. a. a. O. Fasc. 4.

Berichtet erfreut über die militärischen Fortschritte der Verbündeten. Arnim verfolgt die geschlagenen Kaiserlichen, „Gott der Allmächtige helfe und gebe ferner seinen Segen, wir können seiner Güte nicht [genug] verdanken die augenscheinlich große Hülfe, die er uns durch seinen starken Arm erwiesen.“ „Unser Volk, sonderlich Reuterei und Dragoner, handeln unchristlich und dermaßen übel, daß es kein Türk ärger machen kann, die Unordnung ist eingerissen und nicht zu remedieren. Das ganze herrliche Land Schlesien wird in Grund verderbet, es kommt auch dahin, daß hohe Häupter, denen vielleicht an der Conservation teutschen Landes nicht

viel gelegen, ohne Scheu und mit großem Trutz nicht allein das Land ausspolieren, sondern auch durch ihre expreßlich hierzu Commandirten Kirchen spolieren lassen und solches zu sich nehmen, Gott erbarme es, unter der Autorität und Tutel eines Großen und Mächtigen soll alles, was die seinigen übels thun, wohlgethan heißen.

„E. Fstl. Gn. hätte ich viel wunderbare Dinge zu eröffnen, so aber der Feder nicht zu trauen, muß sehen, weil wir nun, ob Gott will, mit diesem Feind fast fertig, wie ich selbst zu E. F. Gn. gelangen und per posta eine Reise thun möchte. Sie versichern sich, unser status stehet wunderlich, man tractiret uns wohl und der andern Armada gleich, daß wir so groß zu klagen nicht Ursache, obschon kein Überfluß vorhanden. Dennoch ist man nicht content. Die Praeeminenz soll gar zu groß und alle Herrn General-Commandanten nachgesetzt sein. Der Eigennutz ist zu groß, und wenn man gesoffen, welches denn eine ziemliche Zeit hero continuiret, thut man nicht allein, sondern ist gar wie ein Narr. Particular-Tractaten werden angestellt, so nichts mehr als Confusion verursachen. Musterplätze teilt man aus und verspricht den Leuten, so doch nicht können gehalten werden, uns aber vergißt man ganz und gar. Ich befürchte mich, es werde aus diesem Dinge nichts gutes werden, sintemal die Mißverstände sehr groß, und bin ich allein am übelsten dran. Die Regimenter alle sind an mich verwiesen, also daß ich genug zu thun und kaum so viel Zeit, an E. F. Gn. zu schreiben. Sachen von Estat gehen vor, woran mein gnädigster Herr und sein ganzes Haus hoch interessiret, deren scopus und Abzielen ist mir nicht gänzlich bekannt, ich will meinem geringen Verstande nach gern mein Bestes thun, versäume ich aber etwas aus Unwissenheit, will ich fürwahr vor Gott und aller Welt entschuldigt sein. Habe fürwahr von beiden Teilen kluge und verschlagene Köpfe vor mir, die auch teils mit der Autorität ihres superioris durchdringen wollen, derowegen ist höchst nötig und wenn J. C. D. Interesse und Dienst, so hier in diesem Werk vermenget, gesuchet

werden, ich auch länger mit dem Volk darbei bleiben soll, daß ein nicht von geringen und wenigen, sondern von gar guten Qualitäten und dem des höchstlöblichen Chf. Hauses Brandenburg ganzer scopus wohlbekannt, tapferer, erfahrener Mann mir als zum Commissario conjungiret, ehist und unverzögerlich zugeschickt und mit genugsamer Vollmacht versehen werde, sintemal mein gnädigster Herr, als der so aus gutem Herzen sein ganzes Land entblößet, einen so guten Succurs anhero geschicket, da ihm doch Chur=Sachsen nie einige Assistenz geleistet, an allen Victorien ein großes Interesse. Schweden hat schon diese Praetension nicht, weil Chur=Sachsen, ehe dieser Succurs anhero kommen, J. K. Maj. mit ansehnlichem Volk assistiret. Der Herr Feldmarschall [H. G. v. Arnim] und alle hohen Offiziere sehen sehr auf und werden viel thun vor das Haus Brandenburg, wenn wir vor unser eigen Interesse was thun und weder so genau an Schweden oder an Sachsen hängen werden. Einmal ist gewiß, machen wir es mit Manieren und wird es gesucht, wie sich's gebühret, wird Schweden und wir anderen gleich gehalten, auch nicht allein Winterquartier, sondern auch Sammel= und Musterplätze ausgegeben werden, ja wir werden den Generalen gleich gehalten werden und um die Quartiere spielen. Geschieht solches aber nicht, und die schwedischen Herren Commandanten werden vermeinen, ihren Köpfen nachzugehen, werden sie nicht allein gewißlich zu nichts admittiret, sondern, wenn wir auch an sie hangen und von ihnen gänzlich dependiren wollen, uns kein Winterquartier, viel weniger einiger Musterplatz verstattet werden, ja auch dasjenige, was sonst und noch zur Zeit unserm gnädigsten Herrn wohl und ganz allein gegönnet, dürfte ebenmäßig in Brunnen fallen. Mehr darf ich nicht schreiben, ich thue so zuviel und setze mich in große Gefahr."

Bittet um schleunige Entsendung des Commissars, wozu er Leuchtmar oder Pfuel unmaßgeblich für geeignet hält, „um das Werk neben mir in eine rechte Form gießen zu helfen".

P. S. „Mit der Stadt Breslau, daß sie unsere gute Freunde sein und bleiben, wie auch mit Fürsten und Ständen in Schlesien tractiren wir jetzund. Gott gebe uns Glück, sie lassen sich ziemlich widerwärtig an, jedoch ist Adel und gemeiner Mann auf unserer Seite. Es scheint, sie merken, daß zwischen unsern Häuptern etwas Mißverstand. Manche, die doch nur Gäste sein sollen, wollen gar zu hoch hinaus und nirgend an; giebt endlich ein parturiunt montes."

3.

Oberst von Kötteritz an den Obersten Duwall.

G. St.-A. a. a. O. Fasc. 3. d. Oels 4./14. October 1632.

Er ist mit Eifer bei der Sache und wünscht guten Fortgang, vor allem, „daß Gott es schicken wolle, daß unter den hohen Häuptern und Commandanten ein recht vertrauliches Vernehmen foviret, kein Mißverständnis vermerket, in christlicher Einigkeit alle Notdurft fortgesetzet werde und einer den andern nicht um seiner eigenen Person, Respect und Ehre willen böses zu denken, sondern allerseits mit einmütigem Rat und gleichhändiger That bei einander zu setzen und umtreten mögen, auch nicht um geringer Versehen willen bald hier, bald dort hinaus wollen, vors andere, daß doch von allen Theilen das unchristliche Plündern und Brandschatzen der armen bedrängten Leute, denen wir zu Schutz und Hülfe kommen sind und die uns so von Herzen affectionniret, sich auch wegen unserer Ankunft erfreut, möchte eingestellt und durch ernstliches Einsehen abgeschafft werden". Seine jetzigen Quartiere und Umgegend sind schrecklich verwüstet worden, so daß die Affection der Leute für Gustav Adolf schon einer großen Desperation Platz macht. Duwall wird wohl nicht alles zu Ohren kommen, sonst würde er es wohl nicht ungestraft lassen. Er möge es ihm nicht verdenken, daß er ihn daran erinnert, denn die Verantwortung liegt ihm, Kötteritz, mit auf dem Hals. „Was

bisher in vielen Dingen vorgegangen, hat mich zweifeln gemacht, zu oder an wen ich mich halten soll, stehe auch wohl an, im Fall es nicht anders wird, ob ich dabei bleibe oder davon gehe, denn endlich nicht fehlen kann, ich muß an einem oder andern Ort anstoßen.“ Er versichert im übrigen, daß er treulich mit seinen Leuten alles ausführen wird, was ihm von oben her befohlen wird.

4.

Kötteritz an den Markgrafen Sigismund.

G. St.-A. a. a. O. d. Oels $\frac{5.}{15.}$ October 1632.

Der Marsch und die Verfolgung des Feindes hat die Truppen sehr geschwächt und abgemattet. Er ist jetzt an der Arbeit, sie zu completiren. Leute sind genug zu haben, es fehlt nur an Geld, da die Contributionen gar schwerlich und übel einkommen. Er vermutet, daß Duwall nach Landsberg gezogen ist. Die Kaiserlichen sammeln sich im Jägerndorfischen und Troppauischen wieder, weil sie nicht weiter verfolgt wurden. Daran sind die Breslauer große Schuld und diejenigen, die meinten, diese Stadt wäre so stracks zu emportiren und man müßte nicht weiter gehen, ehe man Meister derselben wäre. Wenn die Evangelischen sich sammelten, könnten sie sehr gut zwischen die Kaiserlichen vordringen und sie trennen.

5.

Hans Georg von Arnim an Konrad von Burgsdorff.

G. St.-A. a. a. O. Fasc. 11. eigenh. d. Jauer $\frac{\text{23. Oct.}}{\text{2. Nov.}}$ 1632.

Hat Befehl gegeben, daß Gleichheit in Austeilung der Quartiere gehalten und dieselbe förderlichst gemacht werden soll.

„Die gute Correspondenz der drei Herren habe ich (nächst göttlichem Beistand) für ein fundament des ganzen evangelischen Wesens gehalten, und weil ich denn demselben von Herzen affectioniret, deswegen auch mich in die äußerste Gefahr gesetzet, so werde ich nicht unterlassen, was zu Erhaltung derselben dienet, meinen äußersten Fleiß zuzuwenden. Nur dieses wird nötig sein, daß fein aufrichtig in den Sachen gegangen, daß man meinet, wie mans redet, und hält, was man zusaget. Denn der Herr Obrister kennet S. C. D. zu Sachsen gar wohl, daß Derselbe eines aufrichtigen teutschen Gemütes." Die Glogauischen Proceduren [Duwalls] müssen ihn daher mißtrauisch machen. „An meinem Fleiß zweifeln der Herr Oberster nicht, denn Gott erkennet eines jeden Menschen Herze, der sei mein Zeuge, daß ichs von Herzen gut meine und nirgends anders auf mein Absehen habe als 1. die Ehre Gottes, 2. Erhaltung seines heiligen Wortes, 3. Rettung der armen und hochbedrängeten evangelischen Christen, 4. conservation der teutschen Libertät, 5. manutenirung des H. Römischen Reiches splendeur, 6. und desselben Chur- und Fürsten hohe Autorität und Respectes, 7. Stabilirung der hochlöblichsten Reichsverfassungen, 8. auf meines Herrn Hoheit und dessen uralten Hauses Erhaltung. Wer einigen andern Zweck hat, den mache Gott zu Schanden in seinen Ratschlägen und lasse nichts glückliches fortgehen, das kann ich mit gutem meinem Gewissen vor dem heiligen Angesichte Gottes reden. Das ist von Anfangs der scopus meiner consiliorum gewesen, er soll es auch bleiben und denselben soll mir kein Mensch in der Welt verrücken. Was dahin gerichtet, das will ich nach äußerster Möglichkeit befördern helfen. Dieweil denn nun die Alliance der dreien Herren, Kgl. Maj. zu Schweden, Chur-Sachsen und Brandenburg, dahin angesehen, so will ich auf Erhaltung derselben sehen, damit wir endlich zu dem heilsamen Zweck gerathen und verhoffentlich durch den gnd. Beistand des allerheiligsten Gottes es also machen, daß Ihre Kgl. Maj. und die ganze Welt erfahren soll, daß ich begehre ehrlich und aufrichtig zu handeln."

6.

Burgsdorff an den Markgrafen Sigismund.

G. St.-A. a. a. O. Fasc. 11. d. Neumark $\frac{28.\ \text{Oct.}}{7.\ \text{Nov.}}$ 1632.

Er ist Arnim von Glogau nach Breslau, Brieg, Strehlen nachgereist, wo er ihn endlich 20./30. October getroffen. Arnim hat den Feind mit ziemlich viel Fußvolk und der ganzen Reiterei verfolgt, Oppeln und Klein=Glogau erobert und besetzt und ist resolvirt gewesen, die ganze Armee wieder zusammen zu ziehen, den Feind aus Troppau und Jägerndorf und damit vollends aus Schlesien zu vertreiben und sodann weiter nach Mähren zu gehen.

Da hat er Befehl vom Kurfürsten von Sachsen bekommen, sich mit der ganzen Armee wieder zurück und nach Meißen zu wenden. Er hat infolgedessen noch vor Burgsdorffs Ankunft Kriegsrat gehalten und er sowie alle Obersten sind einstimmig der Ansicht gewesen, „daß es vor Gott, dem allgemeinen evangelischen Wesen wie auch der ganzen Posterität nimmer zu verantworten, wenn man die herrliche Victorie, so der Allerhöchste uns dieses Orts verliehen, nicht weiter prosequiren, sondern dies Land gänzlich wieder quittiren sollte". Gegen Holk und Gallas könne sich der Kurfürst von Sachsen mit Bernhard von Weimar genügend schützen. Wenn die schlesischen Truppen erst in die kaiserlichen Erblande eingefallen wären und sedem belli dorthin transferirt hätten, so würden sie den Feind aus Meißen von selbst nach sich ziehen. Arnim ist selbst per Post am 23. October/2. November von Schweidnitz abgereist, um dem Kurfürsten von Sachsen diese Gründe auseinanderzusetzen und ihn zur Zurücknahme des Befehls zu bewegen, er wird in 2—3 Tagen zurückerwartet.

Dem Feind ist durch die glücklich verlaufene schlesische Expedition „sein ganzes dessein verrückt worden". Er hat in Schlesien nicht nur 20—22000 Mann zusammen gehabt, die jetzt fast alle geschlagen und zersprengt sind, sondern hatte

beabsichtigt, sich auf 40 000 Mann zu verstärken und recta in die Mark und Pommern zu gehen. „Derowegen haben wir Märker und Pommern dem Allerhöchsten billig hoch zu danken, daß er zu seines Namens und seiner Kirchen Ehre das Blatt gewendet, dem Feinde, wie keiner anders sagen kann, das Herz genommen und ihn durch seinen allmächtigen Arm selber geschlagen."

Die von B. verlangte Punctation über die endgiltige Regelung des Verhältnisses der brandenburgischen Truppen in Schlesien kann Arnim aus eigener Machtvollkommenheit nicht genehmigen, er hat sie aber sofort dem Kurfürsten von Sachsen eingeschickt und will sie jetzt persönlich in Dresden urgiren. Arnim hat sich ferner zum höchsten über die bisherigen Proceduren und Factiones des Obersten Duwall beschwert, besonders über sein Benehmen in der Glogauer Sache. Duwall hatte versprochen, wenn diese Expedition verrichtet wäre, das schwedische und brandenburgische Volk aus Glogau wieder herauszunehmen. Das verweigert er jetzt. Arnim ist darüber sehr ungehalten, weil auf Glogau mit Raison Niemand Ansprüche erheben könne, da es vor der Conjunctur von den Sachsen allein besetzt worden sei. Er ist auch gegen die Besetzung Steinaus mit brandenburgischen und schwedischen Truppen und hat die Brandenburger nicht zur Besetzung des Doms und des Sandes vor Breslau zulassen wollen. B. möchte die Schwedischen wohl selbst aus Glogau wünschen, von Arnim ist er versichert, „daß er an seinem möglichen Fleiße nichts erwinden lassen wird, damit wir auf unserer Seiten unsere Intention erreichen mögen [1])."

Nach Arnims Meinung hätte man auf brandenburgischer Seite besser gethan, nicht eine Hand voll Volk, sondern ein 10—12 000 Mann auf die Beine zu bringen. Dann hätte der Kurfürst von Brandenburg sich nicht allein vorlängst der

[1]) Ein nicht ganz logischer Schluß nach den vorhergehenden Mitteilungen.

Fürstentümer Glogau, Sagan u. a. für sich allein impatronisiren, sondern auch dem ganzen gemeinen Wesen die Hand erleichtern können. Arnim hat hoch betheuert, daß er es mit allen drei Potentaten und dem ganzen evangelischen Wesen aufrichtig meine, er wolle auch mit Gottes Hülfe noch alle seine Verleumder, Mißgünstigen und Übelwollenden schamrot und zu Schanden machen.

Burgsdorff hat Duwall persönlich gesprochen und ihn auf den Bruch seines Versprechens hingewiesen, er hat aber von nichts hören wollen, B. besorgt, daß hieraus große Ungelegenheit und ein hochschädliches Mißtrauen bei Chur-Sachsen erwachse.

Arnim hat vorgehabt, die Befestigungen bei Steinau zu schleifen, Duwall dagegen will sie noch verstärken, hat zu B. gesagt, er hätte vom Kgl. Legaten Sten Bielke expresse Ordre, den Oder- und Warthestrom bester Maßen in Acht zu nehmen.

Außerdem beschweren sich Arnim und die sächsischen Offiziere über Duwall, weil er sich mit den ihm angewiesenen Quartieren nicht begnügt. Die Gelder, die er für seine Truppen verwenden soll, verwendet er zu Neuwerbungen, er hat auf mehr als 2000 Pferde und 12 Compagnien Dragoner neue Patente ausgegeben, und weil ihm hierfür keine Quartiere angewiesen sind, reiten die neugeworbenen Truppen das Land auf und nieder, plündern, brandschatzen und ruiniren die Quartiere der anderen Obersten, wodurch dann große Erbitterung hervorgerufen wird und der gemeinschaftlichen Sache großer Schaden erwächst. Duwall hat auf die Vorhaltungen B's aber nur geantwortet, „was er würde, bekäme kein anderer."

B. unterstützt seinerseits eifrigst den Rat Arnims zu neuen brandenburgischen Werbungen. Der Herr Feldmarschall „bittet nochmals um Gottes willen, J. C. D. zu Brandenburg, mein gnädigster Herr, wollten doch nunmehr länger nicht schlafen, sondern sich der gewünschten Mittel, so Derselben gleich jetzo in die Hand gewachsen, zu Ihrem selbsteigenen und des ganzen gemeinen Wesens Besten, Nutz und Wohlfahrt ge-

brauchen". Es folgen dann wiederum eingehende Vorschläge zu neuen Werbungen unter Zuhülfenahme von Preußen und der Mark, da in Schlesien zur Zeit neue Werbungen nicht möglich sind. „Sehen also E. F. Gn., daß auf diese Manier J. C. D. mit geringer Mühe und Spesen 15–16000 Mann auf die Beine bringen könnte." Der Kurfürst selbst könne Generalissimus werden, Oberst Klitzing behält seine jetzige Charge, Kötteritz wird die Artillerie übergeben, „zum Generalmajor zu Pferde könnte man vielleicht auch bald ein capables subjectum finden." Wenn Duwall sich auch durch Neuwerbungen verstärkt, könnte man leicht 24—25000 Mann zusammenbringen, und falls es zu den Tractaten kommt, würde es dem Kurfürsten sehr zu statten kommen, eine solche Macht in der Hand zu haben. Arnim rät dringend hierzu.

B. bittet dann um weitere Instruction für sein Verhalten, wenn die Vollziehung der Punctation nicht eintrifft oder Arnim nach Meißen abmarschiert. Duwall und der schwedische Legat sind der Meinung, daß, wenn die Assecuration von Sachsen nicht einträfe, es nicht ratsam wäre, weiter mitzugehen. Sie halten es ferner für das beste, ev. nicht mit nach Meißen zu ziehen und Schlesien ganz zu entblößen, sondern sich an der Oder festzulegen und diesen Strom möglichst zu behaupten. Darin stimmt auch B. mit ihnen überein, er schlägt vor, „daß das Werk in aller dreier Potentaten Namen geführt und hiesigen Fürsten und Ständen von allen dreien vermittelst einer genugsamen Vollmacht, wohin diese Expedition eigentlich angesehen, remonstriret und daneben genugsame Versicherung eingeschaffet würde, sie wider alle Hostilitäten zu mainteniren. Wenn diese Assecuranz da sein wird, alsdann werden sie ganz willig zu uns umtreten und ihr äußerstes neben uns zusetzen". Er versichert, daß darauf von den meisten mit Verlangen gewartet wird. Bis dahin warten sie noch damit, sich gegen uns herauszulassen, „gestalt denn E. F. G. selber hochvernünftig zu ermessen, daß es keine geringe Sache sei, seines Eides zu vergessen und von seinem Herrn abzufallen. Das Weimarische

und Mansfeldische Exempel ist noch neu und frisch und daher in unentsunkenem Gedächtnis. Denn da haben diejenigen, so sich nur in etwas zu weit herausgelassen, eines Teils mit dem Halse, anderes Teils mit allen ihren Gütern büßen müssen". Er bittet den Markgrafen und die Geheimen Räte, diese Sache reiflich zu überlegen und zu befördern.

„Den Feldmarschall finde ich ganz dahin incliniret, wenn's nach seinem Willen gehet, den Winter über dem Feind wenig Ruhe zu lassen, und wird ein guter Pelz demjenigen, der ihn haben wird, wohl zu Passe kommen. Verhoffen, dadurch dem Feinde den Compaß zu verrücken."

B. will nun auch an Gustav Adolf und Oxenstierna ausführlich über den Zustand in Schlesien berichten und bittet den Markgrafen, an diese zu schreiben und um ein anderes capables, friedliebendes, verträgliches capo zu bitten [an Stelle Duwalls]. Anderenfalls wird aus den großen Jalousien, die bereits mehr denn zuviel vorhanden, ein großes Unheil zwischen den Königlichen und sächsischen Offizieren entstehen. „Den Feldmarschall finde ich sonst allenthalben, wann ihm nur Raison remonstriret werden kann, genugsam tractabel."

P. S. Fürst Ragozzi von Siebenbürgen hat Arnim etliche 1000 Ungarn praesentiret, worüber dieser um Resolution bei Chur-Sachsen gebeten hat. „Es vermeinet aber der Herr Feldmarschall, es falle die Resolution von Chur-Sachsen wie sie wolle, so wollte er's doch dahin richten, daß der Ragozzi einen Einfall in Österreich thun und daselbst einen alarm machen sollte, dadurch die aus Meißen um soviel desto eher aus Meißen zu advertiren sein, auch dem Friedländer der Compaß ziemlich verrücket werde." . . .

„Den Herrn Feldmarschall befinde ich, ob ich wohl Niemanden ins Herz sehen kann, allenthalben S. C. D. unterthänigst wohl adfectioniret", er hat sich auch, wie er selbst sagt, seiner Schuldigkeit nach ganz hoch erboten, es dahin zu richten, damit S. C. D. zu ihrer Intention mit Glogau und Sagan gelangen möchten.

7.

Burgsdorff an den Kurfürsten Georg Wilhelm.

d. Liegnitz $\frac{17.}{27.}$ November 1632,

ps. Königsberg 6. December st. n. 1632.

G. St.-A. a. a. O. Fasc. 11.

„E. C. D. bitte ich, so hoch ich immer kann, ja um Gottes willen, Sie maturiren Ihre Herauskunft so viel immer möglich, machen auch solche Anstellung, damit des Herrn Feldmarschalls [H. G. v. Arnim] wohlmeinendem Vorschlage nach in Preußen ein paar Regimenter zu Fuß und in der Mark eines zu Fuß und eines zu Pferde diesen Winter über gerichtet werden mögen. Und wäre wohl zu wünschen, daß E. C. D. es vorlängst gethan hätten, so könnten Sie anitzo um so viel desto besser um das Kraut reden, Ihren Staat versichern und Ihre Person in der Commödie spielen. Denn dies Axioma bleibet dennoch einen Weg wie den andern wahr und beständig: besser ein verdorben Land als ein verloren.

„Ich zweifele nicht, E. C. D. werden sich annoch eindächtig zurück entsinnen, wie oft ichs aus unterthänigster, treuer Wohlmeinung erinnert, derogleichen dann Ihre höchstsel. Maj. bei Dero Lebzeiten auch verschiedentlich gethan, daß man doch nicht so gar sein ganzes fundament gleichsam auf zwei Augen setzen, sondern dahin bemühet sein sollte, wenn der gleiche Fall, als jetzo leider geschehen, erfolgte, wie man das Werk ambrassiren und hinausführen wollte.

„Die Sachen sehen gewiß sehr weit und gefährlich aus, hätte auch hiervon E. C. D. zwar viel zu schreiben, allein der Feder darf ichs nicht anvertrauen. Die Sach wär zwar an sich selbsten so gefährlich nicht, wann man nur schleunig zu den Sachen thäte, sich eines gewissen scopi einhelliglich vergliche, zusammenhielte und die ansehnliche erhaltene Victori conjunctis viribus nach äußerster Möglichkeit prosequirte und dem Feinde sich wieder zu formiren keine Zeit noch Ruhe ließe.

„E. C. D. werden nunmehr in Sonderheit Ihre Chance fleißig in Acht nehmen müssen, spüre gleichwohl bei vielen und zwar den vornehmsten Cavallieren zu E. C. D. eine sonderbare große Affection."

Bittet, die fünf Compagnien zu Fuß und die zu Pferde ihm baldigst zu senden, „denn ich möchte insonderheit gerne einmal die Blauröcke einhitzen, damit ich doch sehe, was an ihnen zu thun, und dieses Orts wirds uns verhoffentlich an guten Occasionen den Winter über nicht ermangeln". Hat eben gehört, daß der Feind die Stadt Frankenstein besetzt hat, er will gleich itzo mit der Armada hingehen, „dürfte wohl gute Stöße setzen".

Da er keinen Paßgänger oder Zelter hat, bittet er den Kurfürsten, ihm ein paar oder wenigstens einen guten, dauerhaften Zelter oder Paßgänger zu schicken. „Auch läßt sich's ansehen, als wollte dieses Orts ein rechter Winterkrieg werden", deshalb bittet er gleichfalls um ein sechs Paar schöne Zobeln, um sich der Kälte erwehren zu können. Der Überbringer dieses Schreibens ist ein Adeliger, B. hat ihm für gut verrichtete Reise ein Pferd und 100 Reichsthaler versprochen, bittet den Kurfürsten, ihm dies beides und, „weil er vom Adel, noch ein silbern Becherlein dazu zu geben".

8.

Burgsdorff an einen ungenannten Freund in der Umgebung des Kurfürsten Georg Wilhelm, wahrscheinlich Levin von dem Knesebeck.

G. St.-A. a. a. O. Fasc. 11. — d. Krotha [?] $\frac{\text{23. Nov.}}{\text{3. Dec.}}$ 1632.

Er hat ihm schon viermal geschrieben aus Schlesien, schildert die Vorgänge dort und die Bestürzung über den Tod Gustav Adolfs. „Alle, so sich recht Evangelisch nennen, auch rechte Evangelische Thaten thun oder künftig noch thun werden,

mögen billig wohl herzlich darüber erschrocken sein und Ihre Maj. herzlich betrauern und beklagen. Dennoch wie hoch uns der allerhöchste und gerechte Gott hierdurch gestrafet, also hat er uns als seine Kirch dennoch nicht gänzlich verlassen wollen, sondern den Ausgang der blutigen batalgy auf unserer Seiten glücklich siegen lassen, uns dadurch lernen will, daß es seine Sache ist, und er allein will es durch seinen mächtigen Arm ausführen, zugleich weisen, daß wir Menschen sein und uns darauf nicht verlassen sollen."

Nähere, sichere Nachrichten über die Schlacht liegen noch nicht vor. „Gott der Allmächtige stehe seiner Kirche weiter bei, er wecke tapfre Helden, die dasjenige, was der allertapferste Held gleichsam aus dem Groben, wie man zu reden pfleget, ausgearbeitet, ganz ausfertigen, mach auch, daß die Babelonische Hure gänßlich gestürzet werde. Solches wird nun bestehen auf gute consilia, Einigkeit und dann, welches das principalste, fortgesetzte gute Resolution, dazu dann J. C. D. hochansehnliche Praesens dieser Örter viel und kräftiglich gutes thun wird." ...

... „Als bitte ich meinen hochgeehrten Herrn Bruder also hoch als ich kann, ja um Gottes Willen, der Herr Bruder befördere nicht allein J. C. D. schleunige Herauskunft, sondern auch die vorgeschlagene Werbung" und Hierhersendung der preußischen Truppen. .....

Neiße hat vor den Kaiserlichen kapituliert. „An diesem Ort nun ist uns hoch und viel gelegen, als erwarten wir des Obersten Duwalls mit seinem Volk. Es wird auch die Resolution genommen werden müssen, meines wenigen Erachtens, solches wiederum zu nehmen, nur dürfte uns die große, schleunige, bittere Kälte daran verhindern, hoffe auch, der Herr Feldmarschall wird innerhalb zwei oder drei Tagen wiederum bei uns sein. Es würde auch dieses nicht geschehen sein, wann derselbe dieser Örter gewesen wäre. Dürfte auch für meine Person des Krieges bald überdrüssig werden, wenn er von der Armada gehen sollte, denn es ist nicht allein der Titel General, sondern es gehöret mehr dazu als ein paar rothe Schuh zum

Tanze. Und viele Köche kochen selten was gutes, also versichere ich den Herrn Bruder, alsofern man Ihre Excellenz nicht den Krieg dieser Orten dirigiren lässet, sondern andere, welche es doch nicht verstehen, . . . so sehe ich das Werk auf thönernen Füßen stehen, darum bitte ich nochmals den Herrn Bruder, er befördere S. C. D. Herauskunft."

9.

Oberst von Kötteritz an den Markgrafen Sigismund.

d. Oels 24. December st. nov. 1632.

G. St.-A. a. a. O. Fasc. 7.

Die Schweden haben sich nicht an die assignirten Quartiere gehalten, greifen in die brandenburgischen über und brandschatzen das Land. „Worte und Zusagen gefallen ja wohl, aber gehalten wird nichts, denn fürwahr allhier, wie man sich wohl einbilden möchte, güldene Berge auch nicht vorhanden. Des lieben Brods mag ja hier im Lande noch etwas reichlicher und der Acker gebauter sein, an Gelde aber gewiß eben so wenig, als vor diesem bei uns und in der Mark gewesen." Sein Regiment ist im Felde ruinirt worden, so daß er nicht über 450 gesunde Mann in die Quartiere gebracht hat. Nunmehr kann er wieder 10 Compagnien mit ca. 1500 Mann marschiren lassen, daneben eine Compagnie Dragoner, so wohl mundirt als nur eine, 130 Mann stark. Die 12. Compagnie herzurichten, ist er im Werk, sobald nur etwas Geld einkommt. Verteidigt sich sodann gegen Beschuldigungen des Markgrafen, daß er bei der Errichtung neuer Compagnien ganz nach Willkür und gegen das kurfürstliche Interesse gehandelt hätte. „Ich habe ja mehr aufgewandt, als mir aus meinen assignirten Quartieren gereicht worden, und hätte es nicht thun können, wenn über das der liebe Gott mir vorm Feind und wohlzulässiger Weise nicht etwas bescheert, so ich aus guter Affection wieder aufgewendet, den Namen und ein gutes Regiment in

J. C. D. Dienst zu haben. Ich und viele andere Obristen und redliche Offiziere haben unsere Häute deswegen darbieten und etliche gar darüber aufgehen müssen, ein anderer suche es auch. Was einem der Krieg giebt, kann mit Fug mitgenommen und einem andern gegeben werden, sonst wäre übel, Obrister zu sein. Man thut es ja einem Musketier nicht gern, ist auch Unrecht, ihm dasjenige zu nehmen, was er mit Darsetzung seiner Haut erworben."

Sonst berichte, „daß in diesen, vorhin sehr ausgesogenen Ländern werden wenig Mittel, ja große Not, diesen Winter auch das Volk zu unterhalten, sein, wie sichs albereits erweiset. Wir werden Tag und Nacht strapeziret. Ich bin jetzo mit sechs Compagnien bei der Armee gewesen, habe, ehe ich ins Quartier kommen, wieder fünf zurückschicken müssen, kann mit Bestand der Wahrheit sagen, daß wegen übeler Übergebung der Neiße das Volk bei dieser harten Kälte zu acht Tagen und mehr nicht unter Dach kommen, sondern zwei, drei Compagnien zuweilen ein Bauer-, zuweilen nur ein paar Kötter Häuser gegeben werden, daraus haben sie leben und unter freiem Himmel Tag und Nacht bleiben müssen, also daß mir die fünf Wochen über an diesen sechs Compagnien nahe an 200 Mann abgehen. Nun sind Soldaten nicht von Stahl und Eisen, E. F. G. laß ich erkennen, wie die Regimenter in einerlei Stand gehalten werden können. Meins nimmt zu und ab wie der Mond, doch danke ich Gott vor das, so vor anderen ich noch habe. Noch zur Zeit kann ich nicht so viel wieder werben als mir abgehet, und wird sich forthin wegen Mangel Geldes und Notdurft in Quartieren auch verbieten. Ich finde nicht, wie über die drei empfangenen Löhnungen ich zu 1/2 Monat Sold fast mehr erpressen können werde. Schicket sich's nicht, daß wir diese unsere Winterkriege einstellen oder in andere Örter mit gutem Succeß gehen, sehe ich kommend Vorjahr einen armseligen Feldzug. Vielleicht bessert's sich nun bei denen von neuem bestellten unsern hohen Herrn Commandanten."

Eigenhändiges P. S. „Duwall hat mir abermals einige Compagnien in meine Quartiere geschickt, die machen mir alles Volk zu nichte, weiß nicht, wie ich mein Volk erhalten soll, schreib oder schick ich zu ihm, so ist's eben so viel, als ließe ich's einem Stocken sagen, bekomme ich aber Antwort, so ist es doch schimpflich, oder er sagt zu, er will sie wegnehmen, Niemand aber hält es, und so treibt er's in allen Quartieren, ich bitte Gott, daß er mir von dem bösen Menschen abhelfen wolle."

10.

Burgsdorff an den Kurfürsten Georg Wilhelm.

G. St.-A. Rep. 24 c 6 Fasc. 6. d. Berlin, $\frac{20.}{30.}$ Januar 1633.

Sendet ein eigenhändiges Schreiben des Herzogs Franz Albrecht zu Sachsen ein [s. folgende Nummer], beklagt, daß in Schlesien dasjenige nun zu unserm größten Schaden wohl eintreten wird, was er oftmal erinnert und was man ihm nicht hat glauben wollen. „Der Höchste wende es noch." Wie er aus dem Schreiben des Herzogs und einem Schreiben seines Bruders ersehen, „so gehet der tapfre Herr wegen des großen disgusto davon, und dann dürfte es seltsam genug daher gehen".

Unsere Armee ist durch das unaufhörliche Strapezieren meist ruinirt. Bei den meisten Reiterregimentern, auch bei seinem eigenen, sind über 20 Pferde pro Standarte nicht vorhanden, so Dienste thun können, und man fürchtet eine Meuterei, besonders bei denen, die weder das volle Werbegeld, noch den Mustermonat empfangen. „Hab es lange gedacht, daß es mit solchen Duwallschen neuen Werbungen dergestalt hinauslaufen würde. Gott bessere es noch. Nimmer hätte ich geglaubt, daß der Feind so stark wäre, wie ich jetzo erfahre."

11.

Eigenhändiges Schreiben des Herzogs Franz Albrecht zu Sachsen an Konrad von Burgsdorff.

G. St.-A. a. a. O. d. Ohlau, $\frac{9.}{19.}$ Januar [1633].

Versichert, daß er alle Zeit der Freund Burgsdorffs gewesen, und will dafür sorgen, daß B.'s Wünsche wegen der Quartiere für sein Regiment berücksichtigt werden.

„Sonsten unsern Zustand belangend, so habe ich, weil er aus ist, Gott lob noch nichts verloren, sondern mich mit göttlicher Hülfe gegen diesen mächtigen Feind bis dato noch mit Reputation erhalten. Gott der Allmächtige helfe weiter. Was nun mehr in drei Malen, so ich mit allem Volke ausgewesen, [sich ereignet hat], wird er von seinem Bruder schon vernommen haben. Den Augenblick bekomme ich aviso, daß der Feind mit ganzer Macht sich bei Brieg sehen läßt, hoffe aber nicht, daß er ihm was abhaben soll, habe Koetteritz mit 200 seines, 200 Schwalbachische und 200 Schwedische Landsknecht hineingelegt, zudem sind noch 600 Dragoner, so ich letzt hineingelegt in der Eile, noch drinnen, und wäre die rechte Zeit, wenn er sie itzo attackiren wollte. Sonsten hat Gott bis dahero unsere Feinde geblendet, denn sie hätten können machen, was sie gewollt hätten. Aus der Beilage [fehlt] hat er zu sehen, wie stark der Feind ist, ich aber nebenst dem Duwall nicht über 9000 Mann, so ich im Felde brauchen kann. Der Duwall hat nichts als lauter Offiziere, er thut nichts als Tag und Nacht voll sein. Seine Leute thun, was sie wollen, stehlen, brennen und plündern das ganze Land aus, bin seiner nicht ein Haar gebessert, ich caressire ihn soviel als möglich, er thäte gern das seinige, hat aber keinen Respect, zudem kann er vor Saufen nicht dazu kommen. Gott weiß, ich bin übel dran, die Reuter haben nichts zu futtern, Proviant ist wohl da, aber keine Pferde zur Zufuhr. Alle Sünde, so ich mein Lebtage begangen, kann ich

nicht eher gebüßen als bei diesem Dienste, will mit göttlicher Hülfe sehen, daß ich mit Ehren daraus komme. Der von Arnim antwortet auch fast auf kein Schreiben, zudem hat mir der Churfürst das Altenburgische Regiment abgeschlagen, giebt es seinem Bruder, der vorhin schon eines hat, und seinen Obersten-Lieutenant zieht er mir vor, den Rauchhaupt. Wie mir dieses gefallen muß, lasse ich ihn judiciren. Alle Mancamenta, so ich dem Churfürsten schreibe, ist soviel als nichts, es erfolgt nichts darauf; habe geschrieben, wenn meine drei Monat um seien, nicht zu bleiben, verlier meine Ehre und Reputation auf die Weise. Von Grund meiner Seelen wollte ich gerne dienen, das weiß mein Gott, aber ohne nichts kann ich nichts thun und ohne Volk keinen Krieg führen, je ehe der Winter kommt, je lieber es mir ist, hab ganz Niemand, ob an der Sietta [Zittau] mehres gelegen als an dieser Armada und an ganz Schlesien, weiß ich nicht. Wegen des Pulvers ist es mir lieb, daß es J. L. hergeben, bitte, mich ganz dienstlich J. L. zu befehlen, sterbe Dero treuer Diener und Sohn. Die große Disordre und Insolentien machen mich ganz grau, die die Duwallschen, auch zum Teil die unsrigen thun, habe heute noch zwei henken lassen, hilfet doch nichts. Die Hand voll Duwallschen sind unserer Armada Ruin. . . Ich schließe, kann nicht mehr schreiben . . . verbleibe sein Freund und Diener

Franz Albrecht H. z. S.

12.

Burgsdorff an den Kurfürsten Georg Wilhelm.

d. Im Feldlager bei Schweidnitz, $\frac{13.}{23.}$ Juli 1633.

G. St.-A. Rep. 24 c 5 Fasc. 4.

Weil er befunden, daß auf dieser Seiten die Sachen sich ziemlich periculös und gefährlich ansehen, hat er seinen Secretär

Stellmacher nach Berlin gesandt zu mündlichem Vortrag und zu Überreichung folgenden Memorials:

Schweidnitz [wo beide Heere einander gegenüber liegen] ist der Schlüssel zum ganzen Lande, daher dessen Entsatz sehr wichtig. Es herrscht großer Mangel an Proviant und allen Requisiten zum Campiren im eigenen Lager. Alle Pässe sind abgeschnitten, das Heer der Verbündeten ist gleichsam bloquirt im eigenen Lager. Arnim hat in Voraussicht dessen schon lange zu Werbungen geraten. Chursachsen hat darauf auch die Werbung angestellt, aber allenthalben so schläfrig, daß in effectu nichts daraus geworden. Die Lage ist schlimmer als die der Kgl. Armee im vergangenen Jahre bei Nürnberg. Der Feind stützt sich auf die kaiserlichen Erblande in seinem Rücken und verstärkt sich daraus, unsere Armee nimmt täglich ab, der Feind wird allein an Fußvolk über 20000 Mann geschätzt, die Verbündeten haben an Fußvolk nicht viel über 6000 Mann im Lager, die Besatzungen der wichtigen festen Plätze verschlingen auch viel Volk.

Als Mittel zur Abhülfe schlägt er vor: Ankauf von 3—400 Malter Roggen (ca. 4800 Thaler), Einrichtung von Recrutenplätzen in der Mark für die Regimenter, aus denen neben dem Unterhalt auch die Werbegelder für die Neugeworbenen genommen werden müssen. Aus der Mark sollen die dortigen Truppen bis auf die allernotwendigsten Besatzungen der Festungen zur Verstärkung der Armee nach Schlesien geschickt werden. Er scheut sich zwar, von neuen Werbungen zu reden, muß als treuer Patriot aber doch wieder dazu raten; in Preußen und den Niederlanden könnten wenigstens ein paar neue Regimenter geworben werden. Da seine Mittel nunmehr ganz erschöpft, daß er nicht 50 Thaler in seiner Gewalt weiß, und er fast sein ganzes Vermögen in seine Regimenter gesteckt hat, so bittet er, ihm mit 4—5000 Thaler unter die Arme zu greifen. Desgl. sind Gewehre, Munition, Lunten rc. sehr nötig. [Im August schreibt er, er habe sein Silber deswegen versetzen müssen.]

Falls alles nicht zu erreichen ist, sind nur drei Wege noch möglich:

1. mit der sächsisch-brandenburgischen Armee nach Böhmen oder Mähren zu rücken und dort ihren Unterhalt zu suchen,
2. durch eine andere Armee eine Diversion nach dort machen zu lassen, um uns die Hand dadurch etwas zu erleichtern, oder
3. durch einen Frieden diesem nunmehr lang genug gewährten höchstschädlichen Unwesen aus dem Grunde abzuhelfen.

[Von den politischen Verhandlungen zwischen Arnim und Wallenstein erwähnt er nichts, er schreibt freilich, vieles könne der Feder nicht anvertraut werden.]

13.

Burgsdorff an den Kurfürsten Georg Wilhelm.

G. St.-A. Rep. 41, 12d. d. Dresden, $\frac{7.}{17.}$ October 1633.

Er rät dem Kurfürsten, mit dem Hofstaat und was ihm sonst lieb ist, in aller Eil und ohne einige Saumsal die Retraite auf ein 14 Tage und bis man sehen werde, wohin der Feind intentioniret sein möchte, nach Cüstrin zu nehmen. In Wahrheit ist in mora summum periculum. Im Notfall würde der Kurfürst von der ganzen Armee secundirt werden, wie er vom Kurfürsten von Sachsen gehört hat. Aber die ganze Armee, sowohl die Regimenter, die in Schlesien gewesen sind, als auch die, so aufs neue aus Meißen und der Mark hinzugekommen, hat über die Maße abgenommen, so daß er sich darüber sehr erschrocken hat. Der ganzen Armee und besonders der brandenburgischen Regimenter Untergang steht bevor, wenn keine neuen Recruten geworben werden, worum er dringend bittet. „Ich nehme gleich jetzo nebst Ihr. Fürstl. Gnaden Herrn Feldmarschall [Herzog Franz Albrecht von Sachsen]

meinen Weg von hier zu dem Herzog von Friedland auf Sagan oder wo wir denselben antreffen möchten."

P. S. Inzwischen ist die Nachricht von der Niederlage bei Steinau eingetroffen, „dürfte also die Mark nunmehr in noch größerer Pericul stehen", da der Feind dadurch encouragirt werden wird und sich zu ferneren Tractaten kaum wird verstehen wollen. Dennoch wollen sie gleich jetzt zu Wallenstein reisen.

14.

Aus einem Briefe Stellmachers (Sekretär Burgsdorffs) an den Oberst Volckmann.

d. Im Felde eine Meile vor Dresden, $\frac{13.}{23.}$ October 1633.

G. St.-A. a. a. O.

Wir liegen zwischen Dresden und Pirna, nahe an der Elbe, an einem Ort, den Freund und Feind nun 2 Jahre lang totaliter ruinirt haben, so daß die Regimenter noch vollends zu Grunde gerichtet werden. Die ganze Infanterie besteht nach den von den Obersten selbst eingereichten Listen in allem noch nicht in 5000 Mann, die Cavallerie nimmt täglich und augenscheinlich ab, so daß viele Regimenter nicht 200, teils kaum 100 Pferde stark sind. Alle 14 Regimenter zu Pferde, die man hier hat, taxirt er auf ca. 5500 Pferde, wovon täglich viele sterben, ausreißen und verhungern. Das Regiment zu Fuß Konrad von Burgsdorffs war anfangs, als man zu Felde gezogen, 2000 Mann stark, jetzt zählt es nicht mehr 700. Sein Regiment zu Pferde ist noch ärger mitgenommen und kann aller Apparenz nach nunmehr wenig Dienste mehr thun. Keine Compagnie ist über 50, höchstens 60 Mann stark. Geld und Recruten sind dringend nötig. „Wenn der Allerhöchste nicht hilft, sehe ich das ganze Werk zum höchsten periclitiren und insonderheit in der Mark einen ganz erbärmlichen Zustand."

15.

Burgsdorff an den Kurfürsten Georg Wilhelm.

d. Berlin, 16. [26.] November 1633, 1 Uhr Nachmittags.

G. St.-A. Rep. 24c 7 Fasc. 3.

Ist Mittags hier angekommen und überschickt ein Schreiben Arnims, woraus der zeitige Stand des Kriegswesens zu ersehen.

„Man hätte sich m. E. gegen S. C. D. zu Sachsen wohl zu bedanken Ursach, daß er die Armee zu dieser Lande bestem der Orten herunter gehen lassen, dem Feinde dadurch an seinem Vorhaben Abbruch zu thun. Wenn die Brücke zu Köpenick wäre ruinirt gewesen, hätten wir die beiden leichtfertigen Landsleute [Sparr und Goetz] wohl bekommen, ich bin aber noch der Hoffnung, die drei Regimenter, so der Generallieutenant auscommandirt und ihnen nachgeschickt, sollen sie vielleicht noch antreffen, sonst halte ich dafür, die Kaiserlichen werden den nächsten Weg nach Bautzen gehen."

Arnim hat sich mit seinen 3000 Pferden wieder gewendet, um den Frankfurtschen und Landsbergschen Paß wieder zu erobern, Burgsdorff will sich wieder zur Armee begeben. Gestern Abend hat sich Burgsdorff mit 100 Pferden nach Köpenick aufgemacht und den Ort eingenommen. Die kaiserliche Besatzung mit einem Kapitän-Lieutenant und 50 Dragonern hat sich zum Teil untergestellt, die anderen nebst dem Kapitän-Lieutenant läßt er heute nach Berlin bringen.

16.

Burgsdorff an Hans Georg von Arnim.

Hochedler Herr, insonders hochgünstig gebietender Herr General-Lieutenant.

Ich bezeuge mit Gott, wie sehr ich mich über der Zeitung, die E. Excell. anhero advertiret [über die Ermordung Wallen-

steins], alterirt habe, dieselbe hat auch nunmehr von unterschiedenen Orten dergestalt continuirt, als daß daran im wenigsten nicht mehr zu zweifeln ist.

Es ist ohne Zweifel dieses von dem Allmächtigen Gott ohne Ursach nicht verhänget worden; derselbe wird dennoch tausend Mittel haben, seiner Kirche zu helfen und dieselbe von allen Bedrängern zu erretten.

Was S. Ch. D. auf E. Excell. Schreiben geantwortet, dasselbe werden dieselben hierbei kommend zu ersehen haben. Auf schwedische Seiten ist, wie ich vernehme, dieser Unfall wenig betrauert worden, dieselbe vermeinen durch dies Mittel S. Ch. D. zu Sachsen dahin zu commoviren, daß dieselbe nolens volens gleich andere Kreise mit ihnen werden umtreten müssen.

S. Ch. D. mein gnädigster Herr ist zwar über diese Zeitung sehr perplex gewesen, andere aber haben's ganz wenig geachtet, brauchen's vielmehr zu ihrem Vorteil, nunmehr mit ihrer so lang geführten Intention hindurch zu dringen. Welches ihnen dann auch, wie ich äußerlich vernehme, geglückt, indem S. Ch. D. sich nunmehr mit den schwedischen armis et consiliis conjungirt oder, wie ich recht nennen soll, ihnen submittirt haben soll; es dürfte auch dann vielleicht alles Sr. Ch. D. Volk dem schwedischen Kommando untergeben werden. Jedoch wird dasselbe annoch in höchstem geheim gehalten, als daß E. Excell. ich dessen noch zur Zeit nicht vergewissern, viel weniger die eigentliche Particularität berichten kann.

Befehle E. Excell. damit in Schutz des Höchsten und mich in Ihre stets währende Affection, versterbe

E. Excell.
gehorsamer treuer Diener und Knecht
Conrad von Burksdorff
Obrister.

Berlin 28. Februar [10. März] 1634.

Ich bitte, E. Excell. wollten dieses Schreiben alsofort nach Verlesung dem Feuer schenken.

Abgedruckt aus Gaedecke, Wallensteins Verhandlungen mit den Schweden und Sachsen 1631—1634, S. 296.

5.

Zur Geschichte der brandenburgischen Werbungen des Jahres 1637.

Die brandenburgischen Werbungen des Jahres 1637 sind zuerst von Mörner in seinen „Märkischen Kriegsobersten" sorgfältig untersucht und dargestellt worden. In der Einleitung zum 2. Bande der „Protokolle und Relationen" hat sich auch Meinardus eingehend mit ihnen beschäftigt und ist dabei zu Ergebnissen gelangt, die zum Teil „einen fundamentalen Gegensatz gegen die bisherige Anschauung" bilden. Einen der fundamentalsten Punkte hat Jany inzwischen in einer beiläufigen Bemerkung zurückgewiesen. (Anfänge der alten Armee I, 74, Anm. 1.) Schon vor dem Erscheinen seiner Arbeit war ich auf Grund einer genauen Nachprüfung der Quellen zu der Überzeugung von der Unhaltbarkeit mehrerer Meinardusscher Behauptungen gekommen und will mich daher hier kurz mit ihnen auseinandersetzen, soweit mir das nach den Janyschen Bemerkungen noch notwendig erscheint.

Zunächst datiert Meinardus den Entschluß des Kurfürsten Georg Wilhelm zu einer selbständigen, kriegerischen Aktionspolitik schon vom Beginn des Jahres 1636 an (S. 12). Er stützt diese Behauptung u. a. durch den Hinweis auf die damals erfolgte Werbung einer kurfürstlichen Leibgarde-Kompagnie zu Roß und die Forderung der Werbung von 300 Dragonern, von denen die Landstände nur 200 bewilligten. Jene Leibgarde-Kompagnie ist in der That im Januar 1636 angeworben worden, freilich nur in der Etatsstärke von

60 Einspännigen, 7 Stabspersonen und 78 Pferden (Jany S. 71). Bei den Dragonern handelte es sich dagegen nicht um eine Truppenvermehrung, sondern nur um die Berittenmachung von 300 resp. 200 Musketieren, denn nicht 300 Dragoner, sondern nur so viele Pferde forderte der Kurfürst von den Ständen (Jany S. 70). Dafür genehmigte er, wie Meinardus S. 13 Anm. 2 selbst angiebt, die Reduktion der beiden einzigen damals vorhandenen Infanterieregimenter Burgsdorff und Hildebrand von Kracht auf 8 resp. 7 Kompagnien, d. h. um ein volles Viertel, oder, unter Berücksichtigung der Umwandelung von 200 Musketieren in Dragoner, um nahezu ein Sechstel ihres Bestandes. Also nicht vermehrt, sondern verringert ging die brandenburgische Armee aus den Verhandlungen mit den Ständen Anfang 1636 hervor. Was der Kurfürst damals verlangte, war das Mindestmaß dessen, was zum Schutze seiner Person, der Festungen und des Landes unumgänglich notwendig war. Nichts berechtigt uns, hierin die Grundlage zur Errichtung einer neuen Feldarmee zu erblicken. Die Forderung hielt sich vielmehr durchaus im Rahmen der Beitrittserklärung Brandenburgs zum Prager Frieden. Ihr zufolge sollten dem Kurfürsten drei Kompagnien Reiter gelassen werden. Vermutlich aus schlecht angebrachten Sparsamkeitsrücksichten hatte man auf sie verzichtet und die gesamte Reiterei an Sachsen resp. den Kaiser abgetreten. Das stellte sich bald als schwerer Fehler heraus, der nun wieder gutgemacht werden sollte. Ein prinzipieller Zusammenhang dieser geringfügigen militärischen Forderungen mit den großen Werbungen des nächsten Jahres kann meines Erachtens aber nicht konstruiert werden.

Den Ausgangspunkt für die Werbungen von 1637 bildet nun nach Mörner und auch nach Meinardus, der jetzt von einem Reifen des kurfürstlichen Entschlusses spricht (S. 18), die Sendung des Komturs Burchard von Goldacker nach Regensburg Mitte November 1636. Die Schlacht bei Wittstock war geschlagen, die Schweden hausten in der Mark, der Kurfürst

befand sich als Flüchtling in Peitz, auf Sachsen war in der pommerschen Frage kein Verlaß: nunmehr schien es, wie Meinardus ausführt, geboten, „neben den die Besatzungen der Festungen bildenden zwei altbrandenburgischen Regimentern eine kleine Feldarmee aufzustellen, welche das offene Land gegen feindlichen Überzug schützen sollte". Schwarzenberg, damals in Regensburg, erwarb sich das Verdienst, als Preis der brandenburgischen Wahlstimme für Ferdinand III. vom Kaiser Ferdinand II. den Dispens von der Bestimmung des Prager Friedens zu erwirken, welche die Aufstellung einer eigenen, dem Kaiser nicht verpflichteten Armee — abgesehen von den Festungsbesatzungen — untersagte. „Unmittelbar darauf schloß man die Kapitulationen mit mehreren Obristen über die Errichtung neuer Regimenter. Bis zum Frühjahr sollten fünf neue Regimenter aufgestellt sein, etwa in der Stärke von 7500 Mann. Dazu kam dann noch die Leibkompagnie unter Oberstleutnant Goldacker. Zugleich nahm der Kurfürst den Titel eines kaiserlichen Generalissimus an, und der in der Nähe stehende General Morazin wurde vom Kaiser angewiesen, seinen Befehlen Gehorsam zu leisten. Alle diese Truppen sind nur auf den Kurfürsten von Brandenburg und nicht zugleich auf den Kaiser vereidigt worden, sie bildeten eine eigene brandenburgische Armee, es war die Bundesarmee des Kurfürsten von Brandenburg, der den Titel und die Befugnisse eines kaiserlichen Generalissimus besaß, gerade wie der Kurfürst von Sachsen seine sächsische Bundesarmee auch als kaiserlicher Feldherr gegen den Feind führte. Davon zu unterscheiden, sowohl nach ihrer Entstehung als nach ihrem Zweck, sind die Truppenkörper, welche erst seit Spätsommer 1637 mit kaiserlichen Hilfsgeldern geworben wurden."

So Meinardus. Auch gegen diese Ausführungen habe ich verschiedenes einzuwenden. Zunächst was sollte Goldacker in Regensburg verlangen, was hat Schwarzenberg daselbst durchgesetzt? Von Neuwerbungen und einer selbständigen branden-

burgischen Feldarmee ist weder in der Instruktion Goldackers (Mörner S. 154), noch in dem Bericht Blumenthals (P. R. I, 346), der damals mit Schwarzenberg in Regensburg weilte, die Rede. Es handelte sich bei der Sendung Goldackers vielmehr lediglich darum, dem Kurfürsten den Oberbefehl über das kaiserliche Korps des Generals von Morazin zu verschaffen. Das hat Schwarzenberg erbeten, „welchem auch also nachgelebet und die Sache von J. Kais. Maj. 'nach gehaltener Deliberation placitiret und die deshalb nötig gefundene Ordres dem von Goldacker an S. Ch. D. zu bringen und von dannen dem Grafen Morazin zuzuschicken mitgegeben worden" (Blumenthal S. 347). Nur in diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Blumenthal von einem „absonderlichen Corpo" und Levin von dem Knesebeck, auch einer von den Begleitern Schwarzenbergs in Regensburg, in seinem Tagebuch von einer „eigenen Armee" des Kurfürsten spricht (P. R. I, 347 Anm.).

Nachweisbar kam in Regensburg im November-Dezember 1636 also nur das Generalat Georg Wilhelms zur Sprache. Erst als Schwarzenberg von dort Mitte Februar 1637 nach der Mark zurückkehrte, trat man dem Plan näher, dieses „absonderliche Corpo" durch Werbungen zu verstärken. Daß diese Idee schon früher im Kreise der Umgebung des Kurfürsten erörtert wurde, ist natürlich nicht ausgeschlossen. Sebastian Striepe hat ein Jahr später in einer Geheimratssitzung bekundet, daß „das conclusum, die Schweden mit würklicher Hostilität anzugreifen und deswegen Volk zu werben, zu Peitz gemacht worden wäre", also im Dezember 1636 (P. R. I, 111). Ist hier aber wirklich bezüglich der Werbungen ein Entschluß gefaßt worden, so sind Wochen darüber vergangen, bis er zur Ausführung gelangte. Laut Blumenthal (P. R. I, 348) „soll" zwar der Kurfürst noch vor der Rückkehr Schwarzenbergs aus Regensburg „Moritz Augustussen von Rochow ein Regiment zu Fuß zu richten offeriret haben". Aber auf diese unsichere Nachricht ist um so weniger Verlaß, als Blumenthal unmittelbar darauf positiv versichert, daß das „fast um dieselbe Zeit"

erfolgte Anerbieten des Obersten von Waldow, ein Regiment zu Fuß zu werben, vom Kurfürsten vorläufig abgelehnt wurde.

Den Anstoß zur Ausführung der Werbungen scheint die Bitte des Obersten Dargitz gegeben zu haben, ihm die Werbung eines Regiments in Preußen zu gestatten. Der Kurfürst ging darauf ein und schloß mit ihm eine Kapitulation am 26. Februar alten = 8. März neuen Stils 1637 ab (Jany S. 74). Dann ging es langsam Schritt für Schritt weiter. Die Kapitulation mit den Vorhauerschen Reitern und Dragonern trägt das Datum des 22. März (1. April). Das sächsische, bisher Kalcksteinsche Reiterregiment unter Führung des Oberstleutnants Erichson wurde Georg Wilhelm vom Kurfürsten von Sachsen am 26. April (6. Mai) angeboten und trat in der zweiten Hälfte des Mai n. St. in brandenburgische Dienste über (Mörner S. 244). Das gleichfalls sächsische Regiment Potthausen wurde durch Kapitulation vom 15. (25.) Mai übernommen (Jany S. 70 Anm.). Mit Rochow endlich wurde nach langen Verhandlungen erst im Sommer 1637 abgeschlossen.

Noch wichtiger als diese chronologische Feststellung ist aber eine andere. Sind die erwähnten Truppen nur auf den Kurfürsten von Brandenburg vereidigt worden? Bildeten sie entgegen den Bestimmungen des Prager Friedens eine eigene brandenburgische Armee, wie Meinardus entdeckt zu haben glaubt? In der kaiserlichen Resolution vom 2. Juni 1637, welche die Verhältnisse der mit kaiserlicher Unterstützung zu werbenden brandenburgischen Truppen — des zweiten Kontingents der Werbungen — regelte, heißt es, daß „alles bemelte Volk zusamt dem andern, so Ihre Churfürstl. Dchl. neulich in Preußen [Dargitz] und anderswo richten lassen, an Ort und End, wo es allerhöchst ermelter Kais. Maj. beliebig sein wird, bis nach verrichter Sachen unweigerlich zugeschickt . . . werden solle". (Mörner S. 208.) Das bedeutet doch unzweifelhaft eine völlige Gleichstellung und Verschmelzung der beiden Kontingente. Rochow, dessen Regiment nach Blumenthals Bericht zum ersten Kontingent gehörte,

berief sich später darauf, daß er gleichzeitig dem Kaiser und dem Kurfürsten geschworen habe, was vom Markgrafen Ernst auch als richtig anerkannt wurde (U. A. I, 425, 453). Dasselbe behauptete 1641 die gesamte brandenburgische Reiterei, die sich aus den Resten beider Kontingente zusammensetzte (U. A. I, 424 und 411 Anm. 1). Endlich enthielten auch die Kapitulationen mit Dargitz und Vorhauer, wie Jany (S. 74 Anm. 1) nachgewiesen hat, die Bestimmung, daß ihre Truppen „nicht allein zur Versicherung Unseres [des kurfürstlichen] Staats, besondern auch zuvorderst zu Dienst der Römisch-Kaiserlichen Majestät“ geworben seien.

Mit der eigenen, nur dem Kurfürsten verpflichteten brandenburgischen Armee von 1637, die infolge der Sendung Goldackers nach Regensburg sozusagen aus der Erde gestampft wurde, ist es also nichts. Georg Wilhelm hielt sich vielmehr vom Beginn der Werbungen an durchaus an den Prager Frieden, der nur die Festungsbesatzungen von einer Verpflichtung auf den Kaiser freisprach. Hieraus erklärt sich auch wohl seine Bitte an Gallas vom September 1637, zuzulassen, „daß er, der Kurfürst, mit seinem neugeworbenen Volk, das nicht in des Kaisers Diensten dem Prager Frieden gemäß stehe, die befreite Stadt Landsberg besetze“, eine Äußerung, die Meinardus offenbar in erster Linie zu seinem Irrtum veranlaßt hat (P. R. II, Einl. S. 18 Anm. 4). Als Festungsgarnisontruppe stand das neugeworbene Volk allerdings nur in brandenburgischem Dienst und Eid. Rückte es aber ins Feld, so trat die Doppelverpflichtung auf Kaiser und Kurfürst in Kraft, die in den Kapitulationen von vornherein vorgesehen war.

Daß der in Regensburg ausgesprochenen Bitte um die „Direction über ein gewisses kaiserliches Corpus“ der Wunsch zu Grunde lag, die Fesseln des Prager Friedens etwas zu lockern und sich eine größere, selbständigere Aktionsfreiheit zu verschaffen, ist Meinardus natürlich ohne weiteres zuzugeben. Aber man begnügte sich damit, an diesen Fesseln leise zu

rütteln, und dachte nicht daran, sie zu zerreißen. Auch der Entschluß, „die Schweden mit würklicher Hostilität anzugreifen", bewegte sich vorläufig in bescheidenen Grenzen. War man in Berlin wirklich seit Ende 1636 gesonnen, jede Brücke der Verständigung mit ihnen abzubrechen, so ist schwer erklärlich, wie man sich noch ein volles Vierteljahr auf Waffenstillstands-verhandlungen mit ihnen resp. mit Sten Bielke in Stettin einließ, ein Punkt, den Meinardus ganz außer acht gelassen hat (vgl. oben S. 90). Erst der Tod des Herzogs Bogislaw von Pommern am 20. März 1637 entfachte den Eifer der Kriegspartei am brandenburgischen Hofe zu helleren Flammen. Er kommt aber nicht erst für den zweiten, sondern schon für den ersten Akt der Werbungen in Betracht. Denn nur Dargitz hatte schon vorher ein Werbepatent erhalten, und bei diesem liegen besondere Gründe vor. Der Abschluß mit Vorhauer erfolgte nahezu gleichzeitig mit dem Tode des Herzogs und vielleicht noch unbeeinflußt von ihm. Von den späteren Werbungen, also auch von dem Hauptbestandteil des ersten Kontingents, dürfte sich das aber kaum behaupten lassen.

6.

Aus dem Bericht des Oberstleutnants von Knörring an das Kriegsgericht wegen der Übergabe von Landsberg im August 1639.

G. St.-A. Rep. 24c 25 Fasc. 1.

Nach der Einnahme von Landsberg hat sich Knörring mit 350 Knechten in die Zantocher Schanze zurückgezogen:

„Den folgenden Tag [7. August 1639] ist der Feind mit der ganzen Infanterie von Landsberg wieder aufgebrochen und hat seinen Marsch auf Zantoch genommen, die halben

Karthaunen und Mörsel aber zu Landsberg stehen lassen und, nachdem er Löcher durch die Mauern gebrochen, damit continuirlich durch die Bollwerke, welche nicht schußfrei waren, gespielet und von den Knechten, welche immer noch an der Brustwehr arbeiten mußten, viele totgeschossen, daß ich des Tages keinen mehr zur Arbeit bringen können.

Als ich nun denselbigen Tag mit dem Obristen-Wachtmeister und Offizieren sitze und in dem kleinen Häuslein esse, kommt mein Lackei und berichtet mir, daß alle Knechte von den Posten liefen, hätten das Gewehr niedergelegt und begehrten, nicht zu fechten. Darauf ich alsofort nebst dem Obristen-Wachtmeister hinaus gelaufen und befunden, daß über 200 schon vor der Thür stunden, habe ich sie im Zorn mit bloßem Degen und Befragung, ob sie Schelme oder Soldaten wären, wieder auf die Posten und zu dem Gewehr getrieben und alsofort den Obristen-Wachtmeister vom H. Obrist Burgsdorffen, als dessen Knechte die Anfänger gewesen, nebst den anderen Hauptleuten und Offizieren auf alle Posten geschicket, die Knechte strafen und zugleich von solchem Unfug abzustehen vermahnen lassen. Als ich aber von den Unter-Offizieren verstanden, daß die Knechte die Köpfe zusammensteckten und mir Hauptmann Bogger von Wallenrodts Esquadron berichtet, daß die Burgsdorffischen Knechte zu den seinigen geschickt und sie fragen lassen, was sie thun wollten, sie wollten nicht fechten, und imfall sie es thun wollten, sie solche selbsten vor die Köpfe schießen wollten, habe ich den Obristen-Wachtmeister Günther (weil mir auf mein Zureden oder Fragen keiner keine Antwort geben, sondern als Steine und Blöcke vor mir gestanden) von Posto zu Posto geschicket, welcher sie dann ihrer Pflicht und daß sie nunmehr etliche Jahr J. C. D. treu und wohl gedienet und ietzund in der Not an Deroselbigen zu Schelmen werden wollten, erinnern, um die Ursach solcher Leichtfertigkeit befragen müssen, darauf sie endlich, nach langem Stillschweigen, sämtlich angefangen, wir Offiziere sollten doch nur selbsten ansehen, ob es wohl auch eine Möglichkeit, in solchem Posto

sich zu wehren, auch ausführlich ihm, Günthern, eines nach dem andern als den Graben, die Bollwerke und endlich die eine Niederseite des Walles vor Augen gestellet, darnach angefangen, auf Hauptmann Holsten dermaßen zu schmähen und ihn zu injuriiren, daß ich's nicht beschreiben mag, sondern mich auf den Obristen-Wachtmeister und andere Offiziere referire, wobei dann dieses noch vorgangen, daß von den Burgsdorffischen ein Corporal, welcher das obgedachte Gewerbe an die Wallenrodtischen gethan, nachdem er gemerket, daß ich stark darauf inquirirte, alsofort über das Bollwerk gesprungen, dem Feinde, welcher nicht weit sich in die Gärten und Approchen logiret, zugelaufen und allen Handel, was die Knechte vorhätten, entdecket. Über das ist ein Lieutenant von Wallenrodts Völkern, welchen ich mit vier Rotten des Nachts an die Brücken, das Schiff, so ich zu Anzündung der Brücken ausgerüstet und wohl abginge, vor Anfall und Löschung des Feindes zu defendiren, commandiret, mit drei Knechten davon und zum Feinde gangen, welches ich allererst, wie ich selbsten hinaus zur Brücke gangen, gewahr geworden.

Auf diesen Verlust kann ein Kriegsverständiger judiciren, was der Feind hieraus nehmen können, welches dann strack darauf erfolget, indem er alsofort und die ganze Infanterie mit Brigaden und fliegenden Fähnlein nebst den 12pfündigen Stücken recht allernächst vor die Augen gestellet und durch einen Trommelschläger zuschreien lassen, ich sollte nicht lange viel Wesens machen, sie wüßten doch wohl, daß die Knechte nicht fechten wollten. Als ich aber den Knechten umsonst zugesprochen, sie sollten Feuer geben, auch persönlich etzliche vom Feinde, so sich zu nahe heran machten, abgetrieben, haben endlich die Offiziere, insonderheit der Obrist-Wachtmeister, mir beweglich zugeredet: weil es nicht zu remediren, so sollte ich sehen, daß ich S. C. D. die Völker conservirte. Dabei dann dieses vorgangen, daß die Knechte, weil ich mich ganz zu keinem Accord verstehen wollen, ohne Gewehr auf die Brustwehr gesprungen und überlaut, daß es auch in der Stadt

Landsberg gehört worden, aufgeschrieen: „Gnade, Gnade, Quartier, Quartier."

Was nun dieses dem Feinde vor einen Mut gemacht und ob er mein Begehren des Accords groß respectiren sollen, gebe ich jedem Kriegsverständigen vernünftig zu ermessen.

Wie ich nun auf diesen Verlauf sowohl persönlich als durch Hauptmann Boggern gestalten Sachen nach in Eil dem Obristen Maull antragen ließ, wenn der H. General mich nebst allen bei mir habenden Offizieren und Soldaten mit fliegenden Fähnlein, Ober= und Untergewehr, brennenden Lunten, Kraut und Loth nach Notdurft, Kugel im Munde, auch Bagage nebst allen Kranken, auf drei Tage Proviant, abziehen und durch sichere deutsche Convoy ohne weit Umführen in zweien Tagen nach Cüstrin bringen lassen wollte, so wollte ich die Posto quittiren und ihm cediren, ließ mir der General durch Maullen sagen, weil er mir den Accord anbieten lassen, so wollte er mich mit allen Offizieren und Soldaten nebst den Kranken und Bagage abziehen und, wiewohl er's nicht schuldig wäre, nach Cüstrin convoyiren lassen. Unterdessen aber meiner Protestation ungeachtet, hat er gleich etzliche hundert Musketiere in der Schantze commandiret, die meinigen über einen Haufen gejaget und also um 10 Uhr in der Nacht die Posto gefasset.

Als ich mich nun morgens dessen beschweret, hat mir der General selbst mündlich zur Antwort geben, daß er die Posto noch des Nachts hätte fassen müssen; wäre er mir doch keinen Accord schuldig gewesen, wann er's nicht aus gutem Willen gethan. Daß aber hernacher die Knechte alle außer etzlichen und sechzig bei dem Feinde geblieben, ist leicht zu erachten, warum solches geschehen, weil das begangene Schelmstück ihnen im Gewissen gesteckt, wie dann auch eben selbige Schelme, nachdem sie beim Feind Unterhalt genommen, mir im letzten Abzuge bei hellem Tage meinen Wagen geplündert."

7.

Die Anfänge der Regierung des Großen Kurfürsten im Lichte der Meinardusschen Forschung.

Je eingehender sich Meinardus mit der Geschichte des Grafen Adam von Schwarzenberg beschäftigt hat, desto höher hat er seine Bedeutung als Politiker eingeschätzt und desto schärfere Schatten hat das Licht, das er auf seine Persönlichkeit konzentriert, auf die Anfänge der Regierung des Kurfürsten Friedrich Wilhelm geworfen.[1]) Ich verzichte darauf, das wichtige Thema hier in seiner ganzen Breite aufzurollen. Vieles, was Meinardus vorbringt, kann ich nur vollkommen unterschreiben. An anderen Punkten hat er mich dagegen nicht überzeugt, und mit den wichtigsten von diesen will ich mich hier kurz auseinandersetzen.

Die Ansichten von Meinardus über den Anfang der Regierung des Großen Kurfürsten lassen sich ungefähr in folgende Sätze zusammenfassen: Der junge, neue Herrscher beging einen schweren Fehler, als er aus blindem Haß gegen Schwarzenberg und landständischen Einwirkungen Folge gebend den Schweden

---

[1]) Von den Meinardusschen Arbeiten kommen hier folgende in Betracht: 1) Die Einleitungen zum 1. und zum 2. Bande der „Protokolle und Relationen" 1889, 1893 (citiert P. R. mit der Bandzahl in römischen und den Seitenzahlen in arabischen Ziffern). 2) Der Artikel „Schwarzenberg" in der Allgemeinen deutschen Biographie Bd. 33, S. 779—794, 1889. 3) Der Aufsatz: „Die Legende vom Grafen Schwarzenberg" in den Preußischen Jahrbüchern Bd. 86, 1896 (citiert Pr. Jb.) 4) Der Aufsatz: „Schwarzenberg und die brandenburgische Kriegführung in den Jahren 1638—1640" in den Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte Bd. 12, 1899 (citiert F.).

Im Verlaufe seiner Forschungen hat Meinardus manche von ihm früher verfochtene Ansicht umgestoßen oder korrigiert. Die folgenden Auseinandersetzungen haben es hauptsächlich mit der Einleitung zum 2. Bande der P. R. und dem unter 4 genannten Aufsatz in den Brand.-preuß. Forschungen zu thun, wo seine letzten Forschungsergebnisse am klarsten formuliert und am eingehendsten begründet sind.

entgegenkam, die Stockholmer Punktation vom 24. Juli 1641 mit ihnen schloß und voreilig seine Truppen in der Mark reduzierte. Den richtigen Weg hatte ihm Schwarzenberg vorgezeichnet, indem er sich nach dem Scheitern der großen Werbungen von 1637 nach Kräften bemüht hatte, in den beiden nächsten Jahren mit einer kleinen, wohldisziplinierten, brandenburgischen Armee, die man bisher fälschlich einen „zuchtlosen Haufen“ genannt hat, den Schweden im Lande Widerstand zu leisten. Diese Truppen trugen im kleinen Kriege eine ganze Reihe bemerkenswerter Erfolge davon, neben denen sie freilich auch einige schwere Schlappen erlitten. Immerhin wurden in der Kurmark etwa 6000 Mann Schweden durch sie gefesselt und vom allgemeinen Kriegsschauplatz fern gehalten (Pr. Jb. 48). Außerdem befand sich die schwedische Hauptarmee, wie aus den Zeugnissen ihrer eigenen Führer hervorgeht, in einem desolaten Zustand. Die Schweden waren am Ende ihrer Kräfte angelangt und mußten den Frieden herbeiwünschen (F. 440). Dagegen hat die „am Ende 1640 in einzelnen Landesteilen völlig ruinierte Kurmark in den Jahren 1641—1645 noch über 800 000 Thaler Steuern für den Landesherrn und die Schweden zusammen hergeben können“ (P. R. II, 16). „Es steckte mithin doch noch mehr Geld im Lande, als nach den ewigen Klagen der Landstände angenommen werden darf“ (F. 441). Friedrich Wilhelm hätte also die gemäßigt kriegerische Politik Schwarzenbergs ruhig fortsetzen können, zumal da er auch Preußen für Neuwerbungen schon 1641 ebensogut heranziehen konnte, wie er das drei Jahre später gethan hat (P. R. II, 72). „Wäre unter diesen Umständen der junge, willensstarke Kurfürst nach des Vaters Tode in die Kurmark zurückgekehrt, hätte er sich Schwarzenberg in Übereinstimmung an die Seite gestellt, dann wäre nicht bloß eine moralische Belebung der Truppen und der ganzen Bevölkerung und eine Versöhnung Konrad von Burgsdorffs und der sonstigen widerstrebenden Elemente im Lande mit dem Statthalter die Folge gewesen, sondern es hätten sich auch ..... bei der im allgemeinen wenig günstigen

Zusammensetzung und Position der schwedischen Hauptarmee offenbar weitgehende politische Konsequenzen daran knüpfen können" (F. 441). „Eine Fortsetzung der Kriegspolitik hätte wahrscheinlich den Frieden auf der Grundlage der Erwerbung von ganz Pommern herbeigeführt, wenn die Krone Schweden den ersten Schritt dazu gethan hätte" (F. 445). Aller dieser Vorteile und Aussichten begab sich der Kurfürst durch den unglückseligen Entschluß, seinerseits eine friedliche Verständigung mit Schweden zu suchen. Er mußte schwer genug dafür büßen. „Eine Niederlegung der Waffen bedeutete nichts weniger als eine bedingungslose Unterwerfung unter die Forderungen der schwedischen Politik" (Pr. Jb. 56). Bald erkannte Friedrich Wilhelm auch den Fehler dieser „landständischen Friedenspolitik" und „schlug den Weg wieder ein, auf dem der arg verleumdete Schwarzenberg sein Leben lang gewandelt war: das Heer wurde verstärkt, der Grund für die Errichtung einer neuen Feldarmee gelegt" (P. R. II, 75). Die Rüstungen von 1644 bedeuten eben „die Umkehr zur Politik der bewaffneten Neutralität", und „glänzender hat die politische Gerechtigkeit nimmer gewaltet als in der Schicksalsstunde, wo Konrad von Burgsdorff, der schwer verunglimpfte Gegner des Grafen Schwarzenberg [in der Geheimratssitzung vom 5. Juni 1646] dessen Haupt von dem schweren Vorwurf entlasten mußte, er sei der Urheber all der Drangsale, welche der schwedische Krieg über die Mark Brandenburg verhängt hatte" (P. R. II, 117).

Man wird dieser Auffassung der Jahre 1638—1644 eine gewisse logische Geschlossenheit und Einheitlichkeit nicht abstreiten können. Aber trotzdem scheint mir eine Reihe von Faktoren nicht richtig in die Rechnung eingesetzt zu sein. Zunächst beurteilt Meinardus die Leistungsfähigkeit und die Leistungen der kleinen brandenburgischen Feldarmee in den Jahren 1639/40 m. E. viel zu günstig. Sie zählte beim Tode Georg Wilhelms nur 4650 Mann, wie wir aus der inzwischen von Jany aufgefundenen, zuverlässigen Liste jetzt wissen (Die Anfänge der alten Armee I, 75), während Meinardus noch, allerdings nicht

ohne Fragezeichen, mit der Mörnerschen Ziffer von 6100 Mann operiert (F. 429). Um Vervollständigung des Mannschaftsbestandes, um Ausrüstung und Disziplin der Soldaten, Botmäßigkeit der Offiziere war es trotz aller von Schwarzenberg darauf verwandten Mühe durchschnittlich sehr schlecht bestellt. Gerade die Berichte Burgsdorffs aus Küstrin lassen dies deutlich erkennen. Auf die unbesoldeten, halbnackten, halbverhungerten, großenteils waffenlosen, rebellionslustigen armen Teufel, denen die Verteidigung von Küstrin anvertraut war, paßt der Ausdruck „zuchtloser Haufe" entschieden besser als der Begriff einer „wohldisziplinierten Truppe". Und der Vorgang in der Zantocher Schanze nach der Einnahme von Landsberg, offene Meuterei im Angesicht des Feindes, beweist, daß Burgsdorff nicht übertrieb, als er in seinen Berichten das Gespenst der „Meutenation der schelmischen Knechte im Falle der Not" drohend an die Wand malte (vgl. oben S. 112 ff. und Beilage 6).

Mit solchen Truppen ließ sich natürlich nicht viel anfangen. Meinardus verzeichnet sorgfältig die einzelnen Erfolge, die sie im kleinen Krieg davontrugen (F. 430), und diesen Ruhm will ich ihnen nicht verkümmern. Von den beiden vergeblichen Anschlägen auf Frankfurt a/O. z. B. hören wir aber nichts bei ihm, und über den schweren Verlust von Landsberg, Driesen und Frankfurt geht er unverhältnismäßig kurz hinweg.

Ich beabsichtige hier nun noch weniger als Meinardus, einen Abriß der Kriegsgeschichte jener Jahre zu geben; ich möchte nur betonen, daß Meinardus Licht und Schatten bei der Schilderung jener Ereignisse m. E. nicht gerecht verteilt. Ersteres wendet er fast ausschließlich den Brandenburgern zu, der Schatten fällt dementsprechend fast nur auf die Schweden. Auch bei diesen sah es gewiß nicht glänzend um die Heeresverhältnisse aus, wie namentlich aus den von Meinardus geschickt ausgebeuteten Briefen Baners hervorgeht. Die schwedischen Heerführer werden die kühnen Thaten ihrer „schneidigen"

brandenburgischen Gegner (F. 440) im kleinen Kriege unangenehm empfunden haben. Aber das waren doch nur Nadelstiche, die gegenüber der ungeheueren Überlegenheit ihrer Stellung in der Mark wenig besagten. Diese Überlegenheit beruhte vornehmlich darauf, daß sie die wichtigsten Festungen des Landes in ihren Besitz gebracht hatten, so Driesen, Landsberg und Frankfurt. Auch Küstrin wurde so scharf von ihnen bewacht, daß sein Kommandant es nicht einmal wagen durfte, sein Getreide in den nächsten Mühlen vor den Thoren mahlen zu lassen (oben S. 142). Wer aber „in jenen Zeiten die festen Plätze eines Landes besaß, der hatte das ganze Land inne", so urteilt Meinardus selbst bei einer andern Gelegenheit (P. R. II, 37). Die Schweden beuteten ihre Überlegenheit gründlich aus. Sie zehrten nach Herzenslust am Marke des Landes und ließen sich durch einige kühne, erfolgreiche brandenburgische Streifzüge, die ihr Herrschaftsgebiet vorübergehend einschränkten, nicht viel anfechten.

Wie tief im übrigen bei ihnen damals das Bedürfnis nach Frieden ging oder gar wie dicht sie vor dem Zwang eines Friedensschlusses standen, will ich hier nicht erörtern. Nur das scheint mir nach meiner Kenntnis der Lage der allgemeinen und der brandenburgischen Verhältnisse ausgeschlossen zu sein, daß die paar tausend Mann, die sich hüben wie drüben in der Mark Brandenburg tummelten, das Zünglein an der Wage hätten bilden und den Ausschlag zur Rettung Pommerns für Deutschland und die Hohenzollern hätten geben können. Bei dieser Rechnung dürfte doch die Zähigkeit der Schweden am Festhalten ihres wertvollsten Siegespreises gewaltig unterschätzt sein. Die Würfel über Pommern wurden anderswo geworfen als in den Scharmützeln des märkischen Lokalkrieges.

Freilich meint Meinardus, Kurfürst Friedrich Wilhelm hätte die Aktionspolitik Schwarzenbergs energisch fortsetzen müssen; an Neuwerbungen hätte 1641 schon ebensogut gedacht werden können, wie drei Jahre später; Geld sei damals sogar noch reichlicher im Lande gewesen, da die Mark von 1641 bis

1645 nicht weniger als 800 000 Thaler Steuern für Freund und Feind aufgebracht habe. Mit diesen 800 000 Thalern möchte ich zunächst etwas vorsichtiger operieren. Vorausgesetzt, daß die Ziffer stimmt — sie stammt aus einer ständischen Spezifikation (P. R. III, 26) — so ist es doch immer etwas anderes, ob eine beträchtliche Summe Geldes zum größten Teil vom Feinde aus einem Lande gewaltsam erpreßt wird oder ob der Landesherr sie in Form von Steuern einzieht. Was würde Meinardus z. B. sagen, wenn ich die These aufstellte: König Friedrich Wilhelm III. von Preußen beging einen groben Fehler, als er 1807 den Frieden von Tilsit schloß; hätte er die Millionen, die die Franzosen in den nächsten sechs Jahren seinen Ländern abzwackten, damals dazu benutzt, eine letzte Kraftanstrengung gegen Napoleon zu wagen, so würde er wahrscheinlich bessere Friedensbedingungen, wenn nicht gar den Sieg davongetragen haben. Der Vergleich trifft bezüglich der allgemeinen Lage von 1640 und 1807 nicht ganz zu, bietet aber bezüglich des Geldpunktes, auf den es hier allein ankommt, eine gute Analogie.

Und nun weiter die Möglichkeiten, neu zu werben, die Truppen und die ganze Bevölkerung moralisch zu beleben, Konrad von Burgsdorff und alle widerstrebenden Elemente im Lande mit Schwarzenberg zu versöhnen, sich selbst auf dessen Seite zu stellen, die Stände zu gewinnen oder zu zwingen u. s. w.: ja, das sind alles Aufgaben, die sich bei der Studierlampe leicht aufs Papier werfen lassen, deren Bewältigung in der rauhen Wirklichkeit aber die Kräfte mehrerer Übermenschen beansprucht hätte. Und damit komme ich auf den Kern meiner Einwendungen gegen Meinardus. Daß er Licht und Schatten bei der Schilderung der kriegerischen Vorgänge von 1639/40 nicht gleichmäßig verteilt, mag eine gewisse Entschuldigung darin finden, daß er denselben Fehler seiner Vorgänger dadurch zu verbessern unternimmt. Aber bei der Beurteilung der politischen Verhältnisse von 1641 läßt er ein Gefühl für die Realität von Menschen und Dingen vermissen und gerät zu sehr ins Kon-

struieren hinein.[1]) Diskutabel werden die einzelnen Schritte des Kurfürsten 1641 immerhin bleiben. Die Ausführung der Stockholmer Punktation und die voreilige Reduktion der Truppen brachten ihm, wie oben S. 197 gezeigt, schwere Enttäuschungen. Aber deshalb die Fortsetzung der Schwarzenbergischen Politik für das einzig wirksame Heilmittel in der über alle Maßen gefährlichen Krisis dieses Regierungsantrittes zu proklamieren, das halte ich für eine methodisch unstatthafte historische Operation.

Als Stütze für seine Behauptung zieht Meinardus schließlich die „Rückkehr zur Politik der bewaffneten Neutralität" im Jahre 1644 heran. Ich glaube, die Bedeutung dieser Wendung und das große Verdienst, das Meinardus sich um ihre Aufhellung erworben hat, oben S. 246ff. genügend betont zu haben, aber eine unmittelbare Fortsetzung der Schwarzenbergischen Politik kann ich in ihr nicht erblicken. Sie richtete sich gegen einen ganz anderen Gegner und verfolgte ganz andere Ziele. Am wenigsten scheint es mir aber erlaubt, aus ihr den Schluß zu ziehen, daß schon 1641 ein kräftiges, kriegerisches Vorgehen bedeutsamen Erfolg versprochen hätte. Denn dieser Erfolg blieb bekanntlich sowohl 1646/47 wie 1651 gegen Pfalz-Neuburg völlig aus, obwohl, besonders im ersten Fall, der feindliche Widerstand mit den Waffen fast gleich Null war.

Für Brandenburg war eben der Augenblick noch nicht gekommen, sich den Weg durch die Wirren der Zeit mit einem scharfgeschliffenen Schwerte zu bahnen. Daraus erwächst für den Darsteller dieser Epoche m. E. als vornehmste Aufgabe die, ihre verschiedenen Faktoren nicht nach hypothetischen oder scheinbar logischen Gesichtspunkten zu gruppieren, sondern sie in ihrer realen Bedingtheit und Abhängigkeit von einander ins Auge zu fassen. Sowohl die „landständische Friedenspolitik"

[1]) Die folgenden Gedanken habe ich z. T. schon in einer Anzeige des 2. Bandes der P. R. in der Historischen Zeitschrift ausgesprochen. Je eingehender ich mich inzwischen mit diesen Dingen beschäftigt habe, desto mehr hat sich mein damaliges Urteil über sie gefestigt.

wie die „Politik der bewaffneten Neutralität“, — um diese beiden Meinardusschen Kategorien beizubehalten, — waren Experimente, von denen jedes seine Vorzüge und seine Mängel hatte. Die Lage Brandenburgs um das Jahr 1640 war so verworren, daß ich mir nicht zutraue, einen Ausweg aus ihr anzugeben, der das Prädikat klar und sicher, geschweige denn einzig richtig verdiente. Es war schon eine große That, daß Kurfürst Friedrich Wilhelm überhaupt einen solchen fand, der zu einem ehrenvollen Ende führte. Bis dahin ging es über manche Höhen und durch viele tiefe Thäler. Diesen Weg nachzuwandeln und, soweit Konrad von Burgsdorff als Pfadfinder dabei gedient hat, ihn genauer zu schildern, habe ich in meiner Arbeit versucht. Kein Neuerer hat der Forschung dabei so wertvolle Pionierdienste geleistet, wie Meinardus durch seine Publikationen und darstellenden Ausführungen. So dankbar ich dies auch an dieser Stelle wiederholt anerkennen möchte, so habe ich doch nicht umhin gekonnt, mich gegen einzelne seiner Behauptungen zu wenden, wo ihn ein wissenschaftlicher Übereifer meiner Ansicht nach auf Abwege geführt hat.

8.

Burgsdorffs Unterlassungssünden auf dem Gebiete der Behördenorganisation und der Finanzverwaltung.

Unter den gegen Burgsdorff gerichteten Vorwürfen ist kaum einer stärker und einhelliger erhoben worden als der, daß er die Organisation der inneren Verwaltung und besonders die Ordnung der Finanzen so stark vernachlässigt habe. Bekanntlich trat Graf Waldeck gerade hier sofort mit umfassenden Reorganisationsversuchen auf den Plan, unter denen die neue Geschäftsordnung für den Geheimen Rat vom 4. Dezember 1651

und die Reform des kurfürstlichen Kammerstaates von 1651/52 die wichtigsten sind. Um die Notwendigkeit dieser Reformen zu begründen, schilderte er die auf diesen Gebieten herrschenden Zustände in den düstersten Farben. „In summa", heißt es in einem seiner Gutachten,[1]) „die Sachen sind an diesem Hof allenthalben also beschaffen, daß, um Abwendung äußersten Ruins und Untergangs, ein gutes redressement zum höchsten von nöthen." Es lag nahe, Burgsdorff entweder ausschließlich oder in erster Linie für diese „heillose Anarchie" verantwortlich zu machen, und das hat auch kaum einer der Autoren unterlassen, die sich mit diesen Dingen oder mit seiner Person beschäftigt haben.

Mir liegt nun nichts ferner, als eine Lanze für den so heftig Angegriffenen auf diesem Felde zu brechen. Ich gebe vielmehr bereitwillig zu, daß Burgsdorff kein organisatorisches und am allerwenigsten ein Finanzgenie war. Er würde erheblich besser dastehen, wenn er nach dieser Richtung hin mehr geleistet hätte. Aber zur Erklärung dieses Mangels möchte ich auf folgende Punkte hinweisen:

Zunächst dürfen wir uns den Geschäftsgang bei den brandenburgischen Behörden, speziell im Kabinett und im Geheimen Rat, vor 1651 doch nicht so verlottert vorstellen, wie Waldeck ihn zu schildern für nötig hielt, um seinem reformatorischen Vorgehen ein besseres Relief zu geben. An beiden Stellen ist vielmehr unter Burgsdorffs Ägide sehr fleißig gearbeitet worden, und auch die Schnelligkeit in der Erledigung der Geschäfte ließ, abgesehen von dem durch die weite Entfernung Königsbergs bezw. Kleves von Berlin bedingten Zeitverlust, kaum etwas zu wünschen übrig.[2]) Ich möchte sogar beiläufig

[1]) Erdmannsdörffer, Graf Waldeck S. 58.

[2]) Vgl. oben S. 214 ff. Beweise für die in der Regel ungemein schnelle, formelle Erledigung der Geschäfte finden sich auf fast jeder Seite der P. R., ebenso auf Schritt und Tritt in den U. A.

behaupten,[1]) daß schon damals und unter der Regierung des Großen Kurfürsten überhaupt, Verwaltungsangelegenheiten, die bis vor das Forum der obersten Instanz gelangten, durchschnittlich schneller erledigt wurden, als dies später, selbst unter dem Hochdruck der Einwirkung eines Friedrich Wilhelm I., der Fall war. Denn mit der Vermehrung der Arbeitsteilung im Schoße der Behörden, mit der Ausbildung eines geregelten Instanzenganges hielt naturgemäß auch die Vermehrung des Schreibwerks gleichen Schritt, erwuchsen Eifersüchteleien und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Behörden u. s. w., alles Dinge, die dem Tempo in der Erledigung der Geschäfte nichts weniger als förderlich waren. Dem Worte Bureaukratismus haftet nicht umsonst ein Beigeschmack von zeitraubender Umständlichkeit an. In der brandenburgischen Verwaltung des 17. Jahrhunderts ging alles viel einfacher, ich möchte fast sagen patriarchalischer zu. Die von Waldeck 1651 eingeführte Departementseinteilung im Geheimen Rate bedeutet sicherlich einen verwaltungstechnischen Fortschritt, aber sie entsprang im letzten Grunde weniger dem unabweisbaren Bedürfnis nach Abstellung eines schreienden Mißstandes, als vielmehr dem Bestreben Waldecks, die oberste Leitung der Geschäfte nicht nur materiell, sondern auch formell in die Hand zu bekommen, und verlief, nachdem dieser Zweck erreicht war, bald im Sande. Ein hieraus abzuleitender Vorwurf gegen Burgsdorff wiegt also nicht allzuschwer.

Sehr viel übler stand es dagegen im Jahre 1651 um die brandenburgischen Finanzen und ihre Verwaltung. Hier ist in der That kaum ein Ausdruck scharf genug, um ihren jammer-

[1]) Ich bin zu dieser Erkenntnis zuerst bei meiner Arbeit über Minden und Ravensberg gekommen, wo ich ein Stück brandenburgisch-preußischer Verwaltungsgeschichte vom Jahre 1647 bis in die Regierung Friedrich Wilhelms I. hinein aktenmäßig verfolgen konnte. Näher auf das Thema einzugehen, ist hier nicht der Ort. Vor dem Mißverständnis, der guten alten Zeit des 17. Jahrhunderts auf Kosten des Bureaukratismus im achtzehnten ein Loblied zu singen, bin ich wohl sicher gestellt.

vollen Zustand zu kennzeichnen. Hier öffnete sich ein Augiasstall, der seines Herakles harrte. Daß Burgsdorff nicht wenigstens versucht hat, die Reinigung in Angriff zu nehmen, ist ein bedauerlicher Mangel in seiner staatsmännischen Wirksamkeit, den ich nicht wegdisputieren will. Aber auch hier glaube ich mit gutem Gewissen wenigstens für mildernde Umstände plädieren zu können. Ich berufe mich dabei auf das Urteil des z. Z. entschieden besten Kenners dieser Verhältnisse, nämlich Breysigs. Er giebt zu, daß das erste von Krieg und vielen andern dringlichen Geschäften erfüllte Jahrzehnt der Regierung des Großen Kurfürsten zu Finanzreformen nicht geeignet war.[1]) Das bedarf kaum einer eingehenderen Begründung. Jeder, der sich nur flüchtig mit der Geschichte dieser Jahre beschäftigt hat, wird den Satz ohne Zögern unterschreiben. Noch deutlicher als aus seiner negativen Fassung erhellt aus der eingehenden Darstellung der positiven Leistungen der späteren Finanzreformer durch Breysig, wie unendlich schwierig gerade dieses Problem war und wie viele tüchtige Nachfolger Burgsdorffs sich unter günstigeren äußeren Verhältnissen vergebens an ihm abgemüht haben. Auch Waldecks Reformeifer ist, wie schon Erdmannsdörffer erkannt und Breysig noch schärfer formuliert hat, schnell erkaltet und hat nichts Dauerndes zustande gebracht.[2]) Das ist eine Mahnung, auch über die Unterlassungssünden Burgsdorffs auf diesem Gebiete nicht vorschnell den Stab zu brechen. Er ist schwer genug für sie gestraft worden, indem Waldeck bei seinem Angriff gegen ihn wirksam Kapital aus ihnen schlug.

---

[1]) Geschichte der brandenburgischen Finanzen von 1640—1697, S. 68.

[2]) Die Reorganisation des Geheimen Rates nennt Breysig (S. 19) „eine Reform von nur geringer Tragweite und selbst in dieser Beschränkung nur von ephemerer Bedeutung". Über den finanziellen Reformplan Waldecks urteilt er, daß er „ebenso umfassend wie tiefgreifend war, aber ein wunderbares Gemisch von Mängeln und Vorzügen zeigt" und mit einem „fast völligen Mißlingen" endigte (S. 71—77).

9.

Testament und Hinterlassenschaft Konrad von Burgsdorffs.

a. Auszug aus dem Testament.[1])

„Im Namen der heiligen unzertrennten Dreieinigkeit, Amen. Nachdem ich, Conrad von Burckstorff, Churfürstlicher Brandenburgischer Oberkammerherr und geheimbter Rath pp. mir allemal nach Anleitung des göttlichen Wortes und der täglichen Erfahrung für Augen gestellet, daß ich, gleich andere alle Menschen, dem zeitlichen Tode unterworfen und daß mir die Stunde meines Abschiedes unverborgen (!), gleichwohl aber augenblicklich derselben nach des Höchsten Willen unterwerfen müsse, und damit ich von dieser betrieglichen Welt nicht ohne Beschickung meines Hauses und einen letzten beständigen Willen abscheiden, sondern, wie es mit allen meinen Lehen- und Erbgütern, die ich mit meinen schweren, mühsamen, doch unterthänigsten, treuen Diensten, Sorge und Arbeit, auch Kriegeschargen, aus Chur- und Fürstlichen Begnadigungen und sonsten durch Gottes große Gnade und das Glück erworben und überkommen, nach meinem tötlichen Hintritt gehalten werde und keine Zwietracht dessentwegen entstehe, einige Ordnung machen möge, habe ich heute untergeschriebenem Dato nicht nur meine vorige gemachte Verordnungen und Dispositiones, sie seien münd- oder schriftlich geschehen, hiermit wohlbedächtig abgethan, sondern auch diesen folgenden meinen letzten Willen aufgesetzt und beschlossen und mit meiner eigenen Hand beschrieben, welchen Willen und Testament ich auch also ordne,

---

[1]) Das Testament trägt das Datum Berlin 16. [26.] Februar 1651. Es ist von K. v. B. eigenhändig geschrieben, unterzeichnet und gesiegelt, am 17. Februar dem Kurfürsten überreicht, von diesem bestätigt und im Archiv niedergelegt worden. Am 20./21. [30./31.] März 1652 wurde es abgeschrieben, was „der üblen Schrift halber“ zwei Tage dauerte, und publiziert. Das Original wurde 1672 der Tochter Burgsdorffs, Frau Margarete Katharina von der Goltz, ausgehändigt. Der folgende Auszug ist einer kollationnierten Abschrift im G. St.-A. Rep. 22, 13d entnommen.

aufrichte und mache in der allerbesten Form, Maße und Gestalt, wie solches in den Rechten am allerkräftigsten geschehen soll, kann oder mag.

Und anfänglich befehle ich meine Seele nach meinem tötlichen Abgange in die Hände Unseres Herrn und einigen Heilandes Jesu Christi, der mich ohne allen meinen Verdienst und Zuthun durch sein Leiden, Sterben und Blutvergießen vom ewigen Tode, Teufel und Hölle aus lauterer Gnade und Barmherzigkeit erlöset, und meinen Körper der Erden, davon er kommen, gestalt die liebe Meinige mich in demjenigen Begräbnis, wovon sie in meiner absonderlichen Schrift mit mehrerem Nachricht finden werden, christ- und ehrlich beisetzen und solches ohne alles übermäßige Gepränge verrichten lassen sollen.

Dem nach verschaffe ich und legire hiermit

1) den sämtlichen Kirchendienern und Seelsorgern, als den reformirten Predigern in der reformirten Kirchen zu Cöln a/d. Spree gelegen, die heilige Dreifaltigkeit genannt," und ihren Nachfolgern im Amt insgesamt 3000 Reichsthaler...., deren Zinsen jährlich, so lange die Welt stehet, unter vorgedachte reformirte Prediger sollen nach Proportion ausgeteilet werden.

2) sollen den Schuldienern und armen Schülern in dieser reformirten Schule auch 2000 Reichsthaler gegeben werden, deren Zinsen jährlich nach Proportion ausgeteilt werden sollen.

3) legire ich „den rechten Armen, vornehmlich den Hausarmen und bevorab die der rechten reformirten christlichen Religion sind und in diesen beiden Städten Cöln und Berlin sich befinden", 2000 Reichsthaler, deren Zinsen jährlich unter sie ausgeteilt werden sollen.

4) Nachdem ich gerne wollte verhüten, daß keine Streitigkeiten um meiner Verlassenschaft entstehen möchten, also ist mein eigentlicher Wille und Meinung, daß meine herzallerliebste Ehegemahlin Anna Elisabeth von Burgstorffin geborene Löbin und meine einzige herzliebste Jungfrau Tochter Margarita Catharina

von Burgstorffin mit diesen Legaten oder meinen hinterlassenen Schulden nichts zu thun haben sollen oder zu einiger Bezahlung und Contentirung angehalten werden, sondern bloß und allein mein geliebter einziger Herr Bruder und dessen Erben solche Legate und Schulden abführen, indem ich durch Gottes Gnade ihm wohl so viel nachlasse, daß er oder seine Erben genugsam dieses alles zum guten Effect bringen können und meinen Credit retten werden, sollten sie auch eines von den Lehengütern losschlagen müssen.

5) Wie vorgedacht nach meinem Tode allen Streit zu verhüten, so vermache und legire meiner herzallerliebsten Ehegemahlin und meiner einzigen Jungfer Tochter alle meinen Schmuck an Kleinodien, Ringen, Ketten, Diamanten, Rubinen, alles Silbergeschirr vergült und unvergült und was alsdann an baarem Gelde sein möchte, und sonderlich die diamanten- und rubinen-eingelegte Degens nebenst den Gehenkten, Knöpfen, Hutschnüren, überall nichts davon ausgenommen, item die beiden Kleider, so zu den beiden Gestücken gemacht, und dazu noch die vier besten meiner Kleider mit allen zugehörigen Stücken, item alle Tapezereien, Teppiche, Betten, Gardinen, Lacken, Tafelgezeug, zinnern und kupfern Geschirr, item zwei von meinen besten Wagens und dann zu jedem Wagen sieben Pferde, sind vierzehn Pferde, wie dann das Auslesen der beiden Wagen und Pferde bei ihnen beiderseits stehen soll.

6) In Betreff meiner Gemahlin bleibt es bei der Ehestiftung und churfürstl. Confirmation. Sie darf aber für das Gut Goldbeck das Gut Obersdorf-Bukow mit allen Zubehörungen nehmen, so lange sie lebet und unverheiratet bleiben wird. Goldbeck soll dann an meinen Bruder und dessen männliche Nachkommen fallen und in Besitz genommen werden.

7) Meiner Tochter legire ich mit gnädigstem Consens S. Ch. D. meines gndst. Herrens das von mir erkaufte Gut Groß-Machenow, das, wenn dieselbe nach meinem Tode heiratet und Kinder bekommt, diesen zufallen soll. Falls sie kinderlos bleibt, soll ihr Ehemann das Gut auf Lebenszeit behalten, doch der-

gestalt, daß er keine Schulden darauf machen soll, und es dann an meinen Bruder oder dessen Erben fallen.

8) Mein Bruder soll meiner Tochter aus den sämtlichen Lehen 50 000 Reichsthaler zur Mitgabe herausgeben, auf daß sich auch meine Herzliebste möge in etwas wegen meiner schweren, mühsamen, langen Dienste der 50 000 Reichsthaler zu erfreuen haben, ferner 6000 Reichsthaler zu ihrem jungfräulichen Brautschmuck und 4000 Reichsthaler zur Hochzeit.

Meine Tochter soll sich nicht vor dem 17. Lebensjahr verheiraten; thut sie es doch, so soll sie nur 30 000 Reichsthaler statt 50 000 zur Mitgabe erhalten in allem für Schmuck und Hochzeitsgeld. Meine Tochter soll sich nicht ohne meiner Gemahlin und der nächsten Freunde [fehlt wohl: Zustimmung] versprechen und verheiraten. „Vor allen Dingen, daß von meiner Tochter, der Frau Mutter und nächsten Freunden vornehmlich dahin gesehen werde, daß meine Tochter einen ehrlichen, christlichen Mann und sonderlich der von meiner rechten, christlichen, reformirten Religion sein möchte, freien und bekommen möge, vornehmlich aber von gutem, alten und adeligen Geschlechte und der von gutem Leben und Wandel ist, bevorab der seinen Gott von Herzen fürchtet und liebet. Im Fall nun dieser meiner treuen, väterlicher Lehre und letztem Willen meine einige herzliebste Tochter folgen wird, stets Gott für Augen haben, so wird auch Gott wiederum bei ihr sein und bleiben.“ Da aber über Verhoffen (da sie der große Gott vor behüten wollte) sie etwa unter ihrem Stande heiraten sollte, so wird Gott sie strafen, und soll sie dann alles in allem nur 4000 Reichsthaler erhalten. „Sie soll sich auch auf solchen ungehofften Fall nimmer nach meinem uralten guten Geschlechte nennen oder tituliren lassen.“

9) „Daß ich von meiner herzliebsten Tochter weit ein besseres väterliches, gutes Vertrauen habe, so habe ich wohlbedächtig meine väterliche Liebe und Treue noch weiter gegen meine Tochter sehen lassen wollen“ und vermache ihr, wenn sie meinen Ermahnungen nachkommt, noch die 40 000 Reichs-

thaler, die der junge Herzog Rudolf Augustus von Wolffenbüttel mir verschrieben hat.

10) Bis zu ihrer Verheiratung soll meine Tochter jährlich 1000 Reichsthaler zum Unterhalt von meinem Bruder erhalten.

11) Meine vier Häuser in Berlin, die ich mit großen Kosten von allen oneribus frei gemacht habe, soll meine Ehegemahlin, so lange sie lebt und unverheiratet bleibt, haben und darin ohne einige turbation wohnen, dann vermache ich sie meiner Tochter und deren leiblich-ehelichen Kindern, bei deren Kinderlosigkeit meinem Bruder resp. dessen Erben.

12) Stirbt meine Tochter ohne rechte, von ihr ehelich geborene Erben, so fallen die in Punkt 5 bezeichneten Sachen an meinen Bruder und dessen Erben. Meine Gemahlin und Tochter sollen Vollmacht haben, die beiden Degen mit den Gehängseln mit den Diamanten und Rubinen, die versetzt sind, zu verkaufen und den Erlös nach Belieben zu verwenden. Hinterläßt meine Tochter eheliche, von ihr geborene Erben (Kinder oder Enkel), so sollen diese alles erben, was ich ihr vermacht habe. Sollten diese Erben aber insgesamt mit dem Tode abgehen, so sollen doch die vier Häuser in Berlin auf meines Bruders Erben übergehen, wenn es auch schon in das dritte oder vierte Glied, auch ein weiteres sein sollte, und stets bei dem Burgsdörfischen alten Geschlecht verbleiben und von der Meinigen Erben auf keinerlei Weise diese Häuser verbracht, versetzet, etwa einige Gelder darauf genommen werden.

13) Alles oben nicht specificirte an Lehen, Begnadigungen, Handschriften, Kleidern, Wagen, Pferden etc., wie auch die Häuser in Küstrin vermache ich meinem Bruder und dessen Erben.... „Fristet mir Gott auch mein Leben, so will ich's durch Gottes Beistand nicht verschlimmern, sondern bessern und also, wie ich bis dato gethan habe, meinen Willen in des gnädigen Gottes Willen mit Geduld stellen."

14) Sollten sich nach meinem Tode einige baare Gelder finden, so verbleiben sie meiner Gemahlin und Tochter. „Mein

Begräbnis wird billig meinem Stande und Chargen nach aus den von mir nachgelassenen Lehen von meinem Herrn Bruder, doch ohne große Üppigkeit und Verschwendung gehalten, bevorab daß auf solch mein Begräbnis man sich des Lasters des leidigen Vollsaufens enthalten soll und mag."[1])

15) Dieser mein letzter Wille soll für ein rechtskräftiges Testament gelten, wenn ihm auch vielleicht formelle, juristische Mängel anhaften, da ich ihn allein ohne Rechtsgelehrte niedergeschrieben habe.

Ich bitte den Kurfürsten, diesen meinen letzten Willen zur Execution zu befördern. „Weil ich, so lange mir Gott das Leben noch vergönnen wird, unterthänigsten, getreuen Diensten meiner pflichtbaren Schuldigkeit gemäß zu verdienen mir äußerst angelegen sein lassen werde, also wünsche ich auch von Grund meiner Seelen, daß der barmherzige Gott S. C. D. auch nach meinem Tode mit beständiger Gesundheit, langem Leben, gehorsamen Unterthanen und allen fürstlichen Glückseligkeiten beseeligen und begnadigen wollte." ...... Mein Bruder Georg Ehrenreich und mein Schwager Joachim Sigismund von Löben sollen ev. für die Vollstreckung des Testaments sorgen, „weil große Herren und Potentaten gewöhnlich mit vielen Landesgeschäften überhäufet sind und nicht gerne dann auf fleißiges, unterthänigstes Erinnern etwas exequiren und zu Werke richten lassen."

Zu mehrerer Beglaubigung und Vergewissung habe ich solch mein Testament eigenhändig geschrieben, mit meinem angeborenen Pitschaft bedrückt und unterschrieben. So geschehen

[1]) Die feierliche Beisetzung fand am 11. Mai 1652 im Dom zu Berlin statt. (Auszug aus dem Totenregister der St. Marienkirche zu Berlin in Königs Genealogischer Sammlung auf der Kgl. Bibliothek zu Berlin, Bd. 17.) Der Kurfürst ließ dem Toten gegenüber seine Ungnade soweit fahren, als er auf Bitten Georg Ehrenreich von Burgsdorffs die Stellung von Soldaten aus Spandau zum Begräbnis befahl und schwarzes Tuch zum Ausschlagen einiger Zimmer bewilligte (G. St.-A. Rep. 22, 13d).

in meiner Behausung alhier in Berlin am 16. Februarŋ früe Morgens um 7 Uhr des 1651 Jahres.

L. S. Conradt von Burckstorff
Oberkammerherr mppria.

b. Hinterlassenschaft und Erben.[1])

Wie das Testament schon ahnen läßt, war der Nachlaß Konrad von Burgsdorffs alles andere eher als geordnet. Er war mit einer Menge von Schulden belastet, deren Regulierung dem damit beauftragten Geheimen Hof- und Kammergerichtsrat Johann Georg Reinhard viele Mühe verursachte. Der Kurfürst mußte mit einem Indultum moratorium eingreifen, um den Konkurs zu verhüten. Im Jahre 1662 schreibt Reinhard, es sei über eine Tonne Goldes, d. h. 100 000 Thaler an Schulden bezahlt und die letzteren meist getilgt worden. Einige Gläubiger werden aber noch 1666 zur Geduld gemahnt, und noch 1670 war nicht alles erledigt. Unter den Aktiven befanden sich u. a. Restanten, die Burgsdorff als Regimentsinhaber noch von einigen Orten in der Mark zu fordern hatte, und die bis 1656 auch noch nicht alle eingegangen waren.

Die nächsten Erben waren die Witwe, die einzige Tochter und der Bruder Georg Ehrenreich. Letzterer trug Bedenken, die Erbschaft seines Bruders Konrad anzutreten, und es kam zu ärgerlichen Streitigkeiten darüber zwischen ihm und den beiden Damen, sowie später zwischen seinen Nachkommen und der Tochter Konrads.

Die Witwe Konrad von Burgsdorffs, Anna Elisabeth geb. von Löben, starb hochbetagt im Jahre 1684.

Die einzige Tochter beider, Margarete Katharina, scheint ein bewegtes Leben geführt zu haben. Sie war in erster Ehe mit dem brandenburgischen Hof- und Kammergerichtsrat Ludwig von Canitz verheiratet und wurde durch ihn die Mutter des bekannten Dichters Friedrich Rudolf Ludwig von Canitz.

---

[1]) Nach den Akten im G. St.-A. Rep. 22, 13d und Rep. 24 B.

Nach dem frühen Tode ihres ersten Mannes vermählte sie sich mit dem Obersten, späteren Generalleutnant Joachim Rüdiger Freiherrn von der Goltz, von dem sie sich 1674 wegen seines liederlichen Lebenswandels scheiden ließ. Nach zwei Jahren suchte sie Trost in den Armen eines Franzosen, eines gewissen Seigneur de Brunboc aus Caux in der Normandie, den sie sich auf eigentümliche Weise verschreiben ließ.[1] „On m'appella de France, pour m'engager dans ce mariage,“ schrieb Brunboc einmal. Als er ohne Paß in Berlin ankam, wurde er als verdächtiger Abenteuerer und Spion festgehalten und statt in ein Hochzeitshaus zu kommen, in die Hausvogtei gesteckt. Er mußte sich erst von zwei reformierten Predigern examinieren lassen, um die Freiheit wieder zu erlangen, legte dann den Unterthaneneid ab und durfte heiraten. Aber „les chagrins que j'ai eus dans ce mariage peu heureux, ont entièrement ruiné ma santé“, bekannte er später. Die Klagen scheinen nicht unberechtigt gewesen zu sein, denn der Sohn aus erster Ehe, Ludwig von Canitz, beschuldigte seine Mutter 1690, durch ihre bekannte üble Conduite und tägliche Vermehrung der Schulden ihre Güter dergestalt ruiniert zu haben, daß sie in den Grund verdorben worden seien und zum Teil verkauft werden mußten, um ihre Schulden zu decken. Die „einzige herzliebste Jungfrau Tochter Margarete Katharina“ scheint sich also um die testamentarischen Ermahnungen ihres Vaters wenig gekümmert, dagegen seine verschwenderische Ader geerbt zu haben.

---

[1]) Vgl. zum folgenden außer den Akten a. a. O., denen ich die mitgeteilten Angaben entnommen habe, Vehse, Geschichte des preußischen Hofs und Adels I, 172. Hier wird erzählt, daß die geschiedene Frau v. d. Goltz einen Kaufmann in Paris beauftragt habe, ihr einen jungen, schönen, kräftigen, artigen, geistreichen Mann von guter Familie zu schicken. Nach Brunbocs oben mitgeteilter Äußerung scheint die Ehe in der That auf eine solche Art eingefädelt zu sein.

10.

Der Grundbesitz Burgsdorffs.[1])

Konrad von Burgsdorff verdankt seinen ziemlich beträchtlichen Grundbesitz in der Mark Brandenburg zum weitaus größten Teil der Güte und Gnade seiner Landesherren. Sowohl Georg Wilhelm wie Friedrich Wilhelm lohnten seine Dienste durch wiederholte Überweisung erledigter Lehengüter, und er verstand es, diese Geberlaunen vortrefflich auszubeuten.

Das erste Gut, das auf diese Weise in seinen Besitz gelangte, war Goldbeck im heutigen Kreise Ostpriegnitz. Es wurde ihm im Tausch für eine frühere Anwartschaft auf Einkünfte aus dem Amte Rögenhagen (Neuenhagen) am 27. Mai 1621 vom Kurfürsten auf den Todesfall seines damaligen Lehnsinhabers Georg von Blankenburg verschrieben. Dieser starb schon am 5. Oktober 1622, worauf Burgsdorff den Besitz antrat. Am 22. September 1628 wurde ihm ein Lehnbrief darauf erteilt. In seiner Ehestiftung vom 28. Dezember 1628 [wohl a. St.] verschrieb er es als Leibgeding seiner zukünftigen Frau. Später vergrößerte der Kurfürst die Schenkung durch die Überweisung des Wittstockschen Amtsdorfes Dosse, worüber ihm am 3. (13.) Oktober 1633 ein Lehnbrief ausgestellt wurde. Während der Wirren des 30jährigen Krieges blieb Goldbeck eine Zeitlang wüst liegen; 1643 beschloß Burgsdorff, es wieder anzubauen und ließ sich vom Kurfürsten die Zusicherung erteilen, daß es von allen Einquartierungen und Kriegslasten gänzlich befreit bleiben solle.[2])

Am 12. (22.) Juli 1629 erhielt Burgsdorff eine Lehnsverschreibung auf die Hälfte des Gutes Manschnow im Kreise Lebus, die der verstorbene Hofjägermeister und Komtur zu

---

[1]) Ich stelle hier einige Notizen zusammen, die ich bei meinen Forschungen gesammelt habe. Auf Vollständigkeit machen sie keinen Anspruch.

[2]) G. St.-A., Rep. 78 und Rep. 24 O 1 Fasc. 5; vgl. dazu oben S. 8.

Werben, Adam von Redern besessen hatte. Sie sollte ihm heimfallen, falls der hinterlassene, unmündige Sohn Rederns ohne Erben sterben würde, oder er sollte sie von dessen Vormündern erhandeln dürfen. Letzteres geschah durch einen Erbkauf von 5000 Thalern vom 5. (15.) August 1634. Schon im Juni 1631 war ihm die durch das Ableben Ehrenreich von Röbels frei gewordene andere Hälfte Manschnows für sich und seine oder seiner Brüder männliche Leibeserben als Belohnung für seine „getreuen schon erwiesenen und noch erwarteten Dienste“ verliehen worden. Am 5. (15.) April 1636 wurde ihm dann über das ganze Gut Manschnow ein Lehnbrief ausgestellt. Später bewilligte Kurfürst Friedrich Wilhelm durch Verfügung an die Berliner Lehnskanzlei vom 21. Januar 1642 Burgsdorff auf sein Bitten, in Erwägung seiner vielen, getreuen Dienste, daß er Goldbeck und Manschnow, ausschließlich Dosses, nach Belieben als Lehen verkaufen dürfe. Von dieser Erlaubnis machte Burgsdorff Gebrauch, indem er Manschnow am 11. (21.) November 1650 an den Kurfürsten selbst für 44000 Thaler verkaufte. Von dieser Summe sollten ihm 34000 Thaler baar ausbezahlt werden. Das war aber bis 1654 noch nicht geschehen, weil der Kurfürst „ganz befremblich vernommen hatte, daß angeregtes Gut ihm allzuhoch zugeschlagen und verkauft worden sei“ und weil er außerdem Gegenforderungen an die Erben wegen unzulässiger Entnahme von Getreide aus den kurfürstlichen Magazinen durch Burgsdorff aufstellte. Aus besonderer Gnade gegen die Erben erklärte er sich im Mai 1654 bereit, 19816 Thaler von den 34000 übernehmen und zur Tilgung Burgsdorffscher Nachlaßschulden verwenden zu wollen, wogegen der Rest „wegen Unserer An- und Zusprüche zurückgehen solle.“ [1])

Die größte Zuwendung aus dem Born kurfürstlicher Gnade wurde Burgsdorff 1633 zuteil, zu einem Zeitpunkt also,

---

[1]) G. St.-A., Rep. 22, 13 d, Rep. 78, Rep. 131 K 437 H und Rep. 131 K 441 c 25.

wo seine mühevolle Thätigkeit in Schlesien und Sachsen eben beendet war, der aber für kurfürstliche Freigebigkeit äußerlich so wenig geeignet war wie nur möglich. Sie beschränkte sich deshalb zunächst auf ein Reskript vom 3. (13.) Oktober mit folgendem Versprechen: „Nachdem Wir in gnädigste Consideration gezogen, wasmaßen Uns Unser pp. Konrad von Burgsdorff von Jugend her aufgewartet und in unterschiedlichen, mühsamen Chargen und Reisen nützliche und solche Dienste gethan, daran wir ein sonderes Vergnügen und Gefallen gnädiglich gehabt und getragen, auch in solcher Treue und eifriger Bemühung gegen Uns und zu Unseren Diensten weiter zu continuiren anerbötig, daß Wir demnach für billig erachtet, ihm noch ferner Unsere gnädigste Gewogenheit spüren zu lassen und ihn mit etwas ansehnliches zur Ergötzlichkeit seiner Servities in Gnaden zu bedenken und Wir aber itzo alsbald keine Gelegenheit dazu gehabt, sondern es auf künftige Zeit hinaussetzen müssen,“ ..... also werden ihm und gleichzeitig seinem Bruder Georg Ehrenreich und dessen männlichen Leibeserben 50000 Thaler verschrieben, die aus allen in Zukunft heimfallenden Lehngütern bezahlt werden sollen, und zwar darf er entweder die Lehngüter bis zu genanntem Werte behalten oder sie lehnsweise verkaufen und für das Geld andre Lehen kaufen und an sich bringen.

Das war in der That eine sehr ansehnliche Ergötzlichkeit, und Burgsdorff beeilte sich, ihren papierenen Wert in klingenden umzusetzen, was aber leichter gesagt als gethan war. Gemäß dem Wortlaut der Verschreibung beanspruchte er alle frei werdenden Lehngüter bis zum Werte von 50000 Thalern für sich und erhob Einspruch, wenn der Kurfürst sie einem andern überwies. Außerdem verlangte er sie frei von allen Lasten, besonders von der sog. Dezime, d. h. einer Abgabe von 10% des Wertes, die Georg Wilhelm durch Reskript vom 16. (26.) Juni 1632 der Universität Frankfurt von allen heimfallenden und neu verliehenen Lehngütern zugesichert hatte. Burgsdorff behauptete, zur Abtragung dieser Dezime nicht verpflichtet zu

sein, und setzte diesen Anspruch beim Kurfürsten auch durch. Vor allen Dingen aber gingen die Ansichten über den Wert der ihm zu überweisenden Güter weit auseinander. Burgsdorff taxierte sie stets nach dem augenblicklichen Wert, der wegen des Krieges ein sehr geringer war, während Schwarzenberg, in dessen Händen die Ausführung des kurfürstlichen Schenkungsversprechens lag, zu ganz anderen Taxen kam. So rechnete z. B. Burgsdorff 1639 heraus, daß er nur 13686 Thaler an Wert erhalten habe, während Schwarzenberg zu einer Summe von 47185, ein anderes Mal sogar von 53818 Thalern gelangte. Da Schwarzenberg auch aus andern Gründen keinen Eifer an den Tag legte, seinem bitter gehaßten Gegner zu seinen Ansprüchen zu verhelfen, so schleppte sich die Angelegenheit sehr lange hin. Zu Lebzeiten Georg Wilhelms scheint Burgsdorff nur in den Besitz folgender Lehngüter gelangt zu sein: 1) der „Könnichtschen“ (Königschen?) Güter in der Altmark, 2) des Bollenschwerischen (?) Gütleins zu Woldenrade in der Altmark, 3) des Amelungschen Lehnshauses in Gardelegen, 4) des Balckeschen Gutes Lütken-Mantel im Kr. Königsberg in der Neumark und 5) des dazu gehörenden halben Dorfes Segefeld bei Friedeberg in der Neumark. Auf Bitten Burgsdorffs befahl Georg Wilhelm im August 1639 die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung seiner Ansprüche, aber Schwarzenberg wußte ihre Arbeiten hinzuhalten, so daß sie nichts zustande brachte.

Kurfürst Friedrich Wilhelm bestätigte die Schenkung der 50000 Thaler und ebenso die schon von seinem Vater 1638 hinzugefügte Vergünstigungsklausel, daß Burgsdorff 35000 Thaler davon zur Abtragung von Schulden bezw. zur Aussteuer seiner Tochter oder wozu er sonst wolle, testamentarisch bestimmen dürfe. Er ließ auch 1642 genaue Vorschriften zur Taxierung künftig heimfallender Lehngüter ausarbeiten und zwar in einer für Burgsdorff im allgemeinen günstigen Form. Aber die Realisierung machte auch dann noch nur langsame Fortschritte. Nach einem Bericht aus dem Jahre 1649 fehlten damals noch

11 000 Thaler an den 50 000. Nachweisbar hat Burgsdorff unter Friedrich Wilhelm nur 1645 die freigewordenen Lindstedtschen Güter Klobbig und Trampe erhalten, die ihm für 17 416 Thaler angerechnet wurden, während sie zu Beginn des 17. Jahrhunderts über 42 000 Thaler gekostet hatten. Auf Trampe nahm er 1649 eine Hypothek von 6500 Thalern bei dem General Otto Christoph von Sparr auf, weshalb diesem nach dem Tode Burgsdorffs das Gut zugesprochen wurde, bis er an Kapital und Zinsen befriedigt sei (P. R. IV, 522, vgl. auch 529). Die oben unter 1, 2 und 3 genannten Altmärkischen Güter bezw. das Burglehen in Gardelegen hatte Burgsdorff schon früher „gegen ein Aequivalent" wieder abgetreten.[1])

Die ganze Behandlung der 50 000 Thaler-Angelegenheit ist sehr charakteristisch für alle Beteiligten. Die überreiche Huld und Gnade des verarmten Kurfürsten Georg Wilhelm, der hart an Habsucht streifende, finanzielle Egoismus Burgsdorffs, die Feindschaft Schwarzenbergs, das zuletzt in Ungade umschlagende Wohlwollen Friedrich Wilhelms, alles spiegelt sich getreulich in ihr wieder.

Nicht unter die Rubrik der 50 000 Thaler fiel die Verschreibung des Gutes Schegeln im Kr. Krossen durch Georg Wilhelm, wann ist unbekannt, wahrscheinlich aber schon vor 1633. Burgsdorff hatte diesen Besitz schon angetreten, als sich ein Erbe der Familie von Wurmb, die das Gut bis dahin besessen hatte, mit berechtigten Lehnsansprüchen meldete, dem er es wieder herausgeben mußte. Nach dem Tode dieses Herrn von Wurmb erhielt er es durch kurfürstliches Reskript vom 18. April 1642 aufs neue überwiesen und zwar auch jetzt ohne Anrechnung auf die 50000 Thaler. Die Inmission und Ausstellung

[1]) G. St.-A., hauptsächlich Rep. 9 DD1; das Konzept der Verschreibung der 50 000 Thaler vom 3. Oktober 1633, Rep. 22, 13 d; ein Aktenstück von 1639, Rep. 78; ein Auszug aus der Neumärkischen Lehnsregistratur, nach welchem Burgsdorff ein Lehnbrief über Lütken-Mantel am 11. (21.) November 1643 ausgestellt worden ist, in Königs genealogischen Sammlung, Bd. 17, auf der Kgl. Bibliothek zu Berlin; zu den späteren Schicksalen der Lindstedtschen Güter vgl. auch P. R. IV, 522 nnd 529.

des Lehnbriefes erfolgte aber erst 1644. Bald darauf hat er es an seinen Hauptmann zu Lagow Peter von (?) Ludwig verkauft.[1])

Durch Kauf brachte Burgsdorff 1643 das Gut Groß-Machnow im Kreise Teltow an sich. Da das Kaufgeld aus der Mitgift und Erbschaft seiner Frau herrührte, bat er den Kurfürsten, es, falls er ohne männliche Erben sterben sollte, seiner Frau und seiner Tochter und deren ev. leiblichen Nachkommen hinterlassen zu dürfen, was ihm durch Reskript vom 13. (23.) November 1643 bewilligt wurde. Groß-Machnow ging demgemäß auf seine Tochter über und wurde mit Zustimmung ihres Sohnes aus erster Ehe 1690 an den Obersten von Schlabberndorff verkauft, um ihre Schulden zu bezahlen.[2])

Außer mehreren Häusern in Berlin und einem in Küstrin müssen wir endlich zum Grundbesitz Burgsdorffs noch die Johanniter-Komturei Lagow rechnen, die er von 1628 bis zu seinem Tode inne hatte. Sie lag im Kreise Sternberg, nahe an der polnischen Grenze, umfaßte 17 Dörfer und brachte um 1640 ungefähr 3500 Thaler und etliche Viktualien jährlich ein. Im Mai 1640 verlieh Baner die Komturei dem schwedischen Generalmajor Friedrich von Zabeltitz als Belohnung für seine Kriegsdienste. Von ihrem bisherigen Inhaber ist in der Verleihungsurkunde mit keinem Wort die Rede. Baner verfügte über sie, als ob sie herrenloses Gut sei, in stolzer Siegerlaune dem „höchstpreislichen Exempel des weiland durchlauchtigsten, großmächtigsten und glorwürdigsten Fürsten und Herrn Gustavi Adolphi" folgend, der seiner „angeborenen königlichen Liberalität nach mit solchen gewonnenen Landen und Herrschaften wohlverdiente Kavaliers und andere meritirte, auch der gerechten Sache mit Affection und Devotion zugethane Leute nach eines jeglichen Standes und Verdienstes Consideration zu recom-

---

[1]) G. St.-A., Rep. 9 DD 1 und v. Ledebur in den Märkischen Forschungen XIV, 95.

[2]) G. St.-A., Rep. 78 und Rep. 22, 13 d; vgl. die testamentarische Bestimmung oben S. 436 und P. R. IV, 437, wo nicht Mantzschenow, sondern Machenow zu lesen ist.

pensiren, remuneriren und königlich zu begnadigen allergnädigst gepflogen habe."

Nicht nur Burgsdorff, sondern auch Schwarzenberg wurde durch diese Wendung sehr unangenehm betroffen. Er befürchtete, daß Zabeltitz „nicht lange feiern" und sich in den Besitz von Lagow setzen werde. Seinem wiederholten Befehl, Lagow zu besetzen, um das zu verhüten, konnte Burgsdorff jedoch nicht nachkommen, weil er keine Truppen aus Küstrin entbehren konnte und Lagow außerdem für schwer zu verteidigen hielt, da die Schweden Krossen und Landsberg besetzt hielten. So bemächtigten sich denn die Schweden im September 1640 Lagows und legten eine kleine Besatzung hinein, die der Oberstleutnant von Goldacker im Oktober vergeblich daraus zu vertreiben suchte. Der Herrenmeister war über diesen Verlust sehr ärgerlich, weil Lagow den Schweden einen festen Stützpunkt zur Beherrschung des Kreises Sternberg bot, von wo aus sie u. a. auch die Postverbindung zwischen Berlin und Königsberg empfindlich gefährdeten. Einen Vorschlag Burgsdorffs, sich bei den Schweden um Neutralität für Lagow zu bemühen, schlug er aber als unthunlich ab. Erst unter der Regierung Friedrich Wilhelms durfte Burgsdorff darauf hinzielende Verhandlungen mit den schwedischen Machthabern in Stockholm und Deutschland anknüpfen. Sie führten zu dem Ergebnis, daß Zabeltitz die Komturei im Oktober 1643 Burgsdorff wieder einräumte, während sich der Kurfürst verpflichtete, sie nach dem Tode Burgsdorffs dem ältesten Sohne Zabeltitzens auf Lebenszeit zu überlassen. Die Zusage ist später nicht erfüllt worden, wie so manches damals gegebene Versprechen, ob mit oder ohne Berechtigung, vermag ich freilich nicht zu sagen. Die Komturei Lagow wurde nach dem Tode Konrad von Burgsdorffs vielmehr dem Grafen Georg Friedrich von Waldeck verliehen, der somit auch auf diesem Felde der glückliche Nachfolger seines überwundenen Nebenbuhlers wurde.[1])

---

[1]) G. St.-A., Rep. 9 DD 1 und besonders Rep. 31, 11 a „Lagow"; vgl. auch B. R. II, 39, 72, 214.

Nachtrag.

Der auf S. 60 abgedruckte eigenhändige Brief Georg Wilhelms an Burgsdorff ist von L. Erhardt im Hohenzollern-Jahrbuch von 1901 S. 44 im Faksimile veröffentlicht worden.

Den auf S. 96 mitgeteilten Brief Burgsdorffs an Georg Wilhelm hat Mülverstedt in seiner „Brandenburgischen Kriegsmacht unter dem Großen Kurfürsten" S. 549 bereits zum größten Teile abgedruckt. (Oben S 96 Zeile 6 von unten ist der Druckfehler „Stuthengst" statt „Streithengst" stehen geblieben.)

S. 87 ist der schwedische Oberst Duwall irrtümlich „General" genannt worden.

S. 180 ist Hartmann von Golbacker unter den brandenburgischen Obersten aufgezählt worden, obwohl er nur Oberstleutnant war.

S. 224 lies statt Joachim Friedrich von Löben: Johann Fr. v. L.

Alle Daten (mit Ausnahme der Ahnentafel) sind nach neuem Stil angegeben.

Personen-Verzeichnis.

